
Digitized by Google

Fürst Bismarck

und

seine Zeit.

Eine Biographie für das deutsche Volk

von

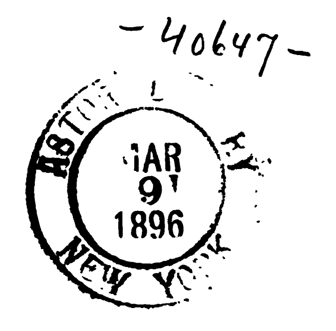
Dr. Hans Blum.

Sechster Band.

1880—1895.



München 1895
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.



C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Inhalt.

Elftes Buch.

Reichskanzler Fürst Bismarck bis zum Tode Kaiser Wilhelms I.
(1880 bis 1888).

Erstes Kapitel.

Ausbau des Reiches durch Bismarck: Weiterentwicklung der Wirtschaftsreform etc. (1880/81).

Zweites Kapitel.

Ausbau des Reiches durch Bismarck: Weitere Versuche einer Verständigung mit Rom. Die deutsche Sozialpolitik (1880 bis 1889).

Drittes Kapitel.

Ausbau des Reiches durch Bismarck: Kämpfe um die Reichsverfassung. Polenpolitik (1880/88).

Viertes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik in den Jahren 1880 bis 1888.

Fünftes Kapitel.

Aus Bismarcks Privatleben in den Jahren 1880 bis 1888. Der Heimgang Kaiser Wilhelms I. (9. März 1888).

Zwölftes Buch.

Bismarck unter Kaiser Friedrich III. und Wilhelm II. Seine Entlassung. Der Altreichskanzler im Ruhestande (1888 bis 1895).

Erstes Kapitel.

Bismarck unter Kaiser Friedrich III. (9. März bis 15. Juni 1888).

Zweites Kapitel.

Bismarck in der ersten Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. (1888/89).

Drittes Kapitel.

Bismarcks Kolonialpolitik (1880 bis 1890).

Viertes Kapitel.

Bismarcks Entlassung (20. März 1890).

Fünftes Kapitel.

Bismarck im Ruhestande (April 1890 bis August 1892).

Sechstes (Schluß-)Kapitel.

Bismarck im Ruhestande bis zum 80. Geburtstage (Sommer 1892 bis Frühling 1895).

Elftes Buch.

Reichskanzler Fürst Bismarck bis zum Tode Kaiser Wilhelms I.

(1880 bis 1888.)

Erstes Kapitel.

Ausbau des Reiches durch Bismarck: Weiterentwicklung der Wirtschaftsreform etc. (1880/81).

Niemals ist ein ungerechterer Vorwurf erhoben worden, als der: Fürst Bismarck habe seine große Wirtschaftsreform aus eigennützigen Beweggründen unternommen und durchgeführt. Verfolgt man den wirklichen Beweggrund Bismarcks an der Hand aller seiner Denkschriften, Reden und Briefe über die Wirtschaftsreform, so erkennt man vielmehr als einzige Triebfeder zu dieser jahrelangen, mühevollen und aufreibenden Arbeit einen der edelsten Züge in Bismarcks Idealismus: seine hohe Wertschätzung treuer menschlicher Arbeit, und zwar jeder Art von Arbeit, auch der geringsten. Aller Schimpf, alle Beleidigung und Entwürdigung, welche über die Arbeit unserer braven „Arbeiter" ausgegossen wird und welche diese Arbeit als „Lohnsklaverei" brandmarkt, ist überhaupt lediglich sozialdemokratischen Ursprungs. Je höher jemand aufsteigt in seiner geistigen und sittlichen Bildung und Erkenntnis, um so höher muß ihm auch der Wert treuer menschlicher Arbeit jeder Art steigen. Sie wird ihm zum Adel des Menschen, zum höchsten und edelsten Lebensbedürfnis, zur reinsten Quelle äußerer und innerer Befriedigung, zum nie versagenden Troste auch in den schwersten Prüfungen. Das ist auch Bismarcks Auffassung vom Werte menschlicher Arbeit, wie viele seiner Reden und Schreiben beweisen. Und das kann uns auch gar nicht Wunder nehmen bei dem Manne, dessen eigene müh-

selige und hingebende Arbeit ihn selbst und unser Volk so groß gemacht hat.

Aber wenn Bismarck schon die Arbeit des Einzelnen, auch des Geringsten so hoch schätzt, so ist natürlich und begreiflich, daß sein Idealismus und seine Pflichterfüllung ihn dahin treiben und führen mußte, auch die nationale deutsche Arbeit zu schätzen und daher dem Auslande gegenüber zu schützen. Aus solchen Gedanken und Antrieben allein ist Bismarcks großartige Wirtschaftspolitik und -Reform hervorgegangen. Drei Jahre lang hat er sich in dieses ihm bis dahin ziemlich fremde Gebiet vertieft und seine schöpferischen Ideen gewonnen, die er dann, wie im vorigen Bande dieses Werkes berichtet wurde, mit beispielloser Thatkraft verwirklichte, bis endlich die Zolltarifreform vom 25. Juli 1879 gelang.

Nun galt es, die von der Mehrheit des Reichstags im Grundsatz als richtig erkannten wirtschaftlichen Reformpläne des Reichskanzlers weiter auszuführen und namentlich eine Reform des Eisenbahn- und Reichssteuerwesens zu verwirklichen. Früher ist schon dargelegt worden, daß Bismarcks einheitliche Ordnung des Eisenbahnwesens von Reichswegen an dem Mißtrauen und Widerstand der deutschen Königreiche und Mittelstaaten scheiterte, der Reichskanzler sich insoweit also nur auf das Machtgebiet des preußischen Ministerpräsidenten beschränkt sah. Innerhalb des preußischen Staates aber verfolgte er seine Eisenbahnpolitik auf dem Wege der Verstaatlichung aller Privatbahnen von 1879 an mit der ganzen ihm eigenen Thatkraft und mit nachdrücklicher Unterstützung der nationalliberalen Partei des preußischen Landtags. Schon Ende Dezember 1879 ließ er ihr und ihren Führern seine lebhafte Befriedigung über ihre Behandlung der Eisenbahnfrage aussprechen.*) Auch Minister Maybach trat mit aller Kraft für Bismarcks Ziele ein, so daß die Erfolge glänzend zu nennen waren. Denn bis zum Februar 1885 wurden zwanzig Vollbahnen mit einer Gesamtschienenlänge von 7859 Kilometern und für einen Ankaufspreis von ins-

*) Das Folgende nach Poschinger, Bismarck als Volkswirt, Bd. I S. 269, Bd. II S. XII (Einleitung).

gesamt 803 550 900 Mark für den preußischen Staat erworben. Dazu gehörten alle wichtigeren preußischen Privatbahnen, außerdem die braunschweigischen, schaumburg-lippeschen und bremischen Eisenbahnstrecken, welche diesen Bundesstaaten abgekauft wurden. Damit gewann der gesamte Güter- und Personenverkehr auf jenen Bahnstrecken große Vorteile. Die Unzahl kleiner Verwaltungen verschwand, ebenso das lästige Monopol der Privatbahnen, das auf Kosten ihrer Fahrgäste und Güterverfrachter ausgeübt worden war. Ferner verschwand das Chaos der Gütertarife, der Unfug mit Freibillets, der mangelhafte Ausbau des Eisenbahnnetzes nnd die schmähliche Begünstigung ausländischer Waren durch die von Bismarck so oft gebrandmarkten Differentialtarife. Alle diese Grundsätze wurden auch auf die reichsländischen Bahnen übertragen, und da die Bahnen der Mittelstaaten, schon um die Konkurrenz mit Preußen zu bestehen, dieselben Grundsätze bei sich einführen mußten, so kam die von Bismarck in Preußen durchgeführte Eisenbahnreform in Wirklichkeit dem ganzen Reiche zu gute. Außerdem zog Preußen aus seinen Eisenbahnen jahrlang glänzende Einnahmen, welche die allgemeine Steuerlast verringerten und den Finanzminister zum sorgenfreien Manne machten. Das große Werk gelang so vollständig, daß beim Abschluß desselben auch der eingefleischteste Oppositionsmann nicht wieder Privatbahnen an die Stelle der Staatsbahnen hätte setzen mögen.

Zur Weiterführung der Reichssteuerreform legte Bismarck dem Bundesrat am 6. März 1880 den Entwurf einer neuen Reichsstempelsteuer vor. Bis dahin erhob das Reich nur zwei Stempel: den Wechselstempel seit 1869, der jährlich etwa 7 Millionen eintrug, und den Spielkartenstempel (seit 3. Juli 1878), der aber nur etwa 1,3 Millionen jährlich einbrachte. Nach dem neuen Entwurfe sollten fortan auch die Börsengeschäfte und Lotterielose, außerdem aber auch die Quittungen des täglichen bürgerlichen Verkehrs, die Quittungen über Postanweisungen und Postvorschußsendungen, Lombarddarlehen, Checks und Giroanweisungen mit einer Reichsstempelabgabe belegt werden. Im Bundesrat wurde am 3. April be-

schlossen, die Quittungssteuer nur mit 10 Pfennig für alle Quittungen zu erheben, welche über 20 Mark lauten. Außerdem aber erklärte der Bundesrat eine ganze Reihe der nach dem Entwurfe stempelpflichtigen Gegenstände, namentlich Postanweisungs- und Postvorschußquittungen, für stempelfrei. Diesen Beschluß faßten 30 Stimmen des Bundesrates gegen 28. Die Mehrzahl vertrat jedoch nur eine Bevölkerungsziffer von 7½ Millionen deutscher Reichsbürger, während die Minderheit, zu der Preußen, Bayern und Sachsen gehörten, 30 Millionen vertrat. Außerdem hatten sich an der Abstimmung auch bloße „Stellvertreter", d. h. nicht wirkliche Mitglieder des Bundesrates beteiligt.

Es war der erste Konflikt, in den der Bundesrat sich zum Fürsten Bismarck setzte, und der Reichskanzler bewies sofort, wie ernst er diesen Konflikt auffasse. Am 6. April reichte er seine Entlassung ein. Der Kaiser soll geantwortet haben: „Es bleibt bei meinem Niemals!" Am 7. April lehnte er die Entlassung schriftlich ab mit den Worten: „Auf Ihr Gesuch vom 6. d. M. erwidere Ich Ihnen, daß Ich die Schwierigkeiten zwar nicht verkenne, in welche ein Konflikt der Pflichten, welche Ihnen die Reichsverfassung auferlegt, Sie mit der Ihnen obliegenden Verantwortlichkeit bringen kann, daß Ich Mich aber dadurch nicht bewogen finde, Sie Ihres Amtes nur deshalb zu entheben, weil Sie glauben, der Ihnen durch die Artikel 16 und 17 der Reichsverfassung zugewiesenen Aufgabe in einem bestimmten Falle nicht entsprechen zu können. Ich muß Ihnen vielmehr überlassen, bei Mir und demnächst beim Bundesrate diejenigen Anträge zu stellen, welche eine verfassungsmäßige Lösung eines derartigen Konfliktes der Pflichten herbeizuführen geeignet sind." Der Bundesrat benützte nun zwar einen formellen Mangel des Beschlusses vom 3. April, um ihn am 12. zurückzunehmen und die Stempelsteuerpflicht aller Quittungen, Postanweisungs- und Postvorschußquittungen zu beschließen. Bismarck aber suchte der Erneuerung „eines derartigen Konflikts" durch eine „verfassungsmäßige Lösung" vorzubeugen und richtete daher an den Bundesrat etwa am 10. April eine Denkschrift, in welcher er eine Änderung der

Geschäftsordnung des Bundesrates verlangte: die Zweiteilung aller Beratungsgegenstände in wichtige und laufende. Zu den wichtigen sollten alle Präsidialvorlagen gehören und bei deren Beratung die Anwesenheit der Minister erfordert werden. Auch sollte jeder Gesetzentwurf zweier Lesungen bedürfen und die Stellvertretung der Mitglieder des Bundesrats beschränkt werden. Am 26. April genehmigte der Bundesrat diese Abänderungen seiner Geschäftsordnung, und damit war dieser Konflikt erledigt.

Der so vom Bundesrat unverändert angenommene Entwurf eines Stempelsteuergesetzes begegnete jedoch im Reichstag vielen Bedenken und kam erst im Frühjahr 1881, von neuem vorgelegt, zum Abschluß. Am 1. Juli wurde das Gesetz vom Kaiser unterzeichnet. Die Börsensteuer betrug danach 5 vom Tausend für in- und ausländische Aktien, die Lotteriesteuer 5 Prozent. Dagegen ward die Besteuerung von Quittungen, Cheks und Giroanweisungen abgelehnt. Immerhin brachten jene beiden neuen Stempelsteuern dem Reiche nicht unbedeutende Einnahmen.

Am 22. April 1880 unterbreitete Bismarck dem Bundesrat den Entwurf einer zweiten neuen Reichssteuervorlage, einer Wehrsteuer, nach dem schon seit Jahren in segensreicher Wirksamkeit bestehenden schweizerischen Wehrsteuergesetz. Danach sollte jeder wegen körperlicher u. s. w. Untüchtigkeit ausgemusterte und wegen Überzähligkeit der Ersatzreserve zugewiesene Wehrpflichtige eine feste Jahressteuer von 4 Mark zahlen und außerdem sein gesamtes steuerpflichtiges Einkommen bis zu 3 Prozent zwölf Jahre lang — d. h. während der Fahnenpflicht der zum Wehrdienst herangezogenen Altersgenossen des Befreiten — versteuern. Bis zum Jahre 1874 sollte das Gesetz rückwirkende Kraft haben, um der Reichskasse sogleich bedeutende Einnahmen zuzuführen. Die von Bismarck unterzeichnete Vorlage betonte in der Begründung: an sich könne natürlich niemals eine Geldleistung die Ehrenpflicht des persönlichen Wehrdienstes und die darin begriffenen Opfer aufwiegen, und daher auch nicht an deren Stelle treten. Dagegen rechtfertige sich diese Steuer aus der Erwägung, „daß der Wehrpflichtige durch

seine Heranziehung zur Militärpflicht regelmäßig einen wirtschaftlichen Nachteil gegenüber dem nicht herangezogenen Wehrpflichtigen erleidet, indem dieser die für den Erwerb meist wichtigsten Jahre der Dienstpflichtzeit für sich voll ausnutzen und so einen erheblichen Vorsprung gewinnen kann." Die Steuer sei zudem nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Befreiten gerecht bemessen.

Schon im Bundesrate begegnete die Vorlage schweren politischen Bedenken, entschiedener Abneigung. Die Wehrsteuer war unleugbar eine direkte Reichssteuer, sogar der Anfang einer Reichseinkommensteuer. Mit Annahme dieser Steuer durch den Bundesrat und Reichstag war daher auch einer Reichseinkommensteuer in Zukunft die Bahn freigegeben. Durch eine solche Steuer aber wären viele Bundesstaaten der Hauptquelle ihrer eigenen Einnahmen beraubt worden. Da nun außerdem durchaus keine Hoffnung vorlag, die Wehrsteuer schon im Laufe der Frühjahrssession des Reichstags 1880 zur Verhandlung zu bringen, so legten die Ausschüsse des Bundesrates dem Plenum ihre Beschlüsse erst am 13. Januar 1881 vor. Sie stimmten nun der Wehrsteuer zu, überließen aber die Ermittelung und Heranziehung der Steuerpflichtigen und die Einziehung der Steuer nicht den Reichsbehörden, wie Bismarcks Entwurf vorschlug, sondern den Landesbehörden. Der Reichskanzler erhob gegen diese Abänderung keinen Einwand und überreichte den vom Bundesrat genehmigten Entwurf am 18. März zugleich mit einer Denkschrift über die Bedeutung der Fortentwickelung der Steuerreform und die Vorzüge der indirekten Steuern vor den direkten, dem Reichstag.

Schon bei der ersten Lesung des Entwurfes im Reichstag, am 28. und 29. März 1881, ward klar, daß die Vorlage der Ablehnung verfallen sei. Denn nur die später (wie wir oben sahen) zum Gesetz gewordene Stempelsteuervorlage verwies der Reichstag an eine Kommission. Der Wehrsteuer ward nicht einmal diese Vorberatung vergönnt. Die Gegner der Steuer erhoben vor allem den Einwand: Bismarcks Denkschrift selbst betone den Vorzug indirekter Steuern; die Wehrsteuer sei aber eine direkte Besteuerung.

Bismarck erwiderte am 28. März derartigen Einwürfen des Abgeordneten Lasker: „Wenn der Herr Vorredner sagt, daß die Wehrsteuer mit der Vorliebe der Denkschrift für die indirekten Steuern im Widerspruch stände, so gebe ich das zu, es ist auch in der Denkschrift empfunden, aber zugleich gesagt, daß, ebensowenig wie die Einkommensteuer der höheren Klassen abzuschaffen ist, der Grundsatz nicht überall anwendbar ist, keine direkten Steuern zu behalten. Wir wissen nicht, wie eine Ausgleichung zwischen dem, der nicht zu dienen braucht, anders zu schaffen ist, und der Unterschied ist doch in der Belästigung zu Gunsten des Staates ein großer.“ Am 7. Mai wurde der Entwurf in zweiter Lesung paragraphenweise einstimmig abgelehnt. Diese Einstimmigkeit der damaligen Ablehnung mag Bismarck abgehalten haben, jemals wieder auf diese ihrem Wesen und Ziele nach äußerst gesunde und gerechte Besteuerung zurückzukommen. Auch seine Nachfolger haben bis zur Gegenwart den Versuch nicht erneuert. Vielleicht geschieht es aber in baldiger Zukunft einmal, da die kleine Schweiz*) aus dieser Steuer schon bis 1884 jährlich über eine Million Mark einzog, neuerdings fast 1½ Millionen, so daß das Deutsche Reich jährlich etwa 20 Millionen Mark daraus einnehmen könnte.

Mit diesen ziemlich mageren Erfolgen schließt Bismarcks Reichssteuerreform ab. Das noch ungünstigere Ergebnis seines Tabakmonopolplans wird später im Zusammenhang mit der Sozialpolitik vorgetragen werden. Dagegen suchte Bismarck als preußischer Ministerpräsident um so eifriger die Steuerreform in Preußen nach seinem Sinne durchzuführen. Der Ausfall der preußischen Landtagswahlen im Herbst 1879 kam ihm dabei wesentlich zu Hilfe. Denn durch diese Wahlen hatten die Konservativen 73, die Freikonservativen 15 Sitze gewonnen, die Nationalliberalen 63 und die Fortschrittspartei 29 Mandate verloren. Außerdem aber hatte Bismarck neben seinen übrigen Ämtern seit dem 27. August 1880 auch das preußische Handelsministerium einstweilig verwaltet und am

*) Nach der amtlichen Statistik in Furrers „Volkswirtschaftslexikon der Schweiz“.

15. September endgültig übernommen. Minister Hofmann war von diesem Ministerium zurückgetreten, um dagegen bald darauf in Elsaß-Lothringen eine seiner bedeutenden Kraft entsprechende Stellung zu übernehmen. Zum Hauptmitarbeiter in den neuen Mühen des Handelsministeriums berief Bismarck den bisherigen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, v. Bötticher, als Minister ohne Portefeuille, nach Berlin an seine Seite.

Die Überschüsse, welche Bismarck aus der Reichssteuerreform für Preußen dauernd zu gewinnen hoffte, wollte er in Preußen zunächst verwenden zur Erleichterung der Schullasten der Gemeinden, namentlich der ärmeren Volksklassen in denselben. Sein Ideal war die Aufhebung des Schulgeldes in den Volksschulen überhaupt.*) Daneben sollten die Gemeinden aber auch entlastet werden von den Ausgaben für das Armenwesen, die Polizei, Standesämter u. s. w., welche thatsächlich staatlichen Zwecken dienten und viele Gemeinden schwer und ungerecht trafen. Da die Opposition des Reichstags gegen Bismarcks Steuer- und Wirtschaftsreform, wenn ihr neue Reichssteuerpläne vorgelegt wurden, immer den Einwand erhob: sie müsse erst wissen, was mit den Einkünften geschehen werde, die Opposition im preußischen Landtag dagegen die Besorgnis zu äußern pflegte: daß die Aufhebung oder Überweisung preußischer Einnahmen mit den Deckungsmitteln, die dafür im Reichstag erreicht werden, nicht kongruent wären, so beschloß Bismarck, aus diesem „vitiösen Zirkel", aus dieser Zwickmühle seiner Gegner, herauszukommen, indem er dem preußischen Landtage ein „Verwendungsgesetz" vorlegte, welches die Normen feststellte, nach welchen die auf Preußen fallenden Überschüsse aus den Reichssteuern verwendet werden sollten. Durch dieses Gesetz hoffte aber Bismarck zugleich den mißtrauischen Einwand der Gegner seiner Reformpläne im Reichstage abzuschneiden, man wisse nicht, was mit den Überschüssen angefangen werden

*) Das Folgende nach Bismarcks Reden im Landtag (namentlich der vom 4. Februar 1881) über das „Verwendungsgesetz" und nach der diesem Entwurf beigegebenen amtlichen Denkschrift. Ihr Inhalt kurz bei Poschinger a. a. O. Bd. II S. XIV flg. (Einleitung).

solle und wie der preußische Landtag darüber beschließen werde. Trotz der überaus warmen und gründlichen Verteidigung dieses Gesetzentwurfes durch Bismarck, namentlich in seiner Rede im Abgeordnetenhause am 4. Februar 1881, wurde die Vorlage in der Kommission des Abgeordnetenhauses begraben, um die Regierung, wie Bismarck voraus ahnte, in jenem „vitiösen Zirkel" festzuhalten.

Kam also das Gesetz selbst nicht zu stande, für welches Bismarck kräftig eintrat, so bietet doch seine Rede vom 4. Februar 1881 ein glänzendes Zeugnis für die Menschlichkeit seiner Bestrebungen und Bemühungen zur Entlastung der unbemittelten Mitbürger, während er keinen Schritt in der Richtung thut, die ihn und den preußischen Grundbesitz drückende, ungerecht veranlagte Grundsteuer zu ermäßigen! Außerdem aber finden sich über den deutschen Parteigeist und Bismarcks kategorischen Imperativ vaterländischer Pflichterfüllung folgende denkwürdige Stellen in dieser Rede: „So klug wird man nie wieder, wie man gewesen ist, als man noch Abgeordneter war, ohne jede Verantwortlichkeit, wo man mit unskrupulöser Sicherheit über alles urteilte, was überhaupt dem Menschen gebracht werden kann... Es mag vom Parteistandpunkte sehr unerwünscht sein, wenn gewisse Reformen, die andere Parteien, wenn sie zur Regierung kämen, ganz gewiß auch machen würden, von einer gegnerischen Partei gemacht werden; das ist ein Hauptgrund mancher Opposition, die wir finden. Es fällt mir dabei ein sehr geistreicher Kollege ein, den ich in der Politik gehabt habe*), der im Jahre 1864, wo er anfing klar zu sehen, wo ich hinaus wollte, sagte: ‚Mein Gott, nun macht der Mensch *meine* Politik und verdirbt sie vollständig' (Heiterkeit). Bei uns ist nur der parlamentarische Sand, durch den wir müssen, tiefer und daran Schuld, daß wir nicht auch einsehen, wie in England, Frankreich u. s. w., daß Tabak und Getränke eine weit höhere Besteuerung vertragen. Der auf den Universitäten herrschende Korpsgeist ist bei uns auch im praktischen Leben schärfer als im Auslande. Die Parteigegensätze,

*) Gemeint ist der Pariser Botschafter v. d. Goltz.

die bei uns noch obwalten, schwinden nur vorübergehend, wenn das Vaterland in hohen Wellen der Gefahr steht, das ist eigentlich nur in Kriegszeiten der Fall, und diese sind, Gott sei Dank! nicht vorhanden, es ist auch keine Aussicht dazu. Ich bin deshalb auf recht lange parlamentarische Kämpfe in dieser Frage gefaßt. Aber ich werde um kein Haar breit darin schwanken, in keiner Weise umkehren; und ich werde auf der Bresche sterben, so Gott will, vielleicht auf dieser Stelle dermaleinst, wenn ich nicht mehr leben kann. Ein braves Pferd stirbt in den Sielen.*) Ich habe früher die Absicht, zurückzutreten, unumwunden erklärt, weil ich mich körperlich nicht leistungsfähig mehr fühlte, die Sache fortzusetzen, und weil ich bei meinen Kollegen nicht überall die Unterstützung fand, deren ich bedurfte, und ich halte es für nützlich, festzustellen, daß ich von dieser Velleität ganz zurückgekommen bin, es fällt mir nicht ein, zurückzutreten. J'y suis, j'y reste! (Lebhafter Beifall). Ich sage, ich gedenke so lange im Amte zu bleiben, wie Se. Majestät der Kaiser es für gut findet; Sein Wille ist das Einzige, was mich aus dem Sattel heben wird .. Nachdem ich die Herren schärfer ins Auge gefaßt habe, die meinen Rücktritt wollen, da habe ich mir gesagt: Ich muß dem Vaterlande doch noch zu etwas nütze sein, wenn ich bleibe, und habe mich entschlossen, solange ein Faden an mir ist, will ich dem Vaterlande dienen." Dieses herrliche Bekenntnis setzt Bismarcks Wappenwahlspruch „Patriae inserviendo consumor" (In des Vaterlandes Dienst verbrauche ich meine Kraft) in die That um.

Anders dachte und handelte der „Korpsgeist" der Parteien. Wie das Verwendungsgesetz, wurden auch Bismarcks Versuche abgelehnt, durch Einführung einer preußischen „Lizenzsteuer" von Tabakfabrikaten und Getränken, und durch eine Einkommensteuer und Kapitalrentensteuer die Belastung der Steuerzahler gerechter zu verteilen. Sehr bemerkenswert ist dabei, daß Bismarck schon 1881 die Einkommensteuer auf Selbsteinschätzung gründen wollte, wie

*) d. h. im Geschirr.

Miquel ein Jahrzehnt später, und daß Bismarck schon damals vorausſagte, der Staat werde bei dieser Selbsteinschätzung gute Geschäfte machen. Einzig und allein den dauernden Erlaß der preußischen Klassensteuer in den untersten fünf Stufen vermochte Bismarck durchzusetzen (Gesetz vom 10. März 1881), einige Jahre später dann auch die Beseitigung des unverhältnismäßig hohen preußischen Stempels von Pachtverträgen und bei Kaufverträgen über Grundstücke (Gesetz vom 6. Juni 1884). Eine weitere Ermäßigung der preußischen Stempelabgaben vom Immobilienverkehr erzielte er nach zahlreichen Reden und Denkschriften in dem Gesetze vom 19. Mai 1889. Aber er selbst kam auch, wie er am 4. Februar 1881 angekündigt hatte, immer wieder auf seine Reformpläne zurück. So glückte ihm, in dem preußischen Gesetze vom 26. Mai 1881, ein erster Schritt zur Beseitigung der Beschwerden über die Aufbringung der Schuldlasten. Aber auch die Absichten, welche Bismarck mit dem preußischen „Verwendungsgesetze" von 1881 verfolgte, fanden im Laufe der Jahre im preußischen Landtage immer bessere Würdigung. Denn aus der eigenen Initiative des Abgeordnetenhauses kam am 14. Mai 1885 das Gesetz zu stande, das die aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehenden Beträge an die Kommunalverbände überwies.

Dieselbe wohlthuende Erfahrung, daß seine Steuerreformpläne schließlich von der anfangs ablehnenden Volksvertretung selbst aufgenommen wurden, machte Bismarck auch auf dem Reichsboden.*) Die im Jahre 1881 von ihm durchgesetzte Börsensteuer war der erste Erfolg von fünf auf diesem Gebiete unternommenen Versuchen gewesen, die bis zum Jahre 1869 zurückliegen. Jetzt war die Börsensteuer so populär geworden, daß 1885 aus der eigenen Initiative des Reichstags, unter Bismarcks lebhaftem Anteil an den Debatten, eine Erweiterung und Erhöhung der Börsenbesteuerung, nach dem Antrage der Abgeordneten v. Wedell-Malchow und Genossen, beschlossen und am 29. Mai Gesetz wurde. Freilich durfte man auch über

---

*) Das Folgende nach Poschinger a. a. O. Bd. III, Einleitung S. XIV flg.

dieses Gesetz den Wahlspruch des Bismarckischen Hauses schreiben: „Noch immer nicht genug.“ Dagegen offenbarte sich von Jahr zu Jahr deutlicher der praktische Erfolg und Segen der Reichssteuer- und Wirtschaftspolitik Bismarcks. Während alle Welt über den Niedergang der Preise klagte, hob sich in Deutschland die gesamte Industrie und der Arbeitslohn erheblich. Die Einlagen in den preußischen Sparkassen stiegen in den Jahren 1878—1887 von 1385 auf 2261 Millionen Mark. Auf dem ganzen Weltmarkt, selbst in Ostasien, Afrika, den britischen Kolonien Australiens, erwuchs die deutsche Industrie zur gefürchtetsten Nebenbuhlerin der ausländischen. Die Berichte der fremden Konsuln an ihre Regierungen waren voller Klagen darüber. Trotz dieser günstigen Erfolge des deutschen Wettbewerbs, unterließ Bismarck nichts, um der einheimischen Industrie noch bessere zu sichern. Er erklärte es als die Aufgabe des Reichs, auf Abstellung aller Klagen hinzuwirken, welche über nachlässige oder gar unredliche Lieferungen im deutschen Ausfuhrhandel laut wurden; er drang auf eine bessere Verpackung und Aufmachung deutscher Waren und wies die deutschen Konsuln an, diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Er unterstützte aber auch durch kräftige diplomatische Mitwirkung den deutschen Wettbewerb im Auslande. Im Oktober 1888 klagte das Organ der französischen Regierung, der „Temps“: den französischen Industriellen sei die Thatsache wohl bekannt, daß bei allen großen Lieferungen für Armee- und Marinezwecke, um welche die Industrie Frankreichs sich in Spanien, Griechenland, Serbien, Rumänien, Japan, China, Südamerika während der letzten Jahre beworben habe, nicht nur die deutsche Industrie ihr als mächtiger Nebenbuhler gegenüberstehe, sondern auch die deutsche Diplomatie, die aus dem Erfolge ihrer Staatsangehörigen eine Frage des nationalen Interesses mache. Selbst die sonst so festverschlossenen Thüren von Friedrichsruh öffneten sich ohne weiteres jedem ausländischen Bevollmächtigten, der mit solchen Anliegen an die deutsche Industrie herantrete. In Frankreich dagegen urteilten die Industriellen über das Verhalten ihrer Regierungsvertreter im Ausland: „Das Glücklichste, was uns

passieren kann, ist noch, daß sie sich überhaupt nicht um uns bekümmern." So hoch schätzte die eifersüchtigste Presse des Auslandes Bismarcks diplomatische Unterstützung der deutschen Interessen in den fernsten Fernen der Erde! Möchte uns dieselbe Klage unserer Nebenbuhler doch auch heute noch und immerdar zuströmen!

Einzig Bismarcks alter Liebling, die deutsche Landwirtschaft, war in den ersten Jahren der Wirksamkeit seiner Wirtschaftsreform noch in einer Notlage geblieben. Denn noch immer standen in Deutschland die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse, namentlich des Getreides, unter dem Drucke des Angebotes fremder Länder, die billiger hervorbringen konnten, so niedrig, daß alle Ertragsfähigkeit deutscher Landarbeit gefährdet schien. Deshalb beantragte der Reichskanzler Anfang 1885 und dann wieder im Herbst 1887 beim Reichstag mit Erfolg Erhöhungen der im Jahre 1879 bewilligten sehr mäßigen Getreidezölle. In nicht weniger als sechs großen Reden rechtfertigte Bismarck dieses Verlangen vor dem Reichstag. Er widerlegte den Einwand, daß diese Erhöhungen nur dem Großgrundbesitz zu gute kämen und wies nach, wie schwer das ganze Land, nicht bloß die Landwirtschaft, werde leiden müssen, wenn der Anbau von Getreide aufhöre rentabel zu sein. Die ganze deutsche Wirtschaft sei mit der Notlage der Landwirte solidarisch verbunden, — „das Volk gerät in Verfall, wenn seine Landwirtschaft verfällt," — da nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1882 etwa 41 Prozent der Bevölkerung des Deutschen Reiches ihren Lebensunterhalt in der Land- und Forstwirtschaft fänden. Deshalb trat der Kanzler auch für eine Erhöhung der Holzzölle ein, die, nach verschiedenen vergeblichen Anläufen in den Vorjahren, ihm 1885 bewilligt wurde. Die gewaltigen Erfolge der Wirtschaftsreform Bismarcks kamen freilich auch an sich der notleidenden Landwirtschaft zu gute. Denn aus den reichen neuen Erträgen der Zölle, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben des Reiches konnten die Einzelstaaten jetzt den ärmeren Schichten der Bevölkerung durch Entlastung von den Staats- und Gemeindeabgaben wesentliche Erleichterungen und Beihilfen gewähren. Im Jahre

1878 hatten diese Einnahmen der Reichskasse nur 241 Millionen eingebracht. Im Etatsjahre 1889/90 dagegen hatten sie sich auf 629 Millionen erhöht, so daß 355 Millionen, d. h. 140 Millionen mehr als zur Deckung der Reichsbedürfnisse durch Matrikularbeiträge erforderlich war, an die Bundesstaaten verteilt werden konnten.

Aus Bismarcks Reden zur Verteidigung höherer Getreide- und Holzzölle heben wir noch folgende, sein eigenes Wesen kennzeichnende Aussprüche hervor. So entgegnete er am 12. Februar 1885 dem Abg. Bamberger auf den von der Opposition immer wiederholten geschmackvollen Vorwurf, daß in den Ansichten und Reden des Reichskanzlers sich Widersprüche fänden: „Es gibt eine Menge Leute, die haben ihr ganzes Leben hindurch nur einen einzigen Gedanken, und mit dem kommen sie nie in Widerspruch. Ich gehöre nicht zu denen; ich lerne vom Leben, ich lerne, so lange ich lebe, ich lerne noch heute.“ In demselben Sinne entgegnete er am 16. Februar 1885 dem Abg. Rickert „auf die fable convenue, als wenn ich alle zwei Jahre meine Ansichten diametral wechselte: Ich bin mir darin stets gleich geblieben, daß ich immer darüber nachgedacht habe, was im Dienste meines Königs und im Dienste meines Vaterlandes augenblicklich das Nützlichste und Zweckmäßigste wäre. . . . Ich glaube nicht unbescheiden zu sein, und bitte mir den Ruhm zu gestatten, daß ich das nie in meinen Leben gewesen bin; ich bin im Innersten meines Herzens bei allem Erfolg vor Gott und Menschen stets demütig geblieben und habe mir denselben nicht zugeschrieben. Aber gesteht mir der Herr Abgeordnete gar keinen Anteil an der Thatsache zu, daß wir jetzt seit 6 Jahren einen mäßigen Schutzzoll haben? Ich halte es für eines meiner größten Verdienste, dazu mitgewirkt zu haben; ich habe es ja nicht allein machen können, aber die treibende Kraft kann ich mir ganz allein zuschreiben.“

Endlich tritt aus diesen Reden auch Bismarcks unjunkerlicher Standpunkt, sein Streben, nicht etwa dem Großgrundbesitz, sondern gerade den kleineren Landwirten zu helfen, leuchtend hervor. So

sagte er am 14. Februar 1885: Wenn Sie den Bauer in die Lage bringen, daß er verkaufen muß, so erzeugen Sie notwendig Latifundien. Der große Besitzer ist so reich, daß er eine Kalamität überdauern kann; zu leben behält er immer noch — er denkt, es kommt eine Zeit, wo es umschlägt, und es ficht ihn nicht so an; eine augenblickliche Lust, der Anblick seiner Gutskarte — die Karten sind bekanntlich der Ursprung jedes Eroberers — erwecken in ihm den Wunsch, sich eine Parzelle zu annektieren; und alle die Kleinen, die matt werden, die sammelt er auf, und damit ist das Latifundium da mit allen seinen übeln Nachteilen. Zum großen Teil bilden sie sich in den Händen von Kapitalisten, und das ist das Gefährlichste. Der Grundbesitzer, der auf dem Lande wohnt, ist noch nicht der schlimmste, der schlimmste ist der Großgrundbesitzer, der in der Stadt wohnt, sei es in Paris, Rom oder Berlin, und der von seinen Gütern und Verwaltungen nur Geld verlangt, der sie auch nicht vertritt im Parlament oder sonstwie, auch nicht weiß, wie es ihnen ergeht. Darin liegt das Elend der Latifundien. . . Und wenn es Ihnen jemals gelänge, diese Rasse" (der kleineren Landwirte und der größeren Besitzer, die selbst auf dem Lande wohnen) „zu vertilgen, so würden Sie das in der Lähmung unseres ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens, nicht bloß auf dem Lande merken." Diese eindringliche Warnung ist getragen von tiefster Kenntnis geschichtlicher Thatsachen. Nichts hat z. B. den Zusammenbruch der altfranzösischen Gesellschaft rascher vorbereitet und den Nährboden der ersten französischen Revolution besser gedüngt, als die Aussaugung der französischen Latifundien durch ihre in Paris schlemmenden Besitzer.*)

Inhaltlich bedeutende Handelsverträge konnten bei der in unserer Zeitspanne herrschenden Handelspolitik Deutschlands wie der übrigen Staaten nicht abgeschlossen werden. Doch gelang ein Handelsvertrag mit Spanien, und das handelspolitische Verhältnis

*) Hierüber näheres nach Taine, „Origines de la France contemporaine", in der Broschüre von Blum, „Unsere Sozialdemokratie im Spiegel der ersten französischen Revolution", München, Beck 1893.

mit Österreich blieb nahezu unverändert bestehen. Alle solche Verhandlungen umgab Bismarck außerdem mit dem tiefsten Geheimnis. Sehr gegen seine Absicht gelangte ein vertrauliches Rundschreiben von ihm an die Öffentlichkeit, in welchem die dringende Aufforderung ausgesprochen wurde, den Abschluß handelspolitischer Verträge und die gewünschten Spezialbestimmungen nicht zum Gegenstande öffentlicher Besprechung zu machen, da erfahrungsgemäß nur das Ausland davon Nutzen ziehe, ohne daß für die Sache selbst durch Veröffentlichung irgend etwas erreicht werde. „Mehr als in einem Falle ist der Gang von Verhandlungen zu Ungunsten der deutschen Industrie beeinflußt worden, indem der Gesandte des fremdländischen Staates die in den Jahresberichten deutscher Handelskammern enthaltenen Aufklärungen zum Beweismittel gegen die deutsche Regierung selber zu benutzen verstanden hat." *)

Durch seinen Sohn, den Reichstagsabgeordneten Grafen Wilhelm v. Bismarck, ließ der Reichskanzler weiter, aus eigener Initiative des Reichstags, einen Entwurf von großer wirtschaftlicher und sittlicher Bedeutung anregen, das Wuchergesetz. Das norddeutsche Bundesgesetz vom 15. November 1867 hatte alle Zinsbeschränkungen aufgehoben. Das deutsche Reichsstrafgesetzbuch ahndete in den §§ 301, 302 nur die Bewucherung Minderjähriger. Unter dieser Gesetzgebung war also die wucherische Ausbeutung Bedrängter, Notleidender, Leichtsinniger u. s. w. straflos gelassen und immer schamloser hervorgetreten. Ihr sollte nach einer 1879 im Reichstag ergangenen Anregung gesteuert werden. Ein sachverständiger Ausschuß arbeitete nach den ausgezeichnet klaren Vorschlägen des Abg. und kgl. sächs. Generalstaatsanwalts von Schwarze einen Gesetzentwurf aus, welcher die Thatbestandsmerkmale des strafbaren Wuchers genau feststellte. Auf Grund dieser Vorarbeit brachte dann 1880 der Bundesrat eine Vorlage an den Reichstag, welche von diesem, fast allein gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, nahezu unverändert angenommen wurde. Als untrügliche Kenn-

*) Poschinger a. a. O. Einleitung zu Bd. II S. XVIII flg.

zeichen strafbaren Wuchers wurden dabei festgestellt: die Beanspruchung ungewöhnlich hoher Zinsen, um die Notlage, den Leichtsinn oder die Unerfahrenheit des Geldsuchenden gewinnsüchtig auszubeuten, so daß sich ein auffallendes Mißverhältnis der Vermögensvorteile des Darleihers zu dessen Leistungen ergibt. Besondere Strafschärfungen treffen den gewerbsmäßigen Wucherer und den, der die wucherischen Vorteile verschleiert oder sich durch die Wechselform diese zu besonders rücksichtslosem prozessualem Vorgehen gegen den Schuldner sichert, oder sich das Ehrenwort oder ähnliche Beteuerungen vom Schuldner geben läßt. Die strafrechtliche Verurteilung wegen Wuchers macht auch die wucherischen Verträge ungültig und unklagbar. In dieser Fassung kam das Gesetz am 24. Mai 1880 zu stande und wirkte höchst segensreich, wie ein Ausschußbericht des Reichstags vom Februar 1888, nach eingehender Erörterung aller bis dahin gemachten Erfahrungen, befriedigt feststellte. Die großen Wucherprozesse neuester Zeit bestätigen dasselbe Urteil.

Gleichfalls von dem Sohne des Reichskanzlers, dem Abg. Wilhelm v. Bismarck, war aber damals auch eine Beschränkung der Wechselfähigkeit beantragt worden. Der Antrag fand die lebhafte Unterstützung des Zentrums. Der Reichstag aber machte seine Entscheidung abhängig von einer dem Bundesrate zugewiesenen Untersuchung der Frage. Der Reichskanzler setzte nun einen gewaltigen Apparat in Bewegung, um von zahlreichen Behörden und Körperschaften Gutachten für die Beschränkung der Wechselfähigkeit zu erlangen. Aber diese Gutachten erklärten, mit ganz verschwindenden Ausnahmen, gerade umgekehrt jede Beschränkung der Wechselfähigkeit für höchst bedenklich, da der Wechsel heutzutage ein über die eigentliche Geschäftswelt weit hinausragendes unentbehrliches Zahlungsmittel geworden sei, und außerdem die Grenzen einer Beschränkung der Wechselfähigkeit sich, wenn überhaupt, überaus schwer ziehen ließen. Ganz in demselben Sinne äußerte sich einstimmig aus eigenem Antriebe der berufenste Gutachter, der am 9. September 1880 in Leipzig versammelte deutsche

Juristentag, in dessen Mitte sich die Räte und Präsidenten des deutschen Reichsgerichts befanden. Damit war diese Frage dauernd erledigt und beseitigt.

Dagegen gelang dem Reichskanzler, wenn auch unter lebhaftem Widerstreit der Wirtschaftsparteien des Reichstags, am 22. Mai 1881 ein Gesetz zu stande zu bringen, welches bezweckte, die deutsche Küstenschiffahrt nur deutschen Schiffen zuzuwenden. Danach sollte die Güterbeförderung zur See zwischen zwei deutschen Häfen ausländischen Schiffen nur gestattet werden infolge von Staatsverträgen oder durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrates.

Lediglich aus großen nationalen Gesichtspunkten verfolgte Bismarck weiter von 1880 an kräftig das Ziel, den Zollanschluß der Hansestädte herbeizuführen. Er begann seine Schritte nach diesem Ziele mit einer an den Bundesrat am 19. April 1880 gerichteten Denkschrift, welche zunächst zwar nur die Einverleibung der Stadt Altona und eines Teiles der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet beantragte, aber das weitere Ziel in den Worten erkennen ließ: „Die Hansestädte Bremen und Hamburg verharren noch jetzt in ihrer Stellung außerhalb des Zollgebiets, und es gewinnt den Anschein, als betrachteten sie ihre Freihafenstellung nicht mehr als eine vorübergehende, wie sie nach dem (Zollvereins-)Vertrage vom 8. Juli 1867 und im Sinne der Verfassungsbestimmungen ist, sondern als eine definitive. Damit verliert der hauptsächlichste Beweggrund, welcher im Jahre 1867 zum (einstweiligen) Zollausschluß Altonas führte, seine Bedeutung, und die preußische Regierung mußte sich die Frage vorlegen, ob dieser Zustand auch ferner aufrecht zu erhalten sei. Daß der Zollanschluß Altonas von der Zustimmung Hamburgs nicht abhängig sein kann, bedarf keiner näheren Darlegung. Dem Bundesrat wird aber auch die Befugnis nicht bestritten werden können, den Anschluß der hamburgischen Vorstadt St. Pauli oder eines Teiles derselben, selbst ohne Zustimmung Hamburgs, zu beschließen." Diese Ansicht begründet die Denkschrift eingehend an der Hand der Artikel 34, 78

Ziffer 2, 33, 37 der Reichsverfassung und des Artikels 8 Ziffer 12 des Zollvereinsvertrags vom 8. Juli 1867.

Als diese Denkschrift bekannt wurde, schrien Bismarcks Gegner über eine vom Reichskanzler gegen Hamburg verübte „Pression", und ein gewaltiger Entrüstungssturm brach los. Abermals wurde Bismarck als jener Mann der Konfliktszeit hingestellt, dem Macht vor Recht gehe. Vielleicht ermutigten diese sehr lebhaften Stimmen den Hamburger Senat zu dem am 28. April im Bundesrat gestellten Antrage: „Die Einverleibung eines Teiles der Hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet ohne Zustimmung der Freien und Hansestadt Hamburg für unzulässig" zu erklären, „auch die Beschlußfassung über diesen Antrag der weiteren Beratung des Antrags der kgl. preußischen Regierung vom 19. April, und auf Grund eines vom Verfassungsausschuß zu erstattenden Berichts vorausgehen zu lassen." Dieser Antrag war im höchsten Grade bedenklich, denn er warf zum ersten Male seit dem Bestehen des Reiches in den Schoß des Bundesrates eine große verbitternde Verfassungsstreitfrage, und zwar nicht sowohl zwischen Preußen und einem Einzelstaate, sondern geradezu zwischen den nationalen Rechten und Pflichten des Reiches gegenüber einem einzelnen Bundesgliede. Bismarck seinerseits hätte hundert Gelegenheiten gehabt, eine solche Streitfrage zu entzünden und auf die Spitze zu treiben — man erinnere sich nur der Kämpfe um die deutsche Rechtseinheit, um das Reichseisenbahnprojekt und zahlreiche viel bedeutendere Fragen als die gegenwärtige — aber er hatte sorgfältigst vermieden, zwischen Preußen und den Bundesgliedern eine Verfassungsstreitfrage hervorzurufen. Der Schritt Hamburgs war aber auch praktisch voraussichtlich ohne alle Folgen, da sich keiner der Streitteile, wie Bismarck in einer weiteren Denkschrift vom 6. Mai treffend ausführte, durch das Gutachten des Verfassungsausschusses des Bundesrates irgendwie von seiner Überzeugung hätte abbringen lassen. Hatte nun schon dieser Schachzug Hamburgs den Kanzler peinlich berührt, so wuchs sein Unmut, als er vernahm — er selbst war leidend — der bayerische Gesandte v. Rudhart habe in der Bundesrats-

Sitzung vom 3. Mai, in welcher der Hamburger Antrag zur Sprache kam, erklärt, er besitze zwar bezüglich des Hamburger Antrags noch keine Instruktion und werde diese einholen, nach seiner Privatansicht aber teile er die Hamburger Auffassung.*) Am folgenden Tage war Bismarck leidlich wohl und empfing daher die zur parlamentarischen Soiree geladenen Gäste ohne sichtliche Zeichen von Nervosität und Ermüdung. Als jedoch Herr v. Rudhart erschien, mußte er vom Kanzler, in Gegenwart der ganzen Gesellschaft, harte Worte hören. Bismarck sagte dem bayerischen Gesandten geradezu, er werde sich über Herrn v. Rudhart bei dessen Regierung beschweren, weil dieser gegen deren Ansichten, die dem Reichskanzler wohlbekannt seien, gestimmt habe; das erscheine unzulässig und unerlaubt. Bismarck sprach sogar von einer „Konspiration", nach der schärfsten Fassung gar von einer „Konspiration mit Römlingen, Juden und Fortschrittlern". Herr v. Rudhart half sich in der peinlichen Lage mit der diplomatischen Erwiderung, der Reichskanzler müsse über die Thatsachen falsch unterrichtet sein, verließ aber mit der Gemahlin das Palais Radziwill, sobald der Wagen vorgefahren war und verlangte seine Abberufung von Berlin, die ihm auch gewährt wurde. Der Vorfall machte ungeheures Aufsehen.

Die „Konspiration", von welcher Bismarck zu Rudhart gesprochen, war übrigens im Reichstag schon, ehe der Bundesrat nur zum ersten Male am 3. Mai über die ihn zunächst allein angehenden Anträge Preußens und Hamburgs beriet, zu Tage getreten. Denn am 1. Mai hatten die Abgeordneten Wolffson, Möring und Richter die Interpellation im Reichstag eingereicht: „Sind der Einbringung des preußischen Antrags Verhandlungen mit der Stadt Hamburg vorausgegangen und eventuell welchen Erfolg haben sie gehabt? Ist aber der preußische Antrag darauf gerichtet, daß die Einverleibung eines Teiles der Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet auch ohne Zustimmung der Stadt Hamburg stattzufinden habe, wie ist solches Vorgehen in Einklang zu bringen mit Art. 34 der Reichs-

*) Das Folgende nach Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 163.



verfassung?" Es war klar, daß diese „Interpellation" den Reichskanzler rundweg beschuldigte, das Verfassungsrecht des Reiches zu verletzen. Der Unterstaatssekretär Scholz gab die Antwort sogleich, „nicht namens der verbündeten Regierungen, sondern namens und im Auftrage des Reichskanzlers". Er gab alle Thatsachen, nach welchen die Interpellanten fragten, als richtig zu, erklärte, daß vorausgehende Separatverhandlungen mit Hamburg wegen Hereinziehung eines Teiles von St. Pauli in den Zollverein „nach der Reichsverfassung gar nicht erforderlich" seien, erklärte aber auch weiter, daß der Reichskanzler ablehnen müsse, „in Erörterung der allgemein bekannten Thatsachen einzugehen, sie zu begründen oder zu verteidigen, in rechtlicher oder thatsächlicher Hinsicht, weil er es mit der ihm obliegenden Rücksichtnahme auf seine Stellung zum Bundesrate und auf die Wahrung der Freiheit der Verhandlungen des Bundesrates nicht vereinbarlich finden würde, über einen beim Bundesrat von einem Mitgliede des Bundes eingebrachten Antrag vorab mit dem Reichstag zu verhandeln." Diese Antwort war nach der Reichsverfassung durchaus korrekt. Aber weit entfernt davon, sich dabei zu beruhigen, beschloß die „Konspiration" des Reichstags, in eine Diskussion über diese verfassungswidrige Interpellation einzutreten, und erlabte sich nun an einer großen Zahl aufreizender Reden von Karsten (Altona), Rickert, Richter, Windthorst und Lasker — „Römlingen, Juden und Fortschrittlern" — die samt und sonders Bismarcks nationales Vorgehen als rechtswidrig brandmarkten.

Der eiserne Kanzler hatte sich niemals durch Phrasen imponieren lassen. Er machte auch jetzt von seiner alten Erfahrung Gebrauch, daß der Hieb die beste Parade sei. Er antwortete der „Konspiration" mit Thaten. Am nämlichen 1. Mai schon, da der Reichstag leere Worte machte, erließ Bismarck den telegraphischen Befehl, alle bisher für den Hamburger Viehmarkt zugestandenen Abfertigungserleichterungen einzustellen. Aber noch weit wirksamere Gegenzüge hatte er vorbereitet. Noch ehe er die erste Denkschrift in der Zollanschlußfrage der Hansestädte an den Bundesrat richtete, hatte er nämlich schon am 7. März mit Österreich eine neue Elb-

schiffahrtsakte abgeschlossen, deren Artikel 4 lautete: „Die Zollpflichtigkeit der Waren tritt beim Überschreiten der Zollgrenze auf der Elbe in gleicher Weise ein, wie beim Überschreiten der Zollgrenze auf dem Lande.“ Hiernach fiel jede Elbfracht in den Bereich der Zollgrenze, gleichviel ob das Schiff von Böhmen oder von der See her einlief. Nach Art. 7 Ziffer 2 des Vertrags war aber die Feststellung der „Zollgrenze“, der Linie quer über den Elbstromspiegel im Süden und Norden des Zollvereinsgebietes, auf welcher die Zollpflichtigkeit aller Elbfrachten begann, lediglich dem Bundesrat überlassen. Dieser konnte daher nach seinem Belieben diese Zollinie unterhalb der Stadt Hamburg an jedem Punkte quer über den Strom legen und dadurch den Hamburger Freihafen plötzlich von der See abschneiden und zu einem von deutschem Zollgebiete umschlossenen Binnenwasser machen. Scharfsinnig entwickelte dies Delbrück als Reichstagsabgeordneter am 4. Mai, als der Reichstag die neue Elbschiffahrtsakte in erster Lesung beriet, aus dem Art. 7 Ziffer 12 des Vertrages und erreichte durch dieses Bedenken die Verweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 24 Mitgliedern.

Am folgenden Tage, dem 5. Mai, beschlossen die Zoll- und Handelsausschüsse des Bundesrates einstimmig, dem Plenum nur über die technische Seite der Anträge von Preußen und Hamburg Bericht zu erstatten, die Verfassungsfrage aber beiseite zu lassen. Ganz im nämlichen Sinne sprach sich Bismarcks Denkschrift vom 6. Mai aus, die bereits erwähnt wurde. Auch sie warnte dringend vor Verfassungskonflikten. Die ungeheuren Petitions- und Entrüstungsstürme, die sich in denselben Tagen von Altona und Hamburg erhoben, können wir unerwähnt lassen. Die Hamburgischen Abgeordneten Wolffson und Möring aber, die am 5. Mai im Sinne dieser Entrüsteten bei Bismarck vorsprachen, um ihm ins Gewissen zu reden, fanden durchaus keinen Nachgiebigen am Reichskanzler, sondern einen Angreifer, der sie mit Vorwürfen überhäufte. Hamburg möge den Antrag vom 28. April zurücknehmen, sagte er, dann werde er sich auch gegen Hamburg bezüglich St. Paulis entgegen-

kommend erweisen. Sehr enttäuscht kamen die Abgeordneten von der Audienz zurück.*)

Am nämlichen Tage faßte auch der Reichstagsausschuß seine Entscheidung über die neue Elbschiffahrtsakte. Er beschloß, dem Reichstag die Genehmigung vorzuschlagen, jedoch unter dem Vorbehalte, daß die gegenwärtig auf der Elbe bestehende Zollgrenze nur durch Gesetz an eine unterhalb dieser Grenze befindliche Stelle verlegt werden könne, also nur mit Zustimmung des Reichstags, nicht durch bloßen Beschluß des Bundesrates. Delbrück, als Berichterstatter des Ausschusses, begründete diesen Antrag im Reichstag am 8. Mai, bei der zweiten Lesung der Elbschiffahrtsakte. Er führte aus, der Art. 4 der Akte sei zweifellos ein Pressionsmittel gegen Hamburg. Nach Art. 34 der Reichsverfassung dürfe aber Hamburgs Freihafenstellung nicht ohne dessen Zustimmung in Frage gestellt werden.

Fürst Bismarck, der durch andauernde Krankheit wochenlang ans Zimmer gefesselt worden war, erschien bei dieser Beratung zum ersten Mal während der Session im Reichstag und ergriff sogleich nach Delbrück das Wort. Er wies nach, daß die Verhandlungen über diesen Vertrag bis 1874 zurückreichten, also noch in die Ministerzeit Delbrücks, ja, daß der jetzige Vertrag in seinem ganzen Umfang noch vom Minister Delbrück entworfen worden sei. Dieser Vertrag aber entspreche wieder ganz genau dem ältesten Elbschiffahrtsvertrag von 1821, der das Recht der Elbuferstaaten, die Zollgrenze auf dem Strom nach ihrem Belieben festzusetzen, mit einer bis heute unbezweifelten Sicherheit festgestellt habe. Der einzige Unterschied zwischen 1821 und 1880 sei nur, daß die damals etwa 10 Elbuferstaaten auf zwei, d. h. Österreich und Deutschland, gesunken seien. Der Vorbehalt, den die Kommission aufstelle, beanspruche also entweder „nur gültiges Recht, dann ist er überflüssig, oder er hat die Tendenz, neues Recht zu machen, dann überschreitet diese Absicht die Machtvollkommenheit, die dem Reichstag durch die Reichs-

*) Poschinger, Bismarck als Volkswirt, Bd. II, S. 281.

verfassung beigelegt ist. Das ist eine Pression, der sich die Reichsregierung in keinem Falle fügt." Ferner sei aber seit 1867 auch niemals das Recht des Bundesrats bezweifelt worden, die Zollgrenzen auf dem Wasserspiegel der Elbe allein zu bestimmen. Dieses sein verfassungsmäßiges Recht habe der Bundesrat im Jahre 1868, nach Abschluß des Zollvereinsvertrages vom 8. Juli 1867, auch bethätigt, indem er, unter dem Vorsitze des damaligen Ministers Delbrück, die Zollgrenze von Wittenberge stromab nach Bergedorf verlegte, um das Hamburger Freihafengebiet abzugrenzen. Das ganze Konzept jenes dem Bundesrate vorgelegten Antrags sei, vom damaligen Rat Jungmann unter Delbrücks Leitung verfaßt, mit zahlreichen Korrekturen und Einschaltungen von Delbrücks Hand versehen. Namentlich ständen in diesem Konzept in Delbrücks eigener Handschrift die Worte eingeschaltet „vorläufig" (sollten Hamburg und Bremen) „außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze" bleiben (Heiterkeit). Dem Antrag Delbrücks sei der Bundesrat, und zwar einschließlich der Vertreter der Hansestädte Hamburg und Bremen, beigetreten. Der Hamburger Senat habe somit damals anerkannt, daß dem Bundesrat allein die Bestimmung der Grenze des Hamburger Freihafens zustehe, habe das sogar seinen eigenen Staatsangehörigen gegenüber amtlich ausgesprochen. Denn als sich die Einwohner von Bergedorf und Geesthacht über die Abtrennung ihrer Gebiete vom Hamburger Freihafen beschwerten, und die Hamburger Bürgerschaft der Beschwerde beitrat, habe der Senat sie beschieden: „Wir können uns auf die Beschwerde der Bürgerschaft nicht einlassen, da nicht der Senat, sondern der Bundesrat beschließt, wo die Grenze des Freihafens gehen soll." Ganz ebenso urteilen die Staatsrechtslehrer, „und zwar wesentlich liberale," wie Laband und Rönne über diese Rechtsfrage.

Dann aber richtet Bismarck an den Reichstag die nationale Mahnung: „Mir kommt es darauf an, die ganze Wandlung des Rechtsgefühls, des Rechtsbewußtseins und der Rechtsvertretung nachzuweisen, die in allen Behörden erkennbar ist, seit die Begeisterung für die deutsche Einheit und für die Herstellung des neuen Reiches

etwas matter geworden ist (Widerspruch links). Ja, matter geworden, m. H.! Ich stehe auf der Stelle, wo jedermann das am deutlichsten fühlt; der Geist des Partikularismus ist gewachsen (sehr richtig! links), die Kämpfe der Parteien — und das wirkt auf die Haltbarkeit des Verfassungsbodens als Tummelplatz für dergleichen Kämpfe; entweder hält man den Boden für unzerstörbar, oder man macht sich nicht viel daraus, ihn zu zerstören, und ich bin vollständig berechtigt, von meinem Standpunkt her ein vollwichtiges Zeugnis abzulegen; ich bin kompetenter Zeuge dafür. Deshalb also, wenn Sie mich fragen, warum ich den Beschlüssen, die heute gefaßt werden können, eine praktische Tragweite nicht beilege und dennoch mich an der Debatte unter persönlichen Schwierigkeiten beteilige, so kann ich darauf nur erwidern, daß es mir ein Bedürfnis gewesen ist, noch einmal in meinem Leben von dieser Stelle aus die Perspektive auf den Reichstag zu haben (Heiterkeit), und zu ihm zu reden und noch einmal von hier aus Zeugnis abzulegen für die nationalen Bestrebungen und gegen die partikularistischen und Parteibestrebungen, die der Entwickelung des Reiches im Wege stehen; und wenn ich nicht in der Lage sein werde, dieses Zeugnis von dieser Stelle her zu wiederholen, so glaube ich, wenn mir Gott das Leben gibt, doch vielleicht in der Lage zu sein, von denselben Sitzen, wo Sie sitzen, hernach auch dem großen Gedanken der Nationalität, der uns vor zehn Jahren noch beinahe alle begeisterte, auch dann als Reichstagsmitglied Ausdruck geben zu können, auch gegen eine partikularistische Handhabung der Reichsverfassung, die etwa dann von hier aus vertreten werden könnte (Bewegung) ....

„Ich weiß nicht, ob der Boden der Reichsverfassung fest genug ist, ob der Baum, den sie bildet, fest genug gewurzelt ist, um zur Unterlage derjenigen Parteikämpfe und partikularistischen Strebungen zu dienen, welche heutzutage auf demselben ausgefochten werden sollen.“ Zum ersten Mal befinde man sich vor einer Verfassungsfrage zwischen Bundesrat und Reichstag. Zum ersten Mal auch sei „im Bundesrat der Antrag, Verfassungsstreitigkeiten durch Majoritätsbeschlüsse zu entscheiden, so weit getrieben worden. Ich richte

besonders an die liberale Partei die Frage: ist es nützlich, Verfassungsentscheidungen anzuregen und bis zum Äußersten zu verfolgen im Streit zwischen Reichstag und Bundesrat? Ist es nützlich, den Partikularismus zu unterstützen? Er ist stark genug ohne Sie, m. H.! Vor allem möchte ich warnen vor der Tendenz, zwischen den Regierungen Unfrieden zu säen. Der feste, vertrauensvolle Friede der Regierungen untereinander ist der unentbehrliche Hort unserer Verfassung . . . Ich habe nunmehr den Kampf für die deutsche Einheit seit 30 Jahren geführt; es sind nahezu 30 Jahre, daß ich am Bundestag zuerst dafür eingetreten bin, es sind 18 Jahre, daß ich in einer Stellung bin, in der ich mit einem französischen Historiker, den ich vor einiger Zeit in einer schlaflosen Nacht las, wohl sagen kann — er spricht von einem Staatsmanne, dem man mehr Verdienst zuschrieb, als ich für mich in Anspruch nehme —: ‚Il devait succomber au poids des haines inassouvies qui s'accumulent sur la tête de tout ministre qui reste trop longtemps au pouvoir.'*) Ich fürchte, daß ich nach 18 Jahren längst in dieser Lage war, ich hatte alle Parteien abwechselnd zu bekämpfen, gegen jede hatte ich einen harten Strauß zu kämpfen — davon kommen ‚les haines inassouvies', von denen der französische Historiker spricht. Nun, ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt (Heiterkeit), gefochten auch, und ich habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das Einzige, was mich in meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter gegen seinen Willen nicht habe verlassen können, versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen: Ich bin müde, todmüde, und namentlich wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das Deutsche Reich, für die deutsche Nation, für ihre Einheit eintreten will. Ich will das nicht charakterisieren, ich würde den Gleichmut verlieren . . . So ruhig zusehen, daß das Deutsche Reich, welches ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe gründen helfen, zurückgeht, das ver-

*) Er mußte erliegen unter der Last des ungesättigten Hasses, welcher sich über dem Haupte jedes Ministers häuft, der zu lang im Amte bleibt

mag ich nicht. In meinem Alter wird man aber ruhiger und stiller, ich habe ein Bedürfnis nach beschaulicher Einsamkeit — dann richten Sie das Reich ein, wie Sie wollen, aber verlangen Sie meine Mitwirkung nicht, wenn jeder sich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reiches in Frage zu stellen (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links und im Zentrum)."

Die große Rede machte gewaltigen Eindruck. Ihn bekundete Bennigsen am besten und in staatsmännischer Weise, indem er den Antrag stellte, die Vorlage zurückzuverweisen. Am 8. Mai wurde dieser Antrag zwar verworfen, aber bei der dritten Lesung am 10. Mai von der Opposition Delbrück-Windthorst-Richter selbst wieder aufgenommen, da sie sich überzeugte, es sei weiser, die Streitfrage zu vertagen, als auf sehr schwankender Rechtsgrundlage einen Konflikt herauszufordern. Dieser Antrag wurde nun mit großer Mehrheit angenommen, und da am nämlichen Tage der Reichstag geschlossen wurde, so blieb die Streitfrage vorläufig unausgetragen.

In der Sitzung vom 8. Mai hatte der Abg. Virchow triumphierend ein durch Indiskretion zu seiner Kenntnis gelangtes vertrauliches Schreiben Bismarcks an den Finanzminister Bitter verlesen, das lautete: „die Verlegung der Zollgrenze nach Cuxhaven würde die Wirkung haben, auf die es vorläufig ankommt, nämlich die Einwilligung Hamburgs zum Eintritt in das Zollgebiet herbeizuführen." Offenbar im Auftrage Bismarcks schrieb darauf die Nordd. Allg. Ztg.: „Der Reichskanzler hat sich bei jeder Gelegenheit in jenem Sinne geäußert. Es wäre nicht notwendig gewesen, Briefe zu stehlen, um festzustellen, daß der Reichskanzler sich für das schließliche Ziel der Einheit des deutschen Zollgebiets interessiere." Bismarck selbst aber sagte in jenen Tagen: „Wenn ich gewußt hätte, daß die Herren Wert darauf legen, schriftlich konstatiert zu sehen, daß ich meine Schuldigkeit thue, so würde ich ihnen gern zehn solcher Briefe geschrieben haben. Es ist meine Pflicht, den Zollanschluß der Hansestädte zu erstreben, natürlich mit gesetzlichen Mitteln und unter Achtung vor dem Art. 34 der Reichsverfassung. Die Reichspolitik

muß darauf gerichtet sein, die Zustimmung der Hansestädte zu ihrem Anschluß an das Reichszollgebiet zu gewinnen."

Durchaus in diesem loyalen und verfassungstreuen Sinne waren Bismarcks weitere Schritte zur Erreichung dieses Zieles, nach Schluß des Reichstags, bemessen. Um nämlich auch im Bundesrat jeden Verfassungsstreit zu beseitigen, brachte er hier am 19. Mai 1880 den Antrag ein, zur Zeit nur Altona, ohne die hamburgische Vorstadt St. Pauli, in die Zollgrenze einzuziehen. Am 22. Mai nahm der Bundesrat diesen Antrag einstimmig an. Am 1. Juni folgte dann aber der bereits in dem Briefe an Bitter angedeutete Antrag Preußens an den Bundesrat: auf Einverleibung der Unterelbe — von Altona und Harburg abwärts bis Cuxhaven — in das Zollgebiet. Der Antrag war durch eine Denkschrift Bismarcks staatsrechtlich, national und praktisch eingehend begründet, insbesondere aber betont, daß die dem Staate Hamburg in Art. 34 der Reichsverfassung gewährleisteten Reservatrechte bezüglich seiner Freihafenstellung volle Beachtung finden würden dadurch, daß dem Schiffsverkehr des hamburgischen Freihafengebietes mit der Nordsee und umgekehrt keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden würden. Am 8. und 14. Juni nahm der Bundesrat diese Vorlage mit allen Stimmen gegen diejenigen der Hansestädte an. Dieser Beschluß führt gleichsam die Krisis in dem wichtigen Kampfe herbei. Denn während die Gegner des Zollanschlusses der Hansestädte nun laute Proteste erheben, fassen auch die Freunde dieser nationalen Vereinigung jetzt, nachdem sie eine bedeutende Strecke zum Ziele erreicht sehen und den entschlossenen Willen des Bundesrates erkennen, Mut zu öffentlichen Kundgebungen, die bis zum Ende des Jahres, namentlich aus Bremen, in stetigem Wachsen sind. Übel wurden die Anschlußgegner aus Altona am 1. Juni bei Bismarck empfangen. „Aus Gesundheitsrücksichten" lehnte er persönliche Besprechung rundweg ab, ließ ihnen aber durch den Geheimrat Tiedemann sagen: „Nach ihrer Petition scheinen die Altonaer auch ferner eine Vorstadt Hamburgs bleiben zu wollen, das will ich aber nicht." Auch die große Mehrheit der deutschen Industriellen stellte sich an Bismarcks Seite.

Mit Beginn des Jahres 1881 war somit schon der größte Teil des Weges zum Ziele zurückgelegt. Am 4. Februar überreichte Bismarck dem Bundesrate die Vorlage zur Ausführung des Beschlusses vom 14. Juni 1880 zur Einziehung der Unterelbe in das Zollgebiet. Die Kosten der Maßregel betrugen fast 2 Millionen Mark, welche die Vorlage auf Preußen, Hamburg und die Zollgemeinschaft angemessen verteilte. Am 15. Februar trat der Reichstag zusammen, und schon am 24. benützte Eugen Richter die erste Beratung des Etats dazu, dem durch Bismarcks Erfolge sehr gepreßten Herzen der Anschlußgegner Luft zu machen. Er sprach von „Eroberungsplänen des Kanzlers für das Reich", von einer Politik, „die Machtsphäre des Reiches nach allen Seiten hin zu erweitern," von einem absoluten „Veto des Kanzlers". Bismarck erwiderte, es gehe ihm wie vor länger als zwölf Jahren dem Kaiser Napoleon, „der auch, nicht in seinem Lande, aber in Europa, als die Ursache alles Übels angeklagt wurde, von der Tartarei bis nach Spanien hin, und der bei weitem keine so böse Natur war, wie man ihm schuld gab — und ich möchte dieses Benefizium auch bei Herrn Richter in Anspruch nehmen. Ich bin auch so schlimm nicht, wie er mich schildert. Sein Angriff richtet sich in der Hauptsache, wenn er es recht überlegt, auch nicht so sehr gegen mich, gegen meine Person, als gegen die Verfassung des Deutschen Reiches. Sie kennt keinen anderen verantwortlichen Beamten als den Reichskanzler." Aber der Reichskanzler könne, wie jedermann, verfassungsmäßig auch nur für seine eigenen Entschließungen und Handlungen verantwortlich sein. „Sie müssen aber selbst darauf bestehen, daß Sie einen in seinen Entschließungen vollständig freien und selbständigen Kanzler haben; denn für alles das, worin er nicht frei und selbständig sich hat entschließen können, kann ihn kein Mensch verantwortlich machen ... Das Ideal des Herrn Richter scheint zu sein ein schüchterner, vorsichtiger Kanzler, der sorgfältig hinhorcht: Kann ich hier anstoßen wenn ich dieses thue, kann ich dort anstoßen? ... Dazu bin ich nicht gemacht! ... Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus

publica! Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — solange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können (Beifall rechts). Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung — m. H., ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus fest gebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern näher treten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Inneren fest gefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möblieren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung. Man kann es so machen oder so, es gibt viele Wege, die nach Rom führen. Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß; es wechselt alles; hier gibt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe, und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin haben soll. Seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß

ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe (Beifall rechts)."

Mit der ganzen Festigkeit, welche sich in diesen Worten und in Bismarcks gesamter nationaler Politik ausprägt, führte der Kanzler nun die nationale Zollanschlußfrage rasch zum Ziele. Auch der Senat von Hamburg erkannte, daß gegenüber der Haltung des Kanzlers, des Bundesrates und der Stimmung der Deutschen, wie selbst der hanseatischen Bevölkerung, längerer Widerstand nutzlos sei. Mitte März 1881 eröffnete der Senat vertrauliche Verhandlungen mit dem Reichskanzler über den Zollanschluß Hamburgs, ein Schritt, der bei den Freunden wie Gegnern des Anschlusses von großer moralischer Wirkung war. Die anfangs nur „informatorischen" Verhandlungen verfolgten nach einem weiteren Beschlusse des Senats vom 28. März eine unmittelbare Verständigung mit dem Bundesrat und Reichskanzler. Die Hamburger Bürgerschaft wählte auf Ersuchen des Senates für diese Verhandlungen am 6. April neue Vertrauensmänner, durchweg gemäßigte Anschlußfreunde, und dieser Vertrauensausschuß trat am 14. April mit großer Mehrheit dem Beschlusse des Senates bei, Verhandlungen über die Bedingungen des Zollanschlusses Hamburgs in Berlin zu eröffnen. Diese Verhandlungen kamen alsbald in vollen Gang, und mit Rücksicht auf deren stetiges Fortschreiten zog Bismarck am 17. Mai den Antrag auf den Anschluß Altonas beim Bundesrat einstweilen zurück. Es war das sowohl ein entgegenkommender Schritt gegen Hamburg, als ein kluger Schachzug gegen den Reichstag, der am 24. März mit allen gegen 45 konservative Stimmen beschlossen hatte, der Reichstag habe die Kosten, welche der Zollauschluß Altonas erfordern würde, zuvor zu bewilligen. In derselben Zuschrift an den Bundesrat vom 17. Mai sorgte Bismarck aber auch dafür, daß die Verhandlungen mit Hamburg in raschem Flusse bieben, indem er beantragte, den Zollanschluß der Unterelbe unverzüglich in Vollzug zu setzen, so daß dieser Anschluß am 1. Oktober 1881 in Wirksamkeit treten könne. Zugleich sollte das in Hamburg bestehende Hauptzollamt nebst Zollvereinsniederlage auf-

gehoben und der preußischen Regierung überlassen werden, vom 1. Oktober an die zur Sicherung der Zollgrenze gegen das Hamburger Freihafengebiet und zur Erhebung der Zölle an dieser Grenze erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Eugen Richter und sein Gesinnungsgenosse Karsten (Altona) erblickten in diesen Anträgen abermals eine Verletzung der hamburgischen Reservatrechte und brachten einen entsprechenden Antrag im Reichstag ein, der dem Bundesrat schnöden Verfassungsbruch vorwarf, falls dieser die vom Reichskanzler beantragten „Änderungen der Zolleinrichtungen vornehmen sollte." Bismarck selbst entwarf die vom Bundesrat genehmigte Antwort auf diese kecke Herausforderung und der Staatssekretär v. Böttícher verlas diese Abfertigung, als der Reichstag am 25. Mai in die Beratung über den Antrag Richter-Karsten eintrat. „Dieser Antrag," hieß es, „geht von der Unterstellung aus, daß der Bundesrat, unter Hintansetzung des geltenden Verfassungsrechtes, Beschlüsse fassen könnte, welche den Zweck verfolgen, die Rechte einzelner Bundesstaaten zu verletzen. Im Auftrage der verbündeten Regierungen weise ich diese Unterstellung zurück und lege hiemit Verwahrung ein gegen den Versuch, die freie Entschließung des Bundesrats durch ein solches Vorgehen zu beeinflussen. Der Bundesrat ist sich seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeiten und Pflichten vollbewußt und hält es mit der Würde der verbündeten Regierungen, welche er zu vertreten hat, nicht für vereinbar, sich an der Verhandlung eines Antrags, wie der Richter-Karstensche ist, zu beteiligen." Darauf verließen Minister Böttícher und der gesamte Bundesrat den Saal. „Wir kommen ja immer weiter auf diesem Wege!", rief der Abg. Richter darauf höhnisch zu Beginn seiner Rede und fuhr dann fort: „In dieser Sache habe man von der sonst so viel gerühmten diplomatischen Geschicklichkeit des Reichskanzlers nichts gemerkt." Alle weiteren aufreizenden Worte des Volks- und Senatstribunen, auch das Wort, daß bei Bismarck Macht vor Recht gehe, waren aber verlorene Liebesmühe, denn der Reichstag nahm statt des Antrages Richter einen Antrag Windthorst an: „den Reichskanzler zu ersuchen, vor dem end-

gültigen Ergebnisse der mit Hamburg schwebenden Verhandlungen keine Veränderung des bestehenden Zustandes eintreten zu lassen."

Noch ehe dieser Beschluß zur Kenntnis des Reichskanzlers kam, hatte dieser buchstäblich nach dessen Wortlaut — aber freilich ganz anders als im Sinne der beschließenden Reichstagsmehrheit gehandelt und zugleich Richters Wort von Bismarcks Mangel an diplomatischer Geschicklichkeit in dieser Sache dem verdienten Gelächter der Welt preisgegeben. Denn in derselben Stunde, da Richter dem Fürsten Bismarck diplomatische Ungeschicklichkeit in der Anschlußsache vorwarf und die erlogene Legende auffrischte, daß bei Bismarck Macht vor Recht gehe, hatte dieser den Zollanschlußvertrag mit Hamburg am 25. Mai 1881 in Berlin abgeschlossen und unterzeichnet. Indem dieser Vertrag alle Wünsche Hamburgs erfüllte, bewies er, daß Bismarck auch die Fülle seiner Macht keineswegs dazu mißbrauchte, das Recht zu beugen, und indem dieser Vertrag verwirklichte, was noch vor wenigen Monaten Millionen Deutscher mit Herrn Richter für unmöglich hielten, erbrachte er einen Beweis für ein Maß von diplomatischer Geschicklichkeit Bismarcks, das vielleicht sogar Herrn Eugen Richter nicht allezeit zur Verfügung stehen dürfte. Die für Hamburg wichtigste Bestimmung dieses Vertrages war die Zusage, daß das Reich zu den Kosten des Zollanschlusses Hamburgs einen Beitrag von 40 Millionen Mark leisten werde. Der Anschluß selbst sollte erst nach dem 1. Oktober 1888 an einem vom Bundesrate zu bestimmenden Tage erfolgen.

In ganz Deutschland war die Befriedigung allgemein, daß die Frage, welche die Gemüter so lange in Spannung erhalten, in einer so glücklichen Weise gelöst sei; auch in Hamburg. Denn am 15. Juni genehmigte die Bürgerschaft den Berliner Vertrag vom 25. Mai mit 5 Stimmen über die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit. Der Reichstag wurde an eben diesem Tage geschlossen und am 27. Oktober neugewählt. Dieser neugewählten Vertretung fiel die Aufgabe zu, durch Bewilligung der 40 Millionen Mark zu den Anschlußkosten Hamburgs den Vertrag vom 25. Mai zu genehmigen, wozu eine sichere Mehrheit bereit war. Die etwa

Schwankenden gewann Bismarcks Beredsamkeit durch zwei große Reden bei der ersten Lesung der Vorlage am 28. November 1881. In der ersten entwickelte er gegen Windthorsts kühle Frage: „Ist der Zollanschluß Hamburgs nützlich oder nicht?" glänzend die Notwendigkeit der Einheit des deutschen Zollverbandes. Ein gewisser Druck sei auf alle deutschen Staaten zur Erreichung der Einheit nötig gewesen. Von ihm werde man den Verzicht auf diesen Druck, den er im nationalen Interesse für unerläßlich halte, nie erreichen. Er werde jede Pression, zu der er gesetzlich berechtigt sei, um den Art. 33 der RVerf.*) zur Wahrheit zu machen, „mit gutem Gewissen, mit der vollen Überzeugung, seine Pflicht zu thun, üben. Ich verlange dafür Anerkennung und nicht Tadel. Es wäre ja für mich außerordentlich leicht, mir alle diese lästigen Geschäfte fern zu halten, wenn ich nicht von dem kategorischen Imperativ des Pflichtgefühls dahin getrieben würde, daß ich meine Schuldigkeit thue, die bestehenden Reichseinrichtungen zu vollenden und zu befestigen, soviel bei meinen schwachen und abnehmenden Kräften ich noch die Mittel dazu habe... Und dahin gehört auch das schreiendste und Flagranteste, der Art. 33 der RVerf., die Wohlthat eines einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes, welches bisher der deutschen Nation nicht zu teil geworden ist." Bei diesem Streben „einen energischen und die Grenzen des gewöhnlichen Parteikampfes überschreitenden Widerstand" zu finden, sei ihm anfangs „unerwartet" gewesen. „Ich fand ursprünglich mehr Unterstützung, nicht bei den Regierungen, wie heut bei der Hamburgischen, sondern umgekehrt im Parlament. Heutzutage muß ich die Regierungen als die stärkeren Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit im Vergleich mit dem Reichstage betrachten. In der Durchführung der nationalen Einheit sehe ich mich durch die Regierungen gefördert, aber durch den Reichstag gehindert — ohne Verschulden des Einzelnen, es liegt an der Zerfahrenheit unseres Fraktions- und Parteilebens. So weit sind wir zurückgeschritten in der Begeisterung

*) „Deutschland bildet Ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlichen Zollgrenzen."

für die deutsche Einheit!“ (seit der Begründung des Norddeutschen Bundes). Und als „die Folge von dem Parteihader“ seien überall die antinationalen Parteien, „die polnische, die dänische, die franzosenfreundliche will ich sagen,“ im Wachsen. „Das wäre noch vor 15 Jahren nicht möglich gewesen. Ich bin überzeugt, es liegt nicht an der Regierung, sondern es liegt an dem Überwuchern des Parteihaders und des Fraktionshasses, wie er dem deutschen Charakter eigentümlich ist. Zum Verneinen ist eine große Mehrheit bald hergestellt, aber was können Sie denn Positives leisten? Für welches positive Programm haben Sie eine Mehrheit in diesem Reichstag? Glauben Sie nicht, was die Zeitungen irrtümlich behaupten, daß mich in diesem Ausdruck der Besorgnis, des Unwillens über diese Anschauung der Gegenwart über meine Leistungen das Gefühl leitet, als ob ich persönlich verletzt wäre, als ob ich persönlich etwa einen Dank vermißt hätte, auf den ich Anspruch gemacht hätte. Ich habe nie in meinem Leben auf Dank Anspruch gemacht, ich habe ihn nie erwartet, ich habe ihn auch nicht verdient, denn ich habe niemals um Dank gehandelt, sondern einfach meine Schuldigkeit gethan. Wenn Sie irgend jemandem für die deutsche Einheit Dank schuldig sind, so ist es der Kaiser und sein Heer.“

Die Rede wurde vielfach von lebhaftem Beifall unterbrochen. Über die Sache selbst aber, „das große Interesse, welches das Reich daran nimmt und nehmen muß, daß seine größte Handelsstadt nicht durch eine Zolllinie von ihm getrennt sei,“ sagte Bismarck: „Denken Sie sich den Fall, daß auch Stettin, Danzig, Königsberg, alle unsere Handelsstädte vom Binnenland durch eine Zolllinie getrennt, Freihäfen im Sinne von Bremen und Hamburg, für uns Zollausland wären! Ist wirklich einer unter Ihnen, m. H., der behaupten will, daß das für das gesamte Binnenland eine gleichgültige Sache wäre?“ Hamburg aber sei wichtiger als alle anderen Seestädte, denn der Einfluß seines Handels und Verkehrs mache sich im ganzen Elbgebiet, zu dem auch Berlin gehöre, ja bis nach Bayern, Österreich, Schlesien fühlbar.

Der Abgeordnete Lasker hatte heute wieder einen sehr un-

glücklichen Tag, als er Bismarck angriff. Denn letzterer führte ihn gründlich ab. Bismarck sagte: „Meine Ehre steht in niemandes Hand, als in meiner eigenen. Was aber die Statuen anlangt, so bin ich für diese Art von Dank gar nicht empfänglich. Ich wäre in der größten Verlegenheit, wenn ich beispielsweise in Köln wäre, mit welchem Gesicht ich an meiner Statue vorbeigehen sollte; ich erlebe das mitunter in Kissingen, es stört mich in Promenadenverhältnissen, wenn ich gewissermaßen fossil neben mir dastehe... Wir sind (seit 1867) zurückgegangen, wir sind heruntergekommen und wissen, wenigstens viele von uns, selber nicht wie. Mir aber ist es klar, daß wir heruntergekommen sind; das, was das Schwert uns Deutschen gewonnen hat, wird durch die Presse und die Tribüne wieder verdorben. Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich die Fraktionen in ihrem soliden Bau zerstört hätte. Ja, ich habe jede Fraktion schon bekämpfen müssen; jede Fraktion, sobald ich mich ihrer Unterstützung bedient habe, hat bald die Neigung gehabt, die kaiserliche sowohl, wie die königlich preußische Regierung in ihren Dienst zu nehmen."

Der Reichstag wählte am Schluß der ersten Lesung der Anschlußvorlage eine Kommission zu deren Durchberatung. Dieser Ausschuß nahm die Vorlage am 12. Dezember 1881, der Reichstag selbst am 21. Januar dieselbe mit 171 gegen 102 Stimmen an. Am 16. Februar konnte der Reichsanzeiger das Gesetz, welches Hamburg mit dem Zollgebiet vereinigte, verkünden.

Durch das Reichsgesetz vom 31. März 1885 wurde dann auch der Zollanschluß Bremens unter gleichartigen Bedingungen vollzogen. Im Höchstbetrage von 12 Millionen Mark zahlte auch hier das Reich etwa die Hälfte der Anschlußkosten. Damit war Art. 33 der R.Verf. zur Wahrheit geworden: ganz Deutschland bildete ein ungetrenntes Zoll- und Handelsgebiet. Und jedes Jahr, welches seit dem Zollanschluß der deutschen Hansestädte verronnen ist, hat das weissagende Wort wahr gemacht, das der wackere Abgeordnete für Bremen, Mosle, am 25. Mai 1881 im Reichstag sprach: „Die Hansestädte werden, nachdem sie in das Zollgebiet ein-

geschlossen sind, nach wenigen Jahren gar nicht mehr wissen, weshalb sie so lange draußen geblieben sind, weshalb sie nicht schon früher selbst den Antrag gestellt haben, in die Zollgemeinschaft aufgenommen zu werden."

Damit war nach jahrelanger harter Arbeit Bismarcks ein ebenso bedeutsamer nationaler als wirtschaftlicher Fortschritt errungen. Im nämlichen Jahre 1880 aber, da er die ersten Schritte nach dem nun erreichten Ziele that, galt es, die Bedürfnisse für die wesentlichste Stütze des Deutschen Reiches, das deutsche Heer, wieder für eine Reihe von Jahren bewilligt zu erhalten, und dieses Heer in ebenbürtiger Stärke gegen die Truppenmächte des feindlichen Nachbarlandes im Westen und des unsicherer gewordenen Nachbarlandes im Osten aufzustellen und zu unterhalten. Das Zentrum des deutschen Reichstags hatte sich am Schlusse der Tagung von 1879 mit dem Gelöbnis seines Führers Windthorst verabschiedet: Die Ultramontanen seien „die besten Freunde des Deutschen Reiches". Als nun am 22. Januar 1880 Bismarck dem Bundesrat den Entwurf eines neuen Militärgesetzes vorlegte, galt es, dieses Wort einzulösen. Dieser Entwurf schlug nach dem 1874 mit dem Reichstag geschlossenen Kompromiß (s. oben Band V S. 188/89) ein neues Septennat vor, erhöhte aber die Friedenspräsenzstärke nach den Ergebnissen der Reichsvolkszählung von 1875 um fast 27000 Mann, die Kriegsstärke um 80 bis 90000 Mann. Außerdem wurde die Vorlage durch eingehende Klarlegung der „numerischen und organisatorischen Überlegenheit" der Streitkräfte Frankreichs und Rußlands begründet. Der Bundesrat stimmte am 9. Februar einhellig zu. Bei der ersten Lesung im Reichstag aber am 1. und 2. März waren nur die Konservativen, Freikonservativen und der größte Teil der Nationalliberalen dafür. Bei der Abstimmung in zweiter Lesung am 10. April wurde das Gesetz mit 186 gegen 96 Stimmen angenommen, aber nicht ein einziges Mitglied des Zentrums stimmte für die Wehrhaftmachung der deutschen Nation. Dasselbe Schauspiel bot die Abstimmung nach der dritten Lesung am 16. April. Das war die erste Probe, welche „die besten

Freunde des Deutschen Reichs" für ihre Herzensfreundschaft ablegten. Eine zweite folgte auf dem Fuße.

Denn alsbald nach Vorlegung des neuen Militärgesetzes unterbreitete Bismarck dem Reichstag den Antrag des Bundesrates: das Sozialistengesetz bis zum 31. März 1886 zu verlängern, da die Dauer des Gesetzes nach den Beschlüssen des Reichstags von 1878 im Jahre 1881 ablief und nach den bisherigen Erfahrungen eine kurze Geltungsdauer des Gesetzes dessen Wirkungen beeinträchtige. Mochte man nun über die Zeitdauer der Verlängerung des Gesetzes auch verschiedener Meinung sein, jedenfalls konnte sich kein Vaterlandsfreund der Erkenntnis und Verpflichtung entziehen, daß die Fortdauer des Gesetzes auf irgend eine Frist von Jahren unbedingt notwendig sei. Denn die ungesetzliche geheime Organisation der Sozialdemokratie hatte sich seither überall eingenistet und bewährt. In größeren Städten waren bei den Nachwahlen zum Reichstag überall Sozialisten gewählt worden. Die „Zentralstelle" der Partei und das amtliche Parteiorgan, „der Sozialdemokrat", waren vorsichtig ins Ausland, nach Zürich, verlegt. Dieses amtliche Organ schwelgte in revolutionären Glutausbrüchen, und ebenso die Abgeordneten der Partei, Bebel, Liebknecht, Hasselmann u. s. w., namentlich nachdem die Kommission des Reichstags die Verlängerung des Gesetzes auf drei Jahre bewilligt hatte. Diese Brandreden der Umstürzler machten auf den Reichstag so tiefen Eindruck, daß in der zweiten Lesung des Gesetzes eine große Mehrheit und in der dritten Lesung am 4. Mai 191 gegen 94 Stimmen die Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum 30. September 1884 annahmen. Das Zentrum aber stellte zu dieser Mehrheit nicht mehr als 13 Stimmen. Alle übrigen Angehörigen der Partei, welche von sich rühmte, „die treueste Stütze von Thron und Altar" und „der treueste Freund des Deutschen Reiches" zu sein, wollte dieses so heißgeliebte Deutsche Reich recht gern zur Beute des roten Umsturzes werden lassen, vermutlich um dann desto besser für sein ewiges Seelenheil sorgen zu können.

Fürst Bismarck hatte bis zu diesem Ausgang seine Abrech-

nung mit dem Zentrum verschoben. Nun aber, in der bereits (s. oben S. 25 ff.) erwähnten Rede vom 8. Mai, bei Gelegenheit der Hamburger Anschlußfrage, in der das Zentrum gleichfalls in der Opposition stand, hielt er diese Abrechnung gründlich, schonungslos. „Unser Hauptgegner ist die Partei des Zentrums gewesen," rief er. „Das Zentrum hat seit sechs Monaten in allen Fragen des Reiches und des preußischen Landtages ausnahmslos mit wenig Diskussion und wenig Aufwand von Argumenten gegen die Regierung gestimmt. Das ist ein Gegner, der an und für sich so stark, so diszipliniert ist, daß er von seinen über 100 Mann ja an den meisten Tagen reichlich die Hälfte der Präsenzzahl, die augenblicklich in diesem Jahre üblich war, zu stellen im stande ist. Das ist ja eine sehr gewichtige Thatsache, mit der gerechnet werden muß. Die Herren vom Zentrum werden wissen, was sie dabei bezwecken und damit erreichen. Meine Beschwerde wendet sich mehr gegen die Anhängsel des Zentrums, diesen Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen kampfbereit, angriffsbereit gegenübersteht, die dieses Passivum, mit dem unser parlamentarisches Vermögen belastet ist, dieses tote Gewicht benutzen, um hinauf zu springen, um von diesem Turm — damit ich im Bilde bleibe — den Mauerbrecher gegen die Regierung einzusetzen und, gestützt auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums, die Regierung anzugreifen und gegen sie zu stimmen. ... Wir haben gegen uns Zentrum, Fortschritt, Freihandel — von allen diesen ist die Regierung stets sicher, daß alle ihre Vorlagen abfällig beurteilt und bekämpft werden. Zunächst wende ich mich gegen diese Parteigruppierung und ihre Einwirkung auf die Entwickelung unseres Verfassungslebens, ... zu den anderen Fraktionen, die ich vorhin Anhängsel des Zentrums nannte, die das Zentrum für geschaffen halten, um unter seiner Deckung gelegentlich gegen die Regierung Ausfälle zu machen. Die Bereitwilligkeit, von dieser immer bereiten Opposition des Zentrums Gebrauch zu machen, gewissermaßen auf die Schultern des Zentrums zu springen, um von dort aus die Regierung zu bekämpfen, hat doch ihr sehr Bedenkliches, m. H.! Alle diejenigen Parteien, die das Reich haben bilden

und bisher vertreten helfen, — haben die wirklich dabei zu gewinnen, in diesem Kampfe die Bundesgenossenschaft eines mächtigen Elements zu suchen, welches seinen Frieden mit uns, wie ich mit Bedauern wahrgenommen habe, noch nicht zu machen an der Zeit hält? Haben Sie sich nicht überlegt, was für Folgen und Rückwirkungen das auf die Reichsverfassung und auf ihre fernere Entwickelung, auf die Auffassungen der Regierung, auf die Hoffnungen haben muß, mit denen die Regierung in die Zukunft sehen muß?

„Ich halte den Boden, auf dem das Reich gegründet ist, noch nicht gewachsen und solide genug, um mit dieser Vergessenheit, mit dieser Sicherheit sich der deutschen Neigung hinzugeben, der Regierung Opposition zu machen. Gegen die Regierung mit allen Mitteln zu kämpfen, ist ja ein Grundrecht und Sport eines jeden Deutschen, und wenn man da einen allezeit bereiten Bundesgenossen findet, der alles mitmacht, so ist das sehr willkommen für jemand, der etwas gegen die Reichsregierung hat, aus besonderen Gründen, aus Überzeugung oder aus Fraktionsgründen. Ich wende meine Klage gegen keine Fraktion insbesondere; jede hat geglaubt," — auch Bismarck selbst 1879, wie er in dieser Rede wiederholt bekennt — „ab und zu am Zentrum eine feste Anlehnung nehmen zu können, und hat sich gewundert, aber nach kurzer Zeit gewundert, wenn die Wand, an die sie sich zu lehnen glaubte, eine Schwenkung machte. Jeder greife da in seinen eigenen Busen! Aber die Fortsetzung dieses Systems, die Partei, mit der zu meinem Bedauern ein grundsätzlicher Zwiespalt herrscht, als einen willkommenen Krystallisationspunkt für jedes Oppositionsgelüste zu benützen, halte ich für die Reichsverfassung verderblich, namentlich verderblich im Sinn der Liberalen, noch mehr als im Sinn der Konservativen. ... Wenn ich sehe, daß die Macht des Zentrums unüberwindlich ist, daß die Zerrissenheit aller übrigen Deutschen die gleiche bleibt, so muß ich in meinem Interesse für den inneren Frieden, wenn ich zurücktrete, Sr. Majestät vorschlagen, das Kabinet, welches mir nachfolgen wird, in einer Sphäre zu suchen, der es möglich sein wird, die Wünsche des Zentrums und die der konservativen Par-

teien miteinander zu vereinigen... Der andere Weg ist nur dann möglich, wenn alle diejenigen, die mit den Bestrebungen der Zentrumspartei nicht einverstanden sind, ihrerseits geringere Streitigkeiten als diejenigen, die die Erhaltung und Fortbildung des Reiches betreffen, solange ruhen lassen; kurz, wenn die ganzen liberalen Parteien sich dazu entschließen können, dem Zentrum die Heerfolge absolut und für immer zu versagen. Können sie das nicht, dann sind meine Voraussichten trübe; können sie das, so will ich meine letzten Kräfte dem Streben dazu widmen."

Diese große Rede machte vor allem auf die Nationalliberalen den tiefsten Eindruck. Sie vornehmlich führte in ihren Reihen die heilsame Krisis herbei, unter deren Verzögerung die Partei schon lange gekrankt und sich verzehrt hatte. Wir sahen, daß der gehässige Terrorismus des „linken Flügels" der Partei schon am Schlusse der Tagung von 1879 die regierungsfreundlichste Gruppe Völk-Schauß-Hölder aus der Partei hinausgedrängt hatte. Jetzt stellten die wichtigsten nationalen Fragen, das neue Heergesetz, die Verlängerung des Sozialistengesetzes und Bismarcks Rede, die ganze Partei vor die Entscheidung über ihre gegenwärtige und künftige Politik. Bennigsen und die große Mehrheit der Partei waren entschlossen, in die vom Reichskanzler ausgestreckte Hand einzuschlagen und wie seit 1867 bis 1879 in kluger Verständigung mit dem Reichskanzler und den Konservativen, in scharfer Stellung gegen das Zentrum, eine stetige nationale und liberale Reichspolitik zu fördern und zu stützen. Die Männer des linken Flügels dagegen hielten die Politik der Kompromisse für überlebt und forderten die Befolgung einer rücksichtslosen Parteipolitik. Diese innere Spaltung wurde bei Beratung der beiden eben genannten nationalen Gesetze im Reichstag offenkundig. Bei Beratung des Heergesetzes erklärte v. Stauffenberg, im Gegensatz zu Bennigsen und der großen Mehrheit der Fraktion, die Bewilligung des Septennates für unmöglich, die jährliche Bewilligung des Militärbudgets als den „Richt- und Merkstein unserer künftigen konstitutionellen Entwickelung". In derselben Vereinzelung erklärte sich Lasker gegen Erneuerung des

Sozialistengesetzes. Aber selbst unter sich war der linke Flügel nicht einig. Denn in der zweiten Lesung des Heergesetzes erklärte ein Wortführer dieses Kreises, Rickert, nachdrücklich, daß er für das Septennat stimmen werde. Für Stauffenbergs Antrag auf nur dreijährige Bewilligung des Militärbudgets stimmten am Schlusse der zweiten Lesung von 74 Nationalliberalen nur 11, am Schlusse der dritten Lesung standen von den Nationalliberalen nur Forckenbeck und Lasker unter den Verneinenden (Stauffenberg war krank), und bei der Schlußabstimmung über das Sozialistengesetz stimmte die nationalliberale Partei sogar geschlossen der Verlängerung zu. Aber dennoch war der Bruch unvermeidlich. Lasker war schon am 16. März aus dem politischen Verband ausgetreten, den er mitgeschaffen, dem er 14 Jahre lang angehört hatte. Im August 1880 folgten ihm Forckenbeck, Stauffenberg, Bamberger, Rickert u. a., im ganzen zwanzig Abgeordnete, die meisten aus freihändlerischem Ärger. Sie bildeten die neue Fraktion der „Sezessionisten“, die auf der schiefen Ebene des Radikalismus sehr bald naturgemäß in Eugen Richters Arme glitt und von der radikalen Opposition aufgesogen wurde. Die nationalliberale Partei hatte in den Sezessionisten die Elemente von sich abgestoßen, die seit langem schon jedes kräftige einheitliche Vorgehen der Fraktion lähmten und ging nun einer heilsamen Erneuerung entgegen, von welcher später die Rede sein wird.

Zweites Kapitel.

Ausbau des Reiches durch Bismarck: Versuche einer Verständigung mit Rom, die deutsche Sozialpolitik (1880 bis 1889).

„Die Herren vom Zentrum werden ja selbst wissen, warum es sich handelt, und ich kann es mir wohl denken," hatte Fürst Bismarck in seiner großen Rede vom 8. Mai 1880 gesagt, in welcher er das Zentrum als den „Krystallisationspunkt der Opposition" bezeichnete, sich nachdrücklich von dieser Partei lossagte und alle liberalen Parteien nachdrücklich mahnte, „dem Zentrum die Heerfolge absolut und für immer zu versagen." Er konnte sich die Ursache dieser „grundsätzlichen" Opposition der ultramontanen Partei in allen Fragen „wohl denken". Sie war seit 1879 so feindselig gegen den Reichskanzler und dessen Politik geworden, weil sie wußte, daß er ernstlich auf eine Verständigung mit Rom hinarbeitete, und weil diese Partei für ihr Dasein und ihren Einfluß nichts weniger brauchen konnte als eine solche Verständigung. Der stockende Verlauf dieser Verhandlungen ist früher geschildert worden (s. oben Band V, S. 317 ff.). Mit dem Ende des Jahres 1879 ruhten sie gänzlich.

Da brachte der Papst selbst sie zu Beginne des Jahres 1880 von neuem in Gang, indem er an den vormaligen Erzbischof von Köln ein sofort veröffentlichtes Breve richtete, in welchem es hieß: „Zwischen der kirchlichen und der staatlichen Gewalt kann ein dauerndes Einvernehmen bestehen, wenn nur von beiden Seiten der

geneigte Wille, den Frieden aufrecht zu erhalten, oder, wo es nötig, ihn wiederherzustellen, nicht fehlt." Daß der Papst selbst von diesem Geiste und Willen beseelt sei, versichert er dem Erzbischof nachdrücklich und bethätigt diese friedliche Gesinnung auch durch den wichtigen Schlußsatz des Schreibens: „Wir tragen kein Bedenken, Dir zu erklären, daß Wir, um dieses Einvernehmen zu beschleunigen, dulden werden, daß der preußischen Staatsregierung vor der kanonischen Einsetzung die Namen jener Priester angezeigt werden, welche die Bischöfe der Diöcesen zu Teilnehmern ihrer Sorgen in der Ausübung der Seelsorge wählen." Diese päpstliche Willenserklärung war von der höchsten Bedeutung. Denn der Papst sprach hier klar und unumwunden aus, er wolle dulden, daß die Bischöfe dem Staate Anzeige machen von den Namen der Priester, welche in der Diöcese ein Priesteramt ausüben sollen. Die kirchliche Gesetzgebung Preußens stellte diese Anzeigepflicht auf. Die Kurie hatte sie nun seit grade sieben Jahren für unmöglich und unerträglich erklärt, in Kissingen 1878 angeboten und in Gastein und Wien 1879 wieder zurückgenommen. Nun wollte sie der Papst aus eigener herzlicher Friedensgesinnung wenigstens „dulden". Fürst Bismarck erwirkte darauf am 17. März 1880 einen Beschluß des preußischen Gesamtministeriums, welcher befriedigt in dem päpstlichen Breve „ein neues Zeichen der friedlichen Gesinnungen" Leos XIII. erblickte, die hier „zum erstenmal einen auch nach außen hin erkennbaren konkreten Ausdruck gefunden haben. Indessen kann die königliche Regierung jener Kundgebung, so lange Zweifel über deren Kongruenz mit den bezüglichen staatsgesetzlichen Vorschriften bestehen, sowie in Anbetracht des in ihr zu Tage tretenden Mangels an einer bestimmten, die Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht sichernden Anordnung, vorerst nur einen theoretischen Wert beimessen." Sobald aber die preußische Regierung „den sichtlichen und thatsächlichen Beweis in Händen hat, daß der erneuten Erklärung über die versöhnliche Absicht Sr. Heiligkeit auch praktische Folge gegeben werde, wird sie sich bemühen, von der Landesvertretung Vollmachten zu gewinnen, welche ihr bei Hand-

habung der einschlagenden Gesetzgebung freiere Hand gewähren und damit die Möglichkeit bieten, solche Vorschriften und Anordnungen, welche von der Kirche als Härten empfunden werden, zu mildern oder zu beseitigen und so ein dem Verhalten der katholischen Geistlichen entsprechendes Entgegenkommen auch staatsseitig zu bethätigen." Man bemerke wohl, daß in diesem Beschlusse von seite der Kurie und der Bischöfe nicht etwa eine grundsätzliche Anerkennung der preußischen Anzeigepflicht, sondern nur eine thatsächliche Erstattung dieser Anzeige gefordert wurde.

Rom hatte nun das Wort, und gespannt mochte Bismarck darauf warten, wie es lauten würde. Denn dieses Wort mußte entscheiden, ob diesmal der Papst seine löblichen Friedenswünsche auch gegen seine jesuitische Umgebung würde behaupten können oder nicht. Noch ehe man in Rom den preußischen Beschluß vom 17. März kannte, hatte der Staatssekretär Nina am 23. März einen Erlaß an den Pronuntius Jacobini nach Wien gerichtet, den dieser dem deutschen Botschafter Prinzen Reuß zur Kenntnis gab. Dieser Erlaß, den Reuß am 29. März dem Reichskanzler mitteilte, machte schon deutlich, daß inzwischen die jesuitischen Einflüsse in Rom kräftig im Aufsteigen waren. Denn nach Ninas Erlaß sollte die Anzeige nur erfolgen bei Ernennung festangestellter Pfarrer, nicht bei Ernennung von Hilfsgeistlichen, Kaplänen u. s. w. Außerdem bedeutete die Anzeige, wie Rom sie „dulden" wollte, nur eine formelle Mitteilung, auf welche unbedingt das „Agrément", d. h. die bejahende Zustimmung des Staates, erwartet wurde. Erfolgte dennoch ein Nein, so wurde der Staat im voraus belehrt, daß das die Anstellung des dem Staate unliebsamen Priesters nicht hindern werde, denn — so sagte Ninas Erlaß rund heraus — „das letzte Urteil über die Angemessenheit, den Betreffenden zu ernennen, wird immer den Bischöfen zustehen und im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen und dem Staat, dem Papste." Aber auch diese einzige „Gegenleistung für die von der Kirche begehrten Vorteile" wurde nur unter der Vorbedingung gewährt, „daß die ordinarii (Bischöfe) wieder in die Ausübung ihres Hirtenamtes

getreten sind", d. h. daß alle durch den Spruch des obersten kirchlichen Gerichtshofes in Preußen ihres Amtes entsetzten katholischen Bischöfe in dieses zuvor wieder eingewiesen seien. Das konnte selbstverständlich nur durch Aufhebung der Maigesetze geschehen. Diese Zumutungen wurden verstärkt und erweitert durch mündliche Fragen, welche Jacobini am 29. März bei der Unterredung mit Reuß an den Botschafter richtete: ob Bismarck auch den abgesetzten Bischöfen die Anzeige gestatten — also deren Absetzung als nicht erfolgt betrachten werde? Ob das Entgegenkommen der Kurie nicht die Amnestierung aller in Preußen verurteilten Prälaten und die Niederschlagung aller gegen sie schwebenden Prozesse von selbst herbeiführe? Endlich, ob Preußen „dem Papste die Zusicherung geben wolle, die preußische Gesetzgebung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche zu bringen?" Mehr konnte man nicht gut fragen und fordern.

In seiner Antwort an Reuß vom 4. April beauftragte Bismarck den Botschafter, dem Kardinal Jacobini zu erklären: Dieser werde aus dem Beschlusse des preußischen Staatsministeriums vom 17. März ersehen, daß Preußen sich in den friedlichen Annäherungen auf gleichem Schritt mit der Kurie zu halten gedenke, so lange der Papst „mit seinen Äußerungen sich im Gebiete der Theorie und des akademischen Charakters halte, dieses Gebiet nicht zu verlassen." Seit der Amtsführung des Ministers von Puttkamer glaube Preußen aber auch auf dem Gebiet friedlich-versöhnlicher Praxis weit im Vorsprung zu sein. Auf Repressivmaßregeln könne es nur mit gesetzlicher Beschlußfassung des Landtags verzichten. Selbst auf Puttkamer habe Ninas Erlaß vom 23. März „keinen ermutigenden Eindruck gemacht," vielmehr das Gefühl hervorgerufen, „daß damit die bisherigen Annäherungsversuche auf ihren ersten Ausgangspunkt zurückverwiesen würden."

Noch wesentlich trüber wurden die Aussichten einer Verständigung mit Rom, nachdem hier der preußische Ministerbeschluß vom 17. März bekannt geworden war. Reuß berichtet am 16. April an Bismarck darüber: Soeben habe ihm Jacobini eröffnet, der

Beschluß habe „den allerpeinlichsten Eindruck auf den heiligen Vater gemacht. Der Moment sei ein höchst kritischer und bedenklicher. Jacobini suche vergeblich nach Mitteln, um den heiligen Stuhl noch von einem Entschluß zurückzuhalten, der für die Herstellung des Friedens verderblich sein werde. Der Boden des Friedens sei nur in der Revision der preußischen Kirchengesetze zu finden." Seinen eigenen Eindruck von dieser Unterredung faßt Prinz Reuß in die Worte: „Der Pronuntius scheint den gänzlichen Abbruch der Verhandlungen zu fürchten, und als dessen Folge eine Kundgebung, die der heilige Stuhl den Katholiken Preußens schuldig sei, um letzteren die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Verhandlungen zu nichts geführt hätten. Daß dadurch die Kluft zwischen Rom und der preußischen Regierung nur noch größer werden würde, erfüllt den Kardinal mit Besorgnis."

Diese „Besorgnisse" behandelte Bismarck in seiner Antwort an Reuß vom 20. April kühl und leicht in den Worten: „Daß in unseren Unterhandlungen Rückschläge früher oder später eintreten würden, darauf war ich durch die Haltung des Zentrums vorbereitet. Wir müssen auch ferner darauf gefaßt sein, daß man von römischer Seite jedes Mittel der Diplomatie erschöpfen wird, bevor wir zu einem erträglichen Modus vivendi gelangen, und wir werden noch mehr Phasen wie die gegenwärtige durchzumachen haben. Daß wir unser Schwert zerbrechen sollen, während die Kurie ihre Politik friedlich oder feindlich einrichten kann, nach dem Willen des jeweiligen Papstes und seiner Ratgeber, ist von uns nicht zu verlangen. Von dem Papste ist uns eine entgegenkommende Aktion nur „in Aussicht gestellt", während eine solche unsererseits bereits erfolgt ist. Diese „Aussicht wird uns bis zum Gefühl der Mißtrauens getrübt durch die Haltung der Zentrumspartei im preußischen Landtag und Reichstag, in der wir eine praktische Erläuterung, eine Interpretation der päpstlichen Instruktionen erblicken. Was hilft uns die theoretische Parteinahme des römischen Stuhls gegen die Sozialisten, wenn die katholische Fraktion im Lande, unter lauter Bekennung ihrer Ergebung in den

Willen des Papstes, in allen ihren Abstimmungen den Sozialisten wie jeder anderen untergrabenden Richtung öffentlich Beistand leistet?" Dann entrollt Bismarck, — wenige Wochen, bevor er dasselbe in seiner großen Rede vom 8. Mai im Reichstag that — der Kurie dieses ganze Sündenregister ihrer Partei auf deutschem Boden. „Sie nimmt jede reichsfeindliche Bestrebung unter ihren Schutz", sagt er. „Mag eine solche von den Sozialisten, von den Polen oder von der welfischen Fronde ausgehen, das System bleibt stets dasselbe, die Regierung des Kaisers nachdrücklich zu bekämpfen. Ein Wort vom Papste oder von den Bischöfen, auch nur der leisesten Abmahnung würde diesem unnatürlichen Bunde des katholischen Adels und der Priester mit Sozialisten ein Ende machen. So lange statt dessen die Regierung in den Grundlagen ihres Daseins und Bestehens durch die römisch-katholische Fraktion bekämpft wird, ist eine Nachgiebigkeit für erstere ganz unmöglich. Die Regierung kann friedlichen Bestrebungen friedlich entgegenkommen; läßt sie sich aber durch Kampf und Drohungen die Hand zwingen, so hat sie als Regierung abgedankt. Die Andeutung von endgültigen oder sonstigen Beschlüssen, wie Abbruch der Verhandlungen und jede andere Drohung macht auf uns keinen Eindruck. Die katholische Partei hat in Bezug auf die Agitation im Lande ihr Pulver zu früh verschossen." Der ganze Notstand des Kulturkampfes, namentlich der Mangel an Seelsorge für die Katholiken, sei „Sache der Kirche und des Papstes, dies zu verantworten." In anderen Zeiten und Ländern habe „die katholische Geistlichkeit unter sehr viel härteren Bedingungen das tolerari posse sehr viel weiter getrieben, als es nötig sein würde, um in Preußen Seelsorge zu üben, ohne mit den Maigesetzen in Konflikt zu kommen." Nachdem dann nochmals alle Schritte preußischen Entgegenkommens aufgezählt sind, schließt die Note mit den Worten: „Es thut mir leid, wenn der Papst glaubt, durch Kampf und Drohung von uns mehr erreichen zu können als durch freundliches Nachgeben, und wenn ein so liebenswürdiger Prälat, wie Jacobini, über unser Verhalten verstimmt zu sein Ursache hat; aber in Bezug auf die Gleichheit

der Zugeständnisse, das Vorgehen gleichen Schrittes in derselben, ist unser staatliches non possumus ebenso zwingend wie das kirchliche."

Die römische Kurie leugnete hierauf ab, daß sie irgend einen Einfluß auf das Zentrum besitze. In Bismarcks Vertretung und Auftrag schrieb danach Fürst Hohenlohe am 5. Mai an den Prinzen Reuß einfach: „Die Erklärung, daß der römische Stuhl keinen Einfluß auf das Zentrum besitze, findet bei uns nicht Glauben." Der nächste Bericht des Wiener Botschafters vom 17. Mai gab dem Reichskanzler Kenntnis von einer Depesche Ninas an Jacobini, in welcher ausgesprochen war: wenn die preußische Regierung der katholischen Kirche keinen anderen Vorteil zugestehen wolle, als den, der in diskretionären Gewalten liege, so müsse die in dem Breve vom 24. Februar ausgesprochene, gegen den Prinzen Reuß wiederholte Ankündigung als „nicht angelangt (non-avenue)" betrachtet werden. Bismarck bemerkte über diese Depesche Ninas in einem Erlaß an Reuß vom 21. Mai: „Diese Erklärung rechtfertigt die Vorsicht, mit welcher wir jene Ankündigung (der päpstlichen Bereitwilligkeit, die Anzeigepflicht für ‚duldbar' zu erklären) aufgenommen haben. Die ihr folgende Auslegung in der Depesche des Kardinals Nina vom 23. März hatte dieselbe bereits in Betreff der Zeit und des Umfangs der Erfüllung auf ein unbefriedigendes Maß beschränkt; jetzt wird dieselbe einfach zurückgenommen. Mit derselben Leichtigkeit würde das zu jeder späteren Zeit haben geschehen können. Die Art und Weise, wie unser Entgegenkommen aufgenommen wird," fährt Bismarck fort, den gesamten Gang der bisherigen Verhandlungen zusammenfassend, „muß uns den Eindruck machen, daß der Wille, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, entweder nicht Ernst ist, oder in seiner praktischen Bethätigung auf Hindernisse stößt; andernfalls wäre schwer zu erklären, daß der Papst uns davon abrät, einen Weg zu betreten, der dahin zu führen bestimmt ist, die Bischöfe und die regelmäßige ausreichende Seelsorge zurückzubringen, also das zu erfüllen, um was es dem Haupte der römischen Kirche zu thun sein muß

und nach wiederholten Äußerungen zu thun ist." Auch die Drohung Jacobinis in dem Gespräche mit Reuß vom 16. April, daß der Papst sich genötigt sehen könne, „den Katholiken den Ausgang bekannt zu machen," beantwortete Bismarck jetzt mit der einfachen Erklärung: „So sind auch wir nicht mehr in der Lage, die bisher von uns beobachtete Zurückhaltung fortzusetzen, da der Ausgang der Verhandlungen nur durch Veröffentlichung des ganzen Verlaufs und aller Phasen desselben verständlich werden kann." Dieser Ankündigung folgte die Ausführung auf dem Fuße; denn schon am 26. Mai veröffentlichte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sämtliche bezüglich der Verhandlungen mit Rom gewechselten Depeschen. In dem Erlaß vom 21. Mai entwickelte Bismarck am Schlusse aber auch die künftigen Absichten der Regierung in der kirchlichen Streitfrage. Er teilte dem Botschafter mit, daß die preußische Regierung die in dem Ministerbeschluß vom 17. März angekündigte kirchenpolitische Vorlage am 20. Mai in der That beim Landtag eingebracht habe und fuhr fort: „Wir werden unsere Absichten in der Gesetzgebung zu verwirklichen suchen, ohne von der Kurie eine Gegenleistung zu erhalten oder zu erwarten, lediglich im Interesse der katholischen Unterthanen Sr. Majestät des Königs."

Die Erklärung des römischen Stuhls, daß dieser irgend welchen Einfluß auf das Zentrum nicht besitze, erfuhr übrigens gerade in diesen Wochen eine eigentümliche Beleuchtung. Nachdem Bismarck nämlich in seiner Reichstagsrede vom 8. Mai in so entschiedener Weise sich vom Zentrum losgesagt und alle liberalen Parteien zum einmütigen Kampfe gegen dasselbe aufgerufen hatte, reisten während der parlamentarischen Pfingstferien zwei sehr rührige und einflußreiche Mitglieder der Zentrumspartei des Reichstags und Landtags von Berlin ab; das eine nach Wien zum Pronuntius Jacobini, das andere nach Rom zum Papste selbst; beide zu dem Zwecke, um für ihre Partei Verhaltungsmaßregeln gegenüber der bereits angekündigten preußischen Kirchenvorlage einzuholen. Der Rompilger war offenbar Paul Majunke, der in seinem Werke

„Geschichte des Kulturkampfes“*) diese Enthüllungen zu geben für gut befand. Er wurde vom Papst selbst, in Gegenwart des Kardinals Franzelin, in dreistündiger Audienz empfangen. Das Ergebnis dieser Unterredung wurde in einem von der Kurie nahezu amtlich ausgefertigten Schriftstück festgestellt, das Majunke abdruckt, und das dem Zentrum folgende Richtschnur seines Verhaltens anweist: „Der Papst erklärte: a) In rein politischen Fragen ist das Zentrum gänzlich frei und unabhängig vom päpstlichen Stuhl. b) In kirchenpolitischer Beziehung muß das Zentrum beständig verlangen, daß die kirchenfeindlichen Gesetze abgeschafft oder im Einverständnisse mit dem heiligen Stuhl abgeändert werden; es muß erklären, daß die Katholiken des Landes nicht ruhen werden, bis sie zu diesem Rechtsstandpunkt kommen. Das sind die Rechte der Kirche und Gewissensfreiheit für die Katholiken aller Länder. c) Bezüglich der zu erwartenden Vorlage ist zu bemerken: Wenn die Vorlage so gefaßt ist, daß sie keinen andern Sinn hat, als die diskretionäre Gewalt der Regierung zu sichern, um nach ihrem Sinne die Maigesetze umzuändern, so ist es unerlaubt, dem ohne Vorbehalt zuzustimmen. Auf Grund des Prinzips der diskretionären Gewalt (des Staates) wird der heilige Stuhl sich niemals auf Verhandlungen zum Zweck der Revision der Maigesetze einlassen. Dadurch würde die ganze Grundlage, welche der heilige Stuhl für die Verhandlungen festgesetzt hat, verändert werden. Auch das in dem Schreiben an den Erzbischof Melchers in Aussicht gestellte Zugeständnis der Anzeigepflicht könnte erst verwirklicht werden, nachdem die preußische Regierung von dem Grundsatz der diskretionären Gewalt abgegangen und die Gesetzgebung in einer zu duldenden Weise geändert wäre.“ Wenn dagegen die preußische kirchenpolitische Vorlage „so gefaßt wäre, daß man ihr die Erklärung geben kann, (welche vom Zentrum ausdrücklich gegeben werden müßte), daß der Regierung einfach die Befugnis zugestanden wird, die Gesetze nicht anzuwenden, so wäre es allerdings erlaubt, in diesem

---

*) S. 663/65.

Sinne dafür zu stimmen." Ob das Zentrum das thun soll, hänge von dem Nutzen für die Kirche in Preußen sowie davon ab, ob die Verhinderung eines größeren kirchlichen Übels dadurch erzielt werden kann. Sollten dagegen in dem Gesetzentwurf „mittelbar oder unmittelbar Zugeständnisse von der Kirche gefordert werden, damit die Nichtanwendung der Maigesetze statthaben könne, so kann dem nicht zugestimmt werden, weil solche Zugeständnisse vom heiligen Stuhl abhängig sind." Das nannte man in Rom „keinerlei Einfluß auf das Zentrum besitzen!"

Genau diesen geheimen päpstlichen Weisungen entsprechend, stimmte das Zentrum geschlossen gegen das erste kirchliche Friedensgesetz, welches die preußische Regierung dem Landtag am 20. Mai 1880 vorgelegt hatte, obwohl dasselbe bezweckte: in den verwaisten Pfarreien die Seelsorge wieder herzustellen, in den erledigten Bistümern wieder eine ordentliche Diözesanverwaltung einzusetzen und den in Preußen bereits bestehenden Genossenschaften (Orden), welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, neue Niederlassungen zu gestatten. Das Zentrum besetzte die Mehrheit der Kommission, welche die Vorlage vorbereitete, konservativ-ultramontan, alle Ämter in der Kommission konservativ, trieb aber hier wie im Plenum nur ein loses Spiel, da die Partei bei den entscheidenden Abstimmungen immer alles aufbot, nichts zustande zu bringen. Fürst Bismarck war so entrüstet darüber, daß er einem „hochgestellten Diplomaten" gegenüber sich höchst erbittert aussprach über die Kommission und die Fraktionen mit ihrem „byzantinischen Sklavensinn gegen den mutmaßlichen, richtig oder falsch berechneten Willen der Wählermassen" und jedes persönliche Eingreifen in die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ablehnte. In der That ist er ihnen vollständig fern geblieben. Auch Bennigsens ehrliche Bemühungen, ein Kompromiß mit den Konservativen zustande zu bringen, scheiterten im Plenum an der Mehrheit einer ultramontanen Stimme. Schließlich kamen von den elf Paragraphen der Vorlage nur sieben zustande und davon nur einer, der wichtig genug war, um die Regierung zur Annahme dieses „verstümmelten Gesetzeswerkes" zu be-

wegen, wie Minister v. Puttkamer es nannte. Dieser eine Artikel versprach der Not der katholischen Seelsorge Abhilfe, indem er die Strafbestimmungen der Maigesetze für nicht anwendbar erklärte auf solche „geistliche Amtshandlungen, welche von gesetzmäßig angestellten Geistlichen in erledigten oder in solchen Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung des Amtes verhindert ist, vorgenommen werden, ohne dabei die Absicht zu bekunden, dort ein geistliches Amt zu übernehmen." Auch dieser Artikel, der doch wahrlich „die Verhinderung eines größeren kirchlichen Übels erzielte", indem er der Seelennot von mehr als 2 Millionen an der Seelsorge verwaisten Katholiken ein Ende bereitete, war gegen die Stimmen des Zentrums zustande gekommen! Bismarcks Organ, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, fällte nach dieser Entscheidung folgendes Urteil über die ultramontane Partei: „Das Zentrum hat mit den Konservativen und, wie wir glauben, mit allen aufrichtigen Anhängern der Dynastie und des Staates im Lande durch seine Haltung der Vorlage gegenüber gebrochen und wird in Zukunft die Maske der Friedensliebe und der Loyalität gegen König und Vaterland nicht mehr mit irgend welchem Erfolge handhaben können."

Das Gesetz trat am 14. Juli 1880 in Kraft und äußerte ungemein segensreiche Wirkungen. Denn schon am 26. Januar 1881 konnte Minister v. Puttkamer im Abgeordnetenhause amtlich feststellen, daß nunmehr nur noch ein verschwindender Bruchteil katholischer Gemeinden und Mitbürger an der Seelsorge unversehen sei. Ferner wurden von den neun verwaisten preußischen Bischofsstühlen in den Jahren 1881 und 1882 sechs bischöfliche Stühle mit Prälaten, die dem preußischen Staate genehm waren, neu besetzt. In fünf Diözesen waren in derselben Zeit die Staatsleistungen wieder aufgenommen und dadurch die Gemeinden von den Lasten für ihre Seelsorge befreit worden.

Abermals aus eigenem Antriebe that aber Bismarck auf der Friedensbahn mit Rom einen weiteren bedeutsamen Schritt, indem er Mitte 1881 die Wiederherstellung der diplomatischen Vertretung Preußens bei der Kurie ins Auge faßte. Es sandte deshalb seinen

Vertrauten, den bisherigen Gesandten des Deutschen Reiches in Washington, Kurt v. Schlözer, im Juli nach Rom, um dort die Verhältnisse für dieses Vorhaben zu erforschen. Bismarcks Absicht bei diesem Plane wer offensichtlich die: er hoffte, durch den ihm vertrauten und mit den Persönlichkeiten und Gepflogenheiten der Kurie genau bekannten tüchtigen Diplomaten Schlözer, den verderblichen geheimen Einfluß des Zentrums in Rom abschwächen zu können. Die persönliche Friedensliebe des Papstes kam dem Vorhaben aufrichtig entgegen. Auch er zeigte sich geneigt: „Durch eine Gesandschaft in Rom mit der preußischen Regierung in dauernder Beziehung zu bleiben und vorhandene oder entstehende Meinungsverschiedenheiten durch eine solche Gesandtschaft ohne Mißverständnisse leichter, als es bisher möglich war, zum Austrag zu bringen.“ Nachdem Schlözer in Berlin und Varzin über seine römischen Eindrücke Bericht erstattet, machte Bismarck im Herbst dem Landtag eine Vorlage, welche dieser am 7. März 1882 genehmigte, so das Schlözer am 4. April 1882 amtlich zum Gesandten beim päpstlichen Stuhl ernannt werden konnte.

Die ersprießliche Wirksamkeit Schlözers in Rom ließ sich sehr wohl erkennen an dem Verlauf der Verhandlungen des preußischen Landtags über das zweite Friedensgesetz, das am 17. Januar 1882 dem Abgeordnetenhause von dem neuen Kultusminister v. Goßler vorgelegt wurde; — Herr v. Puttkamer war am 17. Juni 1881 Minister des Innern geworden. Goßler genoß das volle Vertrauen Bismarcks und diese kirchenpolitische Vorlage des neuen Kultusministers erfreute sich durchaus der Zustimmung des Reichskanzlers — diesmal aber auch der Zustimmung des Zentrums. Denn vor Einbringung der Vorlage hatte sich Herr v. Schlözer mit dem Papst über dieselbe verständigt, und nun erhielt das Zentrum die Weisung, dafür zu stimmen. Zuvor that diese Partei in der Kommission wie im Plenum natürlich ihr Bestes — mit konservativer Hilfe auch teilweise mit Erfolg —, um das Gesetz im Sinne der ultramontanen Wünsche umzuändern. Die von der Regierung geforderten „diskretionären Vollmachten“ wurden derselben nur auf ein

Jahr bewilligt. Ein durch gerichtliches Urteil beseitigter, vom König begnadigter Bischof sollte „wieder als staatlich anerkannter Bischof seiner Diöcese gelten“. Das sogenannte „Kulturexamen“ (Ges. v. 11. Mai 1873) und die sogenannten „Staatspfarrer“ wurden in Wegfall gebracht. Fürst Bismarck beteiligte sich auch diesmal nicht an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über diese Vorlage. Aber ganz in seinem Sinne handelte Minister Goßler, als er, nachdem das Gesetz am 31. Mai die Unterschrift des Königs gefunden, von den der Regierung erteilten „diskretionären Vollmachten“ keineswegs in dem Sinne Gebrauch machte, irgend einen der abgesetzten Bischöfe dem Könige zur Begnadigung zu empfehlen. Alle ultramontanen Entrüstungsversammlungen gegen diesen Standpunkt des Kultusministers fruchteten nichts. Ebensowenig gegen die Verfügung Goßlers vom 29. Juni: daß, trotz des Wegfalles des „Kulturexamens“, „Theologen Anstellungen (außer in Stellen königlichen Patronates) erst dann erhalten könnten, wenn die Anzeigepflicht geregelt“ wäre. Die Bestimmungen über die Anzeigepflicht hatte aber das Zentrum aus der zweiten Friedensvorlage herausgestrichen.

Überzeugte sich nun aus dieser Haltung des Ministers der Führer des Zentrums, Dr. Windthorst, daß auch Dr. v. Goßler „früh aufgestanden“ sei, so wuchs der Unmut des Zentrums noch bedeutend, als der Bundesrat am 5. Juli 1882 den auf Betreiben der katholischen Partei am 12. Januar gefaßten Reichstagsbeschluß ablehnte, das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874 aufzuheben, welches die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern verhinderte und mit Strafe belegte. Von da ab führte die „Germania“ und die gesamte ultramontane Presse eine wahrhaft drohende Sprache gegen die Regierung, nicht minder der „Katholikentag“, der in Frankfurt vom 11. bis 14. September 1882 tagte und auf Antrag Windthorsts eine Resolution faßte, in welcher die Entstehung und das Wachstum des Sozialismus und Anarchismus auf die Abschaffung des Kirchenstaates zurückgeführt wurde. Diese Behauptung wagte die Partei, welche gegen das deutsche Sozialistengesetz und dessen

Verlängerung gestimmt hatte! Noch dreister war die Interpellation, die Windthorst am 13. Dezember 1882 im Reichstag einbrachte, um die Gründe zu erfahren, aus denen am 5. Juli der Bundesrat dem Reichstagsbeschluß wegen Aufhebung des Gesetzes vom 4. Mai 1874 (betr. unbefugte Ausübung von Kirchenämtern) nicht zugestimmt habe. Im Auftrage Bismarcks antwortete der Staatssekretär Minister v. Böttticher auf diese Anzapfung kurz: Der Reichskanzler lehne die Zumutung grundsätzlich und verfassungsmäßig ab, dem Reichstag darüber Rede zu stehen, aus welchen Gründen der Bundesrat sich so oder so entschließe. Dabei blieb es auch, trotz alles Polterns der ultramontanen Redner über die geringe „Achtung vor dem Reichstag“, welche diese — streng verfassungsmäßige — Antwort der Regierung beweise.

Durch alle diese ultramontanen Drohungen und Überhebungen ließen sich jedoch Bismarck und sein hoher Herr nicht aus dem friedfertigen Gleichmut bringen. In seiner Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtags am 14. November 1882 hatte Kaiser Wilhelm ausgesprochen: „Die Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit der römischen Kurie ist zu Meiner Freude der Befestigung freundlicher Beziehungen zu dem Oberhaupte der katholischen Kirche förderlich gewesen, und hege Ich die Hoffnung, daß die versöhnliche Gesinnung, welche Meine Regierung zu bethätigen nicht aufhören wird, auch ferner günstigen Einfluß auf die Gestaltung unserer kirchenpolitischen Verhältnisse üben werde.“ Während das Zentrum nun diese von Bismarck verfaßten erhabenen kaiserlichen Worte in jeder Weise zu verdächtigen suchte, fanden sie ein volles, lautes Echo in Rom. Am 3. Dezember nämlich schrieb der Papst an den Kaiser: Er statte „mit lebhaftester Genugthuung seiner Seele“ seinen besonderen Dank dafür ab, „daß Ew. Majestät geruht haben, in der Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtags, Ihrem Volke Zeugnis von der Freude zu geben, welche Ihr Herz erfüllte über die Befestigung Ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu dem Oberhaupte der katholischen Kirche, die der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu danken sind.“ Papst

Leo habe schon seit Übernahme des Pontifikates „in die edle und hochherzige Gesinnung des Kaisers das Vertrauen gesetzt, daß den Völkern, welche des Kaisers mächtigem Scepter gehorchen, die Ruhe des Gewissens und der religiöse Friede werde zurückgegeben werden.“ Zu diesem Zwecke aber müsse „die neue kirchenpolitische Gesetzgebung in Preußen wenigstens in den für das Bestehen und Leben der katholischen Religion wesentlichsten Punkten in endgültiger Weise gemildert und berichtigt werden.“

Die von Bismarck genehmigte Antwort des Kaisers auf dieses päpstliche Schreiben ging am 22. Dezember 1882 von Berlin ab. Der Kaiser entnahm aus dem beiderseitigen Friedensbedürfnis und dem Schreiben des Papstes die Hoffnung, Letzterer werde „das seitherige Entgegenkommen Meiner Regierung, welches die Wiederbesetzung der Mehrzahl der Bischofssitze ermöglicht hat, durch entsprechende Annäherung erwidern. Ich bin der Meinung, daß eine solche, wenn sie auf dem Gebiete der Anzeige der geistlichen Ernennungen stattfände, noch mehr im Interesse der katholischen Kirche als in dem des Staates liegen würde, weil sie die Möglichkeit zur Besetzung der im Kirchendienst entstandenen Lücken bieten würde.“ Würde der Kaiser auf diesem Gebiete „die Überzeugung entnehmen können, daß die Bereitwilligkeit zur Annäherung eine gegenseitige ist“, so werde er auch „solche Gesetze, welche im Zustande des Kampfes zum Schutze der streitigen Rechte des Staates erforderlich waren, einer wiederholten Erwägung im Landtag unterziehen lassen.“

Auch an diesem Punkte des Ganges der Friedensverhandlungen Bismarcks mit Rom zeigte sich, daß die jesuitischen Ratgeber des Papstes das letzte Wort behielten. Denn der inzwischen zum Staatssekretär der Kurie erhobene Kardinal Jacobini erließ am 23. Januar 1883 an den Gesandten v. Schlözer eine Antwort auf das kaiserliche Schreiben, welche auch die nur „zeitweilig begrenzte“, d. h. jederzeit widerrufliche Anerkennung der Anzeigepflicht erst dann seiten der Kurie in Aussicht stellte, nachdem der preußische Staat zuvor die „Revision“ der Maigesetze durch Zustimmung des preußischen Landtags zu dieser Revision abgeschlossen haben würde.“

Auf ausdrückliche Anweisung Bismarcks antwortete Schlözer dem Kardinal-Staatssekretär Jacobini am 5. Mai: Im Gegensatze zu dem in der Note vom 23. März und in einer zweiten vom 7. April seiten der Kurie verlangten Vorangehen Preußens mit Zugeständnissen, werde die preußische Regierung ihr Entgegenkommen erst zeigen, „sobald mit der Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht der Anfang gemacht wird. Die preußische Regierung legt auf die Anzeigepflicht einen hervorragenden Wert, denn es handelt sich für sie einmal um eine Ehrenfrage der Behandlung auf gleichem Fuß mit anderen Regierungen, welchen dieselbe Mitwirkung der weltlichen Behörden bei Berufung katholischer Geistlicher jederzeit unbedenklich eingeräumt worden ist, die Preußen versagt wird. Außerdem aber bildet die Mitwirkung der weltlichen Macht bei Übertragung geistlicher Ämter die Vorbedingung für die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit der weltlichen und geistlichen Behörden an der Erhaltung und Befestigung ihres Einvernehmens." Die Kurie antwortete darauf am 19. Mai: Preußen schlage jetzt — indem es seine seit 1878 immer erhobene Hauptforderung wiederholte — eine ganz neue Ausgleichsbasis vor und berühre gar nicht die Wünsche der Kurie vom 7. April. Es war immer dasselbe Spiel: jede herzliche Friedensregung des Papstes wurde von seinen jesuitischen Ratgebern und Beamten vereitelt.

Bismarck aber ließ sich durch diese trüben Erfahrungen nicht abhalten, der von ihm selbst schon seit drei Jahren vorgezeichneten Bahn seiner eigenen Kirchenpolitik auch jetzt weiter zu folgen: die für den kirchlichen Frieden notwendigen Maßregeln vorzuschlagen und beschließen zu lassen, ohne Rücksicht auf die Verhandlungen mit Rom, aus der eigenen Machtvollkommenheit des Staates. Schon die Note Schlözers vom 5. Mai hatte der Kurie die Bereitwilligkeit der preußischen Regierung erklärt, die gesamte katholische Hilfsseelsorge von der Anzeigepflicht zu befreien. Nach Abbruch der Friedensverhandlungen mit Rom durch Jacobinis Note vom 19. Mai, machte Bismarck nun dem Landtag eine entsprechende Vorlage. Sie wurde damit begründet: daß hierdurch lediglich ein Rechts-

zustand wiederhergestellt werde, der in Preußen bis 1849 bestanden habe, und welcher sowohl in Österreich als in den meisten deutschen Ländern, namentlich in Baden, Bayern und Württemberg noch jetzt ohne Nachteile bestehe. Mit unerheblichen Änderungen wurde die Vorlage von beiden Häusern des preußischen Landtags angenommen und vom König am 11. Juli vollzogen. Endlich legte Bismarck Anfang 1886 dem preußischen Landtag das letzte kirchliche Friedensgesetz vor, welches die zur Bekleidung eines geistlichen Amtes bis dahin erforderliche wissenschaftliche Staatsprüfung beseitigte, die kirchlichen Seminare, Konvikte und Demeritenanstalten freigab, den Gerichtshof für die kirchlichen Angelegenheiten aufhob, die Berufung gegen den Mißbrauch geistlicher Amtsgewalt abschaffte, die Verweigerung der Absolution von Strafe befreite, den Vorsitz im Kirchenvorstand den Pfarrern wieder zurückgab, endlich das Lesen stiller Messen und das Spenden der Sterbesakramente unbedingt gestattete. Im Herrenhause, das sich mit dieser Vorlage zuerst beschäftigte, erklärte Bismarck am 17. April 1886 ganz offen: Der Entwurf sei zuvor dem Papste vorgelegt worden, um dessen Urteil darüber zu hören, allerdings ohne das Versprechen, daß der Entwurf nach diesem Urteil abgeändert werden würde. Der Papst habe mehr Wohlwollen für das Deutsche Reich und für Preußen als zur Zeit die Mehrheit des deutschen Reichstags (in der Ära Windthorst-Richter-Grillenberger), und namentlich als das Zentrum. Die Vorlage wurde im Herrenhause am 13. April angenommen, und am 25. schon ließ der Papst die „Anzeige" der „gegenwärtig erledigten Pfarreien" folgen. Am 10. Mai nahm auch das Abgeordnetenhaus die Vorlage an, und am 21. vollzog sie der König.

Ohne durch diese Friedensgesetze irgend ein Recht der Krone und des Staates Preußen an die Kirche auszuliefern, und ohne einen Schritt nach Canossa zu thun, hatte Fürst Bismarck doch zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens in Preußen das Wichtigste gethan und vollbracht und nicht minder zur Wiederherstellung freundlicher amtlicher Beziehungen Preußens und Deutschlands zu dem Oberhaupt der katholischen Kirche und zum römischen Stuhl.

Schon in dem ersten Bande dieses Werkes (S. 72 flg.) ist dargethan worden, daß Bismarck bereits in jungen Jahren in dem Christentum die Grundlage des preußischen und deutschen Staates und Volkes, seiner Sitte und Ordnung erkannt habe. Zu dieser Einsicht von der Notwendigkeit der christlichen Grundlage des Staates gelangte Bismarck vorwiegend vom geschichtlichen Standpunkt aus. Zugleich aber gewann bei dieser geschichtlichen — man könnte fast sagen realpolitischen — Würdigung des Christentums, als der Grundlage und Richtschnur des modernen deutschen Staates, plötzlich das Licht eines „Leitsterns" für Bismarcks ganzes Leben und Wirken jener Denkspruch, den Schleiermacher ihm einst am Konfirmationsaltar mitgegeben hatte: „Alles was Ihr thut, das thut von Herzen, als dem Herrn, und nicht den Menschen." Aus dieser Überzeugung erwachte in Bismarck das Bedürfnis und der Mut, noch mitten im Streite mit der unversöhnlichen römischen Kurie, den Katholiken Preußens wieder zum Frieden zu verhelfen. Aus dieser Überzeugung erwuchs in Bismarck aber auch das Bedürfnis und der Mut zu einer der größten Ruhmesthaten seines Lebens und der so ehrenreichen Regierung seines edeln kaiserlichen Herrn: der deutschen Sozialpolitik. Bismarck gelangte dazu in konsequenter Schlußfolgerung seiner Auffassung von der christlichen Grundlage des deutschen Staates. Denn war diese Auffassung richtig, so hatte der Staat auch die Pflicht, seinen christlichen Charakter zu bekunden und leuchten zu lassen durch werkthätige Fürsorge für die im Daseinskampfe Schwachen, Hilflosen und Enterbten, mit einem Worte durch sein „praktisches Christentum".

Die deutsche Sozialdemokratie, welche Bismarcks deutsche Sozialpolitik von dem ersten Tage an mit allen Kräften und allen, selbst den verwerflichsten Mitteln bekämpfte, hat gleichwohl die Legende erfunden: „Die Sozialdemokratie sei die Urheberin der sozialpolitischen Gesetzgebung Deutschlands."*) Die dreiste Behauptung stützt sich nur auf eine gelegentliche Bemerkung Bismarcks: Das Anwachsen der

*) Liebknecht im Reichstag, 1881 Sten. Ber. S. 1452.

Sozialdemokratie und das Sozialistengesetz hätten in ihm die Überzeugung von der Notwendigkeit sozialpolitischer Entwürfe verstärkt. Aber schon aus dieser Bemerkung erhellt, daß jene Überzeugung bereits lange zuvor in ihm begründet war. Und dafür sprechen auch die Thatsachen. Schon im Jahre 1871, als die gewaltige Erhebung des deutschen Volkes gegen Frankreich die vaterlandslosen Genossen der Pariser Kommune von der Oberfläche des politischen Lebens in Deutschland hinweggefegt hatte, hielt Bismarck für geboten,*) daß „man verwirklicht, was in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann." Und 1877, als an das Sozialistengesetz noch nicht zu denken war, „stand ihm die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung als Ziel der Gesetzgebung zu gunsten der wirtschaftlich Schwachen bereits klar vor Augen." Auch war ihm nicht zweifelhaft, an welchem Punkte die sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches zuerst einzusetzen habe. Infolge der Bedenken der Konservativen und der Mehrzahl der deutschen Regierungen war das Haftpflichtgesetz des Jahres 1871 für die Entschädigung von Unfällen in industriellen und gewerblichen Betrieben hinsichtlich der Beweislast u. s. w. wesentlich ungünstiger ausgefallen, als für die beim Eisenbahnbetriebe Verunglückten. Vergebens hatten die Liberalen damals die gleiche Behandlung aller Unfälle beantragt. Bismarck erkannte also „die Rechtsunsicherheit bei Unfällen als den wundesten Punkt in der Lage der Arbeiter", ebenso „daß jede Ausdehnung der Haftpflicht nur eine Vermehrung der die Arbeiter erbitternden Haftpflichtprozesse zur Folge haben würde. Deshalb setzte er bei der Unfallversicherung ein."

Sowie aber Fürst Bismarck mit den ersten Kundgebungen dieses gewaltigen Vorhabens an die Öffentlichkeit trat, machte er dieselbe Erfahrung, die mit der Ankündigung oder Andeutung jeder seiner gewaltigen Reformen auf nationalem und politischem wie auf

*) Poschinger, Bismarck als Volkswirt, Bd. II Einleitung S. XVIII.

wirtschaftlichem Gebiete verbunden gewesen war: ein großer Teil des deutschen Volkes stand ihr zweifelnd, mißtrauisch oder gar feindselig gegenüber. Namentlich war vom Reichstag in der Zusammensetzung von 1880 wenig Wohlwollen und einsichtiges Entgegenkommen zu erwarten. Das Zentrum verneinte alles, die Nationalliberalen waren in der sezessionistischen Zersetzung begriffen. Viele nationale, selbst konservative Männer und Abgeordnete erblickten in dem Plane eine bedenkliche Anlehnung an sozialistische Ideen, die Gefahr eines erhöhten Anreizes sozialistischer Begehrlichkeit, die doch nicht anders befriedigt werden könne, als durch Umwandlung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in den kommunistischen Zukunftsstaat. Außerdem war das Wagnis ein großer „Sprung ins Dunkle", der das Reich und die Einzelstaaten, Arbeitgeber und Arbeiter, in Verbindlichkeiten von vielen Millionen verstrickte. Endlich regte sich lebhaft das Bedenken parlamentarischer Rechts- und Machtfragen. Die Regierung mußte, wenn der Plan gelang, durch Beseitigung oder Lahmlegung der Privatversicherungsgesellschaften, durch ein neues Heer von Beamten u. s. w. bedeutend an Macht und Einfluß gewinnen, während der Reichstag seinerseits zweifellos für immer dem Volke oder einzelnen Klassen desselben, oder dem Reich und den Einzelstaaten eine gewaltige Belastung auferlegte. Je stärker, verbreiteter und begründeter diese Bedenken sein mochten, um so größer und schöpferischer ist Bismarcks Verdienst bei Verwirklichung des gewaltigen Unternehmens. Er ganz allein hat in der Hauptsache die gangbarsten Wege durch das noch völlig unbekannte Gebiet gesucht und gefunden, gebahnt und immer neue Wege erforscht und verfolgt, wenn die zuerst eingeschlagenen sich als ungangbar erwiesen. Immer unverzagt, ja siegesgewiß, ist er auf seiner Bahn fortgeschritten und hat nach und nach die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes auch auf dieser Bahn mit sich fortgezogen, und zwar als begeisterte, dem Führer voll vertrauende Gefolgsleute.

Da indessen Bismarck im Herbst 1880, als seine ersten sozialpolitischen Pläne zur Ausführung reiften, eine gründliche und un-

befangene Prüfung derselben im Reichstag nicht erwartete, so beschloß er, seine Entwürfe dieser Art, ehe sie an den Reichstag gingen, zunächst einer Versammlung unbefangener Sachverständiger und Interessenten, Arbeitgebern und Arbeitern vorzulegen, einem „preußischen Volkswirtschaftsrat". Die erste Andeutung dieses Vorhabens findet sich in einem Schreiben Bismarcks aus Friedrichsruh vom 17. September 1880*) an die Handels- und Gewerbekammer zu Plauen, welche auf die Übelstände des bisherigen Verfahrens hingewiesen hatte. In diesem Schreiben heißt es: „Mein Streben geht dahin, den Gesetzentwürfen, welche die volkswirtschaftlichen Interessen betreffen, vor ihrer Einbringung in die gesetzgebenden Körperschaften eine vorgängige größere Öffentlichkeit und eine spezielle sachkundige Beurteilung aus den Kreisen der hauptsächlich Beteiligten zu sichern. Dieser Zweck würde meines Erachtens durch die Herstellung eines permanenten Volkswirtschaftsrates zu fördern sein, welcher aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und der übrigen Gewerbe behufs Begutachtung der wirtschaftlichen Gesetzentwürfe zu bilden wäre. Die Verhandlungen des kgl. preußischen Staatsministeriums über diese Frage sind in der Vorbereitung begriffen." Zugleich erklärt der Kanzler, daß er auch „einer entsprechenden Einrichtung für das Reich vorzuarbeiten" gedenke.

In denselben Septembertagen hatte Bismarck auch den Kommerzienrat Baare aus Bochum nach Friedrichsruh geladen, um mit ihm die Frage der Arbeiterversicherung zu besprechen, und mit dem westfälischen Großindustriellen eingehend hierüber verhandelt. Dabei ermächtigte er seinen Gast, öffentlich zu erklären, der Reichskanzler gedenke die Angelegenheit energisch zum Abschluß zu bringen und zwar unter dem Beirate von Sachverständigen. Die Nachricht erweckte auf der am 20. September in Düsseldorf stattfindenden Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller ungeheuren Jubel, der in ein begeistertes Hoch auf „den energischen und nimmer müden Förderer nationaler Wohlfahrt" ausklang. Es wurde dem Reichskanzler telegraphisch nach Friedrichsruh vermittelt.

*) Poschinger, ebenda, Bd. II, S. 4 flg.

Am 13. Oktober schrieb die Provinzialkorrespondenz: „Durch die Übernahme des Ministeriums für Handel und Gewerbe hat der Kanzler den Entschluß ausgedrückt, diejenigen Vorschläge selbst vorzubereiten, welche geeignet sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Es ist dies die Konsequenz eines zielbewußten, wohlberechneten Planes, dessen Durchführung im Interesse der Gesamtheit unaufschiebbar ist, und zu dessen Verwirklichung er auf die Mitwirkung aller positiv denkenden und staatserhaltenden Parteien rechnet.“ Am 15. Oktober aber übersandte Bismarck selbst den Entwurf einer Verordnung betreffend die Errichtung eines Volkswirtschaftsrates aus Friedrichsruh an das preußische Staatsministerium mit einem ausführlichen Begründungsschreiben, in dem es hieß: „Die Vorbereitung von Gesetzesvorlagen, welche das wirtschaftliche Leben der Nation berühren, hat sich, seitdem der Staatsrat seine frühere Bedeutung verloren, als ungenügend erwiesen. Es fehlt an einer Stelle, wo derartige Vorlagen einer Kritik durch Sachkundige aus den zunächst beteiligten Kreisen unterzogen werden können.“ Das erhelle schon aus der Thatsache, daß „während der letzten beiden Jahrzehnte die Wirtschaftsgruppen der Industrie, des Handels und der Gewerbe und der Landwirtschaft in dem ‚Deutschen Handelstag‘, in dem ‚Zentralverbande Deutscher Industrieller‘ und in dem ‚Deutschen Landwirtschaftsrat‘ aus der freien Initiative der Beteiligten drei Körperschaften“ geschaffen haben, „deren Aufgabe im wesentlichen darin besteht, in der Gesetzgebung wie in der Handels- und Zollpolitik den Wünschen der produktiven Volksklassen Geltung zu verschaffen.“ Im übrigen entwickelt die Denkschrift die Zulässigkeit der Berufung dieser neuen, nur begutachtenden Körperschaft kraft Königlicher Verordnung, nicht durch Gesetz, und verweilt dann eingehend bei den Vorschlägen über die Zusammensetzung dieses Rates. Namentlich betont Bismarck die Notwendigkeit, auch Handwerker und Arbeiter in denselben zu berufen.

Als nun Bismarcks Plan im preußischen Staatsministerium selbst dem Bedenken begegnete, daß Preußen in dem Volkswirtschaftsrat zur Vorberatung gemeindeutscher Angelegenheiten eine

partikularistische Körperschaft errichten werde, entgegnete der Kanzler in einer Denkschrift aus Friedrichsruh vom 9. November: „Auf den Gedanken, die Einrichtung zunächst für Preußen ins Leben zu rufen, bin ich nur in der Voraussetzung gekommen, daß dies ein sicherer und zugleich der kürzere Weg zur Herstellung der erstrebten Reichsinstitution (eines deutschen Wirtschaftsrates) sein würde. Die dauernde Herstellung eines preußischen Volkswirtschaftsrates, in welchem die sächsischen, bayerischen u. s. w. Interessenten unvertreten blieben, wäre eine partikularistische Schöpfung, die nicht in meiner Aufgabe als Reichskanzler liegt, und würde in den größeren Bundesstaaten berechtigte Unzufriedenheit hervorrufen.“ Darauf nahm das Staatsministerium Bismarcks Entwurf am 13. November an, am 17. erhielt er die königliche Genehmigung, und am 14. Januar 1881 veröffentlichte der Reichsanzeiger die Namen der 75 Mitglieder des Volkswirtschaftsrates, der auf den 27. Januar zur Eröffnung seiner Beratungen nach Berlin entboten wurde. Ehe wir diesen Verhandlungen folgen, müssen wir die Entwickelung jener Vorlage darstellen, welche der Volkswirtschaftsrat begutachten sollte.

Bei seinen Besprechungen mit Baare in Friedrichsruh hatte Bismarck diesen ersucht, die sehr ansprechenden Gedanken, die Baare bezüglich der Arbeiter-Unfallversicherung entwickelt hatte, in Form eines Gesetzentwurfes auszuarbeiten. Einen zweiten Entwurf ließ Bismarck nach seinen eigenen Weisungen im Handelsministerium vorbereiten, dessen Ressortmühen er übrigens für sich dadurch wesentlich verringerte, daß er am 13. November 1880 ein Reichsamt für Handel und Gewerbe ins Leben rief. Aber wie hätte in einer Frage von solcher Wichtigkeit die „geheimrätliche“ allwissende Weisheit sich zurückhalten und nicht den wesentlichsten Anteil am Werke für sich begehren wollen? Die Folge war, daß die Beratungen durchaus nicht mit der von Bismarck gewünschten Schnelligkeit vorrückten. Der Kanzler sandte daher seinem Vertrauten, dem Geheimen Rat Tiedemann, am 16. November 1880 aus Friedrichsruh die beiden Gesetzentwürfe Baares und des Handelsministeriums mit der Weisung zurück, zunächst niemanden weiter zur Fortführung des Werkes

zuzuziehen, als den bisherigen Dezernenten im Handelsministerium. Denn „jeder neue Mitarbeiter wird neue Ansichten bringen, und damit die Fertigstellung irgend eines Entwurfes aufhalten. Für die Hauptsache aber halte ich jetzt, daß irgend ein Entwurf ins Leben tritt; ob derselbe etwas mehr oder weniger Vervollständigung und Richtigstellung bedarf, darauf kommt es bei den vielen Instanzen, durch die er noch gesiebt werden wird, nicht vorzugsweise an; vollkommen geharnischt und gefeilt wird er auch dann noch nicht sein, wenn er in die parlamentarische Diskussion gelangt, wenn auch vielleicht besser, als beim Austritt aus derselben.“ So wünschenswert und praktisch auch die Einwendungen der Sachverständigen seien, so werde doch „die Gesetzgebung das ganze Feld, welches mit diesem Entwurf betreten wird, niemals befriedigend decken können, aber der Anfang zu seiner Bebauung muß einmal doch gemacht werden“.

Der nach diesen Weisungen festgestellte Entwurf eines Arbeiter-Unfall-Versicherungsgesetzes wurde infolge eines Erlasses Bismarcks aus Friedrichsruh vom 23. November 1880 an Minister Böttícher, von diesem an die preußischen Ministerien und diejenigen Bundesregierungen versendet, bei welchen Preußen Gesandtschaften unterhielt, dann aber im Januar dem preußischen Volkswirtschaftsrat vorgelegt, noch ehe Preußen sein eigenes Votum für die Abstimmung im Bundesrat feststellte. Bismarck eröffnete die neue Körperschaft am 27. Januar 1881 selbst mit einer Rede, in welcher er die Notwendigkeit ihrer Berufung damit rechtfertigte, daß „infolge ihrer an den heimatlichen Herd gebundenen Thätigkeit, die Vertreter der Landwirtschaft und noch mehr die Vertreter von Handel und Gewerbe nicht in gleichem Maße, als die gelehrten Berufsstände, an der parlamentarischen Thätigkeit teilnehmen können, und daher in derselben in der Regel als Minderheit erscheinen, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Es erscheint daher als ein Bedürfnis, nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die Parlamente selbst, daß auch diejenigen an geeigneter Stelle zu Worte kommen, welche die Wirkung der Gesetze am meisten zu empfinden

haben." Zugleich eröffnete Bismarck der Versammlung seine Absicht, „die Errichtung eines Volkswirtschaftsrates für das Deutsche Reich ins Auge zu fassen." Den Hauptgegenstand der Beratungen aber bildete das Unfall-Versicherungsgesetz für Arbeiter. Dem Bundesrat war der Entwurf schon am 15. Januar vorgelegt worden.

Auf den parlamentarischen Soireen und Diners, die Bismarck in diesen Wochen veranstaltete, am 1. und 13. Februar fehlte denn auch der gesamte Volkswirtschaftsrat nicht, und es war ein hocherfreuliches Bild, in den fürstlichen Räumen des Palais Radziwill den einfachen Arbeiter und Handwerksmeister an der Seite des Reichskanzlers, der Staatswürdenträger Preußens wie der Bundesstaaten und aller Vornehmen des Reiches zu sehen. Zum Schlusse der parlamentarischen Soiree vom 1. Februar nahm daher auch mit vollem Rechte ein schlichter Arbeiter das Wort und pries mit warmen Worten diesen Tag, an dem der Arbeiter über die Interessen, die ihn bewegen, mit dem Fürsten Bismarck unmittelbar habe verhandeln dürfen. Der Kanzler stieß sodann auf das Gedeihen des Volkswirtschaftsrats an und gemahnte Arbeiter und Arbeitgeber daran zu denken, daß sie Bürger eines und desselben Staates seien und den Fremden gegenüber gleiche Interessen hätten.*)

Im Volkswirtschaftsrat und im Bundesrat wurde der Unfall-Versicherungs-Entwurf im ganzen angenommen. Bismarck aber sprach sich am 1. Februar über seine sozialpolitischen Pläne dahin aus: „Man stehe am Anfang einer Gesetzgebung, die vielleicht einen zehnjährigen Zeitraum ausfüllen könne" — thatsächlich umfaßte er nur 8 Jahre, da die Alters- und Invalidenversicherung 1889 zustande kam — „er habe sich beschieden, sehr langsam und vorsichtig vorzugehen, und habe sich in manche Einschränkungen gefügt, die seine ursprünglichen Anregungen erfahren hätten, aber man stehe doch erst am Anfange. Mit der Erfüllung des Versprechens, durch positive Maßregeln die Sozialdemokratie zu bekämpfen, müsse Ernst gemacht werden. Das Versicherungswesen müsse weiter ausgedehnt

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 166/180.

werden, als nur auf Unfälle. Er habe die Überzeugung, daß der Staat die Aufgabe habe, kräftig für diejenigen einzutreten, die ohne Mitwirkung des Staates enterbt sein würden? Warum solle der Gedanke einer Altersversicherung nicht durchzuführen sein? Wenn jeder, der zur Arbeit untüchtig geworden, mit einem Rentenbrief von 100 oder 200 Mark sich zurückziehen könne, so würden Tochter und Schwiegertochter ihm keine Schwierigkeiten machen, ihn aufzunehmen. Die Söhne freilich thun es nie."

Die Grundzüge des ersten Unfallversicherungsgesetz-Entwurfes waren kurz die folgenden: den Arbeitern in Bergwerken, Salinen, Brüchen, Gruben, Fabriken, Hüttenwerken, Werften u. s. w. — kurz in besonders gefährlichen Berufen und Betrieben — wurde bei allen Unfällen eine Rente bezw. Entschädigung zugesichert; desgleichen den Betriebsbeamten, die ein Jahresverdienst unter 2000 Mark beziehen; endlich auch den Hinterbliebenen solcher Arbeiter oder Betriebsbeamten, die im Beruf durch einen Unfall ihr Leben einbüßen. Die Versicherung mußte, unter Ausschluß aller Privatversicherungen, bei der Reichsversicherungsanstalt abgeschlossen werden. Die Prämien sollte der Bundesrat nach Gefahrenklassen abstufen, und der Arbeitgeber zu zwei Dritteln aufbringen für jeden Arbeiter, der bis 1000 Mark Jahresverdienst hatte. Das letzte Drittel der Prämien sollte der versicherte Arbeiter selbst aufbringen, aber dazu einen Reichszuschuß erhalten. Die Rente oder Entschädigung wurde dem verunglückten Arbeiter auch dann gewährt, wenn der Unfall auf seiner eigenen Verschuldung beruhte. Dagegen war der Unternehmer für alle Unfälle, welche er selbst vorsätzlich oder in gröblicher Verschuldung herbeigeführt hatte, der Reichsanstalt verantwortlich.

Der Reichstag begann die Generaldebatte über den Entwurf am 1. April 1881 und schloß sie am 4. April. Schon am ersten Tage äußerten sich die Redner der Sezession, der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen beifällig über die arbeiterfreundlichen Bestrebungen der Regierung. Am 2. April erklärte sogar Herr Eugen Richter, daß seine Partei dem Entwurf insoweit

beitrete, als er eine Erweiterung der Haftpflicht in Bezug auf den Kreis der Unfälle enthalte; dagegen wolle sie nichts wissen von Zwangsversicherung, Versicherungsmonopol und Reichsversicherungsanstalt. Gegen alles das lehne sich der gesunde Sinn des „Volkes" auf; das begrüße er als ein erfreuliches Symptom der Umkehr der Volksstimmung: „Der Reichskanzler hat das Prestige im Volk verloren!" Freilich thue „der Herr Reichskanzler selbst sehr viel, um diesen selbständigen Geist der Kritik wachzurufen," aber dieser Geist werde uns auch schützen „gegen das diktatorische Regiment des Herrn Reichskanzlers."

Bismarck antwortete darauf sofort: „Der Herr Vorredner hat damit geschlossen, daß mein Prestige im Schwinden wäre. Ja, wenn er recht hätte, möchte ich sagen: Gott sei Dank! Denn Prestige ist etwas furchtbar Lästiges, etwas, an dem man schwer zu tragen hat, und das man leicht satt wird. Mir ist es vollkommen gleichgültig. Ich habe, wie ich sehr viel jünger war, ungefähr im Alter des Herrn Vorredners, als vielleicht noch mehr Ehrgeiz in mir steckte, jahrelang ohne jedes Prestige, im Gegenteil als Gegenstand der Abneigung, wenn nicht des Hasses der Mehrheit meiner Mitbürger mich wohler, zufriedener und gesünder befunden, als in den Zeiten, wo ich am populärsten gewesen bin. Das alles hat für mich keine Bedeutung; ich thue meine Pflicht und warte ab, was daraus folgt."

Wie „die Masse der Arbeiter darüber denkt, das weiß der Herr Vorredner gar nicht." Darüber würden die nächsten Wahlen (im Herbst 1881) entscheiden. „Das Feld der Gesetzgebung, welches mit diesem Gesetz betreten wird, berührt eine Frage, die wahrscheinlich von der Tagesordnung so bald nicht abkommen wird. Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen; die Mahnung ist bis zu diesem Augenblick

an mich Tag für Tag herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit der sozialen Frage, die seit fünfzig Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne und Enkel vollständig ins Reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen mathematischen Abschluß, so daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte; das ist der Weg einer organischen Entwicklung. Ich halte es für meinen Beruf, diese Fragen ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung — ich bedaure, daß die Parteifragen so hineinspielen — in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht thut. . . .

„Der Herr Abg. Richter hat auf die Verantwortlichkeit des Staates für das, was er thut, auf dem Gebiet, welches er heute betritt, aufmerksam gemacht. Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das ‚laisser faire, laisser aller‘, ‚das reine Manchestertum in der Politik‘, ‚Jeder sehe, wie er's treibe, Jeder sehe, wo er bleibe‘, ‚Wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen‘, — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz der Schwächeren perhorreszieren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird.

„Dem Herrn Abgeordneten reicht die Konsequenz dieses Gesetzes nicht weit genug. Ja, wenn er nur Geduld haben will, so werden wir seinen Erwartungen und seinen Wünschen in dieser Beziehung vielleicht später entsprechen können — nur nicht zu

schnell und nur nicht alles auf einmal!" Die Unfallversicherung ist „nach Lage der Akten" das dringendste gewesen. „Auch ich habe anfangs das Gefühl gehabt, daß das Gesetz seiner Theorie nach nicht umfassend genug sei, mir ist die Versuchung nahe getreten, in dem ersten Paragraphen, in dem, glaube ich, der Satz vorkommt: ‚Alle Arbeiter, die' und ‚müssen so und so entschädigt werden' — anstatt dessen zu sagen: ‚Jeder Deutsche'." Aber das würde die Schwierigkeiten für das Zustandekommen der Vorlage noch erheblich gesteigert haben, ebenso wenn man die ländlichen Arbeiter unter die Versicherten aufgenommen hätte, die ihm doch sehr am Herzen lägen. Nach längerem Verweilen bei einzelnen Bestimmungen der Vorlage bezeichnet der Kanzler ihren Hauptzweck in den denkwürdigen Worten:

„Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein peculium (freies eigenes Vermögen) an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann und ihm manche Thüre leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen wird, und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend näher getreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat, und selbst in den bestverpflegten, guten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen behandelt wird im Hause von Stiefmüttern, von Verwandten irgend einer Art, von sehr nahen Verwandten mitunter, der muß eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit ansieht, sich sagt:

Es ist doch fürchterlich, daß ein Mensch auf diese Weise durch die Behandlung in dem Hause, das er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat. Das kommt vor! Welche Waffe hat ein schwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine! Hat er aber nur 100 oder 200 Mark für sich, so besinnt sich das Haus schon sehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können, wenn nur 6 oder 5 Thaler monatlich gegeben werden, das ist für einen armen Haushalt auf dem Lande schon etwas Bares, wo die kleinrechnende Frau sich sehr besinnt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird. Also, sage ich, wir haben das Bedürfnis, in diesem Gesetze auf eine menschenwürdige Behandlung zunächst dieser Armen zu wirken, und ich werde Herrn Richter in den weiteren Konsequenzen im nächsten Jahre — mag dieses Gesetz abgelehnt werden oder nicht — vollständig befriedigen in Bezug auf die Masse und Ausdehnung der staatlichen Fürsorge für eine bessere und würdigere Behandlung der Erwerbslosen. Aber zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das wir Staat und Land vorschlagen hinein zu treten. . . . Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig . . . es ist ein ziemlich wohlfeiles Spiel mit dem Schatten an der Wand, wenn man ‚sozialistisch‘ darüber ruft.

„Wenn der Herr Abg. Bamberger, der ja an dem Worte ‚christlich‘ keinen Anstoß nahm, für unsere Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen. (Beifall rechts.) Aber umsonst ist der Tod! Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, so werden Sie nichts fertig bekommen.“ Im übrigen tritt Bismarck nachdrücklich für die Reichsversicherungsanstalt und den Reichszuschuß ein und erklärt, ohne diese erscheine

ihm der Versicherungszwang nicht angemessen und das Zustandekommen des Gesetzes gleichgültig. Jedenfalls werde er dieselben Grundsätze in einer neuen Vorlage festhalten und bei den Neuwahlen im Herbst 1881 an die Wähler appellieren.

Gleichwohl strich die Reichstagskommission und der Reichstag selbst in der zweiten und dritten Lesung vom 31. Mai bis 15. Juni — und zwar hauptsächlich auf Betreiben des Zentrums, das in der Reichsanstalt und dem Reichszuschuß eine höchst unliebsame Stärkung der Machtbefugnisse des Reiches erblickte, — diese beiden dem Reichskanzler wichtigsten Bestimmungen aus der Vorlage. Bismarck hatte schon nach den Beschlüssen der Kommission auf seiner parlamentarischen Soiree am 23. Mai erklärt:*) „Ich schreibe meinen Namen unter kein Gesetz, welches eine Belastung des armen Arbeiters enthält. Auf eine befriedigende Einigung mit dem gegenwärtigen Reichstage über dieses neue und schwierige Thema rechne ich kaum, lege aber den höchsten Wert auf sachliche Erörterung desselben und wünsche hauptsächlich zu wissen, ob ich bei praktisch christlicher Lösung der sozialen Frage den richtigen Weg eingeschlagen habe. Nach meiner Meinung liegt der Sieg über die lügenhaften Versprechungen und schwindelhaften Ideen, mit welchen die Führer der Sozialdemokratie die Arbeitermassen ködern, namentlich in dem thatkräftigen Beweise, daß der Staat, oder wie man bei uns sagen würde: daß der König sich der wirtschaftlich Schwachen und Bedrängten annehme, indem er ihnen Teilnahme und Schutz beweist."

Als nun aber der Reichstag sowohl den Reichszuschuß als die Reichsanstalt strich, beantragte Bismarck beim Bundesrate, dem so verstümmelten Gesetze die Genehmigung zu versagen, und der Bundesrat beschloß in diesem Sinne am 25. Juni. Gleichwohl schritt Bismarck, völlig unentmutigt durch das Scheitern seiner ersten sozialpolitischen Vorlage, auf der neuen Bahn kräftig weiter.

Schon am 10. April 1881 hatte er an die preußischen Ge-

---

*) Poschinger, Bismarck als Volkswirt, II, 71 und Bismarck und die Parlamentarier, I, 187.

sandten in Deutschland einen Erlaß gerichtet, welcher die Errichtung eines deutschen Volkswirtschaftsrates bezweckte. „Es handelt sich bei dessen Errichtung nicht um eine politische, sondern um eine rein wirtschaftliche Institution, und es besteht die Aufgabe der von den Staaten zu präsentierenden Mitglieder nicht darin, die Rechte der Staaten zu wahren, sondern über gemeinsame deutsche Wirtschaftsangelegenheiten auf Grund ihrer Interessen und Erfahrungen sich gutachtlich zu äußern." Am 3. Mai genehmigte der Bundesrat die Erweiterung des preußischen Volkswirtschaftsrates zu einem deutschen. Schon die Berufung des preußischen „Nebenparlamentes" war natürlich von den Oppositionsrednern im Reichstage, Bamberger und Richter, übel vermerkt worden und Bismarck hatte am 2. April, unter großer Heiterkeit, über diese „scheelen Seitenblicke auf den Volkswirtschaftsrat" mit den Worten quittiert: „Ja, meine Herren, ich finde das ganz erklärlich; die Konkurrenz in der Beredsamkeit wird ebenso gescheut, wie in der Industrie."

Am 26. Juni 1881 sagte Bismarck zu Moritz Busch*) bezüglich der Altersversicherung der Arbeiter: „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen. Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden ist, oder als Beamter durch Alter, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Diese Sache wird sich durchdrücken. Sie hat ihre Zukunft. Es ist möglich, daß unsere Politik einmal zu Grunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird an's Ruder kommen."

Inzwischen kam die Bewegung für die im Herbst bevorstehenden Wahlen zum Reichstag in Fluß. Am 22. Juli schrieb Bismarck aus Kissingen an den Stadtrat Vopel in Chemnitz, den Kandidaten der dortigen Ordnungsparteien: „Aus Ihrem Wahlaufruf habe ich mit Befriedigung ersehen, daß auch von Ihnen

*) Unser Reichskanzler, II, 342.

und Ihren Freunden die Überzeugung geteilt wird, daß die von mir vertretenen wirtschaftlichen und sozialen Reformen an sich weder mit dem liberalen Bekenntnis, noch mit dem einer anderen Partei unvereinbar sind, und daß sie keine Absichten oder Wirkungen mit sich bringen, welche mit liberaler Politik oder mit konservativer in Widerspruch ständen. Sie haben keinen anderen Zweck, als den, allen Deutschen, welcher Partei sie auch angehören mögen, wirtschaftlich nützlich zu sein."

Eine besonders wichtige Erklärung des Reichskanzlers konnte aber dessen Vertrauter, der Professor Adolf Wagner, der als Reichstagskandidat auftrat, in seinen Wahlreden in Elberfeld den Hörern verkünden. Es war das ein Schreiben des Grafen Herbert Bismarck von Ende Juli, welches die Sätze enthielt: „Der Reichskanzler teilt mit, daß es allerdings seine persönliche Idee wäre, die Erträge des Tabakmonopols, nach Abzug derjenigen Summe, welche das Deutsche Reich aus dem Tabak erzielt, gesetzlich für die Zwecke der Altersversorgung festzulegen. Er sei bereit, diesen Standpunkt zu vertreten, und würden Sie deshalb öffentlich aussprechen können, daß sein persönlicher Wunsch und sein Ideal dahin gehen, das Tabakmonopol lediglich zu dem Zwecke der Dienstbarmachung für das Patrimonium pauperis (das Erbgut der Enterbten) zu fordern, soweit es überhaupt zu erreichen wäre. Die Absicht meines Vaters haben Sie also ganz richtig erfaßt." Auch in amtlichen Schriften betrieb Bismarck fortan das Zustandekommen des Tabakmonopols zu dem genannten Zwecke lebhaft. So schon in einem Erlaß aus Kissingen vom 2. August an den Staatssekretär Scholz und noch ausführlicher in einem Votum vom 22. August an das preußische Staatsministerium. „Eine Deckung der Kosten der beabsichtigten sozialpolitischen und steuerlichen Reformen kann nur vom Tabak erwartet werden," hieß es da: „Das Tabakmonopol muß als prinzipielle Unterlage der wirtschaftlichen und sozialen Reformen anerkannt werden." Zugleich stellte die „Provinzialkorrespondenz" die bevorstehenden Reichstagswahlen als eine Art Plebiszit über die Pläne des Reichskanzlers hin, und die „Norddeutsche Allgemeine

Zeitung" rief den Wählern ein nicht mißzuverstehendes „Entweder-Oder" zu.

Die am 27. Oktober 1881 vollzogenen Reichstagswahlen sahen freilich ganz aus wie eine Absage des deutsches Volkes an die innere Politik des Fürsten Bismarck. Denn die regierungstreuen Mittelparteien erlitten abermals Einbuße. Die Nationalliberalen sanken von 109 auf 47, die Freikonservativen von 57 auf 28 Mitglieder. Dagegen wuchsen die extremen Parteien zur Rechten und Linken erheblich an, auch das Zentrum von 94 auf 100, die Polen von 14 auf 18. Mit seinen Hilfstruppen von Polen, Welfen und Elsässern zählte das Zentrum 134 Stimmen, Fortschritt und Sezession 106, die Volkspartei 9, die Sozialdemokratie 12 Stimmen. Es gehörte viel Mut dazu, mit diesem Reichstag die Fortsetzung des großen Werkes der Sozialreform zu wagen — und noch größeres Geschick dazu, sie ihm abzuringen, was Bismarck in der That vollbrachte. Ihn aber vermochte auch dieser Ausfall der Reichstagswahlen nicht zu entmutigen. Denn während die „Provinzialkorrespondenz" offen zugestand, daß die Regierung eine Niederlage erlitten habe, beantwortete Bismarck eine Ergebenheitstelegramm aus Leipzig vom 28. Oktober mit den Worten: „Mich hat der Ausfall der Wahlen weder überrascht noch entmutigt. Chronische Krankheiten erfordern Zeit und Geduld zur Heilung." Und auf die Versicherung des patriotischen Vereins in Zeitz, „unentwegt treu zu des Fürsten Fahne halten zu wollen," antwortete dieser am 21. November: „Auch ich glaube fest an einen schließlichen Sieg der von mir angeregten Gedanken, dabei vertraue ich aber mehr auf die überzeugende Kraft der diesen Gedanken innewohnenden Wahrheit, als auf den Erfolg meiner persönlichen Mitwirkung."

Die letztere aber und die untrügliche Gewißheit, daß der Kaiser mit der ganzen Wärme seines edeln Herzens diesem großen Werke seines Kanzlers zur Seite stehe, waren gerade die unentbehrlichsten Voraussetzungen für dessen Gelingen. Um dieses unentbehrliche Einvernehmen mit dem Kaiser und auch mit dem Kron-

prinzen festzustellen, kehrte Bismarck früher als sonst, schon am 12. November, aus seinem Varziner Urlaub zurück, entschlossen, seinen Ämtern zu entsagen, wenn sein hoher Herr und dessen Thronfolger ihm nicht die vollste Unterstützung gegen alle Widersacher in diesem großen Kampfe verleihen würden. Das war der tiefere Sinn jenes allgemein überraschenden Artikes, den die „Post" — das bevorzugte „Organ des Palais Radziwill" in jenen Jahren — am 8. November brachte: Der Reichskanzler werde demnächst nach Berlin zurückkehren und dem Kaiser angesichts des Wahlergebnisses über die zukünftige Gestaltung der Regierung Vortrag halten; der Kanzler sei es müde, das Stichblatt für alle Bosheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidische Verdächtigung zu sein, welche eine Bevölkerung von Millionen ablagere. Für neue Wege dürfte die Verantwortlichkeit besser an einen Staatsmann übergehen, welcher die Antecedenzien des Reichskanzlers nicht habe."

In der That hatte Bismarck nach seiner Rückkehr nach Berlin vom 13. bis 15. November eingehende Besprechungen mit dem Kaiser und dem Kronprinzen. In welchem Sinne er den hohen Herren seine Vorträge gehalten haben mag, erhellt aus Mitteilungen, die er am 16. November den zum Diner bei ihm geladenen Mitgliedern des Bundesrates machte.*) Da sagte er: Er könne sich nicht entschließen, den Kaiser zu verlassen oder gar im Zorne zu scheiden; aber so einfach wie man sein Verbleiben im Amt hinzustellen beliebe, liege die Sache doch nicht. Es sei freilich sehr bequem, wenn man beständig wiederhole, er werde schon bleiben, denn es sei ja richtig, daß das für das Ausland und auch im Innern, z. B. für den Verkehr mit dem Kaiser, seine Wichtigkeit habe; aber dann dürfte er doch wohl eine bessere Behandlung erwarten, auf die er mehr sehe, als auf guten Lohn. Bei dem Widerstande aber, auf den seine Politik in neuester Zeit gestoßen sei, bei der Feindseligkeit, mit der ihn sogar die amtlichen Blätter verbündeter kleiner

*) Dies dürfte der „größere Kreis" sein, den Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 196 erwähnt. Vgl. auch Weimarische Zeitung und Kreuzzeitung vom 20. November 1881.

Regierungen während der letzten Wahlen bekämpft hätten, müsse er, wenn er auf dem von ihm eingeschlagenen Wege fortschreite, einen Konflikt befürchten, und dem wolle er nach seinen Kräften vorbeugen."

Dies war ihm bereits gelungen, als er diese Worte sprach. Denn der Kaiser und der Kronprinz — in dessen künftige Regierungstage voraussichtlich die von Bismarck angebahnte Lösung der sozialen Frage noch hinüberreichen mußte — hatten sich damit einverstanden erklärt, die Grundzüge der Sozialpolitik Bismarcks dem Reichstag als einen vom Kaiser selbst gefaßten großen Plan zu verkünden. Im letzten Augenblick wurde der Kaiser durch ein Unwohlsein verhindert, die vom Reichskanzler verfaßte Thronrede dem Reichstag selbst zu verlesen, und so nahm sie die ungewöhnlich feierliche Form einer kaiserlichen Botschaft an. Diese für alle Zeiten denkwürdige Kundgebung verlas Bismarck bei Eröffnung des Reichstags am 17. November. Die frohe Botschaft, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes mit unermeßlichem Jubel begrüßt wurde, bildet einen bedeutsamen Markstein unserer Geschichte und brachte dem Reichskanzler hunderte von begeisterten Zustimmungserklärungen ein. Sie lautet in den Hauptstellen: „Schon im Februar d. J. haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage die Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung der Reichs-

tags ohne Unterschied der Parteistellungen.“ In diesem Sinne wird eine abermalige Vorlage der Unfallversicherung und eine weitere angekündigt, „welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu teil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Grundlagen des christlichen Volkslebens steht.“ Nachdem die kaiserliche Botschaft dann „die Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des Reiches als Vorbedingung für weitere Beschlußnahmen über die erwähnten sozialen Reformen“ bezeichnet und eine entsprechende Gesetzesvorlage angekündigt hat, schließt sie mit der feierlichen Erklärung: daß der Kaiser sich „zur Anregung dieser weitgreifenden und schwierigen Aufgaben, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, vor Gott und Menschen ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet“ halte.

Natürlich konnten die in dieser kaiserlichen Botschaft angekündigten sozialpolitischen Vorlagen erst erfolgen, nachdem das am 13. Februar 1882 vom Reichstag genehmigte Gesetz der Erhebung einer Berufsstatistik in Vollzug getreten war. Inzwischen aber hatte sich der Reichstag über die von Bismarck erneut eingebrachte Vorlage der Errichtung eines deutschen Volkswirtschaftsrates zu entscheiden. Doch trotz der eindringlichen und satirischen Beredsamkeit des Kanzlers, der der Opposition in mannigfachen Wendungen am 1. Dezember 1881 zurief: „Ich glaubte, Sie wären Ihrer Stellung und Herrschaft sicherer, als daß Sie sich vor dem Wirtschaftsrat fürchteten,“ wurde auch diesmal die Vorlage mit erheblicher Mehrheit (169 gegen 83 Stimmen) abgelehnt.

Auf die große sozialpolitische Frage ging Bismarck am 9. Januar 1882 nur flüchtig ein, in der Erwiderung auf eine Interpellation des Zentrumsabgeordneten v. Hertling, welche die weitere

Ausbildung der bestehenden Fabrikgesetzgebung (den Arbeiterschutz) anregte. Da sagte der Reichskanzler: „Der Herr Vorredner hat das Interesse und die Sorgfalt der Regierung, diesen Schäden abzuhelfen, nicht steigern können, wenigstens die meinige nicht. Es ist, wie ich schon häufig wiederholt habe, die einzige Aufgabe, die mir die Notwendigkeit, im Dienste zu bleiben, willkommen macht, und der Herr Vorredner kann in dieser Richtung meinen Eifer nicht stärker beleben ... Die Ziele, welche der Kaiserlichen Botschaft vorschweben, sind durch die Kaiserliche Botschaft gekennzeichnet. Es handelt sich nun aber um die Wege, auf welchen sie zu erreichen sind, und die Wahl dieser Wege ist gleich wichtig wie die Festlegung des Ziels überhaupt, denn jeder Weg kann ein richtiger Weg, er kann auch ein Irrweg sein. Ich selbst bin meiner Überzeugung über die Wahl der Wege so unbedingt sicher nicht. Ich bin nicht durch die Weihe der öffentlichen Wahl gegangen und bin deshalb auch nicht in der Lage, über alle Dinge der Welt eine feste, unabänderliche Meinung (Oh! links) rasch in Bereitschaft zu haben, sondern ich überlege mir die Dinge selbst." Gleichwohl hoffe er, „etwa im April dem Reichstage auf diesem Gebiete Vorlagen machen zu können. ... Es gehört zu den Überlieferungen der Dynastie, der ich diene, sich des Schwachen im wirtschaftlichen Kampfe anzunehmen. Friedrich der Große sagte schon: ‚Je serai le roi des gueux' (Ich werde der König der Bettler sein), und er hat es in seiner Art durchgeführt in strenger Gerechtigkeit gegen Hoch und Gering, wie seine Zeit es mit sich brachte. Unser oder mein jetziger Herr hat es sich als Ziel gesetzt, auf diesem Gebiete nach einem früher oder später erreichbaren analogen Zustand der Arbeiter zu streben wie Sein hochseliger Vater in der ewig denkwürdigen Emanzipation der Bauern, die an die Namen Stein, Hardenberg und Friedrich Wilhelm III. sich knüpft." Diese wohlmeinende Fürsorge habe ja bei den Wahlen in den großen Zentren der Industrie infolge der fortschrittlichen, sezessionistischen und sozialdemokratischen Belehrung der Wähler und der Arbeiter von den Wählern eine Ablehnung erfahren und Bismarck „in einem gewissen

Grade entmutigt; allein diese Entmutigung kann mich nicht abhalten meine Schuldigkeit zu thun, so lange ich im Dienste bin."

In derselben Rede hatte der Reichskanzler mit der ihm eigenen Offenheit, unter lebhafter Bewegung der Linken zugestanden, daß die erste Unfallversicherungsvorlage in der Reichsversicherungsanstalt zu „bureaukratisch" veranlagt gewesen sei und „daß ohne korporative Unterlagen die Sache thatsächlich nicht ins Leben zu führen sein wird". Dieser vorläufigen Ankündigung entsprach auch der dem Reichstag im Mai 1882 vorgelegte zweite Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes. Er behielt den Reichszuschuß und den Ausschluß der Privatversicherung bei, ließ dagegen die Reichszentralanstalt fallen. An ihre Stelle sollte die Versicherung auf Gegenseitigkeit treten, auf Grund des Umlageverfahrens innerhalb der einzelnen Gefahrenklassen. Die in Bismarcks Rede vom 9. Januar und schon in der Kaiserbotschaft angekündigte „korporative" oder „genossenschaftliche" Grundlage oder Gliederung bestand in der Errichtung von örtlich abgegrenzten Betriebsgenossenschaften im ganzen Reiche, welche in der Regel einen räumlichen Bezirk vom Umfang einer höheren Landesverwaltung und in dieser die ganze Gefahrenklasse umfaßten. Sie verwalteten ihre Geschäfte selbst. Diejenigen Industriezweige und Betriebsarten, welche bei diesen örtlichen Betriebsgenossenschaften nicht unterzubringen wären, sollten, mit besonderen Unterabteilungen für jede Gefahrenklasse, einen Betriebsverband für sich bilden. Die Arbeiterbeiträge zur Versicherungsprämie waren ganz in Wegfall gebracht, die Prämie mußte also allein von den Arbeitgebern und durch den Reichszuschuß aufgebracht werden. Dieser letztere betrug 25 Prozent der für die einzelne Gefahrenklasse erforderlichen Prämien, 60 Prozent hatte die Gesamtheit der Unternehmer derselben Gefahrenklasse und 15 Prozent die Betriebsgenossenschaft aufzubringen.

Schon in seiner Rede vom 9. Januar hatte Bismarck gesagt: „Wenn ich auch ganz sicher bin, einer ausnahmslosen Opposition gegen das, was ich den Herren vorlege, entgegenzugehen — ich sehe den Korb, den ich bekommen werde, schon vor mir, ich muß

ihn aber bekommen, und zwar öffentlich bekommen, um das Bewußtsein zu haben, meine Schuldigkeit gethan zu haben." Er täuschte sich nicht, aber er beteiligte sich auch nicht weiter an den Verhandlungen des Plenums und der Kommission des Reichstags über diese Vorlage, die der großen Mehrheit gleichfalls gesetzgeberisch noch nicht reif erschien und daher in der Kommission begraben wurde. Mit jener völligen Unbefangenheit des Blickes und der Kritik, die Bismarck schon an der ersten Unfallversicherungsvorlage geübt hatte, nahm er auch das Scheitern der zweiten hin und that sein Bestes, um in einem neuen Entwurfe thunlichst Vollkommenes zu leisten.

In der That zeigte der dritte, dem Reichstag 1883 vorgelegte Entwurf gleich in seiner ersten Fassung ein Gepräge der Reife, welches jenen ersten beiden Vorlagen mehr oder minder gefehlt hatte. Die Regierung gab das mittelbar durch Ausarbeitung dieses völlig veränderten Entwurfes selbst zu. Er beschränkte zwar die Zwangsversicherung gegen Unfälle zunächst auf die Arbeiter in den schon im Haftpflichtgesetz von 1871 aufgeführten Betrieben (Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Gruben, Werften, Bauhöfen, Fabriken und Hüttenwerken), sofern Lohn, Gehalt oder Jahreseinkommen 2000 *M* im Jahr nicht überstiegen. Doch nahm der Entwurf bereits „die Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Arbeitskreise im Wege besonderer Gesetze" in Aussicht. Gegenstand der Versicherung war der Ersatz des Schadens, welcher durch Körperverletzung oder Tod entsteht. Nach dem Entwurf sollte die bis zu zwei Dritteln des Arbeitsverdienstes bemessene Unfallrente erst mit der 14. Woche nach dem Unfall, bis dahin nur das geringere Krankengeld bezahlt werden. Doch gelang es den Nationalliberalen, durch ein Kompromiß mit den Konservativen und dem Zentrum, diese „Karenzzeit" thatsächlich auf vier Wochen zu ermäßigen. Vor allem aber löste der Entwurf aufs glücklichste und einfachste die zwei schwierigen Fragen, an denen die früheren Entwürfe gescheitert waren: „Wer soll der Träger der Versicherung sein?" und „Wie ist die Organisation des Unfallversicherungswesens zu gestalten?," indem die Berufsgenossenschaften zu alleinigen Trägern

der Versicherungspflicht gemacht und ihnen die größte Freiheit gewährt wurde in bezug auf ihre Errichtung, Veränderung und Selbstverwaltung, insbesondere den Inhalt ihrer Statuten.

Gleichwohl war die Prüfung und Durchberatung dieser Vorlage seitens des Reichstags eine ungemeine bedächtige und langsame, so daß der Kaiser und Bismarck wiederholt an raschere Arbeit mahnten. Der Kaiser that dies in einer Botschaft vom 14. April 1883,*) in welcher er lebhaft beklagte, daß die Verhandlungen des Reichstags über die Unfallvorlage so langsam von der Stelle rückten, daß die Erledigung dieses wichtigsten Gesetzentwurfes in der gegenwärtigen Frühjahrssession kaum mehr zu erhoffen sei, sondern erst in der Wintersession. „Die dazu erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe Unsere in der Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen eine praktische Bethätigung auch nur soweit erhalten, daß sie bei den Beteiligten volles Verständnis und infolge dessen auch volles Vertrauen finden. Unsere Kaiserlichen Pflichten gebieten Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen untereinander zu fördern, so lange Uns Gott Frist gibt zu wirken."

In der That kam das Gesetz im Frühjahr 1883 nicht zu stande. Als dann aber der am 6. März 1884 abermals zusammengetretene Reichstag in seiner Kommission nach einer neunwöchentlichen Tagung den aus etwa 170 Paragraphen bestehenden Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes auch wieder erst bis zum § 43 durchberaten hatte, richtete Bismarck am 9. Mai, unter direkter Bezugnahme auf die Kaiserliche Botschaft vom 14. April 1883, in einer Rede die ernsteste Mahnung an den Reichstag, das wichtige Werk schleuniger zu fördern und zum Abschluß zu bringen. „Wir haben die Hoffnung," sagte er, „auf dem Wege der Reform, die

*) Auch diese Botschaft ist von Bismarck gegengezeichnet und in der Schlußredaktion festgestellt. Poschinger, Bismarck als Volkswirt II, 154 Note 2.

wir erstreben, zwar nicht alle Beteiligten zu bekehren, aber doch den Zulauf, die Rekrutierung für die revolutionären Pläne (der Sozialdemokratie) wesentlich zu beschränken, wenn wir dem Arbeiter das geben, was die Kaiserliche Botschaft und die daran geknüpften Reformvorschläge verheißen haben... Ich mache der Kommission keinen Vorwurf, ich bin überzeugt, sie arbeitet fleißig, aber der Mangel am Glauben, daß die Sache nützlich sei, der Mangel an ernstem Willen, etwas zu stande zu bringen, verlangsamt die Arbeiten unwillkürlich. Wir, die Regierung, können die Verhandlungen über diese Dinge nicht abbrechen, und wenn wir bis zum August oder bis zum natürlichen Ablauf Ihres Mandats hier sitzen sollen; die Regierung kann nicht vom Platz weichen, wir müssen Ihre Antwort auf das Unfallversicherungsgesetz haben. Ja oder Nein, und ich möchte bitten, auf diese Arbeiten für das Wohl einer zahlreichen und zum Teil nicht glücklichen Klasse doch ohne alle Schachzüge, wie wir das bei diesem Gesetz dilatorisch erlebt haben, nicht auf diese Art einzuwirken."

Diese Mahnung trug gute Frucht. Denn nun wurden, namentlich auf Betreiben der Nationalliberalen, welche die hauptsächlichen Streitfragen durch geschickte Kompromißvorschläge beseitigten, die Beratungen der Kommission so rasch gefördert, daß am 20. Juni die zweite Lesung im Plenum beginnen und die dritte am 27. Juni abgeschlossen werden konnte. Die Schlußabstimmung ergab die Annahme des Gesetzes mit allen Stimmen gegen die des Deutschfreisinns (Fortschritts), der Volkspartei und der Sozialdemokratie. Aus den Verhandlungen im Plenum ist besonders bemerkenswert, daß Bismarck — obwohl auch maßvolle Nationalliberale, wie Buhl und Öchelhäuser für die freie Konkurrenz der Privatversicherung eintraten — seinerseits jede Beteiligung der Privatversicherung an dem Unfallversicherungswerke rundweg ablehnte. Denn diese Gesellschaften hätten es auf große Dividenden abgesehen, böten bei Massenunfällen nicht einmal die Gewähr für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, oder könnten sich der Verbindlichkeit, auch die höchsten Gefahrenklassen zu versichern, durch Auf-

lösungsbeschluß entziehen. Dieser Erklärung entsprechend, wurde dann im Reichstag selbst der anfangs gefaßte Beschluß, die ganz unverfängliche Rückversicherung bei Privatgesellschaften zu gestatten, schließlich wieder aufgehoben. Der Reichsanzeiger verkündete das wichtige Gesetz am 6. Juli 1884.*)

Viel früher und leichter war die zweite in der Kaiserbotschaft vom 17. November 1881 verheißene sozialpolitische Vorlage, das Krankenversicherungsgesetz, zu stande gekommen. Der am 8. Mai 1882 im Bundesrat fertig gestellte Entwurf wurde im Reichstag Mitte Mai in erster Lesung verhandelt und an dieselbe Kommission verwiesen, die den ungenügenden zweiten Unfallversicherungsentwurf vorberiet. Dieser wurde dann liegen gelassen, und dafür der Krankenkassenentwurf mit großem Fleiße in 53 Sitzungen durchberaten, denen namens der Regierung der Verfasser beider Entwürfe, der Geh. Ober-Reg.Rat Lohmann beiwohnte, den Bismarck mit Recht sehr schätzte. Der Kaiser belobte den Fleiß dieser Kommission in der Botschaft vom 14. April 1883 freudig. So konnte der Reichstag am 19. bis 30. April 1883 die zweite Lesung, am 23. bis 31. Mai die dritte Lesung vollenden. In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz mit 216 gegen 99 Stimmen angenommen. In der Minderheit befanden sich auch diesmal einhellig die Deutschfreisinnigen und die Sozialdemokraten sowie die Mehrzahl der Sezessionisten. An den Verhandlungen beteiligte sich Fürst Bismarck nicht. Er hatte das Seine schon an den Gesetzentwurf gewendet, der nun als Reichsgesetz am 15. Juni 1883 im Reichsanzeiger verkündet wurde.

Das Gesetz führte die Zwangsversicherung ein gegen Krank-

*) Das Gesetz wirkte so segensreich, daß es am 28. Mai 1885 auch auf die Arbeiter im Transportgewerbe ausgedehnt wurde, am 5. Mai 1886 auf die im land- und forstwirtschaftlichen Betriebe beschäftigten Personen, am 15. März 1886 auf die infolge von Betriebsunfällen verunglückten Beamten und Personen des Soldatenstandes, am 11. und 13. Juli 1887 auf die bei Bauten beschäftigten Personen, die Seeleute und andere bei der Seeschiffahrt beteiligte Arbeiter und Beamte.



heitsfälle für alle in der Industrie, im Gewerbe oder im Handwerk gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen. Dabei war der Grundsatz des früher vom Reich erlassenen Hilfskassengesetzes beibehalten: „Kassenzwang, aber nicht Zwangskasse," d. h. der Versicherungspflichtige konnte sich nach Belieben versichern bei der Fabrikkrankenkasse seines Betriebes, bei der Ortskrankenkasse oder bei der freien Hilfskasse. Der eigentliche Träger der Versicherung war die Gemeinde. Alle bereits vor dem Erlasse des Gesetzes bestehenden Krankenkassen durften fortbestehen. Zu den Versicherungsbeiträgen des Arbeiters mußte der Arbeitgeber (Unternehmer) ein Drittel zahlen, außer wenn der Arbeiter sich bei einer freien Hilfskasse versicherte. Der Arbeitgeber haftete auch in letzter Linie verantwortlich für die Erfüllung der Versicherungspflicht seiner Arbeiter.

Durch dieses Gesetz wurde unendlicher Segen gestiftet. Denn bisher hatte die längere Erkrankung eines Arbeiters sehr häufig zu seiner und seiner Familie Verarmung geführt, weil es während der Krankheit des Ernährers an Unterstützung fehlte. Zunächst unterließ dann der Kranke aus Mangel an Mitteln die rechtzeitige Zuziehung eines Arztes und verschlimmerte dadurch seinen Zustand. Sodann wurden zu seiner Pflege und zum Unterhalt der Familie die geringen Ersparnisse aufgezehrt, Arbeitsgeräte, Kleidungsstücke, Hab und Gut veräußert, d. h. die Familie wirtschaftlich ruiniert. Nun erst trat die öffentliche Unterstützung in den entwürdigenden Formen und Folgen der Armenpflege ein. Jetzt dagegen erwarb der Arbeiter für den Fall seiner Erkrankung und mit geringen eigenen Opfern für seine Versicherung ($1^1/_2$ Prozent des ortsüblichen Tagelohns) ein wohlerworbenes Recht auf freie ärztliche Verpflegung während der ganzen Dauer der Krankheit, auch unentgeltliche Gewähr von Arznei, Brillen, Bruchbändern und sonstigen Heilmitteln. Bedingte die Krankheit Erwerbsunfähigkeit, so wurde außerdem vom dritten Tage der Erkrankung an ein Krankengeld in der vollen Höhe des ortsüblichen Tagelohns für jeden Arbeitstag gewährt. Wenn trotzdem die ultramontane und sozialdemokratische Presse und Partei nach Kräften gegen diesen gewaltigen sozialpolitischen Erfolg

hetzte,*) so verfolgte sie damit nur ihre eigensüchtigen und antinationalen Zwecke ohne Rücksicht auf die wahre Wohlfahrt der Gesellschaft und des Staates.

Nun war nur noch die letzte große sozialpolitische Weissagung zu erfüllen, die Bismarck in der Kaiserlichen Botschaft vom 7. November 1881 verkündet hatte: der Erlaß eines Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes für Arbeiter. Die Kaiserliche Botschaft hatte auch — wie ihr Verfasser selbst schon früher — die Erträgnisse des Tabakmonopols zur Deckung der großen Ausgaben für diesen letzten und bedeutendsten aller sozialpolitischen Versicherungszwecke ins Auge gefaßt. Als am 27. April 1882 der Reichstag eröffnet wurde, konnte ihm bereits versichert werden: daß „die Mehrheit der verbündeten Regierungen die Form des Monopols für diejenige halte, welche die Interessen der Konsumenten und der Tabakbauern am meisten schont und dabei an Ergiebigkeit alle anderen Formen der Besteuerung übertrifft." In der That war der Entwurf, das Tabakmonopol im Deutschen Reich einzuführen, bereits am 24. Januar dem Bundesrat vorgelegt worden. Sofort war aber auch im Volke und in den Kammern der Bundesstaaten ein Entrüstungssturm dagegen losgebrochen. In zahlreichen Schreiben beantwortete Bismarck die an ihn gerichteten Bedenken und Ratschläge der Beteiligten. Die großen Versammlungen der Tabakfabrikanten und Händler, meist auch der Tabakbauern, waren dem Monopol feindselig. Die Kammern in Bayern, Sachsen, Hessen und Baden lehnten es ab.. Im klassischen Lande der französischen Monopolwirksamkeit, am Sitze der Kaiserlichen Tabakmanufaktur, in Straßburg, legte die dortige Handelskammer gegen die Einführung des Monopols Protest ein. Selbst der preußische Volkswirtschaftsrat verwarf es mit 2 Stimmen Mehrheit. Der Bundesrat genehmigte es zwar am 24. April, aber nur gegen die starke Minderheit der Stimmen von Bayern, Sachsen, Baden, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, der Hansestädte und Reuß j. L. Die Thronrede vom

*) Das Nähere über diese Hetzer s. bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 422/24.

27. April wahrte auch schon die Rückzugslinie bedächtig in den Worten: Die Reichsregierung „würde daher zu anderen Vorschlägen erst übergehen, wenn sie die Aussicht auf Zustimmung der Volksvertretung zum Monopol aufzugeben genötigt wäre". Ganz in demselben Sinne hatte Bismarck schon am 12. April seinen Sohn, den Grafen Wilhelm, an den Geheimrat v. Rottenburg schreiben lassen: Detailbedenken gegen das Monopol seien gleichgültig gegenüber der Hauptsache, daß es zu einer bundesrätlichen Vorlage an den Reichstag komme, wenn auch dessen Ablehnung wahrscheinlich sei.

Übertriebenen Hoffnungen gab sich also Bismarck nicht hin. Und dieselben mußten noch tiefer sinken, als bei der ersten Lesung der Vorlage im Reichstag, vom 10. bis 13. Mai nur die Konservativen ihr bedingt zustimmten, aber in einem Tone, daß Bennigsen später sagen durfte: sie würden das Gesetz auch nicht gebilligt haben, wenn sie nicht sicher gewesen wären, mit ihrem Ja in der Minderheit zu bleiben. Die Redner der Nationalliberalen, Sezessionisten, Deutschfreisinnigen und Sozialisten erklärten sich sämtlich gegen das Monopol, nicht minder Windthorst namens des gesamten Zentrums. Natürlich, denn wie hätte diese Partei dem Reiche ein so bedeutendes Machtmittel gönnen dürfen, wie dieses Monopol! Die Einwände der Opposition waren natürlich sehr mannigfaltiger Art. Neben den rein sachlichen Bedenken, welche der Redner der Nationalliberalen, der frühere Minister Hobrecht geltend machte, regte sich doch auch in dieser Partei, und vollends bei den radikaleren, mißtrauische Abneigung dagegen, der Regierung die Machtmittel und das Beamtenheer des Tabakmonopols zur Verfügung zu stellen, zu einer Zeit, da der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Herr v. Puttkamer in der inneren Politik stark reaktionären Gelüsten folgte, von denen später die Rede sein wird. Für sehr viele Abgeordnete diente auch die klägliche Verwaltung der einzigen Tabakfabrik des Reiches, der kaiserlichen Tabakmanufaktur in Straßburg, als abschreckendes Beispiel, und in der Denkschrift zur Begründung des Monopols, welche Bismarck dem Reichstag am 27. April unterbreitete, sowie in den Ziffern dieser Denkschrift, welche die dauernde

Jahres-Reineinnahme des Reiches aus dem Monopol auf 165 Millionen im Jahr berechneten, wollten die Meisten die unzuverlässige Hand des Leiters der Straßburger Manufaktur erkennen. Endlich aber spielte natürlich auch der Haß gegen Bismarck, die behagliche Hoffnung, ihm eine empfindliche Niederlage zu bereiten, bei der radikalen Opposition eine große Rolle. „An diesem Monopol muß der Wille des Kanzlers sich brechen!“ rief Eugen Richter triumphierend am 13. Mai. Bismarck befand sich krank in Friedrichsruh und konnte daher an der ersten Lesung nicht teilnehmen. Die Vorlage wurde am 13. Mai an einen Ausschuß verwiesen, der fast aus lauter Gegnern des Monopols bestand und schon nach drei Sitzungen den Beschluß faßte, dem Reichstag die Ablehnung des Entwurfes zu empfehlen.

Über diesen Antrag hatte der Reichstag in der zweiten Lesung, die vom 12. bis 15. Juni dauerte, zu entscheiden. Bismarck ergriff schon am 12. Juni, und zwar noch vor dem Berichterstatter des Ausschusses, das Wort: „Wir sind nie darüber in Zweifel gewesen, daß das Monopol an sich ein Übel ist, und daß es sich bei seiner Einführung, ja selbst wie bei jeder Reform, zunächst nur darum handelt, ob es nicht andere Übel gibt, im Vergleich zu denen das Monopol das kleinere ist. Für die Reformen, welche die Regierung erstrebt, ist das Monopol nur Mittel, nicht Zweck.“ Das Tabakmonopol bilde die zweckmäßigste und wirksamste Finanzquelle und deshalb „brauchen wir Ihre Ablehnung, um unsere Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken.“ Die entsetzlich zahlreichen und zu einem guten Dritteil vergeblichen Steuerexekutionen in Preußen, die enormen städtischen Zuschläge zur Klassensteuer, die starke Auswanderung der ländlichen Bevölkerung u. s. w. seien furchtbare Mahnungen zur Abhilfe, da „der König das Recht der Steuerbewilligung“ aus dem so ertragsfähigen Tabak „aus der Hand gegeben“, an das Reich abgetreten habe. Dem Könige könne in seiner herzlichen Fürsorge für sein Volk jetzt wohl der „Nachgedanke“ kommen, ob er wohlgethan, indem er „die Quellen, seinen Unterthanen zu helfen, aus der Hand gegeben und von anderen abhängig

gemacht habe.“ Denn „daß eine parlamentarische Körperschaft dieselben ernsten Mitempfindungen für solche Notstände haben soll, wie der König von Preußen, das ist ja gar nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat sie nicht — ein König hat ein Herz für sich, das Leiden mitempfindet.“

Das Monopol sei, wie bemerkt, vorgeschlagen, weil es nach sorgfältiger Erwägung „für das beste und zweckmäßigste Mittel gehalten“ worden sei, „dessen Ablehnung wir gebrauchen, bevor wir zu anderen übergehen. Durch die Thatsache, die ja in die Augen springt, daß das Monopol sehr unpopulär ist und durch die Wahlarbeit“ (bei den Wahlen vom Oktober 1881) „noch unpopulärer gemacht ist, als es zu sein braucht, werden wir uns niemals abschrecken lassen, das vorzuschlagen, was wir für vernünftig halten. Ich frage gar nichts danach, ob eine Sache populär ist, ich frage nur danach, ob sie vernünftig oder zweckmäßig ist; die Popularität ist eine vorübergehende Sache, die sich heute auf das, morgen auf jenes richtet, die ich genossen und verloren habe, worüber ich mich leicht tröste, sobald ich das Gefühl habe, meine Schuldigkeit zu thun, und das Übrige stelle ich Gott anheim. Die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nötigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen: Ist sie auch wirklich vernünftig? Denn ich habe zu häufig gefunden, daß man auf beifällige Zustimmung (Akklamation) stößt, wenn man auf unrichtigem Wege ist. Also das interessiert mich nicht, ob die Sache populär ist, da meine Existenz im Amte von jedem Wahlkreise unabhängig ist, und der einzige Wähler, den ich habe, Se. Majestät der Kaiser, mit mir zufrieden ist.“

Bismarck führt dann weiter für das Tabakmonopol das sachverständige Urteil des berühmten französischen Nationalökonomen Leroy-Beaulieu an, der, unter voller Anerkennung der Bemühungen Bismarcks für Einführung des deutschen Tabakmonopols, ausspricht: „Man begreift nicht, wie ein Staat mit solchen Bedürfnissen sich damit zufrieden gibt, jährlich 20 Millionen aus einer Abgabe zu ziehen, die bei guter Veranlagung das Sechsfache und selbst das Zehnfache einbringen kann, ohne die ökonomische Lage

des Reiches zu schädigen. Der Tabak ist in Deutschland geringer besteuert, als die gesunden Getränke; das ist finanziell eine Absurdität und moralisch ein Skandal.“ Ganz in demselben Sinne habe sich die tabakbauende und -fabrizierende Pfalz ausgesprochen und das Franzosentum des Elsaß nur aus politischen Gründen, aus Furcht vor Erstarkung des Deutschen Reiches, dagegen.

Auch der Vorwurf des Sozialismus sei zu erwähnen. „Etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen. Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen. Sie werden genötigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Öles im Rezepte beizusetzen, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erstreben würde. Sozialistisch war die Freiheit des Bauernstandes, sozialistisch ist jede Enteignung zu gunsten der Eisenbahnen, sozialistisch im höchsten Grade die Zusammenlegung der Grundstücke, die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, d. h. der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden erhalten muß. Das alles ist sozialistisch. Wenn Sie glauben, mit dem Worte „Sozialismus“ jemand Schrecken einflößen zu können, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist.“

In diesen Bemühungen finde er sich aber, fuhr Bismarck fort, einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo er voraussähe, daß jeder Schritt, den er nach irgend einer Richtung behufs der Reform thue, erfolglos sein werde.“ Der Partikularismus der Dynastien und Regierungen sei „sehr rückgängig geworden“, der „Fraktionspartikularismus“ dagegen so weit gediehen, „daß keiner dieser Regierung irgend einen Erfolg noch gönnt. Im Fraktionswesen liegt eine große Schädigung unserer nationalen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer durch die Fraktion, durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen

und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unserem heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt: ‚Fraktion geht vor Reich‘, ‚das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit‘. Eine Fraktion ist gewissermaßen eine Satire auf das Arndtsche Lied: ‚das deutsche Vaterlaud muß größer sein! Das ganze Deutschland soll es sein!‘ Wer in die Fraktion tritt, dem ist das Ganze zu groß: es schrumpft, durch seine Brille gesehen, zusammen auf das Fraktionsinteresse. Die Fraktionsbrille verdunkelt seinen Blick für die Gesamtinteressen.“

Wenn er selbst trotz dieser Verhältnisse seines Amtes warte und seinen Dienst thue, so sei es nur das Gefühl dessen, was man mit dem rohen Ausdruck ‚verdammte Pflicht und Schuldigkeit‘ benennt, so lange er den Titel des Kanzlers trage (Beifall rechts). „Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt gewesen zu gehen im Jahre 1877. Es ist mir damals die Erlaubnis dazu versagt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König nach dem Nobiling’schen Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der seinerseits seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann (Beifall rechts). Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe. (Lebhafter Beifall rechts). Außer diesem Grunde des Pflichtgefühls ist es ein anderes, sehr natürliches, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft der Einrichtungen entgegensehe, deren Herstellung ich 30 Jahre meines Lebens und meine besten Kräfte gewidmet habe, daß es mich mit Besorgnis erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abnützen, das ist ein natürliches Interesse. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß unsere Söhne vielleicht nachmals wieder um den mir wohlbekannten Tisch des Frankfurter Bundestags sitzen. Wir haben eine große Autorität

gewonnen, sie ist aber leicht zu erschüttern. Ich habe, als unsere Verfassung geschaffen wurde, unter dem Eindruck gehandelt: Die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unsere Einheit liege in den Dynastien, der Anker der Rettung und der Kitt für unsere Einheit liege im Reichstage, deshalb müsse man dem Reichstage möglichst viele Rechte geben und ihn möglichst stark hinstellen." Dadurch könne der Reichstag allerdings „seinerseits das Reich nicht nur fördern, sondern auch wesentlich schädigen, wenn er die Aufgaben, die von der Vorsehung in die Ökonomie des Deutschen Reiches eingefügt sind, nicht vollständig erfüllt.

„Nun, meine Herren, ich gebe diesen Befürchtungen für die Zukunft keine Audienz, aber mein Vertrauen darüber, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien (Hört! Hört!) Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammenzustehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des Deutschen Reiches belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden, und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte (Lachen links), — in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich das Zutrauen zu unseren Dynastien, ich habe Vertrauen zu der Zukunft unserer Einigkeit. Diese Einigkeit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches

Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist. Meine Herrn, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten: er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen! (Lebhafter, andauernder Beifall rechts. Wiederholtes Zischen links)."

Die Hauptstellen dieser großen Rede wurden hier im Wortlaut mitgeteilt, weil sie in geradezu typischer Weise zeigen, wie Bismarck bei jeder amtlichen Thätigkeit und bei jeder Vorlage, die er der Volksvertretung machte, immer nur das große Hauptwerk seines Lebens, die nationale Einheit und Kraft Deutschlands im Auge hatte. Leider vermochte das aber der damalige Reichstag, trotz der herzbewegenden Worte Bismarcks, bei dieser Vorlage nicht einzusehen und lehnte am Schlusse der zweiten Lesung am 15. Juni das Tabakmonopol mit 277 gegen 43 (konservative) Stimmen ab. Gleich darauf verlas der Präsident ein Schreiben des Reichskanzlers, welches den Reichstag bis zum 30. November vertagte. Jene Entscheidung des Reichstags, die Ablehnung des deutschen Tabakmonopols, halten wir für eine höchst bedauerliche, noch bis in unsere Tage die nachteiligsten Folgen zeitigende. Denn die ungünstige Lage unserer Reichsfinanzen ist wesentlich jener Ablehnung zuzuschreiben. Bei noch so hoher Entschädigung der durch das Tabakmonopol außer Betrieb gesetzten Fabrikanten, Händler u. s. w., hätte es dem Reiche zweifellos einen außerordentlich hohen Ertrag eingebracht, wie die langjährigen günstigen Erfahrungen Frankreichs, Österreich-Ungarns, Italiens und auch Nordamerikas beweisen, wo zwar nicht das Monopol besteht, aber doch der Tabak von seinem ersten Wachstum bis zu seinem Verbrauch stets von der Steuerbehörde im Auge behalten wird. In allen diesen Ländern aber ist zugleich das andere Bedenken der deutschen liberalen

Parteien gegen das Tabakmonopol gründlich widerlegt, als ob die verfassungsmäßige Freiheit der Wähler und das Recht der Parlamente mit dem Bestehen des Tabakmonopols unvereinbar und der Vernichtung verfallen sei.

Zugleich aber war durch diese Entscheidung dem Fürsten Bismarck das Mittel versagt, mit welchem er das letzte und höchste Ziel der deutschen Sozialpolitik, die Invaliditäts- und Altersversorgung der Arbeiter, zu erreichen gesucht hatte. Dadurch wurde dieser letzte wichtigste Schritt der deutschen Sozialgesetzgebung naturgemäß zunächst wesentlich verlangsamt. Auch erkaltete Bismarcks Eifer an der Sache etwas, als der Arbeiter mit Beiträgen zur Kranken- und Altersversicherung belastet werden sollte, da er selbst sich die Sozialpolitik so gedacht hatte, daß das Reich die Mittel bereit stellen müsse, um namentlich die Altersversorgung durchzuführen. Die von Bismarck angestrebte politische Wirkung dieser Gesetzgebung war seiner Ansicht nach nur durch „Gratisversorgung" des Arbeiters zu erreichen und „Lohnabzüge im 17. Jahr behufs knapper Pension nach einem halben Jahrhundert lagen nicht in dem Plan, der ihm bei seiner Anregung vorschwebte."*) Gleichwohl wurde dieses letzte sozialpolitische Gesetzgebungswerk, auch nach Ablehnung des zu seiner Durchführung bestimmten Tabakmonopols im Jahre 1882, niemals aus den Augen verloren. Da die 165 Millionen Jahreseinkünfte des Tabakmonopols fehlten, so mußte bei Ausarbeitung der Vorlage natürlich mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Und diese Vorsicht machten die Parteien, die zu allererst mit dem Beschlusse der Ablehnung des Tabakmonopols fertig gewesen waren, Fortschritt, Sezession und Sozialdemokratie, in den Jahren von 1882 bis 1887 im Reichstage zum Lieblingsgegenstande ihres Spottes und ihrer Ungeduld. Während sie jede sozialpolitische Vorlage einmütig ablehnten, kam ihnen der Entwurf einer Invaliden- und Altersversicherung niemals zeitig genug, oder sie weissagten, die ganze deutsche Sozialpolitik werde

---

*) Poschinger, Bismarck als Volkswirt, Einleitung zu Bd. III S. XXII.

an der Unausführbarkeit dieser Riesenaufgabe scheitern und zusammenbrechen.

Im Dezember 1887 waren aber die „Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung" so weit abgeschlossen, daß sie zunächst dem preußischen Volkswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden konnten. Zugleich wurden sie durch Veröffentlichung der allgemeinen Beurteilung übergeben. Der Volkswirtschaftsrat sprach sich im ganzen sehr befriedigt aus. Seine Abänderungsvorschläge aber, sowie diejenigen, welche von zahlreichen Korporationen und Vereinen, Vertretern der Wissenschaft und achtbaren Preßorganen ausgingen, wurden dann im Reichsamt des Innern bei der Vorbereitung eines förmlichen Gesetzentwurfes geprüft. Dieser selbst wurde im Frühjahr und Sommer 1888 im Bundesrate einer gründlichen Beratung und Umgestaltung unterzogen. So hatte der ehrwürdige Kaiser Wilhelm wenigstens noch die Anfänge dieses letzten großen Liebeswerkes des „praktischen Christentums" erlebt, das über seinem letzten Regierungsjahre wie die goldene Abendsonne ausgegossen ist. Aber erst seinem Enkel, dem Kaiser Wilhelm II., war beschieden, dem Reichstag in der Thronrede vom 22. November 1888 anzukündigen, daß diese Vorarbeit abgeschlossen sei und in Form eines Gesetzentwurfs dem Reichstag vorgelegt werde. Dabei sprach der junge Herrscher aus: „Als ein teures Vermächtnis Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters habe Ich die Aufgabe übernommen, die von ihm begonnene sozialpolitische Aufgabe fortzuführen. Die Schwierigkeiten, welche sich einer auf staatliches Gebot gestützten durchgreifenden Versicherung aller Arbeiter gegen die Gefahren des Alters und der Invalidität entgegenstellen, sind groß, aber nicht unüberwindlich. Als die Frucht umfänglicher Vorarbeiten wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher einen gangbaren Weg zur Erreichung dieses Zieles in Vorschlag bringt."

Der bescheidene Ausdruck „gangbarer Weg" war von Bismarck für diese Ankündigung gewählt worden, weil er zwar den unter v. Böttichers Leitung ausgearbeiteten Entwurf vollkommen billigte, aber nach den früheren Erfahrungen beim Unfallversiche-

rungsgesetz fürchtete, „wir würden gewissermaßen ein totes Rennen haben und die Vorlage nächstes Jahr noch einmal einbringen müssen." Das gestand Bismarck später am 29. März 1889 im Reichstag selbst. Aber schon der Verlauf der ersten Lesung der Vorlage am 6. bis 8. Dezember 1888 gab der Hoffnung Raum, das Gesetz gleich jetzt zu stande zu bringen. Denn die Redner der Nationalliberalen und der beiden konservativen Fraktionen — die seit den Februarwahlen von 1887 im sog. „Kartellreichstag" allein schon zusammen die Mehrheit hatten — sprachen ihre volle Befriedigung über die Vorlage aus. Selbst das Zentrum stimmte bedingt zu. Nur der Deutschfreisinn — der inzwischen die Sezession in sich aufgesogen hatte — und die Sozialdemokratie wollten gar nichts von der Vorlage wissen, die sie seit sieben Jahren so heiß begehrt und dem säumigen Reichskanzler in stete Erinnerung gebracht hatten. Am Ende der ersten Lesung wurde der Entwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen, in welcher die Sozialdemokraten, welche das Monopol der „Arbeiterfreundlichkeit" zu besitzen vorgeben, bezeichnenderweise jeden Sitz ablehnten. Die Kommission beriet den Entwurf mit großem Fleiß in 44 Sitzungen, so daß derselbe gründlich durchgearbeitet und verbessert, am 22. März 1889 dem Reichstag wieder vorgelegt werden konnte.

Am 29. März 1889 begann die zweite Lesung, und Fürst Bismarck ergriff das Wort, um zunächst der „Verdächtigung" entgegenzutreten, als ob er kein Interesse am Zustandekommen dieses Gesetzes nehme. Nur habe er nicht geglaubt, daß die Vorlage noch in diesem Winter, noch in dieser Session sich zustande bringen lassen werde. „Ich glaube, daß die öffentlichen Blätter meiner politischen Feinde übertreiben, wenn sie von mir sagen, daß ich, schnell alternd, der Arbeitsunfähigkeit entgegengänge. Einiges kann ich noch leisten, aber nicht alles, was ich früher gethan habe. Wenn ich die Aufgaben des auswärtigen Ministers eines großen Landes und auch nur die noch zur Zufriedenheit leiste auf meine alten Tage, dann werde ich immer noch das Werk eines Mannes thun, das in anderen Ländern als ein volles Manneswerk gilt und ein dankens-

wertes Werk. Wenn es mir gelingt, dabei in Einigkeit mit allen verbündeten Regierungen und mit Sr. Majestät dem Kaiser, im Genusse des Vertrauens der fremden Regierungen, unsere auswärtige Politik weiter zu führen, so sehe ich das einstweilen für meine erste, für meine primo loco Pflicht an. In allen anderen Beziehungen bin ich leichter ersetzbar. Die Summe von Vertrauen und Erfahrungen aber, die ich in etwa 30 Jahren auswärtiger Politik mir habe erwerben können, die kann ich nicht vererben, und die kann ich nicht übertragen.

„Namentlich in diesen jetzt vorliegenden Fragen bin ich durch meinen Kollegen (v. Böttícher) ja mehr als ersetzt. Ich hätte das, was er in dieser Sache gethan und geleistet hat, selbst nicht leisten können. Jeder hat sein eigenes Fach, und in diesem Fache sehe ich neidlos das Verdienst meines Herrn Kollegen als das größere an, als das meinige. Aber so viel Verdienst habe ich doch auch in dieser Sache, daß ich es fast als eine Beleidigung ansehen könnte, wenn man von mir glauben wollte, daß ich sie nun im Augenblicke der Entscheidung im Stiche lassen würde. Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen sozialen Politik zusprechen, einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für die Sache zu gewinnen. Er hat es als seinen schönsten Triumph bezeichnet, den er noch haben würde, und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für den Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte. Der jetzt regierende Kaiser hat es eine seiner ersten Äußerungen sein lassen, sich diese Neigung seines hochseligen Großvaters unbedingt anzueignen. Wie sollte ich nun dahin kommen, dieses unter meinem Antriebe ins Leben gerufene Werk dicht vor dem Abschlusse zu verleugnen, ja sogar zu bekämpfen? Es hieße das nicht nur das Andenken des alten Kaisers, sondern auch den Dienst meines jetzigen Herrn vollständig verraten und verlassen. Es ist das in der That eine fast beleidigende Zumutung, die mir damit gestellt wird. . . . Ich kann sie nicht direkter widerlegen, als indem ich die Herren bitte, die Vorlage mit mög-

lichst großer Mehrheit anzunehmen." Einzelheiten könnten verändert werden, „aber für die Annahme des Gesetzes in seiner Gesamtheit trete ich mit voller Überzeugung und mit der dringenden Bitte ein, Ihrerseits derselben entsprechen zu wollen."

Am Schlusse der zweiten Lesung, die sich, durch die Osterferien unterbrochen, bis zum 11. Mai hinzog, wurde der entscheidende § 1 der Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 72 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten das Zentrum bis auf 11 Mitglieder, der Deutschfreisinn, Polen, Welfen und Elsässer, während die Sozialdemokraten scherzhafter Weise männiglich für den § 1 stimmten, d. h. für die grundsätzliche Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter — im kommunistischen Zukunftsstaate. Denn für diese Versicherung innerhalb der Gesellschaftsordnung des Deutschen Reiches erhob sich von ihrer Seite bei der Schlußabstimmung nicht ein Mann, und die giftigsten Reden gegen dieses arbeiterfreundlichste aller Gesetze der Welt wurden von den sogenannten deutschen Arbeiterfreunden sozialdemokratischer Prägung gehalten. Die dritte Lesung der Vorlage begann am 17. Mai und dauerte sieben Sitzungen hindurch bis zum 24. Mai. Am 18. Mai erhob sich Bismarck noch einmal für das Gesetz. Es sollte seine letzte Reichstagsrede sein! Gegenstand und Inhalt der Rede sind dieses letzten parlamentarischen Auftretens Bismarcks würdig. Und wenn seine Gegner dereinst oder auch schon heute als eine wunderbare Fügung bezeichnen mögen, daß dieser gewaltige Mann, den sie so gern aller liebenswürdigen, menschlichen Züge und Regungen entkleiden möchten, seine letzte Reichstagsrede gehalten hat, um allen deutschen Arbeitern von Reichswegen die Versorgung für die Tage ihres Alters und ihrer Invalidität zu sichern, so wird dagegen die ungeheure Mehrheit unseres dankbaren Volkes gerade diese That des unvergleichlichen, für alle Zeiten unvergeßlichen Mannes für immer eintragen in die Tafeln seines größten Ruhmes, und ferne Geschlechter 'noch werden sich daran erinnern, daß der gewaltige Bismarck zum letzten Male zum Deutschen Reichstag sprach, um den ärmsten und schwächsten seiner deutschen Brüder einen

heiteren sorgenfreien Lebensabend zu sichern, mit der Hilfe des Deutschen Reiches, das er in harter Lebensarbeit geschaffen hatte!

Noch einmal widersprach Bismarck in dieser seiner Rede vom 18. Mai 1889 der Behauptung, daß er sich um dieses Gesetz nicht kümmere; aber außerhalb seines Berufskreises und seiner noch vorhandenen Kraft liege die Aufgabe, hier Reden zu halten an Abgeordnete, die ihre Abstimmung gegen das Gesetz schon beschlossen hätten, auch wenn er „mit Engelszungen redete". Diese Neinsager aber sieht er alle ohne jede Verwunderung gegen das wichtige Gesetz vereint. „Es hat mich in keiner Weise überrascht, daß die sozialdemokratische Partei gegen dieses Gesetz ist. Wenn eins der Mitglieder der freisinnigen Partei (Abg. Dr. Barth) gesagt hat, daß wir die Sozialdemokraten mit dieser Vorlage nicht gewinnen würden, so werden zwei Dinge vollständig verwechselt: das sind die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Massen; die Massen, welche mit irgend etwas unzufrieden sind, mit etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten, weil sie ihrer Unzufriedenheit durch eine regierungsfeindliche Abstimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz anderen Boden stehen die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen natürlich das Gesetz ab, weil es immer doch ein Schritt auf dem Wege ist, daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die sich uns bietet und die der Reichstag uns gestattet, mildern wollen. Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege und sie wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei sondern der Führer — ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik, — und alles, was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Massentritts der Arbeiterbataillone

schädigen, hindern und hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen, also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staatswegen geschieht, hinderlich sein. Das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie.

„Ich habe mich auch darüber nicht gewundert, daß die Herren von der freisinnigen Partei dagegen stimmen." Denn seit mehr als einem Vierteljahrhundert haben die Herren „nie eine Zustimmung für irgend etwas gehabt, von der Reichsverfassung an bis zur heutigen Vorlage. . . . Daß die Herren Welfen gegen die Vorlage sind, das geht aus anderen Beweggründen hervor, als die Opposition der Fortschrittspartei. . . . Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugnis ab, daß dieselbe zur Befestigung des Deutschen Reiches führen könnte. Daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, um an der Gesetzgebung über das gesamte Reich teilzunehmen — dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns 14 Franzosen einzuimpfen — daß sie dagegen sind, ist ebenso natürlich. Die Opposition dieser Herren zeigt uns, daß in diesem Gesetz etwas drin stecken muß, was dem Deutschen Reiche nützlich ist." Aber selbst von konservativer Seite — vom Abg. Holtz — war gegen die Vorlage geredet worden. Diese Gegnerschaft findet Bismarck „mit der Aufgabe der konservativen Partei nicht verträglich". Als „alter Herr" der konservativen Partei dürfe er die Hoffnung hegen, sie zu überzeugen, während er mit den anderen Gegnern „nur zu fechten" habe. Mit dieser Autorität richtet er an die konservative Opposition die mahnenden Worte: „Es liegt ja sehr nahe — les extrêmes se touchent — daß Hyperkonservative — ich habe das in meinem Leben schon durchgemacht — sich unter Umständen, wenn sie zornig werden, im politischen Effekt von den Sozialdemokraten nur mäßig unterscheiden. Ich möchte die Herren zurückrufen zur Erinnerung an den Boden des Vaterlandes und selbst der Partei auf dem sie stehen: wie können Sie von Seiten der konservativen

Partei auf diese Weise dem individuellen Zorn, dem Verdruß, dem lokalen Interesse Raum geben gegenüber einer Frage, welche die Gesamtheit des Reiches so bis in ihre innersten Tiefen berührt, wie das hier geschehen ist!... Ich möchte die konservativen Herren besonders bitten, sich von der Gemeinschaft mit Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsässer-Franzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen."

Diese Mahnung hatte Erfolg, denn bei der Schlußabstimmung, die durch Namensaufruf am 24. Mai erfolgte, wurden nur 11 konservative Stimmen gegen das Gesetz abgegeben, dieses selbst aber mit 185 gegen 165 Stimmen angenommen. Zu der Minderheit gehörten, außer den 11 Konservativen, 12 Nationalliberale, 75 vom Zentrum, der gesamte Deutschfreisinn (außer dem Abg. Thomsen) und sämtliche Sozialdemokraten, Polen, Elsässer und Welfen. Am 22. Juni fand das Gesetz die kaiserliche Unterschrift. Es trat am 1. Januar 1891 in Kraft. Seine Grundzüge können als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.*) Die Schattenseiten desselben, namentlich das so unbequeme Markensystem („Klebegesetz!") und Abrechnungsverfahren, waren durchaus nicht nach Bismarcks Sinn. Er für seine Person hätte dem Antrag der Nationalliberalen, diese Übelstände durch Errichtung einer einheitlichen Reichsanstalt zu beseitigen, gern zugestimmt; aber leider wurde dieser vom Zentrum lebhaft bekämpfte Antrag auch vom Bundesratstisch abgelehnt und hierauf durch Konservative und Zentrum gemeinsam zu Fall gebracht. Auch würde bei Annahme des Tabakmonopols die Altersrente natürlich bei weitem reichlicher haben bemessen werden können.

Aber trotz dieser von Bismarck nicht verschuldeten Mängel, ist der Segen der sozialpolitischen Gesetzgebung des Reiches, die er hervorgerufen und mit aller Kraft gefördert hat, ein großartiger und gewaltiger. Wir fassen hier nur die Ergebnisse und Zahlen

*) Eine kurze anschauliche Übersicht derselben findet sich bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 438/42.

des letzten amtlichen Berichtsjahres, 1893, ins Auge.*) Danach waren in die Krankenversicherung rund 7 100 000, in der Unfallversicherung 17 Millionen, in der Alters- und Invaliditätsversicherung 12 Millionen Personen versichert und für diese Versicherten wurden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Jahre 1893 den betreffenden Kassen hinzugeführt: in der Krankenversicherung 90 Millionen Mark (davon 60 Millionen von den Arbeitnehmern, 30 Millionen von den Arbeitgebern), in der Unfallversicherung von den Arbeitgebern allein rund 72 720 000 Mark, in der Alters- und Invaliditätsversicherung rund 90 Millionen Mark (von Arbeitgebern und -nehmern je zur Hälfte). Im ganzen wurden also für die drei Versicherungsarten im Jahre 1893 allein von Arbeitgebern und -nehmern zusammen rund 252 512 000, d. h. über eine Viertelmilliarde aufgebracht, die deutsche Produktion mit dieser ungeheuren Summe in einem einzigen Jahre zu Wohlfahrtszwecken belastet, während die meisten Kulturstaaten und Konkurrenzländer noch mit Vorstudien über die Einrichtung dieses arbeiterfreundlichen und vom „praktischen Christentum" gebotenen Versicherungsdienstes beschäftigt sind! Ebenso großartig aber sind die Leistungen der deutschen Sozialpolitik zu gunsten der Versicherten. Denn in dem einen Jahre 1893 wurden ausgezahlt in der Krankenversicherung 80 Millionen Mark, das will sagen 12 Mark auf den Kopf der Versicherten, während der Jahresbeitrag des versicherten Arbeiters nur 8,45 Mark betrug. In der Unfallversicherung wurden 1893 ausgezahlt: 38 163 700 Mark oder 2,24 Mark auf den Kopf der Versicherten, ohne jeden eigenen Beitrag der Arbeitnehmer. Außerdem waren noch 6 055 590 Mark oder 0,36 Mark auf den Kopf der Versicherten an Verwaltungskosten erforderlich. Der Reservefonds wuchs um 12 314 617 Mark an, oder um 0,72 Mark auf den Kopf der Versicherten. Die Kopfzahl aller Entschädigten betrug in diesem einen Jahre 277 630. — In der Invaliditäts- und Altersversicherung endlich betrugen die im Jahre 1893 ge-

*) Sehr viel eingehendere Nachweise a. a. O. S. 424/29, 442/3.

währten Renten 16241902 Mark oder 1,35 auf den Kopf der Versicherten. Dazu kam der Reichszuschuß von 50 Mark für jede zu zahlende Rente (§ 26 des Gesetzes), d. h. mit abermals rund 12 Millionen Mark oder 1 Mark auf den Kopf der Versicherten, Endlich wuchsen noch dem Reservefond 6371535 Mark zu. Die Belastung des Arbeiters beträgt in allen drei Versicherungsarten 12,22 Mark pro Kopf, dagegen erhält jeder Versicherte pro Kopf ausgezahlt 21,33 Mark, d. h. 57% mehr als er einzahlt!

Während die sozialdemokratische Verhetzung diese gewaltigen Leistungen mit dem Schmähwort „Bettelpfennige" verächtlich zu machen bestrebt ist, blickt die gesamte Kulturwelt schon seit dem Gelingen der ersten deutschen sozialpolitischen Gesetze mit unverhohlener Bewunderung auf diese großen Errungenschaften kühnen Wagens. Im Jahre 1889 bereits sprach der italienische Professor und Senator Luzzati, der spätere Finanzminister Italiens, auf einem internationalen Kongreß der Volkswirte in Paris über die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands folgendes Urteil: „Es ist ein riesenhaftes Werk, geschmiedet mit dem Hammer eines sozialen Cyklopen!" Zu Ausgang desselben Jahres schrieb ein Schweizer und Republikaner, der Professor der Nationalökonomie an der Berner Hochschule, v. Zerleder, in einer wissenschaftlichen Berner Zeitschrift über dieselbe Gesetzgebung: sie sei ein leuchtendes und unerreichtes Vorbild für alle Kulturstaaten, einzig dastehend in der Geschichte der Menschheit und besonderen Lobes wert wegen des weiten Spielraums, den das Selbstbestimmungsrecht und die thätige Mitwirkung der Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung dabei finde, doppelt rühmlich, da diese Gesetze ausgegangen seien von einem monarchischen Staat und Volke. Am 27. Juni 1891 verglich der berühmte französische Nationalökonom Leroy-Beaulieu — dessen Votum zu Gunsten des deutschen Tabakmonopols wir den Fürsten Bismarck 1882 zitieren hörten — im „Journal des Débats" den französischen Entwurf einer staatlichen Arbeiterpensionskasse mit der deutschen Arbeiter-Altersversicherung und gelangte zu dem Ergebnis: das deutsche Gesetz bewege sich zwar in bescheideneren, dafür aber

auch ausführbaren Zahlen und Verhältnissen und beurteile die sozialpolitische Leistungsfähigkeit der modernen Wirtschaft richtiger als der französische Gesetzentwurf, welcher den Staat in eine fast unberechenbare jährliche Ausgabe von 600 bis 1000 Millionen stürzen würde. Diese Urteile unbefangener ausländischer Sachkenner zeigen deutlich, welches ungeheure Werk Bismarck in der deutschen Sozialpolitik vollbracht hat — ein Werk, das vielleicht für Jahrhunderte allen Kulturstaaten die Marksteine setzt!

Drittes Kapitel.

Ausbau des Reiches durch Bismarck: Kämpfe um die Reichsverfassung. Polenpolitik (1880/88).

In den vorigen Kapiteln ist dargelegt, welche Schwierigkeiten die mißvergnügten Parteien des Reichstags und preußischen Landtags der großen nationalen Politik Bismarcks auf wirtschaftlichem, kirchlichem und sozialpolitischem Gebiete bereiteten, wie er aber dennoch diese Politik siegreich durchführte. Wir ergänzen jetzt die Darstellung derselben Zeitspanne durch den Bericht über die Kämpfe, welche die Gegner des Reichskanzlers diesem auf dem Boden des deutschen Verfassungsrechtes und in damit sich berührenden inneren politischen Fragen des Reiches und Preußens bereiteten. Auch hier ist Bismarcks Thatkraft und Beharrlichkeit um so bewunderungswürdiger, als er nicht selten im Parlament einer großen gegnerischen Mehrheit gegenübersteht und seine physische Kraft durch häufige schwere Krankheit beeinträchtigt ist.

Die seit 1880 hervorgetretene ablehnende Haltung des Zentrums, bei irgend einer nationalen Aufgabe fördernd mitzuwirken, und die Ermutigung, welche dadurch die Umtriebe der Fortschritts- und Freihandelspartei erfuhren, veranlaßten Bismarck, etwa am 26. Oktober 1880 eine Denkschrift an den Kaiser zu richten, der wir folgende Sätze entnehmen:*) „Entmutigend wirkt auf mich die

*) H. Kohl, Bismarck-Jahrbuch, I S. 132/34.

Wahrnehmung, daß es meinen fortschrittlichen und freihändlerischen Gegnern gelungen ist, durch unwahre Darstellungen an mehr als einem deutschen Hofe Anklang für ihre Bestrebungen gegen die Politik zu finden, die ich nach Ew. Majestät Intentionen so führe, wie ich sie verstehe und bisher mit günstigem Erfolge geführt habe. Ich hatte im vorigen Jahre noch geglaubt, daß ich in Bezug auf die Richtigkeit dieser meiner Politik wenigstens des Vertrauens der deutschen Regierungen sicher wäre; ich habe mich aber überzeugen müssen, daß ich im Irrtum war, und daß selbst bei den ansehnlichsten und am meisten bei den Wechseln europäischer Entwickelung interessierten Dynastien sehr geringe Anlässe hinreichen, um der Bewegungspartei gegen mein Streben nach Erhaltung und Konsolidierung beizustehen, mir aber, anstatt mir zu helfen, durch Kritik die Arbeit zu erschweren, und damit wenigstens soviel zu erreichen, daß eine Arbeitslast, der ich überhaupt nicht mehr gewachsen bin, noch gesteigert wird. Wenn die Zahl meiner persönlichen und politischen Gegner sich mit der Länge der Zeit, während welcher ich nun schon anderen Bewerbern im Wege stehe, notwendig vermehrt, so thut es mir um so mehr leid, daß in demselben Maße meine Widerstandskräfte mit Jahren und Krankheiten abnehmen. Ich kann mich der Besorgnis nicht erwehren, daß die deutschen Errungenschaften, die unter Ew. Majestät Führung durch die Tapferkeit der Armee erreicht worden sind, durch den Parteikampf in Parlament und Presse unter Konnivenz dynastischer und höfischer Einflüsse schwer geschädigt werden können, namentlich wenn ansteckende Krisen in den großen Nachbarländern ausbrechen sollten. Die Besorgnis vor dieser rückläufigen Entwickelung wirkt lähmend auf meine Kräfte.“ Trotzdem wolle Bismarck, seinem dem Kaiser 1878 gegebenen Versprechen gemäß, diesem weiter dienen, und gegen den das Maß seiner Kräfte übersteigenden „Widerstand von allen Seiten in dem Stellvertretungsgesetze die Möglichkeit suchen, die Arbeit sowohl wie die Verantwortlichkeit für das Ergebnis anderen Kräften zu überlassen.“ Spezielle Anträge werde er an Seine Majestät in dieser Beziehung aber erst später richten können.

Als Anträge solcher Art, welche also bezweckten, Bismarck von den inneren Reibungen zu entlasten, dürfen wir ansehen die bereits früher erwähnte Errichtung eines Reichsamtes für Handel und Gewerbe, die am 13. November 1880 vollzogen wurde; ebenso die am 11. März 1880 erfolgte Ernennung des bisherigen Kultusministers v. Puttkamer zum Minister des Innern, da dieser in dem neuen Wirkungskreise mit besonderer Schneidigkeit gegen die Opposition aufzutreten entschlossen war. Freilich sollte dessen zu große Schneidigkeit gegen „das innere Düppel“ dem Reichskanzler auch neue Kämpfe und selbst Verlegenheiten bereiten, während Puttkamers kräftige Handhabung des Sozialistengesetzes und dessen sorgsame Überwachung der sozialdemokratischen Umtriebe Deutscher im Auslande Bismarcks und aller Vaterlandsfreunde warmes Lob verdiente.

Bereits lange vor den unliebsamen Erfahrungen, welche Bismarcks Denkschrift an den Kaiser vom Oktober 1880 nötig machten, schon am 12. Februar 1880, hatte der Reichskanzler dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der unter Abänderung der Art. 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung vierjährige Wahlperioden des Reichstags und zweijährige Budgetperioden einführen und die Berufung des Bundesrats und Reichstags „mindestens alle zwei Jahre“, statt mindestens einmal im Jahr stattfinden lassen wollte. Begründet war dieser Gesetzentwurf durch die übeln Erfahrungen, welche seit 1867 mit dem gleichzeitigen Tagen der gesamtdeutschen und der einzelstaatlichen Volksvertretungen gemacht worden seien. Sowie der Reichstag das Budget des Reiches gleich für zwei Jahre berate und beschließe, und demgemäß auch nur alle zwei Jahre berufen zu werden brauche, so lasse sich derselbe Grundsatz auch in den Einzelstaaten durchführen, und damit gewinne man für die Thätigkeit der Einzellandtage jeweilig das ganze Jahr, in welchem der Reichstag nicht beschäftigt sei. Der Gesetzentwurf wurde 1880 im Reichstag nach der ersten Lesung einer Kommission überwiesen und in dieser unfeierlich begraben, indem sie am 28. März alles ablehnte und nur beschloß, der Reichstag solle alljährlich im Oktober berufen werden. Zu einer Beratung im Plenum kam es 1880 nicht mehr.

Am 15. Februar 1881 legte Fürst Bismarck daher den unerledigten Gesetzentwurf noch einmal vor. Der vorjährige Kommissionsbericht kam am 5. Mai im Reichstag zur Verhandlung. Marquardsen war Berichterstatter. Von den Rednern der Konservativen und des Zentrums trat nicht Einer für die Vorschläge der Regierung ein. Bennigsen aber sprach für die Anträge der Kommission und schloß die Rede mit den Worten: „Wir werden solche Vorlagen ablehnen, von denen wir überzeugt sind, daß sie die berechtigte Stellung des Reichstags schwächen, daß mit der Schwächung der berechtigten Stellung des Reichstags der Einheitsgedanke dieses neuen Reiches nicht mehr zum vollen Ausdruck kommen kann, wie es da sein muß, wo neben dem Kaiser und dem Kanzler der Reichstag das hauptsächlichste Organ zur Vertretung des Einheitsgedankens der Nation ist." Darauf ergriff Bismarck das Wort. Wir kennen die mächtigen sozialpolitischen und nationalen Gedanken, die ihn damals bewegten, und als deren von den Hörern nur unvollkommen verstandene Ankündigung erscheinen uns die ersten Worte dieser Rede, in denen er den „Vorwurf" annahm, daß die Vorlage „zum Teil auf die zukünftigen Wahlen und die Wähler berechnet" wäre: „Die verbündeten Regierungen haben m. E. gar nicht das Recht, die Wähler und die Nation darüber im Dunkeln zu lassen, was sie beabsichtigen. .. Ich will die Öffentlichkeit und das Tribünenrecht, was mir meine Stellung hier dazu gibt, jeden Tag dazu benutzen, die Nation darüber aufzuklären, wo jeder von uns hin will. .. Für mich hat der Beistand, den ich von den Fraktionen erfahren habe, sehr häufig doch die Natur eines Kampfes, einer Verkürzung des Erreichbaren angenommen, dem gegenüber ich meine besten Kräfte habe aufreiben müssen (Unruhe links). Ich mache den Fraktionen den Vorwurf, daß ihre Kämpfe untereinander hauptsächlich daran schuld sind, daß das Reich nicht besser vorwärts kommt, daß man zweifelhaft wird an dem, was man errungen hat, daß eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt. Das Volk ist es müde, sich mit hoher Politik und mit Fraktionspolitik zu befassen (Bravo! rechts. Oho! links). Es will seine praktischen

Interessen wahrgenommen sehen." Diesem Bedürfnis komme die Vorlage entgegen. Denn sie bereite das Ideal vor: „Die Gesetzgebung des Reichs muß ein Verbot bringen, daß Reichstag und Landtag gleichzeitig tagen; ein Jahr sollen die Landtage, ein Jahr soll der Reichstag haben für seine Geschäfte." Auch das jetzige „System der Hast", über das der Vorredner Bennigsen mit Recht geklagt habe, falle dann weg. „Wir werden beiderseits Zeit haben, wenn der Reichstag oder Landtag in dem Jahre, wo er sich versammelt, sich von Haus aus der Hoffnung hingeben kann, daß es kein Unglück ist, wenn er seine Sitzungen auf drei oder fünf Monate ausdehnt, und die Arbeitszeit der Minister in der Zwischenzeit so bemessen ist, daß sie wirklich die Vorlagen rechtzeitig fertig stellen können." Die jetzige Überbürdung des Bundesrates führe dazu, daß dessen Mitglieder, die zugleich bundesstaatliche Minister sind, „welche eben noch im Gefechte mit ihren Landtagen waren," gar nicht nach Berlin zu den Bundesratssitzungen kommen. Dadurch werde der Bundesrat „dem alten Frankfurter Bundestag mehr und mehr ähnlich". Nicht minder aber habe der Reichstag auch ein lebhaftes Interesse daran und „das Reich ein Recht darauf, daß mehr als die Hälfte der im Land gewählten Abgeordneten" — die jetzt zur Beschlußfähigkeit ausreiche — „bei einem solchen Beschlusse anwesend sei, der auf die Geschicke der Nation einen wesentlichen, dauernden und schwer wieder zu beseitigenden Einfluß übt. Die Hälfte des Reichstags ist nicht mehr der Reichstag." Die früher so lebendige Teilnahme am Reichstag und im Reichstag sei erheblich zurückgegangen. „Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich dem Wahne nicht hingibt, als ob ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohlthaten, deren sich jetzt die deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren könnte (Sehr richtig!)."

Das Interesse an der parlamentarischen Thätigkeit sei durch deren Übermaß übersättigt und deshalb lauer geworden. „Man sieht sich jetzt um und fragt: was erfordert unser praktisches Inter-

esse?“ Das erfordere aber hauptsächlich, daß die Abgeordneten, welche durch das Vertrauen ihrer Mitbürger in den Reichstag oder Landtag gewählt werden, „nicht genötigt sind, in jedem Jahre an zwei Parlamenten teil zu nehmen.“ Denn dadurch mache man es ihnen „ja beinahe unmöglich, daß sie an den parlamentarischen Sitzungen auf die Dauer teilnehmen.“ Mindestens entziehe man dadurch den Parlamenten diejenigen Elemente, deren Mitgliedschaft von besonderer Wichtigkeit sei, die Abgeordneten, die Fühlung mit dem praktischen Leben und in diesem noch selbst etwas zu thun haben, nicht bloß im Parlament. Vielmehr würden durch das bisherige System, „gewerbsmäßige Volksvertreter“ gezüchtet, und „man wird mit der Zeit dahin kommen, daß die Volksvertretung nur eine neue Gattung der Bureaukratie“ werden wird, daß wir, wie wir erbliche Beamtenfamilien haben, so auch erbliche Parlamentarierfamilien haben werden, die von Hause aus ihr Studium darauf richten, und die, wie der volkstümliche Mund sich ausdrückt, sagen: ‚Ich will Abgeordneter lernen‘ (Heiterkeit).“

Die Rede schloß mit einer warmen Ansprache an Bennigsen: „Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, der mir unter seinen Fraktionsgenossen der Mitkämpfer gewesen ist, dem ich wirklichen Beistand verdanke, und dem das Deutsche Reich für seine Herstellung, für seine Befestigung so viel schuldig ist, für seine Politik von langen Jahren her, an ihn möchte ich persönlich doch die Bitte richten, sich durch Bestrebungen und Einflüsse, die ich nicht für sachliche halten kann, nicht der Reichspolitik, wie sie jetzt getrieben wird, weil ich, so lange ich die Leitung in den Händen habe, keine andere gegen meine Überzeugung treiben kann — und sich nicht der Reichsregierung in dem Maße zu entfremden, wie ich befürchten muß, wenn ich die Richtung und Tonart seiner Rede höre. Es wäre das meines Erachtens ein großer Verlust für unsere parlamentarische Entwickelung auf der Basis der Verständigung zwischen Parlament und Reichsregierung nach allen Seiten hin, und mir persönlich sehr schmerzlich, nicht bloß wegen meiner persönlichen Gefühle für den Herrn Vorredner, sondern auch wegen der Pläne, die ich an die

Möglichkeit geknüpft hatte, daß zwischen den Herrn, die der Führung des Herrn Vorredners folgen, und denen, die sich rechts an ihn anschließen, eine Verschmelzung eher möglich sein würde, als zwischen denen, die sich links an ihn anschließen, und deren äußerster linker Flügel überhaupt im Ende gar nicht abzusehen ist (Große Heiterkeit). Deshalb möchte ich dem Herrn Vorredner noch zurufen, was in dem bekannten Lied von Bürger ihm in Erinnerung sein wird, das auf hannoverschem Grund und Boden entstand, und worum ich ihn mit der vollen Herzlichkeit bitte: ‚Laß nicht vom Linken dich umgarnen!‘ (Heiterkeit; Beifall rechts)."

Für das Kartell der Nationalliberalen und Konservativen, das Bismarck schon 1881 mit weitschauendem Blicke als einen Segen für das Vaterland und als Gegenstand seiner „Pläne" bezeichnete, war damals freilich kein Boden, da die Konservativen sich lieber mit dem Zentrum zu allerlei reaktionären Versuchen verbündeten. Jenes Kartell allein aber hätte diese Vorlage allenfalls retten können, namentlich die einem großen Teile des Volkes höchst sympathische Verlängerung der Wahl- und Gesetzgebungsperioden auf vier Jahre. Unter den drohenden Anzeichen des konservativ-klerikalen Kartells dagegen wurde die Vorlage in der Schlußabstimmung vom 16. Mai mit großer Mehrheit abgelehnt.

Schon in den ersten Sitzungen dieser Tagung des Reichstags waren andere wichtige Verfassungsfragen zur Verhandlung gekommen. So hatte in der Sitzung vom 3. März 1881 der fortschrittliche Abg. Dr. Mendel Beschwerde geführt über die von den Behörden, namentlich in Preußen, geübte Beeinflussung der Reichstagswähler. Bismarck gab darauf zunächst die bedeutsame Erklärung ab: „Soviel an der Reichsregierung und namentlich an mir als Kanzler liegt, bin ich den Einwirkungen von Beamten stets entgegen getreten, nicht immer mit Erfolg. Ich teile die Meinung des Herrn Vorredners, daß es der Würde der Beamten nicht entspricht, sich in die Wahlkämpfe zu mischen, namentlich in öffentlichen Reden. Aber ich möchte das noch erweitern; ich glaube, daß es auch der Würde der Richter nicht entspricht, sich unmittelbar an den Wahl-

agitationen zu beteiligen. .. Ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß ich nach keiner Seite hin eine gesetzwidrige Beeinflussung dulden werde, soweit ich eine solche hindern kann. Mir ist es daher sehr erwünscht, wenn die Frage der Stellung der Beamten zu den Wahlen weiter urgiert wird, und ich würde das als einen Segen für unsere Richtergewalt und für das Ansehen unserer Richter betrachten, wenn es möglich wäre, zu erreichen, daß sie (wie in dem freien Amerika) von dem Treiben der Parteien gesetzlich ausgeschlossen würden (Beifall rechts)." Im weiteren Verlaufe der Diskussion erwiderte Bismarck dem Abg. Hänel, daß er persönlich für die etwaigen Verstöße gegen die Wahlfreiheit in Preußen gar keine Verantwortung trage und darauf auch keinen Einfluß besitze. „Ich bitte den Herrn Vorredner zu glauben, daß ich nach dieser Richtung hin nicht so mächtig bin, wie er mich schildert, aber viel tugendhafter (Heiterkeit). Ich habe mich nie in dergleichen Sachen gemischt, ich habe nie Andeutungen gegeben, die Wahlen zu beeinflussen. Ich kann nicht sagen, daß ich die Neigung dazu nicht hätte, aber ich unterlasse es aus Vorsicht, und Vorsicht ist eben die Mutter der Weisheit."

Diese bedeutsamen Aussprüche Bismarcks für die Wahlfreiheit werden wir bald bei anderer Gelegenheit noch einmal aus seinem Munde bestätigt finden. In den Berichten der Presse jener Tage werden sie aber weit kürzer behandelt als das Rededuell, das der Kanzler an jenem Tage mit den Abg. Lasker und Baumbach zu bestehen hatte, obwohl er selbst diese Episode nachdrücklich als eine „Kleinigkeit" bezeichnete, und seine beiden sezessionistischen Gegner ihr Schweigen auch besser als „Mutter der Weisheit" gepriesen haben würden. Denn Bismarck bewies den beiden Herren, nachdem einer ihrer Gesinnungsverwandten sich so laut über preußische Wahlbeeinflussungen beschwert hatte, daß der meiningensche Regierungsvertreter im Wahlkreise Sonneberg-Saalfeld, der Landrat und Abg. Baumbach, seinen „alten Freund" Lasker in seiner Dienstwohnung als Gast aufgenommen und in einem Mietwagen zu einer Wahlversammlung begleitet, „als Schatten oder Geist" mit der ganzen

Autorität seines Amtes „über dem Wahlkandidaten Lasker geschwebt“ habe, obwohl Lasker — noch ehe Bismarck Namen und Schauplatz genannt — sich zornig zum Worte gemeldet und das als „reine Unwahrheit“ erklärt hatte. Baumbach mußte es jedoch selbst einräumen. Ebenso, daß Bismarck weder von der Regierung noch von dem Herzog von Meiningen auf amtliche Vorstellungen über diese kleinstaatliche Wahlbeeinflussung irgend eine Genugthuung erhalten habe. Als Lasker nun vollends das Ungeschick beging, den Kanzler zu fragen, warum er denn drei Jahre lang (seit Laskers Wahl im Sommer 1878) über diesen Fall geschwiegen habe, antwortete Bismarck unter großer Heiterkeit: „Ja, das ist doch ein Beweis für meine diplomatische Diskretion.“ Und auf Laskers Bemerkung, Bismarck irre sich, wenn er glaube, daß diese Kleinigkeiten Aufsehen machen und mit Interesse gelesen würden, erwiderte der Kanzler, unter noch größerer Heiterkeit: „Es sind ja andere, viel flagrantere Fälle (von Wahlbeeinflussung) vorgekommen, die weniger Aufsehen gemacht haben. Aber warum denn? Es handelte sich damals nicht um Herrn Lasker. Ein Fall, der Herrn Lasker betrifft, wird sicher Aufsehen machen.“ Der Kanzler behielt recht; dieser Fall fortschrittlich-amtlicher Wahlbeeinflussung machte ungeheures Aufsehen, und Bismarcks Gegner verließen den Tummelplatz ihrer Angriffe keineswegs als Sieger. Der arme zweite meiningensche Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld-Camburg aber ist durch den Landrat Baumbach, heutigen Oberbürgermeister von Danzig, fortschrittlich so verseucht worden — wie der Verfasser aus genauester eigener Kenntnis berichten kann — daß dieser Wahlkreis unter gewöhnlichen Verhältnissen für Jahre hinaus der Nachfrucht des Freisinns, der Sozialdemokratie, rettungslos verfallen sein wird.

Schon am nächsten Tage nach dieser Debatte über die Wahlfreiheit, am 4. März 1881, bemängelte ein anderer fortschrittlicher Redner, der Abg. Schlutow, der schon 1879 dem Reichskanzler unfreiwillig die Gelegenheit geboten hatte, den undeutschen Holzhandel der deutschen Ostseestädte zu beleuchten, die Rücksichtslosigkeit der Regierung, von neuem den Gesetzentwurf über die Küstenfrachtschiff-

fahrt vorzulegen, der diesmal vom Reichstag auch angenommen wurde (s. o. S. 20). Der Abg. Schlutow sah darin eine Geringschätzung des Reichstags und der Sachverständigen, deren Urteil für die Beschlüsse der Volksvertretung maßgebend gewesen sei. Bismarck erwiderte ihm: „Es heißt die Gleichberechtigung der beiden gesetzgebenden Faktoren des Reiches in Zweifel ziehen, wenn man sagt, daß eine vom Reichstag abgelehnte Sache, wenn sich die verbündeten Regierungen von der Unrichtigkeit ihrer Auffassung nicht überzeugen können, nicht wieder in derselben Form vorgelegt werden dürfe... Ja, m. H., da regiert der Reichstag allein... Die verbündeten Regierungen bleiben, der Reichstag wechselt, und die Regierungen haben es nicht bloß mit dem Reichstag, sondern mit der Nation zu thun... Die Regierungen sind vollständig berechtigt, es nicht bloß auf eine Reichstagssession, nicht bloß auf eine Wahlperiode einzurichten, sondern sie sind verpflichtet, sich auf ein Menschenleben einzurichten und zu berechnen und auch Gedanken anzuregen, welche sich vielleicht erst mühsam Bahn brechen, wenn sie zu wiederholten Malen diskutiert und dadurch zu besserem Verständnis gebracht worden sind."

Hatte die Fortschrittspresse schon darüber heftig gelärmt, daß Bismarck am 3. März gewagt hatte, die Wahlbeeinflussung eines fortschrittlich-sezessionistischen Landrats ans Licht zu ziehen, so erhob sie noch gröbere Schmähungen, als der Reichskanzler am 4. März im Reichstag sich sogar unterfing, das Allerheiligste des Deutschfreisinns, die „gesinnungstüchtige" Berliner Stadtverwaltung, zu überführen, daß dieselbe in der Mietsteuer eine geradezu vorsintflutliche, vor Ungerechtigkeit zum Himmel schreiende, kinderreiche arme Familien am schwersten bedrückende Steuer erhebe. Aus unrühmlichem eigennützigem Geiz sollte Bismarck der braven Berliner Stadtverwaltung diese Vorwürfe gemacht und sich seines eigenen Beitrages zur Berliner Mietsteuer geweigert haben. Die Wahrheit und das Recht waren aber auch diesmal ganz auf Seiten Bismarcks. Denn zunächst hielt der Reichskanzler seine den Deutschfreisinn und dessen Gesinnungsgenossen in der Berliner Stadtverwaltung so sehr

empörende Rede vom 4. März nicht etwa aus dem Stegreif, sondern zur Begründung eines Gesetzentwurfes, welcher die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten von Reichswegen regeln wollte, um diese Beamten durch Aufstellung fester Normen der Willkür der Berliner Stadtverwaltung bei Abschätzung derartiger Dienstwohnungen und bei Veranlagung der Mietsteuer zu entziehen. Dieser Gesetzentwurf war durch die Berliner Erfahrungen außerdem reichlich begründet. Die Mietsteuer sollte hinfort nicht höher als mit 10 % des Diensteinkommens dieser Beamten bemessen werden dürfen. Ebensowenig aber war in Bismarcks Rede zur Begründung dieser Vorlage irgend etwas von persönlichem Eigennutz zu spüren — vielmehr erklärte er sich bereit, sogar 20 % seines Diensteinkommens zur Mietsteuererhebung den Vätern der Stadt Berlin preiszugeben. Dagegen bezeichnete er es als unerträglich, daß ärmere Leute, namentlich wenn sie Kinder haben, ein Viertel, ja selbst ein Drittel ihres Einkommens oder Gehaltes von der städtischen Mietsteuer betroffen sähen! „Meines Erachtens muß jeder politische Minister dahin wirken, daß die Mietsteuer überhaupt ganz abgeschafft werde. Sie ist eine der unvollkommensten, drückendsten, nach unten hin wachsende, sogenannte degressive Steuer, eine der unbilligsten, die überhaupt gefunden werden kann.“ Und aus ihr ziehe Berlin 48 %, d. h. fast die Hälfte seiner Steuerbedürfnisse, obwohl der Berliner Magistrat in einem von Bismarck verlesenen Schreiben dieselbe eine „mit dem Einkommen in gar keiner Beziehung stehende“ nenne. „In dieser Steuer liegen ganz andere Härten als in den Belastungen des armen Mannes durch die Korn- und Petroleumzölle (Sehr richtig! rechts). Die Stadt Berlin erhebt an Mietsteuer — nach den Daten von 1876 — bei noch nicht ganz einer Million Einwohner, beinahe 10 Millionen Mark, man kann also sagen etwas über 10 Mark auf den Kopf. Denken Sie sich diese Steuer im ganzen Deutschen Reiche ausgebreitet, so haben Sie eine Besteuerung von 450 Millionen Mark direkter Steuern. In diesem Maßstabe besteuert also die Stadt Berlin ihre Eingesessenen, namentlich die ärmeren schärfer als die wohlhabenden.“ Um so bedauerlicher sei, daß der Reichs-

tag die indirekten Steuern abgelehnt habe, durch welche Bismarck so ungerechte städtische Steuern habe beseitigen wollen, an deren Beseitigung die Stadt Berlin ihrerseits, trotz aller Anregungen, nicht denke.

Obwohl er als Minister „die Klinke der Gesetzgebung in der Hand habe,“ so habe er sich doch als Gutsherr von Varzin den Maßregelungen des dortigen Kreisausschusses, der „sich unter der Leitung ganz fester politischer Gegner von mir von der äußersten Rechten befand,“ nur dadurch entziehen können, daß er sich „aus dem Kreise Schlawe ausscheiden und in den duldsameren Rummelsburger Kreis“ überführen ließ (Heiterkeit). „Wie soll in so großen, mächtigen Verhältnissen, in einer an der Politik so anteilnehmenden Stadt wie Berlin nicht Ähnliches der Fall sein?“ In dem alten Reichstagspalais habe Bismarck, obwohl er „nie in seinem Leben seit seiner Studentenzeit so beschränkt gewohnt habe wie in diesem alten Hause,“ einen fingierten Mietwert von 9000 Mark versteuern müssen. Der Mietwert der neuen Kanzlerwohnung im Palais Radziwill sei aber gar auf 15000 Mark hinaufgeschraubt worden, und als Bismarck dagegen reklamierte und die jetzige Gesetzesvorlage einbrachte — offenbar zur Strafe für seine Dreistigkeit — „sofort auf 23000 Mark in die Höhe geschnellt (Heiterkeit).“ Wenn er nun die Namen lese, die unter all den Verfügungen stehen, die er „darüber bekommen habe, die Namen ‚Runge, Hagen‘,*) so kann ich mich nicht erwehren, ich fühle mich fortschrittlich angeweht (große Heiterkeit) . . . Die Tendenz dieses Gesetzes ist nur, solchen Bedenken, die in einem politisch nicht sehr mißtrauischen Menschen, wie ich bin, vielleicht auftauchen können, die Spitze abzubrechen. Setzen Sie uns (Reichsbeamten) mit den Stadtverwaltungen auseinander, indem Sie (für) uns einen festen Satz einführen, meinetwegen 20 Prozent, wir wollen nur nicht der Willkür unterliegen (Oho! — Unruhe); wir wollen nicht entfernt zu dem Verdacht gegen einen Mitbürger Anlaß haben, daß er sich durch Parteirücksichten

*) Das waren die damaligen Berliner Stadtkämmerer, zugleich aber auch, als eifrige Mitglieder der Fortschrittspartei in den Jahren 1861 flg., die sog. „Konfliktsväter“.



leiten lasse (Oho! — Unruhe). Auch der finanzielle Betrag kann ja für eine so ungeheuer reiche Stadt wie Berlin nicht in Betracht kommen gegenüber den Beamten mit 600 Mark Gehalt (Unruhe. Ruf: Schamlos!) M. H.! Das Wort ‚schamlos‘ ist ein ganz unverschämter Ausdruck, den ich hiermit zurückweise (große Unruhe).“

Präsident Goßler, der eben von einem Schriftführer um etwas gefragt wurde, hatte den Ausdruck „schamlos“ überhört. Er fragte nun amtlich, ob dieser Ausdruck gefallen sei? Bejahende Rufe antworteten. Der Thäter fand sich aber nicht bemüssigt, sich zu melden. Da rief Bismarck: „Er (der Ausdruck) ist gefallen, ich habe ihn gehört, dort (links) ein Herr, der selbst keine Scham kennt, hat ihn gebraucht (Unruhe).“ Präsident v. Goßler erklärte: „Ich bedauere aufs tiefste, daß ich den Ausdruck nicht gehört habe, ich würde unter allen Umständen mit der allergrößten Schärfe eingeschritten sein.“ Noch immer hielt es der unbekannte Schreier für angemessen, sich nicht zu nennen. Da rief Bismarck: „Der Herr wird sich gewiß melden — die Herren, die neben ihm sitzen, werden es ja wissen. Der Herr wird doch den Mut haben, sich zu nennen?“ Nun erhob sich endlich der Abg. Struve mit den Worten: „Ja wohl! Ich bin es gewesen, Struve!“ Unverzüglich erteilte ihm Präsident Goßler, unter lebhaftem Beifall, den Ordnungsruf. Bismarck aber erklärte: „Nun, ich bin nicht überrascht, von Herrn Struve da wundert es mich nicht.“ Zur Sache bemerkte er dann nur noch: „Ich und mit mir wahrscheinlich die meisten Reichsbeamten gehören zu der Klasse von Leuten, die weniger auf hohes Gehalt als auf gute Behandlung sehen, und wenn wir dafür eine Garantie bekommen könnten, wenn wir gegen eine ungleiche Behandlung eine Deckung durch die Reichsgesetzgebung bekommen könnten, würden wir sehr dankbar sein.“

Nach dem Schluß dieser Rede aber erhob sich der Abg. Struve zu folgender Bemerkung „zur Geschäftsordnung“: Nachdem der Präsident gegen ihn wegen des Rufes „schamlos“ den Ordnungsruf verhängt habe, frage er an, „welchen Schritt er gegenüber dem Reichskanzler thun wird, der hier gesagt hat, der Ausdruck ist von

einem Abgeordneten gefallen, welcher selbst keine Scham hat?" Noch ehe Präsident Goßler antworten konnte, erklärte Fürst Bismarck: „Ich habe zu meiner Rechtfertigung zu bemerken, daß ich diese Äußerung gethan habe, bevor der Herr Abgeordnete die Güte gehabt, sich zu nennen (Heiterkeit rechts). Nachdem er sich genannt hat, nehme ich den Ausdruck zurück. — Der Herr Abgeordnete kennt gewiß Scham (Heiterkeit)."

Nicht viel mehr Glück als dieser Abgeordnete mit seinem Angriff hatte der Oberbürgermeister von Berlin, der Abg. Forckenbeck, mit seiner Verteidigung der Berliner Stadtverwaltung. Denn nachdem er des Reichskanzlers Behauptung, „daß ein politischer Einfluß (bei der Besteuerung) stattfände", mit „der Mannigfaltigkeit der Instanzen" widerlegt zu haben meinte, erwiderte Bismarck unter lebhafter Heiterkeit der Mehrheit und unter murrendem Widerspruch der Fortschrittspartei: „Ja, ich glaube, es ist eine weltbekannte Thatsache, daß in Berlin der Fortschritt regiert, ein fortschrittlicher Ring die Stadt beherrscht, der gar nicht zu durchbrechen ist. Alle Instanzen gehören in ihrer Mehrheit der gleichen Fortschrittspartei an, einer Partei, die bei allen ihren ausgezeichneten Eigenschaften ich doch für eine der lebhaftesten in ihrer politischen Thätigkeit halte, die wir überhaupt haben, und die gerade mit am meisten geneigt ist, die politischen Empfindlichkeiten auf das Privatleben zu übertragen. Ich will nicht sagen, daß die Fähigkeit, sich zu beherrschen, geringer wäre (Heiterkeit), aber die Lebhaftigkeit der Empfindung, die Überzeugungstreue ist vielleicht stärker als bei anderen. Deshalb bricht sie auch in der Berliner Stadtverwaltung durch zum Schaden derer, die ihr nicht angehören."

Am Ende der Sitzung vom 4. März wurde der Entwurf an eine Kommission verwiesen, die diesen grundsätzlich genehmigte und nur die Mietsteuer von Dienstwohnungen der Reichsbeamten von 10 auf 15 Prozent erhöhte, wie Bismarck ja schon am 4. März anheimgegeben hatte. Am 29. April 1881 trat der Reichstag in die zweite Lesung ein, und Eugen Richter bekämpfte in mehrstündiger, häufig vom Gegenstande abweichender und daher häufig vom

Rufe „zur Sache!“ und vom Präsidenten unterbrochener Rede, den Bericht der Kommission und die Vorlage, die er den Anfang eines diktatorischen Regiments nannte, bei welchem der Reichskanzler nicht mehr durch sachliche, sondern nur noch durch persönliche Motive geleitet werde. Darauf erhob sich Fürst Bismarck, um zunächst nochmals die Grundlage des Gesetzentwurfes als die allein richtige zu bezeichnen: „Daß das Gehalt die Grundlage der Besteuerung der Miete ist und nicht der unberechenbare, unermeßliche, jeder Schätzung sich entziehende, der willkürlichen Schätzung unterworfene Wert einer Dienstwohnung. Ich kann wohl darauf verzichten, der Rede des Abg. Richter in allen ihren Teilen zu folgen. Es wird mir ja recht oft das Vergnügen zu teil, eine Probe seiner Beredsamkeit mit anzuhören, und da habe ich nachgerade dasselbe Gefühl wie bei einer Vorstellung der Jungfrau von Orleans, wo Einen der endlose Triumphzug im Anfang überrascht, bis man beim dritten Vorbeimarsche bemerkt: Mein Gott, das sind ja immer dieselben Leute (Heiterkeit), die nochmals über die Bühne ziehen in demselben Kostüm. So sind es auch die Gründe, die in den Reden des Herrn Abgeordneten, mit derselben Eleganz vorgetragen, stets widerkehren.“

Auch der Oberbürgermeister könne in Berlin „gegen den bestehenden Ring nicht aufkommen. Die Herrscher in den Versammlungen und die Herrscher der Stadtverordneten sind einmal diejenigen Leute, welche die herrschenden Zeitungen in Händen haben“ und dann die Redner, „die durch ihre Beredsamkeit die Versammlung beherrschen, nicht dadurch, daß sie die Stadtverordneten überzeugen, sondern kein Parteigenosse getraut sich, gegen den Redner den Mund aufzuthun, gegen „ihn“ aufzutreten ... Auch Sie werden das Gefühl haben, daß Sie manches besser wissen, wie der beste Redner unter Ihnen ... Ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, darf es also mit der Wahrheit nicht ganz mathematisch genau nehmen (Heiterkeit). Er muß anstachelnd, erregend, leicht entzündlich sein, aber ich denke mir, daß ein guter Redner sehr selten ein sicherer Staatsmann sein wird. Das gemütliche Element muß bei

ihm vorherrschen, nicht der Verstand. Ein Mann von kühler Besonnenheit und sicherer, genauer, berechnender Erwägung, dem man die Leitung großer, wichtiger Geschäfte gern anvertraut, der kann kaum je ein vollkommener Redner sein."

Dieses Gesetz, das der „vollkommene Redner" Abg. E. Richter als den „Anfang eines diktatorischen Regiments" bezeichnet hatte, wurde trotzdem vom Reichstag in zweiter und dritter Lesung (30. April und 6. Mai) angenommen und trat am 31. Mai 1881 in Wirksamkeit.

Auch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 bot der Fortschrittspartei im Reichstag am 29. November den Vorwand zu lebhaften Angriffen auf den Reichskanzler, als ob dieser nach der Diktatur strebe — nach dem „Hausmeiertum", sagte der Abg. E. Richter geschmackvoll —, als ob Bismarck dem Kaiser und König das Ohr künstlich verschließe gegen andere Parteirichtungen und -Meinungen, „indem er durch seine Organe Angriffe gegen uns in Formen schleudert, die beweisen, daß er gerade dieses und kein anderes Ziel verfolgt." Natürlich wollten diese persönlichen Angriffe nur dem fortschrittlichen Ärger über die unbequeme, aber unantastbare kaiserliche Botschaft Luft machen. Bismarck enthüllte diese Absicht in seiner Antwort sofort, indem er vor allem den von dem Abg. Hänel gerühmten „wahren Konstitutionalismus" der Fortschrittspartei und im Gegensatz dazu die Rechte des Königs und Kaisers kennzeichnete. „Die preußische Verfassung behandelt die drei Faktoren der Verfassung auf gleichem Fuß, nicht etwa die Regierung und die beiden Häuser, sondern den König und die beiden Häuser, und die Reichsverfassung gibt nicht der Reichsregierung, von der hier immer die Rede ist, sondern dem Kaiser ganz bestimmte Rechte. Die Politik, die da getrieben wird im Reiche, ist von mir als Reichskanzler zu verantworten, aber sie bleibt deshalb doch die Politik des Kaisers; ich vertrete diese Politik und der sachliche Kampf gegen dieselbe wird mich immer bereit finden, diese Vertretung zur Wahrheit zu machen und die Verantwortlichkeit für die Politik des Kaisers zu übernehmen. Ihr (der Fortschrittspartei)

Prinzip ist aber insofern nicht das monarchische, als dem, was der Herr Vorredner (Hänel) unter „wahrem Konstitutionalismus" versteht, zur ersten Grundlage das kluge Wort dient, das die englische Aristokratie nach der großen Revolution, um ihre Herrschaft zu befestigen, erfunden hat: The king can do no wrong;*) dann kann der König aber gar nichts thun, wenn er kein Unrecht thun kann" — außer seine Unterschrift zu geben, nach dem Willen des herrschenden englischen Adels, da das Volk nur dieser Unterschrift gehorcht. „Das war vom Standpunkt der herrschsüchtigen Aristokratie eine weise Einrichtung, daß sie den König obsolet werden ließ, seine Unterschrift aber zur Verfügung behielt. In England hat sich diese Tradition entwickeln können; bei uns aber ist es nicht möglich. Wir unterscheiden uns von England durch unsere Verfassung, die ganz klar die Rechte des Königs und Kaisers in Deutschland und Preußen, in Bayern und Sachsen, in Württemberg und in allen übrigen Staaten aufzählt, und daran allein habe ich mich zu halten. Danach muß ich erklären, daß ich auf dem Standpunkt durchaus nicht stehe, als ob der Kaiser im Deutschen Reich nicht zu seinem Volke sprechen dürfte, nicht zur Nation. Daß ich mich mit meiner Namensunterschrift als verantwortlich einstelle, daß ich bereit bin, die Meinung, die der Kaiser ausspricht, zu vertreten, das ändert an der Thatsache gar nichts, daß dies die berechtigte, verfassungsmäßige Äußerung des Kaisers ist."

Ohne des Kaisers ausdrückliche Zustimmung könne er, fuhr Bismarck fort, kein Wort im Reichstag sprechen, keine Vorlage einbringen; „und wenn Sie glauben, daß diese Unterschrift (des Kaisers) immer leicht zu haben ist, so sind Sie in einem großen Irrtum. Ich vertrete die Kaiserliche Politik, und ich bin bei den vielen Äußerungen, die über die Kaiserliche Botschaft gefallen sind, nicht zum Wort gekommen, deshalb bekunde ich erst hier meine Überzeugung. Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im Deutschen Reich zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht. Den Kaiser

*) Der König kann kein Unrecht thun.

Wilhelm nach zwanzig Jahren unserer Geschichte mundtot zu machen, — das ist ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf seine Verantwortung und Gefahr die große nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigene Überzeugung zu haben und, wenn er sie hat, sie auszusprechen! Wenn die andere Ansicht richtig wäre, so wäre es gleichgültig, wer regierte.“ Auch der Vorredner Hänel sage: „Der Monarch ist der feste Punkt. Nun, meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß ich Ihnen diene. Ich diene dem Kaiser, dem festen Punkt, den Sie anerkennen; das ist das Motiv, welches mich 1862 unter schwierigen Verhältnissen, unter großen Bedrohungen meiner persönlichen Sicherheit, meines Vermögens in den Dienst gezogen hat, daß ich sah, mein angestammter Herr brauchte einen Diener und fand ihn nicht; da habe ich gesagt: Hier bin ich (Beifall rechts)..... Das ist auch heute noch die Grundlage meiner Politik. Diese Gesinnung — ich hoffe nicht, daß sie mit mir ausstirbt, aber so lange ich lebe, wird es einen Royalisten und einen sicheren Diener des Kaisers geben (Beifall rechts).

„Der Herr Vorredner (Hänel) sagt, ich hätte dem Volk das Ohr des Kaisers verschlossen. Glauben Sie doch nicht, daß der Kaiser ein Mann ist, der sich die Ohren zuhalten läßt von einem anderen; der Kaiser kennt vollkommen die Lage wie die Gefahren, die ihm von der extremen Entwickelung des Liberalismus drohen; er hat mit zu offenen Augen die 85 Jahre seines Lebens die Verhältnisse beobachtet. Wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß Sie das Ohr des Kaisers finden könnten mit Gedanken, die ich für gefährlich halte für die Monarchie, so wäre es meine Pflicht, Sie nach Möglichkeit daran zu verhindern. Ich wüßte aber nicht, wie ich es anstellen könnte; sollte ich Sr. Majestät die Zeitungen vorenthalten? Außerdem haben Sie ja das große Sprachrohr hier (im Reichstag); warum stellen Sie denn nicht Anträge öffentlich?“ Daran knüpft die bedeutende Rede den gründlichen psychologisch-geschichtlichen Nachweis, daß der radikale Liberalismus unaufhaltsam immer weiter und tiefer nach links hingleiten müsse. Endlich

widerlegt Bismarck die fortschrittliche Legende seiner eigenen „Diktatur". „Für Sie, meine Herren (von der Fortschritts- oder „Hemmschuh"-Partei), ist Nichtherrschen immer schon Unterdrückung durch eine Diktatur, und wenn ich mich darauf beschränke, Ihnen Vorlagen zu machen, die Ihnen nicht gefallen, heißt es Diktatur. Wenn ich von meiner Zunge denselben Gebrauch mache wie Sie, und meine Meinung auch verteidige, welche der Ihrigen widerspricht, so heißt es Diktatur. Das heißt doch mit anderen Worten: Wer nicht will, was wir wollen, ist ein Diktator, der alle freie Überzeugung unterdrückt, denn wir allein besitzen das Monopol der freien Überzeugung, und unsere Überzeugung nicht anerkennen, sich unserer Herrschaft nicht unterwerfen, das ist Diktatur. Ja, womit soll ich mich denn beschäftigen, wenn ich Ihnen keine Vorlagen mache? Müssen die gerade immer so beschaffen sein, wie es Ihnen gefällt?" Bei der ungeheuren und verderblichen Zerfahrenheit des deutschen Parteiwesens habe er mit etwa zehn Fraktionen im Reichstag zu rechnen, von denen keine auch nur entfernt die Mehrheit habe. Deshalb, schließt Bismarck, „verlangen Sie von mir keine Konsequenzmacherei, sondern ich führe die Regierung nach meiner Überzeugung, die immer auf Seiten des Reichs und nie auf der Seite einer Fraktion stehen wird (Beifall rechts)."

Wie schon erwähnt, gab sich der Abg. Eugen Richter nach dieser Rede — gerade so wie später in den kurzen Regierungstagen des Kaisers Friedrich III. — als Schutzengel der durch das „Hausmeiertum" Bismarcks bedrohten Dynastie der Hohenzollern zu erkennen. Fürst Bismarck war bei dieser Rede nicht mehr im Hause anwesend. Der fortschrittliche Angstmeier erhielt aber dennoch über diese seine unerbetenen Bemühungen für die Selbständigkeit seines Landesherrn eine Quittung, die ihm durchaus nicht behagte. Denn am 4. Januar 1882 unterzeichnete der König und Kaiser einen Allerhöchsten Erlaß, den Bismarck mit vollzog, und der in den Hauptsätzen dasselbe aussprach, was der Reichskanzler in seiner Rede vom 29. November 1881 auch schon der murrenden fortschrittlichen Opposition gesagt hatte.

„Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben,“ hieß es da. „Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wie dies auch vor Erlaß der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschließungen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung verfassungsmäßig durch sie ausdrückt. . . . . . Es ist deshalb Mein fester Wille, daß sowohl in Preußen wie in den gesetzgebenden Körpern des Reiches über Mein und Meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik Meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widersprochen werde, als ob die in Preußen jeder Zeit bestandene und durch Art. 43 der Verfassung ausgesprochene Unverletzlichkeit der Person des Königs oder die Notwendigkeit verantwortlicher Gegenzeichnung Meinen Regierungsakten die Natur selbstständiger Königlicher Entschließungen benommen hätte. Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrung gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten; das Gleiche erwarte ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben. Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf die Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Dank erkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten.“

Wenn nach dem Inhalt dieses königlichen Erlasses noch irgend ein Zweifel hätte bestehen können, daß derselbe sich gegen die in der Reichstagssitzung vom 29. November 1881 vorgetragenen fortschrittlichen Theorien vom „wahren Konstitutionalis-

mus" mit voller Schärfe kehre, so benahm die offiziöse Provinzialkorrespondenz diesen Zweifel bei Besprechung des Königlichen Erlasses, indem sie gerade auf jene Sitzung als Entstehungsursache des Erlasses hinwies und jene fortschrittliche Theorie „ohne weiteres" für gleichbedeutend erklärte mit „parlamentarischer Regierung, d. h. mit der Herrschaft der Parteien, als ob der ‚wahre Konstitutionalismus' vor Beeinträchtigungen und Einschränkungen geschützt werden müsse..... In diesem Widerstreit der Ansichten ist das persönliche Eingreifen des Königs eine That." Die Fortschrittspartei verkündete sofort, daß der Erlaß einen „Konflikt" herausfordere, da die Krone damit in die heiligsten Rechte ihrer Beamten eingreife und die Wahlfreiheit vernichte. Die Fortschrittspartei hatte vergessen, daß sie zu einer Zeit, da sie noch hoffte, selbst an die Regierung zu kommen, in ihr Wahl- und Parteiprogramm von 1861 den Satz aufgenommen hatte: „Wir verlangen eine feste liberale Regierung, welche es versteht, ihren Grundsätzen in allen Schichten der Beamtenwelt unnachsichtlich Geltung zu verschaffen." Was der Fortschrittspartei erlaubt, sollte dem König und Kaiser verwehrt sein!

Am 24. Januar 1882 benützte der staatsrechtliche Sachverständige der Partei, der Abg. Prof. Hänel aus Kiel, die Beratung des Reichshaushaltes im Reichstag dazu, eine parlamentarische Besprechung des kaiserlichen Erlasses herbeizuführen, da dieser sich gegen den Schluß mit der Stellung der Beamten zu den Wahlen im allgemeinen, also auch zu den Reichstagswahlen beschäftige. Er konnte die Verfassungsmäßigkeit des Erlasses nicht bestreiten, er beklagte aber dessen Verkündung, da „der Anschein erweckt werde, als ob man die Verantwortlichkeit des höchsten Staatsbeamten fernerhin durch die unverantwortliche Person des Königs decken wolle." Die Minister suchten ihre Machtstellung auf Kosten des Königtums zu erhöhen, indem sie sich allein als treue Diener ihres Herrn bezeichneten. Gerade in kritischen Zeiten, wo ein Konflikt zwischen dem leitenden Minister und der Nation bestehe, sei der König berufen, das erlösende Wort zu sprechen: Ich will Frieden haben mit Meinem Volke!

Diesen Worten trat Bismarck, nachdem er seine „Legitimation“ über diesen Erlaß im Reichstag zu sprechen erörtert hatte, gleich zu Beginn seiner Rede entgegen: „Der Erlaß hat in keiner Weise den Zweck, neues Recht zu schaffen, steht auch in keiner Verbindung mit irgend welchen Aussichten auf Konflikt. Den Frieden mit Seinem Volke hat der jetzt regierende König von Preußen im vollsten Maße (Beifall rechts). Er hat nur mit einigen Fraktionen des Landtags nicht den vollen Frieden, wie er wünschte, aber doch auch keinen Konflikt; und einen Konflikt — meine Herrn, das sind fromme Wünsche — einen Konflikt, den werden Sie nicht haben (Heiterkeit rechts)..... Aber, wenn der Erlaß kein neues Recht hat schaffen wollen, so hat er den Zweck, die Verdunkelung des bestehenden Rechtes zu verhüten, die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, welche sich wie wucherische Schlingpflanzen um den ganz klaren Wortlaut der preußischen Verfassungsurkunde legen, als ob es noch andere Rechtsquellen für uns gäbe außer dem preußischen geschriebenen Rechte. Das Ergebnis dieser Legendenbildung geht in der letzten Konsequenz dahin, daß eben in Preußen der König zwar regiere im Sinne des französischen régner — wir, nach richtigen preußischen Traditionen, unterscheiden beides nicht —, aber nicht regiere im Sinne des französischen gouverner, sondern daß die aktive Bethätigung der Regierungsgewalt in den Händen einer ministeriellen Regierung wäre, die neben dem Könige steht und, wenn sie ganz korrekt und in Ordnung ist nach dem Sinne des Vorredners, getragen wird von der Mehrheit eines oder beider Körper des preußischen Landtags......

„Das ist ungefähr das konstitutionelle Ideal der ministeriellen Regierung, die dem selbstregierenden König von Preußen gegenübergestellt werden könnte, und die dann allerdings, gestützt auf eine sichere und wohlgeschulte Mehrheit, sehr wohl im stande wäre, das Ideal zu verwirklichen, was beispielsweise der Abg. Mommsen in seinen Wahlreden als ein Schreckbild bezeichnete, nämlich den ministeriellen Absolutismus, neben welchem unser Königtum verschwinden würde zu der Rolle schattenhafter Erbkönige, die, wenn

man einen neuen Minister braucht, aus den Coulissen vorgeführt werden und unterschreiben und dann wieder verschwinden, nachdem sie auf diese Weise der landtäglichen Opposition ein neues Ziel zur Bekämpfung, eine neue Festung zur Belagerung, ein neues Ministerium mit anderen Worten, angewiesen haben. Also diese konstitutionelle Hausmeierei, die der Abg. Mommsen mit einer für einen so angesehenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit (Heiterkeit rechts) mir vorwirft — ich kann nur annehmen, daß die Vertiefung in die 2000 Jahre, die hinter uns liegen, diesem ausgezeichneten Gelehrten den Blick für die sonnenbeschienene Gegenwart vollständig getrübt hat (Heiterkeit rechts), sonst hätte er unmöglich in Reden, die er gehalten hat, mir Schuld geben können, daß die ‚Reaktivierung des absoluten Regiments' erstrebt werde — also dieses Ministerregiment, diese Kanzlerdiktatur ist etwas, was gerade dann möglich wird, wenn Sie überhaupt das Ministerregiment an die Stelle des Königlichen Regiments setzen ... Bei uns aber regiert der König selbst, die Minister redigieren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht. —

„Die preußischen Traditionen entsprechen auch vollständig den Bestimmungen der Verfassung; es ist von den preußischen Königen ihre Stellung niemals in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Rechte, sondern in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Pflichten aufgefaßt worden. Diese Tradition ist in unseren Regenten — wir wissen ja alle, wie unser jetziger Herrscher lebt und seine Zeit ausfüllt vom Morgen bis zum Abend — in dem Maße lebendig, daß in der That bei uns in Preußen innerhalb des Ministeriums der König befiehlt, und die Minister gehorchen ...: in den festen tiefen Geleisen, die die Politik Preußens im Deutschen Reiche allein gehen kann, bestimmt Se. Majestät der König im Prinzip." Mit dieser Politik allein sei es gelungen, die deutsche Einheit, das Deutsche Reich zu gründen, denn „wir hätten gar keinen Reichstag, wenn der König seine Politik von 1860 an der Majoritätspolitik untergeordnet", die Hänelsche Legende ins praktische Leben eingeführt hätte. Unter großer Heiterkeit und lebhaftem Beifall des Hauses, zeigt

Bismarck, wohin diese „Majoritätspolitik“ Preußen und Deutschland von 1860 an geführt haben würde. Deshalb spricht er auch von dem „für Preußen ganz unentbehrlichen monarchischen Element, welches in unserem stark monarchisch gesinnten Volke herrscht. . . . Was hat das Volk an mir und meinen Kollegen, es sind unbekannte Leute! Man sieht auch recht gern einen Wechsel — zwanzig Jahre derselbe Minister ist sehr langweilig; — aber sobald von dem König die Rede ist, da müssen die Herren ganz andere Glacéhandschuhe anziehen, wenn sie die Regierung in dem Maße herunterreißen wollen, wie es geschehen ist. Die politische Brunnenvergiftung möchte ich sagen, wie sie bei den Wahlen stattgefunden hat, ist gar nicht möglich, wenn all die Verdächtigungen, deren man die Regierung geziehen hat, nicht den unglücklichen Reichskanzler, sondern den König von Preußen, den deutschen Kaiser treffen, — da würde man gar nicht den Mut haben, diesen Unsinn in die Welt zu schicken.“

Dann kommt Bismarck auf den Vorwurf, „als ob die Minister, wenn sie den Namen des Königs nennen, damit einen Akt niedriger Feigheit begingen, indem sie sich mit dem Könige als mit einem Schild gegen die Angriffe des Parlaments decken wollten. Jemand, der mir das sagt, muß die Geschichte der letzten zwanzig Jahre gar nicht gelesen haben (Sehr richtig! rechts). Habe ich nicht seit 1862 kämpfend auf der Bresche gestanden? Habe ich nicht das Königtum gedeckt, nicht bloß mit meinen körperlichen, sondern auch mit meinen geistigen Leistungen? . . . Die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Gesicht werfen! (Beifall rechts. — Oh! Oh! links). Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu gar nichts verbanden, und jemandem, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er deckt sich mit dem König! (Sehr gut! rechts. — Große Unruhe links) . . . Was fesselt mich denn überhaupt noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters

des Königs und der Königlichen Rechte ist? Viel Vergnügen ist dabei nicht. . . . Wir haben schon vor der Verfassung und seitdem die Erfahrung gemacht, wie werbend das Königtum bei uns wirkt. Und, m. H., wirklich, wenn wir auf die Zukunft anderer Länder rund um uns blicken, sollten wir alles, was bei uns niet- und nagelfest ist, was feststeht, was wie eine Burg aussieht, das sollten wir doch schonen und pflegen, aber nicht zinslos zurückschieben auf Nichtgebrauch und durch Nichtgebrauch wertlos werden lassen. Und so ist für Preußen das monarchische Prinzip und das Königtum das Wertvollste."

Sodann geht Bismarck „auf den zweiten Teil des Erlasses" ein, wie Hänel ihn genannt hatte, der die Beamten betraf. „Auch diese Frage," sagte er, „würde sehr viel einfacher liegen, wenn man nicht die Figur des Königs aus der Bildfläche zu verdrängen bemüht wäre und ihr die Fiktion unterzuschieben, als wenn das Ministerium Bismarck-Puttkamer u. s. w. einzig die Regierung von Preußen führe. Wenn das nicht wäre, wenn die Beamten sich immer bewußt wären, daß sie dem König gegenüberstehen, dem sie den Eid der Treue und des Gehorsams geschworen haben, daß der König an der Spitze der Politik steht, dann würde auch deren Haltung manchmal eine andere sein." In der schonendsten Weise erinnere der Erlaß an diesen Eid. Und keineswegs verletze er die Wahlfreiheit der Beamten. „Daß ein Beamter in seiner eigenen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt; seine eigene Wahl, die Ausübung seines Wahlrechts ist vollständig frei (Hört! hört! links). Der Erlaß wendet sich ausdrücklich an die Art der Beamten, außerhalb der eigenen Wahl thätig zu sein, und unterscheidet da zwischen zwei Gattungen von Beamten, den politischen und den unpolitischen. Beiden soll die Freiheit, zu wählen, wie sie wollen, gar nicht beschränkt werden; aber von den politischen Beamten spricht Se. Majestät die Meinung aus, daß ihr Eid der Treue sie verpflichtet, „die Politik Meiner Regierung zu vertreten," d. h. — wie Bismarck „authentisch auslegt" —: „daß ein politischer Beamter, wenn er z. B. fortschrittlich wählen sollte,

doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin ‚politische Brunnenvergiftung‘ nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen; und wenn es ein Mann von Ehre ist und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: Ich gehöre nicht zur Partei der Regierung, ich bin gegen sie, aber das ist nicht wahr, das ist eine Übertreibung. Das ist es, was ich vom politischen Beamten erwarte. . . .“ Ebenso „erwartet der Erlaß, daß sie sich der Agitation, feindlichen oder nicht, aber der Agitation gegen die Regierung des Königs auch bei den Wahlen enthalten werden. Das ist eine Forderung, ich möchte sagen des Anstandes. .. Wenn z. B. ein solcher Beamter, königlicher oder kaiserlicher Beamter, einen Arbeiter, der zur Wahl geht, anhält und sagt: ‚Was hast du für einen Zettel?‘, und er findet, daß der Zettel für einen regierungsfreundlichen Kandidaten ist, er reißt ihm denselben aus der Hand und gibt ihm einen entgegengesetzten und bedroht ihn mit Ungnade, wenn er nicht diesen abgebe — m. H., das ist doch eine verwerfliche Agitation gegen die Regierung!“*)

Mit dieser Auslegung des Erlasses vom 4. Januar erklärten sich sowohl Bennigsen, als (namens der Sezessionisten) Stauffenberg vollkommen einverstanden, zumal da Bismarcks Erklärungen wesentlich konstitutioneller und freisinniger lauteten, als die Ausflüchte, mit denen der Minister v. Puttkamer am 15. Dezember 1881 seine Wahlbeeinflussungen vor dem Deutschen Reichstag zu beschönigen versucht hatte, obwohl ihm dort nachgewiesen wurde, daß von 50 beanstandeten Wahlen allein 36 auf Preußen fielen. Die verschiedene Beurteilung innerer Fragen durch Bismarck und Puttkamer trat bald nachher (1884) auch in der Thatsache hervor, daß Bismarck die am 15. Dezember 1881 von Puttkamer sehr warm verteidigte „Provinzialkorrespondenz“ eingehen ließ und überhaupt die offiziöse Presse einer gründlichen Reform unterzog. Einstweilen aber betrachtete auch ein so maßvoller Politiker wie Bennigsen die Anzeichen der von Puttkamer vertretenen Reaktion mit düsterer

*) Der Fall, den die Opposition mit lautem „Wo?“-Ruf von Bismarck erwähnen hörte, wurde später in Disziplinaruntersuchung voll erwiesen.

Sorge. Am 11. Juni 1882 hielt er in Hannover eine Programmrede zu den im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen, in welcher er erklärte, daß die klerikal-konservative Koalition nimmermehr Ersprießliches leisten könne. „Verwirrung und Unsicherheit herrscht auf allen Gebieten.“ Der Reichskanzler sehe sich nach anderen Stützen um. „Aber das nützt nichts, wenn die früher mit ihm schaffende Partei durch die Verhältnisse und durch die Regierung selbst aus der Mehrheit verdrängt ist.“ Er empfahl daher, gegenüber der „Position der politischen Reaktion“ das Zusammengehen „der Liberalen aller Schattierungen“. Während aber Hänel diesen Gedanken freudig aufgriff, wies ihn Eugen Richters herrschsüchtige Unduldsamkeit zurück. Die „großliberale“ Idee war damit abgethan, und bei den preußischen Landtagswahlen vom 26. Oktober 1882 schmolz die ehemalige liberale Mehrheit nahezu auf die Hälfte ihres Bestandes zusammen. Diese Thatsache, die Zerfahrenheit des Parteiwesens in den Parlamenten, welche den gemeinsamen Boden positiven Schaffens beseitigte, einerseits, die Erneuerung der Vorlage auf Einführung zweijähriger Budgetperioden im Frühjahr 1883 andererseits, machten Rudolf v. Bennigsen parlamentsmüde, da er keinen Raum mehr sah für jene vermittelnde Thätigkeit zwischen Regierung und Volksvertretung, in welcher er sich unvergleichliche — auch von Bismarck, wie wir sahen (S. 113), warm anerkannte — Verdienste erworben hatte.*) Am Schlusse der Frühjahrssitzungen, am 11. Juni 1883, legte Bennigsen plötzlich seine Mandate zum Reichstag und Abgeordnetenhause nieder, mit dem Entschlusse, sich von der parlamentarischen Thätigkeit ganz zurückzuziehen.

Aber alle diese Gründe, welche den hochverdienten Führer der nationalliberalen Partei Mitte 1883 vom parlamentarischen Schauplatz verdrängten, regten zugleich auch die Parteigenossen mächtig an, die Partei neu zu beleben und an den großen neuen Aufgaben des deutschen Staatslebens freudigen und werkthätigen Anteil zu nehmen. Alle die Erscheinungen, welche Bennigsen jetzt für seinen

*) Diese sicherlich zutreffenden Gründe führt sein Fraktionsgenosse Böttcher (Stephani, S. 290) an.

Rücktritt geltend machte, hatten, und zwar in weit unerträglicherem Maße, schon bestanden, als die nationalliberale Partei 1866 heilbringend ihre Wirksamkeit begann. Jetzt galt es vor allem, die erdrückende Stellung des einigen anspruchsvollen Zentrums gegenüber der Regierung wie gegenüber dem heillos zersplitterten Parteiwesen zu überwinden. Darin vereinigten sich zunächst alle süddeutschen Glieder der Partei. Dort hatte auch die Sezession gar keinen Boden. Von hier aus gingen kräftige Anregungen nach Mittel- und Norddeutschland, welche den erhebenden gesamtdeutschen Parteitag in Heidelberg, am 23. März 1884, und die einmütige Annahme des neuen Parteiprogrammes, der berühmten „Heidelberger Erklärung", herbeiführten. Hier trat die Partei ausdrücklich ein für die Sozialpolitik des Reichskanzlers, seine Steuerreform und erachtete „eine systematische Anfechtung der Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches gegenwärtig für nachteilig und gefährlich." Der wichtige Schlußsatz lautete: „Wir erkennen in der Aufrechterhaltung der Ordnung und eines gesicherten Rechtszustandes die erste Pflicht des Staates und werden bereitwillig der Reichsregierung die zur Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe erforderlichen Machtmittel gewähren."

Die Wirkung dieses Ereignisses war eine um so tiefere, als am 5. März 1884, am Vorabend der Eröffnung des Reichstags, die Sezession sich mit der Fortschrittspartei zur neuen Fraktion der „Deutschfreisinnigen" verschmolzen hatte, und damit Tausende von Wählern, die ihren sezessionistischen Abgeordneten mit Unlust in Richters Arme sinken sahen, der nationalliberalen Sache wieder gewonnen wurden. Der Heidelberger Versammlung folgten zahlreiche andere, die sämtlich dem Reichskanzler die kräftige Unterstützung der Partei gelobten. Auf dem gesamtdeutschen Parteitag in Berlin (18. Mai) erschien, mit lautem Jubel empfangen, auch Bennigsen wieder und hielt neben Miquel die Hauptrede. Das Organ Bismarcks aber, die Nordd. Allg. Ztg., machte am 15. Oktober allen Konservativen zur Pflicht, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen „mit denjenigen Liberalen zusammenzugehen, welche auf dem Boden des Heidelberger Programms ständen." Damit hatte die national-

liberale Partei — wenn die Wahlen des Herbstes 1884 ihr auch nur eine geringe Verstärkung an Zahl zu teil werden ließen — doch zum Segen des Vaterlandes ihre alte gute Stellung zu Bismarck wieder gewonnen.

Je deutlicher aber Bismarcks Wiederannäherung an die Nationalliberalen zu Tage trat, um so heftiger wurde die Feindseligkeit des Zentrums und Deutschfreisinns gegen den Reichskanzler.

Die unter neuer Flagge segelnde alte Fortschrittspartei gab dem Gehaßten den ersten erneuten Beweis ihrer Feindschaft aus Anlaß des Todes Eduard Laskers, der am 5. Januar 1884, im Begriffe, von einer Reise in den Vereinigten Staaten nach Deutschland zurückzukehren, in New-York einem Schlaganfall erlegen war. In seiner hervorragenden Unkenntnis deutscher Parteiverhältnisse, und in der Meinung, ganz Deutschland wohlzuthun, nahm das nordamerikanische Volkshaus am 9. Januar eine Resolution an, welche besagte, jenes Volkshaus habe: „mit tiefem Bedauern von dem Tode des hervorragenden deutschen Staatsmannes Eduard Lasker vernommen, dessen feste und beharrliche Darlegung freier und liberaler Ideen und hingebender Eifer für dieselben die soziale, politische und wirtschaftliche Lage seines Volkes wesentlich gefördert hat." Diese Resolution wurde dem nordamerikanischen Gesandten in Berlin, Mr. Sargent, amtlich zur Mitteilung an den deutschen Reichstag zugesandt. Außerdem hatte aber auch, nach Eintreffen der Leiche Laskers in Berlin, der Abg. Bamberger seine Leichenrede zu einer weite Kreise peinlich berührenden Demonstration gegen die Regierung benützt. Als nun am 9. Februar Mr. Sargent dem Reichskanzler jene Resolution mit dem Ersuchen zustellte, sie dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen, sandte Bismarck sie mit Erlaß vom nämlichen Tage an den deutschen Gesandten v. Eisendecher in Washington der dortigen Regierung wieder zu, weil diese Resolution „zugleich ein Urteil über die Richtung und die Wirksamkeit des Abg. Lasker enthält, welches mit meiner Überzeugung in Widerspruch steht. . Ich kann mich nicht entschließen, bei Sr. Majestät dem Kaiser die nötige Ermächtigung zur Mitteilung dieser Resolution

an den deutschen Reichstag zu beantragen, weil ich dazu ein Urteil mir amtlich aneignen und bei Sr. Majestät vertreten müßte, welches ich als zutreffend nicht zu erkennen vermag."

Als dann am 7. März der neugewählte Präsident des Reichstags, v. Levetzow, unter den vier verstorbenen Mitgliedern des Reichstags auch Laskers gedachte, benutzten die deutschfreisinnigen Abgeordneten Rickert, Hänel und Richter das Wort „zur Geschäftsordnung", um dem toten „großen Staatsmann" und dem erleuchteten nordamerikanischen Volkshause Weihrauch zu streuen — unter dem lebhaften Widerspruch der Rechten —, Herr Richter sprach sogar von einer „unbefugten Einmischung des Reichskanzlers". Dabei verriet der unfehlbare Volkstribun freilich eine, bei seinem Wissen, noch krassere Unkenntnis der diplomatischen Bräuche, als der von Europens übertünchter Höflichkeit und Kultur verschonte Mr. Sargent. Denn thatsächlich hatte doch die Zumutung des letzteren verlangt: daß der deutsche Kaiser sich unbesehen die Resolution des nordamerikanischen Volkshauses aneigne, und sie, „mit seinem Visa versehen" — ein eigenes Urteil wurde ihm nicht einmal vergönnt —, dem Reichstag zustelle.*) Wenn Bismarck eine derartige, nur aus der völligen Unkenntnis Mr. Sargents mit diplomatischen Gebräuchen entschuldbare Dreistigkeit, die Würde seines Kaisers und unseres Volkes wahrend, abwies, und dabei allerdings nebenbei auch seine Unlust bezeigte, „sich vor den Triumphwagen der Opposition einzuspannen" und durch eine Huldigung für den „großen Staatsmann" Lasker seine eigene Politik zu verurteilen, so sollte das, nach Herrn Eugen Richter, eine „unbefugte Einmischung des Reichskanzlers" sein. Indessen fertigte schon Staatssekretär v. Bötticher den Volkstribun kräftig ab.

Am 12. März war aber auch Bismarck aus Friedrichsruh zurückgekehrt, und am 13. verlangte er vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, um die Gründe seines Verhaltens in dieser Sache darzulegen. An die Spitze seiner Rede stellte er die durch

*) So spricht sich die Nordd. Allg. Ztg. vom 21. Februar 1884 über diese Zumutung aus.

die preußische Politik gegen Nordamerika seit Friedrich dem Großen und durch die seinige während seiner ganzen Amtszeit gewonnene Überzeugung, „daß ich den gegenseitigen Beziehungen noch heute dieselbe Kraft und Innigkeit zutraue, die ich bei meinem Amtsantritt vorgefunden habe, und daß diese Vorgänge, über die ich augenblicklich spreche, ganz ohne Einfluß darauf sind und bleiben werden." Dann, nach Aufzählung der oben berichteten Vorgänge, bemerkt Bismarck gegen Richters Vorwurf „unbefugter Einmischung": „Der Hergang, daß ich eine amtliche Mitteilung bekommen habe, die eine Kritik der Politik des Kaisers enthält" (indem die amerikanische Adresse die oppositionelle Haltung Laskers verdienstlich nannte), „daß ich mich geweigert habe, sie ihres Inhalts wegen amtlich weiter zu befördern, kann ihm (Richter) doch nicht entgangen sein. Er stellt mich als Kanzler des Reichs mit dem Briefträger in eine Kategorie, der nicht das Recht hat, eine Postkarte zu lesen und sich ein Urteil darüber zu bilden, was darin steht, ob er sie auch bestellen kann. Ich möchte doch dem Herrn Abg. Richter empfehlen, sich den Unterschied zwischen dem Reichskanzler und dem Briefträger klar zu machen, und nicht die Ansichten des Auslandes zu verwirren über das, was der Reichskanzler hätte thun können und thun müssen, fehlerhafte Vorstellungen zu verbreiten, die, wenn nicht darauf berechnet, doch sehr geeignet sind, das Ausland gegen uns zu verstimmen, und im Auslande Hilfe zu suchen für innere Parteibestrebungen, die keine Chance haben, wenn sie nicht fremde Unterstützung finden (Beifall rechts)."

Nachdem Bismarck dann noch all die gehässigen Äußerungen aufgezählt, die Lasker bei Interviews in Nordamerika gethan, sagte er: „Mir blieb also nichts übrig, als in höflicher Weise die mir zugedachte Briefträgerrolle abzulehnen. Ich habe dies absichtlich unter Vermeidung jeder Erörterung völkerrechtlicher Grundsätze gethan und ohne Bezugnahme auf den republikanischen Gedanken, der in einigen unser revolutionären Blätter vertreten gewesen ist, daß man leider den richtigen Modus des Völkerrechts von Parlament zu Parlament noch nicht entdeckt hätte. Man sieht daraus, was

in allen diesen Kreisen, die in der Presse wirken, für utopische und für die Ruhe des menschlichen Geschlechts im höchsten Grade bedenkliche Anschauungen von Völkerrecht und Staatsrecht spuken. Solange ich im stande bin, meinen Mund in hörbarer Weise zu öffnen, werden Sie mich auch am Platze finden, zu kämpfen gegen eine durch und durch revolutionäre Auffassung von Völkerrecht (Beifall rechts)." Zum Schlusse verliest Bismarck sein höfliches Schreiben nach Washington, legt den verderblichen und zerstörenden Einfluß Laskers innerhalb der nationalliberalen Fraktion „gegen meinen persönlichen und politischen Freund Herrn v. Bennigsen" dar und schließt, unter lebhaftem Beifall, mit den Worten: „Von dem amerikanischen Repräsentantenhause nehme ich nichts anderes an, als daß es ein Wohlwollen für Deutschland zum Ausdruck bringen wollte, über dessen herzliche Erwiderung unserseitig ich keinen Zweifel zu lassen wünschte, und hauptsächlich deshalb habe ich diese Worte gesprochen." Ein Beschluß wurde natürlich vom Reichstag nicht gefaßt.

Der neubegründete „Deutschfreisinn" hatte in sein Programm auch die Forderung eines verantwortlichen Reichsministeriums aufnommen; nicht in dem maßvollen Sinn, in welchem auch Bennigsen für diese Forderung wiederholt eingetreten war, sondern in der Absicht, dadurch die „Alleinherrschaft" Bismarcks zu brechen und „ein wahrhaft konstitutionelles Verfassungsleben in gesichertem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung zu entwickeln", d. h. die künftigen verantwortlichen Reichsminister unter die Gebote des Deutschfreisinns zu stellen. Denn dieser allein wußte ja, was „wahrhaft konstitutionelles Verfassungsleben" sei. Am 24. März 1884 erklärten die Regierungen von Sachsen und Württemberg einen Austausch der Meinungen im Bundesrat über diese Frage für wünschenswert. Darauf gab am 5. April in Bismarcks Auftrag und im Namen Preußens Minister v. Bötticher in der Plenarsitzung des Bundesrats eine Erklärung ab, die folgende Hauptsätze enthält: „Die preußische Regierung teilt den grundsätzlichen Standpunkt der sächsischen dahin, daß es sich empfiehlt, keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß die verbündeten Regierungen ohne

Ausnahme entschlossen sind, die Verträge, auf welchen unsere Reichseinrichtungen beruhen, in unverbrüchlicher Treue aufrecht zu erhalten und sie in dem Geiste zu handhaben, in welchem sie nach den Worten der Reichsverfassung „zum Schutze des innerhalb des Bundesgebiets gültigen Rechts" abgeschlossen sind. . . Die Einrichtung verantwortlicher Ministerien im Deutschen Reich ist nicht anders möglich als auf Kosten der Summe von vertragsmäßigen Rechten, welche die verbündeten Regierungen gegenwärtig im Bundesrat üben. Die wesentlichsten Regierungsrechte der Bundesstaaten würden von einem Reichsministerium absorbiert werden, dessen Thätigkeit durch die Art der ihm auferlegten Verantwortlichkeit dem maßgebenden Einflusse der jedesmaligen Mehrheit des Reichstags unterliegen müßte. Man wird nicht fehl gehen, wenn man in der von der neuen fortschrittlichen Partei erstrebten Einrichtung eines solchen Ministeriums ein Mittel zur Unterwerfung der Regierungsgewalt im Reiche unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags erblickt. Die preußische Regierung würde in einer derartigen Verschiebung der Schwerpunkte der Regierungsgewalt eine große Gefahr für die Dauer der neugeborenen Einheit Deutschlands erblicken. Selbst wenn es gelänge, feste Majoritäten aus den heute im Reichstage vorhandenen Parteien zu bilden, würde die königliche Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regiments für die sichere Einleitung zum Verfall und zur Wiederauflösung des Deutsches Reiches halten. Die Regierung eines großen Volkes durch die Mehrheit einer gewählten Versammlung ist untrennbar von all den Schäden und Gefahren, an welchen ein jedes W a h l r e i c h nach den Erfahrungen der Geschichte zu Grunde geht. . . Der Gedanke an die Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums ist deshalb . . . im Interesse des Reichs, seiner Verfassung und der Sicherheit seines Fortbestandes zu bekämpfen," besonders auch, „weil er eins von den Mitteln bildet, durch welche der Schwerpunkt der Reichsregierung in die wechselnden Mehrheiten des Reichstags hinübergeleitet werden soll, und weil diese Überleitung, wenn sie gelänge, die Wiederauflösung der deutschen Einheit nach Überzeugung der Regierung im Gefolge haben würde."

Die Mitglieder des Bundesrates schlossen sich einstimmig dieser Erklärung an, und nachdem dieser Vorgang am 6. April durch die Nordd. Allg. Ztg. bekannt gemacht worden war — hütete sich der Deutschfreisinn wohl, im Reichstag auch nur ein Wort von dieser Nummer seines Programms verlauten zu lassen.

Dagegen bot die Regierungsvorlage wegen Verlängerung des Sozialistengesetzes der gesamten Opposition des Reichstags die schönste Gelegenheit zu gemeinsamen Angriffen auf die von Bismarck geleitete Regierung und Politik. Der Reichskanzler hielt zu Gunsten der Vorlage in erster und zweiter Lesung, am 20. März und 9. Mai 1884, zwei große Reden. In der ersten bewies er dem oppositionellen Vorredner Windthorst zunächst, daß nach den Erfahrungen aller katholischen Staaten der alten und neuen Welt die katholische Kirche durchaus keinen Schutz gegen die Sozialdemokratie gewähre. Die bloß zweijährige Verlängerung des Gesetzes sei nicht beantragt, weil man innerhalb dieser kurzen Frist der Sozialdemokratie Herr zu werden oder die sozialpolitischen Gegenzüge zu beendigen hoffe, sondern um dem Mißtrauen des Reichstags, dessen allezeit regem Bedürfnis nach Kontrolle der Regierung entgegenzukommen. Herr Windthorst freilich finde die Gefahren der Gesellschaft und des Staates, welche die Umsturzpartei bereite, noch nicht groß und dringend genug, um das Gesetz weiter zu verlängern — „er muß Blut sehen“ (Heiterkeit). Das sei die Theorie der Notwehr nach dem preußischen Landrecht. Danach sei die Notwehr „eigentlich erst dann berechtigt gewesen, wenn es zu spät war, wenigstens wenn man wehrlos war. Der Herr Abg. Windthorst wird ja seine juristischen Gründe haben; aber ich bin soweit nicht Jurist, daß ich mich darauf einlasse. Ich schiebe die Verantwortlichkeit dafür (für die Unthätigkeit) denjenigen zu, welche die Zügel zwischen die Pferde werfen.“ Der andere Vorredner dagegen, Herr Bebel, scheine „anzunehmen, daß eigentlich unter der Ägide dieses Gesetzes eine Art Eldorado für die sozialdemokratischen Bestrebungen eingetreten ist, die nirgend besser gedeihen, als in dem Treibhaus dieses Spezialgesetzes. Dann sollte er doch zufrieden sein, dann, hoffe ich, stimmt

er selbst dafür, damit die Vorteile der Sozialdemokratie nicht verloren gehen; hoffentlich thut er es; wenn er es nicht thut, so kann ich sein Verhalten mit seiner Rede nicht vereinigen."

Wenn trotz der Wirksamkeit des Gesetzes, „die Zahl der Unzufriedenen sich mehrt," so liege das hauptsächlich an der gewissenlosen fortschrittlichen Verhetzung und Verdächtigung der Regierung. Denn wenn große Zierden der Wissenschaft (wie Virchow und Mommsen) die Regierung als „eine Sammlung der elendesten Bösewichte" mit anderen Worten hinstellten, so könne der ungebildete Arbeiter nur sagen: „Mein Gott, was willst du von denen erwarten? Die treiben, um mit dem Organ des Herrn Abg. Richter zu sprechen, nur ‚Schnapspolitik', d. h.: die Brennereien und die teuren Schnapspreise — das sind die eigentlichen Zwecke, die der Reichskanzler verfolgt. Wenn solche Worte in die Massen geworfen werden, — wo soll das Vertrauen herkommen, dessen die Massen bedürfen, um der Regierung zu folgen? (Sehr richtig! rechts.)" Die Regierung hätte wohl auch — aber es sei ihr „nicht eingefallen" — „von ‚Preßbengelpolitik' sprechen können (Sehr gut! rechts). Wäre das nicht ebenso berechtigt gewesen, wie die freche Beleidigung, die im Worte ‚Schnapspolitik' liegt?" Im letzten Satze dieser Rede erhebt Bismarck, unter dem lebhaftesten Beifall der Ordnungsparteien, die Mahnung: „Vor allem möchte ich diejenigen Parteien, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, und die angeblich von der Entwickelung derselben die nämlichen Befürchtungen, wie alle übrigen haben, bitten, daß sie aufhören mit Verdächtigungen der Regierung in den Augen des gemeinen Mannes, und daß sie nicht ein Feuer anzünden, das sie selbst zu löschen ganz außer stande sind."

Die am 21. März erwählte Kommission des Reichstags lehnte die Vorlage mit Stimmengleichheit ab, obwohl Minister v. Puttkamer deutlich verkündete, daß bei Ablehnung des Gesetzes im Plenum der Reichstag sofort aufgelöst würde. Diese Aussicht bändigte aber doch den Mannesmut vor Königsthronen im Deutschfreisinn und Zentrum bei den entscheidenden Schlußabstimmungen ganz erheblich.

So hatte denn Bismarck am 9. Mai nur mit einer Fülle trivialer Einwendungen des Abg. Richter aufzuräumen. Am unliebsamsten tönten dem Deutschfreisinn dabei die Worte in die Ohren, die der Kanzler über die in Heidelberg zu neuem Wirken erstandenen Nationalliberalen sagte: „Meine Liebe zu den Nationalliberalen — ist das ein Vorwurf? Warum soll ich für diese Partei keine Neigung haben? Ich bin sehr lange mit ihr zusammen gegangen. Ich unterhalte zu allen denjenigen, die nationalliberal geblieben, nicht zur Fortschrittspartei übergegangen sind, immer dieselbe Freundschaft in politischer Beziehung, sobald sie ihrerseits bereit sind, sie anzuknüpfen, und dessen schäme ich mich gar nicht.“

Am 10. Mai wurde die Vorlage mit 189 gegen 158 Stimmen angenommen. Dabei stimmten 25 deutschfreisinnige und 39 ultramontane Abgeordnete mit der Mehrheit. Die eigenen Parteigenossen, welche durch ihre Entscheidung gegen die Vorlage diese zum Scheitern hätten bringen können, und dadurch die den Deutschfreisinnigen damals höchst unbequeme und nachteilige Auflösung des Reichstags herbeigeführt haben würden, hatte der Generalgewaltige Eugen Richter vor der Abstimmung „abkommandiert“.

Eine andere Gefahr der Störung des Reichsfriedens, auf welche die unversöhnlichen Welfen und insbesondere der Anwalt des welfischen Thronanwärters, Herr Windthorst, große Hoffnungen setzen mochten, kam infolge der ruhigen Entschlossenheit und Thatkraft Bismarcks gar nicht zur Erscheinung. Diese Gefahr hätte hervorgehen können aus der braunschweigischen Erbfolgefrage. Am 18. Oktober 1884 war nämlich der letzte braunschweigische Fürst, Herzog Wilhelm, kinderlos verstorben, und der Herzog von Cumberland damit zweifellos der rechtmäßige Nachfolger des eben verstorbenen letzten Sprossen der älteren Linie des Welfenstammes geworden. Aber da dieser Thronerbe die Neuordnung Hannovers und des Deutschen Reiches seit 1866 und 1871 nicht anerkennen wollte, so hatte Herzog Wilhelm schon am 16. Februar 1879 mit seinem Landtag ein Regentschaftsgesetz vereinbart, welches für den jetzt eingetretenen Todesfall einen Regentschaftsrat zur Leitung aller Re-

gierungsgeschäfte des Herzogtums einsetzte. „Bei andauernder Behinderung des Thronfolgers an der thatsächlichen Ausübung der Regierung“ sollte nach Ablauf eines Jahres „die Landesversammlung (Abgeordnetenkammer) den Regenten auf Vorschlag des Regentschaftsrates aus den volljährigen, nicht regierenden Prinzen der zum Deutschen Reiche gehörenden souveränen Fürstenhäuser wählen.“

Der braunschweigische Regentschaftsrat und Landtag wetteiferten nach dem Tode des Herzogs in reichstreuer Haltung. Bismarck aber that auch sein Bestes, sie in dieser Haltung gegen die Prätensionen des Herzogs von Cumberland und etwaige welfische Umtriebe zu stützen. Denn schon am 18. Oktober, zugleich mit der Ankündigung des Regentschaftsrates, daß dieser die Regierung übernommen habe, erließ der Oberbefehlshaber der braunschweigischen Truppen, der preußische Generalmajor v. Hilgers in Braunschweig, auf Anregung des Regentschaftsrates im Auftrage des Kaisers, eine „Proklamation“, in welcher bekannt gegeben wurde, daß bis zur „rechtmäßigen Erledigung der Thronfolgefrage der Kaiser darüber wachen werde, daß die an der Person des Herzogs haftenden militärischen Reservatrechte sichergestellt würden.“ Zu diesem Zweck und auf Grund des braunschweigischen Regentschaftsgesetzes habe der Kaiser ihm (v. Hilgers) den Oberbefehl über die im Lande stehenden Truppen übertragen. Das Land könne das Vertrauen hegen, daß die Rechte und die Zukunft des Landes unter dem Schutze des Reiches und seiner Verfassung stehen.“

Am 18. Oktober hatte aber auch der Herzog von Cumberland aus Gmunden bei Wien an „sein“ Land Braunschweig und an alle deutschen Regierungen ein „Besitzergreifungspatent“ erlassen und den Grafen Grote mit einem „herzoglichen“ Schreiben an den Regentschaftsrat und den Kaiser abgesendet. Bismarck war hauptsächlich aus Anlaß der braunschweiger Sache am 21. Oktober aus Friedrichsruh nach Berlin zurückgekehrt und hatte hier schon am 23. beim Bundesrat den Antrag gestellt, die vom Regentschaftsrat in Braunschweig zu bestellenden Bevollmächtigten als Vertreter Braunschweigs im Bundesrat anzuerkennen. Davon wurde der Regentschaftsrat

am 24. durch einen von Bismarck gegengezeichneten kaiserlichen Erlaß verständigt, der zugleich erklärte, daß der Kaiser die im Art. 6 der Reichsverfassung dem Herzoge als Bundesfürsten vorbehalten gewesenen Rechte rücksichtlich der braunschweigischen Truppen für die Dauer der Regentschaft selbst ausüben werde. Am nämlichen Tage unterrichtete Bismarck den Regentschaftsrat auch davon, daß der Kaiser abgelehnt habe, den vom Herzog von Cumberland abgesandten Grafen Grote zu empfangen und das Schreiben dieses Herzogs entgegenzunehmen. Ganz in Bismarcks Sinn lehnte auch der braunschweigische Regentschaftsrat und Landtag die Zumutung Cumberlands in dessen „Besitzergreifungspatent" ab, das Landesministerium solle diese Urkunde gegenzeichnen und verkünden. In einer Depesche übermittelte Bismarck den Dank des Kaisers und die Genehmigung aller Anträge nach Braunschweig.

Von der Stimmung und Gesinnung Cumberlands hatte Bismarck genaue Kenntnis. Denn kurz zuvor hatte der Herzog gegen eine fürstliche Persönlichkeit, die ihm nahe legte, einen klaren und bestimmten Verzicht auf Hannover auszusprechen, da Preußen dann des Herzogs Erbfolge in Braunschweig anerkennen werde, geäußert: „Sagen Sie jedem, der es hören will, daß ich der Sohn meines Vaters bin, und daß ich König von Hannover und Herzog von Braunschweig werden oder Herzog von Cumberland bleiben will." Deshalb erklärte Bismarcks Organ, die Nordd. Allg. Ztg., schon am 19. Oktober: „Die von reichsfeindlichen Gesinnungen getragene Politik eines Herzogs von Braunschweig würde an sich keine Gefahren für den Bestand des Reiches in sich schließen. Anders aber stellt sich die Sache, wenn in Hannover elf Wahlkreise unter neunzehn welfische Abgeordnete wählen, deren Programm wie dasjenige des Herrn Götz von Olenhusen lautet: ‚Da Preußen dem Herzog von Cumberland nicht freiwillig den hannoverischen Thron anbieten wird, müssen Verwickelungen nach außen benutzt werden, um es zur Wiederherstellung Hannovers zu zwingen.' Programm und Haltung der Welfenpartei haben das Reich in die Unmöglichkeit versetzt, diesen Bestrebungen einen archimedischen Punkt zu gewähren, wie ihn die

Residenz eines souveränen Parteimitgliedes in Braunschweig ergeben würde." Auf den Antrag Preußens vom 20. Mai 1885 beschloß auch der Bundesrat am 2. Juli: „daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei," und am 21. Oktober legte der braunschweigische Landtag gleichfalls diese Ansprüche für immer beiseite, indem er einstimmig den Prinzen Albrecht von Preußen zum Regenten wählte, der am 2. November unter dem Jubel der Bevölkerung in die Hauptstadt des Herzogtums einzog.

Die Reichstagswahlen vom 28. Oktober 1884 lieferten ein noch trübseligeres Ergebnis als die von 1881. Denn die Gesamtzahl der reichstreuen Abgeordneten betrug nur 157 von 397. Mit andern Worten: diesen 157 Reichstreuen standen 240 Oppositionsmänner gegenüber, die sich in der „Ära Windthorst-Richter-Grillenberger" zusammenfanden, von den 99 Zentrumsmännern an bis zu den 67 Deutschfreisinnigen und den 24 Sozialdemokraten. Bismarck selbst aber und seine Politik waren das Ziel ihrer gemeinsamen Angriffe. Das genannte Triumvirat leitete nun „die Politik der Nadelstiche" gegen Bismarck ein, um den Verhaßten womöglich von seinem Amte fortzuärgern. Den ersten Anlaß zu gemeinsamen Angriffen der neugewählten vereinigten Oppositionsmänner gegen Bismarck bildete der Erlaß des Bundesrates vom 14. November: die seit 1874 den Reichstagsabgeordneten gewährten Eisenbahnfreikarten auf die Fahrt zwischen Berlin und dem Wohnort des Abgeordneten zu beschränken. Damit war den in Berlin wohnhaften Abgeordneten, dem eisernen Bestand des Deutschfreisinns, die freie Fahrt überhaupt entzogen — und sofort erhob diese Partei ein gewaltiges Geschrei über „die Verletzung der Würde und Rechte des Reichstags", brachte auch als ersten Antrag in den am 20. November eröffneten Reichstag den Antrag ein, unter Abänderung des Art. 32 der Reichsverfassung, Diäten und Reisekosten zu gewähren. Am 26. November kam dieser Antrag zur ersten Lesung. Der Sozialdemokrat Auer gab die Losung für die vereinten Oppositions-

parteien aus: „Dem eisernen Kanzler stählerner Widerstand!“ so-
lange dieser das Bestreben verfolge: „die Volksvertretung herunter-
zudrücken, sie auf ein niedrigeres Niveau zu stellen.“ Auch Stauffen-
berg hatte in diesem Sinne gesprochen.

Bismarck entgegnete ihnen: „Ich bin nicht der Ansicht, daß
die Entziehung der Freiheit, nach Belieben ohne Bezahlung auf
privaten und öffentlichen Eisenbahnen hin- und herzufahren, die
Würde des Reichstags irgendwie berühren, irgendwie beeinträchtigen
sollte; ich bin vielmehr der Meinung, daß das, was der Herr Vor-
redner Gebrauch, was ich aber Mißbrauch dieser Karten nenne,
dazu beitragen kann, den Reichstag in dem öffentlichen Ansehen
herunterzudrücken. Die Karten waren nur in dem Vertrauen aus-
gestellt, daß sie wesentlich zur Ausgleichung der Ungleichheiten be-
nutzt werden würden, die die Entfernung des Wohnsitzes des Ab-
geordneten vom Sitz des Parlaments mit sich bringe. Ein Miß-
brauch ist es jedenfalls, wenn ein Abgeordneter während einer
Gültigkeitszeit von acht Monaten mit dieser Fahrkarte über 17000
Kilometer auf den deutschen Eisenbahnen zurückgelegt hat — ein
einziger, und zwar kein Sozialdemokrat — (Hört! hört!); wenn
andere Abgeordnete dem nahe gekommen sind mit 10- bis 12000
Kilometer — in der Zeit von acht Monaten!“ Die „Ausdehnung“
der Freifahrkarte auf andere Linien als die zwischen dem Wohnort
des Abgeordneten und Berlin „hat nie meiner Ansicht entsprochen,
und ich würde sie eine Ungerechtigkeit, eine Verkürzung des Blö-
deren zu Gunsten desjenigen nennen, dem die landesübliche Blödig-
keit abgeht“. Außerdem habe der Abg. Bamberger in seinem Buch
„Deutschland und der Sozialismus“ ganz richtig gesagt, daß diese
Freifahrkarten zur Verbreitung der sozialistischen Lehren und zur
Vermehrung der Zahl ihrer Abgeordneten wesentlich beigetragen
haben.

Gegen die Diäten erklärt sich Bismarck zunächst, „weil sie
weit entfernt sind, eine Gleichheit herzustellen, weil sie erst recht
eine Ungleichheit unter dem Schein der Gleichheit schaffen. Für
den Berliner sind sie eine reine bare Zulage, ein Taschengeld, was

ihm dafür, daß er sich in seiner äußeren Würde und Annehmlichkeit seiner Beschäftigung als Reichstagsabgeordneter gehoben fühlt, noch zufließt.“ Für die übrigen aber machten die Diäten oft nicht ein Zehntel des Ersatzes der Verluste aus, welche diese Abgeordneten durch Ausübung ihrer parlamentarischen Pflichten auf sich nähmen. Die Ehrenämter, weit schwierigere, wie z. B. der Geschworenendienst, würden zudem in Deutschland alle unentgeltlich geleistet. Der Diätenantrag sei aber vor allem ein Angriff auf die Reichsverfassung. „Die Diätenlosigkeit sollte ein Äquivalent geben für die weit ausgedehnte Wahlbefugnis, die unser Wahlgesetz verleiht... Jedenfalls halte ich das Wahlgesetz mit der Diätenfrage für völlig solidarisch. .. Die Regierungen werden in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist, und da können wir uns leicht verständigen (hört! hört! links).“ Es liege aber endlich für Diäten „auch gar kein Bedürfnis vor“ — wie Bismarck eingehend nachweist — „und ohne Bedürfnis sollte die Verfassung ein Noli me tangere sein. Lehnen Sie jede Verfassungsänderung ab, für die kein zwingendes Bedürfnis vorliegt. Hegen Sie diese Achtung vor der Verfassung (Beifall).“

Nach einer langen Rede des Abg. Hänel nahm Fürst Bismarck noch einmal gegen den Diätenantrag das Wort, um dem Vorwurf Hänels entgegenzutreten, daß nur der Reichstag die Verfassung als Noli me tangere betrachten solle, der Bundesrat aber immer mit Verfassungsabänderungsvorschlägen bei der Hand sei. Im Gegenteil sei der Bundesrat einstimmig für sehr viele Änderungen an der Verfassung, bringe sie aber aus Achtung vor der Verfassung und der Gleichberechtigung des Reichstags nicht ein. „Sie werden sich vom Bundesrat nicht imponieren lassen, ich lasse mir von der Mehrheit des Reichstags nicht imponieren (Oh! oh!). — Nein, m. H., in keiner Weise, dazu sind Sie gar nicht die Männer; Sie werden doch wünschen, daß der Reichskanzler eine kühle und ruhige Überzeugung hat; ich habe mir ja von ganz Europa nicht imponieren lassen; Sie werden nicht die Ersten sein (Lebhafter Bei-

fall rechts). Und, m. H., wie setzt sich denn diese Mehrheit zusammen? Wenn sie eine andere Genesis hätte, wenn sie aus übereinstimmender Überzeugung über die Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit der einzelnen Vorlagen hervorginge, gut, dann würde ich sagen: Das sind mehr als die Hälfte von 397 achtbaren, einsichtigen Leuten; das hat ein Gewicht. Das ist aber nicht der Fall; sie setzt sich nach den Parteitendenzen zusammen, je nachdem man entschlossen ist, taktisch gegen die Regierung zu stimmen oder für die Regierung.“ 157 Köpfe nur seien „kaiserlich“ und „streben danach, die Herrschaft von Kaiser und Reich zu erhalten, wie sie ist“. Die übrigen kämpfen selbst „um die Herrschaft in Staat und Reich. Rund 100 Herren für die Herrschaft der Geistlichen (oh! oh! — Sehr richtig!) Das Herrschen ist Ihnen so angeboren aus alter Tradition (Widerspruch)“. „Sie haben nachher etwa 98 demokratische Abgeordnete; ich nenne sie — dans mon for intérieur (vor meinem inneren Forum oder Gewissen) — Republikaner; denn ob jemand fortschrittlicher Royalist oder royalistischer Fortschrittler ist, ob er eine Republik mit einem erblichen oder einem ernannten Präsidenten will, das ist mir vollständig gleichgültig. Ich rechne zu dem, was ich Demokraten nenne, die Fortschrittspartei, die Sozialdemokraten, die Volkspartei. Wir sind bisher im Besitz der Herrschaft für den Kaiser, und Sie wollen sie uns entziehen, und Sie stimmen nicht gegen unsere Vorlage, weil Sie dieselbe für schädlich halten, sondern weil die Regierung nicht in Ihren Händen ist ... Deswegen sage ich: Ob Sie die Diäten mit Einstimmigkeit votieren werden oder nicht, es wird mich doch nicht irre machen.“

Heftig entbrannte hiernach die Debatte, und Rickert namentlich verwahrte seine deutsch-freisinnige Partei gegen den Vorwurf, als ob sie für ihre Herrschaft kämpfe, vielmehr nur für Ideen; sie wolle, daß Deutschland liberal, nicht diktatorisch regiert werde. Auf diese stolzen Worten entgegnete Bismarck, unter lebhaftem Beifall der Rechten und der Nationalliberalen, gegen die Partei des Vorredners gewandt: „Sie existieren nur noch mit Unterstützung

anderer Fraktionen, Sie haben keine selbständige Stellung . . .,
deutsch-freisinnig — das kann ich wirklich nicht über meine Lippen
bringen, ich schäme mich der Unwahrheit, die ich jedesmal nieder-
schreibe, wenn ich das niederschreibe oder sage. Ich halte die
Partei weder für deutsch, noch für freisinnig; ich halte sie für eine
Gefahr für das Deutsche Reich und für unduldsam, für das Gegen-
teil von freisinnig. Sie sind Antisozialdemokraten, aber Demo-
kraten. Was ist denn das unterscheidende Kennzeichen zwischen
Republik und Monarchie? Ich unterscheide zwischen beiden auf der
Linie, wo der König durch das Parlament gezwungen werden kann
ad faciendum, irgend etwas zu thun, was er aus freiem An-
triebe nicht thut.“ Auch „der Gedanke, die Behauptung, daß ich
überhaupt keine unabhängige Meinung neben mir dulden könnte,
ist vollständig unrichtig. Jede der vorhandenen Parteien habe ich
schon als Gegner gehabt und jeder Partei habe ich die Hand ge-
geben, wenn ich gefunden habe, daß sie ihrerseits dem zustimmte,
was ich im Interesse des Landes, der Nation, des Kaisers und
Königs für richtig halte. Das ist meine Grenze. Wenn ich keinen
Widerspruch ertrüge — 23 Jahre stehe ich auf dieser Stelle —
müßte ich längst tot sein. Ich habe im Widerspruche, im Kampf
von Anfang an gelebt, und wenn ich mich jedesmal der Mehrheit
des Landtags und des Reichstags hätte fügen wollen, wo wären wir?“

Lebhafter Beifall der Rechten und Nationalliberalen erhob
sich bei diesen Worten, aber an die Mehrheit dieses Hauses war
alle staatsmännische Weisheit verschwendet. Mit 180 gegen 99
Stimmen wurde der fortschrittliche Diätenantrag angenommen. Doch
scheiterte er auch diesmal an der Ablehnung seitens des Bundes-
rates. Die Politik des Triumvirates Windthorst-Richter-Grillen-
berger erinnerte lebhaft an die Wirksamkeit der „Reichsglocke“.
Kein Tage durfte vergehen ohne persönlichen Angriff auf Bismarck,
ohne Erneuerung der „Nadelstiche“. Am 26. November hatten
Fortschritt, Zentrum und Sozialdemokratie für Diäten gestimmt,
und am 3. Dezember schon beriet der Reichstag über den von dem
Triumvir Windthorst eingebrachten und von den beiden Trium-

virn und den Myrmidonen aller drei Männer unterstützten Antrag: das am 4. Mai 1874 verkündete Reichsgesetz betreffend die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern („Expatriierungsgesetz“) aufzuheben. Dieser Antrag Windthorsts hatte eine eigentümliche Vorgeschichte. Er war nämlich schon im Frühjahr 1882 eingebracht, vom Reichstag auch angenommen, aber vom Bundesrat abgelehnt worden. Zum zweiten Male hatte ihn der Reichstag in der Sitzung vom 25. Juni 1884 angenommen, der Bundesrat ihn aber am 17. November 1884 wiederholt abgelehnt — und schon drei Tage nach dieser Ablehnung, am 20. November 1884, brachte ihn der Abg. Windthorst zum dritten Mal im Reichstag ein und begründete dieses auffallende Thun am 3. Dezember mit der Bemerkung: die Entscheidung des Bundesrates enthalte eine gröbliche „Mißachtung“ des Reichstags!

Fürst Bismarck erteilte ihm sofort die zutreffende Antwort: „Darin liegt doch eine Stellungnahme des Reichstags dem Bundesrat gegenüber, die ich nicht anders als mit dem Ausdruck „Mißachtung der verbündeten Regierungen“ bezeichnen kann (Widerspruch im Zentrum) . . ., indem Sie den Antrag wieder stellen, mit dem Sie in väterlicher Milde dem Bundesrat Gelegenheit geben wollten, von seinem übereilten Beschlusse noch zurückzukommen. Es ist das ein Maß von Geringschätzung, das der Bundesrat dem Reichstag gegenüber sich niemals erlauben würde. . . Man sollte glauben, es wäre Gefahr im Verzug, es wäre besondere Eile, um einem Notstande abzuhelfen, vorhanden (Jawohl! im Zentrum). Worin besteht denn dieser Notstand?“ Das Gesetz sei überhaupt nur in Preußen und nur unter Falk zur Anwendung gekommen. Unter Puttkamer und Goßler, also seit 5 bis 6 Jahren nicht mehr. Unter Falk seien nur etwa 280 Geistliche von dem Gesetze betroffen worden, aber in Bezug auf sie sei „die Wirkung des Gesetzes aufgehoben (Hört! hört! rechts).“ Nur 27 verschollene Geistliche, von denen niemand wisse, ob oder wo sie leben, seien noch von dem Gesetze betroffen. Unter solchen Umständen mache der Antrag Windthorst, seine Erneuerung, nachdem der Bundesrat ihn drei Tage zuvor ab-

gelehnt, vollends den Eindruck: „daß Sie im Namen der Reichstagsmehrheit, ich möchte sagen, eine Art von Geßlerschem Hut vor dem Bundesrat aufrichten, den er grüßen soll. Eine andere Wirkung und einen anderen Zweck kann der Antrag nicht haben, als die verbündeten Regierungen zu demütigen (Sehr wahr! rechts). Das wird Ihnen nicht gelingen, m. H.!"

Die preußische Regierung könne das Gesetz für ihre von Polen bewohnten Länder keinesfalls aufgeben.... „Ein konfessionell gemischtes Staatswesen deutscher Nation, welches mit Ausschließlichkeit oder Unentbehrlichkeit auf die Unterstützung des Zentrums und der römischen Kurie angewiesen wäre," sei „auf die Dauer nur dann haltbar, wenn es zeitweise auch in die Lage kommt, die Unterstützung, die ihm von der römischen Geistlichkeit gewährt wird, vorübergehend entbehren zu können (Sehr gut rechts)." Er sei weit entfernt von der Neigung, der Zentrumspartei grundsätzlich entgegenzutreten. „Sie hat vieles an sich, was mich im Vergleich mit den andern in hohem Grade anzieht und besticht: eine sehr strenge Disziplin (Heiterkeit), eine bestimmte Führung in einer bestimmten Person... man kann mit ihr rechnen; sie hat für mich nur die Gefahr: man kann sich mit ihr nicht einlassen, ohne sich dem Geist, der in ihr lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben; man wird auf die Dauer davon erfaßt und, und es kommt immer wieder der Moment, wo es heißt: willst du jetzt fechten, oder willst du weiter mit mir gehen? Das ist eine Perspektive, die ich fürchte; es mag Mangel an Mut sein (Heiterkeit rechts), aber ich kann mich davon auf Kosten des Reichs nicht vollständig losreißen.... Bedingungslos kann ich mich nicht unterwerfen, und ich kann auch keine Konzessionen machen, solange ich der Gegenkonzession und des Wertes davon nicht sicher bin; das ‚do ut des' haben Sie selbst in die Politik hineingebracht und daran müssen wir festhalten."

In einer leidenschaftlichen Gegenrede gestand Windthorst ein, daß der Antrag nicht auf den Bundesrat, sondern unmittelbar auf den Reichskanzler gemünzt sei, weil dieser durch sein persönliches Gewicht im Bundesrat den Ausschlag gebe. Die Reichstagsmehrheit

ging behaglich auf diese persönliche Zuspitzung des Antrages ein, indem sie ihn mit 217 gegen 93 Stimmen annahm. Im Bundesrat aber verfiel er von neuem der Ablehnung.

Doch kein Tag durfte ohne „Nadelstiche" gegen den Kanzler bleiben. Kaum war am 3. Dezember die Abschaffung des Expatriierungsgesetzes beschlossen, so bot schon der folgende Tag wieder eine schöne Gelegenheit, dem verhaßten Leiter der deutschen Politik die Macht der ihm feindlichen Mehrheit zu zeigen. Im Budget des auswärtigen Amtes für 1884/85 war nämlich eine Gehaltsaufbesserung von zusammen 2700 Mark für drei wissenschaftlich gebildete, ausgezeichnet bewährte Unterbeamte der Reichskanzlei gefordert. Diese Beamten hatten seit Jahren täglich 14 Stunden Dienst, ohne Sonntagsruhe; jeder von ihnen konnte nur immer den dritten Tag bei seiner Familie zu Mittag essen. Sie hatten im Dienst des Amtes ihre Gesundheit untergraben, und ihnen war die Übertragung der Chiffredepeschen, das geheimste der Geheimnisse, anvertraut. Trotzdem waren vier Reden, eine des Oberregierungsrates v. Rottenburg, eine des Abgeordneten Grafen Herbert v. Bismarck und zwei des Reichskanzlers selbst nötig, um den Antrag Richter auf Streichung dieser armseligen 2700 Mark nach zwei Lesungen endlich zu Fall zu bringen und diese Gehaltszulage zu retten. Bismarcks Rede in der Sitzung vom 4. Dezember 1884 war besonders denkwürdig durch die Aufschlüsse, die er über seine eigene amtliche Geschäftsthätigkeit gab. „Ich kann meinen Dienst im Auswärtigen und in den Verbindungen mit allen inneren Behörden nicht auf bestimmte Stunden beschränken; ich muß von acht Uhr morgens an bis zehn des Abends, ja selbst in der Nacht Leute zur Verfügung haben, die sofort da sind. Es vergeht von früh an bis ziemlich spät kaum eine Viertelstunde, zu manchen Zeiten nicht fünf Minuten, wo meine Thür nicht geöffnet, und ein neues Papier, eine neue Mitteilung hereingebracht wird, über die ich mich entschließen muß, ob sie eine sofortige geschäftliche Behandlung erfordert; und wenn dies der Fall ist, oder auch wenn die Sache nur zu den Akten gehen soll, so muß ich die Reichskanzlei — etwas

anderes habe ich nicht zur Verfügung — dort haben; es ist also ganz unmöglich, daß die Stelle unbesetzt bleibt. Daraus folgt also ein Arbeitstag von acht Uhr morgens bis zehn Uhr abends. Ja, die Erledigung dessen, was nachher zum anderen Morgen fertig sein muß, hält die Herren doch gewöhnlich bis elf Uhr abends auf.“ Das war Bismarcks und seiner Kanzleibeamten „Normalarbeitstag“! Und am Schlusse rief er, unter lebhaftem Beifall der reichstreuen Parteien: „Wenn das Zeugnis eines Mannes, der 22 Jahre lang auswärtiger Minister gewesen ist, hier vorliegt, so sollten Sie mir doch das nicht beschneiden, was ich glaube für die Dienste, die ich dem Lande leiste, zu gebrauchen.“ Am 15. Dezember wurden dann endlich, nachdem die Kommission nochmals über den winzigen Posten beraten, diese 2 700 Mark vom Reichstag bewilligt. Dabei berichtete der Abgeordnete Frhr. v. Hammerstein dem Reichstag: ein Engländer, dem man wahrheitsgetreu die Verhandlungen des deutschen Parlaments über diese 2 700 Mark vortrug, habe unwillig erwidert: das möge man einem anderen weismachen, er lasse sich nicht zum Narren halten.

Noch Unglaublicheres folgte aber schon an demselben 15. Dezember, da jene 2 700 Mark bewilligt wurden. An diesem Tage trat der Reichstag nämlich in die Beratung der Regierungsforderung ein, für Begründung der Stelle eines zweiten Direktors innerhalb der zweiten Abteilung des Auswärtigen Amtes 20 000 Mark zu bewilligen. Durch die Annahme des Diätenantrages am 26. November hätte der Reichstag das Budget — wenn der Bundesrat diesem Antrag zugestimmt hätte, jährlich um etwa eine Million Mark höher belastet. Nun aber, wenige Wochen später, erklärte der Berichterstatter des auch in der Budgetkommission vorherrschenden Triumvirates, Herr v. Bunsen, mit Seelenruhe: Die Kommission könne „wegen der finanziellen Notlage des Reiches diese Forderung nicht bewilligen, obwohl sie“ dem in den Motiven der Vorlage „geschilderten Notstand ihr Mitleid nicht versage!“ Wenn freilich das Deutsche Reich mit dem Mitleid dieser Triumviratsparteien hätte haushalten sollen, so wäre es so erbarmungswürdig ge-

worden, wie diese selbst! Der in den Motiven geschilderte und in der Sitzung vom 15. Dezember vom Unterstaatssekretär Dr. Busch noch eingehender dargestellte ‚Notstand‘ war einfach himmelschreiend. Seit dem Jahre 1810 hatten die Anstellungsverhältnisse im Auswärtigen Amte Preußens, das jetzt die auswärtige Politik des ganzen Deutschen Reiches besorgte, unverändert fortbestanden. Damals aber hatten die jährlichen Eingänge 10000 Nummern umfaßt, jetzt 70000. Von diesen Einläufen kamen 12000 auf die politische Abteilung, dagegen 58000 auf die handelspolitische und staatsrechtliche zweite Abteilung. Deshalb wollte Bismarck von dieser zweiten eine dritte Abteilung unter einem besonderen Direktor abzweigen. Der geheime Hauptgrund des Widerstandes der Opposition war die — völlig ungegründete — Besorgnis, daß diese dritte Abteilung eine Art von „Kolonialamt“ werden solle. Denn auch gegen die um jene Zeit inaugurierte Kolonialpolitik erhob diese Opposition — wie wir im folgenden Buche sehen werden — den heftigsten Einspruch und Widerstand. Solches Mißtrauen ist ansteckend wie verseuchtes Brunnenwasser. So darf uns denn nicht wundern, am 15. Dezember 1884 auch den, seinen eigenen Arbeitern gegenüber immer höchst humanen, deutschfreisinnigen Berliner Großindustriellen Löwe unter den Gegnern der Vorlage zu finden. Er begründete seine Ablehnung mit der Meinung: Das auswärtige Amt habe allerdings „ungeheuer große Aufgaben zu erfüllen“, aber so schlimm, daß jeder Beamte mit dem Eintritt in dieses Amt „sein Todesurteil unterschrieben habe“, werde die Sache doch nicht sein. Bismarck und seine Mitarbeiter bedürften also nicht der Schonung, die der Abgeordnete Löwe seinen Fabrikarbeitern gerne gönnte.

Nun erhob sich Fürst Bismarck, zunächst zur Widerlegung Löwes: „Es waren ihm, wenn ich ihn richtig verstand, doch noch nicht genug Leute auf dem Platze unter der Arbeit geblieben.“ Bismarck stellte dagegen fest, daß unter dieser Arbeitslast selbst die kräftigsten Naturen zusammengebrochen seien. So Herr v. Bojanowski, zuletzt Generalkonsul in London; so der ungemein arbeitsfähige und arbeitslustige Staatssekretär v. Bülow. Auch er mußte

sich sehr bald zu seiner Entlastung den damaligen Gesandten am griechischen Hofe, Herrn v. Radowitz, an die Seite berufen — und „diese Einrichtung ist dem Reiche noch teurer geworden als die einer Anstellung eines zweiten Direktors“, denn Radowitz bezog natürlich seinen Gesandtengehalt in Berlin, als Hilfsarbeiter Bülows, fort. Gleichwohl „ist Herr v. Bülow der Last seiner Geschäfte erlegen, zu Schanden gearbeitet worden und schließlich in seinem amtlichen Sessel, sozusagen unter Feuer, geblieben.“ Auch Fürst Hohenlohe, der damalige Botschafter in Paris, habe eine Zeit lang aus „Gefälligkeit“ diese Geschäfte „mit der ihm eigenen Zuvorkommenheit und Hingebung für den Dienst“ versehen; „aber schon nach einem halben Jahre mußte er erklären, daß die damit verbundene Geschäftslast seine Kraft und Gesundheit überstiege, und hat demnächst abgelehnt.“ Auch Bismarcks jetzige Beistände, Graf Hatzfeld und Dr. Busch, seien „von dem Übermaß der auf ihnen ruhenden amtlichen Pflichten derartig geschädigt“, daß beide zur Herstellung ihrer Gesundheit absolut notwendig einen Urlaub haben müßten, und Dr. Busch ganz aus dieser „ihm liebgewordenen Arbeit“ ausscheiden werde, um einen Gesandtenposten zu übernehmen. „Dem Herrn Abg. Löwe genügt die Zahl der Opfer, die ich aufzähle, nicht; er will weitere abwarten. Wir sind aber nicht entschlossen, ihm dies Vergnügen zu machen; und wenn keine Erleichterung stattfindet, so können eben die Geschäfte in dem bisherigen Maße und mit der bisherigen Wirksamkeit nicht befolgt werden.“

Auch hier, wie bei der Debatte vom 3. Dezember, boten aber Bismarcks Enthüllungen über seine eigene Arbeitslast und Pflichtübung das Hauptinteresse. „Es gehen im Auswärtigen Amt etwa 70 000 Nummern (im Jahr) durch,“ sagte er, „und allein in der zweiten Abteilung täglich etwa 160 Konzepte. Die Zahl in der politischen Abteilung ist so groß nicht; dafür sind die Konzepte aber länger, manchmal ein einziges 20 Bogen stark. Es ist mir schon in der politischen Abteilung ganz unmöglich, alle Sachen zu lesen. Auch wenn ich die volle Arbeitskraft noch hätte, mit der ich in den Staatsdienst getreten bin, und die ich seitdem auf dem

Altare des Vaterlandes mit Vergnügen geopfert habe. Die Zahl der Nummern der zweiten Abteilung beläuft sich (aber gar) auf 58000; das macht, wenn man im Jahre 300 Arbeitstage, wie im Unfallgesetz, rechnet und den Arbeitstag etwa zu zehn Stunden, beinahe auf eine Minute eine Nummer, und es sind Nummern darunter, deren Lesen und Bearbeiten mehrere Tage erfordern. Jede dieser Nummern, auch die kleinste, kann den Keim einer Verwickelung in sich tragen; es ist oft sehr schwer bei einer politischen Verwickelung das *πρῶτον ψεῦδος* (den Urfehler) aufzufinden, wo der falsche Weg, der eingeschlagen ist, von dem richtigen, der hätte eingeschlagen werden müssen, sich getrennt hat. Es ist deshalb notwendig, auch die kleinen Sachen im Auge zu behalten, weil sehr leicht eine Verletzung oder eine unberechtigte Inanspruchnahme darin enthalten sein kann. Der auswärtige Minister muß also entweder selbst alles sehen, oder er muß so viele Leute wie notwendig ist, haben, . . . auf deren Unterschrift hin er die seinige setzt, auf deren Urteil, deren Takt, deren sorgsame Arbeit und Aktenlesung er rechnet, wenn er, der Minister selbst persönlich nicht im stande ist, dies alles in jedem einzelnen Falle zu leisten.

Dazu seien aber, bei der enormen Geschäftslast, mindestens Drei erforderlich, da er schon bisher mit Zweien nur ausgekommen sei, indem er selbst ein Übermaß von Arbeit übernommen habe, was er aber auf die Dauer nicht mehr könne . . . „Ich darf wohl ohne Überhebung sagen, daß in den letzten 20 Jahren die auswärtigen Geschäfte des Landes zur Zufriedenheit der öffentlichen Meinung (Beifall rechts) und des Landes geführt worden sind . . .; sie werden aber wiederum schlechter geführt werden, wenn Sie der Geschäftsleitung die nötigen Arbeitskräfte versagen wollen und sich selbst mit Ihrem Urteil an deren Stelle setzen über das, was nötig ist und was nicht nötig ist (Beifall rechts). Wenn ich Ihnen nach nun bald 23jähriger Erfahrung und re bene gesta*) auf mein Wort und meinen Diensteid hier versichere: diese Kräfte

*) Nach guter Führung der Sache, gutem Erfolge.

sind notwendig — und Sie sagen: Nein, das ist nicht wahr, — so bin ich entweder unglaubwürdig oder unwissend und unfähig (Oh! oh! links). Tertium non datur.*) Im ganzen Ausland — kann ich mit einer gewissen Befriedigung sagen, die mir in der Heimat leider versagt ist — werden die Richtigkeit, die Zweckmäßigkeit, mein Verständnis zur Sache und meine Gewissenhaftigkeit allgemein anerkannt; — hier werden sie in Zweifel gezogen, so oft ich amtlich dafür eintrete (Beifall rechts). Ich werde mich darüber zu trösten wissen — ich bedarf Ihrer Anerkennung nicht."

In der nun folgenden Debatte trat zunächst der württembergische Nationalliberale Abg. Lenz mit einer begeisterten Lobrede auf Bismarcks unendlich große Verdienste für diese Forderung ein, deren Bemängelung bei der Geringfügigkeit des Postens leicht so aufgefaßt werden könne, als handle es sich nicht um finanzielle Erwägungen, sondern „um eine Politik der Nadelstiche". Wer aber die treiben wolle, werde sich nur selbst in die Finger stechen. Der Abg. Hänel sprach darauf die Meinung aus, die Lebhaftigkeit, mit welcher der Reichskanzler für die Vorlage eingetreten sei, errege den Verdacht, daß er seinen Willen um jeden Preis durchsetzen wolle. Bismarck erklärte darauf diesen Preis — „von 20000 ℳ jährlich, selbst wenn es 50000 wären" — für sehr billig, wenn das Haus sich daran erinnern wolle, daß zeit seiner Amtsführung, seit 1862, keine Mobilmachung ohne darauf folgenden Krieg beschlossen worden sei, also in all den zahlreichen kriegdrohenden Verwickelungen, die seine Politik geschlichtet habe, eine Mobilmachung, die Millionen erfordert hätte, vermieden worden sei. Seinen Willen gedenke er in diesem Falle allerdings durchzusetzen: „Wir werden den Schaden nicht zulassen, wir werden das Kind nicht zu Schaden kommen lassen mit Ihrer oder ohne Ihre Hilfe (Beifall rechts)... Ich stehe und fechte hier im Namen des Königs und als deutscher Unterthan meines angestammten Herrn, und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund dabei werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen (lebhafter Beifall rechts)."

*) Ein Drittes gibt es nicht.

Darauf erlaubte dem sozialdemokratischen Abg. v. Vollmar seine Erziehung und Bildung die Bemerkung: „Der Herr Reichskanzler sagt, er nehme es (die Vorlage) ‚gewissermaßen auf den Diensteid‘. Nun, da könnten Sie ja doch gleich das ganze Budget auf den Diensteid nehmen. Übrigens haben wir in Deutschland mit dem Diensteid so viele unangenehme Erfahrungen gemacht, daß wir alle Veranlassung haben — (große Unruhe rechts).“ Weiter kam der Frechling nicht in seinem unqualifizierbaren Thun. Der Präsident griff gegen diese banausische Schmähsucht nachdrücklich ein. Bismarck aber ließ dem Manne noch folgende Züchtigung angedeihen: „Ich stehe über dieser Verdächtigung, aber nicht über der Notwendigkeit, mir gegenüber die Anwendung der Formen der gesitteten Gesellschaft zu fordern, und dies liegt außerhalb derselben. . . Wenn Sie in der Politik eine Geltung überhaupt haben wollen, so lernen Sie die Formen der anständigen Gesellschaft achten und sich danach richten, und beschimpfen Sie nicht Ehrenmänner auf eine ehrlose Weise (lebhafter Beifall rechts).“ Der Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath verlas dann in seiner Rede für die Vorlage aus dem Pariser Blatte „République Française“ die für das Triumvirat wenig schmeichelhafte Stelle: „Deutschland hat vom Reichskanzler und der durch ihn geführten auswärtigen Politik so viel Nutzen gezogen, daß es seinen Abgeordneten übel ansteht, über die Kosten derselben zu feilschen.“ Aber unbeschämt lehnten die Gefolgsleute der Triumvirn die Vorlage mit 141 gegen 119 Stimmen ab. Unter den vielen schmachvollen Beschlüssen, welche Deutschland jenem Reichstag ins Schuldbuch schrieb, war dieser Beschluß einer der schmachvollsten.

Da erhob sich aber im ganzen deutschen Volke, ja selbst im Auslande, ein wahrer Sturm der Entrüstung über diese Mehrheit, eine Flut von Erklärungen dankbarer Zustimmung an den Reichskanzler. Ein Elberfelder Komitee sandte ihm sofort 20000 ℳ bar ein. Die „République Française“ schrieb: „Bismarcks Niederlage kann uns Franzosen freuen, denen er so übel mitgespielt hat; doch wenn wir seine Landsleute wären, würden wir darüber empört

sein." Noch verächtlicher urteilte die englische Presse über das Mehrheitsgefolge der drei Männer. Die „Times" sagte: „Solche Schäbigkeit und Kleinlichkeit sind niemals von einer Körperschaft zur Schau gestellt worden, die sich selbst ein Parlament nennt." Der „Daily Telegraph" sprach von einer „Handlung erstaunlicher Undankbarkeit, einer knickrigen Weigerung und gemeinen Beleidigung". Ein Telegramm angesehener Bürger aus Linz versicherte den Reichskanzler ihrer Empörung über „jene kleinlichen und nörgelnden Einwendungen". Bismarck war außer stande, den Einzelnen zu antworten. Er that es am 21. Dezember durch ein von der „Nordd. Allg. Ztg." am 22. veröffentlichtes Dankschreiben: „Dem Mißtrauensvotum, welches die Mehrheit des Reichstags durch Ablehnung dienstlich unentbehrlicher Mittel mir erteilt hat, stehen zahlreiche Beweise des Vertrauens gegenüber, mit welchen das deutsche Volk die von mir vertretene auswärtige Politik Sr. Majestät des Kaisers zu unterstützen bereit ist. In den Kundgebungen der im Volke lebendigen nationalen Gesinnung finde ich die Ermutigung, auch bei abnehmenden Kräften auszuharren im Kampfe gegen die Parteien, deren Unverträglichkeit unter einander und deren Einmütigkeit im Widerstande gegen jede staatliche Leitung die Entwickelung des Reiches hemmen und unsere mit schweren Opfern von der Nation erkämpfte Freiheit gefährden."

Die ehernen Säulen der roten und deutschfreisinnigen Demokratie nannten diese Zustimmungen an Bismarck „Byzantinismus" und die ultramontane Presse wollte den großen Entrüstungssturm gar nur als künstliche Mache offiziöser Zeitungsschreiber darstellen. Aber der Sturm wirkte. Denn am 4. März 1885 wurden die 20000 Mark mit 173 gegen 153 bewilligt. Neunzehn Deutschfreisinnige waren von dem nationalen Sturmwind erfaßt worden und „umgefallen".

Es wäre zu verwundern gewesen, wenn die Polen ihren Anteil an dieser „Politik der Nadelstiche" nicht auch gefordert hätten. Nun schlug auch ihr Stündlein. Vom April 1885 an hatte die preußische Regierung Massenausweisungen russischer und österrei-

chischer Polen verfügt, die massenhaft in die östlichen preußischen Provinzen eingedrungen waren und hier durch Polonisierungsbestrebungen das unverdiente preußische Gastrecht mißbrauchten. Auf eine Interpellation der polnischen Fraktion hatte Minister v. Puttkamer die Maßregel im preußischen Abgeordnetenhause schon am 6. Mai gerechtfertigt „als einen Akt der Notwehr deutscher Nationalität und Kultur gegenüber der in den letzten 15 Jahren ganz auffälligen Durchsetzung der deutschen Bevölkerung in den deutschen Ostprovinzen mit polnischen Zuzüglern aus Österreich und Rußland“. Mit konfessionellen Verhältnissen habe die Maßregel nichts zu thun. Das Abgeordnetenhaus hatte sich bei dieser Erklärung beschieden, obwohl dort Deutschfreisinn und Zentrum für die deutschfeindlichen polnischen Beschwerdeführer eintraten. Die Triumviratsparteien aber brachten noch eine ganz andere Leistung fertig. Den Reichstag und das Reich ging natürlich diese Handhabung des innerpreußischen Fremdenrechtes nicht das Geringste an. Aber am 26. November 1885 brachte gleichwohl die polnische Fraktion des Reichstags, unterstützt von Zentrum, Deutschfreisinn, Sozialdemokraten, Welfen, Elsässern eine von 169 Unterschriften „deutscher“ Abgeordneter bedeckte Interpellation folgenden Inhalts ein: „In den letzten Monaten wurden viele Tausende von fremden Unterthanen, namentlich aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates, ausgewiesen oder für die nächste Zukunft damit bedroht. Wir richten an die Reichsregierung die Anfrage, ob diese Thatsache und ihre Begründung zu ihrer Kenntnis gelangt ist, und ob dieselbe bereits Schritte gethan hat oder noch zu thun beabsichtigt, um der weiteren Durchführung der verhängten Maßregel entgegen zu wirken.“

Diese Interpellation stand auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung vom 1. Dezember. Sofort erhob sich Fürst Bismarck mit der Erklärung: „Ich habe zunächst dem Reichstage eine Allerhöchste Botschaft in Bezug hierauf mitzuteilen (der Reichstag erhebt sich).“ Diese Botschaft bezeichnete in vornehmen Worten die „von der Mehrzahl der bisher anwesenden Mitglieder des Reichstags

unterschriebene Interpellation" als eine im Grunde unverschämte und völlig rechtlose Einmischung dieser Mehrheit in die höchsten Kron- und Regierungsrechte des Königs von Preußen. Es war wörtlich ausgesprochen: „Es gibt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Kontrolle des Reichstags, wie sie durch jene Interpellation versucht wird, die Aufsicht über die Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu führen, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist . . . Deshalb fühlen Wir Uns bewogen, dem Reichstage Unsere Überzeugung kund zu thun, daß die Rechtsauffassung, zu welcher die Mehrzahl der anwesenden Abgeordneten durch ihre Unterstützung der gedachten Interpellation sich bekannt hat, im Widerspruch mit dem deutschen Verfassungsrechte steht, und daß Wir etwaigen Versuchen einer Bethätigung derselben nicht nur Unsere Mitwirkung versagen, sondern denselben gegenüber die Rechte einer jeden der verbündeten Regierungen nach Maßgabe des Bundesvertrags vertreten und schützen werden."

Der Verlesung der Botschaft ließ Bismarck eine kurze Rede folgen, „auf Befehl meines Herrn, des Königs von Preußen, und in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter Preußens." Im Eingange des Bundesvertrages, welcher die Grundlage der Reichsverfassung bilde, stehe, daß der König von Preußen und die anderen Monarchen einen Bund schließen: „zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts." „Zu diesem gültigen Rechte gehört das Hoheitsrecht des Königs von Preußen, in Seinen Staaten und insbesondere in deren Grenzprovinzen die deutsche Nationalität in ihrem Bestande und in ihrer Entwickelung vor jeder Beeinträchtigung durch fremdländische Elemente, und namentlich vor der weiteren Ausbreitung der seit Jahrzehnten dort im Gange befindlichen Polonisierung deutscher Volksstämme zu schützen. Der König von Preußen hätte daher einen Anspruch auf den Schutz des Reichs in der Ausübung dieses Rechts, wenn ihm dasselbe vom Auslande her bestritten werden würde. Das Ausland aber bestreitet dieses Recht in keiner Weise" — mit Rußland und Öster-

reich sei Preußen vielmehr vollständig einverstanden — nur der Reichstag bestreite dieses Recht durch diese Interpellation. Wenn diese nun bloß von den Herren Polen ausgegangen wäre, oder von den Sozialdemokraten, „allenfalls auch von den sonstigen ausländischen Elementen unterstützt (Oh! links), so würde darauf nicht in dieser Form reagiert worden sein." Auch nicht, wenn noch der Deutschfreisinn allein „ein wesentliches Kontingent zu den Unterschriften gestellt" hätte. Denn man hätte auch darüber in den Formen der gewöhnlichen kontradiktorischen Verhandlung im Reichstag hinweggehen können, „in Erinnerung an die Thatsache, daß unsere Verfassung seit ihrer Geburt sich bei unseren freisinnigen Mitbürgern nur einer stiefmütterlichen Behandlung zu erfreuen gehabt hat." Da aber das Zentrum sich in der Gesamtzahl seiner anwesenden Mitglieder an der Sache beteiligt habe, so sei „ein voller und formeller Protest wohl angebracht" gewesen. Denn wenn das Zentrum „einen Weg in unitarischer Richtung betrete, zu einer Art von Konvent, welcher die Befugnis hätte, unter Zuhilfenahme einer von der Mehrheit unterschriebenen Interpellation die verschiedenen deutschen Landesherren vor seine Schranken zu rufen, um sich zu rechtfertigen, wie sie die ihnen zweifellos zustehenden Landeshoheitsrechte namentlich in Bezug auf Ausländer ausüben — m. H., das ist eine Entwickelung der Verfassung, die im Widerspruch mit den Bundesverträgen steht, an der die verbündeten Regierungen sich nicht beteiligen können, und deshalb erkläre ich im Namen derselben, daß sie die Beantwortung dieser Interpellation ablehnen und sich an einer Erörterung über dieselbe nicht beteiligen werden (Beifall rechts)."

Als Windthorst nun „zur Geschäftsordnung" sprechend, zwar die Besprechung der Interpellation heute zu vertagen beantragte, damit man sich ruhig überlegen könne, was diesem ihm und den übrigen Triumvirn höchst ungelegenen persönlichen Eingreifen des Kaisers gegenüber zu thun sei, der Führer des Zentrums aber trotzdem dabei auf die Sache selbst einging, verließ Bismarck mit dem ganzen Bundesrat den Saal. Nun beschloß der Reichstag, trotz

Richters Widerspruch, die Besprechung der Interpellation abzusetzen. Da aber zugleich der Etat von 1886/87 auf der Tagesordnung stand, so benützte Windthorst die Beratung der Position, Reichskanzler und Reichskanzlei, um die Rede zur Poleninterpellation nun bei dieser Position zu halten. Die vielfachen Rufe „zur Sache" erstickte der ultramontane Führer mit der pathetischen Erklärung: hier stehe die Besoldung des Reichskanzlers zur Frage und da sei das kostbare parlamentarische Recht zu üben, daß man zeige, wo dieser nicht richtig gehandelt habe. Im übrigen heuchelte er Freude darüber, daß er für seine partikularistischen Tendenzen die mächtige Bundesgenossenschaft des Reichskanzlers gefunden habe. Die Ausweisungen aber seien nur aus konfessionellen Gründen erfolgt, nur eine neue Episode des Kulturkampfes.

Fürst Bismarck war mit dem Bundesrat wieder eingetreten, sobald der Reichstag die Budgetdebatte begann, und höchst erstaunt, von Windthorst die Rede zu hören, die zu der Poleninterpellation gehörte. Aber die Perle von Meppen sollte mit diesem Schachzug wenig Freude erleben. Bismarck bezeichnete ihn als einen „sehr durchsichtigen Vorwand, um eine Sache zur Sprache zu bringen, die eben nicht auf der Tagesordnung" stand. „Die Anstellung des Reichskanzlers hängt gar nicht vom Vorredner und seiner Zufriedenheit mit mir ab — sonst wäre ich es ja längst nicht mehr —, sondern von Sr. Majestät dem Kaiser; wenn Sie mir mein Gehalt streichen, so werde ich einfach vor Gericht klagen, und das Reich wird verurteilt werden, solange ich Reichskanzler bin, mir mein Gehalt zu bewilligen (Heiterkeit) ... Der Herr Vorredner kann mir keinen Pfennig von meinem Gehalt streichen. Wenn diejenigen, die darüber zu entscheiden haben, mit meinem Dienste unzufrieden wären, so würde es für mich eine große Erleichterung gewesen sein, mich in den Ruhestand zurückziehen zu können, den ich auch dem Herrn Vorredner, der ja noch drei Jahre älter ist als ich, dringend empfehlen möchte (Heiterkeit). Der Herr Vorredner hat sich darüber gefreut, mich als Partikularisten begrüßen zu können. Ich habe (jedoch) noch nie Anlaß gegeben, in der

Nation für einen Partikularisten zu gelten, und ich glaube, der Herr Vorredner wird mit der Behauptung im Ganzen sehr wenig Anklang finden. Aber, wenn der König, mein Herr, nicht dessen sicher wäre, daß ich die Rechte Seiner Regierung vertrete, und die übrigen Bundesgenossen nicht dessen sicher wären, daß ich die Rechte ihrer Regierungen mit derselben Unparteilichkeit vertrete wie die Rechte der Reichsgewalt, dann wäre in diesen achtzehn Jahren die Reichsverfassung nicht so fest gewachsen, wie sie bisher ist. Wo wäre das Reich, wenn es mit dem Mißtrauen des Königs von Preußen und mit dessen Unzufriedenheit groß geworden wäre, wenn der König von Preußen das Gefühl hätte: ich war früher ein mächtigerer Monarch, als ich es jetzt bin, — wenn er Anlaß hätte, die Opfer zu bereuen, die er gebracht? Wo bliebe dann das Deutsche Reich ohne Preußen? (Sehr wahr! rechts)" Windthorst werde nach diesem Debüt „die Vermutung der Unschuld als Vertreter der Vertragsrechte" niemals wiedergewinnen. Er strebe vielmehr nach der Rolle, der Ankläger der deutschen Fürsten vor einem unitarischen Konvent zu werden. „Und dazu sollen wir mitwirken?"

„Diese ganze Interpellation mit der Frage: ‚Weiß die Reichsregierung?' — eine Behörde, die es gar nicht gibt —, ‚weiß sie dies und das' — ist doch eine Verhöhnung der Realitäten. Wie soll denn die Reichsregierung, sie mag gedacht werden wie sie will, zu der der Reichskanzler gehört, nicht von dem wissen, was der Ministerpräsident in Preußen gethan hat? Also diese Art von Stilistik zeigt ja schon die Unaufrichtigkeit in der Tendenz dieser Interpellation. Sie haben eine Motivierung gebraucht" (für die mangelnde Zuständigkeit des Reichstags) „und schwer gefunden. Deshalb haben Sie die Unmöglichkeit fingiert, daß Sie der Reichsregierung vielleicht eine große Neuigkeit mitteilen (Heiterkeit). M. H., ich möchte doch dringend bitten, daß Sie uns, den Bundesrat und die Regierungen ernsthafter nehmen." Windthorst scheue freilich kein Bündnis, um jede Frage „für Kulturkampfzwecke zurechtzustutzen". Da stünden 168 Namen unter der Interpellation: 68 Mitglieder des Zentrums, 35 Freisinnige, 21 Sozialdemokraten, 15 Protestler,

7 Welfen, 3 von der Volkspartei, 1 Däne („außerdem natürlich die 17 oder 18 Polen). Mit dieser homogenen und nationalen Koalition (Große Heiterkeit) tritt der Herr Vorredner dem Stifter und ersten Kaiser des Reichs entgegen in Seinen nationaldeutschen Bemühungen, Seine Unterthanen vor den außerordentlichen Fortschritten der Polonisierung sicher zu stellen!“

Der Reichskanzler schloß unter lebhaftem Beifall mit den Worten: „Ich freue mich, die Herren auf demselben fahlen Pferde im preußischen Landtage wieder zu sehen; — da werden wir uns noch entschiedener aussprechen, als ich es hier vermag.“

An den Verhandlungen über die polnische Interpellation, die der Reichstag am 15. und 16. Januar 1886 in Scene setzte, und die namentlich durch den Vertreter der „Würde des Reichstags“, Herrn Liebknecht, entwürdigt wurden, beteiligten sich Bismarck und der Bundesrat nicht, auch nicht einmal als Zuhörer. Der Reichstag nahm dabei eine Resolution des Abg. Windthorst an, daß „die Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen nach ihrem Umfange und ihrer Art“ (die Stilisierung läßt zweifelhaft, ob „nach Umfang und Art“ der Ausgewiesenen oder der Ausweisungen) „nicht gerechtfertigt erscheinen und mit den Interessen der Reichsangehörigen (!!) nicht vereinbar sind.“ Der Bundesrat aber lehnte am 23. Januar ab, diese Resolution in Betracht zu ziehen, da die Zuständigkeit der preußischen Regierung zu diesen Ausweisungen eine zweifellose und ausschließliche sei. Und noch ehe der Reichstag in diese traurige Debatte für nationalpolnische Bestrebungen eintrat, hatte Bismarck in Preußen kräftige Gegenschläge gegen den Polonismus vorbereitet.

Am 14. Januar 1886 eröffnete der König den preußischen Landtag mit einer Thronrede, in der es hieß: „Das Zurückdrängen des deutschen Elementes durch das polnische in einigen östlichen Provinzen legt der Regierung die Pflicht auf, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwickelung der deutschen Bevölkerung sicher zu stellen geeignet sind. Die zu diesem Zwecke in Arbeit befindlichen Vorlagen werden Ihnen s. Z. zugehen.“ Im Abgeord-

netenhause hatten freilich die nationalen Parteien seit den Neuwahlen vom 5. November 1885 die große Mehrheit.*) Und wenn auch hier in allen antinationalen Fragen Zentrum und Deutschfreisinn in unverbrüchlicher Eintracht zusammengingen, so wäre eine polenfreundliche Mehrheit doch nur bei Zutritt der Konservativen zu diesem Bündnisse möglich gewesen. Wie aber die beiden konservativen Fraktionen in dieser Frage dachten, das bewies schon am 23. Januar ein von ihnen und den Nationalliberalen gemeinsam eingebrachter Antrag Achenbach, welcher der Regierung für die eben erwähnte Zusage der Thronrede „die Genugthuung" des Abgeordnetenhauses und dessen „Bereitwilligkeit zur Durchführung dahingehender Maßregeln" erklärte. Windthorst und die Polen stellten zwei entrüstungsvolle Gegenanträge auf Übergang zur Tagesordnung. Die Verhandlung im Hause begann am 28. Januar 1886. Aus der Eröffnungsrede des deutschkonservativen Führers v. Rauchhaupt konnten nun aber namentlich die Herren vom Zentrum die volle Thorheit ihres Polenfeldzuges im Reichstag ermessen. Denn Rauchhaupt erklärte: Das Land verlange durch das Abgeordnetenhaus eine bündige und klare Antwort auf die Herausforderung, welche Windthorst im Reichstag gegen den preußischen Landtag gerichtet habe. Damit war das so vielvermögende und -versprechende konservativ-klerikale Bündnis der letzten Jahre in die Brüche gegangen und die alte Verständigung der Konservativen mit den Nationalliberalen erneuert. Wenn Herr Windthorst jetzt irgend einen Ausweg gefunden hätte, die Polen im Stiche zu lassen, er hätte ihn gewiß eingeschlagen; aber es gab keinen. Dafür sorgte schon Fürst Bismarck, der unmittelbar nach Rauchhaupt das Wort ergriff.

„Wir haben" (in Preußen 1815) — so begann er — „die Erbschaft übernommen, uns mit 2 Millionen polnisch sprechender Unterthanen, so gut wir können, auf denselben Gebieten, welche die Grenzen des preußischen Staates umschließen, einzuleben. Wir haben

*) Das Haus bestand aus 129 Konservativen, 65 Freikonservativen, 68 Nationalliberalen, 100 Zentrumsmännern und Welfen, 43 Deutschfreisinnigen, 15 Polen, 13 Wilden.

diese Situation nicht gemacht.“ Die ehemals polnischen Landesteile seien von Preußen ohne ein „vertragsmäßiges Abkommen irgend einer Art“ mit diesen Landesteilen oder seinen Bewohnern übernommen worden. „Die Proklamationen, mit denen König Friedrich Wilhelm III (1815) Besitz davon ergriffen hat, enthalten die Kundgebung der Absichten des Königs, die Kundgebung der Grundsätze, nach welchen er zu regieren gedachte. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, wie auch immer seine polnischen Unterthanen sich benehmen könnten, ist der König in keiner Weise eingegangen (Oho! bei den Polen), und die Versprechungen, die ehrlich vom Könige gegeben worden, sind seitdem durch das Verhalten der Bewohner dieser Provinz vollständig hinfällig und null und nichtig geworden (lebhafter Widerspruch bei den Polen. Sehr wahr! rechts). Ich gebe meines Teils keinen Pfifferling auf irgend eine Berufung auf die damalige Proklamation (große Unruhe bei den Polen und im Zentrum).“

Diese Worte Bismarcks — wir unterbrechen die Rede um diese wichtige Episode hier einzuschalten — verdrehte Windthorst dann dahin: „Heute haben wir freilich gehört, daß die Proklamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling wert sei!“ Bismarck konnte, da Windthorst mit seinem leisen Organ in der Richtung zur Linken sprach, den Redner nicht verstehen und ihm daher erst am 29. Januar antworten: „M. H. das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß die Berufung jener Herren auf jene Proklamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling wert sei (sehr richtig!). Nun ist dies Wort nicht sehr wesentlich? Hat der Abgeordnete mit seinem scharfen Urteilsvermögen diesen wesentlichen Unterschied nicht aufgefaßt, oder liegt hier etwas vor, was an die bekannte Redensart aus dem Wallensteinschen Gastmahl Schillers erinnert: ‚Vor Tische las man es anders?‘ (Heiterkeit).“ Da aber die Polen bei ihren Agitationen immer mit der Legende hausieren gingen, daß die königliche Proklamation von 1815 unwiderrufliche Vertragspflichten der preußischen Könige enthalte, so brachte Bismarck diese Proklamation am 29. Januar wörtlich zur Verlesung und

belegte damit vollständig und urkundlich seine Versicherung des Gegenteils vom Vortage. Zu den Endworten der Proklamation „Es ist Mein ernstlicher Wille, daß das Vergangene einer völligen Vergessenheit übergeben werde," bemerkte der Reichskanzler unter großer Heiterkeit: „Das ist wohl nicht der Fall gewesen," und erneute Heiterkeit erhob sich, als er dem letzten Satze der Proklamation: „Wichtige Erfahrungen haben Euch gereift. Ich hoffe auf Euer Anerkenntnis rechnen zu dürfen," die Worte hinzufügte: „Nun, in dieser Hoffnung hat sich der König vollständig getäuscht."

Die Vertrauensseligkeit „sich mit den Polen einleben zu können", sei durch die polnische Revolution von 1830 „plötzlich zerstört" worden, fuhr Bismarck in seiner Rede am 28. Januar fort. Schon am 25. März 1832 habe der kommandierende General in Posen, v. Grolmann, ein liberaler Mann, infolge seiner gründlichen Erfahrungen, als einziges Mittel, der polnischen Agitation und Verhetzung Herr zu werden, etwa dasselbe empfohlen, was die preußische Regierung jetzt anstrebe, nämlich den Grundbesitz des polnischen Adels anzukaufen, und diesen Ratschlägen sei auch die sog. „Flottwellsche Politik" gefolgt, bis König Friedrich Wilhelm IV den Thron bestieg, der die Polen nach dem Sprüchwort: „Zutrauen bewirkt Edelmut" behandeln und gewinnen zu können meinte. Seinem Wohlwollen hätten aber die Polen mit den Revolutionen von 1846 bis 1848 gedankt. Außerdem aber sei der polnischen Agitation sehr zu statten gekommen „die deutsche Gutmütigkeit und Bewunderung alles Ausländischen und die eigentümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren (Heiterkeit)." Diese deutsche Polenschwärmerei habe auch noch 1863 den damaligen polnischen Aufstand begleitet und im preußischen Abgeordnetenhause Bismarcks Politik aufs äußerste erschwert. Unter lebhafter Bewegung des Hauses enthüllte der Kanzler dabei folgendes: „Ich habe durch einen Zufall, der im Jahre 1870 stattfand, indem eine Anzahl geheimer französischer Papiere in unsere

Hände fiel,*) Indizienbeweise in die Hand bekommen für die Verbindungen, die damals von hiesigen Mitgliedern der Opposition mit der hiesigen französischen Gesandtschaft stattgefunden haben." Gerade durch seine Politik gegen Polen im Jahre 1863 habe er sich aber der wichtigen russischen Freundschaft versichert.

Eine weitere Erklärung für den Fortschritt der Polen liege in der polonisierenden Amtsführung der glücklich aufgehobenen katholischen Abteilung im Kultusministerium und dann in der „reichlichen Agitationsmöglichkeit, welche die Landes- und Reichsgesetze über Presse und Vereine den Polen geben. Die polnischen Herren sind nicht schüchtern gewesen in der Ausbeutung aller dieser Gesetze. Sie erkennen sie (aber) ihrerseits nicht an; sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung, und zwar auf 24 stündige Kündigung an; wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen 24 stündige Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen. (Große Unruhe bei den Polen). — Ja, m. H., ist einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist (große Heiterkeit), daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken, — dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich (Heiterkeit). Und daß Sie mir einreden wollen, das wäre ein Irrtum, — m. H., so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht (Heiterkeit)."

Dieser Agitation, der noch die Schwäche des deutschen Nationalgefühls zu Hilfe komme, müsse begegnet werden, und zwar zunächst durch Ausweisung fremder Polen. „Wir waren der Überzeugung, daß wir an unseren eigenen Polen genug haben, und daß wir die Ziffer der polnischen Agitatoren um die Kopfzahl der fremden, die bei uns im Lande sind, vermindern müssen (Beifall rechts). Deshalb werden wir auch an dieser Maßregel mit unablässiger Energie festhalten und sind über dieselbe mit unserem Nachbar drüben

*) Im Landhause des napoleonischen Ministers Rouher.

völlig einig. Es könnten noch zwanzig Reichstagsbeschlüsse, in der Art in die preußischen Gerechtsame übergreifend gefaßt werden, das wird uns nicht ein Haar breit irre machen in unseren Entschließungen (lebhafter Beifall rechts)." Dann müsse aber auch das deutsche Element in Posen und Westpreußen gestärkt werden, und dazu sei die „Expropriation" des polnischen Adels — nicht die zwangsweise, sondern der allmählige Ankauf seiner Güter ein treffliches Mittel. Ein anderes: „Daß wir den Polen als Beamten und Soldaten möglichst viel Gelegenheit geben, sich in deutschen Provinzen umzusehen (Beifall)." Die große Rede schloß mit den Worten: „Durch die polnische Agitation und durch die Obstruktionspolitik der Reichstagsmehrheit uns gewissermaßen das Erbe einer großen Zeit mit den Errungenschaften unserer tapferen Kriegsheere durch innere Friktionen vernichten und aufreiben zu lassen, dazu will ich unter keinen Umständen die Hand bieten, und ich werde, wenn Gott mir Leben und Gesundheit schenkt, und mir die Gnade des Kaisers erhält, Mittel und Wege finden, dem entgegen zu wirken. (Wiederholter lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Zischen links und im Zentrum)."

Die Debatte über den Antrag Achenbach setzte sich noch am 29. und 30. Januar fort, bis er schließlich, gegen das Triumvirat des Zentrums, Deutschfreisinns und der Polen, mit 244 Stimmen angenommen wurde. Die etwa um hundert Stimmen schwächere Minderheit enthielt sich vornehm der Abstimmung. Jene von dem Fürsten Bismarck in seinen Reden am 28. und 29. Januar 1886 angedeuteten Grundsätze und Mittel zum Schutze des Deutschtums in den polnischen Landesteilen Preußens fanden dann Ausführung in den segensreichen preußischen Ansiedelungsgesetzen, die vom Abgeordnetenhause am 22. Februar und vom Herrenhause am 15. April 1886 angenommen wurden. Am 26. April erlangte die Vorlage Gesetzeskraft. Bismarck sprach darüber nur einmal im Herrenhause am 15. April und that dabei nach einer Rede des später in hohen Kreisen so beliebten Polen Herr v. Koscielski die denkwürdige Äußerung: „Wir wollen nicht das Polentum ausrotten, sondern wir

wollen das Deutschtum davor schützen, daß es seinerseits ausgerottet werde. Wir wollen einen Damm deutscher Bevölkerung diesem Polonisierungswerk dadurch entgegenwerfen, daß wir die Zahl der in den polnischen Provinzen vorhandenen Deutschen wesentlich vermehren." Diese Gesetze blieben auch in höchst segensreicher Wirksamkeit, bis die Ära Caprivi ihnen, wie so mancher anderen mühevollen nationalen Errungenschaft ihres großen Vorgängers, die Spitze abbrach und sie durch den Neu-Kurs zeitweilig außer Kraft setzte.

Viertes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik in den Jahren 1880—1888.

In all den inneren Kämpfen, welche bisher dargestellt wurden, konnte Bismarck immer, zum Trutz gegen seine Feinde und zur dankbaren und begeisterten Freude seiner Anhänger, darauf verweisen, daß er die schwierigste Aufgabe des jungen Deutschen Reiches über alles Erwarten erfolgreich gelöst habe: Die Erhaltung des Friedens mit dem Auslande, die Sicherung dieses Friedens auch für die Zukunft. Doch begnügte sich die Staatskunst des Reichskanzlers nicht damit, daß das Vertrauen der fremden Mächte in die friedfertige Politik des Deutschen Reiches unter seiner Führung in stetigem Wachsen begriffen war, sondern er schloß auch, wie wir sahen, sehr gewichtige Bündnisse zur Aufrechthaltung dieses Friedens, und da nötig zur Abwehr üppiger Friedensstörer; vor allem den Bund mit Österreich-Ungarn und Italien, den großen Dreibund der mitteleuropäischen Friedens- und Kriegsmächte, je nachdem das Ausland sich zu den etwa drei Millionen Bajonetten dieses Bundes stellen würde.

Schon früher (Bd. V S. 285 flg.) wurde dargelegt, daß Fürst Gortschakoff seit dem Berliner Kongreß von 1878 die russische Politik in jene Richtung zu lenken suchte, die der russische Reichskanzler schon seit 1863 gern eingeschlagen hätte. „Ich hatte (schon 1863) die Überzeugung gewonnen, daß im russischen Kabinet zwei Prinzipien thätig waren," sagte Bismarck hierüber bei der im vorigen Kapitel erwähnten Polendebatte im preußischen Abgeordneten-

hause vom 28. Januar 1886, „das eine, ich möchte sagen: das antideutsche, welches das Wohlwollen der Polen und der Franzosen zu erwerben wünschte, und welches hauptsächlich vertreten war durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakoff . . ., das andere, das hauptsächlich in dem Kaiser und anderen seiner Diener*) seinen Sitz hatte, das auf dem Bedürfnis beruhte, die freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen unter allen Umständen festzuhalten — und man kann sagen: eine preußenfreundliche antipolnische, und eine franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Kabinet. Der Abschluß der Konvention vom 8. Februar 1863**) entschied über die Parteinahme der kaiserlich russischen Politik für Preußen gegen die polnischen (franzosenfreundlichen) Bestrebungen, die bis dahin sehr zweifelhaft war.“ Diese für beide Reiche höchst segensreiche Richtung hatte die russische Politik, wie wir sahen, trotz gelegentlicher antideutsch-franzosenfreundlicher Intriguen Gortschakoffs, wie z. B. während der Kriegsbesorgnisse des Jahres 1875,***) in der Hauptsache unverrückt festgehalten; und erst seit dem Berliner Kongresse von 1878 suchte die antideutsch-franzosenfreundliche — vor allem aber bismarckfeindliche — Gesinnung Gortschakoffs und die panslawistische Partei unter Führung des Grafen Ignatieff die russische Politik von dem deutschen Bündnis hinweg und nach dem Bunde mit dem revanchelüsternen Frankreich hinzuziehen, so daß Bismarck zur Abwehr gegen die von dorther drohenden Gefahren 1879 das Bündnis mit Österreich-Ungarn und später den Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien abschloß.†)

Diese deutschfeindlichen Bestrebungen in Rußland hatten freilich, wie gleichfalls früher gezeigt wurde, an der Unfähigkeit Frankreichs, sich während der ausschließlichen Beschäftigung desselben mit den dringlichsten inneren Aufgaben in auswärtige Abenteuer zu

*) z. B. im Grafen Schuwaloff.

**) vgl. oben Bd. II S. 378 dieses Werkes.

***) s. o. Bd. V S. 229 dieses Werkes.

†) Ebenda, S. 297.

stürzen, ein unwillkommenes Hemmnis gefunden. Weiter waren dann durch die Weigerung Frankreichs, den nach Paris geflüchteten russischen Nihilisten Hartmann auszuliefern, der 1879 ein Mordattentat auf den Kaiser Alexander ausgeführt hatte, der Zar selbst und die höchsten amtlichen Kreise Rußlands tief verletzt worden, während man in Petersburg von Deutschland auch jetzt noch nur Beweise der alten herzlich-freundschaftlichen Gesinnung empfing. So erhielt der Zar zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum am 22. Februar 1880 eine von Bismarck gegengezeichnete Glückwunschdepesche des Kaisers Wilhelm, welche „der Freude darüber Ausdruck“ gab, „daß die Freundschaft, welche unsere in Gott ruhenden Väter verband, sich auch in unseren gegenseitigen Beziehungen bewährt hat.“ Nicht minder erfreut war der russische Hof über die von Bismarck selbst beim Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph angeregte Entsendung des Generals v. Treskow und der drei Kommandeure der preußischen Leibregimenter sowie eines österreichischen Generalmajors nach Petersburg zur Geburtstagsfeier des Zaren am 27. April 1880. Kaiser Alexander empfing diese Freundschaftsbeweise tiefgerührt und erwiderte sie in seiner herzlichen, aufrichtigen Weise. So telegraphierte er dem Kaiser Wilhelm zu dessen Geburtstag am 22. März 1880: „Ich zähle mehr als je auf Ihre alte und treue Freundschaft, wie Sie auf die meinige zählen können, um zwischen unsern beiden Völkern die guten Beziehungen aufrecht zu erhalten und zu befestigen, welche übereinstimmen in deren gemeinsamen Interessen.“ Und am 1. April 1880 sandte er auch dem Fürsten Bismarck zu dessen Geburtstage ein huldvolles Glückwunschtelegramm, ebenso alle in Petersburg anwesenden Großfürsten.

Aber am 13. März 1881 hauchte der „Zar-Befreier“ Alexander II., von den Dynamitbomben feiger Meuchelmörder zerfleischt, sein edles Leben aus, und auf dieses erschütternde Ereignis und die vermeintlich deutschfeindlich-panslawistische Gesinnung des neuen Zaren Alexander III. bauten die Feinde Deutschlands im Osten und Westen neue große Hoffnungen. Fürs Erste freilich trogen diese Hoffnungen durchaus. Die amtliche, ja die gesamte nationale deutsche

Presse sprach in bewegten Worten ihre tiefe Trauer aus über das schreckliche Ende des hochsinnigen russischen Zaren, „des besten Freundes des deutschen Kaisers und Deutschlands“, und begrüßte „seinen Sohn, den jetzigen Zaren mit dem aufrichtigen Vertrauen, daß auch er die Überlieferungen seiner Ahnen treu pflegen und den Wert einer ernsten Freundschaft mit Deutschland wahrhaft würdigen werde“.*) Dieser Erwartung entsprach denn auch das erste amtliche Rundschreiben des neuen auswärtigen Ministers Rußlands, v. Giers, an die russischen Vertreter im Auslande — denn Gortschakoff blieb nur dem Titel und Namen nach Staatskanzler. In diesem Rundschreiben heißt es: „Die auswärtige Politik des Kaisers wird eine vollkommen friedliche sein. Rußland wird seinen Freunden treu bleiben, es wird seine durch Überlieferungen geweihten Sympathien unverändert bewahren und gleichzeitig die freundschaftliche Haltung sämtlicher Staaten durch Gegenseitigkeit erwidern.“ In der tiefen Herzenstrauer um das Hinscheiden des ermordeten teuren Neffen, beging Kaiser Wilhelm den eigenen Geburtstag diesmal in aller Stille. Aber zur größten Freude dieses Tages ward ihm das Glückwunschtelegramm des neuen russischen Zaren. Bewegt rief er aus: „Vom neuen Kaiser die alte herzliche Treue und Freundschaft: das thut wohl!“ Auch der deutsche Kronprinz, der an diesem Tage zur Leichenfeier nach Petersburg reiste, sprach am 28. März einer Abordnung der Deutschen aus Moskau in Petersburg offen aus: „daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten fernerhin fortbestehen werden, und daß die Freundschaft des heutigen Geschlechts ebenso dauerhaft sein wird wie die des alten.“

Zu einem besonders herzlichen Austausch der freundschaftlichen Gesinnungen der beiden Kaiser, ihrer Familienglieder und ihrer leitenden Staatsmänner führte dann die Zusammenkunft beider Kaiser in Danzig am 9. September 1881. Fürst Bismarck hatte sich aus seinem Urlaub dort eingefunden und wurde durch eine längere vertrauliche Unterredung des Zaren ausgezeichnet, obwohl die Zusammen-

*) Provinzialkorrespondenz vom 16. März 1881.

kunft nur wenige Stunden dauerte. Auch seine Besprechung mit Giers ergab das volle Einverständnis beider Staatsmänner über die auswärtige Politik. Das sprach Giers namentlich dem österreichischen Botschafter in Petersburg, dem Grafen Kalnoky, gegen Mitte September unumwunden aus: „Kaiser Alexander ist mit erhöhten Gefühlen der Beruhigung und innerer Zufriedenheit (aus Danzig) zurückgekehrt," sagte er. „Namentlich hat die Weisheit und unerwartete Mäßigung der Sprache des Fürsten Bismarck sowohl auf den Zaren als auf mich einen guten Eindruck gemacht und uns darüber beruhigt, daß er nach keiner Richtung andere als friedliche Absichten verfolgt... Die bedeutungsvollste Seite der Danziger Zusammenkunft liegt darin, daß der Zar dadurch vor ganz Rußland seinen Willen, eine konservative" (d. h. der bisherigen Richtung entsprechende) „und friedfertige Politik zu verfolgen, in unzweideutiger Weise kundgegeben hat."

Das war nun freilich für Gortschakoff und Ignatieff und deren Anhang höchst ärgerlich, zumal da sie nicht einmal in Danzig mitgewesen waren. Um so mehr hofften sie auf den Umschwung, der sich in eben jenen Wochen in Frankreich vollzogen hatte. Denn hier hatten die Neuwahlen vom 24. August 1881, vornehmlich durch Gambettas Thätigkeit und Einfluß, die gewaltige Mehrheit von 459 republikanischen Abgeordneten gegen 98 bonapartistische und monarchische ergeben. Damit war Gambettas erstes großes Lebensziel erreicht: er durfte und mußte nun an die Spitze des französischen Ministeriums treten. Und seiner Natur nach war er sehr geneigt, dieses Amt in demselben diktatorischen Sinne zu üben, wie einst 1870 das Amt des Kriegsdelegierten der nationalen Verteidigung in Tours und Bordeaux. Nur die in anderen Händen ruhende unumschränkte Macht hatte er zeitlebens bekämpft. Ohne solche aber ließ sich voraussichtlich das eigentliche Hauptziel seines Lebens: die „Wiedererhebung" Frankreichs, der Rachekrieg gegen Deutschland, gar nicht vorbereiten und durchführen. Deshalb erstrebte Gambetta die Beseitigung aller ihm etwa unbequemen oder ungefügigen Elemente des öffentlichen Lebens Frankreichs. Die „Listenwahl" sollte

in Zukunft jeden Wahlgang zum „Volksgericht“ zwischen ihm und seinen Gegnern machen und Gambettas Wahlparole zum unverbrüchlichen Gebot aller republikanischen Wähler. Der Senat, der dieses Wahlsystem verworfen hatte, sollte dafür durch eine wesentliche Minderung seiner Befugnisse bestraft werden. Zugleich gedachte Gambetta schon auch die finanziellen und strategischen Mittel für den künftigen Revanchekrieg bereit zu stellen durch eine Erleichterung der französischen Staatsschuld auf dem Wege der Notenumwandlung und durch Verstaatlichung aller französischen Privatbahnen. Das waren die Pläne, mit denen er am 9. November 1881 die Leitung des Ministeriums übernahm. Aber schon als Gambetta am 14. November an die Bildung dieses „großen Ministeriums“ ging, lehnten zwei der gefeiertsten Männer Frankreichs, Léon Say und Freycinet, den Eintritt ab, und die öffentliche Meinung sah in deren Zurückhaltung den Beweis dafür, „daß Herr Gambetta sich mit unsinnigen und verbrecherischen Plänen trägt, drinnen die Diktatur und draußen den Krieg beabsichtigt.“ Dieser Verdacht trat ihm bei jeder seiner Vorlagen entgegen. Als er am 14. Januar 1882 der Kammer seinen Verfassungsrevisionsentwurf unterbreitete, rief ein Abgeordneter der Linken: „Herr Gambetta will Herr der Kammer sein. Man muß wählen zwischen der Kammer und ihm,“ und darauf wurde nur ein einziger Anhänger des Entwurfs in den Dreiunddreißiger-Ausschuß gewählt. Der Bericht dieser Kommission lehnte dann in der That Gambettas Hauptanliegen, die Listenwahl ab, und ebenso entschied die Kammer am 26. Januar mit 282 gegen 227 Stimmen, obwohl Gambetta seine glänzendste Rede mit den Worten geschlossen hatte: „Meine Aufgabe in diesem Lande ist die Wiedererhebung des Vaterlandes.“ Da trat Gambetta zugleich mit dem „großen Ministerium“ vom Amt zurück und verschwindet von da ab fast vom politischen Schauplatz. Er starb bekanntlich schon am 31. Dezember 1882 an den Folgen eines Schusses, den eine enttäuschte Geliebte auf ihn abfeuerte.

Welche unbemessenen Hoffnungen die panslawistische Hetz- und Kriegspartei Rußlands auf ihn setzte, so lange er atmete, bewiesen

deutlich die Petersburger Organe dieser Partei, die bei Gambettas Tod mit Trauerrand erschienen und erklärten: „Mit dem Tode Gambettas sei die letzte Hoffnung einer russisch-französischen Allianz geschwunden.“ Zu fast unglaublichen Ausbrüchen ihres Deutschenhasses ließen sich hervorragende russische Männer hinreißen, so lange sie auf Gambettas aufsteigenden Stern hoffen konnten. So hielt der aktive kommandierende General Skobelew, der Liebling aller Panslawisten, bei einem patriotischen Festessen der Armee in Petersburg am 22. Januar 1882 eine Brandrede, in welcher er dem deutschen Kaiser, Kronprinzen und allen deutschen Heerführern, die in der russischen Armee Titularstellen bekleideten, die schamlose Beleidigung zuschleuderte: „Solange wir in den Reihen des russischen Offizierskorps solche Männer haben, können wir jeder hochwissenschaftlichen feindlichen Organisation kühn ins Antlitz schauen.“ Den unfreiwilligen Urlaub, welchen der Zar dem General nach dieser Rede erteilte, benützte Skobelew, um in Paris, Genf, Prag, Warschau ähnliche Hetzreden zu halten „für ein Bündnis aller Slawen mit Frankreich, um Deutschlands Übermacht zu brechen.“ In Warschau sagte er, der Befehl des Zaren, der Skobelew zur Rückkehr nötige, sei dem Kaiser abgezwungen worden durch Bismarck: „Erblicken Sie darin eine neue Demütigung von der Seite jenes Mannes, der nur durch Blut und Eisen ein Reich gegründet hat, das nur durch russisches Blut und Eisen zertrümmert werden kann und muß.“

Fürst Bismarck ist über das Maß berechtigter Vorstellungen gegen diese bösartigen Umtriebe sicherlich nicht hinausgegangen. Und diese Vorstellungen haben bei Giers wie beim Zaren auch volle Beachtung gefunden, da beide einsehen mußten, daß bei einer Duldung solcher Hetzereien jede selbständige Leitung der russischen Politik auf den friedlichen Bahnen, die man in Danzig festgestellt, unmöglich sei. Das erkannte die Welt aus den gehäuften scharfen Streichen kaiserlicher Ungnade, die auf die Häupter der russischen Deutschenfeinde niederfielen. Am 7. März wurde General Skobelew, nachdem ihn der Zar unter vier Augen empfangen, in sein Standquartier Minsk zurückgeschickt, wo er am 7. Juli sich erschoß. Am

9. April wurde Fürst Gortschakoff entlassen und Giers zum wirklichen Minister des Auswärtigen ernannt. Am 20. April verbot der Kaiser allen Militärpersonen, öffentliche Reden zu halten. Am 12. Juni endlich erfolgte der Hauptschlag: Da wurde auch Ignatieff, der Minister des Innern und Hauptführer der panslawistischen Feinde Deutschlands, „aus Gesundheitsrücksichten" plötzlich entlassen.

Von diesem Zeitpunkt an werden die Beziehungen zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden mächtigen Reiche immer freundlichere. Im November verweilte Minister Giers, auf der Reise nach Italien zu seiner kranken Tochter, einen Tag lang beim Fürsten Bismarck in Varzin, dann zwei Tage in Berlin und besuchte auf der Rückreise auch Wien. Denn namentlich auch „eine Erneuerung der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn anzubahnen, war dem Fürsten Bismarck gelungen" und diejenigen hatten recht, welche in diesen Besuchen des leitenden russischen Ministers „ein neues Zeichen der Fortdauer der Dreikaiserpolitik"*) erblickten. Giers selbst faßte das Ergebnis derselben in einem Bericht an den Zaren und in einem Rundschreiben an die russischen Vertreter züsammen, in welchem versichert wurde, „daß die allgemeine Friedenszuversicht auch in Petersburg geteilt werde und daß zwischen Rußland und den mitteleuropäischen Mächten in wichtigen Fragen Übereinstimmung erzielt sei."

Besonders interessant war die lebhafte und wohlwollende Teilnahme der friedlichen nationalrussischen Presse bei dieser Wiederannäherung Rußlands an die „Dreikaiserpolitik", namentlich an Deutschland. So erklärte Katkows strengrussische „Moskauer Zeitung" im Dezember 1882: „Die Zusammenkunft in Varzin werde den Boden zu einem Verständnis zwischen Rußland und Deutschland ebnen, das infolge seiner geschichtlichen Begründung auch ohne besondere Konvention aufrecht erhalten werden könne, da die wirklichen Interessen Deutschlands und Rußlands sich überall begrenzten, ohne sich irgendwie zu kreuzen." Noch überraschter und freudiger

*) Hahn a. a. O. IV, 322/24; auch das Folgende ist dieser Quelle entnommen.

aber las der Deutsche in diesem gut russischen Blatte den vorausgehenden Satz: „Die Schuld an den ‚Mißverständnissen‘, welche zum großen Schaden Rußlands nach dem Berliner Kongreß sich offenbarten, sind auf den Fürsten Gortschakoff und französisch-polnische Zeitungsartikel zurückzuführen.“ Gegen dieses Urteil und diese Politik schäumte Gortschakoffs Organ, der „Golos“, wütend auf. Nun aber nahm auch Bismarcks Presse das Wort in dem Streit und machte dabei bedeutsame Enthüllungen. Am 5. Januar 1883 schrieb sie: „Die Katkowsche Moskauer Zeitung beschäftigt sich eingehend mit einem Artikel, in dem wir gesagt hatten, der Golos sei nicht so sehr ein Organ der russischen öffentlichen Meinung, als dasjenige des französisch-polnischen Einflusses, und bemerkt zu dieser Äußerung: ‚Wir wissen nicht, ob im Golos der französische Einfluß zur Geltung kommt, wollen aber nicht in Abrede stellen, daß er als Organ polnischer Einflüsse dient.‘ Seit Jahren war in unterrichteten Kreisen bekannt, daß der Golos ein, wenn nicht das politische Organ der russischen Regierung sei; von maßgebenden russischen Persönlichkeiten wurde dies ausdrücklich kundgegeben und betont und der Golos als wohlunterrichtet empfohlen. Man ist deshalb verpflichtet, die Äußerungen des Golos bei uns mit Aufmerksamkeit zu wägen. — Dem gegenüber ist es erfreulich und beruhigend, in einem so zweifellos nationalen Blatt wie die Moskauer Zeitung zu lesen, daß es gegenwärtig Interessen gibt, die nicht russische sind, aber durch russische Zeitungen wie Golos Unruhe über die Beziehungen Rußlands zu Deutschland verbreiten. ‚Der Krieg mit Deutschland‘ — so schließt das Katkowsche Blatt den von uns angeführten Artikel — ‚wird in diesen Blättern als unvermeidlich hingestellt, als könne er heute oder morgen ausbrechen, obgleich weder russischer- noch deutscherseits irgend welche ernste Gründe vorhanden sind, einen Konflikt selbst in ferner Zukunft zu erwarten.‘ Wir teilen diese Ansicht vollkommen und fragen mit der Moskauer Zeitung: ‚In welchem Interesse wird denn dieser Lärm geschlagen?‘ — ‚In demjenigen,‘ sagt sie, ‚welches wünscht, daß Rußland den Weg des polnischen ‚sprava‘ betrete und selbst-

mörderische Änderungen an seinem Bestande vornehme, die angeblich für die Sicherung Rußlands im Falle eines Krieges mit Deutschland notwendig wären.' Wir halten für nützlich, daß auch in deutschen Kreisen bekannt werde, wie ehrlich russische Organe über die Politik des Golos und seiner Gönner über Rußlands Verhältnis zu Deutschland urteilen."

Der „Hauptgönner" dieser russisch-polnisch-französisch-antideutschen Hetzpresse, die sich so lange als russische Regierungspresse hatte aufspielen können, Fürst Gortschakoff, starb wenige Wochen nach dieser Preßfehde, 85 Jahre alt, am 11. März 1883 zu Baden-Baden. Ihm vergalt Bismarck Böses mit Gutem durch den Nachruf, den die „Provinzialkorrespondenz" brachte: „Freund und Feind werden ihm nachrühmen, daß er ein Staatsmann von hervorragender Bedeutung war, dessen Klugheit und Staatskunst seinem Vaterlande jahrelang den größten Nutzen gebracht, wenn sie auch nicht im stande waren, dem Lande dauernd innere Ruhe und Befriedigung zu verschaffen." Wieviel Wohlwollen zu diesem Urteil gehörte, erfuhr die Welt ein Jahr später,*) als ruchbar wurde: Minister Giers sei im Herbst 1883 bei Sichtung der Papiere Gortschakoffs auf eine Privatkorrespondenz gestoßen, in welcher Fürst Bismarck den Antrag einer erneuten engeren Vereinigung der drei Reiche machte, und zwar auf Anregung des Kaisers Wilhelm. Von dieser Korrespondenz habe Gortschakoff dem Zaren keinerlei Mitteilung gemacht und der Zar sei bei der Entdeckung dieser Verheimlichung seitens Gortschakoffs sehr erbittert gewesen, habe deshalb selbst an Kaiser Wilhelm geschrieben und den Minister Giers zu einem abermaligen Besuche in Deutschland veranlaßt. In der That verweilte Giers am 14. und 15. November 1883, auf der Reise nach Italien zu seiner kranken Tochter, wieder beim Fürsten Bismarck, diesmal in Friedrichsruh, und dann in Berlin. Hier überreichte er dem Kaiser Wilhelm das Schreiben des Zaren. Über den Inhalt dieses Schreibens sprach der Kaiser am 28. November beim Empfange

*) Schlesische Zeitung von Ende April 1884. Germania vom 1. Mai. Hahn a. a. O. S. 325.

des Präsidiums des preußischen Landtags seine hohe Befriedigung in den Worten aus: „Es enthalte die bündigsten Versicherungen des Friedens und der Freundschaft des Zaren, und wenn der gute Eindruck desselben noch verstärkt werden könnte, so sei es durch die mündlichen Erklärungen des russischen Ministers des Äußeren geschehen.“ Der Person dieses letzteren, Herrn v. Giers, widmete der Kaiser gleichfalls Worte warmer Anerkennung.

Die ausschweifenden Gerüchte freilich, welche die Presse an diese zweite Reise des russischen Ministers zum deutschen Reichskanzler und an den deutschen Kaiserhof knüpfte, führt schon diese kaiserliche Anrede auf das richtige Maß zurück. Auch jetzt war Herr v. Giers ohne förmlichen politischen Auftrag in Friedrichsruh erschienen, aber doch bestärkte sein vertraulicher Verkehr mit dem Fürsten Bismarck und mit dem deutschen Hofe die russische Politik in der Richtung, welche schon die frühere Zusammenkunft kennzeichnete: nämlich nach dem Ziele dauernder Befestigung des europäischen Friedens, nach dem Ziel der Fortdauer der intimen Beziehungen des deutschen und russischen Hofes und ihrer gemeinsamen Politik, endlich nach dem Ziele erneuter vertrauensvoller Annäherung Rußlands und Österreich-Ungarns. Immer klarer wurde, daß die friedlich-verständige und milde Tendenz der Dreikaiserpolitik auch in Rußland, selbst in denjenigen Kreisen, welche früher dem französischen Einfluß allein huldigten, Geltung und Anerkennung gewonnen hatte; es verstummten allmählich die Gerüchte, welche an jede gewöhnliche Truppenverschiebung an der russischen Grenze gleich bedrohliche Auslegungen knüpften, und es wuchs das allgemeine Vertrauen zu der bewährten friedlichen Bedeutung und Macht der alten Dreikaiserpolitik, als deren Mittelpunkt immer mehr Deutschland erkannt wurde, und der sich auch Italien und mehr oder minder offen andere Staaten anschlossen. Das war unzweifelhaft das Ergebnis der Reisen des Herrn v. Giers und seiner engeren Berührung mit dem Fürsten Bismarck, und nur der bekannten persönlichen Zurückhaltung des letzteren war es zuzuschreiben, daß die Bedeutung jener Phase der Politik nicht alsbald erkannt und nicht voll anerkannt wurde. So

urteilt ein vertrauter Mitarbeiter Bismarcks, der Wirkliche Geheimrat und Geheime Oberregierungsrat Dr. Ludwig Hahn,*) über das Ergebnis jener vertraulichen Besprechungen der beiden Minister.

Bald sollten auch Rußland und die ganze Welt offenkundige Beweise für die Wiederbelebung der Dreikaiserpolitik erhalten, und Rußland namentlich den hohen Wert eines guten Einvernehmens mit Deutschland und Österreich-Ungarn deutlich erkennen. Denn eben jetzt war in Bulgarien eine Wendung eingetreten, die Rußlands Interessen empfindlich berührte.

Hier war nämlich, genau nach den Satzungen des Berliner Kongresses, am 29. April 1879 der Prinz Alexander v. Battenberg zum Fürsten von Bulgarien gewählt worden, und diesen Satzungen gemäß führte der Fürst von 1879 bis 1883 seine Regierung, unter russischer Oberhoheit, nur von russischen Staatsmännern, Generalen und Offizieren umgeben. Von da an aber schlug der junge Fürst notgedrungen andere Wege ein. Zunächst nämlich entledigte er sich, in Übereinstimmung mit der bulgarischen Volksvertretung (der Sobranje), am 19. September 1883 der russischen Minister und Generale Sobolew und Kaulbars, da ihm glaubhaft gemeldet wurde, diese planten seine Absetzung und eine zehnjährige russische Schutzherrschaft in Bulgarien. Dann brach auch die militärische Russenherrschaft in Rumelien zusammen, als am 18. September 1885 das vom Wiener Kongreß auf Betreiben Englands als autonome Provinz des türkischen Reiches von Bulgarien losgerissene Südbulgarien oder „Ostrumelien", in einer unblutigen Schilderhebung gegen die türkischen Behörden, die Vereinigung mit dem Fürstentum Bulgarien stürmisch verlangte. Fürst Alexander fügte sich diesem Verlangen, um die mohammedanische Bevölkerung Ostrumeliens vor den Greueln des Fanatismus zuchtloser Halbbarbaren zu schützen, und ließ sich in Philippopel huldigen. Darauf hin nahmen aber, auf Befehl des Zaren, schon am 23. September der russische Kriegsminister Bulgariens, Fürst Cantacuzeno, und sämtliche russische Offiziere der bulgarischen Armee ihre Entlassung. Am 13. November 1885

*) a. a. O. S. 324.

erklärte Serbien, im Auftrage Rußlands, an Bulgarien den Krieg. um „das Gleichgewicht der Balkanvölker aufrecht zu erhalten“, d. h. Großbulgarien wieder auseinander zu reißen. Der Krieg ward von den Bulgaren, unter der persönlichen heldenmütigen Führung ihres Fürsten Alexander, binnen wenig Tagen bis zur Vernichtung der Serben siegreich geführt. Denn schon am 17. und 18. November wurde die Entscheidungsschlacht bei Sliwnitza geschlagen, am 27. November der letzte serbische Widerstand gebrochen. Die Hauptstadt und das ganze Land lagen den Bulgaren nun wehrlos offen. Da zwang der Gesandte Österreichs in Belgrad, Graf Khevenhüller, unter Kriegsdrohung im Namen sämtlicher Großmächte, den siegreichen Bulgarenfürsten zur Einstellung der Feindseligkeiten. So wurde denn am 22. Dezember der Waffenstillstand mit Serbien geschlossen. Am 2. Februar 1886 erlangte der Fürst durch ein friedliches Abkommen mit der Pforte von ihr die Anerkennung als „Generalstatthalter“ von Ostrumelien.

Bekanntlich glückte aber, trotz der begeisterten Verehrung, die der liebenswürdige, tapfere Fürst bei seinem Volke genoß, schon am 21. August 1886 eine von Rußland angezettelte Verschwörung. Von bestochenen Offizieren des Struma-Regimentes und den mißleiteten Kadetten der Junkerschule wurde der Fürst in seinem Palast überfallen und mit vorgehaltenem Revolver zur Abdankung gezwungen, auch als Gefangener auf einem Schiff nach Rußland abgeführt. Hier alsbald freigelassen, wollte er in seine hessische Heimat zurückkehren, als er erfuhr, daß sein Volk schon am 24. August die Regierung der russischen Verräter wieder gestürzt habe und stürmisch seine Rückkehr verlange. Da telegraphierte er aus Rustschuk an den Zaren: „Da Rußland mir meine Krone gegeben, so ist es sein Herrscher, in dessen Hände ich bereit bin, sie zurückzulegen.“ Der Zar antwortete: „Ich kann Ihre Rückkehr nicht billigen, Ew. Hoheit wird wissen, was Sie zu thun haben.“ Darauf kehrte der Fürst in sein Land nur zurück, um abzudanken und verließ am 7. September, nach Einsetzung einer Regentschaft, für immer das trauernde Bulgarien.

Bismarck stand all diesen Wirren nur als der Leiter einer dabei völlig unbeteiligten Macht gegenüber, die aber doch zugleich Mitunterzeichnerin und -Garantin des Berliner Vertrages von 1878 war. Vor allem hatte er sich angelegen sein lassen, den amtlichen russischen Kreisen die nun doppelt geschätzte deutsche Freundschaft bei jeder Gelegenheit kundzuthun. So 1884, bei der Erinnerung an die vor 70 Jahren durch preußisch-russische Waffenbrüderschaft auf französischem Boden vollbrachten Kriegsthaten (Arcis-sur-Aube u. s. w.); so, durch die im nämlichen Jahre, ganz im Sinne der russischen Regierung vollzogene Ausweisung aller paßlosen russischen Einwanderer aus Preußen. Hauptsächlich aber durch die Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewize, an welcher die drei Kanzler Bismarck, Giers und Kalnoky teilnahmen. Daß auch das Verhältnis Rußlands zu Österreich-Ungarn herzlicher geworden war, zeigte die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Kremsier am 25. August 1885. In Berlin beglaubigte Rußland die dem deutschen Reichskanzler erwünschtesten Botschafter, 1884 den Fürsten Orlow, und nach dessen Tode 1885 den Grafen Paul Schuwalow. Schon Bismarcks Anschauung aber, daß das Deutsche Reich sich in der bulgarischen Frage nur auf den Boden des Berliner Vertrages zu stellen habe, und Österreichs Anschluß an diesen Standpunkt waren für Rußland von großem Werte. Denn eben das war auch der russische Standpunkt.

Bismarck hatte von jeher, wie wir wissen, auch die unbequemsten Verträge treu gehalten — das Londoner Protokoll von 1852, den deutschen Bundesvertrag nach Olmütz, den Gasteiner Vertrag von 1865, den Prager Frieden mit der nordschleswigschen und der süddeutschen Klausel — für ihn gab es daher auch hier gar keine Frage, daß Deutschland den Berliner Vertrag von 1878 streng einzuhalten habe. Als das Verhältnis zu Rußland später schon sehr viel lockerer geworden war, als in den Jahren 1883 bis 1886, noch am 6. Februar 1888, sagte Fürst Bismarck: „Es ist gar keine Frage für mich, daß wir (auf dem Berliner Kongreß) damals alle der Meinung waren, der vorwiegende Einfluß in Bul-

garien solle Rußland zufallen. Infolge dieser Auffassung des Kongresses hat Rußland bis 1885 zunächst den Fürsten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas anderes würde sein wollen als ein getreuer Anhänger der russischen Politik. Es hat die Kriegsminister, einen großen Teil der Offiziere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrscht; da ist gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Teil von ihnen oder der Fürst — ich weiß nicht, wer — sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Staatsstreich, ein Abfall von Rußland stattgefunden. Dadurch ist ein faktisches Verhältnis entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu berichtigen keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hause gebracht, doch theoretisch nicht beeinträchtigen kann. Ob, wenn Rußland diese Rechte gewaltsam geltend machen wollte, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das weiß ich nicht, das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu raten; ich glaube auch nicht, daß die Neigung dazu da ist — ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist. Wenn aber Rußland auf diplomatischem Wege versucht, das herbeizuführen, so halte ich für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich dabei rein an die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu halten und an die Auslegung, die wir ihnen damals ganz ohne Ausnahme gegeben haben, und an der, mich wenigstens, die Stimmung der Bulgaren nicht irre machen kann."

Das waren die klaren Grundzüge der Politik Bismarcks in der bulgarischen Frage. Und dieser Bahn war unter seiner Führung nicht bloß Österreich-Ungarn gefolgt, sondern auch alle Großmächte hatten sich ihr angeschlossen. Alle Mächte hatten die Anzeige des Fürsten Alexander von der Besitzergreifung Ostrumeliens beantwortet mit einem Protest gegen die damit vollzogene Verletzung der Verträge und dem Fürsten alle Verantwortlichkeit für die Folgen zugeschoben. Alle Großmächte standen dann hinter jener Drohung Österreich-Ungarns, die Ende 1885 den siegreichen Bul-

garenfürsten zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien zwang. Und abermals auf Verlangen aller Großmächte mußte die Pforte den Namen des Battenbergers aus dem Abkommen vom 2. Februar 1886 streichen, das diesen zum „Generalstatthalter von Ostrumelien“ ernannte, und statt seiner Person diese Würde dem „Fürsten von Bulgarien“ übertragen.

Die Einmütigkeit der Großmächte mochte vielleicht weniger fest sein nach der meuterischen Entthronung des Fürsten Alexander und seiner von Rußlands Gebot erzwungenen Abdankung. Doch hatte diese Festigkeit zunächst keine Probe mehr zu bestehen. Uns interessiert auch nur Bismarcks Stellung und Haltung in dieser östlichen Katastrophe. Am 21. August 1886, noch ehe die Kenntnis von der Meuterei in Sofia nach Berlin gelangte — berichtet der italienische Minister des Äußern an den Botschafter in Berlin: „Fürst Bismarck habe der italienischen Regierung erklärt: Deutschland stehe den Ereignissen in Bulgarien mit großer Ruhe beobachtend gegenüber, sie berührten für den Augenblick nicht die Sphäre deutscher Interessen.“ Ganz ähnlich sprach sich Bismarck nach der meuterischen Entthronung des Fürsten gegen den englischen Botschafter, Sir A. Malet, am 28. August aus, mit dem Zusatz: „Seine (Bismarcks) Bemühungen würden für den Frieden aufgespart, der jetzt nicht gefährdet erscheine.“ Auch nach der Rückkehr des Fürsten Alexander nach Sofia erklärte der deutsche Reichskanzler dem englischen Botschafter am 3. September: er lehne die Unterstützung des Fürsten ab. Sowie aber dessen Rücktritt vollzogen war, berichtete Sir A. Malet: „Nun erkläre Fürst Bismarck den Zeitpunkt gekommen, daß die Großmächte der bulgarischen Sache sich annehmen könnten.“ Denn nun, nach Erledigung des bulgarischen Thrones, wäre in der That das Eingreifen der Berliner Vertragsmächte gerechtfertigt gewesen. Es sollte nicht dazu kommen. Bismarck mochte es ahnen. So that er denn zunächst das Notwendigste, Dringlichste.

Die Regentschaft in Sofia schien nämlich sehr geneigt, diejenigen Offiziere, die sich an der Verschwörung vom 21. August

beteiligt hatten, kriegsgerichtlich aburteilen und hinrichten zu lassen. Das hätte sicherlich zu blutigen Wirren und Gegenhinrichtungen geführt. Bismarck telegraphierte deshalb am 1. September an den deutschen Vertreter in Sofia, Herrn v. Thielmann: „Suchen Sie nach Möglichkeit zu hindern, daß Hinrichtungen stattfinden. Die friedliche Erledigung der Krisis würde durch solche wesentlich erschwert werden.“ Herr v. Thielmann konnte darauf am 20. September melden: „Ich habe die erforderlichen Schritte, um Hinrichtungen zu verhindern, gethan und günstige Aufnahme gefunden.“ In demselben Sinne hatte der Vertreter Österreich-Ungarns in Sofia eingewirkt. Und den gemeinsamen freundschaftlichen Vorstellungen der beiden verbündeten Großmächte, die hier wie in der ganzen bulgarischen Verwickelung Hand in Hand gingen, gelang die Abwendung unnützen Blutvergießens. Diese ohne jede Drohung geglückte echt menschliche Einwirkung Bismarcks machten ihm sozialdemokratische und fortschrittliche Blätter zu einem schweren Verbrechen. Dieselben Leute, welche 1870 gegen die Todesstrafe gestimmt hatten und bei jeder Hinrichtung eines sozialistisch-anarchistischen Mordbuben vor Entrüstung über die barbarische deutsche Justiz vergehen wollten — dieselben Leute verlangten nun unbedingt, in Sofia Blut in Strömen fließen zu sehen. Namentlich Herrn Liebknechts so bedeutend entwickelte Ehrfurcht vor monarchischer Würde fand es ganz unbegreiflich, daß die meuterischen bulgarischen Offiziere dem Henker entrissen wurden. Aber damit nicht genug, forderte die sozialdemokratische, fortschrittliche und ultramontane Presse sogar, nach der erzwungenen Abdankung des Fürsten Alexander von Bulgarien müsse Bismarck an Rußland ohne weiteres den Krieg erklären. Bis zum Januar 1887 wollten freilich die Abgeordneten, welche hinter der „unglaublichen und alles Maß übersteigenden Verlogenheit dieser Sorte von Presse“ standen, diese ganze blutdürstige Epoche ihres Lebens und diese ganze wahnwitzige Kriegsheterei gegen Rußland rein vergessen haben und leugneten, was sie gethan. Bismarck aber hatte sich mit einer tüchtigen Sammlung unwiderleglich echter Preßartikel dieser Ära aus der „Freisinnigen

Zeitung" Eugen Richters vom 25. und 28. August, aus der deutschfreisinnigen „Volkszeitung" vom 28. August, aus der ultramontanen „Germania" vom 1. September 1886 versehen und las sie dem Reichstag am 13. Januar 1887 vor; nicht minder die amtlichen Berichte v. Thielmanns aus Sofia, welche bestätigten, daß keinerlei Druck zur Vermeidung der Hinrichtungen geübt worden sei. So hieß es in einem Berichte Thielmanns vom 3. Oktober: „Zu Drohungen und zu scharfer Sprache hätte ich, auch wenn ich Auftrag dazu gehabt, nicht einmal Gelegenheit gefunden, denn Herr Karawelow" (der vom Prinzen Alexander eingesetzte Regent) „ging ohne Weiteres auf meine Anregung ein. Und der Minister des Auswärtigen (Stambulow) sagte mir drei Tage später aus eigenem Antriebe: daß er von jeher für Begnadigung gewesen sei."

In derselben Rede beleuchtete Bismarck aber auch die verblendete Thorheit der Opposition, wegen Bulgariens einen Krieg gegen Rußland zu fordern. Schon 1867, als die Gefahr eines Krieges gegen Frankreich hervortrat, habe er „im Rate des Königs gesagt: es handelt sich hier nicht um einen einmaligen Krieg, sondern um eine ganze Reihe von Kriegen, die vielleicht ein halbes Jahrhundert hindurch dauern. Aber ein ähnliches Verhältnis der Spannung und des dauernden Hasses und eine neue Revancherichtung durch einen Krieg mit Rußland einzurichten neben der französischen, dazu gehört ganz notwendig, daß wir von Rußland in ruchloser Weise angegriffen werden und uns schlagen müßten. Wegen Bulgarien (aber), wegen Hekuba, werden wir unser Verhältnis mit Rußland nicht brouillieren, und überhaupt werden wir keinen Krieg führen, mit einem Nachbar, mit dem wir keine streitigen Interessen haben." Auch in seiner großen Rede vom 6. Februar 1888 kam Bismarck noch einmal auf die bulgarische Politik der deutschen Opposition zurück in den Worten: „Bulgarien, das Ländchen zwischen Donau und Balkan, ist überhaupt kein Gegenstand von hinreichender Größe, um daran diese Folgen zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo hin in einen Krieg zu stürzen, dessen Aus-

gang kein Mensch vorhersehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wissen, warum man sich geschlagen hat."

So wenig Deutschland bei diesen ihm und seinen Interessen fremden Händeln irgend etwas seiner Würde vergeben hatte, so durfte doch namentlich Rußland mit Bismarcks Politik in der bulgarischen Frage ausnehmend zufrieden sein. Um so rätselhafter war die Erscheinung, daß von 1887 an die panslawistisch-russische Presse wieder mit immer maßloserer Heftigkeit ihren Deutschen- und Bismarckhaß austoben ließ, ja geradezu die Entlassung des deutschen Kanzlers oder Krieg zur Wahl stellte. Als völlig unzureichender Vorwand für diese feindseligen Ausbrüche konnte nur die Thatsache dienen, daß Deutschland sich der nachgerade sehr unsolid gewordenen russischen Werte entledigt und sich ihnen verschlossen hatte. Bismarck sah die alten polnisch-französischen und teilweise auch englischen Ränkeschmiede in Rußland wieder am Werke, und war dessen sicher, als auch der Zar jetzt von Mißtrauen gegen den deutschen Kanzler erfüllt schien. Das trat in besonders greller Weise zu Tage, als Zar Alexander im September 1887 den dem Kaiser Wilhelm schuldigen Gegenbesuch in Berlin von Kopenhagen aus plötzlich abbestellte. Das Publikum erfuhr aus der Kölnischen Zeitung vom 24. November 1887 den Grund dieser auffallenden Absage — und Bismarck hatte diesen Grund wohl schon früher ermittelt. In der letzten Stunde vor der Abreise nach Berlin sollte der Zar ein Schreiben aus Konstantinopel erhalten haben, „das den Fürsten Bismarck sehr bloßstellte."

Gleichwohl kam der Zar am 18. November wenigstens auf einen Nachmittag nach Berlin. „Auf Befehl des Kaisers," eilte Bismarck sofort aus Friedrichsruh herbei und erwirkte durch den Grafen Schuwalow eine besondere Audienz beim Zaren, die in der russischen Botschaft nachmittags vor dem Diner stattfand und über eine Stunde dauerte.*) Anfangs standen die beiden Männer sich

*) „Pester Lloyd" vom 28. November, „Kölnische Ztg." vom 23. und 24. November, „Nordd. Allg. Ztg." vom 19. November, Schultheß, Europ.

kühl und zurückhaltend gegenüber. Dann aber wurden sie wärmer, und nun erklärte der Zar dem Fürsten mit großer Offenheit, daß er aus einer Reihe von Depeschen und Schreiben des Reichskanzlers an die deutschen Gesandten und aus deren Antworten — namentlich aus einer Depesche des Prinzen Reuß in Wien — folgern müsse, Bismarck treibe in der bulgarischen und orientalischen Frage ein Doppelspiel, indem er öffentlich für, insgeheim aber gegen Rußland thätig sei. Da richtete sich der Kanzler hoch empor und erklärte dem Kaiser rundweg, daß man gewagt habe, denselben zu betrügen. In einem lebhafteren Ton und mit einem Freimut, der die innere Empörung des Redners unverhüllt zum Ausdruck brachte, stellte er fest, daß alle diese Urkunden gefälscht seien, indem er erklärte: „Majestät, wenn man Ihnen solche Noten als von mir herrührend vorgelegt hat, so hat man Sie betrogen; ich habe dergleichen nie geschrieben und ähnliches hat mir auch mein Botschafter (Prinz Reuß) nie berichtet.“ Bismarcks Ton und Haltung machte auf den Zaren den tiefsten Eindruck. Er nannte dem Kanzler die Personen, welche diese Schriftstücke ihm hätten zugehen lassen, und dabei schon konnte Bismarck feststellen, daß mindestens die Leitung, welche die gefälschten diplomatischen Aktenstücke zum Zaren nahmen, in orleanistischen Händen lag. „Is fecit cui prodest,“ sagt ein altes Sprüchwort der nach dem unbekannten Thäter forschenden Untersuchungsrichter — „Der that es, dem es nützt.“ Den Orleans aber nützte in der That die Drachensaat des Mißtrauens und Hasses, die zwischen Deutschland und Rußland gesät wurde. Denn der Sohn der Prinzessin Clementine v. Orleans (der Tochter Louis Philippes), Prinz Ferdinand, war von den Bulgaren an Alexanders Stelle zum Fürsten erwählt, aber weder von Rußland noch Deutschland anerkannt worden. Wenn es nun gelang, Rußland vorzuspiegeln, daß Bismarck mit seiner scheinbar russenfreundlichen bulgarischen Politik ein falsches Spiel treibe, da er den Prinzen Ferdinand heimlich begünstige, so waren damit zwei orleanistische

Geschichtskalender 1887 S. 180/84, Reichsanzeiger vom 31. Dezember 1887. Hahn a. a. O. V, 502/5.

„Nutzen" gleichzeitig eingestrichen: Rußland mußte annehmen, daß insgeheim die gewaltige Macht Deutschlands den neuen Bulgarenfürsten stützen werde und sich deshalb von rauherem Zugreifen in dessen illegitimes Regiment abgeschreckt fühlen, und zugleich mußte Rußland diesem doppelzüngigen deutschen Kanzler und der von ihm geleiteten Politik des Deutschen Reiches und diesem Reiche selbst alles Vertrauen entziehen und sich dann mit Freuden dem Kriegsbündnis mit Frankreich in die Arme werfen. Dabei aber mußte der orleanistische Weizen blühen! So war die Rechnung aufgemacht bei diesen Fälschungen. Das Ergebnis aber entsprach der uralten Wahrheit, daß Lügen kurze Beine haben. Der Zar überließ Bismarck vertrauensvoll die gefälschten Schriftstücke, und der deutsche Reichskanzler konnte nach genauer Durchsicht den russischen Kaiser vollends von dem unwürdigen Ränkespiel überzeugen, womit man gewagt hatte, den Zaren zu umgarnen und sein gerechtes Urteil zu verwirren. Ein russisches amtliches Rundschreiben von Ende November 1887 sprach aus: der Zar und Fürst Bismarck hätten feststellen können, daß kein Grund zu einem Bruche zwischen Deutschland und Rußland vorliege; Fürst Bismarck habe die vollständigste Neutralität in den bulgarischen Angelegenheiten versprochen, und aus der Unterredung habe sich ergeben, daß alle Mißverständnisse auf die feindselige Sprache der Presse beider Länder zurückzuführen seien; beiderseits habe man sich daher versprochen, auf diese mäßigend einzuwirken. In der That erging auch nun der amtliche Befehl an die russische Presse, die leidenschaftliche Sprache gegen Deutschland zu mäßigen. Wenn aber diese Weisung auch nur vorübergehende Wirkung hatte, so war doch das Vertrauen des Zaren zu Bismarck seit jener Unterredung vom 18. November 1887 unerschütterlich wiedergewonnen und behauptet. Fürst Bismarck hat das auch noch nach seinem Rücktritt dem Verfasser und anderen ausgesprochen, und der Zar hat es bestätigt, indem er bei seiner letzten Unterredung mit dem Reichskanzler, am 11. Oktober 1889, diesem sagte: „Ja, Ihnen glaube ich, und in Sie setze ich Vertrauen, aber sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?"

Den besten Beweis für die Wahrheit seiner Worte gegenüber dem Zaren am 18. November 1887 und für die Reinheit seines Gewissens gegenüber allen Verdächtigungen seiner Politik durch Lug und Trug lieferte Bismarck jedenfalls, indem er im Deutschen Reichsanzeiger vom 31. Dezember 1887 die ganze ihm vom Zaren anvertraute Sammlung gefälschter diplomatischer Schriftstücke abdrucken ließ. Wer diese Veröffentlichung wagte, durfte sicher sein, daß niemand in der ganzen Welt mehr mit der Behauptung gegen ihn aufträte, daß auch nur eine einzige Zeile dieser Fälschungen echt sei!

Das Verhältnis Deutschlands zur Türkei und zu Rumänien wußte Bismarck im Laufe der Jahre nach dem Berliner Kongreß so freundlich zu gestalten, daß beide Staaten für gewisse Fälle dem Dreibund beitraten. Die Türkei empfing die Leiter und Bildner ihres Heerwesens, die Ordner ihrer Finanzen und Wirtschaftsverhältnisse aus Deutschland und konnte sich 1880 im türkisch-montenegrinischen Grenzstreit überzeugen, daß das Deutsche Reich unter Bismarcks Führung auch in weiter Ferne ebenso wirkungsvoll als gerecht auftrete. Damals widersetzte sich die albanesische Liga mit bewaffneter Hand der Übergabe derjenigen Grenzgebiete, die nach Art. 24 des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878 Montenegro und Griechenland zufallen sollten. Als beiden Staaten das ihnen rechtmäßig Zukommende durch die Lässigkeit der türkischen Behörden gegen die Albanesen vorenthalten wurde, rüsteten beide geräuschvoll zum Kriege gegen die Türkei, an welchem England gern auch Deutschland beteiligt gesehen hätte. Bismarck aber ließ zwar deutsche Kriegsschiffe in dem strittigen Hafen von Dulcigno an der Seite der Schiffe der übrigen Großmächte erscheinen, erklärte aber dem französischen Botschafter am 22. Oktober 1880: „Die Dulcigno-Affaire müsse so rasch als möglich erledigt werden; er sei fest entschlossen, an Zwangsmaßregeln nicht teilzunehmen.“ Da Frankreich und Deutschland an diesen Wirren gleich unbeteiligt waren, so gelang es Bismarcks Staatskunst, Frankreichs Einfluß und diplomatische Macht im engsten Zusammenwirken mit Deutschland in Kon-

stantinopel zur Schlichtung dieser Wirren einzusetzen, und dadurch glückte bald ein alle Teile befriedigendes friedliches Abkommen.

Aber auch in den weit ernsteren und lang andauernden ägyptischen Wirren errang Bismarcks kraftvolle und doch zugleich maßvoll-unbefangene Politik schließlich den Sieg und eine alle, scheinbar unversöhnlichen Interessen befriedigende Lösung. Der ägyptische Chedive Ismael Pascha hatte 1878 mit den Mächten einen Vertrag geschlossen, in welchem er sich verpflichtete, seinen Privatgrundbesitz zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden seines Landes mit heranzuziehen und die Verwaltung des ägyptischen Finanzwesens von europäischen Beamten führen zu lassen. Da er aber seine Verschwendungssucht dadurch beengt sah, machte er am 7. April 1879 plötzlich einen Staatsstreich, der die ihm unbequemen europäischen Verwalter absetzte, und in einem Dekret vom 22. April stellte er die fernere Verzinsung der unifizierten Schuld einfach ein. Bismarck war der erste, der gegen diesen dreisten Rechtsbruch von dem deutschen Generalkonsul in Kairo, v. Saurma, eine drohende Verwahrung des Deutschen Reiches einlegen ließ durch die Erklärung: „Das Dekret des Chedive sei eine offene und direkte Verletzung internationaler Verpflichtungen, es entbehre daher in Bezug auf die Rechte der deutschen Reichsangehörigen jeder rechtsverbindlichen Wirkung, und man mache den Vizekönig für alle Folgen seines rechtswidrigen Verhaltens verantwortlich.“ Zugleich schrieb Bismarcks Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Die Zeiten sind vorüber, in denen Deutsche im Auslande fremder Willkür schutzlos preisgegeben waren, und je ausschließlicher die deutsche Politik nur den Schutz deutscher Interessen im Auge hat, um so weniger kann sie durch Nebenerwägungen von ihrem Ziele abgedrängt werden.“

Deutschlands schnelles und schneidiges Eingreifen in Kairo erregte das fast bewundernde Erstaunen der ausländischen, namentlich der französischen Presse. So schrieb das Pariser „Journal des Débats“, nachdem es entwickelt, daß Frankreich, England, Österreich und Italien in weit höherem Maße als Deutschland Gläubiger Ägyptens seien, und daher weit eher Veranlassung gehabt hätten,

ihrerseits jenen „ersten Schritt“ in Kairo zu thun: „Die deutsche Diplomatie scheint eben im Orient wie überall mit einer Geschicklichkeit, einem Nachdruck und einem Eingreifen im rechten Augenblicke zu handeln, welche den anderen Diplomaten sehr häufig mangeln. Deutschland hat offenbar keine Lust, sich näher in die Angelegenheiten Ägyptens zu mischen, aber es will noch weniger sich davon lossagen. Es sagt sich ohne Zweifel, daß bei künftigen Verwickelungen die Rolle des ehrlichen Maklers ebenso fruchtbar am Nil gespielt werden könne, wie sie es auf der Donau gewesen ist. Daher die sehr geschickte, sehr aufmerksame und, wie man anerkennen muß, auch sehr loyale Politik, welche es seit zwei Jahren in Ägypten spielt.“ Dieses unbefangene Urteil des französischen Blattes traf den Kern der Sache. In der That spielte Bismarck auch am Nil mit Erfolg den ehrlichen Makler. Sofort schlossen sich die übrigen Großmächte Deutschlands Vorgehen in Kairo an und erwirkten die Absetzung des Chedive Ismael, als dieser sich weigerte, seinen Rechtsbruch gutzumachen. An seiner Stelle wurde dessen Sohn Mehemed Tewfik Pascha zum Chedive ernannt. Bis 1882 regierte dieser gemäß den Verträgen von 1876 und 1878. Ein englischer und ein französischer Bevollmächtigter leiteten das ägyptische Finanzwesen. Im Jahre 1882 aber riß sein Kriegsminister Arabi Pascha die ganze Gewalt an sich, beseitigte die europäische Verwaltung und entflammte am 11. Juni die fanatisierten Eingeborenen zu furchtbaren Metzeleien unter der christlichen Bevölkerung.

Bismarck wollte auch jetzt wieder dieselbe erfolgsichere Politik auf Ägypten anwenden wie gegen den Staatsstreich von 1879: Die Erzwingung der Achtung vor den Verträgen und friedlicher Ordnung durch das kräftige Zusammenwirken aller Mächte. Die Wiederherstellung der gewaltsam gestörten friedlichen Zustände Ägyptens sollten England und Frankreich zunächst dem Oberlehensherrn des Chedive, dem Sultan, überlassen und ihrerseits die zur Achtung der Verträge nötigen Schritte gemeinsam, Hand in Hand, und unterstützt von den übrigen Großmächten, thun. Für diese weise Politik traten Österreich-Ungarn, Rußland und Italien treulich ein, Frank-

reich und die Türkei wären bereit gewesen, ihr zu folgen. Aber von dem Wahne bethört, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, die Herrschaft in Ägypten ganz an sich zu reißen, ging England für sich allein gewaltthätig in Ägypten vor, ohne jede Rücksicht auf die übrigen Mächte, auf die Verträge und auf die Rechte des Sultans. Alle übeln Folgen dieser brutalen und rechtlosen und nicht einmal auf ausreichender militärischer Macht beruhenden Politik sagte Bismarck den englischen Staatsmännern voraus. Wohl gelang den englischen Truppen, Alexandrien in Brand zu schießen und endlich, am 13. September 1882, auch die Vernichtung der Truppen Arabis und dessen Gefangennahme. Wohl herrschte England von da ab thatsächlich allein im Lande. Aber der Krieg hatte Ägyptens Hilfsmittel so zerrüttet, daß die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld von da an aufhörte. Ja, die englische Kriegsmacht erwies sich so ungenügend, daß der Aufstand des Mahdi den ganzen Sudan von Ägypten losriß und das stolze England selbst den Heldentod des Generals Gordon in Chartum (26. Januar 1885) ungerächt lassen mußte. Allerdings waren glücklicherweise nicht deutsche, sondern englische Gläubiger Ägyptens die Hauptleidtragenden dieser ebenso unklugen als unrühmlich-unmännlichen Politik. England suchte auf der Konferenz in London 1884 nun die Zustimmung der Mächte zu einer Zinsherabsetzung zu erlangen. Selbst dazu hätten sich wohl die von England bis dahin so geringschätzig und verletzend behandelten Mächte bereit erklärt — aber England wollte von seiner Alleinherrschaft in Ägypten nicht einmal soviel opfern, daß es gemäß dem Vertrage von 1876 die internationale Finanzkommission in Kairo wieder einsetzen ließ. Daran scheiterte natürlich dieser englische Antrag.

Um der sehr begründeten Unzufriedenheit des englischen Volkes und Parlamentes über alle diese Fehlschläge der englischen Politik auszuweichen, machte der englische Minister Lord Granville in einer Rede im Oberhause gewissermaßen den Fürsten Bismarck für dieselben verantwortlich, indem er behauptete: „Bismarck habe England selbst den Rat erteilt, Ägypten zu nehmen (to take it).“

Darauf erklärte der deutsche Reichskanzler am 2. März 1885 im deutschen Reichstag: „Lord Granville befindet sich im Irrtum, wenn er annimmt, daß mein Rat in Bezug auf Ägypten dahin gelautet habe, ‚to take it‘. Das ist ein Irrtum (hört! hört!), auf dessen Berichtigung ich halte, und der mich nötigt, meinerseits in der Offenlegung vertraulicher Verhandlungen weiter zu gehen, als es sonst in meiner Gewohnheit liegt.... Ich habe niemals einen Rat über die Behandlung Ägyptens an England erteilt. Wohl aber bin ich um solchen befragt worden zu verschiedenen Malen ... und in allen Fällen lautete die Anfrage an mich dahin, ob ich bereit wäre, der englischen Regierung einen Rat oder einen Wink — ‚an advise or a hint‘ — zu geben über das, was sie augenblicklich in Ägypten thun möchte, und was bei uns Billigung finden würde (sehr gut! rechts. Heiterkeit). Darauf habe ich jedes Mal die Antwort in dem Sinne gegeben wie in dem Schriftstück aus dem September 1882, das ich hier mitgebracht habe: Daß ich mich in meiner Eigenschaft als Auswärtiger Minister des Deutschen Reiches enthalten müsse, der englischen Politik einen Rat zu geben, weil ein solcher Rat, in der amtlichen Eigenschaft erteilt, doch eine gewisse Verantwortlichkeit anderen Kabinetten gegenüber und auch für die Folgen, die er haben kann, mit sich brächte. Ich müßte es also ablehnen, ihn zu erteilen, Ich bin dann weiter gefragt worden, ob ich denn nicht eine Meinung äußern wolle über das, was geschehen könne. Ich habe darauf gesagt: ich könne mich in den Fall hineindenken, daß ich englischer Minister wäre, und als Dilettant in der englischen Politik und als ein Liebhaber, vielleicht auch Kenner der Sache, hätte ich meine Ansichten, und wenn ich englischer Minister wäre, so würde ich in diesem Augenblick nicht dazu raten, Ägypten zu annektieren, wohl aber sähe ich ein, daß es für England ein Bedürfnis wäre, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindegliede seines europäischen und asiatischen Etablissements zu haben. Es könnte aber diese Stellung m. E., ohne mit den Verträgen in Kollision zu kommen, nur durch den Sultan gewinnen. Ich würde daher, wenn ich englischer Minister wäre, die Vermitte-

lung des Sultans suchen, um durch ihn in Ägypten eine Stellung zu erlangen, vermöge deren die englischen Interessen sichergestellt würden. Ich wäre auch der Meinung, daß diese Form bei anderen Nationen keinen Anstoß erregen würde, einmal wegen ihrer Verträglichkeit mit den Verträgen, dann aber auch, weil sie den Hauptinteressenten an den ägyptischen Finanzen, den französischen sowohl wie den englischen bondholders (Staatsschuldgläubigern) und auch denen der übrigen Nationen, mit Wahrscheinlichkeit eine sichere, geschickte und geordnete Verwaltung Ägyptens durch die englischen Organe voraussehen ließe. Damit würden, beispielsweise bei der Bedeutung, die die finanziellen Interessen in Frankreich hätten, wahrscheinlich keine französischen Rivalitäten und Unzufriedenheiten provoziert werden. Wenn dagegen England eine direkte Annexion Ägyptens vornehmen wollte, so könne sich ein Verhältnis von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, die auch Interessen dort hätten, namentlich aber mit dem Sultan und zu dem gesamten Muhammedanismus. Diese Spannung würde fortfallen, wenn sie (die Engländer) dort unter der Firma des Sultans erschienen, als lease holder (Pächter) des Sultans in Ägypten. Damit würden sie vermeiden, Frankreich und andere zu verstimmen, und uns sei der gute Vertrag zwischen England und Frankreich dringend wünschenswert, denn ein Bruch zwischen diesen großen Mächten in der Mitte Europas sei ein Unheil für ganz Europa, in erster Linie aber für uns Deutsche und die nächsten Nachbarn, und ich lege deshalb einen großen Wert darauf, daß England mit Frankreich in guten Beziehungen bliebe. Dies wäre der Weg, auf dem ich, wenn ich englischer Minister wäre, versuchen würde, to obtain influence in Egypt (Einfluß in Ägypten zu gewinnen). Ich habe dem hinzugefügt: Wenn England vorziehen sollte, Ägypten zu annektieren, so würden wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten, dies zu verhindern. Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger, — ich kann nur langsam lesen, weil ich übersetze, — als das zukünftige Schicksal von Ägypten. Ich sei nicht Willens, ihnen einen Rat zu geben, aber ich sähe voraus, daß

durch eine Annexion Ägyptens England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindung zu verzichten, wenn England sich damit begnügen wolle, unter türkischer Souveränität seinen Einfluß in Ägypten auszuüben. ... Ich habe also nicht geraten, ‚to take it‘, sondern von der Annexion so dringend abgeraten, wie in meiner unbeteiligten Stellung thunlich war. Nun, ich bin gegen meinen Willen genötigt gewesen, diese Aufklärung zu geben, um den Insinuationen endlich einmal bestimmt zu widersprechen, als hätte ich mir seit Jahren angelegen sein lassen, die englische Regierung durch lockende Versprechungen von fremdem Besitztum von dem Pfad der Tugend abzulocken (Heiterkeit). Wäre meine auf ausdrückliches Befragen geäußerte Meinung, was ich als englischer Minister thun würde, befolgt worden, so wäre manche Verwickelung seitdem vielleicht nicht eingetreten (Beifall). Es ist das eine Episode, von der ich hoffe, daß sie mit der Verstimmung, die sich in England daran knüpft, bald vorübergehen werde. Ich suche den Grund dieser Verstimmung in der Erfahrung, daß man, wenn man überhaupt übler Laune ist, den Grund der Ereignisse, über die man verdrießlich ist, immer lieber bei anderen, als bei sich selbst sucht (Sehr richtig!)“

Die Rede, welche vom Reichstag mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört und deshalb ungewöhnlich selten durch Rufe aus dem Hause unterbrochen wurde, machte in der ganzen Welt den tiefsten Eindruck, namentlich in Frankreich und im Orient. Aber auch in England war die Wirkung eine so durchschlagende, daß schon am 6. März Lord Granville im Oberhause das „Mißverständnis“, Fürst Bismarck habe England den Rat erteilt, Ägypten zu nehmen, förmlich abbat und zurücknahm. Ja, noch mehr: England folgte jetzt Bismarcks schon 1882 kundgegebener „Meinung“, indem es bei dem Sultan und den Mächten die Genehmigung zur Aufnahme einer ägyptischen Anleihe von 9 Millionen Pfund Sterling (180 Millionen Mark) nachsuchte, für welche alle Großmächte als Bürgen einstehen sollten. In Übereinstimmung mit den Mächten und als deren Wortführer erklärte Bismarck am 12. März 1885

der englischen Regierung: „Die Befestigung der gelockerten Verträge und die Würde der (bei der Anleihe) unterzeichnenden Mächte erfordert, daß wenigstens die Frucht des Vertragsbruches nicht in den Händen derer bleibe, die ihn begangen haben." Deshalb stellte er den Antrag, daß neben dem englischen und französischen auch ein russischer und deutscher Kommissar die ägyptische Schuldverwaltung führe. Erst nachdem England diese Bedingung zugestanden, wurde am 18. März von den Großmächten die Genehmigung zur Aufnahme der ägyptischen Anleihe unter Bürgschaft der Mächte erteilt. Der Reichstag stimmte am 26. Februar 1886 zu. Den vollen inneren Frieden in Ägypten stellte England aber erst dann wieder her, als es Bismarcks „Meinung" auch nach der Seite hin folgte, die Herrschaft in Ägypten „nur unter der Firma des Sultans" zu führen. Nach einem am 24. Oktober 1885 mit der Pforte geschlossenen Vertrage führte und ordnete nämlich fortan ein türkischer Oberkommissar in Kairo gemeinsam mit dem englischen, zum großen Segen des Landes, das Justiz-, Heer- und Finanzwesen Ägyptens.

Nicht am wenigsten Bismarcks kräftigem Einschreiten (s. o. Bd. V S. 161) dankte Spanien die Niederwerfung der karlistischen Erhebung und die Erneuerung und Befestigung seiner monarchischen Verfassung unter König Alfons XII., der am 29. Dezember 1874 den spanischen Thron bestieg. In Anerkennung der Verdienste Bismarcks um Spanien, verlieh der junge König dem deutschen Reichskanzler am 8. März 1875 den Orden des Goldenen Vlieses. Als nun alle Widersacher der Monarchie in Spanien überwunden waren, reiste der König 1883 über Paris nach Wien, wo er in dem militärischen Theresianum erzogen worden war, und dann zu Kaiser Wilhelm, dem ehrwürdigen Schirmherrn des europäischen Friedens. Hier wollte König Alfons die Verhandlungen über einen deutsch-spanischen Handelsvertrag fördern, der im Herbst 1886 auch abgeschlossen wurde. Außerdem aber nahm der König zur Seite des Kaisers an den deutschen Herbstmanövern in Homburg teil und empfing mit hoher Freude aus des Kaisers Hand die Auszeichnung, zum Chef eines in Straßburg stehenden preußischen Ulanenregiments

ernannt zu werden. Diese Gnade aber und ihre Annahme durch König Alfons genügte, den französischen Dünkel zu den ärgsten und unflätigsten Gassenjungenstreichen gegen den König aufzureizen, als dieser am 29. September 1883 als Gast des Präsidenten Grévy in Paris einzog. Damit hatte Frankreich indes die iberische Schwesternation in ihrem Stolz aufs tiefste verletzt und die Herrschaft des den Parisern verhaßten „Roi-Ulan" noch erheblich befestigt. König Alfons aber hatte bis zu seinem frühen Ende (25. November 1885), und seine Witwe die Königinregentin aus österreichischem Stamm hatte für ihren unmündigen Sohn und Thronerben in ihrem schweren Dasein in der ganzen Welt keine bessere Stütze als den Kaiser Wilhelm und den Fürsten Bismarck, solange diese ihres Amtes walteten.

Die herzlichen Beziehungen, die Bismarck zwischen dem deutschen Reiche und der Schweiz geschaffen, fanden einen gleichsam naturgewaltigen Ausdruck in jener hohen Feier, die sich in den Tagen vom 21. bis 24. Mai 1882 an die Vollendung eines Werkes knüpfte, das gleich großartig erscheint als Errungenschaft der Völkerverbrüderung wie des alles bezwingenden menschlichen Geistes und Willens: bei der Feier zur Eröffnung der Gotthardbahn. Von allen Rednern jener völkervereinenden Feier ward der freundlichen Beziehungen zu dem so hilfsbereiten und opferwilligen deutschen Volke und seines großen Staatsmannes rühmend gedacht.

Als einer der glänzendsten Triumphe der Staatskunst Bismarcks wird immer die Thatsache gelten dürfen, daß ihm sogar gelang, mehrere Jahre, namentlich in den Jahren 1884 und 1885, das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich so freundschaftlich zu gestalten, daß die beiden großen Mächte, zumal in der bulgarischen, montenegrinischen und ägyptischen Frage und in der Kolonialpolitik treulich Hand in Hand gingen. Freilich war damals der treffliche Jules Ferry, ein ebenso guter französischer Patriot als gründlicher Verächter aller chauvinistischen Phrasen der selbstsüchtigen Parteistreber seines Volkes, französischer Ministerpräsident, und der ihm gleichgesinnte Baron de Courcel Botschafter in Berlin. Aber die

Unglücksschläge, die Frankreich in Tongking hinnehmen mußte, forderten diesen Minister als Sündenbock des eitlen Volkes. Am 30. März 1885 wurde Jules Ferry gestürzt. Das Übergangsministerium Brisson wurde am 7. Januar 1886 vom dritten Ministerium Freycinets abgelöst, in welchem das Portefeuille des Krieges dem General Boulanger übertragen wurde, der sich vom ersten Tage seines amtlichen Wirkens an als der leibhaftige Vertreter des französischen Revanchegedankens gebärdete. Um diesen Gedanken eher zu verwirklichen, brachte er alsbald ein neues Wehrdienstgesetz ein, das zum ersten Mal das in Frankreich unerhörte Verlangen stellte, daß jeder Franzose drei Jahre lang bei der Fahne dienen müsse. Außerdem forderte er einen Kredit von 300 Millionen Franken für Heeresbedürfnisse. Ganz offen bezeichnete die von Boulanger besoldete Presse und der ihm anhängliche Pöbel den Revanchekrieg gegen Deutschland als Zweck dieser Maßregeln. Und als Freycinet am 3. Dezember 1886 von der Leitung des Ministeriums zurücktrat, versprach sein Nachfolger Goblet dem General Boulanger die Annahme beider Gesetzentwürfe, da Boulanger nur unter dieser Bedingung im Amte bleiben wollte.

Wenige Wochen zuvor, am 25. November 1886, hatte Bismarck dem Reichstag den Entwurf eines neuen deutschen Wehrgesetzes vorgelegt, da die sieben Jahre des eisernen Militäretats bald abliefen. Der Entwurf stellte die Friedensstärke des deutschen Heeres für weitere sieben Jahre, bis zum 31. Dezember 1894, auf 468409 Mann fest. Eine kurze Denkschrift im Anhang der Vorlage begründete diese unwiderleglich. Die französische Friedensstärke betrage schon jetzt (1886) 471000 Mann, denen nach Boulangers Entwurf jährlich noch 44000 hinzutreten würden; die russische Friedensstärke sei schon auf 547456 Mann gewachsen. Auf den Kopf der Bevölkerung betrügen in Deutschland die Ausgaben für Heer und Flotte (1886) 9,53 ℳ, in Frankreich dagegen 21,57 ℳ, also mehr als das Doppelte, die Gesamtausgabe für Heer und Marine in Frankreich im Jahre 1886 fast das doppelte der deutschen (826,616,600 ℳ gegen 446,288,673 ℳ).

Der Reichstag, den, wie wir uns erinnern, damals das Triumvirat Windthorst-Richter-Grillenberger beherrschte, begann die Beratung der Vorlage am 3. Dezember 1886 — zufällig an demselben Tage, da in Paris der Rücktritt Freycinets dem wildesten Chauvinismus alle Schleußen öffnete. Der unerfahrenste Dorfpolitiker mußte einsehen, daß die Entscheidung des deutschen Reichstags unter solchen Umständen Krieg oder Frieden in ihrem Schoße trug, und daß der Krieg höchst wahrscheinlich sei, wenn die Vorlage abgelehnt wurde, da dann alle Kriegshetzer Frankreichs mit dem Finger auf die deutschen Abgeordneten hinweisen konnten, die ihrem Kaiser und Reich die Wehr gegen die gallische Revanche versagten. Feldmarschall Moltke, der ehrwürdige Nestor des Reichstags, sagte das auch in seiner unvergleichlichen Klarheit, als er die Notwendigkeit der Vorlage begründete: „Wenn wir diese Vorlage ablehnen, so schließt das eine sehr ernste Verantwortlichkeit ein, vielleicht für das Elend eines feindliches Einfalls. Die ganze Welt weiß, daß wir keine Eroberungen beabsichtigen. Mag sie aber auch wissen, daß wir das, was wir innehaben, erhalten wollen, daß wir dazu entschlossen und gewappnet sind." Es half Alles nicht. Die Kommission, an welche die Vorlage verwiesen wurde, lehnte am 17. Dezember sowohl die Erhöhung der Friedensstärke auf 468000 Mann als das Septennat ab. Sie wollte nur 441200 Mann auf drei Jahre (bis 31. März 1890) und eine vorübergehende Erhöhung auf 450000 Mann nur bis zum 1. April 1888 bewilligen. Nach den Enthüllungen, die Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf in der Kommission über die Notwendigkeit einer Entscheidung vor Weihnachten gegeben hatte, grenzten aber fast an Landesverrat der Beschluß des Vorsitzenden der Kommission Grafen Ballestrem, die Sitzungen bis nach Neujahr (bis zum 4. Januar 1887) auszusetzen, und der Beitritt des Reichstags zu diesem Beschlusse am 18. Dezember.

Die Herren der Mehrheit sollten aber dafür an ihren Weihnachts- und Neujahrsferien wenig Freude erleben und die Erfahrung machen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes ganz anders

denke wie sie. Ein ungeheurer Sturm der Entrüstung und Verachtung über diesen Reichstag, der „keine Ehre im Leibe“ habe, brauste in jenen letzten Wochen des Jahres 1886 durch ganz Deutschland. Allgemein forderte man von der Regierung die Auflösung dieser kläglichen Volksvertretung, und auch den dreistesten Neinsagern der Triumviratsparteien bangte um ihre lieben Sitze im Reichstage, wenn es wegen Ablehnung dieser Vorlage wirklich zu einer Auflösung kam. Da versuchten es diese Abgeordneten, die doch von ihrem Mandat nicht lassen wollten, dem deutschen Volke Sand in die Augen zu streuen. Sie gaben sich den Anschein, als bewillige die Opposition „jeden Mann und jeden Groschen“. Dem einstigen Freunde und Gesinnungsgenossen Völks, dem bayerischen Abg. v. Stauffenberg, der nun ins deutschfreisinnige Lager abgeschwenkt war, fiel die Aufgabe zu, die legislatorische Formel für das klug ersonnene Qui pro quo zu finden. Er beantragte am 11. Januar 1887, beim Beginn der zweiten Lesung: für das Jahr 1887/88 die deutsche Friedensstärke in Höhe von 454 402 Mann zu bewilligen. Sollte dieser Antrag aber — wie vorauszusehen — von der Regierung abgelehnt werden, so beantragte er die Bewilligung der ganzen von der Regierung geforderten Friedensstärke in Höhe von 468 409 Mann, aber nur auf drei, nicht auf sieben Jahre. Sofort enthüllte der nationalliberale Abg. Dr. Buhl die Täuschung, als ob damit alles Geforderte bewilligt würde, indem er die Thatsache feststellte: daß die Bewilligung auf sieben Jahre die Vermehrung des Heeres um 112 000 Mann, die Bewilligung auf drei Jahre dagegen nur eine Vermehrung um 48 000 Mann bedeute und bewirke.

Bismarck hatte sich am 15. November leidend nach Friedrichsruh begeben und der ersten Lesung der Vorlage im Reichstage nicht beiwohnen können. Am 8. Januar 1887 aber kehrte er nach Berlin zurück, und am 11. Januar hielt er die erste von fünf großen Reden für die unveränderte Annahme der Vorlage. In dieser ersten Rede, welche auf diejenige Moltkes unmittelbar folgte, begegnete Bismarck zunächst der feindseligen Unterstellung der Opposition: „Sie setzen bei den Regierungen andere Motive für deren

Antrag voraus, als ob diese ganze Militärvorlage keinen Zweck weiter hätte, als unter falschen Vorwänden Steuern, Geld zu erheben. Es ist das ein so absurder Gedanke, daß ich mich gar nicht weiter damit aufhalte.“ Ebensowenig werde jemand glauben, daß die Vorlage gemacht sei, „in der Absicht, demnächst einen großen Krieg zu führen,“ niemand, „der darüber nachdenkt, wie friedliebend die Politik Sr. Majestät des Kaisers seit 16 Jahren gewesen ist. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den, was der alte Fürst Metternich nannte, gesättigten Staaten.“ Den Verlauf und das Ziel dieser 16jährigen Friedenspolitik faßt Bismarck in folgende Hauptsätze: „Unsere Aufgabe haben wir zunächst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren uud vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im heiligen römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist.“ Daneben haben wir aber auch „die Neubegründung der Freundschaft mit den jetzigen drei Kaisermächten als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff noch eine feindselige Politik. . . Die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unseren Frieden mit Österreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Österreich und Rußland“, da es eben zwischen diesen beiden Staaten „wirklich rivalisierende und mit einander konkurrierende Interessen“ gäbe.

„Nicht minder aufrichtig und angestrengt sind unsere Bemühungen gewesen, nach dem französischen Kriege die Versöhnung mit Frankreich herbeiführen. . . . Wir haben unsererseits alles gethan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in demjenigen, der sich

auf eine mehr oder weniger lange Strecke von Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß noch weiter unten können wir das zugeben. Wir haben unsererseits ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch ganz sicher nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat uns immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. . . . Wenn die Franzosen so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre der Friede ja für immer gesichert. Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen." Dagegen sei der Krieg von Frankreich her „an jedem Tage möglich, da eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacré zu leben, das jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird. Darüber können mich auch keine friedlichen Versicherungen, keine Reden und Redensarten vollständig beruhigen, ebensowenig wie ich weiß, was ich damit machen soll, wenn uns hier im Parlament versichert wird: ‚Wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten Thaler rechnen, dann stehen wir mit Gut und Blut ein.' Das sind Worte, damit kann ich nichts machen. Worte sind keine Soldaten und Reden keine Bataillone; und wenn wir den Feind im Lande haben und lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus. Ich bin also der Meinung, daß der historische Prozeß (um die richtige Grenze), der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendigt ist, und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite fortgesetzt zu sehen. . . . Diese Kalamität, daß der Krieg ausbrechen könnte, wird vielleicht gefördert, wenn der Krieg leicht erscheint, wird verhindert, wenn der Krieg schwer erscheint. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns tritt ein, wenn . . . . Frankreich irgend einen Grund hat zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher. . . . . . Sobald sie glauben zu siegen, fangen sie den Krieg an."

Gegen diese Möglichkeit müsse Deutschland so gewappnet sein, daß es siegen könne. Wenn der Reichstag übrigens das Septennat ablehne, so bleibe einfach das kaiserliche verfassungsmäßige Recht stehen kraft Art. 59 der Reichsverfassung: ‚Jeder wehrpflichtige Deutsche hat 3 Jahre lang bei der Fahne zu dienen.‘ „Das ist dann unsere Präsenzziffer, die wir erreichen dürfen. Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Mehrheiten des Reichstages nicht abhängig sein kann“ und „der Versuch, der mit diesen Anträgen gemacht worden ist, aus dem kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, wird nicht gelingen.“ Zum Schluß ruft er der Mehrheit zu: „Wir werden uns nicht auf lange Verhandlungen mehr einlassen, sondern die Gefahr, in die wir das deutsche Volk durch Verschleppung und Verzögerung möglicherweise setzen können, wird uns zwingen, darüber bald eine Gewißheit zu haben, oder bald mit anderen Leuten zu reden, die uns Gewißheit geben!“

Ganz im Sinne dieser Ausführungen erwiderte er am nämlichen Tage dem Abg. Windthorst: „Wenn wir auflösen, — d. h. wenn Sie die Vorlage ablehnen, — so ist es nicht wegen der Zeitfrage, sondern wegen der Prinzipienfrage, ob das Deutsche Reich durch ein kaiserliches Heer oder durch ein Parlamentsheer geschützt werden soll! . . . Unser Vertrauen zum Reichstag ist überhaupt vor Jahren größer gewesen, es hat allmählich abgenommen. Es hat den schwersten Stoß bekommen, als wir in diesem Reichstage eine polnische Mehrheit gegen deutsche Interessen erlebten. Da, meine Herrn, habe ich die Hoffnung auf Sie aufgegeben; wir hätten damals auflösen sollen wegen Ihres Polonismus (s. o. S. 161), dann wäre der ganze Bulgarismus nachher nicht gekommen. Ich bin der Sache (d. h. der damaligen Auflösung) nur deshalb nicht näher getreten, weil wir den Polonismus noch eine Zeitlang aushalten können; aber Wehrlosigkeit können wir nicht zehn Minuten aushalten . . . . Die Nörgelei des Parlaments gegenüber Forderungen der Regierung, die der Sicherheit des Landes gelten, ist nur eine echt deutsche Eigentümlichkeit. Sie sind damit auf einen

falschen Strang geraten, meine Herren; ich rate Ihnen: bremsen Sie so früh als möglich." Höchst ergötzlich ist übrigens die Thatsache, daß sich damals sowohl Herr Windthorst als die Führer der Sozialdemokratie „für die Friedensliebe der Franzosen verbürgten", und daß Bismarck — dem die wahren Stimmungen in Paris natürlich genau bekannt waren — sie in der nämlichen Rede auf dieser Maulwurfsprophezeiung festnagelte.

Aber auch Bismarcks fünf große Reden waren an diese Mehrheit durchaus verschwendet. Am 14. Januar wurde statt des § 1 der Vorlage der Eventualantrag Stauffenberg auf dreijährige Bewilligung der geforderten Präsenzziffer mit 186 gegen 154 Stimmen angenommen. Darauf verkündete Bismarck, noch ehe der Reichstag zur Abstimmung über § 2 verschreiten konnte, die Allerhöchste Botschaft, welche die Auflösung des Reichstags verfügte.

Der damalige französische Kriegsminister, Boulanger rüstete nach dieser Abstimmung des deutschen Reichstags mit fieberhaftem Eifer zum Krieg. Die deutschen Dreiherren hatten ja die Regierung im Reichstag geschlagen, ihr jene Mittel verweigert, die jeder französische Offizier für unumgänglich nötig hielt, wenn Deutschland dem französischen Angriff widerstehen wollte! Das Gefühl, Deutschland überlegen zu sein, war also in Frankreich vorhanden, und das genügte, nach Bismarcks Rede vom 11. Januar, allein schon, um Frankreich zum Eintritt in den Krieg zu bestimmen. Außerdem versicherten aber die deutschen Oppositionsparteien in ihren Wahlprogammen und Reden auch, daß die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihnen stehe, und daß die Franzosen das glaubten, war ihnen bei dem hohen Werte der für diese Versicherung verpfändeten Manneswort nicht zu verargen. Auch versetzte das deutsche Oppositionstriumvirat das Zwerchfell aller französischen Leser in wohlthätige Schwingungen, indem jene Parteiführer und deren Presse männiglich sich für die friedlichen Gesinnungen des französischen Brudervolkes verbürgten. Als z. B. die „Post", die gute Beziehungen zum Reichskanzlerpalais hatte, am 1. Februar ihren berühmten Warnungsartikel „Auf des Messers Schneide"

brachte, da wurde dieser Artikel, der Boulangers Kriegsrüstungen enthüllte, als ein „Angstprodukt des Reptiliensumpfes“ von Eugen Richters Parteipresse verhöhnt und jeder für einen bestochenen Kriegshetzer erklärt, der an französische Rüstungen zu glauben vorgebe.

Damit begnügte sich aber die Verlogenheit dieses undeutschen Triumvirats nicht. In Millionen von Wahlflugblättern wurde mit immer steigender Unverfrorenheit behauptet, das Septennat bedeute die siebenjährige Dienstzeit, und die Regierung beabsichtige, Monopole einzuführen und nicht nur das bisherige Wahlrecht, sondern die Verfassung überhaupt aufzuheben. Als dem Fürsten Bismarck von einem nationalgesinnten Oldenburger ein Flugblatt solcher Art, „im fortschrittlichen Sinne mustergültig abgefaßt“ eingesendet wurde, da antwortete der Reichskanzler dem Einsender: „Dieses Wahlflugblatt der reichsfeindlichen Parteien enthält viele Lügen, aber keine, die nicht in allen Wahlkreisen des Reichs von ihnen übereinstimmend verbreitet würden; die bei den Gegnern des Reichs herkömmliche politische Brunnenvergiftung ist eben eine verabredete und systematische. Das Flugblatt stellt nur die eine richtige Behauptung auf, daß die Regierung die Verlängerung des Sozialistengesetzes auch ferner erstreben wird. Alles, was der Wahlaufruf sonst über die Absichten der Regierung sagt, sind ebenso frivole wie unsinnige Lügen, und wenn sich Wähler finden, die an diese Verleumdungen der Regierung glauben, so kann ich das bedauern, aber nicht ändern. Mir stehen weder Mittel zu Gebote, die Gegner am Lügen zu hindern, noch vermag ich die Wähler, welche der Regierung des Kaisers Böses zutrauen, vor gewissenlosen Bauernfängern zu behüten.“

Aber Bismarck fand doch reichliche Mittel und Wege, die Wähler vor „gewissenlosen Bauernfängern“ zu behüten. Denn als am 24. Januar 1887 im preußischen Abgeordnetenhause die Beratung des Etats der preußischen Gesandtschaften bei den Einzelstaaten stattfand und Graf Limburg-Stirum sein freudiges Zutrauen zur Politik des Reichskanzlers aussprach, da widerlegte Bismarck alle diese „Lügen“ der reichsfeindlichen Parteien. „Das Wort

Reaktion," sagte er, „das ja immer sich einstellt, wo die Begriffe fehlen, ist eine Verleumdung der Regierung. . . . . Wir sind und bleiben verfassungstreu." Ebensowenig denke irgend wer an Monopole, außer nach einem unglücklichen Kriege, denn dann heiße es: ‚Vogel friß oder stirb!' „Der Herr Finanzminister ist hier mit der Monopolfrage katechisiert worden," fuhr Bismarck fort. „Ich bedaure nur, daß er den Abg. Windthorst nicht gefragt hat, ob derselbe seinerseits sein Wort an Eidesstatt hier abgeben könne, daß er nicht die Herstellung des Königreichs Hannover anstrebt — das wäre ungefähr dasselbe."

Eine weitere Rede des Abg. Windthorst gab dem Reichskanzler auch noch Gelegenheit, zu versichern, daß die Regierung nicht daran denke, das Wahlgesetz zu ändern, und dem Vorredner drohend zuzurufen: „Ich glaube ferner, daß der Wähler noch vor den (Reichstags-)Wahlen darüber ins Klare kommen wird, ob und inwieweit Sie die Stimme der römischen Kurie für das Umsturztreiben, das Sie begünstigen gegen das Deutsche Reich, auf Ihrer Seite haben. Der Papst ist ein Mann des Friedens und des Erhaltens." Diese Ankündigung war für die Führer des Zentrums recht unangenehm. Denn sie deutete an, was wenige Tage später die ganze Welt wußte: der Papst hatte die Zentrumspartei durch den apostolischen Nuntius in München am 3. Januar auffordern lassen, für das Septennat zu stimmen, aber Windthorst und Herr v. Franckenstein hatten dieses päpstliche Gebot ihrer Fraktion einfach unterschlagen, und diese hatte daher am 14. Januar unwissentlich gegen den Unfehlbaren gefrevelt, indem sie auf die Losung der fehlbaren Perle von Meppen männiglich gegen das Septennat stimmte. Selbst ein so gründlich in der Wolle gefärbter Schwarzer wie Paul Majunke*) war empört über diese Täuschung. Schließlich war auch noch der Abg. Richter so thöricht, in dieser Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Januar 1887 gegen den Reichskanzler aufzustehen und ihm dadurch Gelegenheit zu geben, Richters Wahl-

*) Geschichte des Kulturkampfes, S. 580 flg.

parole zu vernichten: „Der Reichskanzler ist eine Gefahr für die Krone, er muß also fort!" Es war dieselbe Losung, die Herr Richter vierzehn Monate später unter der kurzen Regierung des Kaisers Friedrich erneuerte. Aber diese Losung half ihm jetzt so wenig wie später. Denn Bismarck erklärte ihm rund heraus: „Ich werde von dem Könige reden, so oft, als ich berufen bin, seinen persönlichen Willen geltend zu machen." Und dann folgte das für Herrn Richter und seine Partei vernichtende Wort: „Ich erinnere mich, daß jeder Fortschritt der preußischen Monarchie und des Deutschen Reiches von den Vertretern der Fortschrittspartei auf das Bitterste und Schärfste bekämpft worden ist." So in der polnischen Frage, im dänischen Feldzug, im Kriege mit Österreich, „in jeder möglichen Weise hat sie uns bekämpft in der Rüstung gegen Frankreich" vor 1870. „Kurz und gut, alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden!"

Diese Rede Bismarcks ging gleichfalls in Millionen von Abzügen und Flugblättern hinaus in den großen deutschen Wahlkampf und reinigte den politischen Brunnen von dem reichsfeindlichen Gifte. Außerdem hatten alle reichstreuen Parteien, Nationalliberale, Reichspartei, Deutschkonservative sich, unter Bismarcks lebhaftem Beifall, zu einem treuen festen Wahlkartell gegen alle Gegner der Militärvorlage zusammengeschlossen. Es war die Erneuerung jener glücklichen Verbindung aller nationalen Fraktionen im Dienste des Vaterlandes, welche die parlamentarische und politische Arbeit Deutschlands in den Jahren 1867 bis 1878 so fruchtbar gemacht hatte, und seit Jahren schon hatte Bismarcks Wunsch und Mahnung die Erneuerung dieser Verbindung zum Ziel gehabt. Entsprechende Erfolge erreichten denn auch die verbündeten Parteien am Wahltage, dem 21. Februar 1887. In der Hochburg der Sozialdemokratie, im Königreich Sachsen, vermochte diese Partei nicht einen einzigen Abgeordneten durchzubringen; statt der bisherigen 24 Sitze erlangte sie nur 11, und auch diese meist nur durch Unterstützung vom Deutschfreisinn oder vom Zentrum. Die Volkspartei war aus dem

Reichstag verschwunden, der Deutschfreisinn von 67 auf 32 Abgeordnete gesunken, die Polen von 16 auf 13, die Welfen von 11 auf 4, selbst das Zentrum hatte 2 Sitze eingebüßt. Die Nationalliberalen waren um 48 gewachsen, die Freikonservativen um 13, die Deutschkonservativen um 2. Eine sichere reichstreue „Kartell"-Mehrheit von 222 Stimmen stand 174 Oppositionsmännern gegenüber.

Dieses große Volksgericht der deutschen Nation über die Feinde ihrer Wehrfähigkeit machte dem französischen Kriegsgeschrei und Säbelgerassel und den ehrgeizigen Diktaturplänen Boulangers auf einmal ein Ende. Die Hoffnung, daß das Triumvirat Windthorst-Richter-Grillenberger das deutsche Heer dezimieren und schwächen werde, war zu Schanden geworden, der Krieg gegen dieses einmütige, waffenmächtige und von deutschem Kampfesmut erfüllte Volk mußte als Wahnsinn erscheinen. Bis dahin war niemand in Frankreich im stande gewesen, die fieberhafte Eile, mit der Boulanger zum Kriege trieb, zu mäßigen, ihn zu Einhalt und Umkehr zu bewegen. Aber nach dem großen deutschen Volksgericht vom 21. Februar 1887 fanden auch in Frankreich die Bedächtigen und Vernünftigen wieder den Mut, eine eigene Meinung zu haben. Und als der neugewählte deutsche Reichstag schon am 7. März die Beratung über das Septennat begann und es am 9. März mit 222 gegen 23 Stimmen — bei Stimmenthaltung des Zentrums! — annahm, da wagten diese Einsichtigen und Bedächtigen in Frankreich auch zur That zu schreiten. Das Organ des Präsidenten Grévy, „La Paix", verkündete laut den Entschluß der Regierung, am Frieden festzuhalten. „Die Regierung ist in die Kniee gesunken!" rief der Hauptkriegshetzer Paul Déroulède, indem er am 22. April aus der Patriotenliga austrat. Ende Mai wurde auch Boulanger von Amt und Ehren hinweggeschoben, um dann in einem verbrecherischen Abenteurerleben zu verkommen.

Aber freilich war der gefährliche Mann noch Kriegsminister, als ein Vorfall eintrat, der noch einmal die gesunkenen Hoffnungen der französischen Kriegspartei belebte. In einem der beim deutschen Reichsgericht verhandelten Landesverratsprozesse gegen elsässisch-loth-

ringische Reichsbürger, die sich und ihr deutsches Vaterland für Geld an Frankreich verkauft hatten, war nämlich durch zahlreiche bei den Akten befindliche Briefe des französischen Grenzpolizeikommissars Schnäbele erwiesen, daß dieser hauptsächlich deutsche Reichsangehörige zum Landesverrat verführt hatte und an der Spitze des von Boulanger an der Grenze der Reichslande versammelten Spionenheeres stand. Danach war ihm selbst, als Anstifter, die schon über seine Opfer vom Reichsgericht erkannte langjährige Zuchthausstrafe sicher, wenn er deutschen Behörden auf deutschem Boden in die Hand fiele. Und eben das gelang am 20. April. Als eine plumpe Lüge erwies sich sofort die von den Organen der französischen Kriegspartei unter Kriegsdrohungen gegen Deutschland in die Welt geschleuderte Behauptung: Schnäbele sei auf französischem Boden ergriffen, also der heilige Boden Frankreichs durch deutsche Polizeibarbaren besudelt worden. Allein obwohl Schnäbeles Verhaftung hiernach unantastbar und seine Schuld schon aktenmäßig festgestellt war, erwirkte doch Bismarck beim Kaiser am 28. April die Freilassung Schnäbeles aus kaiserlicher Gnade. Er zeigte das dem französischen Botschafter Herbette sofort in einer Note an, welche die edeln Beweggründe Bismarcks zu diesem von ihm erwirkten hochsinnigen kaiserlichen Gnadenakte erkennen läßt. Denn da hieß es: trotz der erwiesenen Schuld Schnäbeles habe der Kaiser dessen Freilassung in der Erwägung verfügt, daß Schnäbele sich „an der Stelle, wo er verhaftet wurde, befand infolge einer mit einem deutschen Beamten getroffenen Verabredung, um gemeinsame amtliche Geschäfte zu erledigen . . ., derartige geschäftliche Zusammenkünfte aber jederzeit als unter dem Schutze des gegenseitig zugesicherten freien Geleites stehend gedacht werden sollten.“ Dieser hochherzige Gnadenakt des deutschen Kaisers machte der französischen Kriegshetzerei vollends ein Ende. Dem Ausgangs Mai gestürzten Minister Boulanger mußte, infolge eines Skandalprozesses gegen Grévys Schwiegersohn Wilson, am 1. Dezember 1887 auch Präsident Grévy folgen. An seiner Stelle wurde Sadi Carnot gewählt. Dieser ließ durch seinen ersten Minister Tirard erklären, daß er die Friedensliebe seines Vorgängers teile und sich

nur den großen Aufgaben der inneren Politik Frankreichs widmen werde.

Nun aber nahm, trotz der Zusammenkunft Bismarcks mit dem Zaren am 18. November 1887 (s. o. S. 191), die russische Presse, auch die amtliche, ungeachtet der kaiserlichen Mahnung zur Mäßigung, bald ihre leidenschaftliche Feindseligkeit gegen Deutschland wieder auf. Ja, Rußland sammelte eine der österreichischen Grenzbesatzung mindestens dreifach überlegene Truppenmacht aller Waffengattungen an der Grenze des Deutschland verbündeten Österreich-Ungarn. Auch die französischen Revanche-Patrioten erhoben im Herbst 1887 wieder ihr Kriegsgeschrei gegen Deutschland, als ein französischer Soldat, der im Gefolge einer französischen Jagdgesellschaft die französisch-deutsche Grenze überschritten hatte, von einem zur Grenzbewachung gegen Wilddiebe kommandierten deutschen Soldaten für einen Wilddieb gehalten, und, da er den Haltruf des Deutschen nicht beachtete, von diesem erschossen, ein Offizier aber verwundet wurde. Das Vorhandensein dieser gährenden, unsicheren Elemente, die im Osten und Westen Deutschlands nach einer kriegerischen Explosion hindrängten, war wohl eine der Ursachen, welche die Leitung der deutschen Politik bestimmten, dem Reichstag am 9. Dezember eine wichtige Novelle zum Kriegsdienstgesetz vorzulegen, die durch eine neue Organisation der dienstpflichtigen Jahrgänge die Feldarmee gleich für den Ausbruch des Krieges um eine halbe Million Soldaten verstärkte. Das geschah, indem sechs Jahrgänge von Mannschaften, die bisher zum Landsturm gehört hatten, „für die Zeit großer Gefahr“ sofort bereit gestellt wurden. Daraus wurde eine Landwehr zweiten Aufgebotes gebildet, die zusammen mit der Landwehr ersten Aufgebotes, der Reserve und Linie, die kampfbereite Feldarmee bildete.

Welche begeisterte und opferwillige nationale Gesinnung den „Kartellreichstag“ beseelte, bewies schon die erste Lesung dieser Vorlage am 16. Dezember. Selbst Eugen Richter wagte keinen grundsätzlichen Widerspruch. Diesen erhob nur die vaterlandslose Sozialdemokratie durch Herrn Bebel. Die Vorlage wurde an eine Kom-

mission verwiesen, die sie ziemlich unverändert annahm. Bei der zweiten Lesung am 26. Januar 1888 erklärte der Minister Bronsart v. Schellendorf, daß die Kosten der Durchführung 278 Millionen Mark (einmaliger Ausgaben) betragen würden und dieser Bedarf durch eine Reichsanleihe aufgebracht werden solle. Diese Reichsanleihe wurde am 31. Januar in einem eingehend begründeten besonderen Gesetzentwurfe gefordert, und um zu beweisen, daß mit dieser neuen Wehrvorlage und mit dieser Anleihe Deutschland nicht entfernt kriegerische Zwecke verfolge, veröffentlichte Bismarck am 3. Februar 1888 den bisher geheim gehaltenen Wortlaut des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages vom 7. Oktober 1879. Am 6. Februar aber erschien Bismarck im Reichstag, um hier seine berühmteste — in Millionen von Separatabzügen verbreitete — Rede zu halten, die trotz ihrer wunderbaren Vielseitigkeit doch streng den einen Hauptgedanken durchführt: das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens und zur Befestigung der deutschen Friedenspolitik und Friedensbündnisse ist die Verstärkung der deutschen Wehrkraft. Die Rede enthält einen Rückblick auf die deutsche Geschichte und die preußisch-deutsche Politik der letzten 40 Jahre, aus welchem die jene früheren Zeitabschnitte betreffenden Aussprüche Bismarcks in diesem Werke schon an den einschlagenden Stellen mitgeteilt sind. Zunächst geht Bismarck besonders auf das Verhältnis Deutschlands zu Rußland ein. Man hege infolge der Haltung der russischen Presse und der russischen Truppenaufstellungen jetzt geringeres Vertrauen in die Friedensliebe Rußlands als im Vorjahr. Darauf bemerkt Bismarck: „Die Presse ist für mich Druckerschwärze auf Papier, gegen die wir keinen Krieg führen. Es kann für uns darin eine Herausforderung nicht liegen. Hinter jedem Artikel in der Presse steht doch nur ein einziger Mensch, der die Feder geführt hat, und er und sein Protektor" — mag das nun „der französische geheime Fond" oder „ein mehr oder weniger in Parteipolitik verrannter höherer russischer Beamter sein — Beide wiegen federleicht gegen die Autorität Sr. Majestät des Kaisers von Rußland." Diese aber sei dem Kanzler bei der letzten Unterredung in

Berlin (am 18. November 1887) für den Frieden verpfändet worden. „Der russischen Presse glaube ich nicht; den Worten des Kaisers Alexander glaube und vertraue ich absolut.“ Aber auch aus den Truppenaufstellungen Rußlands dürfe man nicht auf kriegerische Absichten schließen. Was solle es bei Deutschland oder Österreich holen? Rußland habe auch schon Polen genug (Heiterkeit). „Selbst dann, wenn wir uns durch irgend eine explosive Erscheinung in Frankreich, die niemand vorher berechnen kann, in einen französischen Krieg verwickelt fänden, selbst dann — dessen bin ich überzeugt — würde daraus der russische nicht unmittelbar folgen; umgekehrt, würden wir in einen russischen Krieg verwickelt, so würde der französische ganz sicher sein; keine französische Regierung würde stark genug sein, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen dazu hätte.“ Die Ansammlung russischer Heerkörper an der Westgrenze des Reiches verfolge daher wahrscheinlich nicht kriegerische, sondern diplomatische Zwecke: „Meine eigenen Gedanken führen mich dahin, daß ich annehme, daß das russische Kabinet die Überzeugung hat — und die Überzeugung wird wohl begründet sein —, daß in der nächsten europäischen Krisis, die eintreten könnte, das Gewicht der russischen Stimme in dem diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen wird, je stärker Rußland an der europäischen Grenze ist, je weiter westlich die russischen Armeen stehen.“ Trotz dieser sehr mild-versöhnlichen Bemerkungen über die russischen Preßstimmen und Truppenaufstellungen, wahrte aber Bismarck an einer späteren Stelle seiner großen Rede auch den deutschen Stolz und das deutsche Selbstbewußtsein nachdrücklich gegen die russischen Anrempelungen. Denn er sagte: „die Zeit ist vorbei; um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland (Sehr gut! Lebhafter Beifall). Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Thür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach (Allseitiger Beifall).“

Also nicht aus der gegenwärtigen politischen Lage, fährt Bis-

marck fort, sei „die gewaltige Vermehrung der Streitkräfte, die diese Vorlage in Vorschlag bringt, gerechtfertigt. „Es handelt sich da nicht um eine momentane vorübergehende Einrichtung, sondern um eine dauernde, um ein dauerndes Stärkerwerden des Deutschen Reichs." Nun folgt das „vierzigjährige Tableau" deutscher Geschichte und Entwickelung, das Bismarck aufrollt, und das nur dieselbe Forderung bestätigt, die er vorher erhoben hat: „Wir müssen, unabhängig von der augenblicklichen Lage so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Koalition (Beifall), mit dem Selbstvertrauen und mit dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht und die Gerechtigkeit der Sache, daß wir damit jeder Möglichkeit mit Ruhe entgegensehen können (Beifall). Wir müssen, kurz und gut, in diesen Zeiten so stark sein, wie wir irgend können, und wir haben die Möglichkeit, stärker zu sein als irgend eine Nation von gleicher Kopfstärke in der Welt (Beifall)... Ich erhebe damit den Anspruch, daß wir noch größere Anstrengungen machen müssen als andere Mächte zu gleichen Zwecken, wegen unserer geographischen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindestens drei Angriffsfronten. Frankreich kann nur auf seiner östlichen, Rußland nur auf seiner westlichen Grenze angegriffen werden. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwickelung der Weltgeschichte .. mehr ausgesetzt, als irgend ein anderes Volk." Frankreich von der einen und Rußland von der andern Seite geben uns „die Sporn". „Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden (Heiterkeit). Sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden, auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt (Heiterkeit); sonst streben wir lieber auseinander."

In den „Zeiten der heiligen Allianz" (von 1875 an) da hatten wir ja den deutschen Bund, „Anlehnung an Rußland und Österreich, und vor allen Dingen: wir hatten die Garantie der eigenen Schüchternheit, daß wir niemals eine Meinung äußerten,

bevor die anderen gesprochen hatten (Heiterkeit). Das Alles ist uns abhanden gekommen (Sehr gut! rechts); wir müssen uns selber helfen."

Nun wendet sich Bismarck gegen den Einwand, daß bei einer solchen Steigerung der deutschen Wehrkraft, wie die Vorlage sie herbeiführe, „die anderen auch noch höher steigen." Er antwortet darauf unter großer Heiterkeit und lebhaftem Beifall: „Das können sie nicht. Die Ziffer haben sie längst erreicht. Darin sind sie ebenso hoch wie wir, aber in der Qualität können sie es uns nicht nachmachen (Sehr richtig!). Die Tapferkeit ist ja bei allen zivilisierten Nationen gleich; der Russe, der Franzose schlagen sich so tapfer wie der Deutsche... Was uns (aber) kein Volk in der Welt nachmachen kann (ist das): wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um dieses ungeheure Herr zu befehligen (Beifall). Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem Lande wieder vorkommt. Wir haben mehr Offiziermaterial und Unteroffiziermaterial als irgend ein anderes Land, und wir haben ein Offizierkorps, welches uns kein Land der Welt nachmachen kann (Beifall)." Deshalb sei bei uns auch die Kameradschaft in unnachahmlichem Maßstabe vorhanden, „im höchsten Grade und in zahlreichen rührenden Fällen, namentlich im Kriege... Kein deutscher Offizier läßt seinen Soldaten im Feuer im Stich, er holt ihn mit eigener Lebensgefahr heraus, und umgekehrt: Kein deutscher Soldat läßt seinen Offizier im Stich — das haben wir erfahren (Beifall).

„Außerdem aber ist noch ein Vorteil der Annahme dieses Gesetzes: Gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns selbst notwendig friedfertig. Das klingt paradox, es ist aber doch so. Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Wenn ich vor Sie treten wollte und Ihnen sagen: Wir sind erheblich bedroht von Frankreich und Rußland; es ist vorauszusehen, daß wir angegriffen werden; meiner Überzeugung nach ist es nützlicher für uns, daß wir als Defensive den Vorstoß des Angriffes benutzen, daß wir jetzt gleich schlagen, der Angriffskrieg ist für uns vorteilhafter zu führen, und

ich bitte also den Reichstag um den Kredit von einer Milliarde oder einer halben Milliarde, um den Krieg gegen unsere beiden Nachbarn heute zu unternehmen — ja, m. H., ich weiß nicht, ob Sie das Vertrauen zu mir haben würden, mir das zu bewilligen. Ich hoffe nicht (Heiterkeit). Aber wenn Sie es thäten, würde es mir nicht genügen. Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem Alle, die ihn mitmachen, Alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; ein Krieg, der mit Enthusiasmus geführt wird, wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden... Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich beim Angriff entwickelte, es aufzunehmen."

Zum Schlusse der Rede faßte Bismarck noch einmal die Hauptgedanken zusammen: „Ich glaube nicht an eine unmittelbare bevorstehende Friedensstörung und bitte, daß Sie das vorliegende Gesetz unabhängig von diesem Gedanken und dieser Befürchtung behandeln, lediglich als eine volle Herstellung der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat für den Fall, daß wir sie brauchen; brauchen wir sie nicht, dann werden wir sie nicht rufen; wir suchen den Fall zu vermeiden, daß wir sie brauchen. Dieses Bestreben wird uns noch immer einigermaßen erschwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande, und ich möchte hauptsächlich die Mahnung an das Ausland richten, doch diese Drohungen zu unterlassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir — nicht von der Regierung — aber in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit (Heiterkeit), wenn man bedenkt, daß man eine große und stolze Macht, wie es das Deutsche Reich ist, durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerschwärze, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können (Beifall). Man sollte das unterlassen, dann würde man es uns leichter machen, unseren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegen zu kommen...

Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht —, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! (Beifall). Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst Nichts in der Welt (Lebhafter Beifall); und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen Nation ist und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein! (Lebhafter andauernder Beifall).“

Diese gewaltige, fast zweistündige Rede hatte Bismarck mit außerordentlicher körperlicher Anstrengung gehalten. Schon die ersten Sätze verrieten, wie sehr ihn die ängstliche Sorgfalt abspannte, mit der jedes Wort abgewogen wurde, bevor es ihm über die Lippen kam. Immer schneller leerte er das mit einer Mischung von Selters-, Bilinerwasser und Wein gefüllte Glas, das sein hinter ihm stehender Sohn, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert, ihm immer wieder erneuerte. Mehrmals mußte er sich während der Rede vor Ermüdung auch auf kurze Zeit niederlassen. Aber je augenscheinlicher seine körperliche Hinfälligkeit, um so bewunderungswürdiger war die geistige Frische und Leistungsfähigkeit des Redners, um so tiefer die Wirkung seiner Worte und Gedanken. Ihr unbeschreiblicher Eindruck prägte sich aus einem beispiellosen Vorgang: auf Antrag des Abg. v. Franckenstein wurde die Wehrvorlage nämlich im ganzen und ohne Debatte zur Abstimmung gebracht. Als Bismarck diesen ganz außerordentlichen Antrag vom Zentrum einbringen hörte, das damit „seine Anerkennung und Berücksichtigung der Gesamtlage ausdrücken“ wollte, und als dann v. Bennigsen für die Nationalliberalen, v. Helldorf für die Konservativen, v. Behr für die Freikonservativen und selbst Rickert für den Deutschfreisinn sich anschlossen, da erhob sich der

Reichskanzler zu den Worten: „Ich kann nur Zeugnis dafür ablegen, daß die verbündeten Regierungen für ein so entschlossenes und rasches Entgegenkommen dankbar sein werden und darin nicht nur einen Beweis des Vertrauens des Reichstags erkennen, sondern auch eine wesentliche Verstärkung, welche diese Vorlage für die Garantien des Friedens haben wird (lebhafter Beifall).“ Dann aber wurde unter jubelndem Beifall die Vorlage im ganzen und einstimmig angenommen, ebenso am 8. Februar in dritter Lesung und am 10. die Anleihevorlage.

Schon auf der Fahrt nach dem Reichstag war Fürst Bismarck von einer in den Straßen und vor dem Reichstagsgebäude zu Tausenden angesammelten Menge begeistert begrüßt worden. Als er aber nun nach der Sitzung aus dem Parlamentsgebäude trat und zu Fuß nach Hause ging, da er seinen Wagen nicht vorfand, da geleiteten ihn Tausende mit jubelnden, immer erneuten Hurra- und Hochrufen, bis er unter dem Thore seines Palais verschwunden war. In Kaiser Wilhelms Heldenleben aber sollte diese vaterländische Haltung des Reichstags die letzte große Freude und Erhebung bilden!

Die ganze Welt empfing Bismarcks große Rede am 6. Februar noch am nämlichen Tage, da sie gehalten wurde, im Wortlaut. Denn obwohl sie 10997 Worte enthielt, wurde sie doch schon am 6. Februar vom Haupttelegraphenamt in Berlin in 1218 Telegrammen an 326 Orte des In- und Auslandes befördert. Und mit welch atemloser Spannung sie überall gelesen wurde, das bewiesen fast zahllose Dank-, Glückwunsch- und Zustimmungserklärungen, die dem Fürsten Bismarck aus dem In- und Auslande zugingen, namentlich von fast allen deutschen Bundesfürsten.

Fünftes Kapitel.

Aus Bismarcks Privatleben in den Jahren 1880 bis 1888. Der Heimgang Kaiser Wilhelms I. (9. März 1888).

Zu Beginn des Jahres 1880 weilte Bismarck in Varzin. Wir erinnern uns, daß ihm am 26. November 1879 der erste Enkel, Otto von Rantzau, geboren worden war. Die Söhne feierten mit dem Vater Weihnachten und Neujahr in Varzin. Am 8. Januar kehrte auch die Fürstin von der Pflege der Tochter, der Gräfin Rantzau, nach Berlin zurück, da ihr Gemahl, der Reichskanzler, wenige Tage zuvor an einer sehr schmerzhaften Venenentzündung erkrankt war. Die amtliche Arbeit verrichtete in diesen Tagen hauptsächlich der treue Lothar Bucher, der seit dem 4. Januar in Varzin weilte. Als ein Geschenk des Wagenfabrikanten Höfgen in Dresden traf damals ein reizender Kinderwagen in Varzin ein, für den Bismarck mit der Anzeige dankte: „Sobald ich erfuhr, von wem er kam, habe ich ihn an meine Tochter geschickt, um ihn seiner Bestimmung gemäß zu verwenden."

Am 26. Januar 1880 kehrte der Fürst nach Berlin zurück, um hier an den letzten Beratungen der wichtigen Vorlagen für den Reichstag im Ministerrat teilzunehmen. Wir erinnern uns, daß es sich damals handelte um ein neues Wehrgesetz, um die Reichsstempelsteuer, um Verlängerung des Sozialistengesetzes. Schon in den ersten Tagen nach seinem Wiedereintreffen in Berlin hatte der Reichskanzler mehrstündige Besprechungen mit dem Kronprinzen und

dem Kaiser. Am 2. Februar erkrankte Bismarcks Enkelchen plötzlich so schwer, daß ihm die Nottaufe erteilt wurde; glücklicherweise aber blieb das Kind am Leben. Am 27. war der Kanzler selbst durch Unwohlsein ans Haus gefesselt; da kam sein Kaiser zu ihm, um sich Vortrag halten zu lassen.

Am 29. Februar lief die telegraphische Nachricht in Berlin ein, daß der Richtstollen im Gotthardtunnel glücklich durchbrochen sei. Da schrieb Bismarck an den schweizerischen Gesandten in Berlin, Oberst Roth, nachstehende Zeilen: „Der Unterzeichnete hat mit aufrichtigem Anteil von dieser Nachricht Kenntnis genommen und gibt seiner Freude über die gesicherte Durchführung des gemeinsamen Unternehmens mit um so größerer Genugthuung Ausdruck, als er die Überzeugung hegt, daß dasselbe den beteiligten internationalen Interessen und insbesondere dem unserer beiden Länder zum Segen gereichen wird." Am 12. März wurde das bedeutsame Ereignis auch mit einem Festmahl in Berlin gefeiert, an welchem Bismarck teil nahm. Der italienische Botschafter, Graf Launay, hielt dabei einen Trinkspruch in französischer Sprache, in welchem er bemerkte: „Ebenso stelle ich fest, daß die so hohe Einsicht Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck gleich von Anfang an die weittragende Bedeutung der Frage (des Gotthardbahnunternehmens) erfaßte und beflissen war, sie durch Beteiligung dieses großen und ruhmreichen Landes zu lösen mit jener unvergleichlichen Energie, die einer der hervorragenden Züge seines Charakters ist."

Am nämlichen Tage hatte der volksparteiliche württembergische Reichstagsabg. v. Bühler dem Reichskanzler den Entwurf seines Abrüstungsantrages mit folgendem Privatschreiben übersandt**): „Ew. Durchl. wollen anliegenden, wenn auch politisch vielleicht verfehlten, aber menschlich gut gemeinten Antrag nicht mit Mißfallen aufnehmen. Auf dem Schlachtfelde von Gravelotte, wo ich in der Nähe Eurer Durchlaucht mitten unter Leichen stand, schwur ich, was an mir ist, beizutragen, um das Elend des Krieges zu verhindern. Möchten

*) Poschinger, Neue Bismarck-Briefe, II, 170.
**) Ebenda, I, 157/158.

Eure Durchlaucht damals ähnliche Eindrücke empfangen und hochherzige Entschlüsse zum Wohle der Menschheit gefaßt haben." Obwohl die später allgemein bekannte excentrische Naturanlage dieses Abgeordneten schon in diesem Schreiben sich ankündigte, antwortete ihm Bismarck doch am 2. März, freilich nicht ohne feine Ironie: „Ew. Hochwohlgeboren danke ich ergebenst für die Mitteilung Ihres Abrüstungsantrages. Ich bin leider durch die praktischen und dringlichen Geschäfte der Gegenwart so in Anspruch genommen, daß ich mich mit der Möglichkeit einer Zukunft nicht befassen kann, die wie ich fürchte, wir beide nicht erleben werden. Erst nachdem es Ew. Hochwohlgeboren gelungen sein wird, unsere Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein anderer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Kontrole der Völker über den Rüstungszustand der Nachbarn schwierig und unsicher bleiben, und daß ein Forum, welches sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird."

Zur Feier seines 65. Geburtstages am 1. April 1880 erhielt Fürst Bismarck die Morgenmusik vom Musikkorps des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments, die Mittagsmusik vom 2. Garderegiment zu Fuß. Nachmittags 3 Uhr erschien der Kaiser persönlich zur Beglückwünschung. Zar Alexander II. sandte telegraphischen Glückwunsch, Papst Leo ein Glückwunschschreiben. Am 7. Mai gab das Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiment zur Erinnerung an das Attentat von 1866 dem Fürsten wieder die übliche Morgenmusik. In den Tagen vom 11. bis 13. Mai war der König von Sachsen zu Besuch in Berlin und zeichnete den Fürsten Bismarck durch wiederholte Audienzen im Schlosse aus.

Das besonders herzliche Verhältnis, das zwischen dem Prinzen Wilhelm, dem jetzigen Kaiser, und dem Fürsten Bismarck bestand, bekundete sich namentlich dadurch, daß Bismarck mit Gemahlin seit Jahren zum ersten Male wieder an einem Hoffeste teil nahm, als am 2. Juni 1880 die Verlobung des Prinzen mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Schleswig-Holstein in Babelsberg gefeiert wurde.

Am 29. Juni reiste der Reichskanzler zu seiner Erholung nach Friedrichsruh. Hier erreichte ihn die Einladung, im August an dem „plattdütschen Volksfest in Chicago teil zu nehmen". Bismarck dankte dem Festkomité am 10. Juli in der Mundart seiner Heimat: „Ihre fründliche Inladung to dat Fest in den Auf't-Monat hew ick mit üprichtigen Dank erhollen, und freu mi doräwer, dat Sei up de anner Sid von't grote Water mit so warmen Gefäuhlen an uns denken, die wir hir blewen sind. To min lebhaftes Bedauern vorlöven mi mine Geschäften nicht to Sei to kamen; awer trotz de Entfernung will ick in de Festdage ut vollen Harten mit de ollen Landslüd darop anstöten, dat Sei für alle Tied an de Leiw to Dütschland festhollen mögen." Am 12. Juli mußte er auch die Einladung des Zentralausschusses für das deutsche Turnfest in Frankfurt a. M. dankend ablehnen: „Ich würde derselben um so lieber folgen, als ich den Festort, in welchem ich acht glückliche Jahre verlebt habe, seit einer langen Reihe von Jahren nicht wieder besuchen konnte und bedauere lebhaft, daß mein Gesundheitszustand mir diese Freude versagt."

Auch in diesem Jahre gebrauchte Bismarck die ihm bereits zur unentbehrlichen Gewohnheit gewordene Kissinger Kur. Am 24. Juli traf er in Berlin, am 26. abends mit Gemahlin in Kissingen ein; sein Sohn Graf Wilhelm hatte die Eltern bis Eisenach begleitet. Sehr gekräftigt kehrte Bismarck am 27. August nach Berlin zurück. Hier besuchte er am 29. den in Potsdam anwesenden Fürsten Karl von Rumänien, der am folgenden Tage den Besuch im Reichskanzlerpalais erwiderte. Auch mit dem rumänischen Minister Bratianu hatte Bismarck eine Besprechung. Am 31. August begab sich der Reichskanzler hierauf nach Friedrichsruh, wo am folgenden Tage auch Graf und Gräfin Rantzau mit ihrem Söhnchen zu längerem Besuch eintrafen. Am 12. September nahmen Fürst und Fürstin Bismarck am Erntefest ihrer auf den Gütern Silk und Sachsenwaldau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fröhlichen Anteil. Den ganzen Rest des Jahres verweilte der Reichskanzler glücklich und friedlich in seinem stillen Friedrichsruh, indem er auf die in

den drei vorangegangenen Jahren gebrauchte Gasteiner Kur verzichtete.

Am 8. Januar 1881 kehrte Fürst Bismarck nach Berlin zurück, um an den Schlußberatungen der für den Reichstag bestimmten Vorlagen teilzunehmen. Es war, wie wir uns erinnern, die Zeit, da der Reichskanzler der Verwirklichung seiner sozialpolitischen Pläne näher trat, zugleich aber auch der Zeitpunkt des Streites über die türkisch-griechische Grenze.

Der Kaiser erwies dem Fürsten die Ehre, ihn am 26. Februar zu der bürgerlichen Eheschließung des Prinzen Wilhelm hinzuziehen. Ebenso nahm Fürst Bismarck am 28. Februar an dem Galadiner zu Ehren der Vermählung des Prinzen Wilhelm teil. Der Großherzog von Baden, der zu den Hochzeitsfeierlichkeiten seines Neffen nach Berlin gekommen war, empfing den Fürsten Bismarck am 4. März in längerer Audienz. Auch die übrigen in Berlin eingetroffenen Fürstlichkeiten, der Kronprinz von Schweden, der Großfürst Alexis von Rußland, der Prinz von Wales, besuchten den deutschen Reichskanzler. Wenige Tage später, am 12. März, wurde die Verlobung der Prinzessin Viktoria von Baden mit dem Kronprinzen von Schweden dem Fürsten Bismarck durch den badischen Gesandten von Türckheim im Auftrag des Großherzogs mitgeteilt, worauf der Reichskanzler den trefflichen badischen Herrscher sofort telegraphisch beglückwünschte.

Durch die grauenvolle Ermordung des Zaren Alexander II. von Rußland wurde Bismarck tief erschüttert. Seine Gemahlin und sein Sohn Wilhelm nahmen am 14. März an dem Trauergottesdienst in der Kapelle der russischen Botschaft teil.

Einen Freudentag in den Annalen der deutschen Geschichtsforschung bezeichnet dagegen der 19. März 1881, da Bismarck an diesem Tage Heinrich v. Sybel die schriftliche Erlaubnis erteilte, die preußisch-deutschen Staatsarchive und die Registratur des Auswärtigen Amtes von 1850 bis 1870 zu benützen, zur Herausgabe seines klassischen Werkes „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I." Diese hochsinnige Erlaubnis war zugleich der

beste Beweis dafür, wie wenig Bismarcks Politik in den zwanzig Jahren, da er selbst an der Begründuug des Deutschen Reiches arbeitete, das Licht der Öffentlichkeit und das unbestechliche Urteil deutscher Geschichtsforschung zu scheuen hatte. Dadurch wurde auch Poschingers bedeutendes Werk „Preußen am Bundestag (1851 bis 1859)" ermöglicht. Und durch nichts hat sich der erbarmungswürdig enge Horizont des Amtsnachfolgers Bismarcks kläglicher offenbart als durch die Rücknahme jener hochsinnigen Erlaubnis Bismarcks vom 19. März 1881, durch das Verbot an Sybel, den Direktor der preußischen Staatsarchive, die seiner Obhut anvertrauten untrüglichen Quellen für die deutsche Geschichtschreibung ferner auszunützen. Bitter, aber treffend sagte der Altreichkanzler darüber in Friedrichsruh, das Verbot sei wohl erfolgt, weil Sybel und Poschinger (Letzterer bei der beabsichtigten Fortsetzung seines Werkes „Bismarck als Volkswirt") „wohl nicht umhin gekonnt hätten, mich einigermaßen zu loben."

In ziemlicher Stille feierte der Kanzler seinen 66. Geburtstag. Der Kronprinz erschien bei ihm zur Beglückwünschung und zur Konferenz.

Die Vielseitigkeit der Interessen und Bestrebungen Bismarcks tritt gerade dann am deutlichsten hervor, wenn man feststellt, wie er auch aus der stillen Beschaulichkeit seines Privatlebens, fern vom Amte, als Mensch, als warmblütiger deutscher Vaterlandsfreund und mit der Tiefe seines Gemütes alles Gute und Schadhafte mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Ein sprechendes Zeugnis hierfür ist sein Schreiben aus Berlin vom 24. April 1881 an den Kgl. Intendanturrat Zander in Posen,*) der ihm Vorschläge zur Reform des deutschen Universitäts-Korpslebens übersendet hatte. Bismarck antwortet, nachdem er für die Sendung verbindlichst gedankt hat: „Ich teile die Anschauung der Herren, welche eine Reform des Korpslebens beabsichtigen, vollständig und habe schon zu der Zeit, wo meine Söhne studierten, vergeblich ver-

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 162/163.

sucht, durch die Universitätsbehörden in ähnlichem Sinne auf das Korpsleben einzuwirken. Ich habe als Student an dem Korpsleben lebhaft teil genommen und angenehme Erinnerungen davon bewahrt, vielleicht nur deshalb, weil damals die Eisenbahnen und die Auswüchse, welche durch die Leichtigkeit des Verkehrs hervorgerufen werden, noch nicht vorhanden waren. Die dem deutschen Charakter seit Jahrtausenden eigentümliche Neigung, durch Auszüge in die Ferne seine Kampfeslust zu befriedigen, sollte meiner Ansicht nach für das Universitätsleben nach Möglichkeit eingeschränkt, und letzteres, soweit es durch Kneipen und Mensuren bedingt wird, lokalisiert bleiben. Die finanziellen sind wohl noch die geringsten der Schäden, welche der Student erleidet, wenn er Geschäftsreisender der Firma seines Korps wird. Ich suche in diesen Übertreibungen des Korpslebens einen der Gründe für die Wahrnehmung, daß diejenigen Studenten, welche Mangel an Mitteln oder an Neigung vom Korpsleben zurückhielt, in der Regel für das praktische Leben auf dem Gebiete des Wissens gründlicher vorbereitet sind. Es ist dies ein Ergebnis, welches unserer staatlichen Zukunft nicht zum Vorteil gereicht."

Ein besonders rührendes Zeugnis von Bismarcks Unbefangenheit und warmem herzlichen Anteil ist sein Beileidschreiben aus diesen Tagen an die Witwe des Feldzeugmeisters Benedek, des einstigen österreichischen Oberanführers im böhmischen Feldzug von 1866, der am 27. April 1881 in Graz gestorben war. Um so wohlthuender und wertvoller mußte Bismarcks Anteil an diesem Heimgang der Lebensgefährtin des unglücklichen Feldherrn erscheinen, da diese Worte von dem gewaltigen diplomatischen Besieger Österreichs kamen, und da die österreichische Presse und Volksmeinung, ohne genauere geschichtliche Kenntnis der tragischen Mission Benedeks in jenem Feldzuge, harte Urteile über seine „Unfähigkeit" fällte. Bismarck schrieb der Witwe: „Möge es Ihnen in Ihrem Schmerze Trost gewähren, daß nicht Österreich allein den Hingang des Waffengenossen Radetzkys betrauert; der Verlust eines tapferen und seinem Kaiser treuen Soldaten wird auch bei

uns als ein gemeinsamer empfunden. Gott wird Ihnen Kraft geben, die Prüfung, die er über Sie verhängt, zu tragen."

Am 31. Mai 1881 erkrankte Fürst Bismarck von neuem an Venenentzündung; infolgedessen gewährte ihm der Kaiser am 20. Juni wieder einen längeren Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit. Auch diesmal vertraute sich Bismarck der altbewährten Heilkraft Kissingens an, wohin er sich mit Gemahlin und Söhnen am 1. Juli begab, um hier bis zum 13. August zu verweilen. Aus diesem sechswöchigen Aufenthalte ist zunächst zu erwähnen ein Dankschreiben des Fürsten vom 12. Juli an den Verfasser der Broschüre „Der extreme Liberalismus": „Die von Ihnen dargestellten geschichtlichen Reminiscenzen", lautet das Schreiben, „mit den daraus sich ergebenden logischen Schlüssen sind in unserer Zeit gerade sehr am Platze, wo man des früheren Zustandes unseres Vaterlandes kaum mehr gedenkt und diejenigen, welche selber nichts auszurichten vermochten, unseren Mitbürgern die Freude an dem neuerstandenen Deutschen Reiche zu trüben und die Befestigung und Fortbildung desselben zu hindern versuchen. „Sodann erhielt Bismarck, während er die Kissinger Kur gebrauchte, wieder einmal eine Todesdrohung, die jedenfalls dazu bestimmt war, den guten Erfolg jener Kur zu erschüttern, statt dessen aber nur das Zwerchfell des Kurgastes in wohlthätige Schwingungen versetzte. Diese aus Hamburg vom 25. Juli datierte sozialdemokratische Stilübung — der Ausdrucksweise nach wahrscheinlich sächsischen Ursprungs — lautet nämlich: „Sr. Durchlaucht dem Reichskanzler Fürsten Otto v. Bismarck! O großer eiserner, resp. einfältiger Reichskanzler, was hört und liest man bloß von Dir! Nichts als Lächerliches. Glaubst Du etwa, daß Du Deiner gefällten Strafe entgehen kannst? Nein! Nein! Was wir Dir einst zugeschworen haben, wird für Dich sicher in Erfüllung gehen und wenn Du den Polizeiring um das zehnfache vermehrst, der Dich etwa schützen soll vor dem Bestrafer Deiner verübten Tyrannei. Wie es bei Dir in Kissingen aussieht, wissen wir ganz gut. Traurig genug, daß Du es soweit gebracht hast mit Deiner elenden Tyrannenpolitik, daß Du jetzt nicht einmal

Deines Lebens sicher bist. Weise nur immer Mitmenschen aus Deutschland" (d. h. in Anwendung des Sozialistengesetzes). „Desto eher kannst Du Dich mit dem Totengräber bekannt machen..... Deinem Sohn Wilhelm mit seinen bisherigen maskierten und lächerlichen Redensarten werden wir auch bald was zuschwören, wenn er nicht aufhört zu wühlen. Die Bismarcksbrut muß ausgerottet werden. D. E. C." (soll wohl heißen: das Exekutivkomité). Eine ähnliche Büberei traf wenige Tage später aus Frankfurt ein.

Gleich nach Bismarcks Rückkehr nach Berlin, die in den ersten Morgenstunden des 14. August erfolgte, war ihm eine große Freude beschieden. Denn am 16. August wurde ihm der zweite Enkel Christian (Otto Karl Kuno) v. Rantzau geboren. Nach einem kurzen Besuch in Schönhausen, reiste der Fürst am 18. August in Begleitung seines Sohnes Herbert nach Varzin, von wo er erst am 12. November nach Berlin zurückkehrte, um hier die große sozialpolitische Kaiserbotschaft vom 17. November vorzubereiten. Nur einmal wurde der fast dreimonatige Aufenthalt in Varzin unterbrochen, da Bismarck, wie wir uns erinnern, am 8. und 9. September an der Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren Alexander III. in Danzig teil nahm und hier mit dem Zaren und dessen Minister Giers vertraulich verkehrte. Am 10. September kehrte er nach Varzin zurück und dankte von hier aus am 17. dem Herausgeber der „Kyffhäuser Zeitung der deutschen Studenten" für die Zusendung der ersten beiden Nummern dieses Blattes und die freundlichen Begleitzeilen, die mit den Worten geschlossen hatten:*) die deutsche Jugend empfinde lebhaft die Schmach, die von den ärgsten Feinden unseres Volkslebens dem großen Kanzler angethan worden sei und täglich noch angethan werde, würde aber nach ihrem bisherigen Wahlspruche leben und handeln: „Für Kaiser, Kanzler und Reich!" Bismarck antwortete darauf: „Ich habe mich gefreut, auch in diesen Kundgebungen den patriotischen Geist wieder zu finden, dessen Pflege sich

*) Ebenda, I, 166/67.

die deutsche Jugend unter Ihrem Wahlspruche ‚Für Kaiser und Reich‘ angelegen sein läßt, welcher der schönste Ausdruck unserer gemeinsamen Bestrebungen ist. Dieser Ausdruck wird meines Erachtens durch Hinzufügung des Kanzlers, so schmeichelhaft dieselbe auch für mich ist, abgeschwächt, da der Kanzler nur der Diener des Kaisers und in dessen Namen einbegriffen ist; ich möchte daher empfehlen, den Wahlspruch in seiner alten Einfachheit aufrecht zu erhalten."

Aus Varzin vom 12. Oktober sind ferner zwei herzliche Beileidsbezeugungen datiert, die Bismarck anläßlich des Todes redlicher Freunde und Mitkämpfer absandte. Die erste bestand in einem Telegramm an die Witwe des österreichischen Ministers des Auswärtigen Baron v. Haymerle: „Genehmigen Sie, gnädige Frau, den Ausdruck meiner herzlichen Teilnahme und des eigenen Schmerzes, mit dem mich der unerwartete Verlust eines persönlichen Freundes und eines zuverlässigen Kollegen und Mitarbeiters erfüllt." Die zweite Trauerkundgebung war an die Söhne des Dr. Gustav Schwetschke in Halle gerichtet und enthielt den Ausdruck herzlicher Teilnahme an dem Tode ihres Vaters: „Seine patriotische Gesinnung und seine reiche Begabung haben mir manche Freude gewährt, und sein Andenken wird mir unvergeßlich sein," schrieb Bismarck.

Am 12. November kehrte der Reichskanzler nach Berlin zurück. Die Zustimmungserklärungen, welche ihm nach Verkündung der kaiserlichen Botschaft vom 17. November zugingen, waren fast zahllos und verteilen sich über viele Monate, ja sogar Jahre. Diese Botschaft erkennen Tausende als den Markstein und die Losung einer neuen Zeit an. Am 19. November begab sich Graf Herbert v. Bismarck nach England, um hier vorerst die Geschäfte des zweiten Sekretärs der deutschen Botschaft in London zu übernehmen. Am 1. Dezember waren die deutschen Gastwirte im Hotel de Rome in Berlin versammelt und brachten Bismarck in einem Begrüßungstelegramm, als „dem Schlossermeister, der es verstanden hat, den Kyffhäuser zu öffnen, ein herzliches dreifaches Hoch" dar. Der Kanzler antwortete ihnen in dem Telegramm: „Ich danke

verbindlichst für die Meinung und hoffe, daß das Schloß nicht wiederum verdreht wird."

In diese Tage fällt übrigens auch jener Vorgang, welcher Bismarck bestimmte, seine parlamentarischen Soireen eingehen zu lassen.*) Am 5. Dezember hatte nämlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen Artikel gebracht, welcher die Anfrage Windthorsts in der Reichstagskommission über den Zollanschluß Hamburgs: „ob die Reichsregierung dessen sicher sei, daß beim Zollanschluß der Unterelbe nicht fremde Mächte Einsprache erheben würden?" einer scharfen Kritik unterwarf. Darin wurde bemerkt, die Elbe sei ein deutscher Strom und das Ausland habe sich in die Zollverhältnisse dieses Stromes nicht im geringsten einzumischen. Freilich werde man in einem ausländischen Parlamente auch „kein Mitglied finden, welches für eine solche Verletzung der nationalen Unabhängigkeit den Anwalt des Auslandes machen würde. Aber allerdings können wir im Punkte des Nationalgefühls auch von Dänemark noch manches lernen." Dieser Artikel erregte den Zorn des Zentrums, das sich schon in Herrscherträumen wiegte, in solchem Maße, daß noch am nämlichen Tage der förmliche Fraktionsbeschluß gefaßt wurde, auf der parlamentarischen Soiree des Fürsten am 6. Dezember männiglich durch Abwesenheit zu glänzen. Obwohl nun Finanzminister Bitter in der Kommission erklärte, daß weder Fürst Bismarck, noch er selbst an jenem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" beteiligt sei, führte das Zentrum diesen Akt gröblichster Unhöflichkeit aus und blieb auf der Soiree vom 6. Dezember völlig unvertreten. Bismarck selbst nannte diese „That" vor seinen übrigen Gästen: „eine soziale Rücksichtslosigkeit von unglaublicher Größe." Und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schloß einen längeren Artikel über diese Demonstration mit den Worten: „Es müßten daraus" — wenn der Bundesrat und die preußischen Staatsbehörden ebenso handeln wollten — „gesellschaftliche Zustände hervorgehen, wie sie unseres Wissens in keinem anderen parlamen-

*) Eingehend behandelt bei Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 201--209.

tarischen Lande vorkommen und die wir als einen Krieg der Unhöflichkeit im Privatleben bezeichnen können. . . . . Selbst bei den amtlichsten Einladungen kann sich der Reichskanzler der Absage oder dem noch unfreundlicheren stillschweigenden Ausbleiben aus derartigen Motiven, weil sein Haus mit einem Fraktions-Interdikt belegt ist, doch nicht aussetzen." Fortan war es mit den parlamentarischen Soireen Bismarcks zu Ende. Es hat nur noch eine einzige stattgefunden und zu dieser hatte der Kanzler die Einladung ergehen lassen unter dem geheimnisvollen Namen einer „vertraulichen Besprechung."

Aus Bismarcks Privatleben jener Zeit ist schließlich noch ein seinem Wesen durchaus entsprechendes Schreiben zu erwähnen. Im Jahre 1881 war nämlich sein einstiger Reitknecht Hildebrandt, den der Leutnant v. Bismarck einst vom Tode des Ertrinkens aus dem Wendelsee bei Lippehne gerettet, und der später nach den Vereinigten Staaten ausgewandert war, dort gestorben. Der Bruder des Geretteten, A. W. Hildebrandt, hatte jahrelang bei dem Junker und Deichhauptmann Otto v. Bismarck in Diensten gestanden, war dann nach Chicago ausgewandert und fühlte sich verpflichtet, vom Tode des Bruders seinen ehemaligen Herrn zu benachrichtigen. Dabei verbreitete er sich natürlich auch über die eigenen Schicksale und Familienereignisse. Fürst Bismarck schrieb ihm darauf am 27. Dezember 1881 folgenden eigenhändigen Brief: „Lieber Hildebrandt! Ihren Brief vom 9. habe ich erhalten und mich gefreut, daß es Ihnen gut geht, wenn Sie auch im Laufe der Zeit von Trauerfällen nicht verschont geblieben sind. Ihr Bruder war danach älter, wie ich glaubte. Ihre erste Frau war 1851 ein ganz junges Mädchen, ist also nicht alt geworden. Ich freue mich, daß Sie auch mit der jetzigen glücklich leben und daß sie noch an Deutschland denkt. August wird wohl ein feiner Yankee geworden sein. Mir geht es insoweit gut, als die Meinigen nach Gottes Gnade leben und gesund sind und meine Tochter mir zwei Enkel geschenkt hat; meine Söhne sind leider noch nicht verheiratet; Herbert ist bei der Botschaft in London; der Jüngste arbeitet hier unter mir; beide

sind Gott sei Dank gesund, was ich von meiner Frau leider nicht immer sagen kann, und von mir gar nicht; ich jage nicht mehr und reite selten, weil ich zu matt bin, und wenn ich nicht bald mich zur Ruhe setze, so wird meine Lebenskraft verbraucht sein. Wie alt sind Sie jetzt? und was für ein Geschäft treiben Sie, oder haben Sie sich schon zur Ruhe gesetzt? Ihrer Frau können Sie sagen, daß Lauenburg sich sehr aufnimmt; ich bin im Herbst seit dreißig Jahren wieder dort gewesen, bin auch Ehrenbürger der Stadt und grüße als solcher Ihre Frau besonders."

Das neue Jahr 1882 trat Bismarck an, indem er seinem kaiserlichen Herrn persönlich seine Glückwünsche darbrachte. Am folgenden Tage hielt er diesem längeren Vortrag über die Notwendigkeit des Erlasses der kaiserlichen Botschaft, welche die Regierungsrechte des Kaisers und Königs wahren sollte (s. o. S. 127) und vom Kaiser am 4. Januar unterzeichnet wurde. Am 10. hatte der Kanzler schmerzhafte Anfälle von Ischias. Die lebhaften Zustimmungen, welche der Allerhöchste Erlaß vom 4. bei allen Wohldenkenden im Lande und Reiche hervorrief, mochten Balsam in diesem Leiden sein.

Am 4. Februar, als gerade die Spitzen der deutschen Justiz, der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simson, der Staatssekretär Dr. Schelling und der Oberreichsanwalt v. Tessendorf zu Tisch beim Fürsten Bismarck waren, traf die Trauerkunde vom Tode des edeln vormaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Völk aus Augsburg ein. Der Kanzler sprach der Witwe brieflich noch am nämlichen Tage sein tiefes Beileid aus in den Worten: „Ich betrauere mit Ihnen und mit Allen, welche politische oder persönliche Beziehungen zu dem Verstorbenen gehabt, in ihm einen von reiner patriotischer Begeisterung getragenen und dabei von großer persönlicher Liebenswürdigkeit unterstützten Mitarbeiter der nationalen Wiedergeburt Deutschlands."

Als Leopold v. Ranke, der Altmeister deutscher Geschichtschreibung und Historiograph des preußischen Staates am 13. Februar 1882 die fünfzigjährige Jubelfeier als Mitglied der Akademie

der Wissenschaften festlich beging, da erhielt er auch vom Fürsten Bismarck folgendes herzliche Glückwunschschreiben:*) „Wenn der heutige Tag einen Anlaß zu Glückwünschen gibt, so sind dieselben nicht so sehr an Ew. Exzellenz als an Ihre Leser und Freunde zu richten, welche den Vorzug gehabt haben, einen berühmten und verehrten Zeitgenossen bis heute nicht allein zu besitzen, sondern fort und fort in jugendlicher Rüstigkeit schaffen zu sehen. Mir persönlich gereicht es zu besonderer Freude, mit Ew. Exzellenz seit 40 Jahren in freundschaftlichem Verkehr zu stehen, und ich hoffe, daß es uns vergönnt sein möge, unseren größten Geschichtsforscher noch lange unter uns und in der Vollendung Ihrer Weltgeschichte ein weiteres unvergängliches Monument deutscher Geschichte erstehen zu sehen."

Am 16. März sprach Bismarck seinem früheren Mitarbeiter Dr. Moritz Busch brieflich herzliche Teilnahme aus am Tode des einzigen Sohnes, der als Steuermann eines deutschen Segelschiffes in Erfüllung seiner Pflicht bei einem Orkan in einem südlichen Meere durch eine Sturzwelle vom Steuer hinweggerissen und ertrunken war.

Das Frühjahr 1882 verlebte der Kanzler vom 25. März bis 5. Juni in Friedrichsruh. Hier gedachte er in aller Stille den 67. Geburtstag zu feiern. Aber nicht weniger als 800 schriftliche Glückwünsche machten den Tag doch zu einem etwas unruhigen. Und im Mai stellte sich wieder das alte Venenleiden ein. Gleichwohl kehrte Bismarck am 5. Juni nach Berlin zurück, um hier am 12. und 14. Juni seine früher erwähnten großen Reichstagsreden über die Reichssteuerreform, das Tabakmonopol und die Verdunkelung des nationalen Gedankens durch das Fraktionstreiben zu halten. An demselben 14. Juni richtete er an den durch körperliches Leiden zum Rücktritt aus dem Dienste gezwungenen Geheimen Oberregierungsrat Dr. Hahn — den Herausgeber der verdienstvollen Urkundensammlung zu Bismarcks Leben und Wirken — ein Schreiben folgenden Inhalts: „Ich kenne Ihre Pflichttreue und Ihre Vaterlandsliebe hinreichend, um zu wissen, daß Sie nur der zwingenden und unerbittlichen Forderung Ihrer Gesundheit sich fügen, und daß es

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 169/70.

Ihnen selbst den größten Schmerz macht, Ihre Thätigkeit aufzugeben. Möge es Sie trösten, daß es Ihnen in Ihrer langen und thatenreichen Laufbahn mehr als anderen vergönnt war, Ihrem Könige zu dienen, und das mit einem Erfolg, der Sie mit Stolz auf Ihre Leistungen blicken lassen und Sie zum leuchtenden Vorbild für den preußischen Beamten machen wird. Ich gönne Ihnen die Ruhe nach harter Arbeit und werde Ihrer stets in dankbarer Freundschaft gedenken."

In diesen Tagen lief die Nachricht von der bevorstehenden Vermählung der Tochter des vormaligen österreichisch-ungarischen Ministers Andrassy bei Bismarck ein. Der Fürst gab dem Brautvater sofort am 16. Juni einen neuen Beweis seiner alten Freundschaft in folgenden Zeilen: „Verehrter Freund! Das Familienfest, welches Sie in wenigen Tagen feiern werden, bietet mir erfreuliche Veranlassung, an unsere langjährigen Beziehungen anzuknüpfen und Ihnen zu der Vermählung der Gräfin Ilona meine und meiner Frau herzlichen Glückwünsche darzubringen. Ich richte dieselben gleichzeitig an Sie und an die Frau Gräfin, der ich mich zu Gnaden empfehle, und bitte Sie, der Braut meinen Wunsch und meine Überzeugung auszudrücken, daß sie in der Wahl des Gemahls glücklich gewesen. Ich habe den Grafen Ludwig Batthyanyi im vergangenen Jahre hier kennen gelernt und ihm mit den Meinigen ein gutes Andenken bewahrt. In freundschaftlicher Verehrung der Ihrige."

Das besonders bevorzugte Album einer fürstlichen Frau fand in diesen Tagen, nachdem Moltke sich darin eingetragen mit den Worten: „Schein vergeht, Wahrheit besteht," auch Zugang zu Bismarck. Er schrieb unter Moltkes Eintrag:

„Ich glaube, daß in jener Welt
Die Wahrheit stets den Sieg behält,
Doch mit der Lüge dieses Lebens
Kämpft unser Marschall selbst vergebens."

Am 20. Juni reiste der Kanzler nach Varzin, wo er bis zum 3. Dezember verweilte. Hier in dem stillen hinterpommerschen Waldsitz erschien im August 1882 ein dem Bismarck'schen Hause schon

nicht mehr fremder Gast: der Maler Franz v. Lenbach, der schon im Jahre 1879 das Bildnis des Fürsten für die Berliner Nationalgallerie gemalt hatte. Dies Bild wurde der Erstling einer Reihe von Meisterwerken, in denen es dem Maler gelang, den geistigen Ausdruck des eisernen Kanzlers immer lebensvoller zu erfassen und wiederzugeben. In der Varziner Weltabgeschiedenheit feierte Bismarck dann am 23. September das zwanzigjährige Jubiläum seiner Ernennung zum preußischen Staatsminister und Ministerpräsidenten. Von all den Aufmerksamkeiten, welche dem Gefeierten an diesem Tage erwiesen wurden, mag hier nur erwähnt sein das Geschenk der Deutschen in Odessa: eine in altbyzantinischem Geschmack mit kunstreicher Emaillierung ausgeführte Punschbowle mit großem Untersatz in Tellerform, 6 Trinkgeschirren in Form des oberen Teiles grüner Rheinweingläser mit Griff und einer massiven Schöpfkelle. Der Beschenkte dankte den Spendern am 7. Oktober für das „eigenartig geschmackvolle Kunstwerk“ in den Worten: „Es gereicht mir zur hohen Befriedigung, bei meinen Landsleuten im Auslande eine so warme Anerkennung zu finden, und ich nehme den Ausdruck derselben gern entgegen als ein Zeichen dafür, daß das Band der gemeinsamen Liebe zum Kaiser und zum Vaterlande die Deutschen in der Fremde mit der Heimat untereinander verbindet.“

Sehr kräftig hatte der Kanzler wenige Tage zuvor seine Abneigung gegen deutsche, in lateinischer Schrift gedruckte Bücher und gegen die neue Puttkamersche Orthographie ausgesprochen und begründet. Es geschah dies in einem Dankschreiben aus Varzin vom 4. Oktober an die trefflichen Naturforscher Gebrüder Karl und Adolf Müller in Kassel, die dem Fürsten ihr Werk „Tiere der Heimat“ eingesandt hatten. „Die fesselnde Schilderung und die naturgetreuen Abbildungen haben die Abneigung überwunden,“ schrieb er ihnen, „welche mich sonst abhält, deutsche Bücher mit lateinischen Lettern zu lesen, weil ich mit der Zeit, welche Geschäfte und Gesundheit zu meiner Verfügung lassen, haushälterisch umgehen muß. Ich brauche erfahrungsmäßig 80 Minuten, um die Seitenzahl in lateinischer Schrift zu lesen, die more vernaculo (nach allgemeiner

Sitte) gedruckt, eine Stunde erfordert. Französisch oder Englisch mit deutschen Lettern gedruckt, oder Deutsch mit griechischen, wird jedem Leser, auch dem mit allen Alphabeten gleichmäßig vertrauten, die gleichen Schwierigkeiten machen. Der gebildete Leser liest nicht Buchstabenzeichen, sondern Wortzeichen. Ein deutsches Wort in lateinischen Buchstaben ist ihm eine ebenso fremde Erscheinung, als Ihnen ein griechisches Wort in deutschen Buchstaben sein würde, und nötigt zu langsamerem Lesen, gerade so wie die neuerdings eingeführte willkürliche Entstellung unserer hergebrachten Orthographie. Verzeihen Sie diesen Ausbruch verhaltenen Unbehagens eines einsamen Lesers und sehen Sie in demselben kein Sympton von Undankbarkeit für Ihre freundliche Gabe, bei deren ansprechender Lektüre ich die Nationalität der Typen gern vergesse."

Am 10. Oktober wurde Graf Wilhelm v. Bismarck zum Regierungsrat ernannt. Bismarcks Schwiegersohn, Graf Rantzau, verweilte mit Familie seit August in Varzin und verließ es mit den Seinen erst am 21. November, da seine Gattin abermals einem freudigen Familienereignis entgegensah. Dasselbe trat am 7. Dezember ein. Da wurde dem Fürsten Bismarck, der am 3. aus Varzin nach Berlin zurückgekehrt war, hier der dritte Enkel Heinrich (Otto Erwin Konrad Kurt Kuno) v. Rantzau geboren. Die äußere Erscheinung des Reichskanzlers war jetzt Allen, die ihn kannten, übrigens eine höchst fremdartige. Denn er war aus Varzin zurückgekehrt im weißen Vollbart, den er sich als Schutzmittel gegen die qualvollen Gesichtsschmerzen hatte wachsen lassen. Er gefiel sich selbst aber durchaus nicht in diesem neuen Schmucke und noch weniger seiner Gemahlin.

Zum Neujahrstage 1883 brachte der Kanzler seinem kaiserlichen Herrn, und diesmal auch dem Kronprinzen, persönliche Glückwünsche dar. Am folgenden Tage wurde in aller Stille der Schutzvertrag mit Österreich erneuert und Italien als Dritter im Bunde hinzugenommen. Am 5. begab sich Graf Herbert als Botschaftsrat nach London.

Im Dezember 1882 und Anfang Januar 1883 hatten ent-

setzlich verheerende Überschwemmungen des Rheins und Mains stattgefunden, die unter den von den Fluten heimgesuchten Uferbewohnern beider Flüsse in Baden, Franken, Elsaß, Württemberg, der Rheinpfalz, Hessen und der preußischen Provinzen am Main und Rhein einen bei der Winterszeit doppelt unerträglichen Notstand geschaffen hatten. Wohl regte sich die Hilfsbereitschaft deutscher Bruderliebe und der betroffenen Einzelstaaten kräftig — so hatte Bismarck für Preußen allein schon eine Hilfe von einer halben Million beim König beantragt und bewilligt erhalten. Aber hilfeflehend mochten Tausende trauernder deutscher Reichsbürger, die ihre Lieben, ihre Habe, ihr Vieh und ihre nährende Scholle in den Fluten hatten versinken sehen, auch auf die hohe Kaisermacht blicken, auf den greisen Schirmherrn in allen Nöten. Und in dieser Hoffnung sollten sie sich nicht betrogen sehen. Mit gleichem Eifer gingen der Kaiser und Bismarck ans Werk der Hilfe, des Trostes. Bismarck beantragte beim Kaiser die Bewilligung einer halben Million aus dem kaiserlichen Dispositionsfond. Kaiser Wilhelm erklärte: so rasch als möglich müsse geholfen werden. Ihm sei der Gedanke unerträglich, daß die so schwer Heimgesuchten frieren und hungern müßten, während er im warmen Zimmer sitze. Und aus freiem Antrieb erhöhte er die von Bismarck vorgeschlagene kaiserliche Hilfe auf 600000 Mark.

Der Kanzler berief nun die Reichstagsabgeordneten der überschwemmten Bezirke, die zugleich alle den öffentlichen Aufruf zur Linderung dieses Notstandes unterzeichnet hatten, zu einer vertraulichen Abendbesprechung im Reichskanzlerpalais auf den 9. Januar 1883.*) Hier erklärte er den vollzählig Erschienenen sein Einverständnis mit dem Vorschlag, Preußen, mit Rücksicht auf die ihm schon zuteil gewordene und durch eine Notstandsvorlage an den Landtag noch weiter in Aussicht stehende Hilfe, nur für den dringendsten Bedarf an der Kaisergabe teil nehmen zu lassen. In der That wurden nur 100000 Mark davon für Preußen ver-

*) Eingehend behandelt bei Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 210/12.

wendet (80 000 Mark für die Rheinprovinz, 20 000 für Nassau-Frankfurt). Der Kanzler wünschte das Elsaß besonders berücksichtigt und betonte wiederholt, daß es sich hauptsächlich um sofortige Linderung der Not handle. Das sei der Wille des Kaisers und deshalb wünsche Er, daß die Behörden möglichst übergangen und die büreaukratische Maschinerie nicht in Bewegung gesetzt werde. „Wenn Sie das Geld an den Oberpräsidenten schicken," äußerte Bismarck zu seiner kleinen Versammlung, „dann wandert es erst an die Regierungshauptkasse, und da sehe einer zu, wie er es wieder herausbekommt." Ganz einverstanden war er dagegen mit der Überweisung des für das Elsaß bestimmten Betrages an den Statthalter Feldmarschall v. Manteuffel: „Der ist ein Soldat," sagte er, „und als solcher prompt." Dann schlug Bismarck weiter vor, nicht die ganze Summe auf einmal auszuschütten, um die Privatwohlthätigkeit nicht von der Öffnung ihrer Schleußen abzuhalten und weil erst später die Not in ihrer ganzen Größe sich übersehen lasse. Genau nach diesen Vorschlägen beschloß die Versammlung. 160 000 Mark von der Kaisergabe wurden vorläufig zurückbehalten, der Rest angemessen verteilt. So erhielten die am schwersten geschädigten Gebiete Hessen und die Pfalz je 100 000 Mark, Baden, Elsaß und Bayern je 40 000, Württemberg 20 000. Zugleich aber bestimmte der Reichskanzler, daß diese Summen überall an die Zentralhilfskomités der notleidenden Gebiete, nicht an amtliche Behörden abgeführt würden. Der für Bayern bestimmte Betrag sollte zur Hälfte an das Notstandskomité in Würzburg fließen, die andere Hälfte zur Verfügung des Reichstagsvizepräsidenten v. Franckenstein gestellt werden. Die für das Elsaß angewiesene Summe endlich sollte der Statthalter v. Manteuffel verteilen. Diese ganze Verhandlung, wenn Bismarck sie auch in Ausübung seines hohen Amtes leitete, ist doch ein so kennzeichnender Beitrag zu dem Bilde seines Denkens und Empfindens, seines herzlichen warmen Mitgefühls für alle Not, seiner gründlichen Abneigung gegen alles büreaukratisch steife und unfruchtbare Wesen, daß wohl mit vollem Recht diese Episode in den Bericht über die rein persönlichen Kundgebungen

und Ereignisse seines großen Lebensganges während dieser Jahre eingereiht werden konnte.

An der Spitze des Staatsministeriums beglückwünschte Fürst Bismarck am 29. Januar den Kronprinzen und die Kronprinzessin zu der am 25. stattgefundenen Feier ihrer silbernen Hochzeit.

Anfang Februar erkrankte der Kanzler von neuem an seinem beschwerlichen Venenleiden.

An die Kaiserin Augusta richtete er Ende März ein Dankschreiben für die Übersendung der gekrönten Preisschrift „Das rote Kreuz in Deutschland". Dabei sprach er aus: „Den Abstand, welchen das staatlich Erreichbare hinter den berechtigten Forderungen der Menschenliebe zurückbleibt, vermag nur die freiwillige Krankenpflege auszufüllen und hat es unter Ew. Majestät hingebender Leitung in früher unerreichtem Maße gethan. . . Ew. Majestät wollen huldreichst überzeugt sein, daß ich auch in Zukunft gern jeden sich mir bietenden Anlaß benutzen werde, um die Thätigkeit der unter Allerhöchstdero Leitung stehenden Vereine der freiwilligen Krankenpflege auch amtlich nach Kräften zu unterstützen."

Zum 68. Geburtstag des Kanzlers brachte der Flügeladjutant General Graf Lehndorff die Glückwünsche des Kaisers dar. Der Kronprinz gratulierte in einem Handschreiben. Prinz Wilhelm, der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt und die Fürsten von Reuß älterer und jüngerer Linie erschienen persönlich zur Beglückwünschung. Die Mittagsmusik wurde von den Kapellen zweier Garderegimenter gegeben. Unter den vielen Gaben und Schreiben, welche dem Fürsten an diesem Tage zugingen, waren auch die stets willkommenen 101 Kibitzeier von den „Getreuen in Jever" eingetroffen, in Begleitung folgender Zeilen:

Fast as de Diek üm Jeverland
Schlungst Du üm't dütsche Land dat Band.
As üm dat Jeverland den Diek —
Schütz Gott den Diekhauptmann von't Riek!

Die Getreuen in Jever.

Fürst Bismarck ließ den freundlichen Spendern diesmal durch

den preußischen Gesandten in Oldenburg eine Gegengabe übermitteln.*) Es war ein silberner Becher in Gestalt eines Kibitzeies. Außen hatte er die Farbe des Kitzeies, innen war er vergoldet. Den Deckel bildete ein Kibitzkopf; die innere Fläche war mit dem Wappen des Reichskanzlers geziert. Das Ganze ruhte auf einem Kibitzfuß. Diese Gegengabe begleitete Bismarck mit folgendem Schreiben vom 22. April: „Den ‚Getreuen in Jever' danke ich herzlichst für die Kibitzeier und die guten Wünsche, mit denen Sie mich auch in diesem Jahre zu meinem Geburtstage erfreut haben. Gestatten Sie mir, meinem Dank wenigstens durch ein Ei Ausdruck zu geben, von einem Berliner Kibitz gelegt. Ich bitte Sie, dasselbe als Andenken zur Benutzung bei gelegentlichem Umtrunk der ‚Getreuen' freundlich entgegenzunehmen, und ich würde mich freuen, wenn ich einem Mitgliede Ihres liebenswürdigen Kreises für das Wohlwollen, welches Sie mir zehn Jahre hindurch bewiesen haben, meinen Dank bei gelegentlicher Anwesenheit in Berlin auch mündlich aussprechen könnte."

Als am 16. Juni Fürst Bismarck abermals schwer erkrankte, diesmal an Magenkatarrh und Gelbsucht, gebrauchte er zum erstenmale die Kur, die seine Gesundheit fortan günstiger gestalten sollte, als sie seit langen Jahren gewesen: die Schweningerkur. Von dieser Zeit an hängt der Kanzler mit derselben Treue und Dankbarkeit an dem geschickten Erhalter seiner Gesundheit und seines Lebens, wie dieser mit hingebender Treue und Thatkraft seine Wissenschaft und Kunst vornehmlich diesem unschätzbaren Leben widmet. Die großen Verdienste des Professor Schweninger um die Erhaltung und Sicherung dieses ganz Deutschland teuersten Lebens sind am schönsten gewürdigt worden in einer Rede des Kultusministers Dr. v. Goßler im preußischen Abgeordnetenhause vom 23. Februar 1885. Damals sagte der Minister: „Wie groß das Verdienst ist, das der Herr (Dr. Schweninger) sich erworben hat, ist ja subjektiv zu entscheiden, je nach der Stellung, die man

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 173/74.

dazu einnimmt, welchen Wert die Erhaltung der Gesundheit und der Kraft unseres leitenden Staatsmannes hat. Daß er (Dr. Schweninger) das größte Verdienst um die Erhaltung hat, ist bekannt. Der Reichskanzler hat wiederholt Ärzten, deren Weltruf unbestritten ist, Gelegenheit, ihn zu kurieren, gegeben. Keiner dieser Ärzte hat es vermocht; und wenn man gesehen hat, in welcher Weise die Aufgabe gelöst werden mußte,*) so ist es zu verwundern, daß sich überhaupt noch ein anderer gefunden hat, sich der Arbeit zu unterziehen. Aber wie ein Forscher durch Monate lange Arbeit ein wissenschaftliches Problem löst, so hat jener Arzt die Aufgabe zur glücklichen Lösung gebracht. Man muß Zeuge gewesen sein dieser unermüdlichen und nüchternen Begleitung aller Lebensäußerungen des Patienten, um zu wissen, was es heißt, ihn geheilt zu haben. Wenn darauf hingewiesen wird, daß der Kranke selbst anderen Ärzten die Heilung erschwert hat, so rechne ich es dem Doktor als das größte Verdienst an, daß er seine Autorität so hoch hat anspannen können, daß auch dieser Kranke sich seinen Anordnungen gefügt hat. Wenn ein Mann, wie dieser Doktor, im Besitz eines Allerhöchsten Handschreibens ist, worin ihm in inniger und spontaner Weise dafür gedankt wird, daß er dem Könige und dem Vaterlande den unentbehrlichsten Diener erhalten hat, so kann ein solcher Mann über viele Belohnungen hinwegsehen. Es handelte sich für uns um die Frage, wie wir diesen Mann, der allein imstande ist, den größten Staatsmann Deutschlands zu erhalten, auf eine bestimmte Anzahl von Jahren an Berlin fesseln können." Deshalb war Dr. Schweninger vom Kultusminister zum außerordentlichen Professor für Hautkrankheiten an der Universität Berlin ernannt worden, was die Fortschrittspartei lebhaft tadelte. Der akademische Senat hatte die von der medizinischen Fakultät (Professor Virchow u. Gen.) angefochtene Ernennung gebilligt. Und der Kultusminister schloß daher seine Rede mit den trefflichen Worten: „Von Byzantinismus ist bei mir keine Rede! Und wenn ich allen

*) Nämlich im harten Kampfe mit Bismarcks Unfügsamkeit in die ärztlichen Gebote, s. u.

Ärger, alle Verdächtigungen und Angriffe, die mir mein Vorgehen zugezogen hat, nochmals durchmachen müßte, ich werde mich doch nochmals ebenso entscheiden!"

Sowie Bismarcks Krankheit 1883 das Reisen gestattete, begab er sich am 2. Juli zu längerem Urlaub nach Friedrichsruh. Am 28. Juli aber traf er alsdann in Begleitung seiner Gemahlin, seines Sohnes Wilhelm und des Dr. Schweninger wieder zur Kur in Kissingen ein, die ebenso wie die vom 29. August ab sich daran anschließende, in den letzten 2 Jahren in Wegfall gekommene Kur in Gastein wieder zur Zufriedenheit ausfiel. In Kissingen saß er dem Bildhauer Professor Schilling aus Dresden behufs Anfertigung eines Modells für die Gestalt des Fürsten Bismarck am Niederwalddenkmal. Auf dem Wege nach Gastein aber verkehrte er zwei Tage lang (am 30. August und 1. September) in Salzburg herzlich mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Grafen Kalnoky und sah am 1. September außer diesem Gaste auch den alten Frankfurter Kollegen Grafen Thun bei sich zu Tisch. In den Tagen vom 24. bis 27. September wurde dann die Rückreise über Salzburg und München nach Berlin angetreten. Schon am 28. begab sich Bismarck wieder nach Friedrichsruh, wo er den ganzen Rest des Jahres und bis zum 12. März 1884 verweilte. Wir erinnern uns, daß der deutsche Reichskanzler hier am 14. und 15. November den wichtigen Besuch des russischen Reichskanzlers v. Giers empfing.

Inzwischen war am 28. September das Niederwalddenkmal eingeweiht, und durch Gottes Fügung der Mordplan der sozialistischen Buben Reinsdorf und Genossen vereitelt worden, bei dieser Gelegenheit, den Kaiser, den Kronprinzen, die anwesenden deutschen Bundesfürsten und die ganze Festversammlung mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Bismarck hatte aus Gesundheitsrücksichten die an ihn ergangenen dringlichen Einladungen zur Teilnahme an der Feier, der Moltke beiwohnte, leider ablehnen müssen. Nun sandte ihm aber der Kaiser als Weihnachtsgeschenk eine große bronzene Nachbildung des Nationaldenkmales am Niederwald mit den auf einen

Oktavbogen eigenhändig geschriebenen Begleitzeilen: „Zu Weihnachten 1883. Der Schlußstein Ihrer Politik, einer Feier, die hauptsächlich Ihnen galt, und der Sie leider nicht beiwohnen konnten. W."

Im Januar 1884 trat Graf Herbert v. Bismarck in die Botschaft in Petersburg ein. Einen Tag vor der Rückkehr nach Berlin, am 11. März 1884, beantwortete Fürst Bismarck ein Begrüßungstelegramm des zu Oberlind bei Sonneberg versammelten Bauerntages durch folgendes Schreiben: „Die Ausbreitung der bäuerlichen Kreise in allen Teilen des Reichs bildet eines der wirksamsten Mittel zur Abwehr der Schädigung und Ausbeutung, welcher die produktive Arbeit im Vaterlande durch die unproduktiven politischen Parteien und deren gegenseitige Bekämpfung ausgesetzt ist. Die wirtschaftliche Wohlfahrt der Nation ist bei dem Kampfe der politischen Parteien um die Herrschaft im Reichstage nicht beteiligt, die Pflege dieser Wohlfahrt aber die vorwiegende Sorge der verbündeten Regierungen."

Wir erinnern uns, daß Bismarck am 12. März vornehmlich deshalb nach Berlin zurückkehrte, um sich an den Debatten des Reichstags über die Laskeradresse, den Unfallversicherungsentwurf und die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu beteiligen. Hier feierte er seinen 69. Geburtstag. Er empfing die Glückwünsche des Kaisers durch dessen Flügeladjutanten; der Kronprinz aber, die Prinzen Wilhelm und Heinrich, Prinz Alexander von Preußen und der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, erschienen persönlich zur Beglückwünschung. Am nämlichen Tage wurde zu Magdeburg in den schönen Anlagen des „Hofjäger"-Etablissements eine Bismarck-Statue enthüllt. Am Geburtstage der Fürstin Bismarck, am 11. April, erschien Prinz Wilhelm persönlich auch zu deren Beglückwünschung.

Die Reichstags- und Landtagsabgeordneten erhielten in der ersten Maiwoche folgende Einladung: „Der Ministerpräsident Fürst Bismarck bittet Herrn . . . um die Ehre seines Besuchs am 10. Mai 8 Uhr (abends) zu einer vertraulichen Besprechung."*) Fast alle Empfänger dieser Einladung folgten derselben. Diejenigen unter

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier I, 214/220.

ihnen aber, welche den Einladungsscherz ernsthaft genommen und geglaubt hatten, der Kanzler sei von einem unausrottbaren Drange beseelt, die wichtige Meinung des geschätzten Abgeordneten über die bedeutendsten Fragen der inneren nnd äußeren Politik zu hören, waren etwas enttäuscht, als sie bei dem Reichskanzler etwa 270 Kollegen antrafen, die desselben großen Vertrauens gewürdigt worden waren. Die Tagesordnung dieser „vertraulichen Besprechung“ sah auch gar nicht danach aus, als ob der Kanzler dabei sehr bedeutende politische Enthüllungen machen werde. Denn der erste Gegenstand, welchen er den Gästen zur Debatte stellte, betraf die Frage, ob sie dem Wiener oder dem bayerischen Bier, die er kredenzen ließ, den Vorzug gäben. Eine erhebliche Mehrheit aller Fraktionen entschied sich für die bayerischen Bier-Reservatrechte. Dann sprach der Kanzler seine Befriedigung darüber aus, daß er sich hier ungestört und unbelästigt bewegen und zurückziehen könne. „Ich habe aufgehört, ein Individuum zu sein,“ äußerte er lachend, „wo ich erscheine, staunt man mich als ein Ereignis an. Sobald ich auf die Straße trete, höre ich sofort hinter mir das Klipp-Klapp der Tritte von Hunderten von Menschen, die mich verfolgen. Wie zufrieden bin ich dagegen in Varzin, wo ich meilenweit allein und oft ungekannt spazieren gehen kann. Ich verkehre dort viel mit Holzbauern, nach deren Verhältnissen ich mich eingehend erkundige.“ In demselben Sinne hatte er schon auf einer früheren Soiree geäußert: „Ich werde hier (in Berlin) noch ganz zum alten Wrangel.“ Während der Unterhaltung bemerkte er, daß die Herren nicht rauchten, er rief einen Diener herbei und bot persönlich Zigarren an. Er selbst rauchte nicht. „Der Arzt hat es mir verboten.“ Dabei verlautete, daß der Fürst sich den Anordnungen seines Arztes Dr. Schweninger nicht nur hinsichtlich der Diät, sondern auch in Bezug auf seine ganze Tageseinteilung vollkommen untergeordnet habe. Im Widerspruch mit seinen früheren Gewohnheiten, begebe er sich jetzt ausnahmslos frühzeitig (gegen 10 Uhr) zur Ruhe — deshalb war auch die Einladung schon auf 8 Uhr ergangen — und sitze des Morgens regelmäßig schon um 9 Uhr bei der Arbeit. Dazu trete

ein täglicher Spaziergang von zwei Stunden. Die Folge sei, daß er sich, wie der Reichskanzler wiederholt erklärte, „nunmehr wohler fühle, als seit langer Zeit.“ Den Rest des Abends füllte hauptsächlich ein freundliches Zwiegespräch zwischen dem Kanzler und Windthorst über die Arbeiterfrage und Sozialpolitik aus, bei welchem die kleine Excellenz dem Kanzler so lebhaft zusetzte, „daß der Reichshund zu bellen begann.“

Am 17. Mai begab sich der Kanzler zu einigen Wochen Erholung nach Friedrichsruh. Zu Ende des Monats wurde Graf Wilhelm v. Bismarck zum Geh. Regierungsrat und zum vortragenden Rate im Ministerium ernannt. Am 1. Juni gab eine Rotte sozialdemokratischer Arbeiter aus Hamburg dem Fürsten ihren Mannesmut und die Reife ihrer parteipolitischen Bildung durch gröbliche Exzesse vor dem Schloß in Friedrichsruh zu erkennen. Diese Politiker wurden dann Anfang Juli vom Strafrichter entsprechend belohnt. Am Nachmittag des 7. Juni kehrte der Kanzler nach Berlin zurück, um hier seine amtlichen Geschäfte, namentlich auch im Reichstag, wieder in vollem Umfang aufzunehmen. Zunächst wohnte Bismarck hier einigen Staatsaktionen amtlich bei: so am 8. Juni der Investitur des Prinzen Heinrich mit dem Orden des Goldenen Vließes und dem Empfang der Transvaal-Gesandtschaft durch den Kaiser. Am 9. Juni aber verlas er die Urkunde der Grundsteinlegung für das neue Reichstagsgebäude bei der Feier dieser Grundsteinlegung. Am nämlichen Tage empfing der Fürst eine Abordnung des deutschen Schuhmacherverbandes, mit welcher er sich dreiviertel Stunden über ihre Wünsche bezüglich der sozialpolitischen und gewerblichen Gesetzgebung unterhielt und ihnen nach Möglichkeit Erfüllung zusagte, was er auch gehalten hat. Dagegen rügte er auch den Mangel an Korpsgeist im Handwerkerstande. An den Schildern lese man nicht: „Schuhmachermeister, Tischlermeister“ 2c., sondern „Schuh- und Stiefelfabrik“, „Möbelmagazin“ u. s. w. Es wäre sehr gut, wenn im Reichstag auch gelernte Handwerksmeister säßen. Zum Schlusse verabschiedete er die Abordnung in huldvollster Weise, indem er jedem Mitgliede die Hand drückte.

Am 11. Juni wurde Bismarck zum Vorsitzenden des preußischen Staatsrats ernannt, und am nämlichen Tage begab sich Graf Herbert nach England, um sich dort vor Übernahme des Gesandtschaftspostens im Haag zu verabschieden.

Eine zweite Überraschung noch bereitete der Reichskanzler den Mitgliedern des Reichstags vor Schluß der Tagung. In der dritten Juniwoche erhielten sie nämlich von ihm die Einladung „zu einer vertraulichen Besprechung beim Frühschoppen" auf den 20. Juni um 1/2 11 Uhr.*) Die Unterhaltung drehte sich zunächst um den Titel der Versammlung, und der Reichskanzler meinte, der Frühschoppen sei gar kein so böses Ding wie Herr Windhorst es sich denke — und im Abgeordnetenhause es geschildert hatte. Auch die alten Deutschen hätten den Frühschoppen schon gekannt, und es sei eine alte Erfahrung, daß die Anschauungen immer milder würden, je mehr man getrunken habe. Die Abstimmungen müßten natürlich immer erst am anderen Tage stattfinden. Bismarck hätte seine Feststellung des altgermanischen Frühschoppens auch durch die Thatsache belegen können, daß das altdeutsche Recht die Abnahme eines Eides vor Mittags forderte, da sonst der Mann nicht mehr nüchtern sei. Des Dr. Schweninger gedachte der Reichskanzler wiederholt freundlich: „ohne ihn würde er sich schwerlich noch so wohl auf der Bildfläche befinden." Natürlich hatte sich Windthorst gegen viele wegen seines abgünstigen Urteils über den Frühschoppen zu rechtfertigen. Deshalb erregte große Heiterkeit das Eintreffen eines Telegramms aus Rostock an Windthorst, welches auf seine Antifrühschoppenrede im Abgeordnetenhause und auf seine jetzige Anwesenheit im Reichskanzlerpalais anspielend, lautete: „Excellenz! Einen Frühschoppen? Na! Na! Es kommt Ihnen einen Ganzen: Der Frühschoppen von Friemann in Rostock." Windhorst antwortete telegraphisch: „Probieren geht über Studieren; komme nach!" Er that es auch coram publico und zwar in Champagner, den Dr. Schweninger den Gästen kredenzte.

*) Ebenda, I, S. 221/27.

Einer der verrufensten und ungebildetsten Grobiane der sozialdemokratischen Partei, der Abg. Stolle, hatte, sowie Bismarcks Einladung zum Frühschoppen ergangen war, beantragt, die Reichstagssitzung an diesem 20. Juni schon auf 10 Uhr anzusetzen, um das Fest des Reichskanzlers unmöglich zu machen. Natürlich war ihm diese kleinliche Bosheit mißlungen, und als an diesem Tage der Reichstag mittags 1 Uhr seine Sitzung begann, lagerte über dem Hause die von Bismarck hervorgerufene und von ihm geweissagte milde und versöhnliche Stimmung, und die Parteiführer besprachen untereinander die auf die Zeitfragen bezüglichen bedeutsamen Äußerungen Bismarcks, die er an jenem Morgen gethan. Die „Kölnische Zeitung" aber schloß ihren Bericht über diesen parlamentarischen Frühschoppen mit den Worten: „Das Ganze war ein Fest, wie es in jedem civilisierten Lande in der besseren Gesellschaft vorzukommen pflegt, und der Unverstand und die Rüpelhaftigkeit, welche im voraus darüber zu Gericht saß, hatte wie gewöhnlich das Nachsehen."

Am Nachmittage des 25. Juni besichtigte Bismarck die schönen Späthschen Baumschulen zu Britz bei Berlin und pflanzte hier zur Erinnerung an seinen Besuch eigenhändig eine ungarische Silberlinde. Am 30. Juni konnte der Kanzler dann, nach dem Schluß des Reichstags (am 28.) zur Erholung nach Varzin sich begeben, wo er bis gegen Mitte September weilte. Kissingen und Gastein brauchte er in diesem Jahre, infolge der vorzüglichen Ergebnisse der Schweninger-Kur, nicht zu besuchen. In Varzin fand sich in den Tagen vom 5. bis 14. August wieder wie im vorigen Jahr Franz v. Lenbach als Gast ein, diesmal, um Vorstudien für das dem Papste bestimmte Bild des deutschen Reichskanzlers zu machen. In der friedlichen Waldstille von Varzin wurde Bismarck aber auch durch einen hochherzigen Gnadenbeweis seines teuren Herrn überrascht. Am 14. Jahrestage von Sedan verlieh nämlich der Kaiser seinem Kanzler den Orden pour le mérite mit Eichenlaub in Begleitung des folgenden Allerhöchsten Schreibens aus Babelsberg vom 1. September: „Der heutige Erinnerungstag, welcher Mir aus den bisherigen 22 Jahren unseres Zusammenwirkens eines der hervor-

ragendsten Ereignisse vergegenwärtigt, führt Meine Gedanken auch daraufhin, daß Sie Mir an diesem Tage und während zweier Kriege nicht nur als hochbewährter Mann des Rates, sondern auch als Soldat zur Seite gestanden, und daß es in Preußen einen Orden „für das Verdienst" gibt, den Sie noch nicht besitzen. Wenn auch die Bedeutung dieses Ordens eine spezifisch militärische sein soll, so hätten Sie ihn doch schon längst haben müssen; denn Sie haben wahrlich in mancher schweren Zeit den höchsten Mut des Soldaten bewiesen, und Sie haben auch in zwei Kriegen an Meiner Seite voll und ganz bethätigt, daß Sie neben jeder anderen auch auf eine hervorragend militärische Auszeichnung den vollsten Anspruch haben. Ich hole also Versäumtes nach, indem Ich Ihnen den beifolgenden Orden pour le mérite verleihe und zwar sogleich mit Eichenlaub, um hierdurch darzuthun, daß Sie ihn schon längst hätten haben sollen und daß Sie ihn wiederholt verdient haben. Ich weiß in Ihnen so sehr das Herz und den Sinn eines Soldaten, daß Ich Ihnen mit diesem Orden, den ja viele Ihrer Vorfahren mit Stolz trugen, eine Freude zu machen hoffe, und Mir selbst gewähre Ich hiedurch die Beruhigung, daß Ich dem Manne, den Gottes gnädige Fügung Mir zur Seite gestellt und der so Großes für das Vaterland gethan, auch als Soldat die wohlverdiente Ehre zu teil werden lasse. Ich freue mich in der That herzlich und sehr, Sie künftig den Orden pour le mérite tragen zu sehen."

Am 11. September kehrte Bismarck nach Berlin zurück, um von hier aus mit seinem gnädigen Kaiser sich zu der früher erwähnten Zusammenkunft der drei Herrscher von Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland nach Skierniewicze zu begeben, die am 15. und 16. September stattfand. Kaiser Wilhelm bezeigte seinem Kanzler auch hier seine Gnade, indem er in diesen Tagen dessen Sohn Herbert zum Major, den Grafen Wilhelm zum Rittmeister beförderte. Am 22. September begab sich Bismarck dann nach Friedrichsruh, wo er bis zum 21. Oktober verweilte, um hiernach in Berlin zunächst die früher erwähnte braunschweigische Erbfolgefrage zu erledigen, den neuen Botschafter Englands Sir A. Malet

— einen alten Bekannten aus Frankfurter Tagen — zu begrüßen und den preußischen Staatsrat zu eröffnen. Der Rest des Jahres war den mannigfachen diplomatischen Geschäften und dem Widerstand gegen „die Politik der Nadelstiche“ in dem am 20. November wieder eröffneten Reichstag gewidmet, gegen welche sich der Entrüstungssturm des dankbaren und treuen deutschen Volkes naturgewaltig erhob. Besondere Freude bereitete dem Kanzler in diesen bewegten Tagen die Begegnung mit dem von ihm hochverehrten Könige Albert von Sachsen im Palais des Kaisers am 13. Dezember.

Am Neujahrstage 1885 erschien Fürst Bismarck persönlich zur Beglückwünschung beim Kaiser, dann beim Kronprinzen und Prinzen Wilhelm. Der Kronprinz und seine beiden Söhne begaben sich darauf zur Beglückwünschung des Reichskanzlers und dessen Gemahlin in das Palais an der Wilhelmsstraße. Das Jahr hatte begonnen, in welchem der Gründer des Deutschen Reiches seinen siebzigsten Geburtstag feiern sollte, und lange vor dem 1. April bereitete das Deutsche Reich freudig sich auf diese nationale Feier vor. Als einleitende Schritte zu derselben sind die Ehrenbürgerrechte zu betrachten, die dem Fürsten Bismarck in den ersten Monaten des Jahres 1885 zu teil wurden: am 12. Februar das von Saarbrücken, am 19. das von Kissingen, am 17. März das von Reichenhall. Diesen Ehrenbezeigungen schloß am 19. März die Universität Göttingen die ihrige an, indem sie den Fürsten Bismarck zum Ehrendoktor beider Rechte ernannte. Rudolf v. Ihering war damals Dekan der juristischen Fakultät in Göttingen; in dem lateinischen Elogium heißt es, nachdem Bismarcks Verdienste um die Gründung des Reiches in Krieg und Frieden gefeiert sind: „Der Deutschland mit dem heiligsten Bande Eines Rechtes umschlang, den Elenden und Armen Hilfe zu bringen strebte und weiter strebt, der Staaten Zwietracht und Zerwürfnisse mit der größten Erfahrung aufs glücklichste schlichtete und weiter schlichtet“ u. s. w. In diesen Tagen (am 23. März) verfügte Fürst Bismarck auch über die ihm von nationalen Männern der Stadt Elberfeld geschenkten 20 000

Mark, welche die anfangs vom Reichstag gestrichene Gehaltszulage an drei Hilfsarbeiter des auswärtigen Amtes decken sollte (s. o. S. 154 flg.) im Sinne der Geber, indem mit dieser Summe eine Stiftung für bedürftige Beamte des Auswärtigen Amtes begründet wurde.

Schon am 25. März eröffnete Herzog Ernst von Koburg-Gotha die Reihe der Gratulanten zu Bismarcks 70. Geburtstage in einem Schreiben aus Nizza, welches Minister von Seebach dem Fürsten persönlich überbrachte. Darin sprach der Herzog das schöne Bekenntnis aus: „Von Jugend auf hat kein höheres Ideal mich beseelt, als die Eintracht, Macht und Größe unseres Vaterlandes. Darum sei mir vergönnt, an dem Jubeltage, den Millionen begeistert feiern, auch meinerseits Ew. Durchlaucht von ganzem Herzen Dank zu sagen. Ihre Weisheit hat unter dem Schirm unseres kaiserlichen Herrn weit über alles Hoffen hinaus meinem Leben, wie dem aller Deutschen den tief und heißersehnten Inhalt gegeben. Erhalte Gott Sie noch lange für Kaiser und Reich. Ew. Durchlaucht treu ergebener Ernst."

Die Weingutsbesitzer und Schaumweinfabrikanten im Rheingau hatten dem Geburtstagskinde eine reiche Sendung edler deutscher Weine zukommen lassen. Darauf antwortete der Beschenkte am 25. März: „Ich bedaure, daß es mir nicht vergönnt ist, jedem einzelnen der Herren in seinem eigenen Gewächse Bescheid zu thun; aber ich bitte Sie, versichert zu sein, daß ich auch in der Ferne der liebenswürdigen Geber nicht minder herzlich gedenken werde." Am 28. war die Deputation der juristischen Fakultät Göttingen, welche den Ehrendoktorbrief überreicht hatte, bei dem Fürsten Bismark zum Diner. Am nämlichen Tage verlieh der König von Sachsen dem Reichskanzler den Orden der Rautenkrone in Brillanten. Am 31. März fand dann die Vorfeier des großen Festtages statt, den das ganze deutsche Volk mit seinem Kanzler feierte. Ein großes Diner im Reichskanzlerpalais vereinigte das Offizierkorps des Halberstädter Kürassierregiments (Magdeb. Kür.-Reg. Nr. 7), dessen Chef Fürst Bismarck war, und die Bataillonsstäbe des 26. Land-

wehrregiments, Stendal und Burg. Das Trompeterkorps des Kürassierregiments wurde von der Berliner Stadtverwaltung freundlich aufgenommen, wofür Bismarck noch am 31. März dem Oberbürgermeister v. Forckenbeck schriftlich dankte. Am Nachmittage begrüßten die Krieger- und Landwehrvereine in der Stärke von 3600 Mann den Fürsten und brachten ihm als dem Manne weisen Rates und entschlossener That die freudigsten Glückwünsche dar. Er aber erwiderte: Der Mann der That stehe höher, weil er Opfer an Blut und Leben bringen müsse. „Mein Rat hat erst Leben gewonnen durch Ihre Thaten. Hätte ich nicht ein so großes Vertrauen in den Mut, die Ausbildung und die Disziplin des preußischen Heeres gehabt, so würde ich unserem königlichen Herrn nicht den schweren, verantwortungsvollen Rat gegeben haben, sich in die gefahrvolle Lage zu begeben." In das vom Fürsten auf den Kaiser ausgebrachte Hoch stimmten die Krieger begeistert ein.

Abends gegen 7 Uhr setzte sich der Fackelzug in Bewegung, zu welchem die Studentenschaft Berlins und Abordnungen deutscher Hochschulen die Hauptzahl der mehr als 7000 Teilnehmer stellten. Aber ihnen hatten sich die Berliner Künstlerschaft, die Innungen mit ihren Gewerkszeichen, die städtischen Vereine angeschlossen, alles mit Fahnen, Transparenten, die in rührenden Worten des deutschen Volkes Segenswünsche für seinen Kanzler aussprachen. Die Künstler hatten einen eigenen Festwagen in den riesigsten Verhältnissen erbaut. Alles das, voran ein Musikkorps der Garde, zog unter dem Schmettern der Fanfaren, dem Wirbel der Kesselpauken, den rauschenden Klängen unserer schönsten vaterländischen Lieder die Linden- und Wilhelmsstraße entlang dem Palais des Reichskanzlers zu, wo dieser, umgeben von seiner Familie, alle Abteilungen und deren Hochs mit dem Schwenken seines Helms und mit einem Trunk aus seinem Becher begrüßte. Der Chargierte eines Korps reichte der Fürstin an der Spitze seines Schlägers einen schönen und reichen Kranz hinauf, welchen die hohe Frau alsbald ihrem Gemahl aufsetzte. Da brach unendlicher Jubel aus. Der Gefeierte und das bunte Gewimmel unter ihm wurden bald

vom Tiefrot der Pechflammen, bald von bengalischen Lichtern, bald von blendend strahlenden elektrischen Kerzen beleuchtet und an Bismarck zog Gruppe für Gruppe vorüber, die Fackeln schwenkend, mit flatternden Fahnen und mit dem Aufjauchzen der reinsten Begeisterung, der tiefsten Dankbarkeit und Verehrung. Nur der eine Gedanke bewegte alle diese Tausende, der auf einem der Transparente in die schlichten Worte gefaßt war: „Gott erhalte uns unsern Bismarck!"

An diesem Abend sprach auch der Kaiser in engem Hofkreise dem Kanzler schon den wärmsten Dank aus für alles was dieser für das Vaterland gethan.

Aber mitten in den gewaltigen Eindrücken dieser Vorfeier vergaß der Liebling des deutschen Volkes nicht, daß an diesem Tage Leopold von Ranke sein 60jähriges Doktorjubiläum feierte. Der ehrwürdige Geschichtsforscher mußte wenigstens ein kurzes freundliches Zeichen dafür erhalten, daß der Kanzler dieses Ehrentages gedenke, und so schrieb Bismarck eigenhändig auf die Rückseite seiner Visitenkarte: „Sr. Excellenz v. Ranke mit den herzlichsten Glückwünschen eines in Göttingen neu kreierten Doktors an den Senior der gelehrten Zunft zum 60jährigen Jubiläum." Auch der Oberbürgermeister von Braunschweig erhielt noch am 31. einen telegraphischen Dank des Reichskanzlers für die Glückwünsche der Stadt. Besonders rührend aber erscheint, daß Bismarck in diesen drangvollen Stunden auch die Zeit fand, der Unterprima des Gymnasiums zu Treptow für deren Glückwünsche in einem Schreiben an den Primus v. Köller zu danken. Er schrieb: „Ich danke Ihnen für Ihre und Ihrer Kommilitonen freundliche Begrüßung und freue mich der Zeit, wo Sie mit gleichgesinnten Altersgenossen Ihre Kräfte dem Dienste von Kaiser und Reich widmen werden."

Der eigentliche Festtag, der 1. April, war zur Entgegennahme der förmlichen Gratulationen, Adressen u. s. w. bestimmt.*) Alle

*) Das Nachstehende hauptsächlich nach Hahn a. a. O. IV, 650/59 und V, 462/67.

Deputationen und Gratulanten, die sicher erwartet werden konnten, namentlich auch der gesamte Reichstag, waren vom Kanzler im voraus „zum Frühschoppen“ eingeladen worden und zogen daher heute gruppenweise, wie sie kamen, nicht sogleich wieder von dannen, sondern begaben sich nach Darbringung ihrer Glückwünsche in den Kongreßsaal, um hier beim festlichen Glase auf des Gefeierten Wohl anzustoßen. Zuerst erschien zur Beglückwünschung das Geschlecht Derer von Bismarck. Die Geschlechtsvettern hatten sich sehr zahlreich in Berlin eingefunden und wurden vom Major a. D. v. Bismarck geführt, der auch die Anrede an den Reichskanzler hielt und ihm dann ein kostbares Album mit den Porträts aller Glieder des Bismarck'schen Geschlechtes überreichte. Der Fürst sprach seine Freude darüber aus, so viele seines Geschlechtes um sich zu sehen und darunter so viele im Rocke des Königs. Sie hätten den Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg, den Königen v. Preußen und jetzt dem deutschen Kaiser immer gleich treu und gehorsam gedient und so lange diese Gesinnung in dem Geschlechte lebendig bleibe, werde es mit diesem auch wohl bestellt sein.

Schon am frühen Morgen des Festtages hatte der Kaiser, um den Kanzler an das Höchste zu erinnern, was Bismarck ihm hatte erringen helfen, dem Jubilar das große Bild Anton v. Werners: „Die Verkündigung des neuen deutschen Kaisertums zu Versailles,“ in treuer Wiedergabe des im eigenen Besitz des Kaisers befindlichen älteren Exemplars dieses Kunstwerkes, zugesendet, mit einem Begleitschreiben vom 1. April, in welchem der Kaiser dem Fürsten zunächst aussprach: wie hoch es ihn erfreue, daß in der Erinnerung an alles, was der Fürst für die Größe des Vaterlandes gethan, ein so mächtiger Zug des Dankes und der Verehrung für ihn durch die Nation gebe. „Denn es ziert die Nation in der Gegenwart und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt. An solcher Feier teilzunehmen, ist Mir und Meinem Hause eine besondere Freude und wünschen Wir Ihnen durch beifolgendes Bild auszudrücken, mit

welchen Empfindungen dankbarer Erinnerung Wir dies thun; denn dasselbe vergegenwärtigt einen der größten Momente der Geschichte des Hohenzollernhauses, dessen niemals gedacht werden kann, ohne sich zugleich auch Ihrer Verdienste zu erinnern. Sie, mein lieber Fürst, wissen, wie in Mir jederzeit das vollste Vertrauen, die aufrichtigste Zuneigung und das wärmste Dankgefühl für Sie leben wird! Ihnen sage Ich daher mit diesem nichts, was Ich Ihnen nicht oft genug ausgesprochen habe, und Ich denke, daß dieses Bild noch Ihren späten Nachkommen vor Augen stellen wird, daß Ihr Kaiser und König und sein Haus sich dessen wohl bewußt waren, was Wir Ihnen zu danken haben. Mit diesen Gesinnungen und Gefühlen endige Ich diese Zeilen, als über das Grab hinaus dauernd Ihr dankbar treu ergebener Kaiser und König Wilhelm."

In der That folgte auf diese herrliche Gabe des Kaisers die noch bedeutendere der deutschen Nation. Seit jenem schmachvollen Beschluß des undeutschen Reichstags vom 15. Dezember 1884, der dem Kanzler selbst armselige 20000 Mark für einen dritten Direktor im Reichskanzleramt verweigert hatte, hatten sich überall im Reiche Vereine gebildet, um von dem „mächtigen Zuge des Dankes und der Verehrung" für den Kanzler Zeugnis abzulegen durch Sammlung eines Fonds zu Ehren des Fürsten Bismarck und zu seiner freien Verfügung. Diese Bestrebungen hatten in einem deutschen Zentralkomité unter Vorsitz des Herzogs v. Ratibor ihren Mittelpunkt und ihre Leitung gefunden, und da vorläufig, schon lange vor dem Feste des 1. April, über eine Million Mark gesammelt und verfügbar war, so hatte das Zentralkomité beschlossen, mit dieser Summe zunächst den in der wirtschaftlichen Ungunst der Zeiten der Familie Bismarck verloren gegangenen Teil des Stammgutes Schönhausen wieder zu erwerben, ein Gedanke, den der Fürst selbst sehr freudig begrüßte. Zu diesem Zwecke waren 1 500 000 Mk. verwendet worden. Alle übrigen Fonds sollten zur freien Verfügung des Reichskanzlers für öffentliche Zwecke gestellt werden. Nun erschien am Morgen des 1. April der Herzog von Ratibor, um dem Fürsten die „Bismarckspende" der deutschen Nation

mit kernigen Worten zu überreichen: indem er das verloren gegangene Gut Schönhausen und außerdem eine Summe von über einer Million Mark*) zur freien Verfügung für öffentliche Zwecke dem Kanzler übereignete. Bismarck dankte für die große Gabe in den wärmsten Worten.

Dann erschienen zur Beglückwünschung die preußischen Staatsminister, unter Führung des Vizepräsidenten v. Puttkamer. Ihnen folgte der Bundesrat, in dessen Namen und Namens der deutschen Regierungen der bayrische Minister v. Lutz, der seit Errichtung des Deutschen Reiches seinen Staat vertrat, den siebzigjährigen Reichskanzler mit einer begeisterten Ansprache begrüßte. Auf diese antwortete der Fürst in einer längeren Rede, in welcher er betonte, daß heute der feste Anker des Deutschen Reiches die einige Gesinnung der deutschen Fürsten und Regierungen sei, während die parlamentarische Vertretung der Nation sich in Fraktionspolitik verliere. Darauf nahm der Kanzler aus den Händen der im Bundesrate vertretenen leitenden Minister der Bundesstaaten die eigenhändigen Glückwunschschreiben ihrer Souveräne entgegen. Der Großherzog von Weimar hatte seinem Schreiben die Brillanten zum Großkreuz des Hausordens vom weißen Falken beigefügt. Während der Fürst noch mit Empfangnahme dieser Gnadenbeweise beschäftigt war, traf der Großherzog von Baden ein, welcher auf das herzlichste gratulierte.

Indem derselbe noch mit dem Kanzler sprach, wurde der Kaiser gemeldet, dem der Fürst bis zur Eingangshalle entgegeneilte. Kaiser Wilhelm erschien an der Spitze aller Prinzen des königlichen Hauses und sprach, unter Hinweis auf das überreichte Bild: „Ich habe Ihnen schon oft gesagt, wie ich Ihnen danke für das, was Sie gethan haben; aber es kann nie genug gesagt werden, und ich bin glücklich, daß mir vergönnt ist, es Ihnen selbst am heutigen

*) Nach der Schlußabrechnung des Zentralkomités vom 12. Mai 1885 waren zum völlig hypothekenfreien Erwerb Schönhausens 1500000 ℳ verwendet worden, und konnten dem Kanzler zu seiner Verfügung 1229143 ℳ 94 ₰ übergeben werden.



Tage wieder auszusprechen zu können." Auch einige auswärtige Monarchen sandten wertvolle Geschenke; Kaiser Franz Joseph von Österreich ließ sein lebensgroßes Bild übergeben, der König von Schweden einen Schrein von geäztem Stahl; außerdem sandten sie herzliche Glückwunschschreiben oder -Telegramme, nicht minder die Könige von Italien (durch Minister Mancini), Belgien, Siam, der Fürst von Rumänien, der Sultan von Zanzibar. Sehr bezeichnend war dagegen, daß der Berliner Magistrat seine Glückwunschadresse durch einen — Magistratsdiener überbringen ließ!

Namens des Reichstags erschien dessen Präsident v. Levetzow allein zur Gratulation. Bismarck dankte ihm „für diese Mission des Friedens". Daneben aber fanden sich zahlreiche Reichsboten zu persönlicher Beglückwünschung und — zum Frühschoppen ein. Mit ihnen gleichzeitig kam auch die Abordnung aus Saarbrücken, welche den Ehrenbürgerbrief überreichte. Bismarck dankte und versprach dabei aus eigenem Antriebe, daß der Staat für die Hinterlassenen der kurz zuvor auf der Grube Camphausen bei Saarbrücken verunglückten Bergleute bereits nach Maßgabe des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 sorgen werde.*) Bekanntlich trat das genannte Gesetz erst am 1. Oktober 1885 allgemein in Kraft.

Charakteristisch für die Bismarckfeier war die besondere Teilnahme der Universitäten. Von der Göttinger Deputation ist schon gesprochen. Zum 1. April sandten Erlangen und Tübingen Ehrendoktordiplome der Rechte und Staatswissenschaften. Die Universität Berlin gratulierte durch eine Deputation, an deren Spitze Professor Dr. Dernburg sich befand, Professor Dr. Curtius brachte die Glückwünsche der Akademie der Wissenschaften. Eine Deputation des Kösener Seniorenkonventes überreichte eine Adresse der gesamten deutschen Studentenschaft, welche verlesen wurde, und auf welche der Fürst herzlich dankend antwortete. Unter allen den 75 Adressen, welche an diesem Tage eingingen, rührte aber keine das Herz des großen Staatsmannes tiefer als diejenige, welche von den Überlebenden der einstigen

*) Nach Poschinger a. a. O. I, 228.

Erbkaiserpartei der Paulskirche, von „den Letzten von Frankfurt“ kam. Denn sie sprach aus: „Daß wir jene Bahn in stürmischen Tagen betreten, die Fahne erhoben und unentwegt zu ihr gestanden haben, gibt uns ein Anrecht, dem Manne, der unsern Glauben zur That gemacht und uns zum Ziele geführt hat, den Dankeszoll, der ihm in unseren Herzen lebt, heute auszusprechen. Wer hat eindringlicher und schmerzlicher als wir erfahren, welche Kluft Streben und Erreichen, Gedanken und Vollbringen trennt? Wer könnte deutlicher die volle Wucht der Aufgabe empfinden, die Ew. Durchlaucht inmitten widerstrebender Kräfte, inmitten feindseliger Mächte auf sich genommen, wer aufrichtiger und lebhafter bewundern, was Ew. Durchlaucht vollbracht haben; die Erweckung der versunkenen Herrlichkeit der deutschen Nation zu neuem Leben und hellem Glanze! Politische Größe ruhte niemals auf Weitsicht, Kühnheit und Kraft allein, nicht minder auf Mäßigung und Selbstüberwindung; wie zu gespanntestem, verantwortlichstem Handeln ist sie zu geduldigem Ausharren berufen. Was die einsam in schweren Stunden errungenen Entschlüsse kosten, ermißt, der sie zu fassen hat, allein. Möge Ew. Durchlaucht zu dem einen wie zu dem andern auch hinfort die von innerster Überzeugung getragene Kraft nicht fehlen, möge Ew. Durchlaucht beschieden sein, die hohe Mission, nach glorreichsten Kriegen Deutschland und Europa den Frieden zu erhalten, das Deutsche Reich weiter und weiter erstarken zu lassen, über das heute vollendete Lebensjahr hinaus noch lange zum Heile der lebenden und kommenden Geschlechter fortzuführen!“

Die Gnade des Kaisers Wilhelm ward an diesem großen Ehrentage des Kanzlers auch dessen Söhnen zuteil, indem dem Grafen Herbert der Rote Adlerorden II. Klasse, dem Grafen Wilhelm der Rote Adlerorden III. Klasse mit der Schleife verliehen wurde. Graf Wilhelm aber erhöhte die Festfreude, indem er sich an jenem Tage mit seiner Cousine, Fräulein Sibylla von Arnim, verlobte.

Außer den bereits erwähnten 175 Adressen liefen an diesem Tage beim Reichskanzler ein: 3738 Glückwunschschreiben (ungerechnet 1500 solche, die sich nicht zur Beantwortung eigneten), 2644 Tele-

gramme, 560 Geschenke, ungerechnet die „Bismarckspende“. Unter allen reichen und sinnigen Gaben, die dem Kanzler dieser Tag gebracht, war ihm das Liebste die Wiedergewinnung des alten Familiengutes in seiner ganzen früheren Ausdehnung. So benutzte er denn einen der nächsten Tage, den 6. April, um in Begleitung seiner Gemahlin und seiner beiden Söhne Schönhausen zu besuchen. Auf dem Bahnhof empfing ihn eine Deputation, die ihn und die Seinen zunächst nach dem alten Gute geleiteten. Hier hatten sich der Kriegerverein mit einer Fahne, die der mit dem eisernen Kreuz geschmückte Barbier des Ortes trug, der Handwerker- und Gesangverein, besonders aber viele Schönhauserinnen in ihrer kleidsamen Tracht zur Bewillkommnung und Beglückwünschung des berühmten Gutsherrn eingefunden. Diesem leuchtete die Freude aus den Augen, und er sagte seinen Dorf- und Heimatgenossen, wie gern er gekommen sei: „Von des Königs Gnade habe er größere Güter erhalten, aber sein Sehnen sei stets dahin gegangen, wo seine Wiege gestanden; er hoffe noch oft unter den Schönhausenern zu sein.“ Dann nahm er den neuen Besitz fröhlich in Augenschein und wurde dabei von dem Sohne des bisherigen Besitzers Gärtner durch alle Räume geleitet, namentlich durch die große schöne Schäferei. Für die ganze Umgegend waren diese Tage ein Fest. Die Nachbarstädte Tangermünde und Stendal sendeten Scharen von Verehrern in das sonst so stille Elbdorf, und wo des Fürsten Wagen sich zeigte, da erbrauste ringsum lauter Hoch- und Hurraruf. Am 8. kehrte Bismarck wieder nach Berlin zurück. Aus Schönhausen selbst aber vom 7. April datierte sein Herzensdank für diese Schenkung: „Nachdem ich den Besitz des vollen ehemaligen Erbes meiner Väter hier in Schönhausen habe antreten können, drängt es mich, allen denen, welche dazu mitgewirkt haben, daß dieser seit vielen Jahren von mir gehegte Wunsch erfüllt wurde, nochmals von Herzen zu danken.“

Dank und immer neuer Dank für alle die ihm so teuren Beweise der Liebe und Verehrung nimmt nun von seinem Jubeltage an wochenlang die meisten seiner freien Stunden in Anspruch. Noch

am 1. April hatte er dem Minister Mancini telegraphisch gedankt für die Glückwünsche des Königs von Italien und die sympathischen Worte des Ministers, „welche die zwischen den beiden Monarchen und den beiden Nationen bestehende Freundschaft zum Ausdruck bringen.“ Am 2. April schrieb er an den Präsidenten des Bremer Senats: „Die reiche Gabe aus dem weltberühmten Ratskeller gibt mir einen neuen Beweis, daß das bremische Bürgerrecht ein sehr wertvolles Ehrenrecht ist, und ich werde mit besonderer Freude und mit treuem Gedenken an die liebenswürdigen Mitbürger im bremischen Weine auf das Wohl der alten Reichs- und Handelsstadt trinken, deren Schiffe den deutschen Namen und die deutschen Farben in die entferntesten Meere tragen.“ Am 4. April dankte er dem Herzog Ernst v. Coburg „für die huldreichen Worte der Anerkennung, deren Wert für mich dadurch erhöht wird, daß ihr durchlauchtigster Urheber selbst der nationalen Sache von ihren ersten Anfängen an zur Seite gestanden ist.“ Am nämlichen Tage erließ er einen öffentlichen Dank für die „zahlreichen Kundgebungen des Wohlwollens in Gestalt von Glückwünschen und Festgaben“ und einen besonderen an den Staatssekretär Dr. v. Stephan für die angestrengten trefflichen Leistungen der Post- und Telegraphenbeamten am 1. April. Am 5. stattete er dem Hamburger Senat für dessen Glückwünsche und schmeichelhaften Worte der Anerkennung seinen Dank ab. Endlich am 20. April erfolgte die dankende Annahme der Ehrenbürgerrechte von Saarbrücken, Blankenburg (Harz), Reichenhall, Osnabrück und die dankerfüllte Antwort an die „30 letzten Frankfurter“: „Ihre wohlwollenden Worte der Anerkennung meiner politischen Thätigkeit sind für mich von um so größerer Bedeutung, als sie aus dem Munde von Männern kommen, welche von Anbeginn unseres parlamentarischen Lebens mit stets gleicher Hingebung für die Einigung unseres Vaterlandes eingetreten sind.“

Schon am 9. April hielt Bismarck dem Kaiser Vortrag, um dessen Genehmigung dafür zu erbitten, daß der Reichskanzler die ihm am 1. April in Höhe von 1 200 000 ℳ übergebene „Bismarckspende“ sowie die weiter einlaufenden Summen annehme und nach

freiem Ermessen zu öffentlichen Zwecken verwende. Der Kaiser erteilte diese Genehmigung in einer von dem Minister v. Bötticher gegengezeichneten Kabinetsordre vom 9. April „mit Freuden", „und überlasse Ihnen, Mir seinerzeit von Ihrer Absicht für die Verwendung der Spenden Mitteilung zu machen." Bismarck bestimmte die ihm zur Verfügung stehende Summe zur Gründung einer „Schönhauser-Stiftung", deren Zinsen verwendet werden sollten zur Unterstützung deutscher junger Männer, die sich dem Lehrfache an höheren Lehranstalten widmen, vor ihrer besoldeten Anstellung. Die Unterstützungen an die Kandidaten des höheren Lehramts sollten jährlich 1000 Mark betragen, ihnen längstens 6 Jahre lang und in der Zeit nach ihrer Staatsprüfung und vor ihrer Anstellung (in Ausnahmefällen auch schon während ihrer Studien vor der Staatsprüfung) verliehen werden. Die Verteilung dieser Beiträge sollte thunlichst an die Angehörigen aller deutschen Staaten stattfinden nach Maßgabe der Bevölkerung oder der Zahl der höheren Bildungsanstalten in den einzelnen Bundesstaaten, dabei auch Söhne von Lehrern höherer Schulen bevorzugt werden. Falls die Stiftungseinkünfte mangels geeigneter Bewerber nicht erschöpft wurden, sollten die nicht zur Verausgabung gelangten Beträge Witwen von Lehrern des höheren Lehrfaches für ihren Lebensunterhalt oder für die Erziehung ihrer Kinder zukommen. Diese Grundlagen der „Schönhauser Stiftung" genehmigte der Kaiser und König in einer Kabinetsordre aus Gastein vom 8. August 1885, in welcher er ihr die Rechte einer juristischen Person verlieh. Bismarck aber bestimmte am 15. Januar 1886 in einem Schreiben an den Herzog von Ratibor, als den Vorsitzenden des Zentralkomités der Bismarckspende und damaligen Präsidenten des preußischen Herrenhauses, daß der jedesmalige Präsident des Herrenhauses die Aufsicht über die Schönhauser Stiftung führen solle, deren Errichtung der Fürst mit den edeln Worten begründete: „Das höhere Lehrfach bedarf deshalb einer besonderen Unterstützung, weil es die Pflegstätte des nationalen Gedankens bildet und in seiner idealen Gesinnung, ohne welche der Lehrerstand seinem mühevollen und selten einträglichen

Berufe nicht würde treu bleiben können, ein sittliches Gegengewicht zu dem Materialismus der Zeit darstellt. Die Erhaltung und Pflege dieser Gesinnung bei der Jugend liegt in den Händen der Lehrer und ist für unsere nationale Entwickelung von hoher Bedeutung."

Am 11. April brachte die Kapelle des Garde-Füsilier-Regiments der Fürstin Bismarck zu Ehren ihres Geburtstages ein Ständchen dar. Dem Reichskanzler aber erwies der Kaiser am 4. Mai noch eine besondere Auszeichnung, indem er durch eine Allerhöchste Ordre genehmigte, daß das Gymnasium zu Pyritz, welches vom 1. April ab den Charakter eines Königlichen erhalten hatte, den Namen „Kgl. Bismarck-Gymnasium" führe. Am 11. Mai, dem Jahrestage des Cohenschen Mordattentates, wurde Graf Herbert Bismarck zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte ernannt.

Auf den 12. Mai lud Bismarck die Mitglieder des Bundesrates und Reichstags wieder einmal zu einem „parlamentarischen Frühschoppen" ein.*) Die Honneurs machten in liebenswürdigster Weise die Gattin und Schwester des Gastgebers und deren Tochter, Fräulein Sibylla v. Arnim, die Braut des Grafen Wilhelm. Der letztere und Graf Herbert wurden von den sehr zahlreich erschienenen Gästen lebhaft beglückwünscht. Der Herr des Hauses bewegte sich in fröhlichster Laune von Tisch zu Tisch, von einem der zahlreichen Kreise zum andern. Als der Abg. Professor Gneist sich mit der Behandlung einer Hummerscheere nicht ebenso kunstgerecht abzufinden vermochte wie etwa mit der Verfassung der englischen Jury zur Zeit Wilhelms des Eroberers, gewährte ihm der Kanzler als liebenswürdiger Wirt freundliche Hilfe und Belehrung. Besonders erwähnenswert ist von den vielen tiefen Bemerkungen Bismarcks an jenem Morgen das bedeutsame Wort, in dem die Richtschnur seiner gesamten Kolonialpolitik gezogen ist: „M. H., die Kolonialpolitik wird nicht durch Generale und nicht durch Geheime Räte gemacht, sondern durch

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier I, 229/231.

Kommis von Handlungshäusern." Der Reichstag wurde am 15. Mai geschlossen.

In den Tagen vom 19. bis 22. Mai verweilte der Fürst wieder in Schönhausen. Lebhaft und freundschaftlich verkehrte er vom 22. bis 26. Mai in Berlin mit Lord Rosebery, den Graf Herbert in London schätzen gelernt und bei dem Vater am 22. eingeführt hatte. Am 1. Juni verlieh die Stadt Bochum dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht. Am 4. entzog sich dieser einer Feier des fünfzigjährigen Jubiläums seines Eintrittes in den Staatsdienst, indem er sich, und zwar in Begleitung seines Sohnes, des Grafen Wilhelm, nach Kissingen begab. Hier sah er am nächsten Mittag den von ihm sehr geschätzten ersten Komiker des Berliner Wallnertheaters, Karl Helmerding, als Gast bei sich zu Tisch. Die Rückkehr nach Berlin nach glücklicher Kur erfolgte am 2. Juli. Von hier aus dankte er den Naturforschern Gebrüdern Adolph und Karl Müller in Alsfeld für die Übersendung ihres schönen Werkes über Hunde: „Ihre treffenden und lebendigen Schilderungen der Vettern meines treuen Gefährten ‚Tyras' haben mich in hohem Maße interessiert und ich freue mich auch, daß in diesem Buche, welches jeder deutsche Hundefreund mit Vergnügen und Nutzen lesen wird, die deutschen Buchstaben wieder zu Ehren gekommen sind.*)"

Am 5. Juli begab sich Bismarck mit seiner ganzen Familie nach Kröchlendorf, um hier der Hochzeit seines Sohnes Wilhelm mit seiner Cousine, der am 24. Februar 1864 zu Berlin geborenen Gräfin Sibylle v. Arnim, Tochter der einzigen Schwester Bismarcks und seines Jugendfreundes Oskar v. Arnim, beizuwohnen, die am 6. stattfand. Noch in der Nacht kehrte der Reichskanzler nach Berlin zurück, da er für den folgenden Tag zum Diner beim Kronprinzen geladen war. In Begleitung seines Schwiegersohnes, des Grafen Rantzau, reiste der Fürst am 9. Juli zu längerem Aufenthalte nach Varzin, während am nämlichen Tage die Fürstin

---

*) Bei dem Werke derselben Verfasser „Tiere der Heimat" hatte der Kanzler die Verwendung lateinischer Lettern getadelt, s. o. S. 238.

in Begleitung ihres Sohnes Herbert nach Bad Homburg zur Kur sich begab. Alsbald nach der Ankunft Bismarcks in Varzin traf die Urkunde über das ihm am 9. Juli von der Stadt Bremerhaven verliehene Ehrenbürgerrecht ein. Wie immer, empfing der Reichskanzler in dem trauten Waldfrieden seiner hinterpommerschen Güter den Besuch befreundeter Minister und Diplomaten: der Botschafter Fürst Hohenlohe und v. Schlözer, des Ministers v. Puttkamer und des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Kalnoky, welche meist tagelang die Gäste des Schloßherrn von Varzin waren. Am 15. August wurde er durch die Ernennung seines Sohnes, des Grafen Wilhelm, zum Landrat von Hanau erfreut. Dort bezog das jungvermählte Paar in dem herrlichen, parkumgebenen Schlosse des einstigen Kurfürsten von Hessen die Dienstwohnung. Der schon 1875 verstorbene entthronte Kurfürst würde es als eine besonders grausame Ironie der Weltgeschichte und des Weltgerichtes empfunden haben, daß ein Sohn des von ihm am grimmigsten gehaßten Mannes in einem der kurfürstlichen Schlösser den Herrn spielen dürfe.

Der Aufenthalt Bismarcks in Varzin erlitt ein vorzeitiges Ende durch die später zu schildernde Streitfrage, die sich wegen des Besitzrechtes an den Karolineninseln zwischen Spanien und dem Deutschen Reiche erhob und zeitweilig einen gefährlichen Charakter annahm. Zur gütlichen Beilegung dieser Streitfrage eilte der Kanzler am 19. September auf einige Tage nach Berlin und hatte hier am 21. mit dem spanischen Gesandten Grafen Benomar eine längere erfolgreiche Besprechung, so daß er sich schon am 27. beruhigt, in Begleitung seines Schwiegersohnes, nach Friedrichsruh begeben konnte. Hier weilte dann, wie wir uns erinnern, in den Tagen vom 30. September bis 7. Oktober der russische Minister v. Giers zu Besuch, wie im Vorjahre. Auch der österreichische Botschafter in Berlin, Szechenyi, fand sich hier am 1. Oktober zu vertraulichen Besprechungen mit den beiden Kanzlern ein, ebenso am 2. der rumänische Ministerpräsident Bratianu. Am 13. Oktober erwiesen der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg dem Herrn von Friedrichsruh die Ehre ihres Besuches. Gegen

Ende des Monats erschienen auch die Botschafter Frankreichs und Italiens hier. Es waren die Wochen, da der bulgarisch-serbische Krieg unmittelbar bevorstand und dann die Mächte, welche den Berliner Vertrag unterzeichnet hatten, dem siegreichen Fürsten Alexander Halt geboten.

Am 25. November kehrte Fürst Bismarck nach Berlin zurück. Am 30. folgte jene kaiserliche Botschaft, welche (aus Anlaß der preußischen Polenausweisungen) die Rechte des Königs von Preußen und seiner Bundesgenossen wahrte. Daran schloß sich dann jene frivole Polen-Interpellation vom 1. Dezember (s. o. S. 160).

Sieben, im Jahre 1815 geborene Schwaben, die den gleichaltrigen Reichskanzler telegraphisch begrüßt hatten, bat er am 8. Dezember dankend: „den Austausch der Begrüßung zu wiederholen, wenn wir acht Achtziger sein werden.“ Die Überlebenden der wackeren sieben Schwaben thaten es am 1. April 1895!

Das Weihnachtsfest konnte Bismarck, da auch Graf Wilhelm und Gemahlin am 20. Dezember 1885 in Berlin eingetroffen waren, im Kreise seiner ganzen Familie feiern.

Am 3. Januar 1886 beteiligte sich der Reichskanzler freudig an der Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums seines Kaisers. Viel stiller natürlich als bei der großen Nationalfeier des Vorjahres verlief Bismarcks 71. Geburtstag. Doch erschienen der Kaiser, der Kronprinz, die Prinzen Wilhelm und Georg persönlich zur Beglückwünschung. Prinz Wilhelm ließ als Geschenk seine lebensgroße Büste in der Uniform eines Obersten der Gardehusaren überreichen. Die Kapellen zweier Garderegimenter brachten ein Ständchen, und der Verein ehemaliger Jäger und Schützen zu Greifswald ernannte den ehemaligen Kameraden Fürsten Bismarck zum Ehrenmitgliede.

Am 10. Mai wurde dem Fürsten die erste Enkelin, Hertha, Tochter des Grafen Wilhelm Bismarck, in Hanau geboren. Am 20. begab sich der Kanzler, nach Annahme des kirchlichen Friedensgesetzes im Abgeordnetenhause, nach Friedrichsruh. Wenige Tage später traf die Nachricht vom Tode Leopold v. Rankes hier ein.

Bismarck gab am 27. Mai in einem Schreiben an den ältesten Sohn des Verblichenen, den Pfarrer v. Rancke, der aufrichtigen Teilnahme Ausdruck an dem Verluste, den die Familie wie das Vaterland bei diesem Tod erlitten. „Ich bin mit Ihrem Herrn Vater aufs innigste verbunden gewesen," schrieb er, „durch die Übereinstimmung der politischen Gesinnungen und durch mehr als vierzigjährige, von stets gleichem Wohlwollen für mich und gleicher Liebenswürdigkeit des Verewigten getragene, persönliche Beziehungen. Ich empfinde daher besonders schmerzlich die Lücke, welche sein Ausscheiden nicht nur in meinem politischen, sondern auch in meinem engeren persönlichen Gesichtskreise hinterläßt." Zwei Tage später, am 29. Mai, traf den Fürsten in seiner Eigenschaft als Gutsherrn von Varzin ein empfindlicher Schlag: die Varziner Papierfabrik, eine der wenigen dortigen Anlagen, die schon gegenwärtig die großen Kapitalanlagen lohnten, ward ein Raub der Flammen. Ende Mai traf die von der Pflege ihrer Schwiegertochter und Nichte aus Hanau zurückgekehrte Fürstin, in Begleitung ihres Sohnes Herbert, wieder bei ihrem Gemahl in Friedrichsruh ein. Die Schüler des Ratzeburger Gymnasiums, die ihren großen Reichskanzler schauen wollten, machten am 2. Juni einen Ausflug in den Sachsenwald, und Bismarck bewegte sich fröhlich und menschlich herzgewinnend unter den Schülern.

Auch dieses Jahr sollte die so wohlthätige Kissinger Kur gebraucht werden. Bismarck nahm am 15. Juni noch kurzen Aufenthalt in Berlin; bis zu seiner Weiterreise hatte er täglich Vortrag beim Kaiser. Am 20. empfing er den Besuch des japanischen Kronprinzen in Begleitung des japanischen Gesandten. Am 23. begab er sich infolge des Brandunglückes in seiner Papiermühle auf einige Tage nach Varzin, verweilte am 29. Juni zur Besichtigung der Güter auch in Schönhausen und reiste dann am 3. Juli mit Gemahlin weiter nach Kissingen. Hier erfreute ihn am 12. die Nachricht, daß in Lippehne, dem Schauplatze seiner hochherzigen, glücklichen Rettungsthat, ein Bismarckdenkmal enthüllt worden sei und der Magistrat von Lippehne ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen habe. Von Kissingen begab sich Fürst Bismarck am 31. Juli mit Gemahlin noch

nach Gastein, wo Kaiser Wilhelm eben zur gewohnten Kur weilte. Auf der Reise dahin machte er in München einen kurzen Aufenthalt und stattete dem Prinzregenten Luitpold — der geistesumnachtete König Ludwig II. hatte am 13. Juni sein Leben in den Wellen des Starnberger Sees beschlossen, — ferner den Prinzen und Ministern Besuche ab. Vom Prinzregenten wurde Fürst Bismarck zum Diner geladen. Am 2. August erreichte er Gastein. Kaiser Wilhelm erwiderte am 3. den Besuch seines Reichskanzlers bei diesem und dessen Gemahlin im Schwaigerhause. Da in Gastein der Kaiser Franz Joseph und Kalnoky erwartet wurden, so ließ Bismarck am 6. seinen Sohn, den Staatssekretär Grafen Herbert, ebenfalls dahin kommen. Wir erinnern uns, daß damals die bulgarische Frage durch die im August 1886 erfolgte Entthronung des Fürsten Alexander eine Zeitlang den Frieden zu bedrohen schien. Am 8. traf der österreichische Herrscher, am 9. dessen Minister in dem Gebirgsbade ein, und nun wechselten ernste Konferenzen über die politische Lage mit freundlichem Meinungsaustausch und zwanglosem geselligem Verkehr. Am 13. ehrten die Kaiserin von Österreich und die Erzherzogin Valerie den Fürsten und die Fürstin Bismarck durch ihren Besuch. Die Anwesenheit des österreichischen Kaiserpaares in Gastein dauerte bis zum 21. August, und noch am 20. hatte der Kaiser Franz Joseph eine zweistündige Unterredung mit Bismarck. Dieser verließ Gastein erst am 24. In Salzburg übernachtete er auf der Rückreise und besuchte dort den alten Frankfurter Kollegen Statthalter Grafen Thun. Dann ging die Reise über München und Regensburg weiter nach Franzensbad, wo Bismarck am 27. und 28. August in mehreren vertraulichen Unterredungen mit dem russischen Minister v. Giers diesen versichern konnte, daß Deutschland und Österreich-Ungarn die bulgarische Verwickelung keinesfalls für wichtig genug ansähen, um den europäischen Frieden durch dieselbe stören zu lassen.

Am 28. August kehrte Bismarck nach Berlin zurück und empfing hier noch am nämlichen Tage den Besuch des Kronprinzen, der dem ritterlichen Bulgarenfürsten besonders wohlwollte. Am 29. und 30. hielt der Kanzler dem Kaiser Wilhelm — der Gastein

schon am 10. verlassen hatte — in Babelsberg Vortrag über die politische Lage. Auch erschien der Kronprinz nochmals zum Besuch beim Fürsten. Das Ergebnis dieser Besprechungen war dann die uns bekannte Verfügung des Kanzlers vom 1. September an den deutschen Vertreter v. Saldern in Sofia, Hinrichtungen an den gefangenen Teilnehmern der bulgarischen Palastverschwörung vom 21. August zu verhindern. Am 3. September erschien auch Minister v. Giers bei Bismarck in Berlin. Die Besprechung mit dem russischen Kollegen setzte der deutsche Kanzler am folgenden Tage im Hotel Kontinental fort. Nachmittags verweilte Prinz Wilhelm zu längerem Besuche beim Fürsten. Am 6. September ward dieser infolge einer Muskelzerrung oder Muskelzerreißung ans Zimmer gefesselt. Bis zum 14. hatte sich dieses Leiden indes so weit gehoben, daß der Kanzler nach Varzin reisen konnte. Um ihn geschäftlich thunlichst zu entlasten, wurde am nämlichen Tage sein Sohn Graf Herbert zum Stellvertreter des Vaters im Ministerium des Auswärtigen ernannt.

In Varzin empfing der Kanzler zunächst den ihm befreundeten deutschen Botschafter in Rom, Herrn v. Keudell, zu mehrtägigem Besuch. Von hier aus ließ er auch am 24. September durch den Minister v. Bötticher die von der „Germania“ (in der Nummer vom 21.) erfundene Behauptung widerlegen, daß die Entmündigung des Königs Ludwig von Bayern schon früher erfolgt sein würde, wenn nicht der Reichskanzler diesem Plane entschieden widersprochen hätte, und daß dieser erst eingewilligt habe, nachdem Garantien geboten worden seien, daß eine Änderung in der Haltung der bayrischen Regierung nach der Entmündigung des Königs nicht erfolgen würde. Durch diese böswillige Erfindung sollte natürlich der Reichskanzler der unbefugten und kränkenden Einmischung in die allerhöchsten persönlichen und Regierungsangelegenheiten der einzelnen landesherrlichen Familien verdächtigt werden. Am 10. November kehrte Bismarck nach Berlin zurück und verkehrte hier einige Tage lang lebhaft mit dem Kaiser, dem Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm, hielt auch eine Sitzung des Staatsmini-

steriums ab. Doch schon am 15. begab er sich nach Friedrichsruh, wo er bis zu Ende des Jahres verblieb.

Anfangs Dezember erschien hier der Bildhauer Prof. Donndorf, um Studien für eine Bismarckstatue zu machen. Auf das Ersuchen der Kgl. Hof- und Staatsbibliothek in München um ein Autograph des Fürsten Bismarck schrieb dieser Mitte Dezember 1886 folgende Zeilen: „Mit Vergnügen erfülle ich Ihren Wunsch und freue mich, daß mir derselbe Gelegenheit gibt, nochmals der Dankbarkeit Ausdruck zu geben, welche Deutschland in Erinnerung an die Wiederherstellung seiner Einheit und Sicherheit Ihrem hochherzigen König und der bayrischen Tapferkeit durch alle Zeiten bewahren wird.“

Als eine wahrhaft königliche Erwiderung auf dieses von den Zeitungen am 21. Dezember veröffentlichte Schreiben darf in gewissem Sinne bezeichnet werden die Anfangs Januar 1887 von der Königin-Mutter von Bayern ausgehende Verleihung der Insignien einer Ehrendame des Theresienordens an die Fürstin Bismarck. Am 8. Januar des neuen Jahres kehrte der Kanzler nach Berlin zurück, um hier mit der ganzen Wucht seiner Beredsamkeit und der ganzen Wärme seiner nationalen Empfindung, angesichts der bedrohlich kriegerischen Politik Boulangers und dessen Anhang, im Reichstag für das Septennat einzutreten — freilich vergeblich, wie wir wissen. Als dann, nach der Auflösung dieses undeutschen Reichstags, der große Gewittersturm der nationalen Entrüstung und Erhebung durch das Land brauste, der den Kartellreichstagswahlen vom 21. Februar 1887 voranging, und als Tausende von deutschen Patrioten im ganzen Deutschen Reiche sich anschickten, dem ehrwürdigen Kaiser zu seinem 90. Geburtstagstagsfeste am 22. März ihre persönlichen Huldigungen in Berlin darzubringen, veranlaßte die Sorge um den Kaiser den Reichskanzler, in einer Bekanntmachung vom 6. Februar die Bitte auszusprechen, daß die zu Ehren des kaiserlichen Geburtstages in Aussicht genommenen direkten Kundgebungen der nötigen Schonung der Kräfte des Kaisers Rechnung tragen möchten. Für die aus Anlaß der höchst befriedigenden Er-

gebnisse der Reichstagswahlen vom 21. Februar ihm zu teil gewordenen „Kundgebungen wohlwollender und patriotischer Gesinnung" veröffentlichte Fürst Bismarck am 28. Februar öffentlichen Dank. Als am Vorabend des 90. Geburtstags des Kaisers, am 21. März, die Fackelträger an seinem Palais vorüberkamen, brachten sie ihm eine große Ovation dar. Am Geburtstag selbst wurde der Reichskanzler, ebenso wie Moltke, als sie zur Beglückwünschung beim Kaiser erschienen, von dem greisen Monarchen in besonderer Audienz empfangen.

Der 1. April brachte des Fürsten 72. Geburtstag, dessen Feier ein durch die vereinigten Kapellen von vier Garderegimentern dargebrachtes Morgenständchen einleitete. Die Prinzen Wilhelm, Heinrich, Alexander und Georg, der Großherzog von Hessen und der Statthalter der Reichslande Fürst Hohenlohe, sprachen dem Kanzler persönlich ihre Glückwünsche aus. Nachmittags begab sich der Jubilar zum Kaiser zur persönlichen Entgegennahme der Glückwünsche des allerhöchsten Herrn. Derselbe war in schwerer Sorge über das rätselhafte Halsleiden seines Sohnes, des Kronprinzen, das diesen fast der Stimme beraubte.

Auf wenige Tage, vom 12. bis 17. April, begab sich der Kanzler nach Friedrichsruh. In Berlin nahm ihn dann das letzte kirchliche Friedensgesetz und die friedliche Beilegung des Schnäbele-Falles vorwiegend in Anspruch. Die hochherzige Freilassung des französischen Spions, zur Beseitigung des letzten Kriegsvorwandes, hat Bismarck aus eigenster Entschließung beim Kaiser befürwortet und durchgesetzt. Da der unglückliche Kronprinz am 15. Mai aus Ems, wo er seit dem 13. April Heilung gesucht, wesentlich leidender zurückkehrte, als er zu Beginn der Emser Kur gewesen, nahm Bismarck besorgte Rücksprache mit dem Kaiser, mit dem Kronprinzen selbst und mit dem Prinzen Wilhelm, namentlich am 10. Juni vor der Abreise des Kronprinzen nach England. An diesem Tage hatte der Reichskanzler auch eine ernstliche Unterredung mit dem englischen Heilmann Dr. Mackenzie über die Natur des Halsleidens des Kronprinzen, das der Engländer mit heiterer Stirn

für gutartig ausgab — obwohl er später selbst gestand, daß er von Anfang an Krebs erkannt habe.

Aus diesen Tagen stammt folgender Glückwunsch Bismarcks an den ihm befreundeten Generalkonsul v. Lade in Geisenheim zu dessen 70. Geburtstag: „Ich beneide Sie um Ihre Lieblingsbeschäftigungen am Abend Ihres Lebens. Die Pflanzenwelt ist für die ihr gewidmete Pflege empfänglicher und dankbarer als die Politik. Es war das Ideal meiner Jugend, mich als Greis im Garten mit dem Okuliermesser sorgenfrei vorzustellen." Vom 16. Juni an konnte der Kanzler — da der Reichstag am 18. geschlossen wurde, fast einen Monat lang, bis 11. Juli — in Friedrichsruh weilen. Daran schloß sich vom 14. Juli bis 11. August ein Erholungsaufenthalt in Varzin, wohin Graf Rantzau den Fürsten begleitete. Von hier aus sprach er am 15. Juli dem Herrn Fr. A. Krupp in Essen telegraphisch sein herzliches Beileid aus beim Dahinscheiden des Vaters, des Geh. Kommerzienrates Krupp, der sich vom einfachen Arbeiter zum Schöpfer und Besitzer der bedeutendsten Geschützgießerei der Welt emporgeschwungen hatte. Am 19. Juli erschien das Offizierkorps des 5. Husarenregiments aus Stolp in Varzin beim Fürsten zum Frühstück. Aus diesen Tagen stammt auch sein reizender Eintrag in das Album einer englischen Miß, die den Kanzler in einem begeisterten Schreiben um ein Autograph gebeten hatte: „Hüten Sie sich stets, mein Kind, Luftschlösser zu bauen, denn das sind jene Gebäude, die am leichtesten errichtet und am schwersten demoliert werden." In der Zeit vom 6. bis 8. August weilte der dem Fürsten befreundete Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Kurt v. Schlözer, in Varzin. Am 11. verließ der Kanzler dann den stillen pommerschen Ruhesitz, um sich zu der nun schon seit mehr als zehn Jahren erprobten Kur nach Kissingen zu begeben, wo er am 13. anlangte, nachdem er tags zuvor dem Kaiser auf Schloß Babelsberg Vortrag gehalten und mit dem russischen Botschafter Grafen Schuwaloff über die Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand von Coburg in Bulgarien eine freundschaftliche Unterredung gepflogen hatte. Die Kissinger Kurzeit, die durch den Besuch des Grafen

und der Gräfin Wilhelm von Bismarck aus Hanau verschönert wurde, zu denen sich am 30. August, von ihrer Kur in Bad Homburg kommend, auch die Fürstin gesellte, führte abermals die erwünschten günstigen Erfolge für Bismarcks Gesundheit herbei.

Am 9. September kehrte der Fürst mit Gemahlin nach Berlin zurück und begab sich am folgenden Tage zu einer längeren Konferenz mit dem Kaiser nach Schloß Babelsberg. Am 13. reiste er weiter nach Friedrichsruh. Zunächst erfreute ihn die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Emden. Am 15. traf dann in Friedrichsruh der Staatssekretär Graf Herbert mit dem österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Kalnoky ein. In der wohlthuenden Stille des Sachsenwaldes beging der Fürst, fern von dem Lärm der Welt, am 23. September das seltene Fest des 25jährigen Ministerjubiläums im Kreise der Familie. Der Kaiser schenkte ihm eine kostbare Vase mit seinem Bildnis. Prinz und Prinzessin Wilhelm und Prinz Heinrich erschienen persönlich zur Beglückwünschung in Friedrichsruh. Das 2. hanseatische Infanterie-Regiment Nr. 76 stellte die Festmusik. Im fernen Bad Teinach im nördlichen Schwarzwalde wurde an diesem Tage ein Denkstein zu Ehren des Fürsten errichtet. Unter den zahlreichen Danksagungen, die Bismarck auf die ihm zu dieser Feier aus der ganzen Welt zuströmenden Glückwünsche ergehen ließ, ist besonders bemerkenswert sein Dank an den italienischen Ministerpräsidenten Crispi. Diesem schrieb er: „Das Geschick und die Mission unserer Länder in Europa, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gestalteten, haben eine ergreifende Ähnlichkeit. Ich schätze mich glücklich, daß Sie so überaus freundliche Worte an mich gerichtet haben, Sie, der Sie so würdig sind, an der Spitze der Geschäfte in Ihrem Vaterlande zu stehen. Ich ziehe daraus die besten Auspizien für die beständige Freundschaft zwischen Italien und Deutschland und der beiden ruhmreichen Dynastien, welche deren Geschicke regieren.“ Zugleich lud der Kanzler den italienischen Kollegen zum Besuch in Friedrichsruh ein. Crispi folgte dieser Einladung auf dem Fuße. Am 1. Oktober schon holte Graf Herbert den werten Gast auf der Station Büchen

ab und führte ihn nach Friedrichsruh. Am folgenden Tage fand sich auch der italienische Gesandte in Berlin, de Launay, daselbst ein. Wie begeistert Crispi von diesem Besuche nach der Heimat zurückkehrte, hat er uns schon früher (Bd. V S. 298) ausgesprochen. Kalnokys und Crispis Besuche in Friedrichsruh innerhalb eines Monats bewiesen aller Welt, daß der Dreibund aufrecht stehe, und trugen zu dem Wiedererstarken der Friedenszuversicht nicht wenig bei.

Anfangs November erkrankte Bismarck an rheumatischen Muskelschmerzen, die ihn längere Zeit quälten, so daß er nur „auf Befehl des Kaisers" am 15. November zur Begrüßung des russischen Kaisers nach Berlin eilte, um hier dem Zaren jene wichtigen Enthüllungen über die orleanistischen Verleumdungen und Fälschungen zu geben, von denen früher (o. S. 192) die Rede war. Doch kehrte er schon am 22. nach Friedrichsruh zurück. Hier erkrankte er in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember an Darmkolik, so daß Professor Schweninger zu seiner Pflege herbeieilte. Glücklicherweise konnte der Kanzler, auf die besorgte Anfrage der Redaktion der offiziösen „Politischen Korrespondenz" in Berlin nach seinem Befinden, nach wenigen Tagen zurücktelegraphieren: „Dank für freundliche Teilnahme, Anfall vollständig vorüber; nur noch ruhebedürftig." Am 15. vermochte er bereits den Besuch des deutschen Botschafters in Petersburg, Generals v. Schweinitz, zu empfangen. Am 23. bis zum Jahresende erschien bei den Eltern in Friedrichsruh auch Graf Herbert, dem des Kaisers Gnade zu Weihnachten den Titel eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Prädikat „Excellenz" verlieh. Auch Professor Lenbach verlebte das Weihnachtsfest in dem gastlichen Herrenhause von Friedrichsruh. Das Jahr schloß, wie bereits früher berichtet wurde, mit der Veröffentlichung des Wortlautes der orleanistischen Fälschungen im Reichsanzeiger. Niemand ahnte, als das Jahr 1887 zur Rüste ging, wie schwer das neue Jahr 1888 den Kanzler und das ganze deutsche Volk heimsuchen werde!

In den ersten Tagen des neuen Jahres erschien der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf zur Erörterung der neuen Militär-

anleihevorlage an den Reichstag (s. o. S. 216) in Friedrichsruh. Am 24. Januar machte daselbst der Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp, seine Aufwartung, um dem Fürsten Bismarck im Auftrag des Papstes die zur Erinnerung an das 50jährige Priesterjubiläum Leos XIII. geprägte Medaille zu überbringen. Am 28. kehrte der Kanzler mit Gemahlin nach Berlin zurück, um an den Beratungen des Reichstags teilzunehmen. Noch am Tage seiner Rückkehr hatte er eine längere Besprechung mit dem Kaiser, die sich am 2. Februar wiederholte. Im unmittelbaren Anschluß daran erfolgte am 3. Februar die gleichzeitige Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrags in Berlin, Wien und Pest, und dann hielt Bismarck am 6. Februar im Reichstag die berühmteste seiner Reden (s. o. S. 216). Nach dieser großen Rede verweilte der Kanzler in längerer Audienz beim Kaiser und der Kaiserin.

Als eine besonders günstige Wirkung dieser Rede durfte der Besuch des russischen Botschafters Grafen Schuwaloff gelten, den dieser am 13. dem Fürsten Bismarck abstattete. Unmittelbar nachher hielt der Kanzler dem Kaiser Vortrag, und auch gegen die Gäste, die er an diesem Tage zum parlamentarischen Diner bei sich sah, sprach er sich mit solcher Befriedigung über diesen Besuch aus, daß letztere den Eindruck erhielten, Graf Schuwaloff sei der Träger friedensgünstiger Nachrichten aus Petersburg gewesen. Dabei gedachte der Reichskanzler freilich auch der Verdrehungen, welche viele Äußerungen in seiner großen Rede vom 6. Februar in der russischen Presse gefunden hätten, und beleuchtete das Verhältnis der russischen Regierung zur dortigen Presse. Eine einheitliche Gesamtregierung trete dabei gar nicht hervor, sondern fast jeder höhere Minister oder Staatsbeamte beeinflusse ein Blatt, und es falle selbst dem Zaren schwer, den einheitlichen Gang der Staatsmaschine aufrecht zu erhalten. Im höchsten Grade deutschfeindlich sei die ganze kleine russische Presse, wie sie der Droschkenkutscher auf dem Bock lese. Thatsächlichen Einfluß übe die russische Regierung nur auf zwei oder drei Zeitungen, die übrigen maßgebenden Blätter folgten nur dem Winke von „Protektoren“, und die letzteren seien — wie

Fürst Bismarck später dem Verfasser wiederholt erläuterte — meist polnischer und gar englischer oder französischer Nationalität. Wiederholt dankte der Wirt bei jenem parlamentarischen Diner seinen Gästen für die einstimmige Annahme der Wehrvorlage und des Anleihegesetzes. Der Erfolg dieses einen Tages sei so viel wert, wie die Arbeiten einer ganzen Session.

Häufig und eingehend waren in den nächsten Tagen und Wochen die Vorträge des Kanzlers bei dem Kaiser, die Besprechungen mit dem Prinzen Wilhelm. Am 26. Februar war der Prinz zum Frühstück beim Fürsten. Am 29. dankte Bismarck dem ehrwürdigen Führer der sächsischen Nationalliberalen, Professor Dr. Karl Biedermann in Leipzig, für dessen 50jähriges Wirken im Dienste der nationalen Sache: „Gestatten Sie mir, Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen für die Treue Ihres, durch keinen Wechsel der politischen Lage beirrten Festhaltens an dem nationalen Gedanken und für die Thätigkeit, welche Sie für die Verwirklichung dieses Gedankens auch in Zeiten entfaltet haben, wo eine Aussicht auf Erfolg noch nicht vorlag." Auch an der Ehrengabe, welche die engeren politischen Freunde Biedermanns zu dessen 75. Geburtstage, am 25. September 1887, diesem überreichten, hatte sich Fürst Bismarck mit einem bedeutenden Beitrag beteiligt.

In Kaiser Wilhelms Heldenleben war die patriotische Haltung des gesamten Reichstags bei der debattelosen Annahme der Wehrvorlage und -Anleihe der letzte große Freudentag gewesen. Am 1. März hatte ihn Bismarck beim Vortrag noch in voller Gesundheit getroffen. Am 3. aber erkrankte der Kaiser an einer anfangs leichten Erkältung. Am folgenden Tage stellte sich ein heftiger Anfall seines alten Nierenleidens ein. Doch hielten der Kanzler und alle Welt das teure Leben des Kronprinzen zur Zeit für viel ernstlicher bedroht als das des fast 91jährigen Kaisers. In rührender Teilnahme für das schwere Leiden des deutschen Kaisersohnes kam die Freundschaft des italienischen Volkes in der italienischen Kammer zum Ausdruck, während der Kronprinz auf italienischem Boden in San Remo Heilung suchte und hoffte. Bismarck dankte am 6. März

zunächst telegraphisch dem Ministerpräsidenten Crispi für die herzliche Kundgebung der italienischen Kammer. Zugleich aber erließ er an den deutschen Botschafter in Rom, Grafen Solms, die schriftliche Weisung: „mündlich dem Ministerpräsidenten Crispi den Ausdruck der Dankbarkeit zu wiederholen, welche Se. Majestät der Kaiser und ganz Deutschland für das großartige Zeugnis der internationalen Sympathie und der gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnung der beiden Völker empfinden.“

Am 7. März nahm das Leiden des Kaisers eine ernste Wendung. Der Bericht der Leibärzte meldete, daß die Eßlust sich vermindert habe, Abnahme der Kräfte eingetreten sei. Bei Empfang dieser Meldung begab sich Fürst Bismarck sofort vormittags halb zwölf Uhr in das Palais des teuren Herrn und verweilte daselbst bis nachmittags 3 Uhr. Während dieser Audienz genehmigte der Kaiser die Veröffentlichung eines schon am 17. November 1887 aufgesetzten Erlasses, welcher dem Prinzen Wilhelm die Stellvertretung des Kaisers übertrug, und ermächtigte den Kanzler zur Schließung des Reichstags nach Beendigung der Geschäfte desselben. Mit immer noch sicheren Zügen unterschrieb er diese Ordre — es sollte seine letzte Unterschrift sein! Daheim empfing Bismarck, in der tiefen Trübsal seines Herzens um seines Kaisers willen eine Freudenbotschaft: in Hanau war ihm soeben die zweite Enkeltochter, Irene, geboren worden. Doch auch das Befinden des Kaisers gab noch Hoffnung. Denn wiederholt empfing der Leidende an diesem Tage seinen eben aus San Remo zurückgekehrten Enkel, den Prinzen Wilhelm, und sprach mit diesem nicht nur über das Befinden des Kronprinzen, sondern auch über politische und militärische Angelegenheiten. Die Nacht vom 7. zum 8. März aber war sehr unruhig. Die Kräfte des hohen Leidenden nahmen noch mehr ab. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden, die schon zuvor telegraphisch nach Berlin berufen worden waren, kamen in dieser Nacht in Berlin an. Der Kaiser begrüßte sie freudig am Morgen des 8. März und gedachte mit inniger Rührung seines kurz zuvor plötzlich an Lungenentzündung verstorbenen Enkels, des Prinzen Ludwig von Baden, auch des

Kronprinzen und „seines eigenen Kranken- und fast Sterbebettes". Nach Mittag äußerte er den Wunsch, den Reichskanzler zu sehen. Sofort eilte Bismarck herbei und hatte nun nachmittags 2 Uhr zehn Minuten lang die letzte Unterredung mit seinem teuren Herrn. Noch einmal erörterte der Kaiser mit seinem Kanzler klar und fest die politische Lage und richtete Worte des Dankes und der Anerkennung an den unvergleichlichen Ratgeber seiner ganzen ruhmreichen Regierungszeit. Das Staatsministerium trat nun unter Bismarcks Vorsitz nachmittags 3 Uhr zu mehrstündiger Sitzung zusammen, um über die Lage des trauernden Vaterlandes zu beraten.

Inzwischen hatte sich der Zustand des Kaisers fortdauernd verschlimmert. Als Bismarck mit dem Kriegsminister nach 5 Uhr an das kaiserliche Lager zurückkehrte, fand er um dieses die kaiserliche Familie, den engeren Hof, Moltke, den Hausminister, die Leibärzte, den Oberhofprediger Kögel u. s. w. versammelt. Gegen ½6 Uhr trat ein Augenblick großer Schwäche ein, die das Äußerste befürchten ließ. Aber noch einmal erholte sich der Kaiser etwas. Mit meist deutlich vernehmbarer Stimme und klarem Verstande sprach er zu dem Prinzen Wilhelm über politische und militärische Dinge. Da bat die Großherzogin von Baden den Vater: er möge sich doch nicht zu sehr anstrengen. Er aber antwortete: „Ich habe jetzt keine Zeit, müde zu sein." Das war der letzte zusammenhängende Satz, der über seine Lippen kam, ein Ausspruch von sinnbildlicher Bedeutung für die unermüdliche Pflichterfüllung dieses Heldenkaisers in aller Zeit seines Lebens! Sanft und ohne Todeskampf entschlief Kaiser Wilhelm am 9. März morgens halb neun Uhr. Bei dieser Todeskunde war das ganze deutsche Volk eine einzige andächtige und erschütterte Trauergemeinde. Gegen halb ein Uhr Mittags begann der Reichstag an diesem Tage seine Sitzung. Gleich nach der Eröffnung derselben erbat der Reichskanzler das Wort und als er in tiefer Bewegung zu reden begann, erhob sich das ganze Haus von den Sitzen. Thränen standen in den Augen dieses ehernen Antlitzes und die Stimme des starken Mannes zitterte, als er dem Reichstag die amtliche Mitteilung

machte von dem Heimgang des großen Kaisers und vom Übergang der deutschen Kaiserwürde auf König Friedrich III. von Preußen, der „morgen von San Remo abreisen und in der gegebenen Zeit in Berlin eintreffen" werde. Dann fuhr Bismarck in innerster Bewegung und Erschütterung fort: „Ich hatte von dem hochseligen Herrn in Seinen letzten Tagen, in Bethätigung der Arbeitskraft, die Ihn nur mit dem Leben verlassen hat, noch die Unterschrift erhalten, welche vor mir liegt, und welche mich ermächtigt, den Reichstag in der üblichen Zeit nach der Abmachung seiner Geschäfte, d. h. also etwa heute oder morgen zu schließen. Ich hatte die Bitte an Se. Majestät gerichtet, nur den Anfangsbuchstaben des Namens noch zu unterzeichnen, Se. Majestät aber haben mir darauf erwidert, daß Sie glaubten, den vollen Namen noch unterschreiben zu können. Infolgedessen liegt dieses historische Aktenstück der letzten Unterschrift Sr. Majestät vor mir. Unter den obwaltenden Umständen nehme ich an, daß es den Wünschen der Mitglieder des Reichstags ebenso wie denen der verbündeten Regierungen entsprechen wird, daß der Reichstag noch nicht auseinander geht, sondern zusammenbleibt bis zum Eintreffen Sr. Majestät des Kaisers, und ich mache deshalb von dieser Allerhöchsten Ermächtigung weiter keinen Gebrauch, als daß ich dieselbe als historisches Dokument zu den Akten gebe.

„Es steht mir nicht zu, meine Herren, von dieser amtlichen Stelle aus den persönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinscheiden meines Herrn erfüllt, das Ausscheiden des ersten Deutschen Kaisers aus unserer Mitte. Es ist dafür auch kein Bedürfnis, denn die Gefühle, die mich bewegen, sie leben in dem Herzen eines jeden Deutschen; es hat deshalb keinen Zweck, sie auszusprechen. Aber das Eine glaube ich Ihnen doch nicht vorenthalten zu dürfen — nicht von meinen Empfindungen, sondern von meinen Erlebnissen —: daß inmitten der schweren Schickungen, welche der von uns geschiedene Herr in Seinem Hause noch erlebt hat, es zwei Thatsachen waren, welche Ihn mit Befriedigung und Trost erfüllten. Die eine war die, daß die Leiden

Seines einzigen Sohnes und Nachfolgers, unseres jetzigen regierenden Herrn, die ganze Welt — nicht nur Deutschland, sondern alle Weltteile, kann man sagen; ich habe noch heute ein Telegramm aus New-York in dieser Beziehung erhalten — mit einer Teilnahme erfüllt haben, die beweist, welches Vertrauen sich die Dynastie des deutschen Kaiserhauses bei allen Nationen erworben hat. Es ist dies ein Erbteil, kann ich wohl sagen, welches des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Das Vertrauen, das die Dynastie erworben hat, wird sich auf die Nation übertragen trotz allem, was dagegen versucht wird.

„Die zweite Thatsache, in der Se. Majestät einen Trost in manchen schweren Schickungen empfand, war die, daß der Kaiser auf die Entwickelung Seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Befestigung der Nationalität des Volkes, dem Er als deutscher Fürst angehört hatte, — daß der Kaiser auf die Entwickelung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend Seines Lebens verschönt und beleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Thatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller Abteilungen des Reichstags dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des Deutschen Reiches auf jede Gefahr hin, die uns bedrohen könnte, als Bedürfnis von den verbündeten Regierungen empfunden wurde. Diese Wahrnehmung hat Se. Majestät mit großem Troste erfüllt, und noch in der letzten Beziehung, die ich zu meinem dahingeschiedenen Herrn gehabt habe — es war gestern — hat Er darauf Bezug genommen, wie Ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation, wie er durch die Volksvertretung hier verkündet worden ist, gestärkt und erfreut hat. Ich glaube, meine Herren, es wird für Sie alle erwünscht sein, dieses Zeugnis, das ich aus eigener Wahrnehmung für die letzten Stimmungen unseres dahingeschiedenen Herrn ablegen kann, mit in Ihre Heimat zu nehmen, weil jeder Einzelne von Ihnen einen Anteil an dem Verdienste hat, welches dem zu Grunde liegt.

„Meine Herren, die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe."

Von Rührung überwältigt, hatte Bismarck während dieser ergreifenden Rede oft laut geschluchzt und während sekundenlanger Pausen war die thränenerstickte Stimme oft ganz erstorben, namentlich gegen den Schluß der Rede. Als er geendet, bedeckte er das Antlitz mit beiden Händen und beugte sich, von zuckendem Schmerz erschüttert, in seinen Sessel zurück. In tiefem, ernstem Schweigen nahmen die Abgeordneten wieder ihre Plätze. Eine lange, lautlose Pause folgte. Dann sprach der Präsident v. Wedel-Piesdorf bewegt: „Keines Menschen Mund kann dem Schmerze Ausdruck geben, der ganz Deutschland erfüllt," und schloß die Sitzung.

Mit so unsäglich tiefem Schmerze stand ganz Deutschland, ja die gesamte gesittete Welt an diesem Kaisertotenlager. Bismarck aber war am allertiefsten getroffen. Die große leuchtende Sonne seines Lebens war ihm niedergegangen für immer. Einmal, ein einziges Mal in aller Menschengeschichte, hatte Gott zum Heil unseres Volkes das Wunder zugelassen, daß Herr und Diener, ein König und sein Minister, beide von größter Selbständigkeit des Wesens und Wollens, beide erfüllt vom edelsten Ehrgeiz und eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Machtstellung und Rechte bedacht, ein Vierteljahrhundert lang durch die ungeheuersten Wandlungen der Geschicke ihres Volkes schritten, Hand in Hand, Schulter an Schulter, zwei Herzen mit einem Schlag, zwei Häupter mit einem Gedanken, zwei Wesen mit einem Willen, in Freud und Leid, in Kampf, Not und Sieg immer einig, untrennbar. Dieses

Wunders geheimnisvollster Reiz ruht aber in der Erscheinung, daß der zu immer höherem Ruhm, zu immer gewaltigerer Macht aufsteigende Herrscher seinen Willen und Entschluß in allen großen Entscheidungen seiner Regierungszeit nach den Ratschlägen und Vorstellungen seines Kanzlers einrichtet, und daß dieser Kanzler an seinem Teile sich trotzdem allezeit, in demütig-freudiger Hingebung, im vollsten Sinne des Wortes und Herzens, nur als den pflichtschuldigen Diener seines kaiserlichen und königlichen Herrn betrachtet. Dieses in seiner Einfachheit und Großartigkeit beispiellose Verhältnis konnte menschlich und natürlich zu dieser Vollkommenheit nur reifen — und trotz aller einflußreichen verleumderischen Intriguen unversehrt fortbestehen nur deshalb, — weil die beiden Helden in ihrem Wesen sich gegenseitig stärkend ergänzten, weil jeder von ihnen sich vollbewußt war, daß er an die Erreichung des gemeinsamen errungenen Zieles die beste Kraft seines Lebens gesetzt habe, und mit der eigenen Kraft allein es, ohne die Unterstützung des anderen Helden, nicht erreicht haben würde. In seinem letzten klaren Bewußtsein auf seinem Sterbebette stammelte daher Kaiser Wilhelm seinem Kanzler noch Worte des Dankes. Seine Nachfolger an der Kaiserkrone fanden ein fertiges Werk vor. Sie waren aus jüngerem Geschlecht erwachsen und mochten daher nach dem Gesetz der Natur, bei aller Dankbarkeit für Bismarck, neue Bahnen einschlagen mit jüngeren Ratgebern. Das sah der Kanzler an der Bahre Kaiser Wilhelms I. kommen: seine große leuchtende und wärmende Sonne war niedergegangen!

Zwölftes Buch.

Bismarck unter Kaiser Friedrich III. und Wilhelm II. Seine Entlassung. Der Altreichskanzler im Ruhestande.

(1888 bis 1895.)

Erstes Kapitel.

Bismarck unter Kaiser Friedrich III. (9. März bis 15. Juni 1888.)

Selten ist ein hochbegnadeter Herrscher einem tragischeren Geschick erlegen als Kaiser Friedrich III. Viele vor ihm sind gleichfalls in der Vollkraft der Jahre nach kurzer Regierung aus einem Leben voll großer Pläne und Reformen ihrem trauernden Volke entrissen worden. Das trauervollste an Kaiser Friedrichs III. Schicksal ist aber die nach dem amtlichen Bericht über den Verlauf seiner Krankheit*) schon heute feststehende Thatsache, daß sein Leben um Jahre, wahrscheinlich um viele Jahre verkürzt wurde durch die falsche Behandlung von seiten eines englischen Charlatans, dem der hohe Herr und seine ihn aufs innigste liebende Gemahlin ein völlig unverdientes Vertrauen schenkten. Dieser englische Arzt wußte die von den namhaftesten deutschen Ärzten einmütig für notwendig erkannte, auf den 21. Mai 1887 auch bereits angesetzte Operation zu hintertreiben, die das Leben des damaligen Kronprinzen höchst wahrscheinlich gerettet hätte. Derselbe Arzt verstand es dann, indem er die Mitwirkung kritisch beobachtender, unbefangener und pflichttreuer deutscher Ärzte listig beseitigte, das edle Opfer monatelang allein in seine Gewalt zu bekommen, bis keine menschliche Hilfe, auch nicht die geschickteste und kenntnisreichste, den Leidenden mehr

*) „Die Krankheit Kaiser Friedrich des Dritten," Berlin, 1888.

zu retten vermochte.*) Die radikale deutsche und englische Presse darf den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß sie während all der Monate, da der englische Heilkünstler sein Opfer dem Tode immer näher brachte und es endlich zur sicheren Beute des Todes werden ließ, sich in begeisterten Lobeserhebungen dieses „Retters" überbot und immer nur von „fortschreitender sicherer Heilung" zu reden wußte. Der leiseste Zweifel wurde von den vielsprachigen Preßmameluken Dr. Morell Mackenzies als ein Frevel gegen die unfehlbare Wissenschaft des englischen „Spezialisten" und als eine Art hochverräterischer Umtriebe gegen die künftigen Regierungsrechte des Kronprinzen gebrandmarkt, namentlich in der fortschrittlichen deutschen Presse.

Seit dem 11. November 1887, da auch Mackenzie der Kehlkopfkrebsdiagnose der deutschen Ärzte in San Remo beitrat und mit ihnen feststellen mußte, daß die einzige noch mögliche Rettung die gänzliche Ausschneidung des Kehlkopfes sei, wußte der Kronprinz, wie es um ihn stand. Aber mit derselben heiteren, heldenhaften Ruhe, mit welcher er diesen Todesspruch vernahm, lehnte er, nachdem seine Gemahlin sich mit größter Entschiedenheit gegen die Ausführung der letzten rettenden Operation ausgesprochen, dieselbe ab. Die schwindelhaften Versicherungen, die Mackenzie auch nach jener entscheidenden Novemberkonsultation aller Ärzte in San Remo von hier aus fortan in die Welt gehen ließ: „daß er immer mehr an dem Vorhandensein eines Krebses zweifle, die Wucherungen seien im Zerfall begriffen, und überall beginne wieder die Vernarbung u. s. w.", fanden nun wohl bei dem hohen Leidenden selbst keinen Glauben mehr, da dieser sein Übel täglich wachsen fühlte. Am 9. Februar 1888 schon konnte der Erstickungstod nur dadurch abgewendet werden, daß Dr. Barmann den tiefen Luftröhrenschnitt meisterhaft ausführte. Aber der Kronprinz wußte sehr wohl, daß auch diese Operation nur eine Fristung, keine Rettung seines Lebens

*) Die Einzelheiten dieses tragischen Verlaufes sind eingehend dargelegt bei Blum, das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks, S. 536/46.

bewirken könne. Doch nichts vermochte den Heldenmut des königlichen Dulders zu beugen.

Als nun am 9. März 1888, nach dem Heimgang des Kaisers Wilhelm, die deutsche Kaiserkrone auf dieses dem Tode geweihte Haupt sank, da war der edle Hohenzoller sofort entschlossen, die ganze letzte Kraft an die Erfüllung seiner Kaiser- und Königspflichten zu setzen, und deshalb sofort die Reise von San Remo nach Berlin anzutreten. Wir wissen, daß Bismarck diesen Entschluß des neuen kaiserlichen Herrn dem Reichstag schon am Mittag des 9. März, im Beginne seiner Trauerrede auf Kaiser Wilhelm I. mitteilen konnte. Die Verleumdung ist aber gegen den Reichskanzler niemals giftiger und üppiger ins Kraut geschossen, als während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs. Sie heftet sich schon an diesen ersten Entschluß des Kaisers, alsbald von San Remo nach Deutschland zurückzukehren, und scheut auch die Fälschung nicht, um der verleumderischen Absicht zu fröhnen. So hat ein französischer Schriftsteller*) es fertig gebracht, die freche, von ihm erfundene Lüge, Bismarck habe die Rückkehr Kaiser Friedrichs aus San Remo angeregt und betrieben, um durch diese in der ungünstigsten Zeit unternommene Reise den Tod des Kaisers zu beschleunigen, durch eine Anzahl von Depeschen zu belegen, die dieser Lügenmeister aus der blauen Luft gegriffen und schamlos gefälscht hat. So soll Bismarck unter dem Pseudonym Müsling von dem Grafen Radolinski (dem Bismarck den Pseudonym Loe beigelegt hätte) aus Porto-Maurizio bei San Remo am 8. März die Depesche erhalten haben: „Bergmann affirme que voyage tuera“ (Geheimrat Bergmann versichert, daß die Reise des Kaisers Friedrich diesen töten werde). Darauf habe Bismarck (als Müsling) am nämlichen Tage geantwortet: „Sera-ce comptant ou à terme?“ (Würde der Tod sogleich oder innerhalb einer Frist eintreten?). Der unter dem Namen Loe verborgene Graf Radolinski hätte darauf am 9. März telegraphisch erwidert: „Sans imprudence,

*) Bonnefon, Drame impérial, S. 145/46.

à terme, avec imprudence, subito" (Bei Vorsicht innerhalb einer Frist, bei Unvorsichtigkeit sofort, plötzlich). Und darauf hätte Bismarck-Müsling diesen Depeschenwechsel mit den Worten geschlossen: „Evitez imprudence!" (Vermeiden Sie Unvorsichtigkeit). Er hätte also immerhin die Kaiserreise betrieben mit dem Bewußtsein und Willen, daß dieselbe das Leben des Kaisers wesentlich abkürzen werde. Diese Fälschungen sind so plump, daß sie keiner Widerlegung bedürfen. Und auch der Zweck ihrer verbrecherischen Anfertigung ist durch den giftigen Bismarckhaß, von dem jede Zeile dieses französischen Lügenbuches strotzt, zur Genüge dargethan. Unzweifelhaft ist der Entschluß des Kaisers Friedrich, von San Remo in die Heimat zurückzukehren, aus dessen eigenstem Willen hervorgegangen, und auch nicht früher gefaßt worden, als nachdem sein kaiserlicher Vater die Augen geschlossen hatte. Denn selbst Prinz Wilhelm, der am 7. März soeben aus San Remo zurückgekehrt war, wußte seinem kaiserlichen Großvater noch nichts von diesem Entschlusse seines Vaters zu berichten.

Freilich mußten aber Bismarcks Todfeinde, wenn sie unter dem neuen Kaiser den Sturz des Verhaßten erzwingen wollten, gleich von Anfang an zur Verleumdung greifen. Denn schon die erste Regierungshandlung Friedrichs III. bereitete ihnen eine schmerzliche Enttäuschung, da das erste Telegramm des neuen Herrschers aus San Remo an Bismarck und an das Staatsministerium keineswegs die erhoffte Entlassung des Reichskanzlers befahl, sondern vielmehr diesem und seinen Ministerkollegen den warmen Dank des Kaisers aussprach „für die Hingebung und Treue, mit welcher Sie Alle Meinem geliebten Herrn Vater dienten. Ich rechne auf Ihrer Aller Beistand bei der schweren Aufgabe, die Mir wird".

In Begleitung seiner Gemahlin und seiner drei Töchter verließ Kaiser Friedrich San Remo am Frühmorgen des 10. März. Aus Rom waren der König von Italien und der Ministerpräsident Crispi herbeigeeilt, um auf dem Bahnhof von San Pier d'Arena bei Genua den Scheidenden zu begrüßen. Bis nach Leipzig fuhr Bismarck an der Spitze des gesamten Staatsministeriums und in

Begleitung seines Sohnes, des Staatssekretärs Grafen Herbert, dem Kaiser am 11. März entgegen. Abends halb acht Uhr lief hier auf dem Berliner Bahnhof der kaiserliche Sonderzug ein, den eine große Menschenmenge umlagerte. Als erster stieg Bismarck zur Begrüßung des neuen Herrn in den kaiserlichen Salonwagen, und durch die erleuchteten Fenster konnten Hunderte das ergreifende Schauspiel beobachten, wie der Kaiser hoch aufgerichtet dem Kanzler schnell entgegenschritt und ihn wiederholt umarmte und küßte. Im Salonwagen des Monarchen mußte Bismarck die Rückreise bis Westend mitmachen.

Am folgenden Tage hatte der Kanzler eine lange Beratung mit dem Kaiser, die sich hauptsächlich mit den für die Regierung Friedrichs III. maßgebenden Gesichtspunkten beschäftigte. Noch am nämlichen Tage richtete der Kaiser folgenden Erlaß an den Kanzler: „Mein lieber Fürst! Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfnis, Mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters zu wenden. Sie sind der treue und mutvolle Ratgeber gewesen, der den Zielen Seiner Politik die Form gegeben, und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat. Ihnen bin Ich und bleibt Mein Haus zu warmem Danke verpflichtet. Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung Meiner Regierung maßgebend sein sollen." Diese Grundsätze waren dem Fürsten Bismarck durchaus sympathisch und standen in bemerkenswertem Gegensatze zu den deutschfreisinnigen Erwartungen von dieser neuen Ära. Es war hier zunächst gesagt: „Die Verfassungs- und Rechtsordnungen des Reiches und Preußens müssen vor allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es sind daher die Erschütterungen zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlaßt. Die Förderung der Aufgaben der Reichsregierung muß die festen Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preußische Staat sicher geruht hat. Im Reiche sind die verfassungsmäßigen Rechte der verbündeten Regierungen ebenso gewissenhaft zu achten, wie die

des Reichstags; aber von beiden ist eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen" — eben dafür hatte Bismarck ja seit Jahren gegen Deutschfreisinn, Zentrum, Polen, Welfen, Sozialdemokraten u. s. w. unablässig gekämpft. „Dabei ist im Auge zu behalten, daß diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und daß neu hervortretenden unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maße Genüge geleistet werden muß." Das war abermals dem Kanzler vollkommen aus dem Herzen gesprochen, ja gleichsam ein Echo seiner Reden, in welchen er den Grundsatz salus publica suprema lex als den stetigen Leitstern seines Lebens bezeichnet, über die Verfinsterung des nationalen Gedankens durch das Parteitreiben geklagt und so häufig gegen eben diesen Parteiegoismus und -Partikularismus gekämpft hatte. Ja, so oft als der Kanzler „neu hervortretende unzweifelhafte nationale Bedürfnisse" erkannte und zu befriedigen suchte (auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem, kolonialem Gebiet u. s. w.), hatte er diese Bedürfnisse immer erst nur nach mühsamem Kampfe, oder infolge des Widerstandes seiner Gegner überhaupt nicht erreichen können. Selbstverständlich waren ihm auch die folgenden Sätze des kaiserlichen Erlasses aus der Seele geschrieben: „Die notwendige und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben (des nationalen Fortschreitens) sehe Ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes. . . Ich bin entschlossen, im Reiche und in Preußen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen von Reichs- und Landesverfassung zu führen. . . Dieselben müssen allseitig geachtet werden, um ihre Kraft und segensreiche Wirkung bethätigen zu können." Auch der vom Kaiser betonte Wille, „daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Unterthanen, welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche," war von Bismarck sogar in den lebhaftesten Debatten der Kulturkampfzeit bethätigt worden, und besonders freudig mußte den Kanzler das Gelöbnis des neuen Herrn berühren, auch die Sozialpolitik seines erhabenen Vaters fortzusetzen

und der Jugenderziehung die größte Sorgfalt zu widmen! Hatte doch der Kanzler die große Ehrenspende der deutschen Nation zu seinem 70. Geburtstage demselben idealen Ziele zugewandt, und entsprachen doch auch die weiteren kaiserlichen Worte den Anschauungen aufs innigste, zu denen Bismarck sein Leben lang sich bekannt hatte: „Muß einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, daß durch Halbbildung ernste Gefahren entstehen, daß Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirtschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe. Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Willenskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirtschaftlicher Bewegung durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung einzelner für die Gesamtheit erwachsen." Schließlich entsprach auch die Erklärung des Kaisers, daß er „die größeren und kleineren Verbänden im Staate verliehene Selbstverwaltung für ersprießlich halte" den von Bismarck, schon bei der Durchführung der preußischen Kreisordnung, gegen den harten Widerstand der Konservativen, bethätigten Grundsätzen, und mit dem Vorhaben „das Besteuerungsrecht dieser Verbände abzuschaffen" nahm der Kaiser, wie wir wissen, einen Lieblingswunsch des Kanzlers auf, dessen wir uns aus der Verhandlung über die Berliner Mietsteuer (s. o. S. 117) erinnern, und der bisher leider immer zu den „frommen Wünschen" Bismarcks gezählt hatte. Alle diese „Gesichtspunkte" des Kaisers waren so vollständig diejenigen des Kanzlers, daß der Monarch am Schlusse des Erlasses mit voller Zuversicht aussprechen durfte: „Zur Verwirklichung dieser Meiner Absichten rechne ich auf Ihre so oft bewiesene Hingabe und auf die Unterstützung Ihrer bewährten Erfahrung. Ihr wohlgeneigter Friedrich."

So ließ sich denn das Verhältnis zwischen dem neuen Herrscher und Bismarck aufs Beste an, in vollkommener Übereinstimmung der beide Männer leitenden Anschauungen. Dagegen war die deutsch-

freisinnige Legende, daß Kaiser Friedrich gleichsam nur als Geschäftsführer des Herrn Eugen Richter regieren werde, schon durch diesen ersten amtlichen Erlaß des Monarchen an den Reichskanzler gründlich abgefertigt. Denn nicht einen einzigen der politisch-nationalen Sätze des Kaiserprogramms hätte der Erbe der alten Fortschrittspartei unterschreiben können, da dieser Erbe, der Deutschfreisinn, jeden dieser Grundsätze allezeit aufs lebhafteste bekämpft hatte. Überhaupt würde keine andere Partei bei längerer Regierung des Kaisers Friedrich eine herbere Enttäuschung erlebt haben als der Deutschfreisinn, da dieser Herrscher, wie Fürst Bismarck später dem Verfasser und anderen sagte: „einer der stolzesten Hohenzollern seit Friedrich dem Großen“ war, von „olympischem“ Hoheitsgefühl durchdrungen, und sich daher die Ansprüche des Freisinns auf eine „wahrhaft konstitutionelle“, d. h. auf eine vom Freisinn bevormundete Regierung nimmermehr hätte gefallen lassen. Aufs klarste war das schon in dem Erlasse vom 12. März ausgesprochen.

Fast täglich hatte nun Bismarck längere Vorträge beim Kaiser. Am 16. März wohnte er der großartigen Welttrauerfeier bei, zu welcher sich die Beisetzung der Leiche Kaiser Wilhelms I. im Mausoleum zu Charlottenburg gestaltete. Am folgenden Tage empfing der Kanzler die Besuche dreier Könige, die zu dieser Trauerfeier herbeigeeilt waren: des Königs von Sachsen, von Belgien und Rumänien. Am 19. März verlas er im Landtag und Reichstag die Allerhöchste Botschaft, welche den Regierungsantritt des Königs und Kaisers verkündete. Vom Reichstag erbat er sich zugleich den Auftrag, „denjenigen fremden Regierungen, deren Volksvertretungen ihre Sympathie, ihr Beileid, ihre Teilnahme bei der Trauer, die uns betroffen hat, kundgegeben haben, den Dank des deutschen Reichstags zu übermitteln (Beifall).“ Nachdem er dann geschildert, wie „die Deutschen, unsere Landsleute aus allen fünf Weltteilen, aus den kleinsten Inseln und Ortschaften rührende Beweise der Teilnahme“ bekundet haben, fuhr er fort: „Etwas in der Geschichte schwerlich Dagewesenes ist die Teilnahme an dem Todesfalle eines Monarchen in dieser Ausdehnung. Es sind ja große Männer vor-

her gestorben, und wenn Napoleon I., wenn Peter der Große, wenn Ludwig XIV. aus diesem Leben schieden, so hat das gewiß in weiten Kreisen einen Wellenschlag gemacht; daß aber von den Antipoden und von den benachbarten Völkern Kränze und Palmen auf das Grab des verstorbenen Monarchen gebracht worden sind, das ist eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Thatsache: so hochgefürstet ist noch kein Monarch gewesen, daß alle Völker der Erde, ohne Ausnahme, ihm beim Hintritt ihre Sympathie, ihre Teilnahme, ihre Trauer am Sarge zu erkennen gegeben haben (Beifall)." Noch lebhafterer Beifall erhob sich, als Bismarck dann besonders auch „die würdigen und sympathischen Äußerungen beider dänischer Kammern an das deutsche Volk" dankend erwähnte; die Persönlichkeit des verewigten Kaisers habe „nach allen Seiten hin eine dergestalt heilende und versöhnende Wirkung geübt", daß sie auch „die trüben Erinnerungen" Dänemarks besänftigt habe. Am 20. März wurde der Reichstag durch den Minister v. Bötticher geschlossen.

Für Bismarcks freundliche Beziehungen zu den Nationalliberalen in jenen schweren Tagen war die Thatsache bezeichnend, daß er noch vor dem Schlusse des Reichstags, am 19. März, Rudolf v. Bennigsen zu längerer Unterredung empfing. Gleich nachher erschien der Kronprinz Wilhelm beim Fürsten zum Vortrag. Diese Beratung, die am 21. März beim Kaiser und Kronprinzen fortgesetzt wurde, betraf die begrenzte Beteiligung des Kronprinzen an den Regierungsgeschäften während der Krankheit des Kaisers. Durch Allerhöchsten Erlaß vom 21. wurde der Kronprinz dazu berufen.

Am 25. März feierte Bismarck sein 50jähriges militärisches Dienstjubiläum. Der Kronprinz Wilhelm erwies ihm die Ehre, zum Diner zu erscheinen. Die Kaiserin Augusta übersandte einen Bronzezweig auf Marmorplatte mit Billet: „Im Sinne unseres verklärten Kaisers zur Erinnerung an fünfzig erfolgreiche Jahre. Am 25. März 1888. Augusta." Alle anwesenden Prinzen erschienen zur Beglückwünschung, das Heer durch eine glänzende Abordnung,

die aus Moltke, dem Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, dem Chef des Militärkabinets v. Albedyll und dem Kommandeur der Gardejäger v. d. Horst bestand. Kaiser Friedrich aber sandte aus Charlottenburg folgendes Handschreiben vom nämlichen Tage: „Ich gedenke mit Ihnen, mein lieber Fürst, der heute abgelaufenen 50 Jahre, welche verstrichen sind, seitdem Sie in das Heer eintraten, und freue Mich aufrichtig, daß der Gardejäger von damals mit soviel Zufriedenheit auf dieses abgelaufene halbe Jahrhundert zurückblicken kann. Ich will Mich heute nicht in lange Auseinandersetzungen über die staatsmännischen Verdienste einlassen, welche Ihren Namen für immer mit unserer Geschichte verflochten haben. Aber das Eine muß ich hervorheben: daß, wo es galt, das Wohl des Heeres, seine Schlagfertigkeit zu vervollkommnen, Sie nimmer fehlten, um den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Somit dankt Ihnen das Heer für erlangte Segnungen, die es Ihnen niemals vergessen wird, und an der Spitze desselben der Kriegsherr, der erst vor wenigen Tagen berufen ist, diese Stellung nach dem Heimgang Dessen einzunehmen, der unausgesetzt das Wohl der Armee auf dem Herzen trug. Ihr wohlgeneigter Friedrich.“

Auch an der Feier des 73. Geburtstages Bismarcks, am 1. April 1888, beteiligte sich das Kaiserhaus in huldvollster Weise. Der Kaiser und die Kaiserin sandten als gemeinsames Geschenk ein Armband für die Fürstin, das in einem Medaillon das Bild des Herrscherpaares enthielt und den Namenszug desselben in Brillanten zeigte. Die Glückwünsche des Kaiserpaares hatte der Kanzler, als er am Morgen des 1. April in Charlottenburg zum Vortrag erschien, selbst in Empfang genommen. Um 10 Uhr spielte die Kapelle des 26. Infanterie-Regiments aus Magdeburg vor dem Palais Radziwill einen Choral und den Trauermarsch von Chopin. Um halb zwölf Uhr erschien der Kronprinz Wilhelm zur Beglückwünschung; nach ihm der Großherzog von Baden, das erbprinzlich meiningen'sche Paar, die Prinzen Georg und Alexander, namens des Kaiserpaares der Oberhofmeister Graf Seckendorff und der Flügeladjutant v. Brösigke. Die bedeutendste Huldigung aber, die dem

Fürsten an diesem Tage zu teil wurde, und die noch lange stürmisch nachhallte, ging von dem Kronprinzen Wilhelm aus. Denn bei dem Diner im Reichskanzlerpalais, an dem der Kronprinz teilnahm, erhob er sich zu folgendem Trinkspruch: „Eure Durchlaucht! Unter den vierzig Jahren, welche Sie soeben erwähnten, ist wohl keins so ernst und schwerwiegend gewesen, als das jetzige: der Kaiser Wilhelm ist heimgegangen, dem Sie 27 Jahre lang treu gedient! Mit Begeisterung jubelt das Volk unserem jetzigen hohen Herrn zu, der Mitbegründer der Größe des jetzigen Vaterlandes ist. Ew. Durchlaucht werden Ihm, wie wir Alle, mit derselben altdeutschen Mannestreue dienen, wie dem Dahingeschiedenen. Um mich eines militärischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an wie ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regimentskommandeur ist gefallen, der Nächste im Kommando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenkt. So halten Ew. Durchlaucht das Reichspanier empor. Möge es, das ist unser innigster Herzenswunsch, Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit unserem geliebten und verehrten Kaiser das Reichsbanner hochzuhalten. Gott segne und schütze denselben und Ew. Durchlaucht!“ Endlich wurde der Fürst, zur Feier dieses Tages, vom Kaiser à la suite des 2. Gardelandwehrregimentes gestellt.

Glückwunschschreiben trafen etwa 1200 ein, darunter solche von der Kaiserin Augusta, dem König von Italien, der Kronprinzessin von Schweden u. s. w., außerdem 700 Glückwunschtelegramme. Von einer Deputation der Landwehrbataillone Burg und Stendal wurde ein silberner Ehrenschild überreicht, von einer Abordnung des Magdeburgischen Kürassierregiments ein silberner Henkelkrug. Am 3. April dankte Bismarck dem König von Italien telegraphisch für die zum Geburtstag gesandten Glückwünsche, zugleich aber auch dem Minister Crispi, indem er das völlige Einverständnis und die Gleichheit der Ziele beider Staatsmänner zum Wohle des europäischen Friedens hervorhob.

So bestand denn zwischen dem neuen Kaiser und dem alten

Kanzler die schönste Harmonie, zum bittern Ärger der Feinde Bismarcks. Aber freilich gab es an dem neuen Kaiserhofe auch gar viele Strömungen und Bestrebungen, denen der Kanzler niemals hätte zustimmen können, die zur Zeit Kaiser Wilhelms I. keine Hoffnung auf Erreichung ihres Zieles gehabt hatten, und die nun unter Kaiser Friedrich III. mit um so größerer Lebhaftigkeit einsetzten, als auch sie die Kürze seiner Regierungstage deutlich vor Augen sahen. Noch ist die Zeit nicht gekommen, welche volle Klarheit über die Hintertreppenpolitik jener 99 Tage gewinnen läßt. Aber im September 1888 sagte Fürst Bismarck in Friedrichsruh zu einem Vertrauten:*) „Mir sind schwere Tage beschieden gewesen, ich hatte oft hartnäckiger zu kämpfen und größere Schwierigkeiten zu überwinden, als man gewöhnlich anzunehmen pflegt, um durchzusetzen, was ich für gut hielt; nur das Wenigste von dem, was wir erreicht haben, ist so zu sagen glatt durchgegangen. Aber das schwerste Stück blieb mir bis in mein hohes Alter aufgespart; die Tage unter dem letzten Kaiser" (Friedrich III.) „waren doch die schwersten von allen."

Einer der Anlässe aber, welche damals dem Kanzler den Dienst unter diesem Kaiser zu dem „schwersten" machten und beinahe Bismarcks Rücktritt herbeiführten, liegt schon heute klar zu Tage: das Battenberg'sche Heiratsprojekt. Bereits 1884 war der Plan aufgetaucht, den Prinzen Alexander von Battenberg, den damaligen Fürsten von Bulgarien, mit der Tochter des deutschen Kronprinzen, des nunmehrigen Kaisers Friedrich, mit der Prinzessin Viktoria, zu vermählen. Dieser Plan fand begreiflicherweise lebhafte Unterstützung durch die Königin von England, sowie durch englische Hof- und Staatsmänner, da es für England höchst vorteilhaft gewesen wäre, Deutschland mit Bulgarien zu verschwägern und dann bei jeder russenfeindlichen Bewegung in Bulgarien die ganze Macht des Deutschen Reiches gegen Rußland allarmiert zu sehen. Auch die Kronprinzessin Viktoria (die nunmehrige Kaiserin Friedrich)

*) „Grenzboten" vom 25. April 1889, S. 145.

war schon 1884 dem Plane hold gewesen. Daß dieses Vorhaben in gewissem Maße der englischen Politik die Verfügung über die deutsche Wehrmacht gegen Rußland eingeräumt hätte, war anscheinend für die Kronprinzessin kein Hindernis, dieser Heirat das Wort zu reden. Bismarck freilich hatte schon am 29. März 1856, als der Kronprinz um die Hand dieser englischen Prinzessin warb, weissagend an den General v. Gerlach geschrieben: „Bleibt unsere künftige Königin auf dem künftigen preußischen Throne auch nur einigermaßen Engländerin, so sehe ich unseren Hof von englischen Einflußbestrebungen umgeben, ohne daß wir irgend welche Beachtung in England finden."*) Außerdem machte die Kronprinzessin 1884 aber auch die Entdeckung, die meist gemacht wird, wenn Prinzessinnen Fürstensöhne heiraten sollen, die Entdeckung, daß eine „Herzensneigung" zwischen dem jungen Paar bestehe. Der ehrwürdige Kaiser Wilhelm jedoch sagte zu diesem schönen Plan aus mannigfachen Gründen rundweg Nein, und so mußte er 1884 und bis zum Tode des Kaisers Wilhelm aufgegeben werden. Die republikanische „Frankfurter Zeitung", die in der Ära der 99 Tage auch zu den Blättern gehörte, die „aus gut unterrichteten Kreisen" Nachrichten empfingen, konnte am 5. April 1888 aus derartigen „Kreisen" die Mitteilung bringen: „Zwischen den Beteiligten wurde aber das Projekt nicht aufgegeben, sondern nur der richtige Augenblick" (der Tod Kaiser Wilhelms I.!) „abgewartet, um damit hervorzutreten."

Wer diese „Beteiligten" waren, hüteten „die gut unterrichteten Kreise" sich wohl, ihren republikanischen Gönnern in Frankfurt auszusprechen. Aber daß die „Beteiligten" nur auf den Tod des ehrwürdigen Kaisers gewartet hatten, um mit ihrem „Projekt" wieder hervorzutreten, das hatte Bismarck schon vierzehn Tage nach des Kaisers Tod und schon zwölf Tage nach der Rückkehr Kaiser Friedrichs nach Berlin erfahren, am 23. März 1888, dem Sonnabend vor Ostern. Da war dem Kanzler plötzlich mitgeteilt worden, der Prinz von Battenberg, der verflossene Herrscher von Bulgarien,

*) Bd. II S. 108/9 dieses Werkes.

werde am Ostermontag, am 25. März, in Berlin eintreffen, um seine Verlobung mit der Prinzessin Viktoria zu feiern. Die „Beteiligten“ hatten also unleugbar recht eilig und zuversichtlich an der Verwirklichung ihres „Projektes“ und an der Erfüllung ihrer „Herzensneigung“ gearbeitet — den Kanzler los zu werden. Denn daß Bismarck, vom politischen Standpunkt aus, diesem „Projekt“ mit allem Nachdruck begegnen und eher vom Amt zurücktreten, als es billigen würde, das mußte jeder Einsichtige, nicht bloß die „Beteiligten“, erwarten. Glücklicherweise war an jenem 23. März gerade eine Sitzung des Kronrats unter Vorsitz des Kaisers — wohl die einzige seiner kurzen Regierung — und Bismarck erwirkte daher beim Kaiser vorläufig eine abkühlende Mäßigung der Eile der „Beteiligten“ durch Abbestellung der Reise des nach Berlin verschriebenen Bräutigams.

Schon diese Durchkreuzung der edeln Absichten der „Beteiligten“, einen hochfürstlichen Liebesroman zu befriedigendem Abschluß zu führen, erregte in den „gut unterrichteten Kreisen“ und deren fortschrittlichen Vertrauten ungeheure Erbitterung gegen den unromantischen Kanzler, der den bösen Geist in diesem schönen Roman spielte. Aber nun beschied vollends zu Ende März der arme gepeinigte Kaiser den Fürsten Bismarck in dieser Sache wieder zum Vortrag nach Charlottenburg, und da Kaiser Friedrich schon nicht mehr sprechen konnte, forderte er den Kanzler in einem geschriebenen Zettel auf, die von Bismarck geäußerten politischen Bedenken in einem Immediatbericht an den Kaiser auszusprechen. Da hielten die „Beteiligten“ die Zeit für gekommen, die ganze Preßmeute gegen den Kanzler loszulassen. Und diese Meute hat, nach ihrem Verstand und Talent, in der That ganz gut gebellt und gewinselt. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb in der ersten Aprilwoche: „Es ist undenkbar, daß Fürst Bismarck sich zum Vormund des Kaiserhauses aufwerfen und sich berufen fühlen könnte, in einer derartigen inneren Angelegenheit der kaiserlichen Familie sein Veto zu sprechen? Unser Kanzler sollte in der ängstlichen Rücksichtnahme auf Rußland so weit gehen, daß er darüber die Achtung vor dem Selbstbestim-

mungsrechte seines Kaisers beiseite schieben müßte?" Noch weit entrüsteter stellten die „Freisinnige Zeitung" Eugen Richters und und der gleichgeartete „Berliner Börsen-Kurier" aus diesem Vorgang die Frage zur Entscheidung: ob der Kaiser oder ob der Kanzler in Preußen und im Reich regiere?

Auf der anderen, der national fühlenden, denkenden und handelnden Seite des deutschen Volkes ward eine viel schmerzlichere und aufrichtigere Besorgnis durch diese Vorgänge erregt. Hier sah man keineswegs die Hoheitsrechte des Kaisers bedroht durch den treuesten Paladin des Herrschers und des Reiches, sondern vielmehr die Stellung des unentbehrlichen Staatsmannes gefährdet durch die nichtige und geflissentlich zu dieser schweren Entscheidung zugespitzte Frage: ob die Verbindung einer Kaisertochter mit dem Sprößling der geringen Nebenlinie eines deutschen Fürstenhauses wichtiger sei, als die Erhaltung des Fürsten Bismarck an der Spitze der deutschen Staatsleitung? Die Männer, die diese gewichtige Frage aufwarfen, hatten ein ganz anderes Ansehen und viele Millionen mehr hinter sich, als die Preßorgane des Battenbergers und der „Beteiligten". Eine von Professor Biedermann in Leipzig verfaßte Adresse, in welcher der dringende Wunsch nach dem Verbleiben des Fürsten Bismarck in seinem Amt ausgesprochen wurde, fand binnen wenig Tagen tausende von Unterschriften. Eine gleiche Adresse wurde in Breslau vorbereitet. Die Absendung der Leipziger Adresse unterblieb jedoch, weil Bismarck an den Oberbürgermeister Dr. Georgi telegraphierte: er möge die Unterzeichner bewegen, die Absendung zu unterlassen, da diese den Kanzler persönlich hocherfreuende Erklärung Mißverständnisse erregen könne. Zudem befinde sich Bismarck in voller Übereinstimmung mit seinem kaiserlichen Herrn. Natürlich gelangte diese Depesche des Kanzlers nicht zur öffentlichen Kenntnis. Aus gleichem Grunde mag die Absendung der Breslauer Adresse unterblieben sein.

Die Versicherung Bismarcks am Schlusse der nach Leipzig gerichteten Depesche: er befinde sich mit dem Kaiser Friedrich in voller Übereinstimmung, bezog sich auch auf die brennende Frage des

Battenbergischen Heiratsplanes. Das hat der Kanzler auch später vielfach wiederholt und dabei näher erläutert. Vor allem sei Kaiser Friedrich selbst entschieden gegen diese Verbindung, also auf Bismarcks Seite, gewesen. Und zwar zunächst aus jenem in Kaiser Friedrich so lebendigen „olympischen" Würde- und Majestätsgefühl, welches sich dagegen aufbäumte, daß eine Tochter seines Hauses eine dem Kaiser völlig unerträgliche „Mesalliance" mit einem Prinzen aus der Nebenlinie eines deutschen Fürstenstammes schließe. Dann aber sei der Kaiser auch den politischen Bedenken vollständig beigetreten, die Bismarck in der von dem Monarchen gewünschten Denkschrift vorgetragen habe. An dieser Denkschrift, deren Inhalt damals natürlich Geheimnis blieb, rankte sich die verleumderische Erfindung üppig empor. Eine der giftigsten Pariser Hallendamen von der Feder, Madame Adam, veröffentlichte in ihrer Nouvelle Révue Anfang August 1888 den angeblichen Wortlaut dieser Denkschrift, in der Absicht, Bismarck als einen anmaßenden hausmeierlichen Vormund seines kaiserlichen Herrn darzustellen, der auch in die heiligsten und zartesten Privatangelegenheiten der kaiserlichen Familie mit gefühlloser Barbarei eingegriffen habe. In der Nordd. Allg. Ztg. vom 6. August 1888 ließ darauf Bismarck amtlich die von Madame Adam zusammengeschwindelte Fassung als „eine auf reiner Kompilation beruhende und ohne irgend welche amtliche Unterlage erfundene Fälschung" bezeichnen. In Wahrheit führte der Kanzler in jener Denkschrift etwa aus: Sobald der Prinz von Battenberg mit der Prinzessin Viktoria vermählt wäre, würden die Bulgaren ihren Prinzen von Coburg verabschieden und ihren Fürsten Alexander zurückrufen. Damit werde aber Deutschlands Interesselosigkeit und Neutralität in der bulgarischen Frage vollständig aufgehoben, ja Deutschland würde nun in Rußland bei allem Volke als dessen Hauptfeind verschrieen werden, sobald der deutsche Kaiser den vom Zaren persönlich am meisten gehaßten Gegner zum Schwiegersohn angenommen haben würde. Für eine Fürstin von Bulgarien aus deutschem Kaiserstamme müsse auch Deutschland in der That Partei nehmen. Man werfe damit gleich-

sam den Marschallstab über die Mauer einer feindlichen Festung, der unbedingt und um jeden Preis wieder herausgeholt werden müsse. Trotz der beharrlichen Verwendung der Kaiserin für den Battenbergischen Heiratsplan, lehnte Kaiser Friedrich aus seinen eigenen persönlichen und aus den von Bismarck vorgetragenen politischen Bedenken am 10. April diesen Plan endgültig ab, nachdem der Kanzler an diesem Tage sowohl mit dem in Berlin anwesenden Großherzog von Baden, als mit dem Kaiser in Charlottenburg und endlich auch mit der Kaiserin Viktoria im kronprinzlichen Palais zu Berlin lange Besprechungen gehabt hatte. In tiefer Bewegung umarmte der Kaiser den Kanzler, als die Entscheidung gefallen war. Damit war die Kanzlerkrisis, welche seit mehreren Wochen das deutsche Volk mit der bangsten Sorge belastet hatte, glücklich beendet.

Gewiß hatte Fürst Bismarck mit diesem Heiratsplane einen Lieblingswunsch der Kaiserin Viktoria vernichtet, und die deutsch-freisinnige Presse, welche sich in diesem einzigen loyalen Vierteljahr ihres Daseins so gern als Hüterin der Kronrechte aufspielte, hat daher die Legende erfunden, daß der Kanzler infolge seines diese Kronrechte minder schonenden Auftretens besonders zur Kaiserin Viktoria in ein durchaus unleidliches Verhältnis getreten sei — natürlich durch seine Schuld. Die Wahrheit ist auch in diesem Punkte das gerade Gegenteil von der deutschfreisinnigen Behauptung. Etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten wurden zwischen der hohen, überaus klaren Frau und dem Fürsten Bismarck — ebenso wie zwischen diesem und dem Kaiser — von seiten der Majestäten stets in freundlichster Weise verhandelt. Ja, nicht selten trat die Kaiserin, wenn Bismarck erschien, um einen neuen Gegenstand beim Kaiser zum Vortrag zu bringen, vor dem Kanzler in das Krankenzimmer, um ihren Gemahl auf den Antrag vorzubereiten und ihn dafür zu gewinnen. Auch die Königin Viktoria von England soll, nach deutschfreisinniger Legende, den Reichskanzler mit großer, von diesem reichlich verdienter Unfreundlichkeit empfangen und behandelt haben, als sie am 24. und 25. April am deutschen Kaiserhofe weilte.

Statt dessen ist die Königin von England dem Fürsten überaus freundlich und huldvoll begegnet, hat ihn am 25. April in längerer Audienz empfangen und ihm dabei ihr Bild geschenkt. Auch nahm der Reichskanzler am Abend dieses Tages an dem Galadiner zu Ehren der Königin in Charlottenburg teil. Überdies wurden dem Fürsten Bismarck auch reiche Gnadenbeweise des Kaisers Friedrich zu teil. So ward des Kanzlers Schwiegersohn, der Graf Rantzau, noch vor Beendigung der Battenberger Krisis, zum preußischen Gesandten in München ernannt. Den Grafen Herbert v. Bismarck aber erhob der Kaiser am 22. April zum Minister und Mitglied des Staatsministeriums.

Wenn der Kanzler trotzdem im Herbst desselben Jahres aussprach: „Die Tage unter dem letzten Kaiser waren doch die schwersten von allen,“ so dürfen wir vermuten, daß damit alle die Gegenströmungen angedeutet werden sollten, die sich während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs, unter angeblicher oder vermeintlicher Unterstützung des Kaisers oder des Hofes, der Politik Bismarcks in den Weg stellten. Dazu gehörten hauptsächlich die anmaßlichen englischen Ansprüche an die Dienstwilligkeit der deutschen Politik; die britische Regierung setzte einfach voraus, daß der regierende deutsche Schwiegersohn of Her gracious Majesty seine Politik gewissermaßen nach dem Gesichtskreis einer britischen Sekundogenitur zu führen habe. Das hatte sich beim Battenberger Handel gezeigt, und Bismarck fand schon die damalige Zumutung unglaublich dreist, daß Deutschland für England die bulgarischen Allarmquartiere beziehen und von dort auf Englands Signal gegen Rußland marschieren solle, wobei dann England dem weiteren Verlaufe des gewaltigen Ringens mit dem wohlwollenden Gedanken zugeschaut hätte: schade für jeden Hieb, der auf beiden Seiten vorbeigeht! Aber wenn Kaiser Friedrich länger regiert hätte, so wären wahrscheinlich von jenseits des Kanals noch ganz andere Zumutungen an uns gerichtet worden. Sagte doch der Prinz von Wales bei den Trauerfeierlichkeiten um seinen Schwager, den Kaiser Friedrich, in Berlin ganz bedenkenfrei zum stammverwandten Herzog von

Coburg-Gotha*): „Was wollen sie nur in Deutschland mit dem beständigen Gerede vom europäischen Frieden, der nie möglich sein würde, so lange sie Elsaß-Lothringen besitzen und nicht herausgeben wollen.“ Der englische Thronfolger wollte damit sagen: wenn Deutschland die Reichslande herausgäbe, so erlösche die französische Revancheidee — und dann sei die unverächtliche Waffenmacht Deutschlands ausschließlich für die englische Politik gegen Rußland verfügbar. Natürlich sei aber Deutschland zunächst diesen kleinen Beweis seiner Friedensliebe schuldig, wenn es in England Glauben finden wolle für die Versicherung, daß die Politik Bismarcks den europäischen Frieden im Auge habe. Der Herzog von Coburg aber erwiderte dem unverzagten Prinzen schlagfertig: die Möglichkeit einer solchen Politik sei nur durch 100000 deutsche Soldaten abgeschnitten, die zwar unter französischen Schlachtfeldern ruhen, aber (gerade dadurch) die Rückgabe der Reichslande an Frankreich unbedingt verhindern.

Dann flüsterten um den neuen Kaiserthron Männer mit neuem unverdienten Einfluß in die Fragen der deutschen Politik hinein, Männer, die dem Reichskanzler aus alter Erfahrung unliebsam und verdächtig waren, wie der Prof. Dr. Geffcken, der vormalige badische Minister Franz v. Roggenbach und der englische Botschafter in Petersburg Sir Robert Morier, der sich vergebens bemüht hatte, die russischen Hofkreise für die Battenbergische Heirat zu erwärmen, dagegen in seinen Salons das Stelldichein für alle deutschfeindlichen Kreise der Zarenstadt hergab. Dazu kam endlich die verdächtige plötzliche Hyperloyalität des Deutschfreisinns gegen das regierende Kaiserpaar; ihre Art zeigte sich darin, daß sie geflissentlich darauf ausging, den Reichskanzler und die nationalen Parteien des Gegenteils, ja der mangelnden Ehrerbietung gegen das angeblich deutschfreisinnige Kaiserpaar zu verdächtigen. Eugen Richter gab auch hier den Ton an; er hielt in der Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses am 26. Mai als selbstberufener Kronanwalt eine

*) „Auch ein Programm aus den 99 Tagen,“ eine Schrift, die zweifellos vom Herzog Ernst von Coburg herrührt.

Anklagerede, worin er mit der ihn stets auszeichnenden Unverfrorenheit von einem „Gesindel" sprach, das gar nicht wert sei, in „Anklagestand versetzt zu werden!" Natürlich wurden seine Vorwürfe und Anklagen von der allgemeinen Empörung des Hauses auf den frivolen Denunzianten zurückgeschleudert.*)

Mit dem Battenbergischen Heiratsprojekt war freilich die schlimmste dieser Unterströmungen abgelenkt, und Bismarck atmete freier auf. Er durfte sich nach der Spannung der Kanzlerkrisis auch selbst einigermaßen wieder angehören. Am 27. April erschien er persönlich bei dem Geschichtsforscher und Direktor der Staatsarchive Dr. Heinrich v. Sybel, um diesem die Glückwünsche zum Titel „Excellenz" darzubringen, und gewiß in dem Sinne, daß die deutsche historische Wissenschaft ihrem gefeierten Oberhaupte diesen Titel schon längst verliehen habe. Am 9. Mai sprach Bismarck dem Sohne des Tags zuvor verstorbenen, um die deutsche Sache hochverdienten vormaligen bayerischen Kriegsministers v. Prankh telegraphisch sein inniges Beileid an dem Verluste des Vaters aus. Am 15. Mai begab sich der Kanzler dann in Begleitung seines Sohnes Grafen Wilhelm und seines Schwiegersohnes nach Varzin. Aber schon am 27. Mai mußte er wieder nach Berlin zurückkehren, da seine Gemahlin hier an Luftröhrenentzündung erkrankt war. Wir erinnern uns, daß sie schon in der Frankfurter Zeit ihren Gemahl durch gefährliche Halsaffektionen erschreckt hatte. Doch ging der Krankheitsanfall auch diesmal glücklich vorüber.

Am 29. Mai hatte Bismarck die Freude, Namens des Staatsministeriums eine wirklich loyale Ergebenheitsadresse preußisch-polnischer Unterthanen an den Kaiser (vom 4. Mai), zu Händen des Grafen Bninski, beantworten zu können, und zwar im Auftrage des Königs. Der Kanzler versäumte nicht, die Erwartung des Monarchen auszusprechen: „daß die Herren Unterzeichner der Adresse das Gefühl der treuen Anhänglichkeit und der Dankbarkeit für die Wohlthaten geordneter staatlicher Einrichtungen auch in ihrer

*) Näheres über diese deutschfreisinnigen Loyalitäts-Orgien bei Blum, das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 558/59.

Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten des Reichs- und des Landtags im Interesse des preußischen Staates beteiligen werden."

Bismarcks vorwiegendes politisches Interesse aber wurde jetzt von dem Konflikt in Anspruch genommen, der sich während der Abwesenheit des Kanzlers in Varzin zwischen dem Kaiser und dem Minister v. Puttkamer erhoben hatte. Die Veranlassung zu diesem Konflikt boten die Wahlbeeinflussungen des Ministers, über welche das Abgeordnetenhaus seit Puttkamers Amtsführung beständig klagte. Am 2. Mai hatte das Abgeordnetenhaus eine tadelnde Resolution Rickert angenommen, welche die Regierung „zu strenger Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen aufforderte, die eine tendenziöse Abgrenzung der Landtagswahlbezirke untersagen." Darauf ließ der getadelte Minister in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 5. Mai erklären, der Antrag Rickert sei ein Eingriff in die Rechte der Krone, da die preußische Staatsverwaltung keinerlei Kontrolle unterliege. Puttkamer hatte damit selbst den König zum entscheidenden Richter dieser Streitfrage angerufen, und Kaiser Friedrich hatte um so mehr Grund, diese Entscheidung zu fällen, als er die Wahlfreiheit vor jeder Beeinträchtigung sicher stellen wollte, und da ihm eben jetzt das Gesetz zur Unterschrift vorlag, welches auch in Preußen — wie im Reiche — die Legislatur- und Wahlperioden auf 5 Jahre verlängerte. Das nannte der Radikalismus aber schon eine Verkürzung der Rechte des Wählers, da ihm das Wahlvergnügen nun nicht mehr alle drei Jahre gewährt wurde. Längere Zeit zauderte der Kaiser, dieses Gesetz zu vollziehen. Am 27. Mai sandte er es mit seiner Unterschrift an Puttkamer, aber zugleich mit der schriftlichen Aufforderung, „in Zukunft die Wahlfreiheit durch amtliche Beeinflussung nicht einzuschränken." Puttkamer richtete darauf, vor Verkündung des Gesetzes, einen Immediatbericht an den Kaiser, in welchem er sich gegen den Vorwurf amtlicher Wahlbeeinflussung verwahrte. Bismarck, der Puttkamers Mitwirkung im Kampfe gegen die Umsturzpartei sehr hoch schätzte, bot alles auf, den Konflikt zwischen dem Kaiser und diesem Minister auszugleichen. Am 5. Juni hielt er dem am 1. Juni nach Friedrichskron bei

20*

Potsdam übergesiedelten Monarchen Vortrag, und danach schien dieser geneigt, den Vorwurf der amtlichen Wahlbeeinflussung fallen lassen zu wollen. Aber inzwischen hatte Puttkamer den König von neuem gegen sich erregt, indem er am 2. Juni die studentische Aufführung des Trümpelmann'schen Lutherspiels Namens der Regierung des Königs durch das Berliner Polizeipräsidium verbieten ließ, weil durch dieses Schauspiel der „konfessionelle Friede" gestört werde! Auf direkten Befehl des Kaisers mußte Puttkamer das Verbot zurücknehmen und die Aufführung des Stückes, nach Streichung einiger bedenklicher Stellen, gestatten lassen. Der ganze Vorgang aber hinterließ in der Seele des Kaisers eine tiefe Verstimmung, und diese brach am 7. Juni durch, indem der Monarch am Abend dieses Tages dem Minister ein Handschreiben übersandte, in welchem die allerhöchste Unzufriedenheit mit manchen Vorfällen bei früheren Wahlen wiederholt ausgesprochen wurde. Das Schreiben veranlaßte Herrn v. Puttkamer, sofort seine Entlassung zu erbitten, die ihm am 8. Juni erteilt wurde.

Diese Entlassung machte ungeheures Aufsehen. Unter Bismarcks Vorsitz fanden am 8. und 9. zwei Sitzungen des Staatsministeriums statt. Der Kanzler bezeugte dem gestürzten Kollegen seine Freundschaft und Dankbarkeit in herzlicher Wärme bei einem Besuche am 9. Juni und bei einem Diner, das er zu Ehren Puttkamers am 11. Juni gab.

Kaiser Friedrich bethätigte sein hohenzollern'sches Pflichtgefühl bis zum Ende seiner Kraft in großartiger Weise. Obwohl die amtlichen Berichte des behandelnden deutschen Arztes Professor Dr. Bardeleben raschen, unaufhaltsamen Verfall feststellten, ließ sich der Kaiser doch auch in Friedrichskron von Bismarck fast täglich Vortrag halten. Am 5. Juni hatte er den Kanzler sogar noch zum Diner geladen und dieses an der Tafel eingenommen. Vom 8. Juni an mußten jedoch die Ärzte das Ende des Leidens als nahe bevorstehend bezeichnen. Vom 10. an sanken die Kräfte bei steigendem Fieber und heftigen Schlingbeschwerden. Am 12. mußte die künstliche Ernährung versucht werden. Aber trotz ihres

Gelingens sanken die Kräfte stetig. Am 13. Nachmittags weilte Bismarck noch zwei Stunden am Krankenbette. seines Herrn. Am Morgen des 14. eröffnete Professor Bardeleben dem Kronprinzen und dem Reichskanzler, daß das Leben des Kaisers wohl nur noch einen Tag dauern werde. Noch einmal weilte der Kanzler an diesem Tage Mittags gegen 2 Uhr an dem Schmerzenslager des sterbenden Kaisers. Am 15. Juni trat zeitweise Bewußtlosigkeit ein. Bei stetiger Abnahme der Kräfte und ohne eigentlichen Todeskampf erfolgte um 11 Uhr 12 Minuten Vormittags der Tod. Um halb 12 Uhr schon trat das Staatsministerium unter Bismarcks Vorsitz zu einer Beratung zusammen, und bereits um die Mittagsstunde verkündete der Reichsanzeiger die Trauerbotschaft in folgender Bekanntmachung des Staatsministeriums: „Der königliche Dulder hat vollendet. Nach Gottes Ratschluß ist Se. Majestät der Kaiser und König Friedrich, unser allergnädigster Herr, nach langem, schwerem, mit bewunderungswürdiger Standhaftigkeit und Ergebung in den göttlichen Willen getragenem Leiden heute kurz nach elf Uhr zur ewigen Ruhe eingegangen. Tief betrauert das königliche Haus und unser in so kurzer Zeit zum zweitenmale verwaistes Volk den allzu frühen Hintritt des geliebten Herrschers."

Nachmittags gegen 2 Uhr erschien Bismarck in Schloß Friedrichskron und hatte hier mit dem durch den Tod seines Vaters zum Thron berufenen Prinzen, nunmehr König und Kaiser Wilhelm II. eine längere Unterredung, an welche sich, in Anwesenheit des letzteren, eine solche mit Mackenzie anschloß. Der englische Arzt wäre nämlich mit seinem Gehilfen Dr. Hovell gern sofort abgereist, um der Sektion und deren Ergebnissen auszuweichen. Er wurde aber von Bismarck, mit Zustimmung des Kaisers, sehr bestimmt veranlaßt, so lange noch in Friedrichskron zu verweilen, um das amtliche Sektionsprotokoll mit zu unterzeichnen. Die Leichenöffnung machte nun vollends zweifellos, daß Kaiser Friedrich an Krebs gelitten habe und gestorben sei. Und nachdem Mackenzie dieses seine ganze Behandlung vernichtende Ergebnis mit unterschrieben hatte, trat er seine fluchtähnliche Heimreise an. Nun suchte er wenigstens noch

etwas von seinem ärztlichen Ruf zu retten, indem er in Amsterdam einem Mitarbeiter des dortigen „Dagblad" sagte: „Er habe so zeitig wie irgend ein anderer das Krebsleiden des Kronprinzen erkannt, aber er habe das nicht öffentlich zugestehen können, weil sonst die Regentschaft wahrscheinlich gewesen wäre." Noch ausführlicher hatte Mackenzie diese für die ersten drei deutschen Kaiser und für Bismarck gleich beleidigende Unterstellung in einem der dem englischen Arzte dienstbaren Polenblätter, dem „Warschauer Kurier" („Kuryer Warszawski") bereits einige Tage früher in den Worten ausgesprochen: „Er (Mackenzie) sei nicht nur Arzt, sondern auch Vertrauensmann des Kronprinzen und der Kronprinzessin gewesen, und es handelte sich darum, das Leiden des Kronprinzen nicht vorzeitig als unheilbar zu erklären und ihm dadurch die Möglichkeit der Thronbesteigung zu rauben. Kaiser Friedrich habe in seinem und seiner Gemahlin Interesse sowie aus höheren moralischen und praktischen Rücksichten gewünscht, wenigstens kurze Zeit zu regieren. Daß dies geschehen, sei Mackenzie zu danken." Darauf ließ Bismarck am 26. Juni die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erwidern: „Der vorletzte Satz enthält eine positive Fälschung. Kaiser Friedrich, dem die denkbar höchste Auffassung von den Pflichten der Stellung des Kaisertums beiwohnte, hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Regierung nicht antreten würde, wenn es außer Zweifel stünde, daß er vom Krebs unheilbar befallen sei. Dies entsprach seiner vornehmen und selbstlosen Denkungsweise. Da dies bekannt war, so wurde es Aufgabe derjenigen, welche den Kaiser Friedrich aus für uns nicht kontrollierbaren Beweggründen auch bei vorhandener Regierungsunfähigkeit auf den Thron bringen wollten, den hohen Herrn über seinen Zustand zu täuschen. Es ist nun festgestellt, daß ein unbedeutender englischer Arzt von radikalpolitischer Gesinnung sich herausgenommen hat, den geheimen Kabinettsrat zu spielen und bestimmend in die Geschicke der deutschen Nation eingreifen zu wollen."

Diese Enthüllungen mischten der tiefen Trauer des deutschen Volkes und aller Völker über den Heimgang dieses edeln Kaisers

ein gut Teil Empörung bei über das mörderische Gaukelspiel Mackenzies, welcher als Geschäftsführer ungenannter Hintermänner und lichtscheuer politischer Ränkeschmiede diesen frühen Tod auf seinem Gewissen trug, da er durch die von ihm selbst nun als wissentlich unwahr eingestandene Vorspiegelung, der Kronprinz leide nicht an Krebs, denselben am 21. Mai 1887 gehindert hatte, sich der für diesen Tag angesetzten Spaltung des Kehlkopfes und Entfernung der verdächtigen Geschwulst zu unterwerfen. Diese Operation aber hätte damals das teure Leben höchst wahrscheinlich dauernd gerettet, jedenfalls noch für Jahre erhalten. So sagt Professor Gerhardt in seinem amtlichen Bericht: „Keine Statistik kann die ganze Wahrscheinlichkeit dauernd günstigen Erfolges wiedergeben, die in diesem Falle bestand. Denn in keinem Falle war die Krankheit so früh, ich möchte sagen, im Keime erkannt. Die Körperbeschaffenheit des hohen Herrn war die denkbar kräftigste. Alle Hilfsmittel standen zu Gebote.“ Und Professor v. Bergmann fügte hinzu: „Die Operation, die wir vorschlugen, war nicht gefährlicher als der Luftröhrenschnitt, dem ohnehin, wenn unsere Krebsdiagnose richtig war, der Kronprinz doch dereinst ganz bestimmt verfallen mußte. Wir schlugen also nicht mehr vor, als was für ihn nun einmal unvermeidlich war.“

Leider sollte jedoch der für seine „Verdienste“ um den Kronprinzen und Kaiser Friedrich von der Königin von England geadelte Sir Morell Mackenzie nicht der Einzige sein, der das Vertrauen dieses edeln Fürsten bedauerlich mißbrauchte. Von Mitte September 1888 an wurde Deutschland und die gesamte gesittete Welt durch einen zweiten groben Vertrauensbruch gegen den heimgegangenen edeln Kaiser in gerechte Aufregung und Empörung versetzt. Zu dieser Zeit erschien nämlich im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“ ein „Tagebuch Kaiser Friedrichs“ aus dem Kriege von 1870—1871. Der Einsender dieses „Tagebuches“ hatte sich nicht genannt. Die Redaktion der Zeitschrift aber leitete die Veröffentlichung mit den Worten ein: „Kaiser Friedrich hat das von ihm während des französischen Feldzuges geführte Tagebuch

höchstselbst unserem Einsender mitgeteilt und dieser hat nur aus Gründen der Diskretion sich auf die nachfolgenden Auszüge beschränkt, welche geeignet sind, sowohl die edle Persönlichkeit des hohen Verfassers in ihrer vollen Bedeutung hervortreten zu lassen, als einen wichtigen Beitrag zur Geschichte jener großen Zeit zu bilden.“ Mit dieser Anschauung erklärte sich nun freilich nur die deutschfreisinnige Presse einverstanden, und im Grunde auch nur deshalb, weil der hohe Verfasser einigemale in sein „Tagebuch“ geschrieben hatte: „Unser Hauptgedanke ist, wie man nach erkämpftem Frieden den freisinnigen Ausbau Deutschlands weiterführt.“ Herr Eugen Richter scheute sich sogar nicht, in einer Wahlrede in Breslau den toten Kaiser deshalb als deutschfreisinnigen „Genossen“ auszuspielen. Sehr bedenklich und für das geschichtliche Charakterbild des Verblichenen höchst nachteilig fand dagegen die nationale Kartellpresse diese Veröffentlichung. Denn hier wurden zum erstenmal jene Thatsachen enthüllt, die das politische Verhalten des Kronprinzen während des französischen Krieges in ein so eigentümliches Licht stellen: seine überschwengliche Vorstellung von deutscher Kaiserwürde, welche im Grund die Vernichtung der Selbständigkeit der deutschen Einzelstaaten und Herabdrückung der deutschen Fürsten auf die Würde von Herrenhausmitgliedern verlangte; ferner der ungeheuerliche Gedanke des Kronprinzen, den im heiligen Volkskriege gegen Frankreich treu verbündeten süddeutschen Fürsten die Verkümmerung ihrer Kronrechte nötigenfalls mit Gewalt abzutrotzen; endlich eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit mit dem Bundeskanzler Grafen Bismarck, bis der Abschluß der Versailler Bundesverträge mit den süddeutschen Staaten gelang. Das alles*) ist uns Heutigen vertraut, und in unserer Erinnerung ist das leuchtende Charakterbild dieses Lieblings unseres Volkes durch jene unholden Züge nicht wesentlich verfinstert worden, da das Licht in diesem Bilde und Leben alle Schatten bei weitem überstrahlt. Aber in jenen Monaten der frischen Trauer um den verewigten Kaiser, da

*) Benützt für die Darstellung in Bd. IV, S. 282, 288/89, 334, 347.

entrang sich Tausenden deutscher Herzen ein Schrei der Entrüstung über diese das Gedächtnis des Edeln befleckende Veröffentlichung, die zudem auch wichtige Staatsgeheimnisse bezüglich verschwiegener Verhandlungen mit der Kurie und den süddeutschen Staaten unbefugt preisgab. Endlich aber waren die „Auszüge" aus dem kronprinzlichen Tagebuche von dem unbekannten Einsender, und zwar nicht „aus Gründen der Diskretion," sondern aus grimmigem Bismarckhaß in der Weise „beschränkt" worden, daß aus möglichst vielen Stellen des Tagebuchs ein tiefes Mißtrauen des Kronprinzen gegen Bismarck, gegen seine Fähigkeit und Ehrlichkeit und kleinliche Mißgunst gegen des Kanzlers Einfluß auf den König Wilhelm hervortrat!

Gleich Tausenden deutscher Landsleute hielt Fürst Bismarck anfangs das „Tagebuch" für gefälscht. Der Kaiser Wilhelm II. war so entrüstet über diese Veröffentlichung, daß er sogleich einen Immediatbericht darüber vom Reichskanzler erforderte, der damals in Friedrichsruh weilte. Am 23. September ließ Bismarck diesen Bericht ergehen. Er begann mit den Worten: „Ich halte dieses ‚Tagebuch' in der Form, wie es vorliegt, nicht für echt. Se. Majestät der damalige Kronprinz stand 1870 allerdings außerhalb der politischen Verhandlungen und konnte deshalb über manche Vorgänge unrichtig oder unvollständig berichtet sein. Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über intimere Fragen unserer Politik mit Sr. Kgl. Hoheit zu sprechen, weil Se. Majestät einerseits Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen, wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Sr. Kgl. Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Bedeutung empfohlen waren. Der Kronprinz stand also außerhalb aller geschäftlichen Verhandlungen. Nichtsdestoweniger ist es kaum möglich, daß bei täglicher Niederschrift der empfangenen Eindrücke so viele Irrtümer thatsächlicher, namentlich chronologischer Natur in den Aufzeichnungen enthalten sein können." An einer großen Zahl von Tagebuch-

stellen wird diese Vermutung erwiesen, und in der That ist anzunehmen, daß viele dieser Einträge erst später als an dem Tage selbst bewirkt worden sind und daß namentlich bei dem Rückblick auf frühere Ereignisse ungenau berichtet ist. Denn bis in das Jahr 1866 zurück schweifen gelegentlich des Kronprinzen Erinnerungen in diesem Tagebuche von 1870—71. Wenn das „Tagebuch" aber echt wäre, fährt Bismarcks Immediatbericht fort, „so würde auf seine Veröffentlichung der § 92 des Reichsstrafgesetzbuches (Verrat von Staatsgeheimnissen) Anwendung finden." Eine strafrechtliche Untersuchung sei außerdem dringend wünschenswert, „um wenigstens die Entstehung und die Zwecke dieser strafbaren, für die hochseligen Kaiser Friedrich und Wilhelm und für andere verleumderischen Publikation ans Licht zu ziehen."

Am 24. September 1888 traf Bismarck aus Friedrichsruh in Berlin ein, um dem Kaiser im Sinne dieser Immediateingabe auch mündlich Vortrag zu halten und des Kaisers Genehmigung sowohl zu dem am Schlusse dieses Berichtes beantragten strafrechtlichen Einschreiten wie zur Veröffentlichung des Berichtes selbst zu erlangen. Nach einem zweiten Vortrage Bismarcks in Begleitung des Grafen Herbert am Vormittage des 25. September erteilte der Kaiser diese Genehmigung, und noch am nämlichen Tage ersuchte der Reichskanzler den preußischen Justizminister v. Friedberg „um Ausführung der Allerhöchsten Willensmeinung". Dann kehrte er am Nachmittag nach Friedrichsruh zurück.

Die Veröffentlichung des Immediatberichtes machte ungeheures Aufsehen und fand viele Tadler. Namentlich konnte sich die deutschfreisinnige Presse vor Entrüstung nicht lassen, daß Bismarck hier auszusprechen wagte: König Wilhelm I. habe intime politische Mitteilungen an den Kronprinzen verboten, „weil Se. Majestät Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten." Diese „Indiskretionen" maß der Immediatbericht keineswegs dem Kronprinzen selbst bei, wohl aber dessen Umgebung. Und im Laufe des von Bismarck beantragten Strafverfahrens bewies der Reichskanzler auch, daß solche „Indiskretionen"

1870 nicht bloß zu „befürchten“, sondern wirklich vorgekommen waren. Denn durch den dem kronprinzlichen Hofe besonders vertrauten Sir Robert Morier — 1870 englischen Gesandten in Darmstadt, denselben Herrn, den wir für das Battenbergische Heiratsprojekt im Frühjahr 1888 so eifrig in Petersburg an der Arbeit sahen — hatte der Marschall Bazaine in Metz 1870 über London und Paris die erste Nachricht vom deutschen Vormarsch über die Mosel erhalten!

Der weitere Verlauf des auf Bismarcks Antrag eröffneten Strafprozesses hat wenig Interesse. Die „Deutsche Rundschau“ nannte, sobald sich die Redaktion selbst bedroht sah, den Einsender des „Tagebuches“, den Professor Dr. H. Geffcken, und dieser stellte sich selbst, er wurde bei der Rückkehr von der Insel Helgoland in Hamburg verhaftet. Er gehörte zu den ehemals großdeutschen Klerikalkonservativen und zu den grimmigsten Bismarckhassern zeit seines Lebens. Dieser Haß war ein völlig ausreichender Beweggrund für jene Veröffentlichung. Geffcken war Universitätsfreund des Kronprinzen in Bonn gewesen. Der Prinz hatte ihm zeitlebens sein edles grenzenloses Vertrauen geschenkt und ihm daher auch eines Tages den Einblick in sein Kriegstagebuch von 1870/71 gestattet. Herr Geffcken hatte dieses Vertrauen damit belohnt, daß er aus diesem Tagebuche „Auszüge“ in seinem Sinne machte, d. h. unter Weglassung aller militärischen Dinge, die den Hauptinhalt bildeten. Dagegen entnahm er dem Tagebuch alle politischen Niederschriften, die den ihm verhaßten Reichskanzler verdächtigen, die das ihm widerwärtige Deutsche Reich, indem sie das Mißtrauen der Bundesfürsten gegen Preußen erregten, erschüttern und das treffliche Einvernehmen des jungen Kaisers Wilhelm II. mit seinen Mitfürsten schädigen konnten. Geffcken bekannte im Laufe der Untersuchung selbst, er sei sicher, Kaiser Friedrich würde aus dem Tagebuch nichts veröffentlicht, und auch die Kaiserin Friedrich ihm die Genehmigung auf vorherige Anfrage nicht erteilt haben. Der Kronprinz hatte das selbst ausgesprochen gegen einen seiner Vertrautesten, den Admiral Stosch, dem er 1886 oder 1887 erklärte, er könne ihm sein Tagebuch von 1870/71 nicht einmal zeigen, da darin zu viel Persönliches und Politisches stehe.

Und diese Erklärung war wieder das Ergebnis einer dringenden Warnung des edelsten Vertrauten des Kronprinzen, des großen Dichters Gustav Freytag gewesen, der das auch ihm anvertraute Tagebuch dem Kronprinzen mit der „dringenden Bitte" zurückgegeben hatte, daß eine Veröffentlichung desselben und selbst eine Mitteilung an Dritte „unter allen Umständen unterbleiben möge, da der Inhalt für das Wohl des Reiches wie für das Ansehen des hohen Verfassers durchaus unzuträglich sei."

Außerdem war Geffcken selbst Jurist (Professor des Völkerrechts) und Diplomat. Er wußte nach seinem eigenen Geständnis, daß die Veröffentlichung des Tagebuchs rechtswidrig, er wußte aber auch, daß diese Veröffentlichung für das Deutsche Reich in dessen Beziehungen zur Kurie, zu Rußland, England, Luxemburg, Belgien und Frankreich nachteilig sei. Er selbst hatte fröhlich ausgesprochen, er wisse „welchen großen Skandal die Veröffentlichung machen werde", und gegen seinen Willen hatte die Redaktion der Rundschau die allerskandalösesten Stellen der Einsendung Geffckens gestrichen. Wenn das Reichsgericht nun trotz alledem am 4. Januar 1889 beschloß, das Strafverfahren gegen Professor Dr. Geffcken einzustellen, weil dem Angeklagten „das Bewußtsein von der Strafbarkeit seiner Handlung" nicht genügend nachzuweisen sei, so war damit mindestens in löblichster Weise die Freiheit und Unabhängigkeit des höchsten deutschen Gerichtshofes bekundet. Als sich aber trotzdem die reichsfeindliche Presse des In- und Auslandes nun in verdoppelter Wut gegen Bismarck kehrte, erwirkte dieser durch einen Immediatbericht an den Kaiser vom 13. Januar 1889 die Erlaubnis, die gewichtige Anklageakte gegen Geffcken, der die vorstehenden Thatsachen entnommen sind, im Reichs- und Staatsanzeiger zu veröffentlichen, was der Kaiser genehmigte. Und nun hatte jeder den Eindruck, daß das Reichsgericht eher zu mild geurteilt habe.

So schloß für Bismarck die tragische Zeit der 99 Tage Kaiser Friedrichs mit einem peinlichen Nachspiel.

Zweites Kapitel.

Bismarck in der ersten Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. (1888/89).

Bereits einen Tag nach dem Hinscheiden Kaiser Friedrichs III., am 16. Juni 1888, war der Reichstag auf den 25. einberufen worden. Am 18. wohnte der Reichskanzler Fürst Bismarck der Beisetzung Kaiser Friedrichs in der Friedenskirche zu Potsdam bei. Am 20. erfolgte auch die Berufung des preußischen Landtags zum 27. Juni. Am 21. teilte Fürst Bismarck dem zur Plenarberatung versammelten Bundesrate amtlich den Hintritt Kaiser Friedrichs und die Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. mit und hielt dabei eine Ansprache, welche er Tags zuvor in einem Vortrage dem jungen neuen Herrn unterbreitet hatte und welche dessen Regierungsgrundsätze in den Worten aussprach: „Als die oberste Seiner Aufgaben betrachtet der Kaiser die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und den Schutz des Reichsgebiets wie eines jeden innerhalb desselben geltenden Rechts. . . In der inneren, wie in der auswärtigen Politik will Se. Majestät sich an die Wege halten, auf denen Seine verewigten Vorgänger in der Kaiserwürde neben der Liebe Ihrer Reichsgenossen das Vertrauen der auswärtigen Mächte dahin gewonnen haben, daß dieselben in der Stärke des Deutschen Reiches eine Bürgschaft des europäischen Friedens erblicken." Am Schlusse der Rede gab Bismarck im Auftrage des Kaisers „der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß Se. Majestät für die weitere Durch-

führung der Absichten, von denen Seine verewigten Väter seit der Herstellung des Reiches geleitet wurden, auf die bundesfreundliche Unterstützung des Bundesrates werde rechnen können."

Die deutschen Bundesstaaten, welche im Bundesrate vertreten waren, beeilten sich, diese Hoffnung schon bei der Reichstagseröffnung am 25. Juni glänzend zu erfüllen. Um vor dem In- und Auslande die Einigkeit aller deutschen Fürsten, Staaten und Stämme in großartiger Weise zu bekunden, scharten sich bei derselben die regierenden deutschen Fürsten, den greisen Prinzregenten Luitpold von Bayern an der Spitze, persönlich um den Thron des jungen Kaisers; einige wenige, die selbst zu erscheinen verhindert waren, ließen sich durch Prinzen ihres Hauses vertreten. Kaiser Wilhelm wiederholte in der Thronrede die von dem Reichskanzler schon im Bundesrate abgegebenen Erklärungen. Auf seinen ausdrücklichen Befehl war in die Thronrede die Stelle aufgenommen worden, in welcher er bekannte: „Insbesondere eigne Ich Mir die von Meinem hochseligen Herrn Großvater am 17. November 1881 erlassene Botschaft ihrem vollen Umfange nach an, und werde im Sinne derselben fortfahren, dahin zu wirken, daß die Reichsgesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung auch ferner den Schutz erstrebe, den sie, im Anschluß an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre, den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann." „In der auswärtigen Politik," sagte der Kaiser, „bin Ich entschlossen, Frieden zu halten mit jedermann, so viel an Mir liegt. Meine Liebe zum deutschen Heere und Meine Stellung zu demselben werden Mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder auf dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit ist. Unser Heer soll uns den Frieden sichern und, wenn er uns dennoch gebrochen wird, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen."

Die Thronrede wurde oftmals von lautem Beifall der Versammlung unterbrochen. Als der Kaiser sie aber nach der Verlesung dem Fürsten Bismarck übergab, reichte er dem Kanzler zu-

gleich vom Throne herab die Hand und schüttelte die des Fürsten kräftig. Bismarck erwiderte den Handdruck. Im nämlichen Augenblicke aber küßte er die Rechte des Kaisers. Dieser bei solchen Staatsaktionen ganz ungewöhnliche Vorgang bekundete in rührender Weise das herzliche Einvernehmen des neuen Herrschers mit dem ersten Beamten des Reiches, der sich bei den ersten deutschen Kaisern so hochverdient gemacht hatte. Der Reichstag beschloß am 26. Juni eine Adresse an den Kaiser und wurde dann vom Minister v. Bötticher geschlossen.

Am 27. Juni eröffnete der Kaiser auch den preußischen Landtag mit einer Thronrede, in welcher er am Schlusse den bedeutsamen Satz sprach: „In bewegter Zeit habe Ich die Pflichten Meines Königlichen Amtes übernommen, aber Ich trete an die Mir nach Gottes Fügung gestellte Aufgabe mit der Zuversicht des Pflichtgefühls heran und halte Mir dabei das Wort des großen Friedrich gegenwärtig, daß in Preußen ‚der König des Staates erster Diener ist.'" Auch der preußische Landtag, Abgeordnetenhaus wie Herrenhaus, begnügte sich, eine Adresse an den König anzunehmen, und wurde alsdann am 28. Juni geschlossen. Bismarck beteiligte sich als Mitglied des Herrenhauses an dessen Sitzung vom 28. Juni und dabei äußerte er sich gegen einige vertraute Mitglieder des Hauses über den Kaiser und die allgemeine Lage. Er sprach mit hoher Anerkennung, ja mit Begeisterung über die Begabung und Tiefe der Auffassung des Kaisers in betreff der ihm gewordenen Aufgabe, über den Eifer, die Hingebung und die Festigkeit des Willens, womit er sich der Leitung der Regierungsgeschäfte widme. Die Erhaltung des Friedens, die Ausgleichung der religiösen Differenzen, die Hebung der Produktivität des Landes durch Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie und des Handels sei des Kaisers vornehmstes Ziel. Ihm in diesem Bestreben mit treuer Unterstützung zur Seite zu stehen, habe der Kaiser den Fürsten Bismarck recht aufrichtig und innig gebeten, und der Kanzler habe dem hohen Herrn auch die feste Zusicherung gegeben, nicht von seiner Seite weichen zu wollen, so lange ihm Leben und Gesundheit das

gestatten würden. Dieses Versprechen werde er auch bis zum letzten Atemzuge halten. Diese Zusicherung gab der Kanzler mit voller Begeisterung und mit Thränen im Auge.

Kaiser Wilhelm II. hatte seine herzliche Zuneigung und innige Verehrung für den Fürsten Bismarck, wie wir sahen, schon als Prinz und Kronprinz aufs lebhafteste bezeigt, namentlich erinnern wir uns des begeisterten Toastes, den Kronprinz Wilhelm am letzten Geburtstage des Reichskanzlers, 1. April 1888, auf den „Träger des Reichspaniers" ausgebracht hatte. Diese freudige Hochschätzung des großen Staatsmannes durch den Prinzen und Kaiser Wilhelm war um so rühmlicher und wertvoller für beide Teile, als der Prinz sich diese Gesinnung selbst angeeignet hatte durch rühriges Studium der deutschen Geschichte und Politik. Denn der erste Geschichtsunterricht, welchen die Prinzen Wilhelm und Heinrich von der intransigenten holsteinischen Preußenfeindin Gräfin Reventlow erhielten, war durchaus nicht dazu angethan, ihre Zöglinge mit Liebe und Verehrung für den Staatsmann zu erfüllen, der den „Räuberstreich" Preußens im Jahre 1866 verschuldet hatte — so nannte diese Geschichtsdozentin vor preußischen Prinzen die preußischen Annexionen des Jahres 1866! Die begeisterte Wertschätzung des Reichskanzlers, welche der Prinz seinen eigenen eifrigen Studien, und namentlich der Anleitung des Professors Maurenbrecher in Bonn dankte, wuchs nun — wie sein Erzieher Dr. Hintzpeter bezeugt — noch wesentlich, als der Prinz mit dem Fürsten Bismarck in persönlichen und politisch-geschäftlichen Verkehr trat. „Nie ist eine menschliche Seele stärker ergriffen gewesen von den erhebenden Gefühlen der Ehrfurcht, Verehrung und Dankbarkeit" — schreibt Dr. Hintzpeter — „wie die des jungen Prinzen, als er reifer geworden, nach greifbarer politischer Nahrung verlangend, seinem Großvater, seinem Vater und dem gewaltigen Kanzler sich näherte und diese sich herbeiließen, ihn einzuweihen in ihre Ideen und Pläne, oder gar ihn bei deren Ausführung zu verwenden."

Vollständig von Bismarcks staatsmännischem Geiste durchdrungen und vollständig einig mit dem Kanzler in allen Fragen

der inneren und äußeren Politik, trat denn auch der junge Kaiser seine Regierung an. Bismarcks Überzeugung von der Notwendigkeit, die sozialpolitische Gesetzgebung bis zum Abschluß des Hauptwerkes, der Invaliden- und Altersversorgung fortzusetzen, hatte der Kaiser aus eigenem Antriebe als seine eigene und selbständige Überzeugung, wie wir sahen, in der ersten Thronrede zum Ausdruck bringen lassen. Ebenda bekundete er aber auch, daß er entschlossen sei, in der Niederhaltung der sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen Bismarcks Wege weiter zu wandeln. Denn er erklärte: „Ich halte für geboten, unsere staatliche und gesellschaftliche Entwickelung in den Bahnen der Gesetzlichkeit zu erhalten und allen Bestrebungen, welche den Zweck und die Wirkung haben, die staatliche Ordnung zu untergraben, mit Festigkeit entgegen zu treten." Eine weitere bedeutsame Übereinstimmung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler bekundete jene Stelle der ersten Thronrede des Königs Wilhelm II. vor dem preußischen Landtag vom 27. Juni 1888, da er sagte: „Dem Vorbilde Meiner erhabenen Ahnherren folgend, werde Ich es jeder Zeit als eine Pflicht erachten, allen religiösen Bekenntnissen in Meinem Lande bei der freien Ausübung ihres Glaubens Meinen königlichen Schutz angedeihen zu lassen." Dieses Gelöbnis entsprach vollständig Bismarcks Standpunkt und hatte in jenen Tagen und vom Thron aus gesprochen eine besondere Bedeutung, da die sogenannte Berliner Hofpredigerpartei unter Stöckers Führung schon seit Ende 1887 die Legende zu verbreiten suchte, Prinz Wilhelm und dessen Gemahlin seien der „Muckerei und Stöckerei" vollständig ergeben. Diese Legende aber verfolgte gleichzeitig hochpolitische Zwecke, die dem neuen Kaiser und König in Wahrheit ebenso unsympathisch, ja widerwärtig waren, wie dem Reichskanzler: einmal nämlich gedachten diese bescheidenen Männer die oberstbischöfliche Gewalt der preußischen Könige sich und ihren Gesinnungsgenossen selbst zuzueignen, um dadurch eine Art von protestantischer Unfehlbarkeit in kirchlichen Dingen zu gewinnen; zweitens aber waren diese Bestrebungen aufs innigste verbunden mit denen der feudalen Junker vom Schlage v. Hammersteins und seiner „Kreuzzeitung",

welche alles aufboten, das „Kartell" von 1887 mit der freikonservativen und nationalliberalen Partei durch ein Bündnis der feudalmuckerischen Kreise mit dem Zentrum zu ersetzen.

Bismarck hielt diese Bestrebungen in ihren beiden Richtungen, der kirchlich-intoleranten und herrschsüchtigen wie der feudal-klerikal-kartellfeindlichen, für höchst verderblich, und der junge Kaiser bekundete durch sehr bemerkenswerte und von allgemeinstem Jubel begrüßte Regierungshandlungen, daß er auch in diesen wichtigen Fragen ganz Bismarcks Anschauungen teile. So lehnte er das drängende Ansinnen der äußersten Rechten, Herrn v. Puttkamer wieder als Minister anzustellen, durchaus ab, verlieh demselben aber, in Anerkennung seiner großen Verdienste, zu Beginn des Jahres 1889 den Schwarzen Adlerorden. Seine Schätzung der Nationalliberalen bezeigte der Kaiser, indem er persönlich am 29. August 1888 die Ernennung ihres ausgezeichneten Führers, Rudolf v. Bennigsen, zum Oberpräsidenten von Hannover veranlaßte. Auch die kaiserliche Verfügung vom 31. August 1888, welche die Veröffentlichung der herrlichen letztwilligen Aufzeichnungen Kaiser Wilhelms I. im „Reichsanzeiger" anordnete, „zur Ehre des Entschlafenen, als ein Vorbild für Mein Haus und Mein Volk," war dazu bestimmt, die geheimsten Niederschriften dieses hohen Helden der Nation als ernste Mahnungen zur Eintracht und Versöhnung dem ganzen Volk ans Herz zu legen.

Besonders deutlich aber trat des Kaisers Gegensatz zu der unduldsamen Rechthaberei der Hofpredigerpartei hervor im „Fall Harnack". Als nämlich der Professor der Kirchengeschichte Adolf Harnack in Marburg durch fast einstimmigen Beschluß der theologischen Fakultät Berlin an die dortige Universität berufen worden war, erklärte sich der Oberkirchenrat mit einer Stimme Mehrheit gegen diese Berufung; Harnack gehörte nämlich der Schule des Göttinger Professors Ritschl an, die eine von dem kirchlichen Bekenntnis unabhängige freie Theologie lehrte. Der Kultusminister Goßler brachte diesen wichtigen Fall vor das Gesamtministerium, das unter Bismarcks Vorsitz und unter dessen Fürwort den An-

trag des Kultusministers auf Berufung Harnacks annahm. In einem Kronrat über dieselbe Angelegenheit unterzeichnete auch der Kaiser die Ernennung, die am 19. September öffentlich bekannt wurde. Nun tobte die Stöckerpresse geradezu vor Entrüstung und ließ bei dieser Gelegenheit klar erkennen, daß ihr letztes Streben dahin gehe, den Summepiskopat des Königs abzuschaffen, so zwar, daß König Wilhelm sich auch persönlich aufs tiefste verletzt fühlte.

Natürlich wurde auch Bismarck von diesen „lebendigen Christen", welche das Monopol der „Rechtgläubigkeit" für sich beanspruchen, aufs gröblichste verunglimpft, als der Reichskanzler wegen seines Eintretens für Harnack, der früher in Gießen gelehrt hatte, von dieser Universität zu Luthers Geburtstag, am 10. November 1888, zum Ehrendoktor der Theologie ernannt wurde.*) Denn in dem lateinischen Elogium war diese Ehrung begründet und dem Fürsten zugewandt, als: „Dem reichbewährten, vornehmsten Ratgeber der evangelischen Könige von Preußen, der erlauchten Stütze der evangelischen Sache in aller Welt, welcher darüber wacht, daß die evangelische Kirche gemäß ihrer Eigenart und nicht nach fremdartigem, für sie verderblichem Vorbilde regiert werde; dem tiefblickenden Staatsmanne, der erkannt hat, daß die christliche Religion allein Heil bringen kann der sozialen Not, die christliche Religion, die ihm die Religion der thatkräftigen Liebe, nicht der Worte, des Herzens und Willens, nicht der bloßen Spekulation ist; dem einsichtigen Freunde aller deutschen Universitäten, der zumal den evangelischen Fakultäten teuer geworden ist durch die Entschlossenheit, mit welcher er für die Freiheit derselben eingetreten ist, ohne welche sie dem Evangelium und der Kirche nicht dienen können." Bismarck erwiderte am 22. November dankend: „Meinem Eintreten für duldsames und praktisches Christentum verdanke ich diese Auszeichnung. Wer sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt ist, wird in dem Maße, in welchem Alter und Erfahrung seine Kenntnis der Menschen und Dinge erweitern, duldsam für die Meinung anderer." Die Stöckerpresse aber sagte von denen, die Bismarck

*) Zu vgl. auch Bd. I S. 80/81 dieses Werkes.

zum Dr. theol. machten: „Das vermögen nur Männer, die nicht wissen, was sie wollen, oder nicht wollen, was sie wissen," und die „Duldsamkeit", deren sich Bismarck in seiner Antwort rühmte, nannte Stöckers „Reichsbote": „jene Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit, die erfahrungsmäßig ... außerordentlich tolerant gegen jede Art des Unglaubens, aber intolerant gegen den positiven Glauben wird." Damit war der „Reichsbote" zum würdigen Nachfolger der verstummten „Reichsglocke" geworden!

Inzwischen hatten diese allein „Positiven" auch öffentlich ererfahren, wie der Kaiser über sie und ihre Quertreibereien denke. Denn einer seiner Vertrautesten, der Graf Douglas, hatte am 4. Oktober zu Aschersleben in einer Rede an seine Landtagswähler ausgesprochen: „Das Vertrauen des Kaisers zum Fürsten Bismarck und die pietätvolle Anerkennung, die er diesem von jeher gezollt hat, bilden die sicherste Gewähr dafür, daß der Kaiser keine Parteiregierung will und kennt.... Die alte Überlieferung der Hohenzollern, die religiöse Duldung in ihren Landen zu pflegen, hat keinen sichereren und besseren Beschützer als unseren Kaiser." Sein Eingreifen zu Gunsten der Berufung des Professor D. Harnack „bekundet zugleich in erfreulichster Weise das Festhalten des Kaisers an dem alten hohenzollernschen Grundsatze, daß die Wissenschaft frei und von den Strömungen der Parteien unbeeinflußt bleiben soll.... Ich halte für geboten festzustellen, daß die Beziehungen, welche Kaiser Wilhelm zu dem Hofprediger Stöcker unterhalten hat, nur sehr vorübergehende waren ..., und am wenigsten huldigt unser Kaiser den extremen politischen und konfessionellen Anschauungen, welche man an den Namen dieses Abgeordneten zu knüpfen pflegt." Im höchsten Zorne suchte die Stöckerpresse dem Grafen Douglas die Befugnis zu bestreiten, dem Kaiser solche Ansichten unterzuschieben. Aber der Monarch selbst bewies nach dieser Rede durch deutliche Zeichen seiner Huld gegen Douglas, daß dieser die Herzensmeinung seines erhabenen Gönners ausgesprochen habe. Namentlich lud der Kaiser den Vertrauten zu der Friedensreise nach Rom und Neapel ein, die Kaiser Wilhelm um Mitte Oktober von

Wien aus antrat. Als sich endlich im März 1889 Stöckers Organ „das Volk“ auf einer Liebäugelei mit dem Welfentum betreten ließ, nötigte der Kaiser durch einen allerhöchsten Befehl den Hofprediger Stöcker, seine politische Laufbahn plötzlich abzuschließen.

Zu gleicher Zeit hatten auch die junkerlichen Kartellfeinde erfahren, wie Kaiser und Kanzler sich zu ihnen stellten. Der „Kreuzzeitung“ und ihrem Anhang hatte das „Kartell“ bereits viel zu lange gedauert. Schon bei den am 6. November 1888 bevorstehenden preußischen Landtagswahlen sollte es vernichtet werden. Vom Juli 1888 an sprach die Kreuzzeitung verächtlich von einem „Kartellstall“, von „Kartellträumereien“ u. s. w., und der „Reichsbote“ verlangte nicht undeutlich die Unterstützung der Welfen gegen die Nationalliberalen in der Provinz Hannover. Darauf bezeichnete Bismarcks Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“, eine solche Politik als „keine nationale, sondern als die Politik einer Handvoll von Parlamentariern, für welche das Fraktionsinteresse das oberste Gesetz bildet,“ und trat nachdrücklich für Erhaltung des Kartells ein. Dasselbe that das amtliche Organ der konservativen Partei, die „Konservative Korrespondenz“. Graf Douglas aber sagte in seiner Rede vom 4. Oktober: „daß der Kaiser entschlossen ist, bei seiner Regierung ohne Rücksicht auf die spezielle Parteifärbung die Unterstützung aller derjenigen in Anspruch zu nehmen, welche in den Grundfragen mit ihm einig sind. Solange nicht auch das Zentrum, die Freisinnigen und andere, wozu leider wenig Aussicht vorhanden ist, sich auf den gleichen Boden stellen, so lange sind die Kartellparteien diejenigen, auf welche die Regierung des Kaisers sich allein stützen kann und stützen muß.“ Das war mit derselben intimen kaiserlichen Billigung ausgesprochen wie die Worte, die Graf Douglas in derselben Rede gegen die „Stöckerei“ gesagt hatte. Und die Landtagswahlen vom 6. November brachten den Kartellparteien auf Kosten der Kartellgegner zahlreiche neue Sitze ein.

Wie kräftig der Kaiser dem Reichskanzler zur Seite stand, als die deutschfreisinnige Presse versuchte, beim Erscheinen des Geffckenschen „Tagebuchs Kaiser Friedrichs“ das Andenken seines hoch-

seligen Vaters gegen den Kanzler und den Kaiser selbst auszuspielen, das ist schon früher berichtet worden. Besonders nachdrücklich aber verdammte er dieses Treiben am 28. Oktober 1888 in der Antwort an die Berliner Stadtverwaltung, nachdem er dieser für „das überraschende Geschenk“ eines Monumentalbrunnens gedankt hatte. Denn da tadelte er aufs schärfste, daß „die Tagesblätter seiner Haupt- und Residenzstadt die Angelegenheiten seiner Familie in einer Art und Weise an die Öffentlichkeit gezogen und besprochen hätten, wie sich ein Privatmann das nie würde gefallen lassen. Er sei dadurch nicht nur schmerzlich berührt, sondern sein Unwille sei dadurch erregt worden. Vor allem bäte er sich aus, daß das fortdauernde Citieren seines hochseligen Vaters gegen ihn selbst endlich unterbleibe.“ Als die deutschfreisinnige Presse sich darauf erfrechte, diese kaiserlichen Worte als ein Verdammungsurteil über die Kartellparteien hinzustellen, brachte der „Reichsanzeiger“ am 3. November die Mitteilung: „Seine Majestät der Kaiser und König haben ausdrücklich zu erklären befohlen, daß es der Inhalt und die Tonart der freisinnigen Blätter sei, welche Allerhöchst Seine Gefühle verletzt haben.“

Dem Fürsten Bismarck hatte der Monarch während dieser Monate des Kampfes gegen extreme Parteien viele öffentliche Beweise seiner Huld gegeben; das handgreiflichste Zeichen dieser Huld war der zweimalige Besuch des Kaisers in Friedrichsruh. Auf der Rückkehr von seiner Kopenhagener Friedensreise verweilte Kaiser Wilhelm bei seinem Kanzler im Sachsenwalde vom 31. Juli bis 1. August und dann wieder am 29. Oktober bei der Heimkehr von den erhebenden Feierlichkeiten, die dem Zollanschluß von Hamburg und Bremen gegolten hatten. Am letzten Tage dieses Jahres aber richtete der Kaiser an den Reichskanzler folgendes Handschreiben: „Lieber Fürst! Das Jahr, welches uns so schwere Heimsuchungen und unersetzliche Verluste gebracht hat, geht zu Ende. Mit Freude und Trost zugleich erfüllt Mich der Gedanke, daß Sie Mir treu zur Seite stehen und mit frischer Kraft in das neue Jahr eintreten. Von ganzem Herzen erflehe ich für Sie Glück, Segen und vor

allem andauernde Gesundheit und hoffe zu Gott, daß es Mir noch recht lange vergönnt sein möge, mit Ihnen zusammen für die Wohlfahrt und Größe unseres Vaterlandes zu wirken."

In dieser bis dahin unerschütterlichen Verbindung der beiden ersten Männer des Reiches lag allerdings das Hauptärgernis der Extremen zur Rechten und Linken, und die „Kreuzzeitung" that daher ihr Bestes, durch Verleumdung des Reichskanzlers den Kaiser mit Mißtrauen gegen ihn zu erfüllen. Eine Musterleistung dieser Art war ein Artikel vom 20. Januar 1889 über „das monarchische Gefühl", das unter Bismarcks Leitung der Regierung unheilbar geschädigt sein sollte, und zwar dadurch, daß er „die rücksichtslose Dreistigkeit der Kartellbrüder" während der „Kanzlerkrisis" unter Kaiser Friedrich geduldet habe, ebenso „die taktlose Hereinziehung der Person unseres jetzigen kaiserlichen Herrn durch Graf Douglas u. s. w.", endlich durch die — vom Kaiser selbst befohlene! — „Veröffentlichung der Anklageschrift im Prozeß Geffcken." Der Artikel schloß: „Der Grundsatz: Autorität, nicht Majorität, die Grundlage des christlichen Staates, kommt ins Wanken." Mit Abscheu sagten sich da die konservativen Fraktionen des Reichstags und Landtags von jeder Gemeinschaft mit der „Kreuzzeitung" los, „auf deren Leitung die Partei keinen Einfluß besitze." Zugleich wurde dem Kaiser und dem Reichskanzler von diesem Beschlusse „in angemessener Weise Mitteilung erstattet". Der Kaiser sprach Anfang Februar gegen den freikonservativen Abgeordneten Landrat Kelch seine lebhafte Mißbilligung über die Haltung der Kreuzzeitung aus.

Aber selbst mit dieser Zurechtweisung und Brandmarkung hatte die Feudalpartei noch nicht genug. Als im Herbst 1889 der Kaiser und Bismarck die Erneuerung des Kartells von 1887 für die Reichstagswahlen vom Februar 1890 als sehr wünschenswert, ja durchaus notwendig erklärten, brachte die Kreuzzeitung im September und Oktober eine Reihe giftiger Artikel unter der gemeinsamen Überschrift „die Monarchie und das Kartell" — als ob diese beiden Dinge im Gegensatz stünden —, maßte sich an, „wieder

einmal das alte historische Banner der konservativen Königstreue zu entrollen" — als ob Fürst Bismarck dieses Banner schmählich im Stiche gelassen habe! —, bezeichnete dann vollends die Angriffe gegen die Kreuzzeitung als Verletzung der Allerhöchsten Gefühle und beschimpfte endlich (am 26. September) das Andenken der beiden ersten deutschen Kaiser, indem sie die ganze deutsche und preußische Gesetzgebung seit 1867 als „den Ausgleich, die ‚Legierung' des überlieferten Gedankens fester monarchischer Staatsordnung mit den Ideen der modernen Bildung" bezeichnete. Der Kaiser gab dem Junkerblatt schon vor Beendigung dieser dreisten Artikel die gebührende Antwort. Am 2. Oktober verkündete der „Reichsanzeiger": Se. Majestät der Kaiser und König hat von dem Inhalte der ‚Kreuzzeitung' vom 26. v. M. Kenntnis genommen und die darin ausgesprochenen politischen Auffassungen und Angriffe auf andere Parteien lebhaft gemißbilligt. Se. Majestät gestatten keiner Partei, sich das Ansehen zu geben, als besäße dieselbe das kaiserliche Ohr. . . . Se. Majestät sieht in dem Kartell eine den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende Gestaltung und vermag die Mittel, mit welchen die ‚Kreuzzeitung' dasselbe angreift, mit der Achtung vor der Allerhöchsten Person und vor unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen nicht in Einklang zu bringen." Wir erkennen in diesen kräftigen Worten unschwer die Mitarbeit der Klaue des Löwen von Friedrichsruh. Die Kreuzzeitungsmänner krochen zu Kreuze. Herr v. Hammerstein, der Leiter des Blattes, eliminierte sich gedrückt aus dem konservativen Parteivorstand. Anfangs Dezember 1889 kam das heilsame Kartell von 1887 für die Reichstagswahlen von 1890 wieder zu stande. Als aber trotz alledem im Januar 1890 die feudale Partei die Nachricht verbreitete, der Kaiser unterstütze die Wahl v. Hammersteins in Bielefeld und lese die „Kreuzzeitung" mit Vorliebe, da rügten die „Politischen Nachrichten" vom 10. Januar 1890, offenbar im unmittelbaren Auftrage des Kaisers, diese ihn „verletzenden Umtriebe" auf schärfste in den Worten: „Dieser Mißbrauch der kaiserlichen Autorität zu'r Beeinflussung der Wahlen und die darin liegende Identifizierung des Kaisers mit den Tendenzen

der „Kreuzzeitung“ sind zur Kenntnis Sr. Majestät gelangt und haben Allerhöchst dessen Mißfallen erregt. Se. Majestät der Kaiser hat deshalb einen Befehl ergehen lassen, wonach die „Kreuzzeitung“ in den königlichen Schlössern überhaupt nicht mehr aufliegen oder gehalten werden soll.“

Auch in dem großen Bergarbeiterstreik des Jahres 1889 im Ruhr- und Saargebiet und in Schlesien gingen der Kaiser und Bismarck soweit Hand in Hand, daß beide der Verkündung des Belagerungszustandes in den Streikgebieten widerstrebten und eine friedliche Verständigung überaus wünschenswert erachteten. Die letztere ist ja auch, nicht infolge der Vermittelung der vordringlichen und prestige-bedürftigen deutschfreisinnigen Abgeordneten Schmidt-Elberfeld und Baumbach, sondern infolge der kenntnisreichen Vorschläge des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Hammacher erreicht worden. Den Wortführern der Streikenden aber, die den Kaiser über ihre Kaisertreue belogen, traute Bismarck nicht über den Weg. Diese drei Kaiserlügner Schröter, Bunte und Siegel haben sich in der That später als Sozialdemokraten vom unreinsten Wasser entpuppt.

Die hervorragende Friedensliebe, welche Kaiser Wilhelm II. durch seine Reisen an die europäischen Höfe bekundete, entsprach natürlich gleichfalls Bismarcks Anschauungen und seiner europäischen Friedenspolitik vollkommen. Weniger einverstanden war dagegen der Reichskanzler mit dem Besuche Kaiser Wilhelms in Petersburg (1888) und in England (1889). Er fürchtete mit Recht — denn diese Befürchtungen sind im vollen Maße bewahrheitet worden —, daß der Besuch am russischen Hofe in England und der Besuch am englischen Hofe in Rußland, mit Hilfe von allerlei Zwischenträgereien, verstimmend wirken und dadurch im ganzen mehr schaden als nützen werde. Dagegen ganz in Bismarcks Sinn waren die Friedensreisen des Kaisers nach Wien und Rom im Oktober 1888, während der Kanzler die nach Athen und Konstantinopel (im Oktober und November 1889) widerraten hatte. Auf der Rückreise von Petersburg, Ende Juli 1888, ließ der Kaiser

seine Flotte auch in Stockholm und Kopenhagen landen und auf allen diesen Reisen ließ er sich vom Minister Grafen Herbert von Bismarck, als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, begleiten. Bei den Gegenbesuchen des Königs und Kronprinzen von Italien in Berlin, in Begleitung Crispis, am 21. bis 26. Mai 1889, des Kaisers von Österreich in den Tagen vom 12. bis 15. August 1889 und des Kaisers von Rußland am 11. bis 13. Oktober 1889 war auch Fürst Bismarck in Berlin zugegen. Endlich erfreute sich der Reichskanzler von Herzen über die stürmischen Huldigungen, die seinem jungen Herrn in Preußen und im Reiche überall zu teil wurden, wo derselbe sich auf seinen Reisen zeigte: in Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg, Hessen, den Reichslanden.

Die anscheinend fast vollständige Übereinstimmung der Ansichten und Pläne des Kaisers und Kanzlers gestattete dem letzteren auch während der ersten Regierungsjahre seines neuen Herrn, sogar mehr noch als Fürst Bismarck vielleicht selbst erwartet hatte, seiner Vorliebe für das Landleben sich hinzugeben. Schon am 12. Juli 1888, also nur wenige Wochen nach dem Heimgang Kaiser Friedrichs und dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II., war der Kanzler in Begleitung seines Schwiegersohnes, des Grafen Rantzau, wieder nach Friedrichsruh zurückgekehrt, um hier, mit der kurzen Unterbrechung, die das Erscheinen des „Tagebuchs Kaiser Friedrichs" in der Zeit vom 24. und 25. September veranlaßte, bis zum 10. Januar 1889 zu verweilen. In Friedrichsruh empfing Bismarck, wie bereits erwähnt wurde, am 31. Juli und 29. Oktober 1888, den Besuch seines jungen Kaisers. Eine sehr eigentümliche, aber den Fürsten hocherfreuende Auszeichnung, wurde diesem hier am nämlichen 31. Juli 1888 zu teil, an dem der kaiserliche Herr zum erstenmal als solcher in Friedrichsruh zu Gast war. Zur Feier ihres 600-jährigen Bestehens (2. Juli 1888), erteilte an diesem Tage die Schneiderinnung zu Berlin dem Fürsten Bismarck den Ehrenmeisterbrief „aus Dankbarkeit für seine hohen Verdienste um die Einigkeit des Deutschen Reiches, sowie besonders um die Hebung des

deutschen Handwerkerstandes." Sie hätte sich auch darauf beziehen dürfen, daß Bismarcks Ahnherr, der Feldmarschall v. Derfflinger, das Bügeleisen mit dem Schwert vertauscht habe.

Im Monat August 1888 empfing der Herr von Friedrichsruh hier nacheinander die Besuche des Gesandten Kurt v. Schlözer, des Oberpräsidenten von Hannover und Führers der nationalliberalen Partei, Rudolf v. Bennigsen, der Minister Herrfurth und v. Böttticher, endlich des italienischen Ministerpräsidenten Crispi und des Botschafters Grafen de Launay. Im September verweilten hier am 18. der österreichisch-ungarische Ministerpräsident Graf Kalnoky und von neuem der befreundete Kurt v. Schlözer, am 20. bis 22. der deutsche Gesandte in Madrid, Frhr. v. Stumm, am 26. und 27. der kaiserliche Botschafter am italienischen Hofe, Graf Solms. Am 22. September nahm Bismarck an dem Erntefest seiner Leute auf dem Gute Schönau im Sachsenwalde teil und hielt hier folgende Ansprache an dieselben: „Der Winter hat uns viel Trübes gebracht, wir haben unsern alten Kaiser begraben müssen, und schon wenige Monde später seinen Sohn, unsern Kaiser Friedrich. Hier ist auch nach trüben Tagen wieder Sonnenschein geworden, denn mit Stolz können wir Deutsche auf unseren Kaiser Wilhelm II. blicken, der ein Soldat vom Kopf bis zur Sohle ist und gewiß tapfer dreinschlagen wird, mit Hilfe seines Heeres, wenn Deutschland angegriffen würde. Aber Kaiser Wilhelm II. liebt seine Unterthanen zu sehr und wird alles aufbieten, um ihnen den Frieden zu erhalten; denn diejenigen von Euch, welche vor 18 Jahren mit mir in Frankreich waren, die wissen, was es heißt, das Erntefest feiern, wenn der Feind im Lande steht, dann bleibt nicht viel für den Landmann übrig, und deshalb wollen wir heute unseres Kaisers gedenken und ihm ein donnerndes Hoch darbringen: Unser Kaiser lebe hoch!"

Im Oktober erschien Minister v. Böttticher in den Tagen vom 9. bis 11. wieder in Friedrichsruh. Im nämlichen Monat, vom 11. bis 19. Oktober weilte der deutsche Kaiser in Rom und Neapel bei der italienischen Königsfamilie, und aus dem Jubel

dieser Begegnung hatte Crispi ein herzliches Telegramm an seinen großen Freund in Friedrichsruh gerichtet. Bismarck beantwortete es am 12. telegraphisch in den Worten: „Ich danke Eurer Excellenz aus vollem Herzen, daß Sie in dem Augenblicke, wo Sie der Begegnung unserer Souveräne beiwohnten, welche der feierliche Ausdruck der herzlichen Freundschaft der beiden großen Nationen ist, an mich gedacht haben. Das Bewußtsein, gemeinsam an der Befestigung dieser gegenseitigen Freundschaft unserer Souveräne und unserer Länder gearbeitet zu haben, und unser fester Wille, diese Freundschaft aufrecht zu erhalten und sie immer intimer zu gestalten, bilden eine meinem Herzen teure Verbindung inmitten der glänzenden Feste, welche in Rom gefeiert werden, wie in dem einsamen Walde, den Eure Excellenz vor zwei Monaten mit mir zu durchwandern die Freundlichkeit hatten."

In den Tagen vom 21. bis 23. Oktober verweilte, von der italienischen Reise in Begleitung des Kaisers zurückgekehrt, auch Graf Herbert Bismarck in Friedrichsruh. Am 1. November folgte ihm der württembergische Ministerpräsident von Mittnacht. Am 31. Oktober hatte der Kaiser mit dem Könige von Sachsen der Feier der Grundsteinlegung zum Reichsgerichtsgebäude in Leipzig persönlich beigewohnt und bei dieser Feier hatte die Stadt Leipzig den Fürsten Bismarck telegraphisch begrüßt. Dieser dankte dem Oberbürgermeister Dr. Georgi am 2. November in einem Schreiben. Am 20. sandte der Reichskanzler telegraphische Glückwünsche an den Geheimen Rat Professor Dr. Gneist in Berlin zu dessen 50jährigem Doktorjubiläum. In denselben Tagen sprach er dem spanischen Botschafter in Berlin, Grafen Benomar, sein Bedauern über dessen Abberufung aus. Am 16. Dezember wurde das dem Fürsten gehörige Landhaus „Gastwirtschaft" in Friedrichsruh durch Feuer zerstört. Zu Weihnachten war die ganze Familie, Graf Herbert, Graf Wilhelm mit Familie, Graf Rantzau, um den Vater in Friedrichsruh versammelt. Am 26. kam hier auch Lenbach zu mehrtägigem Besuche an.

Am 10. Januar 1889 kehrte Bismarck mit Gemahlin nach

Berlin zurück. Schon am 11. hielt er dem Kaiser Vortrag, vornehmlich über die Veröffentlichung des Anklageaktes gegen Dr. Geffcken, die am 13. auch erfolgte. Am 12. hatte er die Abgeordneten v. Bennigsen und Öchelhäuser und den Hauptmann Wißmann zum Diner bei sich. Am 27. erschien er persönlich zur Beglückwünschung beim Kaiser zu dessen Geburtstag und gab zu Ehren dieses Tages das übliche Botschafterdiner. Am 30. sprach er dem Kaiser von Österreich sein inniges Beileid aus bei dem plötzlichen gewaltsamen Tode des Kronprinzen Rudolf: am folgenden Tage machte er auch dem österreichischen Botschafter, Grafen Szechenyi, einen Trauerbesuch. Als der Großkaufmann Rudolf Hertzog in Berlin, der stets für die nationalen Parteien in Berlin mannhaft und mit bedeutenden Geldbeiträgen eingetreten war, am 14. Februar sein 50jähriges Geschäftsjubiläum feierte, sandte ihm der Reichskanzler ein Glückwunschschreiben, für welches sich Herr Hertzog am 21. in persönlichem Besuch bedankte.

Das erste parlamentarische Landtagsdiner, das der Fürst in diesem Jahre gab, fand am 22. Februar statt. Die Bemerkungen, die hier der Gastgeber über die Gabe glänzender parlamentarischer Beredsamkeit machte, erregten den besonders lebhaften Zorn der deutsch-freisinnigen Presse. Denn Bismarck sagte: „Es sei eine alte Erfahrung, daß, wer eine solche Beredsamkeit besitze, selten einen klaren Blick und ein richtiges nüchternes Urteil für die wirklichen Verhältnisse habe. Dem gegenüber sei eine nüchterne, kernige, hausbackene Natur, wie sie den verstorbenen Kaiser Wilhelm zum Segen des Vaterlandes ausgezeichnet habe, um so nachdrucksvoller und glücklicher wirksam.“ Wunderbar war an dem Ärger der deutsch-freisinnigen Presse nur, daß sie durch diese Worte hauptsächlich ihre Parteiführer getroffen fühlte; diese mußten sich also doch vorwiegend durch den Mangel an „klarem Blick“ und an „richtigem, nüchternem Urteil“ auszeichnen. Auch eine interessante Enthüllung machte Bismarck nach diesem Diner seinen Gästen, indem er ihnen erzählte, daß der Minister v. Bodelschwingh in der Nacht des 18. März 1848 den Rückzug der Truppen aus dem

königlichen Schlosse (s. o. Bd. I S. 124) nur dadurch vom General von Prittwitz erschlichen habe, daß er diesem eine einzelne Stelle aus der königlichen Proklamation „An meine lieben Berliner“ vorlas, den Hauptsatz aber wegließ, wonach der König den Abzug der Truppen erst versprach, wenn die Barrikaden hinweggeräumt wären und das Volk zur Ordnung zurückgekehrt sein würde. Einige Tage darauf habe Prittwitz den jungen Otto von Bismarck gefragt, wie er sich in dieser Lage verhalten haben würde, und Bismarck habe geantwortet: man komme ja klüger vom Rathaus zurück als man hingegangen sei, aber er würde an Stelle des Herrn v. Prittwitz sicherlich einem Unteroffizier befohlen haben, den Zivilisten (Bodelschwingh) so lange in Verhaft zu nehmen, bis er seine militärischen Maßnahmen durchgeführt haben werde.*)

Am 25. Februar war der Kaiser beim Reichskanzler zum Diner. Graf Herbert wurde an diesem Tage zum Oberstlieutnant, Graf Wilhelm zum Major ernannt. Schon am 27. folgte die Ernennung des Letzteren zum Regierungspräsidenten in Hannover, wo er am 2. März durch den Oberpräsidenten v. Bennigsen eingeführt wurde.

Der tief bewegenden Erinnerungsfeier an den vor einem Jahre erfolgten Heimgang Kaiser Wilhelms wohnte Fürst Bismarck am 9. März im Palais der Kaiserin Augusta bei. Sowohl am 11. als am 19. März empfing der Kanzler den Besuch des Großherzogs von Baden, der aus eben diesem Anlaß in Berlin weilte. Das trauliche Verhältnis, das der junge Kaiser zu seinem Kanzler unterhielt, trat in diesen Tagen besonders deutlich hervor in folgendem Vorgang. Als Bismarck am 25. März dem Kaiser Vortrag hielt, erwähnte er beiläufig, daß morgen ein parlamentarisches Reichstagsdiner bei ihm stattfinde. Der Kaiser bekundete sein Interesse für diesen Vorgang, worauf Fürst Bismarck an den hohen Herrn die Einladung richtete, daran teilzunehmen. Der Kaiser nahm gern an

*) Dem Sohne des Ministers v. Bodelschwingh gegenüber, der diese Angaben Bismarcks bestritt, hielt sie dieser in einem scharfen Artikel der Nordd. Allg. Ztg. vollständig aufrecht.

und kam als einer der ersten Gäste in einfacher Hofequipage angefahren. An der Rampe des Palais empfing ihn der Fürst. Nach der Tafel sagte der Kaiser jovial: „Bismarck, jetzt nehmen Sie Ihre Pfeife, sonst gehe ich." Auch an dem parlamentarischen Frühstück, das der Reichskanzler am 20. Mai gab, nahm der Kaiser teil. Natürlich wurde dadurch das Gepräge dieser Versammlungen, trotz aller Herablassung des Monarchen, wesentlich verändert, denn nicht mehr der Gastgeber, sondern der hohe Gast bildete den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit in jedem Sinne.

Am Vortage von Bismarcks 74. Geburtstage, am 31. März 1889, wurde das von Donndorf geschaffene Denkmal des Reichskanzlers in Stuttgart enthüllt. Am Geburtstage selbst erschien der Kaiser persönlich zur Beglückwünschung. Seine Geschenke waren: eine große schwarze Ulmer Dogge als Ersatz für den verendeten „Tyras" — die noch heute mit „Rebekka" den Einsiedler von Friedrichsruh und Varzin auf jedem Schritt begleitet — und ein alter Kupferstich in Eichenholzrahmen, das Bildnis eines Bruders des Urgroßvaters des Fürsten, des 1697 geborenen Dompropstes Georg Friedrich v. Bismarck. Außer dem Kaiser erschienen Prinz Georg von Preußen, die Minister, die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, die Generalität, Vertreter der Parlamente, die Botschafter und Gesandten und eine Abordnung vom Vorstande des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Viele regierende Fürsten sandten Glückwunschschreiben und Telegramme. Von allen, die dem Fürsten an jenem 1. April 1889 gratulierten, ahnte keiner — auch der Kaiser nicht —, daß Bismarck ein Jahr später nicht mehr Reichskanzler sein werde!

Auch zum Geburtstage der Fürstin, am 11. April, erschien der Kaiser persönlich im Reichskanzlerpalais. Die Kapellen von vier Garderegimentern brachten ein Ständchen dar. Graf Wilhelm und Graf Rantzau waren mit Gemahlinnen erschienen.

Am 21. April verschied der alte Vertraute Bismarcks, Geh. Rat Wagener. Bismarck richtete an die Hinterlassenen folgendes Beileidschreiben: „Ich verliere an dem Verstorbenen einen lang-

jährigen Mitarbeiter, der in schweren Zeiten mir mit seinem reichen Wissen und seiner unermüdlichen Thätigkeit tapfer zur Seite gestanden hat." Am 30. April waren der Kaiser und die Kaiserin beim Reichskanzler zum Diner. Am folgenden Tage erschien mit Bismarcks Gegenzeichnung der kaiserliche Erlaß bezüglich der Reformen im Schulwesen. Zum letzten Male — niemand ahnte auch das — brachte die Kapelle des 2. Garderegiments z. F. dem Fürsten am 7. Mai, zur Erinnerung an den Cohenschen Mordversuch, das seit 22 Jahren übliche Morgenständchen dar.

Eine wackere Seemannsthat gab Bismarck wieder einmal Gelegenheit, der Welt auch von seiner Herzensgüte eine Probe abzulegen. Der Kapitän Murrell des englischen oder amerikanischen Dampfers „Missouri" hatte die Passagiere und Bemannung des dänischen Dampfers „Dänemark" in höchster Seenot mit größter eigener Gefahr hochherzig und geschickt gerettet. Da fühlte sich der deutsche Kanzler gedrungen, dem fremden Kapitän für diese wackere That zu Gunsten eines fremden Schiffes in einem längeren englischen Schreiben vom 8. Mai 1889 zu danken und zu sagen: „Erlauben Sie mir, Ihnen meine Glückwünsche darzubringen zu der allgemeinen Anerkennung, welche Ihre mannhafte Haltung in der öffentlichen Meinung aller seefahrenden Nationen gefunden hat. Möge Ihr Beispiel andere zum Wetteifer anregen, in ähnlichen Fällen dazu beizutragen, die Folgen von Seenot so zu mildern, wie Sie thaten, als das Los des dänischen Dampfers in Ihrer Hand lag. Empfangen Sie die Versicherung meiner besonderen Hochachtung." Unter allen Anerkennungen, die der Wackere von „der öffentlichen Meinung der seefahrenden Nationen" erhielt, ist ihm doch sicherlich diejenige des großen deutschen Kanzlers die unerwartetste, aber auch köstlichste gewesen!

Am 18. Mai ließ sich Fürst Bismarck einzeln und mit den Mitgliedern des Bundesrates im Foyer des Reichstags photographieren. Auch von letzteren ahnte niemand, daß die treffliche Rede, die der Kanzler an diesem Tage über die Alters- und Invaliditätsversicherung gehalten hatte (s. o. S. 101), seine letzte Reichstags-

rede sein werde! In den Tagen vom 29. Mai bis 3. Juni verweilte Bismarck mit Gemahlin und Söhnen in dem von schwerer Überschwemmung heimgesuchten Schönhausen. Am 8. Juni siedelte er mit Gemahlin, begleitet von dem Geh. Ober-Reg.Rat von Rottenburg, zu mehrmonatlichem Aufenthalt nach Varzin über.

Von Varzin aus richtete Fürst Bismarck an die Stammgäste des Wormser Weinhauses am 13. Juni 1889 ein Dankschreiben für die freundliche Begrüßung, welche diese Weinhausveteranen „in Erinnerung an die 1689 erlittenen Trübsale" dem Rächer und Vergelter alles alten deutschen Herzeleides dargebracht hatten: „Möge die Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1689 jedem Deutschen vergegenwärtigen, wohin unser Vaterland durch Schwäche und Uneinigkeit geraten könnte." Von derselben nationalen Fürsorge war der Erlaß getragen, mit dem er am 29. Juni dem deutschen Verein für Knabenhandarbeit zur Förderung seiner Zwecke 5000 ℳ aus Reichsmitteln überwies. Den Varziner Aufenthalt unterbrach Bismarck nur, um beim Empfang der österreichischen Gäste in Berlin (vom 12. bis 15. August) mitzuwirken.

Am 20. August begab sich der Reichskanzler alsdann in Begleitung von Tochter und Schwiegersohn nach seinem Landsitz Friedrichsruh. Die Fürstin gebrauchte, wie alljährlich, das Bad Homburg; der Fürst glaubte in diesem Jahre jedoch auf die gewohnte Kissinger Kur verzichten zu können, — ein Beweis für die günstige Wandlung in seinem Gesundheitszustand, seitdem Professor Schweninger den Fürsten in Behandlung genommen hatte. Am 7. September erschien der deutsche Botschafter, Graf Hatzfeld, mit einem englischen Parlamentsmitglied in Friedrichsruh zu Besuch. In Begleitung beider Herren und des Geheimrats v. Rottenburg wohnte der Fürst am nämlichen Tage dem Erntefeste auf seinem Gute Schönau bei. Doch noch an demselben Abend stellte sich unversehens wieder ein Anfall von Venenentzündung ein, der den Fürsten jedoch nicht verhinderte, am 10. den befreundeten Gesandten Kurt v. Schlözer zu mehrtägigem Besuch zu empfangen. Während die beiden Männer hier in der Stille des Sachsenwaldes von den

römischen Erfahrungen und Eindrücken Schlözers, von der Politik des Vatikans und des Königreich Italiens plauderten, wurde der italienische Ministerpräsident Crispi am 13. September bei einem Besuche in Neapel von einem Mordgesellen angefallen, der den Minister indessen zum Glück nur mit einem Steinwurf am Kinn verwundete. Bismarck telegraphierte an den befreundeten italienischen Staatsmann am folgenden Tage in französischer Sprache: „Ich bitte Sie, teurer Kollege, meine herzlichen Glück- und Heilwünsche für Ihre baldigste Genesung und dafür entgegenzunehmen, daß Sie durch den Schutz der Vorsehung vor jedem ähnlichen Attentat bewahrt bleiben mögen." Im weiteren Verlaufe des Monats trafen dann noch Graf Münster aus London, Graf Herbert, Schatzsekretär v. Maltzahn und Minister v. Böttlicher aus Berlin, endlich die Fürstin mit dem Grafen Wilhelm aus Homburg und Hannover in Friedrichsruh ein. Hier führte Herr Wangemann am 7. Oktober dem Fürsten einen Edisonschen Phonographen vor, den Bismarck als „a clever instrument", als eine geistvolle Erfindung bezeichnete.

Der friedliche, durch Gäste angenehm belebte Sommer- und Herbstaufenthalt in Friedrichsruh wurde am 9. Oktober unterbrochen behufs Teilnahme an dem Besuche des russischen Zaren in Berlin. Letzterer gab dem deutschen Reichskanzler neue Beweise seiner alten Huld. Denn am Tage seiner Abreise von Berlin, am 13., ließ er ihm und dem Grafen Herbert durch den russischen Hausminister Woronzoff Daschkow sein Miniaturbild in Form einer geschmackvoll gearbeiteten Dose überreichen, die nach dem Grashdanin einen Wert von 24000 ℳ hatte. Am 16. erschien auch Graf Schuwaloff, der russische Botschafter in Berlin, beim Fürsten, der noch am nämlichen Tage mit Gemahlin wieder nach Friedrichsruh zurückkehrte, während Graf Herbert auf Einladung des Kaisers diesen auf der Reise nach Athen und Konstantinopel begleitete. Von dieser Orientreise des Kaisers trafen zahlreiche Telegramme des Monarchen in Friedrichsruh ein. Am 24. Oktober wurde der Fürst übrigens schon wieder von einem Brandschaden betroffen — in wenigen Jahren dem dritten —: es brannte die Mühle im Orte Aumühle nieder,

und der Gutsherr ließ es sich nicht nehmen, persönlich an der Brandstelle zu erscheinen. Gegen Ende des Monats verweilte alsdann der Bildhauer Kruse mehrere Tage in Friedrichsruh, um die für das Hamburger Rathaus bestimmte Büste des Fürsten zu modellieren. Am 10. Dezember traf Graf Herbert, aus dem Orient zurückgekehrt, hier ein. Am 22. erteilte der Fürst der hamburg-amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft die Erlaubnis, ihrem vierzigsten transatlantischen Dampfer den Namen „Fürst Bismarck" zu geben. Noch mehrere Besuche von Ministern und Diplomaten wurden dem Herrn von Friedrichsruh bis zum Jahresschlusse zuteil. Weihnachten feierte er mit der Gemahlin, den Grafen Herbert v. Bismarck und Rantzau und dem Maler Lenbach. Am 30. Dezember aber erhielt er folgendes huldvolle Schreiben des Kaisers: „Zum bevorstehenden Jahreswechsel sende Ich Ihnen, Mein lieber Fürst, Meine herzlichsten und wärmsten Glückwünsche. Voll innigen Dankes gegen Gott blicke Ich zurück auf das zu Ende gehende Jahr, in welchem uns beschieden war, nicht nur unserem teueren Vaterlande den äußeren Frieden zu erhalten, sondern auch die Bürgschaften für Aufrechterhaltung des Friedens zu verstärken. Mit hoher Befriedigung hat es Mich noch erfüllt, daß es unter der vertrauensvollen Mitwirkung der Vertreter des Reichs gelungen ist, das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung zustande zu bringen und dadurch einen wesentlichen Schritt auf dem Mir besonders am Herzen liegenden Gebiete der Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung vorwärts zu thun. Ich weiß sehr wohl, welch reicher Anteil an diesen Erfolgen Ihrer aufopfernden und schaffensfreudigen Thatkraft gebührt, und bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rat noch viele Jahre erhalten." Nicht ganz drei Monate später war Fürst Bismarck entlassen!

Die „die Aufrechterhaltung des Friedens verstärkenden Bürgschaften" des Jahres 1889, welche das vorstehende kaiserliche Schreiben erwähnt, bezogen sich auf die Ausgleichung einer vorübergehenden Verstimmung mit der Schweiz, aus Anlaß der widerrechtlichen Ver-

haftung des deutschen Polizeikommissars Wohlgemuth aus Mülhausen im Elsaß durch den Bezirksamtmann von Rheinfelden (Kanton Aargau) am 21. April 1889. Bismarck hatte den Vorfall sehr ernst aufgefaßt und behandelt, den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz gekündigt und darauf hingewirkt, daß die Schweiz endlich durch einen „Bundesanwalt" und die Zentralisation der politischen Polizei in der Hand des schweizerischen Bundesrates dem die Nachbarländer beunruhigenden Treiben der sozialdemokratischen und anarchistischen deutschen Umstürzler, die das schweizerische Asylrecht mißbrauchten, schärfer aufpassen und sie abschieben konnte. Das war im Grunde auch längst das Streben des eidgenössischen Bundesrates gewesen, das bisher nur an dem schweizerischen Radikalismus und Partikularismus gescheitert war. So verlief dieser Vorfall zum Segen beider Lande, und der Niederlassungsvertrag wurde mit einigen von Bismarck gewünschten Änderungen wieder in Kraft gesetzt.

Eine zweite „verstärkende Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens" hatte am 11. Oktober 1889 Bismarcks Begegnung mit dem Zaren in Berlin gegeben. Denn abermals war es den am russischen Hofe wühlenden Feinden Deutschlands gelungen, das Mißtrauen des Zaren gegen die deutsche Politik zu erregen. Im Februar 1889 hatte Katkows einflußreiches Organ, die „Moskauer Zeitung", sogar die bübische Verleumdung gewagt, Fürst Bismarck habe den plötzlichen Tod seiner „Hauptgegner", des Kronprinzen von Österreich, des Generals Chanzy, Gambettas, Skobelews und des Königs Ludwig von Bayern veranlaßt! Nach jener Aussprache des Zaren mit dem deutschen Reichskanzler konnte Graf Kalnoky, der vom 2. November an mehrere Tage in Friedrichsruh gewesen, in seinem Organ, dem „Wiener Fremdenblatt", am 9. mitteilen lassen: „Man darf es nunmehr als einen Erfolg des Berliner Besuches Kaiser Alexanders III. ansehen, daß vermöge der Bemühungen des Reichskanzlers das Mißtrauen gegen die Zwecke der Friedensliga, von welchem das Gemüt dieses Herrschers gefangen genommen war, wesentlich erschüttert und entkräftet wurde." Bei jener Unterredung hatte der Zar zu Bismarck aber auch die erst später bekannt

gewordenen*) Worte gesprochen: „Ja, Ihnen glaube ich und in Sie setze ich Vertrauen, aber sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?“ „Ich sah den Zaren erstaunt an,“ erzählt Bismarck darüber, und sagte ihm: ‚Gewiß, Majestät, ich bin dessen ganz sicher, ich werde mein Leben lang Minister bleiben‘; denn ich hatte keine Ahnung davon, daß eine Änderung bevorstehe, während der Zar selbst, wie die Frage zeigt, von der Wandlung, die sich vollziehen sollte, bereits unterrichtet sein mochte.“

Am 24. Januar 1890 kehrte der Fürst in Begleitung seiner Gemahlin nach Berlin zurück — er ging der Katastrophe seiner Entlassung entgegen!

Doch ehe wir von diesem trauervollen Ereignisse reden, versuchen wir einen Überblick über die Grundsätze, Ziele und Ergebnisse zu gewinnen, die Bismarck in seiner Kolonialpolitik unter den ersten drei deutschen Kaisern verfolgte. Natürlich kann im Rahmen dieses Werkes nur auf Bismarcks leitende Ideen, nicht auf das Detail der Entwickelung unserer Kolonialpolitik eingegangen werden.

---

*) Mitteilung Bismarcks in Wien am 22. Juni 1892 an den Berichterstatter der „N. Fr. Presse“.

Drittes Kapitel.

Bismarcks deutsche Kolonialpolitik (1880—1890).

Deutscher Wandertrieb und Wagemut hatte schon lange vor Gründung des Deutschen Reiches und lange ehe die Reichsflagge über deutschen Landbesitz in fernen Weltteilen aufgezogen werden konnte, in Ländern und Inseln, über welche fremde Herrscher geboten, an Meeren, die kaum je ein schützendes deutsches Kriegsschiff durchsegelte, auf eigene Verantwortung und gut Glück große Landstriche erworben und blühende, von Deutschen besiedelte Kolonien, bedeutende Handelsbeziehungen zum Mutterlande entstehen lassen, so auf den Fidschiinseln der Südsee, auf den Schifferinseln (Samoa), auf den Sandwichsinseln (Honolulu) und im Herero-Lande in Südwestafrika. Obwohl nun Bismarck, wenn deutsche Ansiedelungen solcher Art seinen Schutz verlangten, durch fremde Souveränitätsrechte meist an direktem, d. h. nötigenfalls bewaffnetem Einschreiten verhindert war, so hat er, unter gewissenhaftester Beachtung der fremden Landeshoheitsrechte, doch auch diesen in den fernsten Erdteilen zerstreuten Landsleuten den kräftigen Schutz des in seiner Einheit mächtigen Vaterlandes angedeihen lassen.*)

Das erste Hilfsgesuch dieser Art war schon 1868 an den norddeutschen Bundeskanzler Grafen Bismarck aus Südwestafrika gekommen, wo nahe der Küste, im Herero- und Namaqua-Lande die Rheinische Missionsgesellschaft Niederlassungen gegründet hatte,

*) Viel eingehender als hier möglich, ist Bismarcks deutsche Kolonialpolitik dargestellt bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 601/35.

Handel trieb und sich durch die fortwährenden inneren Kriege der Eingeborenen bedroht sah. Schon damals erklärte sich Bismarck bereit, gemeinsam mit England ein Kriegsschiff an die dortige Küste zu senden. Aber die englische Kolonialeifersucht machte drei Kreuze vor dem Erscheinen der deutschen Flagge in Südwestafrika und verpflichtete sich lieber dazu, die dortigen deutschen Ansiedler gleich den englischen zu schützen. Etwa dasselbe wiederholte sich 1880, nachdem inzwischen England den einzigen Hafen jener Gebiete, die Walfischbai, erworben hatte. Da richtete Bismarck am 4. November die Anfrage nach London, ob England, da es in jenen Gegenden als Landesherr auftrete, auch den Schutz der deutschen Ansiedler wie den der eigenen Unterthanen übernehmen wolle. Lord Granville bejahte am 29. November, fügte aber hinzu, daß das britische Gebiet nur die Walfischbai und einen ganz kleinen Streifen Hinterland umfasse, und England für Ereignisse außerhalb dieses Besitzes nicht verantwortlich gemacht werden könne. Bismarck bewahrte diese Erklärung in seinem untrüglichen Gedächtnisse und brachte sie den britischen Staatsmännern bald nachher in Erinnerung.

Zur Zeit des Deutschen Reiches war der erste Hilferuf von deutschen Ansiedlern auf den Fidschiinseln an Bismarck gekommen, die dort schon seit etwa 1860 mit deutschem Fleiß und deutscher Ausdauer fast den ganzen Landbesitz erworben und ihn so wertvoll gemacht hatten, daß England ihn der selbstsüchtigen Erwerbung für wert hielt. Es hatte am 10. Oktober 1874 von den Inseln Besitz ergriffen und schickte sich nun großmütig an, die deutschen Besitzer, die durch ihren Schweiß das Land begehrenswert gemacht hatten, von ihrem Eigentum zu vertreiben und alle ihre Ansprüche im voraus für unklagbar zu erklären. Die bedrängten Deutschen baten Bismarck um Verleihung des Reichsschutzes. Diesen hat ihnen der Reichskanzler denn auch in zäher, fast elfjähriger, niemals ablassender Arbeit in vollem Maße angedeihen lassen. Am 19. Januar 1885 konnte er endlich dem Reichstag ein diplomatisches Urkundenbuch vorlegen, das die befriedigende Erlegung dieser Seeschlange darthat.

Ein schöner Beweis für das felsenfeste Vertrauen, das auch die großen Unternehmer und Kapitalisten der Hansestädte schon zu Beginn des Deutschen Reiches auf dessen Kraft und Bestand setzten, lange ehe die Hansestädte dem gemeinsamen Zollverband beitraten, ist die Thatsache, daß bereits im Dezember 1876 „zwei Herren", wahrscheinlich Lüderitz und ein Freund desselben, bei Bismarck erschienen, um ihm eine ausführliche Denkschrift über die Anlage einer deutschen Kolonie in Südafrika zu unterbreiten. Es war die erste Anregung einer selbständigen deutschen Kolonialpolitik. Der Vorgang ist bemerkenswert sowohl dadurch, daß diese Anregung nicht von Bismarck ausging, sondern von außen an ihn herantrat, und ferner durch die Antwort, die er auf diese Anregung gab. Er empfing die Herren nämlich sehr freundlich und sagte ihnen, er studiere die Kolonisationsfrage schon seit längerer Zeit eifrig, und sei zu der Überzeugung gekommen, daß eine so große Nation wie die Deutsche auf die Dauer Kolonien nicht entbehren könne. Aber ohne einen Impuls aus der Nation selbst sei die Sache nicht in die Hand zu nehmen. Darauf ließ er sich den Plan der Herren auseinandersetzen, der dahin ging, die deutsche Auswanderung von Nordamerika abzuziehen und in ein deutsches Kolonialgebiet zu lenken, das sie in Anlehnung an die Transvaalrepublik in Südwestafrika erwerben und durch eine Eisenbahn mit der Delagoa- und Santa Lucia-Bai, durch eine regelmäßige Dampferlinie aber mit dem Mutterlande verbinden wollten. Sie verlangten nur eine Zinsgarantie für die Dampfer- und Eisenbahnlinie im Betrage von jährlich 5 Millionen auf zehn Jahre. Bismarck erklärte: wenn sich mit dieser Summe die Auswanderung nach Nordamerika hindern und eine deutsche Kolonie gründen ließe, so sei das Opfer gewiß nicht zu hoch. Aber „der gegenwärtige Reichstag wird die Mittel nicht bewilligen. Zu einem so bedeutenden Vorhaben gehört eine tiefgehende Bewegung der Nation, und davon ist bisher noch keine Spur vorhanden." Auch sei die politische Lage noch zu ungünstig: Frankreichs Eifersucht und Englands Empfindlichkeit müsse man schonen. Indessen war diese Anregung, wie wir sehen werden,

weder bei dem Reichskanzler noch bei jenen kühnen Unternehmern verloren.

Bezeichnend für die vorsichtige Zurückhaltung der Kolonialpolitik Bismarcks ist weiter die Thatsache, daß die erste Geldforderung zu Kolonialzwecken an den Reichstag gerichtet wurde, nicht um deutsche Kolonien zu gründen, sondern um namhaftes deutsches Kapital und unschätzbare Früchte deutschen Fleißes, die in den deutschen Ansiedelungen auf den Samoainseln angelegt und erwachsen waren, vor Vernichtung zu retten. Hier hatten die Ansiedelungen und der Handel der Deutschen den Wettbewerb Englands und Nordamerikas weit zurückgedrängt und überflügelt. Durch Verträge des Deutschen Reiches mit der samoanischen Regierung (namentlich vom 24. Januar 1879) waren den dortigen Deutschen namhafte Handelsbegünstigungen gewährleistet und dem Reiche eine Marinestation eingeräumt. Die weitaus umfassendsten Niederlassungen und Handelsverbindungen in Samoa und der Südsee besaß aber das Hamburger Großhandlungshaus Godeffroy. Und dieses brach Ende 1879 zusammen. Zur Abwendung der ungeheuren Verluste und Nachteile, welche eine Verschleuderung der samoanischen Besitzungen dieses Hauses herbeigeführt haben würde, hatte sich auf Anregung Bismarcks in Berlin eine „deutsche Handelsgesellschaft“ gebildet, welche die Godeffroy'schen Besitzungen in der Südsee unter Zinsgarantie des Deutschen Reiches zu übernehmen bereit war. Die Bankiers Hansemann und Bleichröder hatten zur Gründung dieser Handelsgesellschaft über eine Million zur Verfügung gestellt. Das war der Ursprung der „Samoa-Vorlage“, die Bismarck im April 1880, nach Zustimmung des Bundesrates, dem Reichstag unterbreitete. Danach sollte das Reich der Seehandelsgesellschaft eine Verzinsung ihres wirklich eingezahlten Anlagekapitals von höchstens 10 Millionen Mark mit jährlich 3 Prozent gewährleisten. Die Vorlage verlangte also zur Rettung und Erhaltung dieses gewaltigen deutschen Unternehmens vom Reiche eine jährliche Zinsgarantie von höchstens 300000 ℳ und zwar nur auf die Zeit von 1880 bis 1899. Die Begründung des Entwurfes wies überzeugend nach, daß ein Preis-

geben der deutschen Ansiedelungen auf Samoa eine schwere Schädigung des Ansehens und der Handelsstellung Deutschlands in der Südsee im Gefolge haben müsse. Außerdem lasse sich, wenn das Reich diese Zinsgarantie leiste und dadurch die deutschen Unternehmungen in Samoa vollständig sicherstelle, ein großer Betrag der Kosten sparen, welche durch die Entsendung von Kriegsschiffen dorthin erwachsen würden.

Leider konnte der Reichskanzler an den beiden Lesungen der Vorlage im Reichstag am 22. und 23. sowie am 27. bis 29. April 1880 nicht teil nehmen. Durch sein Wort hätte er sicherlich das für das Reich beschämende Ergebnis verhindert, daß sie am 29. Mai mit nur 12 Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde, da ein großer Teil der Konservativen und Nationalliberalen sich vor der Abstimmung entfernte. Die knappe Mehrheit dankte ihren Sieg vornehmlich der sarkastisch-zersetzenden Beredsamkeit Bambergers. Bismarck war durch die Ablehnung einer so geringfügigen Summe für so wichtige nationale Zwecke tief gekränkt und auf Jahre hinaus gegen alle Kolonialpolitik ganz taub gemacht, um zu vermeiden, daß derartige Anregungen, die er gäbe, „ad acta Samoa geschrieben" würden. „Ich bin durch die Niederlage der Regierung in der Samoafrage lange Zeit abgehalten worden, etwas Ähnliches wieder vorzubringen. Vestigia terrent!", sagte er im Reichstag noch am 1. Dezember 1884. Seine Gegner aber, namentlich Ludwig Bamberger, bezeichneten ihrerseits später jede ihnen unbequeme Maßregel des Kanzlers als „Revanche pour Samoa", indem sie den für ihre persönliche Politik und Größe zureichenden Centimeterstab an Bismarck anlegten.

Aber auch das deutsche Volk nahm seine „Revanche pour Samoa" an der zwölfstimmigen Mehrheit! Gerade dieser beschämende Reichstagsbeschluß vom 29. April 1880 rief für die Sicherung und Neugründung deutscher Kolonien jene „tiefgehende Bewegung der Nation" hervor, welche Bismarck gegen die beiden Bremer Kolonialpioniere als notwendige Voraussetzung seines eigenen Eintretens „für ein so bedeutendes Vorhaben" erklärt hatte. Am

6. Dezember 1880 ward in Frankfurt am Main der „Deutsche Kolonialverein“ gegründet, der „die Klärung der öffentlichen Meinung und des Verständnisses für die Notwendigkeit der Kolonisation,“ die Hinlenkung der nationalen Arbeit auf dieses Gebiet und „die Errichtung deutscher Handelsfaktoreien als Ausgangspunkt für größere Unternehmungen“ sich zur Aufgabe setzte und sowohl durch seine finanziellen Mittel wie durch das Ansehen und die Zahl seiner Mitglieder bald eine jener Zwölfmännermehrheit ganz bedeutend überlegene Macht darstellte. An seiner Spitze stand der heutige Statthalter der Reichslande, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg.

Diese kräftige Regung des deutschen Volksgeistes für die Erwerbung deutscher Kolonien ermutigte den Bremer Kaufmann Lüderitz zur Ausführung seines schon 1876 dem Reichskanzler vorgelegten Planes. Nachdem er bereits am 16. November 1882 sich des Schutzes des Auswärtigen Amtes Deutschlands für sein Vorhaben versichert hatte, erwarb er 1883 von den eingeborenen Häuptlingen in Südwestafrika die Bai von Angra Pequena und auf dem Festlande vom Oranjefluß aufwärts bis zum 26. Grad südlicher Breite je 20 geographische Quadratmeilen Landesfläche von jedem Punkte der Küste aus gemessen. Für diesen wohlerworbenen Besitz bat er am 20. November 1883 den Reichskanzler um den Schutz des Reiches. Bismarck hatte ihm diesen Schutz in einem amtlichen Telegramm an den deutschen Konsul Lippert in Kapstadt schon am 18. August im voraus zugesagt. Aber nun hielt der Kanzler auch Wort, als England sich anschickte, den ihm recht unbequemen deutschen Erwerbungen in Südwestafrika mit dem völkerrechtlich ungeheuerlichen Wahngebilde eines „legitimen Machtgebietes“ Albions in jenen südlichen Himmelsstrichen entgegenzutreten. Die unsauberen und unerhörten Intriguen, die England dabei spielen ließ, können hier übergangen werden.*) Bismarcks gutes Gedächtnis allein schon sicherte ihm den Sieg. Denn er hatte durchaus nicht vergessen, daß

*) Sie sind vollständig mitgeteilt bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 609/11.

der auswärttge Minister Englands, Lord Granville, am 29. November 1880 amtlich erklärt hatte, das britische Gebiet in jenen Gegenden „umfasse nur die Walfischbai und ein ganz kleines Gebiet in deren Umgebung". Daran vermochte keine englische smartness und Intrigue zu rütteln. Am 8. August 1884 mußte die britische Regierung die deutsche Schutzherrschaft über Angra Pequena und Lüderitzland anerkennen. Am Tage zuvor schon war dort von den deutschen Kriegsschiffen „Leipzig" und „Sophie" überall die deutsche Flagge gehißt worden.

Inzwischen hatten von 1882 an deutsche Unternehmer durch rechtsgültige Verträge erhebliche Gebietsstrecken in Namaqua und Damara sowie die nicht unter englischer Hoheit stehende Umgebung der Walfischbai erworben. Am 19. August 1884 wurde England von der vollendeten Thatsache unterrichtet durch die amtliche Mitteilung, daß Deutschland diese Gebiete unter seinen Schutz gestellt habe. Gleichwohl erklärte das Kapparlament die nachträgliche rechtswidrige Annexion dieser deutschen Schutzgebiete durch England für „ratsam". Darauf richtete Bismarck am 22. August eine seiner schneidigsten Depeschen nach London, in welcher er kurz erklärte: „Der vom Kapparlament angewandten Theorie von theoretischen Besitzergreifungen ausgedehnter und unerforschter Küstenstriche auf dem Wege des Dekretes aus der Entfernung kann eine rechtliche Wirkung nicht zugeschrieben werden; sie widerspricht dem Völkerrecht und den Traditionen." Weiter aber wies Bismarck dem englischen Kolonialminister nach, daß dieser durch eine Reihe von Telegrammen das Kapparlament „zu diesen Beschlüssen, welche die Entwickelung der deutschen Unternehmungen zu beeinträchtigen bezwecken, ausdrücklich zu ermuntern" bestrebt gewesen sei. Dann ließ der Reichskanzler die That folgen, indem das deutsche Kanonenboot „Wolf" Anfang September die deutsche Flagge über der südwestafrikanischen Küste vom 26. Breitegrad bis Kap Frio hißte, mit Ausnahme der Walfischbai. Und nun erkannte England in einer Note vom 22. September die gesamten südwestafrikanischen deutschen Erwerbungen plötzlich an.

Derselben Ungunst und noch erhöhter Feindseligkeit Englands begegneten anfänglich die deutschen Erwerbungen in Westafrika, im Golf von Guinea, im Togo- und Kamerungebiet. Aber mit derselben Energie trat Fürst Bismarck auch den dortigen englischen Umtrieben entgegen und nötigte das stolze Albion schließlich zu demütigender Abbitte. Im Kamerungebiet hatten die Hamburger Firmen C. Woermann sowie Jantzen & Thormählen bereits im Februar 1882 Verträge mit dem Machthaber in Klein-Popo geschlossen und Handelsfaktoreien angelegt. Zu Beginn des Jahres 1883 suchte England sich mit Frankreich über gemeinsame Plackereien gegen die Deutschen an der westafrikanischen Küste zu verständigen, aber Bismarck durchkreuzte dieses löbliche Streben durch eine Note vom 13. April 1883. Darauf hetzte England im November 1883 die Negerhäuptlinge im Kamerungebiet auf, den Deutschen ihre Vertragsrechte streitig zu machen und sie mit Krieg zu bedrohen. Indes schon am 30. Januar erschien die deutsche Korvette „Sophie" in Klein-Popo, schloß am 31. mit den meuterischen Häuptlingen neue bündige Verträge und nahm die Hauptanstifter Anfang Februar gefangen, als die Neger von neuem ihr Wort brechen und meutern wollten, nachdem die „Sophie" ihnen den Rücken gewandt hatte. Am 17. April 1884 erfolgte auch die Bestellung des deutschen kaiserlichen Kommissars für Westafrika, in der Person des berühmten Afrikareisenden Dr. Nachtigal, der bis dahin deutscher Generalkonsul in Tunis gewesen war. England wurde am 19. April abermals einfach von der vollzogenen Thatsache benachrichtigt. Bismarck gab in einem Erlaß vom 19. Mai dem Dr. Nachtigal Auftrag: „Den Küstenstrich zwischen dem Nigerdelta und Gabun, insbesondere die Strecke gegenüber der Insel Fernando Po in der Bai von Biafra, möglichst westlich von der Kamerunmündung bis zum Kap St. John unter deutschen Schutz zu stellen; jeder Kollision unserer und der französischen Interessen aber sorgfältig aus dem Wege zu gehen", da damals das glückliche deutsche Einvernehmen mit dem französischen Ministerium Ferry bestand. Durch die bedrohte Lage der deutschen Faktoreien in Lome und Bageida sah indessen Dr. Nachtigal

sich genötigt, noch über den ihm erteilten Auftrag hinauszugehen und durch einen Vertrag mit dem König von Togo an der Sklavenküste das Togogebiet, das sich östlich von den englischen Besitzungen bis nach Klein-Popo erstreckte, unter deutschen Reichsschutz zu stellen. Hier wurde am 5. Juli 1884 feierlich die deutsche Flagge gehißt, am 5. September von der Korvette „Leipzig" auch in Porto Seguro.

Mit dem englischen Konsul Hewett im Kamerungebiet versuchte Dr. Nachtigal gegen Ende Juli eine friedliche Verständigung bezüglich der deutschen Schutzherrschaft über Kamerun zu gewinnen. Aber England mißbrauchte diese vertraulichen Mitteilungen ebenso schnöde wie die früheren deutschen Eröffnungen bezüglich Südwestafrikas. Am 28. Juli annektierte nämlich England plötzlich den mitten im Kamerungebiete (in der Ambasbai) liegenden Seeort Viktoria. Darauf hißte Dr. Nachtigal anfangs August sofort die deutsche Flagge in den von Bimbia bis Kleinbatanga belegenen Gebieten der Biafra-Bai, auch in Benita, vorbehaltlich der Anerkennung etwaiger älterer französischer Ansprüche durch den Reichskanzler. Unter dem Vorwand, daß in der Ambasbai seit langer Zeit eine englische Niederlassung bestehe, stellte nun England plötzlich dieses Gebiet unter britischen Schutz, worauf Bismarck am 1. Dezember dem englischen Botschafter in Berlin kurz erklärte: er werde das Einschließen deutscher Besitzungen in Kamerun durch englische Annexionen als eine unfreundliche Handlung ansehen.

Inzwischen hatten aber die englischen Konsularbeamten in Kamerun sogar die vertragstreuen Häuptlinge zum Wortbruch und zur Meuterei, die feindlichen zum Kriege gegen die deutschen Ansiedler aufgehetzt, und die Dualla-Neger betraten im Dezember wirklich den Kriegspfad. Da trieben ihnen aber die deutschen Kriegsschiffe „Bismarck" und „Olga" in den Tagen vom 20. bis 22. Dezember 1884 die kriegerische Gelüste für immer aus, obwohl selbst englische Kriegsschiffe die Empörer deckten. Bismarck richtete darauf am 5. Februar 1885 eine der schärfsten Noten seiner Laufbahn nach London und verlangte die sofortige Abberufung des

schuldigsten englischen Beamten in Kamerun, des Vizekonsuls Buchan. Lord Granville, der den Sturz des „liberalen" Ministeriums befürchtete, wenn er nachgäbe, beantwortete diese Note am 21. Februar mit ausgesuchter Grobheit und Geringschätzung. Darauf brach jedoch Bismarck die diplomatische Verhandlung ganz ab, brandmarkte in drohender Sprache das gesamte Verhalten der englischen Regierung und Minister öffentlich in der „Nordd. Allg. Ztg." und enthüllte alle Winkelzüge dieses feindseligen und verbrecherischen Treibens vor dem Reichstag in großen Reden am 10. Januar und 2. März, die er zur Begründung der Vorlage hielt, welche die Einsetzung eines ständigen kaiserlichen Gouverneurs in Kamerun bezweckte. Der Reichstag nahm diese Vorlage mit großer Mehrheit an. In denselben Tagen aber hatte Bismarck seinen Sohn, den Staatssekretär Grafen Herbert, nach London gesandt, um mit England gründlich abzurechnen und der britischen Regierung alle ferneren Umtriebe gegen die deutsche Kolonialpolitik sattsam zu verleiden. Dieses Einschreiten führte dazu, daß Lord Granville am 6. März 1885 im englischen Oberhause, in Gegenwart des Grafen Bismarck, für die englischen Sünden gegen die deutschen Kolonialbestrebungen de- und wehmütig förmliche Abbitte leistete, und Mr. Gladstone dasselbe am 12. März im Unterhause that. Über den letzteren hatte Bismarck schon 1884 gesagt: „Wenn ich im Verlaufe meines ganzen Lebens Deutschland nur halb so viel Schaden und Schande angethan hätte, als Gladstone im Laufe weniger Jahre über England gebracht hat, so würde ich nicht den Mut haben, irgend einem meiner Landsleute wieder unter die Augen zu treten." In einem Staatsvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und England vom 29. April 1885 wurde das gesamte westafrikanische deutsche Gebiet in seinen Grenzen festgestellt und von England anerkannt, durch einen Vertrag vom 27. Juli 1886 das deutsche und englische Schutzgebiet am Golf von Guinea nach dem Inlande zu beträchtlich verlängert und endlich durch einen Vertrag vom 28. März 1887 auch die Ambasbai von England an Deutschland abgetreten. Zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich ward die Abgrenzung

der beiderseitigen Kolonialgebiete in Afrika wie in der Südsee durch einen Vertrag vom 24. Dezember 1885 bewirkt.

Bismarcks Staatskunst verstand aber die kurze Zeit des guten Einvernehmens mit Frankreichs unter dem Ministerium Ferry zu einem noch viel wichtigeren Ergebnis zu benützen: zur europäischen Kongokonferenz. Diese ward auf gemeinsame Anregung Deutschlands und Frankreichs berufen, um die eigensüchtige Aufsichts- und Vormachtstellung, die England sich auf dem Kongo und Niger anmaßte, zu beseitigen und „die Grundsätze der Gleichberechtigung aller Nationen in Bezug auf den Handel im ganzen Kongo- (und Niger-)Gebiete zur Anerkennung zu bringen.“ Da Deutschland und Frankreich in dieser wichtigen Frage Hand in Hand gingen, und Belgien, die Niederlande, Portugal, Spanien, Österreich-Ungarn, Italien u. s. w. völlig derselben Meinung waren, so mußte sich England am 8. August 1884 dem Vorschlag fügen, diese Grundsätze auf einer internationalen Konferenz festzustellen, an der außer den genannten Staaten noch Rußland, Dänemark, Schweden und Norwegen, die Türkei und die Vereinigten Staaten von Nordamerika teil nahmen. Die Konferenz wurde am 15. November 1884 in Berlin eröffnet und Bismarck zu ihrem Präsidenten ernannt. Am Schlusse dieser Verhandlungen fand sich auch noch die „Internationale Gesellschaft des Kongo“ als Teilnehmerin ein. Das Ergebnis der eingehenden Beratungen war die am 26. Februar 1885 von allen Beteiligten unterzeichnete „Generalakte“, die in dem ungeheuren Kongogebiet allen Nationen völlige Freiheit des Handels und der Schiffahrt sicherte, es für neutral erklärte und allen Sklavenhandel sowie die Durchfuhr von Sklaven in diesem Gebiete verbot. Alle Streitigkeiten der beteiligten Mächte bezüglich dieses Vertrages sollten durch Vermittelung einer oder mehrerer Mächte, die den Vertrag unterzeichnet hatten, oder durch schiedsrichterliches Verfahren gütlich beigelegt werden. Dieselben Grundsätze sollten für den Niger und seine Nebenflüsse gelten. Auch sollte „jede Macht, welche künftig außerhalb ihrer augenblicklich bestehenden Besitzungen an den Küsten des afrikanischen Festlandes von einem Gebiet Besitz

ergreift oder daselbst eine Schutzherrschaft errichtet, den Mitunterzeichnern der Kongoakte anzeigen, damit diese Gelegenheit erhalten, etwaige Beschwerden dagegen einzulegen.“ Englands Unterschrift unter diesem Vertrage hinderte dasselbe freilich nicht, die bezüglich der freien Schiffahrt des Niger feierlich übernommenen Verpflichtungen vom Jahre 1888 an gröblich zu verletzen, und die von Bismarck dagegen kräftig eingeleitete Abwehr fand an seinem Nachfolger nur eine matte und wirkungslose Fortsetzung.

Die Palau- und Karolineninseln im westlichsten Teile des Stillen Ozeans waren seit vielen Jahren nur von Deutschen und wenigen Engländern bewohnt und galten völkerrechtlich für herrenlos. Frühere spanische Versuche, die Oberhoheit über diese Inseln anzusprechen, waren, namentlich zuletzt, im Jahre 1874, von England und Deutschland gemeinsam als völlig unbegründet zurückgewiesen worden. Deutschland war daher gewiß berechtigt, diese von Deutschen besiedelten Eilande unter deutschen Schutz zu stellen und die deutsche Flagge dort zu hissen, und der Kaiser beschloß demgemäß Anfang August 1885. Über die Verpflichtung des Kongovertrages, die sich nur auf Afrika bezog, weit hinausgehend, ließ Bismarck indes dieses deutsche Vorhaben am 6. August vertraulich in Madrid mitteilen. Bereits im Januar 1885 hatte das deutsche Kanzlerblatt englische Umtriebe in Spanien aufgedeckt, welche den Zweck verfolgten, die spanische Empfindlichkeit gegen Deutschland rege zu machen; doch überstieg die Erregung, welche das spanische Volk bei dieser Nachricht und der bald darauf folgenden ergriff, daß am 24. August das deutsche Kanonenboot „Iltis“ auf der Insel Yap die deutsche Flagge gehißt habe, alles Maß, und kam dem Reichskanzler um so unerwarteter, als der spanische Botschafter, Graf Benomar, seiner Regierung Bismarcks Loyalität und rechtliche Überzeugung von der Herrenlosigkeit jener Inseln eindringlich vorstellte. Diese Loyalität erkannte die spanische Regierung — nachdem sie überdies für die Ausschreitungen des Madrider Pöbels gegen das deutsche Gesandtschaftspalais volle Genugthuung gegeben — in einer Note vom 15. September auch bereitwillig an, gab dem

Vertrauen Ausdruck, „daß das Deutsche Reich auch im vorliegenden Falle die Aufrichtigkeit der Freundschaft beider Nationen und ihrer Monarchen bethätigen werde," und schlug vor, dem Papst die Vermittelung dieser Streitfrage zu übertragen. Bismarck widerlegte in seiner Antwortnote vom 10. Oktober noch einmal die spanischen Besitzansprüche auf jene Inseln, erklärte dankend das Wohlwollen und Vertrauen der spanischen Regierung „als ein in jeder Beziehung gegründetes" und zeigte an, daß Deutschland bereit sei, dem Papste die Vermittlerrolle zu übertragen, und dieser sie angenommen habe. Schon am 22. Oktober ließ Papst Leo seinen Vermittelungsvorschlag ergehen, nicht seinen Schiedsspruch, wie noch heute vielfach irrig angenommen wird. Denn die Streitfrage ließ Leo unerörtert, vielmehr schlug er nur einen Vergleich vor auf der Grundlage: daß Spaniens Oberhoheit über jene Inseln zwar anerkannt werde, es dagegen sich verpflichte, dort eine zum Schutze der Einwohner ausreichende Verwaltung einzusetzen, an Deutschland eine Flottenstation und ein Kohlendepot dort überlasse und den daselbst angesiedelten Deutschen dieselbe volle Freiheit des Handels, der Schiffahrt, der Fischerei, der Anlage von Pflanzungen und landwirtschaftlichen Niederlassungen gewähre, wie den Spaniern selbst. Dieser Vermittelungsvorschlag wurde von beiden Staaten in dem römischen Vertrage vom 17. Dezember 1885 angenommen und unterzeichnet. Der Papst richtete alsdann an Bismarck am 31. Dezember, unter Verleihung des Christusordens in Brillanten, jenes berühmte Schreiben, aus welchem schon früher ein Satz angeführt wurde. Darin dankte der Papst dem Fürsten zunächst, „daß auf Deinen Rat und Antrieb hin Uns die sehr willkommene Gelegenheit geboten wurde, der Eintracht halber ein sehr edles Amt zu verwalten . . ., wodurch insbesondere die Katholiken auf dem ganzen Erdkreise erfreut waren, die es mit Staunen erfüllt haben wird, daß ihrem Vater und Hirten eine derartige Ehre erwiesen wurde." Dann fährt das Schreiben fort: „Deine Staatsklugheit hat sehr viel dazu beigetragen, dem Deutschen Reiche seine Größe zu verschaffen, welche heute die Welt zugesteht und anerkennt. Das aber,

was Du zur Zeit in das Auge fassest, ist selbstverständlich, daß das Reich von Tag zu Tag fester stehe und blühe, mit Macht zur Dauer und mit Hilfsmitteln ausgestattet. . . . Wir flehen inständigst, daß Dir alles glücklich gelingen möge!"

Bei jenen von augenfälligen Erfolgen begleiteten ersten Anfängen seiner Kolonialpolitik hatte Bismarck, nach der übeln Erfahrung mit der Samoavorlage, wie gemäß seinen leitenden Grundsätzen, die Mittel des Reiches und deren Bewilligung durch den Reichstag nur soweit als unumgänglich nötig in Anspruch genommen. Aber diese Inanspruchnahme ließ sich nicht umgehen bei der von Bismarck längst empfundenen und von ihm schon 1881 in einer Denkschrift erörterten Notwendigkeit, deutsche Postdampferlinien nach überseeischen Ländern zu schaffen. Am 23. Mai 1884 richtete er daher eine Vorlage an den Reichstag, welche den Reichskanzler ermächtigen sollte, eine Postdampferverbindung zwischen Deutschland und Ostasien bezw. Australien ins Leben zu rufen, mit einem jährlichen Kostenaufwand von höchstens 4 Millionen Mark während 15 Jahren. Bismarck hatte wenig Vertrauen dazu, daß jener Reichstag diese Vorlage annehmen werde. Aber er setzte wenigstens seine ganze Beredsamkeit dafür ein. Am 26. Juni 1885 entwickelte er dem Reichstag „die Genesis der Kolonialfrage". „Wir sind zuerst durch die Unternehmungen hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Landankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz dazu veranlaßt worden," sagte er, „die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maße versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich habe meine frühere Abneigung gegen Kolonien nach dem System wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte — die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten — heute noch nicht aufgegeben. Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens ob es die Pflicht des Dentschen Reiches ist, denjenigen seiner Unterthanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen

gewisse Beihilfen zu leisten. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte ihrer Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird—, aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht (Sehr richtig! rechts.) Ich kann mich dem nicht entziehen. Ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: Womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen Unternehmern, über deren Mut — ich habe die Herren persönlich gesprochen — über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe, sagen wollte: Das ist alles sehr schön, aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Übelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde, wie Herr Dr. Bamberger sehr richtig schilderte, in unangenehme Berührung mit anderen kommen, es würde ‚Nasenstüber‘ (Hört! hört! rechts) bekommen, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug!? — Aber ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reichs doch eine gewisse Schüchternheit empfand, eine Abneigung, mich so auszusprechen, und selbst wenn ich an diese unsere Schwäche und Unfähigkeit geglaubt hätte, ich würde mich geniert haben, den Hilfesuchenden offen zu sagen: wir sind zu arm, wir sind zu schwach, (Beifall rechts), wir sind zu furchtsam, für euren Anschluß an das Reich euch Hilfe vom Reich zu gewähren (Beifall rechts). Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen ... Wir gedenken überhaupt in keine exklusive Kolonialpolitik einzutreten, wie leider andere, weniger mächtige Staaten als England sie ausüben und dadurch das Aufblühen und den Handel ihrer Kolonien unterdrücken. Das liegt nicht in unserer Absicht... Unsere Absicht ist, nicht Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwickelung, auch solche die sich eine Souveränität, eine schließlich dem Deutschen Reich lehnbar bleibende, unter seinem Schutz stehende kaufmännische Souveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwickelung sowohl

gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen die Bedrückung und Schädigung von Seiten anderer europäischen Mächte. Im übrigen hoffen wir, daß der Baum durch die Thätigkeit der Gärtner, die ihn pflanzen, auch im ganzen gedeihen wird, und wenn er es nicht thut, so ist die Pflanze eine verfehlte, und es trifft der Schade weniger das Reich, denn die Kosten, die wir verlangen, sind nicht bedeutend, sondern die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben."

Schon in der Sitzung vom 14. Juni 1884 hatte der Abg. Bamberger „die Rollenverteilung" der Parteien gegenüber der Postdampfervorlage so dargestellt, als müsse die Regierung erst ziffermäßig die Rentabilität eines Unternehmens beweisen, das sie doch nur im nationalen Interesse machte, für das freilich dem Abg. Bamberger in dieser Rede jedes Verständnis abging. Bismarck verwahrte sich in seiner Entgegnung kühl gegen diese „Rollenverteilung" und die ihm zugeschobene Beweislast. „In dieser Form sind ja organische Fragen, wie es alle volkswirtschaftlichen Fragen sind, gar nicht zu behandeln. Wer nicht überzeugt ist, daß diese Ausgabe nützlich ist, der wird nicht zustimmen, aber muten Sie uns nicht zu, den zu überzeugen. . . . . Was der Regierung obliegt, ist, die Anregung und die Möglichkeit dazu zu gewähren, Fragen, wie beispielsweise die Samoafrage, nach einer gewissen Anzahl von Jahren einmal wieder der gemeinschaftlichen Prüfung mit uns zu unterziehen — im Interesse des Volkes, der deutschen Nation, ihres Exports, ihrer Arbeit, der Rhederei. Ob es nebenbei dabei auf einen Ehrenpunkt ankommt, das überlasse ich dem persönlichen Ermessen eines jeden; die Ehre ist wesentlich von dem persönlichen Gefühl abhängig. . . Wollen wir den Weg, den nicht nur, wie der Herr Vorredner sagte, Frankreich, sondern auch England, Belgien, Holland und alle seefahrenden Nationen betreten haben, auch Italien, nicht betreten, weil wir die klugen Deutschen sind, die alles besser wissen, weil wir so viel Gelehrte und so gute Redner haben? Wollen wir uns nicht an der Weiterentwicklung des Verkehrs beteiligen? Wollen wir nichts thun für die Seefahrt,

die Arbeit, die Erhaltung ihres Exports, zur Vorbeugung von Nahrungslosigkeit im Lande wegen Mangel an Export und Mangel an Arbeit? Wollen wir nicht vielmehr jedes Mittel wählen, die Ausfuhr zu fördern, auch solche Mittel, für deren Rentabilität wir nicht vorher den Beweis liefern können, an die wir aber glauben? Wollen wir annehmen oder ablehnen? Die Regierung übernimmt nur dafür die Verantwortung, daß sie Ihnen Gelegenheit bietet, einen Beschluß zu fassen. Der Verantwortlichkeit für das Unterbleiben solcher Einrichtungen bei uns in Deutschland ist sie überhoben. Diese Verantwortlichkeit wird von dem Augenblicke, wo Sie die Vorlage ablehnen, Herrn Bamberger, seinen Freunden und den Ablehnenden ins Konto geschrieben werden, und wir werden die Sache ad acta Samoa schreiben." Der Kanzler hatte richtig geahnt: Die wichtige Vorlage wurde in der Budgetkommission begraben.

Obwohl nun mit den Neuwahlen im Oktober 1884 das bereits zur Genüge gekennzeichnete Triumvirat Windthorst-Richter-Grillenberger an der Spitze der Mehrheitsparteien in den Reichstag einzog, brachte Bismarck doch schon am 20. November 1884 eine zweite Dampfervorlage im Reichstag ein, welche deutsche Dampferlinien nach Australien, Ostasien und Afrika auf die Dauer von 15 Jahren errichten und dafür jährlich höchstens 5 400 000 Mk. aus Reichsmitteln Zuschuß gewähren wollte. Mit fünf großen Reden trat der Reichskanzler für diese Vorlage ein, bis sie — selbst von diesem Reichstag — am 23. März 1885 endlich angenommen wurde, mit der von Bismarck gutgeheißenen einstweiligen Absetzung der afrikanischen Linie und entsprechender Herabsetzung des jährlichen Reichszuschusses auf 4 Millionen Mark. Dieser große Erfolg wurde der abgünstigen Mehrheit gewiß auch mit abgerungen durch die in der Zwischenzeit erreichten günstigen Ergebnisse der bisherigen Kolonialpolitik Bismarcks: die siegreichen Kämpfe der deutschen Schiffsbesatzungen in Kamerun Ende 1884, die Überwindung aller englischen Umtriebe in Südwest- und Westafrika und vor allem durch das großartige Werk der Kongokon-

ferenz, die Kongoakte. Aber dennoch that Bismarcks lebendige und ergreifende Beredsamkeit sicherlich das Beste zu diesem erstaunlichen Erfolg. Namentlich seine Rede vom 13. März 1885 war so ergreifend und erschütternd, daß am Schlusse derselben — zum erstenmale wieder seit der Kriegserklärungssitzung vom 19. Juli 1870 — selbst die Gallerien in lauten Beifallsjubel ausbrachen. Fürst Bismarck hatte seine Rede vom 2. März mit den unvergänglichen Worten geschlossen: „Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabei stehen kann und zusehen, wie die deutschen, gewappneten Recken sich untereinander bekämpfen. Es liegt eine eigentümlich prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann stets auch der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen, respektive niederzustimmen. (Lebhafter Beifall)."

Der Zentrumsabgeordnete Rintelen nötigte nun Bismarck in der Sitzung vom 13. März noch einmal auf dieses Gleichnis zurückzukommen; denn Rintelen hatte gesagt: die Begeisterung für deutsche Kolonialpolitik, an die der Reichskanzler wohl jüngst bei dem Worte „Völkerfrühling" gedacht habe, sei nichts anderes als eine Art Chauvinismus. Bismarck erwiderte: „Es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nur etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten zwanzig Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deut-

schen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff ‚Völkerfrühling‘ mehr verstanden als die Kolonialpolitik. . . . Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen — Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, bis 1870, da „wir alle als ‚ein einig Volk von Brüdern‘ den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. (Lebhafter Beifall). Das schwebte mir als ‚Völkerfrühling‘ vor; daß wir darauf die deutschen Grenzländer wieder gewannen, die nationale Einheit des Reichs begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelt, den deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als ‚Völkerfrühling‘ vor. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenige Jahre nach dem großen Siege vor. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff ‚Loki‘ verstand: Der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet, — der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im deutschen Reichstag aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn er mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen links. Erneuter lebhafter Beifall rechts. — Beifallklatschen auf den Tribünen.“)

Es darf nicht Wunder nehmen, daß das Zentrum auch die deutsche Kolonialpolitik benützte, um den Kulturkampf, den es zu seinem Dasein brauchte, wieder etwas aufzufrischen. Die Kongoakte bestimmte im Art. 6, daß im ganzen Kongostaat die Freiheit der

religiösen Bekenntnisse, Gesellschaften und Gottesdienste gewährleistet sein solle. Diese Bestimmung beantragte nun das Zentrum im November 1885, in Form einer Interpellation, auf alle deutschen Schutzgebiete auszudehnen. Bismarck trat diesem Ansinnen am 28. November in drei großen Reden entgegen, in denen er nachwies, daß das Zentrum lediglich dem Jesuitenorden in den deutschen Schutzgebieten freien Spielraum eröffnen wolle, und zwar vorzugsweise französischen Jesuitengesellschaften, unter der Führung revanchelustiger französischer Patres mit deutschen Namen. Die große Mehrheit des Reichstags nahm diese Reden mit lebhaftem Beifall auf, und obwohl das Zentrum in den Jahren 1887 bis 1890 dreimal einen förmlichen Antrag zu diesem Zwecke einbrachte, so wurde er doch dreimal abgelehnt.

An allen Küsten und in allen Meeren hat die deutsche Kolonialpolitik am meisten zu kämpfen gehabt mit englischer Scheelsucht und Anmaßung. So auch in der Südsee, wo die deutsche Südsee-Kolonialgesellschaft von 1884 an den südlichen Teil von Neubritannien und die gegenüberliegende Nordostküste von Neuguinea erworben und mit deutschen Ansiedelungen besetzte. Da nun bei der ersten Nachricht von drohender deutscher Besiedelung jener Inseln die australische Kolonie Englands dasselbe „Naturrecht" auf alle Gebiete und Inseln der Südsee verkündete, das die englische Kapkolonie bezüglich der Küste Südwestafrikas Bismarck gegenüber ganz vergeblich in Anspruch genommen hatte, und da sogar englische Kriegsschiffe gegen deutsche Ansiedler und Kaufleute in jenen Gebieten mit dem Faustrecht und der Brutalität von Seeräubern verfuhren, so ließ Fürst Bismarck am 17. Dezember 1884 durch das deutsche Kriegsschiff „Elisabeth" die deutsche Flagge über den ganzen Neubritannia-Archipel und die Nordküste von Guinea hissen. Alle Winkelzüge halfen nun England nichts mehr. In denselben Tagen, da die englischen Minister in beiden Häusern ihres Parlaments für ihre Sünden gegen Deutschland öffentlich Abbitte leisteten und Besserung für die Zukunft gelobten (s. o. S. 351), mußte Lord Granville am 25. April 1885 in einer amtlichen Note auch

die deutschen Erwerbungen in der Südsee anerkennen. Der Kaiser fertigte daher am 17. Mai der deutschen Neuguinea-Gesellschaft einen kaiserlichen Schutzbrief aus, in dem er zugleich bestimmte, daß der deutsche Teil von Neuguinea fortan Kaiser-Wilhelmsland, die davorliegenden Inseln sowie die Inseln des Archipels Neubritannien aber Bismarck-Archipel heißen sollten. Von Mitte bis Ende Oktober 1885 stellte dann der deutsche Kreuzer „Nautilus" auch die Marshallinseln unter kaiserlichen Schutz. Alle Verhältnisse mit England in jenen Gebieten wurden geregelt durch einen Vertrag vom 6. April 1886, der „die Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären im westlichen Stillen Ocean" enthielt, und am 10. April durch eine „Erklärung, betreffend die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Schutzgebieten im westlichen Stillen Ocean." Auch die Inseln der Salomongruppe, welche nördlich der im Vertrage vom 6. April 1886 mit Großbritannien vereinbarten Scheidungslinie liegen, die Bougainville-, Choiseul- und Isabelinsel, nahm die deutsche Neuguinea-Gesellschaft mittels kaiserlichen Schutzbriefes vom 13. Dezember 1886 in Besitz.

Die Rechte und Interessen der Deutschen auf Samoa und ihre Sicherheit vor englischen Annexionsgelüsten, die sich 1883 lebhaft regten, hatte Bismarck durch den deutschen Generalkonsul Stübel in Apia in einem Vertrage vom 10. November 1884 mit dem „König" Malietoa wahren lassen. Bis Ende 1888 hatten nun die dortigen Deutschen leidlich guten Frieden. Zu dieser Zeit aber stifteten die Engländer und Franzosen den Gegenkönig Mataafa zur bewaffneten Empörung an, die ein Amerikaner, Namens Klein, leitete. Der damalige deutsche Konsul in Apia, Knappe, geberdete sich, durchaus gegen Bismarcks Instruktionen, als Oberherr der Inseln, erhitzte dadurch noch wesentlich den Grimm der mißleiteten Eingeborenen und verwickelte die Besatzung des deutschen Kriegsschiffes „Olga" in diese Händel, die am 18. Dezember 1888 von einer großen Übermacht der Aufständischen überfallen wurde und eine beträchtliche Anzahl Offiziere und Soldaten im Feuer ver-

lor, wenn sie auch die vielfach überlegenen Feinde in wilde Flucht jagte. Sowie Bismarck von diesen Vorgängen Kenntnis erhielt, rief er den Konsul Knappe zurück und lud die Vereinigten Staaten von Nordamerika wie England zur Beschickung einer Samoakonferenz nach Berlin ein, die hier am 29. April 1889 auch zusammentrat und am 14. Juni abschloß mit Unterzeichnung einer Generalakte, welche sowohl den Frieden zwischen den Eingeborenen und Fremden in Samoa für die Zukunft thunlichst sicher stellte, als auch den Frieden zwischen Deutschland, England und Nordamerika in ihren dortigen Beziehungen. Nach diesem Vertrag wurden die Inseln für unabhängig und neutral erklärt, den Angehörigen der Vertragsmächte gleiche Rechte zugesichert und diesen Mächten die Obhut über Frieden, Ordnung und unparteiische Rechtspflege in jenem Inselgebiet zu gleichem Anteil übertragen.

Den größten Landbesitz sollte Deutschland allmählich in Ostafrika gewinnen. Hier erwarben auf einem kühnen Zuge zwecks Ankaufs für deutsche Kolonisationszwecke die deutschen Afrikaforscher Peters, Jühlke und Graf Pfeil im November 1884 die Landschaften Nguru, Usagara, Ukamie und Usaghua zugleich mit allen Hoheitsrechten, Regalien, der Gerichtsbarkeit über die Eingeborenen wie über alle Ansiedler deutscher und fremder Nationalität u. s. w., und zwar für die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft", welcher der Kaiser am 27. Februar 1885 für diese Länder einen kaiserlichen Schutzbrief verlieh. Im Jahre 1885 kamen dazu Erwerbungen von weit größerer Ausdehnung, so daß am Schlusse dieses Jahres die der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft gehörige Ländermasse vom 12. nördlichen bis zum 12. südlichen Breitegrad reichte, d. h. von der Nordküste des Somalilandes zwischen Berbera und Halule bis Kap Delgado. Nach dem Landinnern erstreckte sich dieses Gebiet längs des Rovuma bis zum Ostufer des Ukerewe, im Norden bis nach Ugogo und westlich bis über den Kilimandscharo hinaus. Für die Erwerbungen des Jahres 1885 wurden jedoch vorerst keine kaiserlichen Schutzbriefe erteilt, weil auch hier englische Mißgunst und Landgier jeden deutschen Erwerb und Fortschritt begleitete.

Das hatte sich schon gezeigt, als Bismarck gleich nach den ersten deutschen Koloniallandkäufen in Ostafrika, am 9. Oktober 1884, den berühmten Afrikaforscher Dr. Rohlfs zum deutschen Generalkonsul beim Sultan von Sansibar bestellte. Da erlaubte sich die britische Regierung am 16. Januar 1885 den deutschen Reichskanzler auf die englischen Handelsinteressen in Sansibar aufmerksam zu machen und zu behaupten: „daß die Sultane von Maskat und Sansibar den größten Teil des gegenwärtigen Jahrhunderts hindurch unter dem direkten Einfluß Englands und dessen indischer Regierung gestanden haben." Bismarck erwiderte diese das englische Besitz-„Naturrecht" auf alle Küsten der Erde noch erheblich übersteigende Dreistigkeit in einer Note vom 6. Februar 1885 mit der für solche Fälle ihm reichlich zur Verfügung stehenden Ironie. In derselben Note vom 16. Januar, sagte er, in welcher England behaupte, der Sultan von Sansibar habe fast seit einem Jahrhundert „unter direktem englischem Einfluß gestanden", trat England „selbst in warmen Worten für die Unabhängigkeit des Sultans ein, Verträge mit anderen Staaten, also auch mit Deutschland, abzuschließen." Bismarck würde Lord Granville zu Dank verpflichtet sein für eine weitere Aufklärung über „the spirit" — d. h. über die Absicht oder über die Logik! —, mit welcher diese Mitteilung der großbritannischen Regierung in Berlin gemacht worden sei, zumal da Deutschland nur beabsichtige, mit dem Sultan von Sansibar einen Handelsvertrag zu schließen.

Lord Granville mußte in seiner Erwiderung vom 14. Februar ohne weiteres zugeben, daß die deutschen Absichten in Sansibar nur auf dieses bescheidene Ziel gerichtet seien, und konnte natürlich für die übrigen englischen Adspirationen so wenig wie früher bezüglich West- und Südwestafrikas, der Südseeinseln u. s. w. irgend einen Beweis beibringen. Aber wie dort suchte sich England auch in Sansibar durch Verhetzung und durch feindselige Anstiftung zu rechtloser Gewalt zu helfen. Plötzlich protestierte unter diesen Einflüsterungen nun der Sultan von Sansibar am 27. April in einem Telegramm und am 11. Mai 1885 in einem arabischen Schreiben an den

deutschen Kaiser gegen die ersten durch kaiserlichen Schutzbrief vom Deutschen Reiche übernommenen deutschen Erwerbungen in Ostafrika, mit der ebenso grund- als beweislosen Behauptung, daß ihm an diesen Landschaften die Oberhoheit zustehe, und schon Mitte Mai ließ er seine Soldateska in die vom deutschen Kaiser unter Reichsschutz gestellten Gebiete einrücken. Bismarck handelte nun sofort mit allem Nachdruck. Ende Mai erwirkte er vom Kaiser den Befehl, ein deutsches Kriegsgeschwader an der ostafrikanischen Küste zusammenzuziehen. „Wir fordern vom Sultan nur die Achtung der deutschen Schutzgebiete und wünschen daneben einen Handelsvertrag, ohne letzteren erzwingen zu wollen," meldete er am 2. Juni nach London. Am 19. Juni aber bewies er den Kabinetten von London und Paris, daß die Ansprüche des Sultans auf das Innere Ostafrikas völlig unbegründet seien. Am 7. August trafen fünf deutsche Kriegsschiffe vor Sansibar ein, die vor dem Palast des Sultans Gefechtsstellung nahmen, nachdem dieser das am 11. August vom Kommodore Paschen an ihn gerichtete Ultimatum innerhalb der 24stündigen Bedenkzeit nicht beantwortet hatte. Da riet aber das englische Auswärtige Amt dem von ihm mißleiteten Herrscher selbst zur Anerkennung der deutschen Forderungen, die der Sultan am 13. auch aussprach. Weiter räumte der Sultan Mitte Oktober der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft „den völlig ungestörten und unbeschränkten Besitz" der Häfen Pangani und Dar-es-Salam unter seiner politischen Oberhoheit ein, am 20. Dezember schloß er dann auch noch einen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Deutschen Reiche, und am 30. Juni 1886 kaufte ihm der deutsche Kolonialverein das ganz von deutschen Erwerbungen umschlossene Witugebiet ab.

Nachdem Bismarck mit gewohnter Thatkraft und Schnelligkeit auch an dieser fernen Küste die Macht des Deutschen Reiches zur Erscheinung und Geltung gebracht hatte, erfolgte das übliche Nachspiel mit England. Am 29. Oktober 1886 wurde in London ein deutsch-englischer Vertrag unterzeichnet, welcher die Gebiete des Sultanats von Sansibar und die beiderseitige Interessensphäre der

Vertragschließenden genau abgrenzte. Hier wurden alle deutschen Erwerbungen in Ostafrika von England anerkannt, und während Deutschland sich verpflichtete, im Norden der Grenzlinie beider Ländermassen „keine Gebietserwerbungen zu machen, keine Schutzherrschaft anzunehmen und der Ausbreitung englischen Einflusses im Norden dieser Linie nicht entgegenzutreten", übernahm Großbritannien die gleiche Verpflichtung für die südlich von dieser Linie gelegenen Gebietsteile. Die südliche Grenze des deutsch-ostafrikanischen Gebietes wurde dann durch Vertrag mit Portugal rasch bestimmt, und Anfang Januar 1887 erschienen einige deutsche Kriegsschiffe in der Mandabucht und vollzogen die Übernahme des deutschen Schutzes über Wituland und die dazu gehörigen Inseln Manda, Pata und Kweio. Das so gewonnene deutsche Kolonialgebiet in Ostafrika war reichlich zweimal so groß als das Deutsche Reich; die deutschen Erwerbungen in Südwestafrika hatten nach einem am 30. Dezember 1886 mit Portugal geschlossenen Vertrag fast denselben Umfang.

Doch fanden sich Deutschland und England in ihren ostafrikanischen Besitzungen in gleichem Maße beengt durch den § 1 des Londoner Vertrages vom 29. Oktober 1886, da hier als Besitz des Sultans von Sansibar anerkannt wurde eine Linie längs des afrikanischen Festlandes von der Mündung des Mininganiflusses bis Kipini, von je 10 Seemeilen Tiefe landeinwärts gemessen. Dadurch waren die deutschen wie englischen Besitzungen von der See abgeschnitten und der Transport und Absatz der in diesen Gebieten erzeugten Waren außerordentlich verteuert und erschwert. Dem Geschick der deutschen Diplomatie glückte schon im September 1887 und am 28. April 1888 der Abschluß von Verträgen mit dem Sultan von Sansibar, durch welche die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft vom Sultan auf die Küstenlänge ihrer Besitzungen auch den dem Sultan vorbehaltenen Küstenlandstreifen erwarb, und zwar mit dem Rechte der gesamten Verwaltung, Zollerhebung u. s. w. in diesem vorgelagerten Landstreifen.

Kaum aber hatten die Deutschen nun in Pangani, Bagamoyo

und dem südlichen Teile des Küstengebietes die Verwaltung übernommen, so brach der Aufstand der von Buschiri geführten Araber gegen diese Besetzung und Verwaltung los, da die Araber mit Recht annahmen, daß die deutsche Herrschaft sowohl ihrem Übergewicht als ihrem Sklavenhandel ein Ende bereiten werde. Die Barbarei dieser Empörer vernichtete, bei dem Mangel deutscher Streitkräfte, schon im September 1888 alle mühseligen Anfänge deutscher Besiedelung des ostafrikanischen Küstenlandes und leider auch manches Leben treuer deutscher Beamten. Nur in den von deutschen Kriegsschiffen beschützten Häfen vermochte die Ostafrikanische Gesellschaft sich zu behaupten. In dieser Notlage wandte sie sich an Bismarck mit der Bitte, ihr zur Bewältigung dieses Aufstandes eine Anleihe von 6 bis 10 Millionen Mark zu gestatten, und für diese die Zinsgarantie des Reiches zu übernehmen. Der Reichskanzler aber hielt nicht bloß die Niederwerfung dieses Aufstandes, der die Schutzhoheit des Reiches verletzt hatte, von Reichswegen und mit den weit größeren Machtmitteln des Reiches für geboten, sondern er verband mit dieser kriegerischen Unternehmung auch die seiner großen Auffassung entsprechende friedliche Kulturaufgabe: die letzte Quelle aller dieser Unruhen, den Sklavenhandel, in den deutschen Schutzgebieten überhaupt auszurotten. Von diesem hohen Standpunkt aus war die Bekämpfung der Sklavenhändler und des Sklavenhandels in Afrika, und insonderheit an der ostafrikanischen Küste, die gemeinsame Sache aller Kulturnationen, und Bismarck gelang es, davon auch die beteiligten europäischen Mächte zu überzeugen. Am 20. November erklärten Deutschland, England, Italien, Frankreich, Portugal die Blokade über die ostafrikanische Küste. Auch der deutsche Reichstag bewilligte mit großer Mehrheit die zur Niederwerfung der arabischen Empörung geforderten zwei Millionen Mark und innerhalb wenig Tagen das von Bismarck am 22. Januar vorgelegte Gesetz zur Bekämpfung des Sklavenhandels. Schon am 30. Januar wurde es in dritter Lesung angenommen.

Diese afrikanische Vorlage hatte im Reichstag der berühmte Afrikaforscher Hauptmann Wißmann als Bundeskommissar warm

und sachkundig vertreten. Und eben ihn ernannte Bismarck zum Reichskommissar in Ostafrika, d. h. sowohl zum Anführer der deutschen Streitkräfte gegen Buschiri, als zum Stellvertreter des Reichskanzlers bei Beaufsichtigung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und ihrer Beamten. Da die vom Fürsten Bismarck am 12. Februar für Wißmann schriftlich ausgefertigte Instruktion nur über diese Beaufsichtigung näheres enthielt, so begab sich Wißmann vor seiner Abreise zum Reichskanzler, um von diesem auch für die Kriegführung Instruktionen zu erbitten. Bismarck erwiderte — wie er dem Verfasser in Varzin selbst erzählte — etwa: „Instruktionen?" Wie könne er dem Reichskommissar Wißmann in Ostafrika Instruktionen zukommen lassen, da ein Brief von Sansibar allein schon sechs Wochen gehe? Er könne dem wackeren Anführer nur eine Instruktion geben: die zu siegen. „Und diese Instruktion," setzte Bismarck bei Erzählung dieser Begegnung hinzu, „habe Wißmann auch glänzend durchgeführt. Er sei mit einer tadellos weißen Weste aus Ostafrika zurückgekommen."*) Dieses rühmliche Urteil hat Wißmann durch seine umsichtige, tapfere und höchst erfolgreiche Kriegführung in Ostafrika in der That verdient. In raschem Siegessturm nahm er Bagamoyo, Saadani, Pangani und Tanga. Buschiri floh nun ins Innere und verübte hier schändliche Greuel, wurde jedoch an Wißmann ausgeliefert und nach kriegsgerichtlichem Spruch gehängt, wie sich's gehört. Damit war der Aufstand zu Ende. Dann sorgte Wißmann, von seinem Kaiser geadelt, mit derselben Umsicht und Thatkraft überall für Wiederherstellung friedlicher Ordnung, nicht minder sein trefflicher erster Offizier v. Gravenreuth, der später in Westafrika den Heldentod für das Vaterland starb.

Das sind in der Hauptsache die leitenden Züge und die Er-

---

*) In einem Aufsatz des Organs des deutschen Sprachvereins zum 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck wird die scharfsinnige Vermutung ausgesprochen, der Fürst habe wohl gesagt „weißer Wäsche", nicht „weißer Weste". Das geehrte Mitglied mag sich beruhigen; der Verfasser hat sehr genau gehört und ebenso seine Begleiter. Außerdem würde Fürst Bismarck nicht sagen: „mit einer tadellos weißen Wäsche."

gebnisse der deutschen Kolonialpolitik Bismarcks. In der Hauptsache dem Wagemut und der Einsicht wie der eigenen Kraft seines Volkes vertrauend, nimmt er nur unter des Reiches Schutz, was unerschrockene Unternehmer in fremden Ländern rechtmäßig erworben haben. Mit größter Vorsicht und Zurückhaltung prüft er dabei überall etwaige frühere Hoheitsrechte der seefahrenden Nationen und giebt, wie bei den Karolineninseln gegenüber Spanien, selbst zweifellose deutsche Ansprüche lieber auf, als daß er die dauernde Verstimmung eines mindermächtigen Staates erregt. Mit größtem Nachdruck und Erfolg dagegen vertritt und behauptet er den deutschen Kolonialbesitz gegen den weltumspannenden kolonialen Ehrgeiz und Zugriff Englands. Bismarcks siegreicher Widerstand gegen diese alle Kolonialmächte bedrückende Herrschsucht Englands ist eine alle Völker und Staaten befreiende That; ja, mehr als das, denn während die größte Seemacht der Erde sonst überall nur eigensüchtige Zwecke verfolgte, gelingt es dem deutschen Reichskanzler, sie in der Kongoakte, in dem Samoavertrag, in dem Abkommen zur Bekämpfung des Sklavenhandels vom 13. November 1888 zur gemeinsamen Lösung der höchsten Kolonialaufgaben aller Kulturstaaten und in gemeinsamer Verbindung mit diesen heranzuziehen. Diese weise und großartige Kolonialpolitik Bismarcks schuf Deutschland im Laufe von nicht ganz zehn Jahren einen Kolonialbesitz von etwa der vierfachen Größe des Deutschen Reiches, in Tagen, da „die Welt schon weggegeben" war und Deutschland sich mit der Ährenlese früherer Ernten begnügen mußte. Und während der größeren Hälfte dieses Jahrzehnts kämpfte Bismarck obendrein mit einem durchaus feindseligen Reichstag. Wie kläglich erscheint dagegen die Kolonialpolitik seines Nachfolgers!

Viertes Kapitel.

Bismarcks Entlassung (20. März 1890).

Auch das schwerste, schmerzlichste, trauervollste Kapitel dieses Werkes muß geschrieben werden. Wenn die Ältesten unter uns Lebenden dereinst ihre Erinnerungen aufzeichnen, so werden sie, wenn sie deutschen Herzens und Sinnes sind, unter allen geschichtlichen Vorgängen ihres Lebens keinen Trauertag gleich jenem zu verzeichnen haben, da am 20. März 1890 Bismarck „ging", um nicht wiederzukehren! Und wie jäh kam dieser Schlag! Wenn wir Bewohner der deutschen Tiefebene zu Ende Mai der ganzen blüten-, frucht- und duftreichen Herrlichkeit des Lenzes uns erfreuen und seiner fröhlichen Sänger, der Amseln, Finken, Staare und Nachtigallen — und plötzlich fänden wir das Alles eines Morgens im tiefen Schnee vergraben und erstorben — so würde dieses widernatürliche Verhängnis doch bei weitem nicht so unerwartet über uns hereinbrechen und uns nicht annähernd so tief erschüttern, als die Kunde vom 20. März 1890: Fürst Bismarck ist entlassen und wird nicht wieder Kanzler werden! Dem ungeheuren Schmerz, der damals in Millionen deutscher Herzen brannte, gab ein schlichter Mann aus dem Unterelsaß Ausdruck, indem er damals schrieb:

Ich habe manchen Schmerz empfunden,
Hab' meine Lieb' ins Grab gelegt,
Doch fast die schwerste aller Stunden
Den Namen Bismarcks Abschied trägt.

Aus tiefster Empfindung sprach Ernst v. Wildenbruch den Eindruck der erschütternden Stunden in den Worten aus:

Du gehst von Deinem Werke,
Dein Werk geht nicht von Dir,
Denn wo Du bist, ist Deutschland,
Du warst, d'rum wurden wir.

Was wir durch Dich geworden,
Wir wissens und die Welt —
Was ohne Dich wir bleiben,
Gott sei's anheimgestellt.

Noch bedeutsamer aber als diese herzinnigen Aussprachen vaterländischer Dichter erscheinen wohl die Worte, die der Geschichtslehrer der Verfassers, Heinrich v. Treitschke, der Historiograph des preußischen Staates, noch zu Ende 1893, dreiundeinhalb Jahre nach Bismarcks Abgang, in unvermindertem Schmerz an den Verfasser schrieb: „Sein Sturz bleibt ein unauslöschlicher Flecken in unserer Geschichte; seit Themistokles hat die Welt ein so tragisches Schicksal nicht mehr gesehen.“

Wir kennen von den damals verborgenen Ursachen und Triebkräften, welche diesen „Sturz“, dieses seit den Tagen des Themistokles tragischeste Schicksal herbeiführten, heute erst die folgenden mit zweifelloser Sicherheit.

Aus der den Fürsten Bismarck im höchsten Grade überraschenden Frage des Zaren Alexander III. von Rußland bei dessen Anwesenheit in Berlin am 11. Oktober 1889: „Ja, Ihnen glaube ich, und in Sie setze ich Vertrauen, aber sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?“ mag zunächst wohl erhellen, daß damals bereits Leute am Sturze des Fürsten arbeiteten, die ihrer Sache schon vor Mitte Oktober so gewiß sein mußten, daß sie die Möglichkeit des Gelingens ihrer Umtriebe dem Zaren mindestens andeuten ließen. An dieser hohen Stelle wirkte diese Andeutung sehr ungünstig. Vom Fürsten Bismarck hatte er stets nur freundschaftliches Wohlwollen für Rußland erfahren und eine auswärtige Politik gehandhabt gesehen, die seit 1871 ausnahmslos auf Erhaltung und Be-

festigung des Friedens gerichtet war. Deshalb durfte er ihm auch mit vollkommener Wahrheit und Offenheit sagen: „Ja, Ihnen glaube ich und in Sie setze ich Vertrauen.“ „Ich hatte durch das Vertrauen, welches man mir schenkte, Einfluß auf den russischen Botschafter in Berlin und damit auch auf den Kaiser von Rußland,“ sagte Bismarck selbst am 22. Juni 1892 in Wien dem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“. Wie würde dagegen der etwaige Nachfolger Bismarcks die auswärtige Politik führen? mochte der Zar sich fragen.

Fürst Bismarck hatte damals, im Oktober 1889, wie er demselben Wiener Berichterstatter im Juni 1892 aussprach, „keine Ahnung davon, daß eine Änderung bevorstehe“, aber noch am Tage der Abreise des Zaren, am 13. Oktober 1889, trat ein Vorgang ein, der ihm die Frage des Kaisers Alexander: „Sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?“ in nachdenkliche Erinnerung bringen mochte.*) Nach der Abfahrt des Zaren auf dem Lehrter Bahnhofe, bei welcher der Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck zugegen waren, lud nämlich der Kaiser den Fürsten zu sich in seinen Wagen, um ihn darin nach dem Reichskanzlerpalais zu geleiten. In der Unterhaltung, welche sich alsbald über den russischen Besuch entspann, sowie über die vom Kaiser kundgegebene Absicht, im folgenden Jahre längere Zeit in Rußland zuzubringen, eine Absicht, die nicht den Beifall des Kanzlers fand — da er mindestens eine Mißdeutung dieses Besuches bei dem verbündeten Österreich-Ungarn befürchtete —, „ergab sich eine Nichtübereinstimmung der Anschauungen und daraus folgend eine Verstimmung, welche als der Ausgangspunkt tiefergehender Meinungsverschiedenheiten und des endlichen Bruches angesehen wird.“ Im Anschlusse an diese Mitteilungen des Organs des Altreichskanzlers berichtete am 29. Juli 1891 die „Post“: „Fürst Bismarck war mit einer zweiten Reise des Kaisers nach Rußland nicht einverstanden. Als der Kaiser die Gründe des Kanzlers dagegen hören wollte, bezeich-

*) Das Folgende nach den „Hamburger Nachrichten“ vom 24. Juli 1891, Nr. 174, Abendausgabe.

nete dieser als Gegengründe die persönlichen Gesinnungen des Kaisers Alexander gegen unseren kaiserlichen Herrn, die nicht der Art seien, um ein solches Entgegenkommen von Seiten Kaiser Wilhelms zweckdienlich erscheinen zu lassen. Seine Majestät verlangte zu wissen, woraus Fürst Bismarck das schließe. ‚Ich weiß das aus Briefen,' war die Antwort des Kanzlers, ‚die ich neben den amtlichen Berichten aus St. Petersburg vertraulicher Weise zu erhalten pflege.' Da der Kaiser diese Briefe zu sehen verlangte, suchte der Kanzler diesem Verlangen zu begegnen mit der Begründung, daß die Briefe vertraulich seien, wich aber dem Befehle, sie Sr. Majestät vorzulegen. Der Kaiser las sie und ging dann später doch nach Rußland."

Eine Verstärkung dieser Verstimmung durch persönliche Aussprachen, die vielleicht weitere Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und Kanzler zu Tage gefördert hätten, ward vermieden, indem der Fürst, wie wir uns erinnern, unmittelbar nach dem Zarenbesuch, am 16. Oktober 1889, mit der Gemahlin wieder nach Friedrichsruh zurückreiste und daselbst fern von der Residenz bis zum 24. Januar 1890 ununterbrochen verweilte. Äußerlich schien selbst jene Verstimmung vom 13. Oktober vergessen. Denn der Kaiser sandte von seiner Orientreise nach Athen und Konstantinopel (17. Oktober bis 9. November) dem Kanzler fast täglich herzliche Telegramme nach Friedrichsruh, in denen allerdings kein Wort von Politik stand, und richtete an den Fürsten namentlich das früher im Wortlaut mitgeteilte überaus huldvolle Handschreiben vom 31. Dezember 1889, welches mit den Worten schloß: „Ich bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rat noch viele Jahre erhalten." Zugleich ließ der Kaiser dem Kanzler durch jeden der Minister und hohen Staatsbeamten, welche in jenen Monaten oft von Berlin nach Friedrichsruh reisten — noch am 7. Januar 1890 war Herr v. Bötticher dort — aufs dringendste raten, nur seiner Gesundheit zu leben und sich durch die Sorgen um die deutsche Politik in seiner Erholung nicht stören zu lassen. Bei der

erhabenen Gesinnung, Wahrhaftigkeit und Offenheit unseres Kaisers wäre auch der bloße Schatten eines Verdachtes, daß der Monarch irgend eines dieser Worte nicht als die wirkliche Meinung seines Herzens oder gar aus dem Fürsten abholden Absichten an diesen gerichtet habe, Frevel. Dagegen trugen andere, unverantwortliche Ratgeber des Kaisers, nicht ausschließlich die Sorge für Bismarcks Gesundheit auf dem Herzen, indem sie den edeln Monarchen dazu veranlaßten, den Kanzler zum dauernden Verweilen in Friedrichsruh zu vermögen. „Unter Gründen der Schonung meiner Gesundheit hat man mich von Berlin und aus dem lebendigen Zusammenhang der Dinge ferngehalten," erklärte Bismarck im Juni 1892 einem seiner Gäste. „Es war keineswegs mein Bedürfnis und mein Wunsch, wenn ich oft so lange von Berlin abwesend war."

Als der Fürst am 24. Januar 1890 nachmittags dahin zurückkehrte, überzeugte er sich freilich sofort, daß seine Gegner inzwischen seine Abwesenheit trefflich benützt hatten, denn in den wichtigsten inneren Fragen hatten sie unterdessen den Kaiser für Anschauungen und Bestrebungen gewonnen, die der vom Reichskanzler bisher auf diesen Gebieten betriebenen Politik direkt widersprachen. Das war zunächst der Fall bezüglich des Sozialistengesetzes. Da dessen Geltungsdauer am 30. September ablief, so war dem am 22. Oktober 1889 zusammengetretenen Reichstage schon in der Thronrede eröffnet worden, daß diesmal nicht bloß die Verlängerung, sondern die dauernde Bewilligung dieses Gesetzes verlangt werde, und zwar mit Verschärfungen. Die dem Reichstag schon am 24. Oktober 1889 überreichte Vorlage gab diese Verschärfungen zu erkennen: berufsmäßige sozialdemokratische Führer und Agitatoren sollten aus einzelnen Orten oder Bezirken des Reiches ausgewiesen, und sozialdemokratische Zeitungen nach zweimaliger Verwarnung für immer verboten werden können. Die Vorlage war diesmal schon im preußischen Ministerium keineswegs debattelos angenommen worden. Diejenigen Minister, die sich vorzugsweise rühmten, das Ohr des Kaisers zu besitzen, hatten Bedenken geäußert, und dem Reichskanzler war kein Geheimnis, daß

auch sein junger Herr sich zutraute, unter Umständen sogar ganz ohne das Sozialistengesetz die vaterlandslose kommunistische Partei des Umsturzs überwinden zu können.*) Mit welchem Erfolge freilich, das haben die fünf Jahre, die seither vergangen sind, deutlich gelehrt.

Bismarck seinerseits ging dagegen von dem Standpunkt aus, daß der Kampf mit geistigen Waffen gegen die Sozialdemokratie überhaupt nicht zu führen sei, „da sie selbst nicht mit Waffen des Geistes, sondern nur mit solchen der brutalen Gewalt kämpfe. Die Frage ihrer Bezwingung war also eine reine Machtfrage, bei welcher man über juristische Zwirnsfäden keinesfalls stolpern durfte. Vor allem galt es, das Heer und namentlich den Unteroffiziersstand vor weiteren Umgarnungen sicher zu stellen durch eine dauernde Geltung des verschärften Sozialistengesetzes. Der „Kartellreichstag" von 1887, dessen Mandatsdauer im Februar 1890 ablief, bot außerdem die günstigste Zusammensetzung für die Erreichung dieser Ziele. Diesen Erwägungen beugte sich die Mehrheit der preußischen Minister, und selbst der Kaiser, indem er seine Unterschrift unter die neue Vorlage an den Reichstag setzte, welche die dauernde Geltung des Gesetzes mit den oben bezeichneten Verschärfungen verlangte. Vielleicht that die Sozialdemokratie ihrerseits unfreiwillig ihr bestes, um den Kaiser von der Richtigkeit dieses Entschlusses zu überzeugen. Sie beleuchtete im Oktober 1889 wieder einmal ihre vollendete Vaterlandslosigkeit aufs grellste in einem Wahlaufruf „an die Genossen im Ausland", der die gesamte Gesetzgebung des Kartellreichstags, namentlich die Vermehrung der deutschen Wehrkraft, als „kulturfeindliche Bestrebungen" bezeichnete und dagegen eine starke sozialdemokratische Fraktion forderte, welche allein „die Sache der Arbeit und der Kultur" vertrete. Wäre nur Fürst Bismarck ein einziges Mal bei den Beratungen des Reichstags über diese hochwichtige Vorlage erschienen und hätte er sich ein einziges Mal ausgesprochen, wie er darüber denke —, so wäre

*) Hamburger Nachrichten vom 26. November 1891, Nr. 281, zum Teil auch für das Folgende.

zweifellos alles gut und erwünscht gegangen, und die unsäglich traurigen Erlebnisse, die sich 1895 an die sog. „Umsturzvorlage“ knüpfen sollten, wären dem Deutschen Reiche erspart geblieben. Wir hätten heutigen Tages überhaupt keine äußerlich erkennbare und irgendwie gefährliche sozialdemokratische Partei mehr. Da Bismarck aber „sich schon damals mit seinen Ansichten im Widerspruch mit denjenigen der maßgebenden Zukunft wußte, und ihm dadurch die Möglichkeit abgeschnitten war, seine Überzeugung im Reichstage zu vertreten, hielt er sich den Verhandlungen fern und entsprach damit, wie wir glauben, höheren Wünschen.“*) Die von Bismarcks Gegnern zu ihren Zwecken erfundene Fiktion von der körperlichen Unfähigkeit des Kanzlers, an den Beratungen des Reichstags teilzunehmen, wurde wesentlich glaubhaft gemacht durch einen von eben diesen Personen erwirkten ausdrücklichen Befehl des Kaisers an den Kanzler, dieser möge an der Beisetzung der am 7. Januar 1890 verstorbenen Kaiserin Augusta, der Wittwe Kaiser Wilhelms I., mit Rücksicht auf seine Gesundheit, nicht teilnehmen. Wir erinnern uns, daß noch desselben Tages, am 7. Januar, Minister v. Bötticher persönlich in Friedrichsruh erschien. Es galt, den Kanzler unbedingt von Berlin, und von persönlicher Einwirkung auf den Reichstag fernzuhalten. So nahm das Verhängnis seinen Lauf, wie Bismarcks Gegner wünschten.

Die Reichstagskommission, welche über das neue Sozialistengesetz beriet, hatte alle Neuerungen der Vorlage abgelehnt und wollte nur das alte Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878 auf einige Jahre verlängern. Der Reichstag dagegen, der am 22. und 23. Januar die zweite Lesung der Vorlage vornahm, ging über die Vorschläge seiner Kommission hinaus, indem er beschloß, dem Gesetze dauernde Gültigkeit zu verleihen, jedoch ohne die Verschärfungen, welche die Vorlage verlangte. Namentlich wurde der von den Regierungen geforderten Bestimmung, daß alle gemeingefährlichen Sozialdemokraten auf ein Jahr aus bestimmten Orten und Bezirken aus-

*) „Hamburger Nachrichten“ a. a. O.

gewiesen werden könnten, nicht mit Unrecht entgegengehalten: dadurch schaffe man Märtyrer, und trage namentlich durch die ausgewiesenen Agitatoren das Gift der sozialdemokratischen Lehre und Verhetzung auch in Orte und Bezirke, die bisher von diesem Gifte verschont wären. Die Abneigung gegen eine solche Maßregel trat namentlich bei den Mittelparteien hervor. Doch machten sie kein Hehl daraus, daß sie, statt der örtlichen Ausweisung unverbesserlicher Volksverführer, lieber deren gänzliche Ausweisung aus dem Deutschen Reiche sehen und bewilligen würden. Diese Meinung trat in der freikonservativen und nationalliberalen Presse und Fraktion vielfach zu Tage und mußte dem Reichskanzler willkommen sein, da er schon in seiner Denkschrift über das zweite Sozialistengesetz 1878 (s. o. Band V, S. 336) diese nun durch die Erfahrung von zwölf Jahren auch von anderen als notwendig erkannte Verschärfung gefordert hatte. Da der Reichstag die dritte Lesung des Gesetzes auf den 25. Januar 1890 angesetzt hatte, so traf der Fürst am Nachmittag des 24. aus Friedrichsruh in Berlin ein, um zunächst die Haltung der preußischen Regierung für die dritte Lesung des Gesetzes festzustellen.

Die Sitzung des Staatsministeriums unter Vorsitz Bismarcks fand unmittelbar nach des Kanzlers Ankunft noch am Nachmittag des 24. Januar statt. Schon in dieser Sitzung war der Ministerpräsident überrascht, unter den Kollegen der Stimmung zu begegnen, das Gesetz mit den vom Reichstag in zweiter Lesung beschlossenen Abschwächungen anzunehmen. Er machte dagegen mit Erfolg geltend, daß das ein unverzeihlicher Fehler der Regierung sein würde. Lehne der Reichstag die Verschärfungen auch in dritter Lesung ab, so könne die Regierung wohl erklären, daß sie, indem sie dem Reichtsag die Verantwortlichkeit für die Abschwächungen zuschiebe, versuchen wolle, mit diesem milden Gesetze auszukommen. Sie sei dann aber unbehindert, jederzeit später die Verschärfungen wieder zu fordern, während sie diese Waffen preisgebe, wenn sie jetzt dem Reichstag nachgebend, selbst sie für unnötig erkläre. Vielmehr trat er nachdrücklich für die Forderung ein, an Stelle der Ausweisung die Ver-

bannung zu setzen. Wenn Fürst Bismarck sich in demselben Sinne am folgenden Tage hätte im Reichstag äußern können, so hätte der „Kartellreichstag“ sicherlich mit großer Mehrheit das Gesetz in der von dem Kanzler gewünschten Fassung angenommen.

Aber die Möglichkeit sich so auszusprechen, sollte ihm abgeschnitten und sein Erstaunen über die schwächliche Stimmung der preußischen Minister sollte durch weitere Erlebnisse dieses Tages noch weit überboten werden.

Aus jener Sitzung begab sich der Fürst um 5½ Uhr nachmittags zunächst zum Vortrag beim Kaiser, um diesen zu bitten, den Kreis der amtlichen Thätigkeit des Reichskanzlers durch Wiederbesetzung des Handelsministeriums mit einem selbständigen Chef zu beschränken, und als solchen schlug Bismarck den Frhn. v. Berlepsch zu seinem Nachfolger vor. Er machte für seinen Entschluß, diesem Amte zu entsagen, hauptsächlich geltend, daß durch die Strikebewegungen und die daran sich knüpfenden Fragen die Aufgaben dieses Postens sich so erweitert hätten, daß ihre Lösung nur durch eine volle Arbeitskraft erfolgen könne.*) Der Kaiser willfahrte diesem Ansuchen bekanntlich am 31. Januar 1890. Auch aus den übrigen preußischen Ämtern gedachte sich der Kanzler zurückzuziehen, doch stellte er vor, daß der Zeitpunkt hierzu jetzt nicht geeignet scheine, da ein solcher Vorgang auf die im Februar bevorstehenden Reichstagswahlen voraussichtlich ungünstig einwirken würde.

Unmittelbar an diesen Vortrag schloß sich ein von 6 bis ¾8 Uhr abends dauernder Kronrat unter Vorsitz des Kaisers. Hier war nun dem Fürsten Bismarck die größte Überraschung beschieden. Denn im Auftrage des Kaisers verlas hier Minister v. Bötticher die Entwürfe zweier kaiserlicher Erlasse, welche den Willen des Monarchen bekundeten, neben „dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung“ nun auch „die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen“ und weiter erklärte: „Diese

*) Nordd. Allg. Ztg. vom 20. März 1890, die erst am 5. Mai 1890 ihre „traditionellen Beziehungen“ zu Bismarck als gelöst erklärte.

Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine Aufgabe der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben." Außerdem faßten die Erlasse auch „gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht, in denen die Arbeiter an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und den Organen der Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten."*)

In aller Ehrerbietung vor dem kaiserlichen Herrn, erklärte sich Fürst Bismarck mit Nachdruck gegen diese Erlasse, die über das Maß und den Umfang der mit der Botschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 eingeleiteten und mit dem Alters- und Invaliditätsgesetze nach des Kanzlers Ansicht vorläufig abgeschlossenen Sozialpolitik des Reiches weit hinausgingen. Denn nicht nur wurde hier, ohne jedes Ziel und Ende „der weitere Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung" angekündigt, sondern auch durch vieldeutige Worte und Verheißungen die Begehrlichkeit der Arbeiter zu ausschweifenden Ansprüchen ermuntert. Vor allem aber widersprachen diese Erlasse allen den Grundsätzen, welche Fürst Bismarck zuletzt noch im Jahre 1885 in mehreren Reichstagsreden als die notwendigen Vorbedingungen einer noch weiter schreitenden Arbeiterschutzgesetzgebung, namentlich weiterer Beschränkung oder gar des völligen Verbotes der Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit, der

*) Die von dem Grafen Douglas, dem Dr. Hinzpeter und dem Minister v. Böttticher beeinflußte Fassung der Entwürfe war noch weit kühner und phantastischer, wie unten dargelegt werden wird. Die angeführten Sätze sind der von Bismarck abgeschwächten Fassung des amtlichen Textes der Erlasse vom 4. Februar entnommen.

Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetz u. s. w. bezeichnet hatte. Er hatte stets, und namentlich noch in seiner Reichstagsrede vom 9. Mai 1885, ausgesprochen: Wohl sei es „in hohem Grade wünschenswert“ und „ein glänzendes Ziel“, daß dem Arbeiter Sonntagsruhe gewährt und die Dauer des Arbeitstages „billig und schonend“ bemessen werde. Aber, fügte er damals hinzu: „Die große Frage, die sich einem zuerst aufdrängt, ist die: Ist dem Arbeiter überhaupt damit gedient? Wer bestreitet die Kosten? Der Arbeiter wird nicht die obligatorische Sonntagsruhe mit dem Verlust von 14% seines Jahreslohnes erkaufen wollen?“

In jenem Kronrat vom 24. Januar 1890 führte Fürst Bismarck, wie es den Anschein hat, weiter aus:*) Das schöne Ziel der Beschränkung der Sonntags-, der Frauen- und Kinderarbeit schwebe auch ihm als erstrebenswert vor, aber so lange ihm nicht nachgewiesen sei, wie die vielen Millionen, die dem Arbeiterstande durch diese Beschränkung an Arbeitslohn entzogen werden, anderweit beschafft werden können, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und der Staat darunter leiden, glaube er auf diesem Wege nur soweit vorgehen zu dürfen, als durch die allerdringendste Notwendigkeit erheischt werde. Dieses Ziel könne überhaupt nicht von Deutschland allein, sondern nur durch das Zusammenwirken aller Kulturstaaten erreicht werden. Weiter sei aber namentlich der Schein zu vermeiden, als bestehe an höchster Stelle und in der Regierung die Ansicht, daß durch Paktieren mit der Begehrlichkeit der Arbeiter zur Sicherung des sozialen Friedens zu gelangen sei. Denn dadurch würde in weite Kreise des Bürgertums die Sorge und Befürchtung getragen: es könnte an den maßgebenden Stellen eine ganz neue und durchaus irrtümliche Auffassung von dem Wesen der sozialdemokratischen Bewegung eingetreten sein, eine Auffassung die sich schmeichele, durch Inangriffnahme einer energisch durchgreifenden Gesetzgebung zu Gunsten der arbeitenden Klassen jene

*) Nordd. Allg. Ztg. v. 20. März 1890. Hamburger Nachrichten v. 16. Juli 1890 u. 23. April 1891. Z. vgl. auch Wippermann, Fürst Bismarck im Ruhestande, S. 2, 97 fg., 109 fg.

Bewegung von ihrer zweifellos revolutionären Bahn auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zurücklenken zu können. Das Entgegenkommen gegen gewisse Forderungen der arbeitenden Schichten in den kaiserlichen Erlassen, ohne daß auch nur mit einem Worte des Mißbrauchs gedacht wäre, der mit diesen Forderungen für die Zwecke einer revolutionären Propaganda getrieben wird, möchte dieser Befürchtung Nahrung geben. Geschichtliche Erfahrung und richtige Beurteilung der menschlichen Natur führten zu der Annahme, daß die Forderungen der Arbeiter sich in demselben Maße erhöhen werden, in dem die Gesetzgebung und die Politik in das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingreifen und letztere in dem Glauben erhalten, sie seien Objekt der Ausbeutung seitens der Betriebe. Die terroristische Steigerung der Arbeiteransprüche werde erst Halt machen entweder vor einem Ruin der Industrie oder vor der Katastrophe, deren Vermeidung die jetzige Sozialreform nach Absicht ihrer Urheber gerade dienen sollte. Daß diese Vermeidung auf dem von den Erlassen eingeschlagenen Wege des Entgegenkommens und der Zugeständnisse bewirkt werden könne, hielten erfahrene Praktiker für eben so unmöglich wie der Fürst. Denn es sei eine Unmöglichkeit, durch Maßregeln der Gesetzgebung den Arbeiter dahin zu bringen, daß er sich zufrieden fühle und den sozialdemokratischen Bestrebungen widerstehe. Solange der Arbeiter jemanden sehe, der es besser hat, als er selbst, werde er unzufrieden sein und diese Unzufriedenheit um so energischer äußern, je mehr man ihm zeige, daß sie „nicht unberechtigt“ sei. Darin liege der große Fehler, den man durch Veröffentlichung dieser Erlasse machen würde. Man müsse sich bei der natürlichen Hebung der Lebensführung beruhigen, welche sich, wie ein Vergleich der Existenz der Arbeiter von heute mit der vor 50 Jahren lehre, stetig unter dem Fortschritt der Kultur von selbst vollziehe; daneben könnten auf dem ursprünglich beabsichtigten Wege der Versicherung der Kranken und Invaliden und der wegen Alters zum Verdienen unfähigen Arbeiter die von dem modernen Erwerbsleben untrennbaren Härten des Arbeiterloses gemildert werden. Statt dessen

würde man sich jetzt zu einer Politik entschließen, welche nicht nur in die wirtschaftliche Autonomie der Arbeiter und Arbeitgeber eingriffe, was immer schädlich wirke, sondern vor allem die Begehrlichkeit der Arbeiter steigern und die Arbeitermassen damit der sozialdemokratischen Agitation erst recht überantworten.

So etwa hat Fürst Bismarck im Kronrat vom 24. Januar 1890 seinen Standpunkt und seine Warnung begründet. Der Kaiser aber blieb bei seiner gegenteiligen Meinung und bei seinem Entschluß, die Erlasse zu veröffentlichen, von denen er zunächst einen überaus heilsamen Einfluß auf die bevorstehenden Reichstagswahlen und weiterhin die Wirkung erwartete, daß sie das Sozialistengesetz wohl ganz entbehrlich machen würden. Die übrigen Minister aber, die noch wenige Jahre zuvor mit dem leitenden Staatsmann eines Sinnes waren, mochten ihre Ansicht geändert haben, oder sie aus Gründen, deren Erörterung uns nicht obliegt, zurückdrängen. Kurz, Bismarck blieb mit seinen warnenden Vorstellungen allein. Er erklärte, daß er die Erlasse nicht gegenzeichnen werde, dagegen bereit sei, ihren Entwurf einer Durcharbeitung zu unterziehen, und dessen Fassung abzuschwächen. Weiter empfahl er aber auch, die Ausführung der hier geplanten Politik nicht eher zu beginnen, als bis sowohl der preußische Staatsrat, als eine internationale Konferenz derjenigen Staaten, welche neben Deutschland auf dem Weltmarkt als hauptsächliche Wettbewerber auftraten, der Nützlichkeit und Ausführbarkeit dieser Politik zugestimmt hätten. Mit diesen Vorschlägen des Kanzlers war der Kaiser einverstanden, und Bismarck unterzog sich daher der Abänderung des Entwurfs und fügte folgende Sätze neu hinzu: „Zur Vorberatung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrat unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der Letzteren behalte Ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeitsverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb

mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationalen Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen." Die internationale Konferenz sollte, wie Bismarck später*) äußerte, „gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen arbeiterfreundlichen Elan unseres Herrn. Ich glaubte, diese Konferenz würde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Ich glaubte damals auch, daß der Staatsrat die Erlasse nicht billigen würde."

Der Kronrat vom 24. Januar 1890 trat sodann in die Beratung der Frage ein, wie sich die Regierung zu den Beschlüssen des Reichstags über das Sozialistengesetz stellen solle. Der Kaiser und sämtliche Minister waren der Meinung, dieses dauernde Spezialgesetz in der von den Nationalliberalen gebotenen Fassung, also ohne Ausweisungsbefugnis, anzunehmen. Fürst Bismarck machte dagegen dieselben Gründe geltend, die er schon im preußischen Ministerrate am Nachmittag vorgetragen hatte.**) Er hatte seine ganze Amtszeit hindurch daran festgehalten, daß die Regierungen nicht wohlthäten, ihre eigene, wenig Wochen alte Vorlage selbst und aus eigenem Antriebe zu ändern und zu verstümmeln, ohne daß ein förmlicher Beschluß des Reichstags die Undurchführbarkeit derselben in ihrer von der Regierung eingebrachten Fassung festgestellt habe. Er widerriet daher auch jetzt, die Flagge vor dem Reichstag zu streichen, ehe das Ergebnis der dritten Lesung vorlag. Wohl aber war er dafür, das Gesetz auch dann anzunehmen, wenn der Reichstag bei Streichung der Ausweisungsbefugnisse beharrte.

*) Juli 1890, zum Herausgeber des „Frankfurter Journals" (Nr. v. 11. Juli).

**) Hamburger Nachr. vom 7. u. 9. Oktober 1890, 10. März 1891. Wippermann a. a. O. S. 104/9.

Derselben Meinung waren der Kaiser, sämtliche Bundesfürsten und Bundesräte, einschließlich sämtlicher preußischer Minister.

Die Meinungsverschiedenheit Bismarcks mit den übrigen Teilnehmern des Kronrates vom 24. Januar betraf also bei dieser Frage nur die Taktik der Regierung, nicht die Sache selbst. Gleichwohl wurde auch diese an sich so geringfügige Meinungsverschiedenheit in ihren Folgen verhängnisvoll, ein Glied mehr in der unseligen Kette von Ursachen und Ereignissen, die schließlich Bismarcks Sturz herbeiführten. Denn diese Meinungsverschiedenheit allein schon verbot dem Kanzler jedes Wort bei der Schlußberatung der Vorlage im Reichstag am 25. Januar. Seine eigene Ansicht, daß er das Gesetz am liebsten mit der Verbannungsbefugnis, statt mit der Ausweisungsbefugnis, angenommen sähe, konnte er nicht äußern, da diese Ansicht nicht die seines kaiserlichen Herrn war. Die Erklärung aber, daß die verbündeten Regierungen das Gesetz auch ohne Ausweisungsbefugnis annehmen würden, konnte er nicht abgeben, da er eben vor dem Reichstag nicht vorzeitig „die Flagge streichen“ wollte. So bot denn die Reichstagssitzung vom 25. Januar einen wundersamen Eindruck und ein ebenso verblüffendes als verhängnisvolles Abstimmungsergebnis. Bei der Schlußberatung eines Gesetzes, das seit 1878 immer zu den wichtigsten gezählt worden, sprach jetzt die Regierung kein Wort, erschien der Kanzler nicht im Hause. Was bedeutete das? Die Mehrheitsparteien stimmten, da sie kein Wort vom Bundesratstische hörten, genau so, wie zwei Tage zuvor. Sie bewilligten das Gesetz dauernd, ohne Ausweisungsbefugnis.

Die Konservativen ihrerseits, die in zweiter Lesung für die Vorlage im vollen Umfang gestimmt, hatten ihre Bereitwilligkeit erklärt, auch ohne Ausweisung das Gesetz anzunehmen, wenn die Regierung vorher zu erkennen gäbe, daß sie damit einverstanden wäre. Aber wir wissen, warum Bismarck diesen Wink den Konservativen nicht geben konnte. Eigentlich war er auch gar nicht nötig. Denn das Schweigen am Bundesratstische sagte jedem unbefangenen Politiker genau dasselbe, was jener Wink ausgesprochen

hätte, und was die regierungsfreundlichen Mehrheitsparteien aus diesem Schweigen richtig schlossen: die Bundesregierungen würden das Gesetz auch ohne Ausweisungsbefugnis annehmen. Denn wenn sie das nicht wollten, so würden sie gesprochen, nicht geschwiegen haben. Außerdem aber mußte die konservative Partei mindestens das Eine erwägen: stimmte sie den Mehrheitsbeschlüssen zu, so blieb das Sozialistengesetz in der seit 1878 gültigen Fassung dauernd bestehen — immerhin als eine sehr scharfe Waffe gegen die Umsturzpartei; schlug sich die konservative Partei dagegen zu den das Gesetz überhaupt ablehnenden Parteien, so erlangten diese die Mehrheit, und das ganze Gesetz war verworfen. Zur unermeßlichen Überraschung und Empörung aller reichstreuen Deutschen schlugen die Konservativen diesen unseligen Irrweg ein. Bei der Schlußabstimmung über das Gesetz standen sie plötzlich an der Seite des Zentrums, Deutschfreisinns, der Polen und Sozialdemokraten, so daß die Ablehnung des Gesetzes mit 169 Stimmen gegen 98 der Nationalliberalen und Freikonservativen erfolgte!

Die Hauptwehr gegen die Umsturzpartei war den Bundesregierungen durch diese Abstimmung nicht nur stumpf gemacht, sondern zerbrochen aus der Hand gewunden, vernichtet, und obendrein durch die Konservativen! Wie Bismarck über diesen Liebesdienst seiner ältesten Parteigenossen dachte, verriet seine „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schon am 29. Januar: die Regierung habe keinen Grund, dem Frohlocken feindseliger Blätter beizutreten und sich gegen die Nationalliberalen wegen deren Abstimmung über das Sozialistengesetz feindselig zu verhalten. Und am 9. Oktober 1890 schrieben die „Hamburger Nachrichten“: „Unserer Ansicht nach hätte auch die konservative Partei aus der Unmöglichkeit, die volle Vorlage zu erreichen, keinen Anlaß nehmen sollen, das, was im Sinne des Gesetzes überhaupt zu erlangen war, anzunehmen, wenn auch das wünschenswerte Mehr einstweilen nicht zu haben war. Letzteres hätte auf Grund eintretenden Bedürfnisses auch später angestrebt werden können.“ Wie schwer aber gerade den Fürsten Bis-

marck in seiner ohnehin wankenden Stellung die konservative Abstimmung vom 25. Januar 1890 treffen mußte, das konnte er öffentlich nicht aussprechen. Es läßt sich aber bestimmt beweisen. Bis dahin hatte er mit Recht aus seinem Widerspruch gegen die kaiserlichen Erlasse den Schluß noch nicht ziehen dürfen und müssen, daß sein Rücktritt, seine Entlassung unvermeidlich sei. Denn noch war abzuwarten, wie der Staatsrat und die internationale Konferenz sich darüber entscheiden würden. Wäre nun am 25. Januar 1890 im Reichstag der dauernde Fortbestand des Sozialistengesetzes beschlossen worden, das der Kaiser nach den Beschlüssen seines Kronrates vom 24. Januar, und nach dem einstimmigen Beitritt der verbündeten Regierungen ohne weiteres angenommen und verkündigt hätte, so fand sich der preußische Staatsrat bei seinem Zusammentritt im Februar einfach vor die Frage gestellt: ist es nötig, neben dem dauernd bestehenden Sozialistengesetz, zur Sicherung des Friedens der Gesellschaft, auch außerdem noch die Bahn der kaiserlichen Erlasse zu betreten, oder erregt diese Bahn Bedenken? Fiel dagegen das Sozialistengesetz im Reichstag am 25. Januar, lief also dessen Dauer am 30. September 1890 unwiderruflich ab, so besaß der preußische Staatsrat als Ersatz nur die kaiserlichen Erlasse, und dann war natürlich die Abweisung dieses einzigen Rettungsmittels sehr schwer und verantwortlich! Es ist menschlich, daß sich die allermeisten Mitglieder des Staatsrates dieser persönlichen Verantwortung entzogen, indem sie den Erlassen einfach zustimmten, zumal da der Kaiser dem Staatsrat mit Zuversicht erklärte: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie Mir, mit der werde Ich ganz allein fertig werden.“ Durch die Zustimmung des Staatsrats — und, wie später erwähnt werden wird — der internationalen Konferenz zu den kaiserlichen Erlassen, war aber Bismarck als alleiniger Neinsager übrig geblieben und dadurch zum „Gehen“ ausersehen.

Von den Vorgängen im Kronrat vom 24. Januar hatten natürlich die deutschen Reichstagswähler keine Ahnung, die sich, nachdem der Reichstag am 25. Januar geschlossen worden war, nun

in einem beispiellos erbitterten und feindseligen Wahlkampf gegenübertraten. Aber nur zu bald schon mußten alle nationalen Elemente mit Schrecken, alle reichsfeindlichen mit Frohlocken erkennen, daß in den wichtigsten Fragen des deutschen Staatslebens, der inneren deutschen Politik, zwischen dem Kaiser und dem Kanzler ein unversöhnlicher Widerspruch, eine verhängnisvolle Meinungsverschiedenheit bestehe. Denn bereits die Thronrede, welche der Kaiser am 25. Januar, nach dem Schlusse der Reichstagssitzung verlas, enthielt kein tadelndes Wort über die Verwerfung der wichtigsten Vorlage, des Sozialistengesetzes, gerade als ob diese Verwerfung dem Kaiser erwartet und sogar erwünscht komme. Nach Aufzählung der großen sozialpolitischen Arbeiten und Erfolge des „Kartellreichstags" in den drei unvergeßlichen Jahren seines Wirkens, fuhr die Thronrede nämlich fort: „Auf den gewonnenen Grundlagen wird sich weiter bauen lassen, um den arbeitenden Klassen die Gewißheit zu verschaffen, daß die gesetzgebenden Gewalten für ihre berechtigten Interessen und Wünsche ein warmes Herz haben, und daß eine befriedigende Gestaltung ihrer Lage nur auf dem Wege friedlicher und gesetzmäßiger Ordnung zu erreichen ist. Es ist Mein dringender Wunsch und Meine Hoffnung, daß es dem folgenden Reichstage gelingen möge, im Verein mit den verbündeten Regierungen für die auf diesem Felde notwendigen Verbesserungen wirksame gesetzliche Formen zu schaffen." Das klang alles so durchaus anders, als Bismarck jemals sich ausgesprochen hatte! Hier wurde der Begehrlichkeit der Arbeiter der weiteste Spielraum zugestanden, während von dem Schutze der vom Umsturz bedrohten Gesellschaft durch die künftige Gesetzgebung nicht die leiseste Andeutung gegeben wurde. Die Hörer der Thronrede und Millionen mit ihnen hatten den Eindruck, daß der Kaiser das Sozialistengesetz überhaupt preisgebe. Konnte Bismarck das gebilligt haben? Ach nein! Als am 4. Februar die kaiserlichen Erlasse ohne des Fürsten Gegenzeichnung erschienen, wurde die tiefe Kluft, die zwischen dem Kaiser und dem Kanzler aufgebrochen war, aller Welt deutlich. Der Fürst sagte am 17. Juli 1890 darüber zum Chefredakteur der „Dresdner Nach-

richten" Dr. Erwin Reichardt:*) „der sozialistischen Gefahr zu begegnen, gebe es nur zwei Wege: entweder ihren Forderungen nachgeben oder kämpfen. Das Erstere reize jedoch ihre Begehrlichkeit, während sie im Kampf doch in gewissen Schranken gehalten werde. Jede Konzession den sozialistischen Forderungen gegenüber vergleiche er mit dem black-mail (dem Tribut, den die Hochschotten den Niederschotten zahlten, um von deren Räubereien verschont zu werden). Der Kaiser, als der bessere Mensch von ihnen beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich habe, habe sich für den Frieden entschieden; er (der Fürst) dagegen habe kämpfen wollen, je eher desto lieber. Diese Meinungsverschiedenheit sei einer der Gründe gewesen, aus denen er das Amt niedergelegt."

Der Kaiser und die Minister, welche seiner Meinung waren, hofften, daß die kaiserlichen Erlasse und die kaum mehr verhüllte Absicht der Preisgabe des Sozialistengesetzes eine überaus versöhnliche Wirkung auf die bisherigen Gefolgsleute der Sozialdemokratie ausüben würden. Aber das gerade Gegenteil trat ein. Die sozialdemokratischen Führer und Zeitungen verkündeten frohlockend: der Kaiser nehme in diesen Erlassen vom 4. Februar das sozialdemokratische Programm an, streiche seine Flagge vor der Sozialdemokratie, pflanze das sozialdemokratische Banner auf und wie diese Frechheiten alle weiter lauteten, auf welche aber doch Hunderttausende bei den Wahlen hereinfielen. Zugleich wurde der nun offenkundige Zwiespalt zwischen dem Kaiser und Kanzler von allen Reichsfeinden zu einem millionenstimmigen Ruf „Fort mit Bismarck!" ausgenützt, und namentlich die freisinnige Presse labte sich in unzähligen Artikeln an dem Vorwurf: Bismarck habe seine Stellung zur Sozialdemokratie von Anfang an falsch genommen, da er nur mit Gewaltmitteln zu regieren verstehe. Darauf ließ er entgegnen: „Dabei wird übersehen, daß es gerade der Zweck des Sozialistengesetzes war, die Anwendung wirklicher Gewaltmittel so lange als möglich zu

*) Dresdner Nachrichten vom 18. Juli. Später von den Hamburger Nachrichten wörtlich abgedruckt.

vermeiden. Wenn durch Maßregeln auf administrativem Wege versucht wird, dem Hereinbrechen von Katastrophen thunlichst vorzubeugen, so ist das jedenfalls im Staatsinteresse nützlich und deshalb gutzuheißen."*) Der Ausgang des mit der Thronrede vom 25. Januar und mit den sinnverwandten kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar eingeleiteten Wahlkampfes hätte der Regierung ganz deutlich machen sollen, wie recht Bismarck hatte mit seiner eindringlichen Warnung vor dieser neuen Bahn, wie gewaltig unter diesem neuen Banner die Stimmenzahl und Reichstagssitze der Sozialdemokratie, des Deutschfreisinns, des Zentrums, der Volkspartei, der Welfen und Polen gewachsen waren, während die Nationalliberalen und Konservativen furchtbare Einbußen erlitten. Durch die Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 wurde der „Kartellreichstag" gesprengt, und der „Antikartellreichstag" hielt unter dem alten Triumvirate Windthorst-Richter-Grillenberger seinen Einzug.

Aber dieses Wahlergebnis machte die neue Richtung der Regierung nicht irre in dem Heilglauben an ihr Vorhaben. Denn der am 14. Februar in Gegenwart des Fürsten Bismarck eröffnete Staatsrat erklärte sich in den Sitzungen vom 26. 27. und 28. Februar durchaus für die kaiserlichen Erlasse und stellte das Programm auf für die Beratung der internationalen Konferenz über die Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken. An diesen Beratungen des Staatsrates beteiligte sich Bismarck nur passiv, durch seine Anwesenheit und indem er am 14. Februar die Mitglieder des Staatsrates dem Kaiser vorstellte. Als die dem Kanzler feindliche Presse seine passive Rolle im Staatsrat zur Verdächtigung seiner Loyalität gegenüber dem Monarchen benutzte, ließ er in der „Nordd. Allg. Ztg." am 11. März erläutern: Der Staatsrat sei „nur eine Erweiterung des Kreises der Ratgeber des absoluten Herrschers über die Zahl der aktiven Staatsminister hinaus. Neben dem König gehören aber auch die Minister zu den durch den Staatsrat zu Informierenden. Der Staatsrat liefert ihnen Material, auf Grund dessen sie dem Könige als dessen verantwort-

*) So u. A. in den „Hamburger Nachrichten" v. 23. Juli 1890.

liche Ratgeber ihre schließlichen Vorschläge machen. Es würde also mit der Stellung eines Ministers nicht verträglich sein, wenn er bereits im Staatsrate zu dem Gegenstande der Beratung eine endgültige Stellung nehmen und seine Auffassung festlegen wollte." Natürlich stimmten die Minister am Schlusse der Staatsratsverhandlungen in der Sitzung des Staatsministeriums erst recht für die kaiserlichen Erlasse.

Die Berufung der internationalen Konferenz zur Beratung gemeinsamer Maßregeln für den Arbeiterschutz sollte Bismarcks letztes amtliches Werk sein! Die Berufung erfolgte schon im Februar; ihr Zusammentritt sollte am 15. März in Berlin erfolgen. Geladen waren Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemarck, Frankreich, England, die Schweiz, Italien, die Niederlande und Schweden. Hatte der preußische Staatsrat nun thatsächlich nur das Programm für die internationale Konferenz geschaffen, so schuf dagegen diese Konferenz selbst gar nichts. „Selbst meine geringen Erwartungen von der Konferenz sind enttäuscht worden," sagte Bismarck im Juli 1890 zu dem Herausgeber des „Frankfurter Journals".*) „Die Erzeugnisse der Konferenz sind gleich Null. Es hatte keiner den Mut, zu widersprechen, auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Die ganze Konferenz ist eine einzige Phraseologie. Nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Überhaupt ist es Illusion, den Arbeiterschutz international machen zu wollen. Jeder Staat steht doch schließlich für die Interessen seiner Industrie ein." Der Reichskanzler beteiligte sich an diesen Beratungen nicht. Nur seine reiche Gastfreundlichkeit erwies er den auswärtigen Mitgliedern.

Angesichts des traurigen Ausfalls der Reichstagswahlen und der Gefahren, welche durch die erhebliche Stärkung der Oppositionsparteien dem Deutschen Reich erwuchs, erschien es dem Fürsten Bismarck geradezu als eine Feigheit, von seinem Amte zurückzutreten, solange der Kaiser ihm das nicht ausdrücklich befahl. Für ihn wie für den Kaiser bestand freilich kein Zweifel mehr, daß die amtlichen Beziehungen Beider wegen ihrer grundsätzlichen Meinungs-

*) Nummer vom 11. Juli 1890.

verschiedenheiten in nicht ferner Zukunft gelöst werden müßten. Aber mit Rücksicht auf die ernste politische Lage kamen Beide überein, daß der genauere Zeitpunkt und die Einzelheiten der Entlassung des Reichskanzlers erst festgestellt werden sollten, nachdem dieser vor dem Reichstag die neue Militärvorlage vertreten haben würde, also etwa im Mai oder Juni. Aber neue Meinungsverschiedenheiten führten eine viel jähere und schroffere Lösung dieser amtlichen Beziehungen herbei.

Natürlich war, daß Fürst Bismarck für die Zeit der Fortdauer seiner amtlichen Wirksamkeit verlangte, daß ihm auch die Befugnisse und Rechte seiner Ämter in vollem und ungeschmälertem Umfange zugestanden würden. Dahin gehörte das ihm, dem Reichskanzler, kraft des Stellvertretungsgesetzes von 1878 (s. o. Bd. V S. 373) zustehende Recht, in jede Handlung seiner „Stellvertreter" — der Ressortchefs der einzelnen Reichsämter — jederzeit als vorgesetzter Chef einzugreifen oder diese Amtshandlung selbständig vorzunehmen, namentlich aber dem Kaiser über jede Angelegenheit selbst und vom Standpunkte des Reichskanzlers aus Vortrag zu halten. Dieser durch die Reichsverfassung und das Stellvertretungsgesetz durchaus begründeten Forderung des Reichskanzlers konnte auch der Kaiser nicht widersprechen, so schmerzlich ihm auch persönlich die Folge dieser gesetzlichen Forderung des Kanzlers sein mochte: daß hinfort dieser und nicht mehr der Staatssekretär v. Böttücher ihm über Reichsangelegenheiten Vortrag halten werde. Als preußischer Ministerpräsident hatte Bismarck ferner das volle Recht zu dem Verlangen, daß auch der amtliche Verkehr der preußischen Minister mit dem Könige der Kontrolle des Ministerpräsidenten unterworfen werde. Denn das war seit einer von Manteuffel gegengezeichneten Kabinetsordre vom 8. September 1852 preußisches Gesetz. Namentlich hatte der Ministerpräsident hiernach das Recht, von jedem Minister über wichtige Verwaltungsmaßregeln Vortrag zu erhalten und seinerseits dem Könige selbst darüber Vortrag zu erstatten, endlich auch von jedem Vortrage eines anderen Ministers beim Monarchen rechtzeitig zuvor in Kenntnis gesetzt zu werden, um diesem Vortrage beiwohnen zu können. Das Bestehen dieses Gesetzes brachte nun

Bismarck sowohl beim Könige als bei den Ministerkollegen nachdrücklich in Erinnerung und verlangte dessen strenge Ausführung. Der König, der in diesem Verlangen eine Beschränkung des von ihm bis dahin gehandhabten freien und unmittelbaren Verkehrs mit den Ministern erblickte, ließ dem Fürsten Bismarck erklären, daß er die alte Kabinetsordre aufgehoben wünsche und die Einwilligung des Ministerpräsidenten dazu verlange. Bismarck aber weigerte sich der Zustimmung, indem er dem Überbringer dieser Aufforderung etwa erklärte: „Wenn der König die Befugnisse seines Ministerpräsidenten beschränken wolle, so müsse Se. Majestät selbst den Ministerpräsidenten machen, dessen Befugnisse Sie ja jetzt schon thatsächlich ausübe.“ Darauf erwiderte der Kaiser dem Vertrauten: Selbst die Stelle des Ministerpräsidenten zu übernehmen, falle ihm gar nicht ein, und forderte vom Ministerpräsidenten eine Denkschrift über diese Frage.

An dieser Denkschrift arbeitete der Fürst noch, als ein neuer Konfliktsfall zu einem jähen Bruche führte. Am 14. März erschien nämlich Bismarcks Bankier, Herr v. Bleichröder, bei ihm mit der Anfrage, ob dieser bereit sein würde, Windthorst zu einer Unterredung zu empfangen. Der Kanzler entgegnete dem Vermittler verwundert, ob denn der Abg. Windthorst, der Führer des Zentrums, überhaupt erst eine derartige Anfrage für nötig halte, da ja durch langjährige Praxis bekannt sei, daß der Kanzler in dienstlicher Pflichterfüllung jeden Reichstagsabgeordneten empfange, der sich in dieser Eigenschaft bei ihm melden lasse. Windthorst hatte sich, der Annahme gewiß, gleich mit Bleichröder eingefunden, und trat nun beim Reichskanzler zu einer etwa anderthalbstündigen Unterredung ein. Dieses Gespräch drehte sich ausschließlich um die Frage, wie sich das Zentrum im neuen Reichstag stellen werde und welche Ansprüche es erhebe. Windthorst forderte die volle Herstellung des Zustandes der Gesetzgebung vor 1870, was Bismarck sofort als „exorbitant“, als unannehmbar, bezeichnete. Dann bat der Zentrumsführer den Reichskanzler dringend, in seinem Amt zu verbleiben, für den Fall aber, daß er unabänderlich entschlossen sei,

sich zurückzuziehen, die Nachfolge einem General zu übertragen. Als Bismarck auf diesen Gegenstand einging und die Personenfrage berührte, empfahl Windthorst in erster Linie den General v. Caprivi.

Die Kunde von diesem harmlosen Gespräch wurde dem Kaiser noch am nämlichen Tage mit der Abweichung von der Wahrheit zugetragen, daß der Kanzler den Zentrumsführer durch die Vermittelung des Herrn v. Bleichröder habe zu sich bitten lassen, und daß der Kanzler mit Windthorst über eine „Kooperation" unterhandelt habe, d. h. zu dem Zwecke, in seinen Meinungsverschiedenheiten mit seinem kaiserlichen Herrn die Unterstützung des Zentrums zu gewinnen. Wenn der Kaiser die Zentrumsblätter des nächsten Tages abgewartet hätte, welche diese vertrauliche Unterredung an die große Glocke hingen, so würde er schon aus dieser unmutigen Ausplauderei die Überzeugung gewonnen haben, daß Windthorst am 14. März der vergeblich Fordernde gewesen sein müsse, da bei einem Einverständnis der beiden die Zentrumspresse sicher geschwiegen haben würde. Aber die entstellten Nachrichten über das Gespräch, die man dem Kaiser mitzuteilen wagte, erregten begreiflich dessen Unmut in hohem Maße, so daß er sofort nach Empfang jener Meldung den Chef seines Zivilkabinets, v. Lucanus, an den Reichskanzler mit dem Gebot absandte: der Kaiser fordere vom Fürsten, daß dieser ihm zuvor Meldung mache, wenn er mit Abgeordneten politische Erörterungen führen wolle. Bismarck entgegnete etwa: Er bitte, Sr. Majestät auszusprechen, er lasse niemanden über seine Schwelle verfügen. Nun erschien der Kaiser am 15. März früh vor 10 Uhr beim Kanzler,*) als dieser noch im Bett lag, und verlangte ihn sofort zu sprechen. Bismarck kleidete sich rasch an und trat seinem Herrn gegenüber. Erregt fragte dieser, was die Unterhandlung mit Windthorst zu bedeuten habe? Der Kanzler entgegnete, daß nicht Unterhandlungen, sondern vertrauliche persön-

*) Die Angabe Horst Kohls, Reden Bismarcks, Band XII S. 677, als ob dieser Vorgang in der Amtswohnung des Grafen Herbert sich zugetragen habe, muß nach den Informationen des Verfassers als irrig bezeichnet werden.

liche Aussprachen stattgefunden hätten. Darauf betonte der Kaiser sein Recht, rechtzeitig von den Verhandlungen seines Kanzlers mit Parteiführern in Kenntnis gesetzt zu werden. Diesen Anspruch wies Bismarck mit der Erklärung zurück, er lasse seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Aufsicht unterwerfen und über seine Schwelle niemanden gebieten. „Auch nicht, wenn Ich es Ihnen als Souverän befehle?“ rief der Kaiser in großer Erregung. „Der Befehl meines Kaisers endet am Salon meiner Frau,“ erwiderte Bismarck fest. Dann fügte er noch hinzu: Nur infolge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er im Amte geblieben. Er sei aber, wenn er dem Kaiser unbequem werde, gern bereit, sich zurückzuziehen.

Damit endete die für beide Teile überaus schmerzliche Szene. Daß ein vollständiger Bruch eingetreten sei, verhehlte sich auch Bismarck nicht. Der Kaiser wird, um seinen Anspruch zu begründen, auch auf die Kabinetsordre von 1852 verwiesen haben, die Bismarck für sich in Anspruch nahm, um den Verkehr der preußischen Minister mit dem Könige einer Kontrolle zu unterwerfen. Gerade über diese Frage wollte Bismarck am 17. März die vom König befohlene Denkschrift vorlegen. Aber in den Stunden und Tagen, die seit der erregten Morgenszene vom 15. März verflossen, kam Bismarck an seinem Teile in ernster Bezwingung seines Selbstgefühls und seiner Empfindung zu dem Entschluß, auch diesmal noch in hingebender Vaterlandsliebe und Pflichterfüllung alles Geschehene zu ertragen und kein Entlassungsgesuch einzureichen, das ihm die Verantwortlichkeit für die dadurch geschädigten deutschen Interessen aufgebürdet haben würde.

Ganz in diesem Sinne antwortete er auch dem General v. Hahncke, der am Frühmorgen des 17. März bei Bismarck mit dem Auftrag erschien: der Kaiser erwarte das Entlassungsgesuch des Fürsten und sei bereit, denselben zu diesem Behufe nachmittags 2 Uhr zu empfangen. Da der General den Auftrag nicht als einen direkten, sondern nur unter Bezugnahme auf eine Besprechung vom Tage zuvor, ausgerichtet hatte, so erwiderte der Kanzler, daß er

nach seinem augenblicklichen Gesundheitszustand nicht ausgehen könne und bezüglich der schriftlichen Eingabe um Frist bitten müsse. Dann fuhr er etwa fort: Er halte es für eine Gewissenlosigkeit gegen den Kaiser und das Vaterland, wenn er unter den jetzigen Umständen fahnenflüchtig würde. Ein von ihm jetzt eingereichtes Entlassungsgesuch würde aber auch ein falsches geschichtliches Bild der Sachlage darbieten. Der Kaiser habe ja die Macht, den Fürsten jederzeit zu entlassen. Der Kaiser von Österreich sage auch, wenn er sich von einem Minister trennen wolle: „Wir haben befunden," den oder jenen seiner Ämter zu entheben. Er aber könne seine politische Laufbahn nicht mit einem Akte abschließen, dessen Folgen er für Volk und Reich als höchst verderblich erachte. Nachdem der Kanzler den General v. Hahncke so beschieden hatte, berief er die preußischen Minister auf den Nachmittag zu einer letzten Beratung um sich und gab ihnen Kenntnis von den Ereignissen der letzten Tage sowie von seiner Denkschrift über die Kabinetsordre vom Februar 1852. Sämtliche Minister erklärten sich mit der Auffassung Bismarcks von der Notwendigkeit des Fortbestehens dieser Ordre einverstanden — später freilich änderten alle, außer v. Scholz und Maybach, diese Ansicht. Alle bedauerten auch aufs tiefste die von dem Präsidenten vorgetragenen Mitteilungen über die Ereignisse der letzten Tage. Denn Bismarck hatte offen ausgesprochen, daß er seiner Meinung nach nicht mit der Rücksicht behandelt werde, die er in Anbetracht seines Alters für sich glaube in Anspruch nehmen zu dürfen, und daß er in der Art der ihm widerfahrenen Behandlung gewissermaßen eine Aufforderung erkennen müsse, seine Entlassung zu nehmen. Die Minister vereinbarten dann, noch am nämlichen Abend bei Herrn v. Bötticher, ohne den Fürsten Bismarck, zur Beratung zusammenzutreten, um hier einen etwa gemeinschaftlich zu unternehmenden Schritt zu beraten. Inzwischen hatte der Kaiser von dem, was im Ministerrat vorgegangen, Kunde erhalten; und als nun die Minister zu ihrer Sonderberatung

*) „Hamburger Nachrichten" v. 25. März 1890. „Rhein. Westf. Ztg." v. 29. Okt. 1891.

bei Herrn v. Bötticher versammelt waren — eine Einigung über einen bestimmten Schritt war noch nicht erreicht —, sandte der Kaiser einen Adjutanten mit der Aufforderung an die Minister: jede weitere Bemühung zu unterlassen; er bedürfe ihres Rates in dieser Sache nicht mehr; seine Entschlüsse bezüglich des Fürsten Bismarck stünden fest. Im Gegenteil nahm der Monarch aus den Mitteilungen, die ihm über diese Sitzung zugegangen waren, Veranlassung, noch am Abend des 17. März den Kabinetsrat v. Lucanus in das Reichskanzlerpalais zu senden, mit einem amtlichen Exzitatorium wegen des Abschiedsgesuches des Fürsten und mit dem Ausdrucke der Verwunderung, daß dasselbe noch nicht eingegangen sei. Der Kaiser erwarte es bis zu einer bestimmten Stunde.

Diesem bestimmten Befehl des Kaisers gegenüber hatte Fürst Bismarck das Gefühl wesentlicher Erleichterung und „schön heraus“ zu sein. Er sträubte sich nur dagegen, die schriftliche Erklärung, die der Kaiser von ihm forderte, innerhalb weniger Stunden fertig zu stellen und bemerkte hierüber Herrn v. Lucanus etwa Folgendes: Er sei bereit, seine schlichte Absetzung sofort zu unterzeichnen; zu einem Abgeschiedsgesuch aber, welches das letzte amtliche Schriftstück eines um die Geschichte Deutschlands und Preußens einigermaßen verdienten Ministers darstelle, bedürfe er längerer Zeit. Das sei er sich und der Geschichte schuldig, die einst wissen solle, warum er seine Entlassung erhalten habe. Dieses eingehend begründete Schreiben setzte Bismarck am 18. März auf. Der Inhalt dieses Schriftstückes ist bis heute noch nicht veröffentlicht, obwohl der Fürst bei jedem Angriffe des „neuen Kurses“ auf seine Politik und Person, und namentlich bei Widerlegung der Legende, als ob er freiwillig gegangen sei, da er ja ein „Abschiedsgesuch“ eingereicht habe, die Leiter dieses Kurses stets vergeblich um Veröffentlichung jener Denkschrift ersuchte. Aus dieser Thatsache und den Worten, die der Fürst am 17. März zu Herrn v. Lucanus sprach, dürfen wir ziemlich bestimmt vermuten, daß der Reichskanzler in diesem letzten amtlichen Schreiben die gesamte politische Lage und die Gründe erörterte, welche ihm, wenn nicht der bestimmte Befehl des Kaisers

vorläge, den Rücktritt, trotz seiner Jahre und Gesundheitsverhältnisse, im Staatsinteresse nicht erlaubt erscheinen ließen. Dieses „Entlassungsgesuch“ dürfte also im Gegenteil die nachdrücklichste Begründung der Notwendigkeit von dem Verbleiben Bismarcks im Amte enthalten haben. Und da der Kanzler selbst, nach seinen Worten zu Herrn v. Lucanus, auf die sorgfältige Abfassung der Denkschrift das größte Gewicht legte, da diese die bedeutsamste Wendung der neuesten deutschen Geschichte einleitete, so trägt die Arbeit zweifellos auch das Gepräge einer der großen Staatsschriften Bismarcks: die Begründung seiner Überzeugung wird mit allem Nachdruck und aller Kraft seiner Erfahrung und Beredsamkeit geführt sein.

Wenige Stunden, nachdem der Kaiser diese Denkschrift am 20. März erhalten — er konnte das umfangreiche Aktenstück nur eben durchgelesen haben — brachten die Chefs des kaiserlichen Civil- und Militärkabinets, Lucanus und Hahncke, dem Fürsten Bismarck bereits die Entlassung in einem kaiserlichen Kabinetsschreiben, dessen Hauptsätze lauteten: „Mein lieber Fürst! Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktrittes jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue Ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. ... Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied ... in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden.“ Zugleich ward dem Fürsten in diesem gnädigen Schreiben die Würde

eines Herzogs von Lauenburg verliehen und das lebensgroße Bildnis des Kaisers versprochen. In einem zweiten kaiserlichen Schreiben vom nämlichen Tage wurde Bismarck zum Generalobersten der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls ernannt und in einem dritten ihm angezeigt, daß der General v. Caprivi zu seinem Nachfolger ernannt sei.

Der ungeheure Eindruck, den dieses Ereignis in Deutschland und der weiten Welt machte, läßt sich nicht beschreiben. In den rührendsten und ehrenvollsten Handschreiben gaben die deutschen Fürsten und Freien Städte ihrem Schmerz Ausdruck über das Scheiden des Gründers der deutschen Einheit von seinen Ämtern, zugleich ihrem Dank für sein unvergleichliches Wirken. Nicht minder Kaiser Franz Joseph, der König von Belgien und die leitenden Minister Österreich-Ungarns und Italiens. Der treue Andrassy war schon am 18. Februar nach schweren Leiden heimgegangen. Er hatte den Sturz des Freundes also nicht mehr erlebt. Dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi telegraphierte Bismarck am 21. März: „Von ganzem Herzen danke ich Ew. Excellenz für die rührenden Worte, welche Sie an mich richteten. Sie sind mir ein neuer Beweis für die Gefühle des Vertrauens und der Herzlichkeit, mit welchen Sie mich beehren, und ich erwidere sie von ganzem Herzen. Ich war stets glücklich, wenn es sich um die Angelegenheiten unserer beiden Länder handelte, mich einem Staatsmanne wie Ihnen gegenüber zu befinden, und bitte ich, die vertrauensvollen Beziehungen, welche den Interessen unserer beiden Länder so sehr dienlich waren, auf meinen Nachfolger zu übertragen. Ich werde das Andenken an unsere politischen Beziehungen stets lebendig erhalten und bitte Sie, mir Ihre persönliche Freundschaft, welche ich als ein unvergängliches Resultat unserer gemeinsamen Arbeit im Dienste des Vaterlandes betrachte, zu erhalten."

Auch der Kaiser fühlte sich durch das nun unwiderruflich vollzogene Ereignis tief erschüttert. Am Geburtstage seines Großvaters, des Kaisers Wilhelm I., am 22. März, telegraphierte er an den Großherzog von Weimar: „Mir ist so weh, als hätte Ich noch

einmal Meinen Großvater verloren. Aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachhabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist Mir zugefallen, der Kurs bleibt der alte. Voll Dampf voran!" Der Bundesrat verabschiedete sich von seinem langjährigen Vorsitzenden in einer von sämtlichen Mitgliedern unterzeichneten, in den wärmsten Ausdrücken gehaltenen Adresse. Zahllos waren die Kundgebungen der Liebe, Dankbarkeit und Trauer aus Deutschland wie aus allen Teilen der Erde. Der Großherzog von Baden, der Prinz v. Wales nebst Sohn, die Prinzessin Friedrich Karl erschienen persönlich beim Fürsten und dessen Gemahlin zur Verabschiedung. Ebenso eine Deputation des Seydlitz-Kürassierregiments. Die Städte Dortmund und Darmstadt verliehen dem scheidenden Kanzler das Ehrenbürgerrecht. Die Berliner Schlosserinnung ernannte ihn zum Ehrenschlossermeister. Zweimal mußte der Fürst für die zahllosen Beweise der Verehrung öffentlich danken.

Natürlich erregte Bismarcks Sturz dagegen bei seinen Neidern und Gegnern und bei allen Feinden des Deutschen Reiches den lautesten Jubel. Herr Liebknecht war sofort mit der lächerlichen Legende bei der Hand, die Sozialdemokratie habe den Fürsten gestürzt. Aber noch weit häßlicher, als die rohe Schadenfreude der offenen Feinde, war das Benehmen der „guten Freunde". Von ihnen sagte Bismarck am 22. Juli 1890 zu einem Korrespondenten der Nowoja Wremja: „Alle guten Freunde atmeten auf, schöpften Luft und sagten: Endlich! Ja, man konnte mir nicht verzeihen, daß ich 28 Jahre erster Minister gewesen war. Achtundzwanzig Jahre! Denken Sie, quelle insolence! Ja, einen solchen frechen Menschen hätte man längst über Bord werfen müssen. Und alle die, welche in diesen 28 Jahren immerfort vergeblich gehofft hatten, Premierminister zu werden, alle, welche sich für gekränkt, für übersehen, für nicht genügend geschätzt, für schlecht belohnt hielten — alle unterschrieben, und in 28 Jahren haben sich solcher Leute nicht wenig gesammelt." Am übelsten aber führte sich der Antikartellreichstag und selbst das preußische Abgeordnetenhaus auf. Denn

als hier Minister v. Bötticher Bismarcks Ausscheiden ohne sichtbare Gemütsbewegung mitteilte, verharrte das hohe Haus in tiefem Schweigen. Dem Reichstage dagegen auch nur eine Anzeige von diesem weltgeschichtlichen Vorgang zu machen, fühlte sich Präsident v. Levetzow nicht veranlaßt. Freilich hätte er dann nicht wohl vermeiden können, den Fürsten Bismarck einigermaßen zu loben.

Mit der ganzen Vornehmheit und Güte seines Wesens begegnete Bismarck in den Tagen nach seiner Entlassung dem General v. Caprivi, so oft sie sich persönlich trafen. Schon am 21. März empfing der Fürst seinen Nachfolger zum Frühstück und zu längerer Beratung. Die bismarckfeindliche Presse log, daß der Altreichskanzler bei dieser Gelegenheit stolz gesagt habe: „Le roi me reverra.“ Fürst Bismarck ließ in den „Hamburger Nachrichten“ vom 9. Januar 1891 erklären, es sei eine Erfindung, daß er damals oder überhaupt jemals dieses Wort gesprochen habe. Am 22. März empfing dann Bismarck den neuen Reichskanzler und sämtliche Minister und Staatssekretäre der Reichsämter an seiner gastlichen Mittagstafel und endlich machte er, ehe er Berlin verließ, dem Nachfolger am 27. März auch einen persönlichen Abschiedsbesuch. Das waren aber nur äußere Zeichen eines wahren und aufrichtigen Wohlwollens. Denn schon in der ganz vertraulichen Depesche an Crispi hatte sich dieses Wohlwollen durch die Bitte kundgegeben: „Die vertrauensvollen Beziehungen, welche den Interessen unserer beiden Länder so sehr dienlich waren, auf meinen Nachfolger zu übertragen.“ Und am 24. April 1890 ließ Bismarck öffentlich in den „Hamburger Nachrichten“ schreiben: „Gegenüber den Versuchen der freisinnigen Presse, den Anschein zu erwecken, Fürst Bismarck wolle dem neuen Reichskanzler Schwierigkeiten bereiten, stellen wir fest, daß der Fürst uns direkt den Wunsch ausgedrückt hat, Herr v. Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hochschätze, möge, seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend, ‚mit Rücksicht‘ behandelt werden. Der Fürst sei mit Herrn v. Caprivi befreundet und wünsche es zu bleiben.“ Wie Bismarck also seinerseits das Beste gethan hatte,

um mit seinem Nachfolger und dessen Vertrauensmännern in gutem Frieden zu bleiben, so durfte er auch seinerseits hoffen, von ihnen im Frieden gelassen zu werden. Wir werden bald zu erzählen haben, wie schmerzlich der Altreichskanzler in dieser berechtigten Erwartung getäuscht werden sollte.

Begreiflich war, daß auch Graf Herbert v. Bismarck den Fall des Vaters teilte, obwohl die Kabinetsordre des Kaisers vom 20. März, welche den General v. Caprivi zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten ernannte, am Schlusse bestimmte: „Mit der Leitung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten habe ich einstweilen den Grafen v. Bismarck-Schönhausen beauftragt.“ Schon dieses Wort „einstweilen“ kündigte indes ein baldiges anderes Definitivum an. Der Graf beschloß, es nicht abzuwarten, sondern reichte schon am 21. März seine Entlassung ein, die der Kaiser, unter gnädiger Verleihung des Kreuzes der Großkomture des Kgl. Hausordens von Hohenzollern, am 26. März genehmigte.

Fürst Bismarck mußte nun aber seine Abreise von Berlin erheblich beschleunigen, da sein Nachfolger sofort nach erfolgter Ernennung zum Reichskanzler Besitz von den Geschäftsräumen ergriffen hatte, und hierdurch, „damit der Empfang der Botschafter nicht gewissermaßen auf den Treppenfluren nötig würde,“ seinen Vorgänger zwang, „Hals über Kopf“ die Räume zu verlassen, denen dieser eine Weltberühmtheit verschafft hatte, wie sie kein zweiter Raum in Deutschland besaß. „Fürst Bismarck war buchstäblich nicht imstande, ordentlich einzupacken, hat beim überstürzten Umzug eine Menge Eigentum verloren und kam sich mit den Seinen vor, etwa wie eine deutsche Familie, die im Jahre 1870 aus Paris ausgewiesen wurde.“*) Unter so betrübenden Umständen war das Abschiednehmen doppelt peinlich. Diese Besuche begannen der Fürst und die Fürstin am 22. März bei der Kaiserin Friedrich. Am 23. erschien Graf Wilhelm zum letzten Besuche seiner Eltern im Reichskanzlerpalais. Am 25. begab sich der Fürst in das Restaurant Paulsborn im Grunewald,

*) „Westdeutsche Allg. Ztg.“ vom 10. Juli 1892, die damals häufig zuverlässige Mitteilungen aus Friedrichsruh brachte.

dessen Wirt Eye einst Koch beim preußischen Gesandten v. Bismarck in Petersburg gewesen war.

Am 26. März aber vormittags von 3/4 10 bis 12 Uhr verweilte der Fürst in Abschiedsaudienz beim Kaiser und der Kaiserin im Schlosse — wo namentlich die Kaiserin mit ihren Prinzen von dem ihr teuren Manne den herzlichsten Abschied nahm — und dann beim Großherzog von Baden im Niederländischen Palais. Die Huldigungen, welche dem Altreichskanzler auf der Fahrt zu den höchsten Herrschaften und bei der Rückfahrt nach dem Reichskanzlerpalais von der Volksmenge dargebracht wurden, spotteten jeder Beschreibung. Der Zudrang nach dem Wagen des scheidenden Kanzler war so ungeheuer, daß dieser einmal aussteigen und seinen Weg mitten durch die ihn umjubelnde Menge zu Fuß fortsetzen mußte. Für ihn selbst war der Eindruck dieser ganz unvorbereiteten, aus überquellenden Herzen mit unwiderstehlicher Gewalt hervorbrechenden Huldigungen überwältigend. Am Vormittag des 28. März verabschiedete er sich auch bei dem schweigenden Denker, der gleich ihm selbst „allezeit treu bereit für des Reiches Herrlichkeit" gewesen, dem ehrwürdigen Feldmarschall Moltke, und dann trat er am Spätnachmittag dieses Tages den sauersten Abschiedsgang an — nach der Ruhestätte seines großen toten Kaisers im Mausoleum zu Charlottenburg. Der Tag ging zur Neige, als die zahlreichen Spaziergänger einem einfachen Kabriolett neben der Schloßwache daselbst plötzlich den Fürsten Bismarck entsteigen sahen. Er erbat sich vom Hofgärtner drei Rosen und mit diesen schritt er langsam durch die einsamen Gänge des Parkes dem Mausoleum zu. In tiefem Ernst erstieg er die Stufen der Friedensstätte und verweilte hier zunächst einige Augenblicke an den Grabdenkmälern Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise. Dann stieg der große Kanzler hinab zur Gruft seines großen Kaisers. Da legte er die drei Rosen auf dem Sarge nieder und verweilte länger als zehn Minuten vor der Ruhestätte seines seligen Herrn, der sich im Leben „niemals" von ihm getrennt, und mit ihm vereint das Reich geschaffen hatte. Wer möchte schildern, was ihm in diesen Minuten durch die Seele ging! Wie im Traum zog da

an ihm vorüber Alles, was sein und seines Volkes Leben groß, herrlich und ruhmreich und es wieder trauer- und leidvoll gemacht hatte. Vor dem Schloßportale hatte sich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt. Als sie des Fürsten ansichtig wurde, sprach aus dessen Zügen tiefe Ergriffenheit. Kaum vermochte der eiserne Kanzler seiner Bewegung Herr zu werden. Auch für die begeisterten Kundgebungen, die ihm dargebracht wurden, dankte er ernst und still.

Nun war der letzte Tag des Berliner Aufenthaltes, der 29. März, angebrochen. Da erschienen am Vormittag noch Prinz Alexander, Kultusminister v. Goßler und Oberhofprediger D. Kögel mit Gemahlin, um dem Scheidenden das letzte Lebewohl im Reichskanzlerpalais zu sagen. Auf Nachmittag 5 Uhr 40 Minuten war die Abreise nach Friedrichsruh vom Lehrter Bahnhof aus angesetzt. Als der Fürst und die Fürstin den Wagen bestiegen, um nach dem Bahnhof zu fahren, da überstiegen die Huldigungen, die dem von der Reichshauptstadt scheidenden Kanzler dargebracht wurden, alles Frühere, alles Erlebte. Noch nie war selbst ein regierender Herr in Berlin so geehrt worden. Viele Spalten füllten die großen Zeitungen mit den ergreifenden Einzelheiten dieser gewaltigen Sturmflut des Dankes, der Verehrung, der Trauer und Rührung. Auf dem Bahnhofe waren alle Minister, der neue Reichskanzler, alle Hofchargen, Generale, alle Botschafter und Glieder des diplomatischen Korps anwesend. Der Kaiser hatte für das scheidende fürstliche Paar herrliche Blumenspenden gesandt. Auf seinen Befehl wurden dem Altreichskanzler hier wie in Friedrichsruh durch dazu kommandierte Truppenteile militärische Ehren erwiesen. Vor allem aber drängte sich auch das treue Volk herzu, um die Züge seines treuen Eckart zu schauen, bis der davonrollende Bahnzug ihn entrückte. „Alle, die diesem Abschied beiwohnten," schloß die „Nationalzeitung" ihren Bericht, „sind einig, daß eine solche Szene niemals vorher erlebt worden ist. Sie war einzig, wie der große Staatsmann, der heute von uns geschieden ist."

Fünftes Kapitel.

Bismarck im Ruhestande (April 1890 bis August 1892).

Bismarck im Ruhestande!

Nicht mehr im Amte in Berlin, nicht mehr am Webstuhl der Geschichte unermüdlich schaffend, mit alter Kunst tausend neue Muster ersinnend und einstreuend in den festen Untergrund, zu Deutschlands Ehre und Ruhm. Hinweggedrängt vom Steuer des Schiffes, das er, der Neid aller Völker, mit unvergleichlicher Sicherheit und Erfahrung durch alle Wetter, Klippen und Untiefen lenkte; hinweggedrängt, bei voller Kraft und Pflichtbereitschaft seiner reifen Jahre. Zwerge sind an die Stelle des Riesen getreten und meinen zu seiner Größe emporzusteigen, wenn sie sich auf die Zehen stellen und tüchtig aufblasen. Er aber schreitet nun einher in der säuselnden Stille seines Sachsenwaldes, er blickt empor zu den trotzigen Eichenwipfeln, die schon grünten, als noch niemand von Bismarck sprach, und die lange verdorrt und vermodert sein werden, wenn Bismarcks Name noch lang des deutschen Volkes Immergrün bleiben wird. Der mit unverbrauchter Kraft Hinweggedrängte wandelt einsam und still auch unter dem Buchenlaubdom von Varzin und hört die Quelle rauschen, die seinem Boden entspringt. Auch bei der größten Hitze bleibt diese Quelle fast eisig kalt und sie sprudelt in unverminderter Fülle weiter, wenn alle Brunnen vor Trockenheit versiegen. Ehedem kamen die Leute von weither zu ihr, um ihren

Haustrunk zu holen. Da ließ der gütige Herr von Varzin über diesem Wasserlauf im Dorfe Varzin und weiterhin auf seine Kosten Brunnen bauen. Was er so aber diesem hinterpommer'schen Völkchen hochherzig darbot, den frischen Quell und Trunk des Lebens, das bot er auch dem ganzen deutschen Volke. Auch diesem machte er sein Eigen zum Gemeingut, so daß jeder Deutsche sich hier laben konnte, die lebenden und die kommenden Geschlechter, so lange deutsches Volkstum bestehen wird.

Freilich wurde es recht einsam um den Herrn von Friedrichsruh und Varzin, namentlich in den ersten Jahren nach dem 20. März 1890. „Die Fürstenrät' und Hofmarschälle mit trübem Stern auf kalter Brust, die von dem Kampf um Leipzigs Wälle, am Ende gar noch nichts gewußt", sie, deren Gesinnungsverwandte in diesen Worten einst schon der ehrwürdige Uhland geißelte, und die sonst allezeit in Friedrichsruh und Varzin sich drängten, sie hatten bei dem Gefallenen nichts mehr zu suchen. Auch die „guten Freunde", die sich allezeit mit Behagen in der Gnadensonne des Kanzlers erwärmt hatten, vergaßen, daß sein Ruhesitz auf diesem Stern liege und erreichbar sei. Als dem Altreichskanzler der Verfasser dieses Werks einmal sagte, er habe in der Zeitung gelesen, einer der Vertrauten vergangener Tage sei nach Friedrichsruh unterwegs, da erwiderte der Fürst etwa: Ich glaube nicht eher daran, als bis ich ihn hier gesehen habe. Und der vormalige Vertraute kam wirklich nicht nach Friedrichsruh. Ja, es war leer, ganz leer geworden in Friedrichsruh und Varzin von gebietenden Herren, Depeschenreitern, Diplomaten, Ministern und Abgeordneten, die mit dem weisesten und kundigsten Staatsmann der Welt Fragen berieten, von denen das Heil Deutschlands und der Friede der Völker abhing. Von ihnen allen begehrte keiner mehr den weisen Rat, den der Fürst der Staatskundigen auch jetzt allezeit bereit hielt, da er die Sorge um unser Vaterland unablässig auf seinem großen Herzen trug. Und wie die einstigen Vertrauten, die Würdenträger, die Freunde dem gefallenen Kanzler den Rücken kehrten und in Verdrehung eines bekannten Sprüchwortes der Meinung zu huldigen schienen:

„Wem Gott das Amt nimmt, dem nimmt er auch den Verstand“, so nicht minder der größte Teil jener Presse, die dem Kanzler in den Tagen der Macht soviel „weißes Papier“ zur Verfügung stellte, als er wollte, und die damals ihre Beziehungen zu ihm unter ihre zugkräftigsten Ruhmestitel zählte. In denselben Organen durfte jetzt Jeder dem gefallenen Löwen einen Fußtritt versetzen.

Die „Hamburger Nachrichten“ übernahmen das Ehrenamt, das Organ des Fürsten Bismarck zu werden. Aber auch Hunderte anderer deutscher Preßorgane standen in unerschütterlicher Treue, Ehrfurcht und Dankbarkeit zum Altreichskanzler, und während die amtliche Welt den Gestürzten „mied wie einen Pestkranken“, eilten namentlich in den Frühjahrs- und Sommermonaten des Jahres 1890 zahlreiche Redakteure deutscher und ausländischer Zeitungen nach Friedrichsruh, um Bismarcks Urteil über die wichtigen Fragen der Zeitpolitik zu vernehmen. Da mancher von ihnen ganz vertrauliche Mitteilungen des Fürsten, die dieser mit seiner unbegrenzten Offenheit ausgesprochen, in die Öffentlichkeit brachte, andere Äußerungen Bismarcks aber in mißverstandener Fassung und in falschem Sinne, so gab er später den sehr zahlreichen Gesuchen von Journalisten um Bewilligung von Audienzen nur noch selten Folge. Dagegen empfing er mit Freuden immer die lieben Landsleute, die aus allen Gauen des Reiches nach Friedrichsruh, Varzin oder Kissingen wallfahrteten, um des Kanzlers ehrwürdige Gestalt zu schauen, seinem Wort zu lauschen, sein Auge leuchten und blitzen zu sehen. Die Zahl und Folge dieser Pilgerscharen ist mit den Jahren stetig gewachsen, und namentlich seit dem achtzigsten Geburtstage des Fürsten vergeht kaum ein Tag, wo nicht Scharen seiner Verehrer aus allen Teilen des Reiches, aus Österreich, ja Deutsche aus fernen Ländern ihm huldigend nahen. Unerschöpflich quillt der Born seiner Weisheit, Menschen- und Weltkenntnis aus jedem Worte, das er da spricht, mit wohlthuender Wärme leuchtet aus allen seinen Reden auch die innige Liebe zu seinem Volke hindurch, in dessen Seele er zu lesen versteht wie kein anderer, so daß so manches seiner Worte klingt wie die Erleuchtung eines Pro-

pheten, wie die Verkündung von Wahrheiten, deren unverbrüchliche Befolgung jeder sich fortan zur Pflicht macht. Aber über allen diesen Reden und Mahnungen strahlt der alte hehre Leitstern seines Lebens und Wirkens. In und außer Dienst kennt er nur ein Ziel: das Heil seines Vaterlandes und Kaiserhauses!

Konnte daran wohl je einer der Männer zweifeln, die sich zutrauten, als Nachfolger Bismarcks die deutsche Politik zu leiten? Leider sollte uns auch diese Erfahrung nicht erspart bleiben! Fürst Bismarck hatte, wie wir sahen, vor seinem Abschied von Berlin in dem persönlichen Verkehr mit seinem Nachfolger und dann von Friedrichsruh aus in seinem neuen Organ offen ausgesprochen, daß er mit diesem Nachfolger „befreundet zu bleiben" und ihn, „seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend, mit Rücksicht behandelt zu sehen wünsche." Die neuen Männer ihrerseits hatten, im Anschluß an das kaiserliche Telegramm nach Weimar vom 22. März und zahlreichen anderen Kundgebungen des Monarchen in jenen Tagen, in ihren ersten amtlichen Reden vor dem Reichstag und preußischen Landtag versichert, „daß der Kurs des Reichs- und Staatsschiffes der alte bleiben werde." Schon die ersten Steuerbewegungen der neuen Regierung ließen aber eine wesentliche Abweichung vom alten Kurse erkennen, in einer weitgehenden Annäherung Deutschlands an England und einer „Versöhnungspolitik" gegen die reichsfeindlichen Parteien des Inlandes, denen der neue Reichskanzler Caprivi schon Mitte April 1890 in seinen ersten Reden erklärte: „Die jetzige Regierung werde auch lange zurückgehaltene Wünsche achten, werde das Gute nehmen, von welcher Seite, von welcher Partei es auch komme," denn „heute sind alle Parteien in Deutschland national geworden!" Vor allem wurden nun die „lange zurückgehaltenen Wünsche" der Polen auf Kosten des Deutschtums in erstaunlichem Maße befriedigt und nicht minder die des Zentrums. Die Annäherung an England und die Begönnerung der Polen mußte in Rußland tief verstimmen, und deshalb folgte Bismarck schon diesen ersten Schritten des neuen Kurses mit großer Besorgnis.

Bei seinen ersten Aussprachen gegen Besucher in Friedrichsruh hatte er sich jedes Wortes enthalten, das auch nur als Kritik der neuen Regierung hätte ausgelegt werden können. Scherzweise sagte er am 1. April einer Deputation deutscher Burschenschafter beim Frühstück: „Der Kaiser hat ein merkwürdiges chassez croisez gemacht. Seinen besten General macht er zum Kanzler und seinen Kanzler zum General." Am 23. April sprach er dem Dr. Eduard Simon vom „New-York-Herald" seine Ansichten über die Arbeiterfrage ganz in dem Sinne aus, wie er dies in Berlin vor seiner Entlassung gethan hatte. „Der Sozialismus wird uns noch viele Mühe machen. Den Regierungen ist oft der Vorwurf gemacht worden, es sowohl an Energie wie an Wohlwollen haben fehlen zu lassen. Ich nenne es nicht Nachsicht, wenn ein Mensch so feige ist, dem Druck einer Demonstration nachzugeben. Zuweilen besteht das echte Wohlwollen darin, Blut zu vergießen, das Blut einer aufrührerischen Minderheit, und zwar zur Verteidigung der ruheliebenden und dem Gesetz gehorchenden Mehrheit. Das erste Erfordernis einer Regierung ist Energie. Sie darf nicht der Zeit sich anbequemen, nicht die Zukunft für eine nur zeitweilig bequeme Einrichtung aufopfern. Eine Regierung muß konsequent sein. Die Festigkeit, ja sogar die Härte einer herrschenden Macht ist eine Bürgschaft des Friedens, sowohl nach innen wie nach außen. Eine Regierung, die immer bereit ist, einer Mehrheit nachzugeben, sei die letztere nun eine parlamentarische oder aufrührerische, und welche ihr Ansehen nur durch Zugeständnisse aufrecht erhält, von denen jedes den Weg zu einem neuen Zugeständnis anbahnt, eine solche Regierung befindet sich in einer traurigen Klemme."

Am 29. April empfing Bismarck den Russen Herrn Lwow von der „Nowoje Wremja" und gab diesem dieselben Erklärungen, die schon seit der großen Rede vom 6. Februar 1888 weltbekannt waren: daß er während seiner Amtsdauer immer ein gutes Einvernehmen mit Rußland erhalten und darauf großen Wert gelegt habe. Ein Angriffskrieg gegen Rußland sei ihm nie in den Sinn gekommen und jeder Krieg zwischen den beiden Staaten sei ein

Wahnsinn, da sie sich außer den enormen Kriegskosten nichts abnehmen könnten. Dann beantwortete er die Anfrage seines Gastes nach den Gründen seiner Entlassung mit den Worten: „Seine Majestät ist sehr thätig und fühlt einen Überschuß an Kräften und will deshalb sein eigener Kanzler sein; aber Seine Majestät wird sich bei aller ihrer Energie bei dem Versuche bald überzeugen, daß das eine mühevolle, schwere und undankbare Sache ist, wenn sie derselben auch alle seine Kräfte widmete.“ Im weiteren berichtete er die Äußerung des Zaren vom 13. Oktober 1889, ohne diesen zu nennen: „Fürst, ich glaube Ihnen, aber sind Sie selbst von der Sicherheit Ihrer Stellung überzeugt?“ „Ich antwortete ihm gerade und mit tiefer Überzeugung: ‚Majestät, ich bin des unbegrenzten Vertrauens meines Herrn absolut sicher und überzeugt, daß ich bis an das Ende meiner Tage auf meinem Posten bleibe, oder wenigstens, so lange ich tauglich bin‘, und plötzlich, einige Monate später, zeigte sich mein Vertrauen ungegründet. Ja, es ist mir sehr bitter gewesen.“ Auf die Schlußfrage des Besuchers, ob der Fürst jetzt entschlossen sei, in voller Unthätigkeit zu leben, erwiderte er: „Für mich, zu meinem persönlichen Nutzen werde ich nicht arbeiten, aber wenn es irgend einmal meinem Vaterlande beliebte, mich zu rufen, und ich nützlich erschiene, so werde ich, so lange meine Kräfte es erlauben, jedem Aufruf entsprechen und auch ohnedies, wo ich kann, dem Vaterlande dienen.“

Endlich empfing Bismarck am 18. Mai einen Mitarbeiter des Pariser „Matin“, — einer Zeitung, die schon öfter Proben ihres Bestrebens gegeben hatte, die Beziehungen zwischen ihrem Lande und Deutschland zu verbessern und eine unbefangene Würdigung der deutschen Politik bei ihren Landsleuten anzubahnen — den Herrn des Houx, und entwickelte diesem eingehend, wie friedliebend allezeit die Politik des Kanzlers gegen Frankreich gewesen sei, und daß Deutschland Frankreich nie angreifen werde. Diese Politik werde und müsse auch die neue Regierung einhalten. Auf die höflichen Zweifel des Gastes an der Endgültigkeit des Rücktrittes des Fürsten entgegnete dieser lebhaft: „O, es ist aus,

ganz aus, mehr als Sie glauben, mehr als Sie jemals ahnen können."

Aber auch in den „Hamburger Nachrichten" ließ Bismarck seine Politik, namentlich die gegen England, vor Verdunkelung und Verunglimpfung sicher stellen. So widerlegte das Hamburger Blatt am 4. Mai die von den „Times" erfundene und von der „Vossischen Zeitung" behaglich übernommene Legende, als habe der Fürst „jemals versucht, England zum Eintritt in den Dreibund unter den für Österreich bestehenden Bedingungen, also mit der Verpflichtung, daß England fechten müsse, sobald z. B. Österreich angegriffen werde, zu bewegen." Diese Nachricht müsse „ganz Europa auf Kosten der ‚Times' in Heiterkeit versetzen." Denn England sei infolge „seiner parlamentarischen Ministerien und seiner Überlieferungen und Interessen außer stande, eine bindende Allianz auf ein halbes Jahr, geschweige denn länger einzugehen. Thatsächlich ist das Bemühen des Fürsten Bismarck nie über den Zweck hinausgegangen, die Verbindung der britischen Seemacht mit den Interessen des Friedensbundes und namentlich mit Italien zu sichern." Als darauf eine angebliche Londoner Korrespondenz der „Kreuzzeitung" behauptete: „Es ist hier öffentliches Geheimnis, daß das deutsche Auswärtige Amt im Sommer 1888 England fast peremptorisch anging, ein Schutz- und Trutzbündnis abzuschließen und dem Dreibund beizutreten," antworteten die „Hamburger Nachrichten" am 14. Mai: dieser Artikel suche „an dreister Entstellung der Wahrheit seines Gleichen in den Annalen der Presse. Weder im Sommer 1888 noch zu irgend einer Zeit ist das deutsche Auswärtige Amt ungeschickt und unwissend genug gewesen, England — und sogar peremptorisch — um Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, resp. wegen Eintritts in den Dreibund anzugehen." Auch sei, was die „Kreuzzeitung" gleichfalls behauptet hatte, infolgedessen „weder eine starke noch überhaupt eine Verstimmung zwischen Deutschland und England zur Zeit des diesseitigen Thronwechsels eingetreten" oder habe eine solche damals bestanden. „Der Besuch des jetzigen Kaisers in England und sein gewinnendes Auftreten haben ohne Zweifel neue Bürg-

schaften für die Dauer der seit Jahren bestehenden Freundschaft entstehen lassen, aber daß eine ‚Wandlung‘ der deutsch-englischen Beziehungen erforderlich gewesen wäre, ist eine dreiste Unwahrheit, deren Verbreitung auch dem Lord Salisbury schwerlich erwünscht sein dürfte“. Der leitende englische Minister bestätigte die Angaben des Organes des Altreichskanzlers wörtlich im britischen Oberhause am 16. Mai, und als darauf die „Vossische Zeitung“ dabei beharrte: „daß zur Zeit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. eine Entfremdung in den Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht in so absoluter Weise bestritten werden könnte, wie Lord Salisbury dies am Freitag gethan hat,“ antworteten ihr die Hamburger Nachrichten am 21. Mai: „Wenn die ‚Voss. Ztg.“ trotzdem an den Bestand von Verstimmungen glauben zu sollen meint, so kann es sich dabei jedenfalls nicht um Verstimmungen handeln, die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Lord Salisbury bezw. den durch sie vertretenen beiderseitigen Kabinetten bestanden haben.“

Einige dieser Gespräche und Preßäußerungen des Altreichskanzlers mochten den Männern des neuen Kurses unangenehm sein, namentlich dadurch, daß hier gezeigt wurde, wie der alte Kurs gesteuert worden war und aus welchen Gründen. Aber jedenfalls war in allen diesen Äußerungen nicht ein verletzendes Wort gegen diese neuen Männer enthalten. Dagegen richtete Herr v. Caprivi am 23. März 1890, zwei Monate, nachdem Kaiser Wilhelm dem Fürsten Bismarck die Entlassung erteilt hatte, „in der Zuversicht, daß Ihr Rat und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterland nicht fehlen werden,“ einen Erlaß an sämtliche kaiserlich deutsche und königlich preußische Missionen, der folgende Hauptstellen enthielt: „Ew. . . wird nicht entgangen sein, daß gegenwärtige Stimmungen und Anschauungen des Fürsten v. Bismarck, Herzogs v. Lauenburg, mehrfach durch die Presse an die Öffentlichkeit gebracht worden sind. Wenn die Regierung Seiner Majestät in vollster Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmannes hierzu unbedenklich schweigen konnte, so lange seine Äußerungen sich auf persönliche Verhältnisse

und innere Politik beschränkten, mußte sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. Seine Majestät der Kaiser sind indes der Überzeugung, daß ... der thatsächliche Wert des von der Presse Wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden ... Seine Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstihrer Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres großen Staatsmanns zu trüben. Indem ich Ew. ... hiervon mit der Ermächtigung, erforderlichenfalls demgemäß sich zu äußern, in Kenntnis setze, gebe ich mich der Hoffnung hin, es werde auch seitens der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, den Äußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein aktueller Wert nicht beigelegt werden."

Dieser Erlaß wurde erst am 7. Juli 1892 öffentlich bekannt gemacht — wir werden später erzählen, unter welchen noch viel peinlicheren Umständen — und erregte damals die tiefste Empörung und Trauer des deutschen Volkes. Wie? rief das deutsche Volk entrüstet, unser Bismarck, der nach fast vierzigjähriger diplomatischer Erfahrung, nach 28jähriger Leitung der deutschen Politik, von seinen Ämtern schied, wird von seinem Nachfolger, einem General, der am 15. April 1890 dem Abgeordnetenhause selbst bekannte, daß er „seinen Wirkungskreis bis heute auch nur im allgemeinen zu übersehen nicht vermöge", dem gesamten Ausland herabgewürdigt durch die Bemerkung: daß den „Stimmungen" und „Anschauungen" des „Herzogs von Lauenburg", der nichts als das und von dem früheren „Fürsten Bismarck streng zu unterscheiden" sei, „ein aktueller Wert nicht beigelegt werden dürfe". Fürst Bismarck erhielt von dem Inhalt des Erlasses sofort Kenntnis, und wir können ihm nachfühlen, welche Empfindungen dabei in ihm rege wurden, zumal da Herr v. Caprivi sich beeilte, von dieser seiner ersten That in auswärtiger Politik auch die auswärtige Presse zu unterrichten. Denn

am 4. Juni berichtete die „Neue Freie Presse" in Wien offiziös aus Berlin: „In einem vertraulichen Rundschreiben, welches Herr v. Caprivi vor einiger Zeit an die Vertreter des Reiches im Auslande gerichtet, hat auch die an höchster Stelle erflossene Resolution Ausdruck gefunden, daß, was immer Fürst Bismarck den Vertretern ausländischer Zeitungen gesagt haben möge, dies auf den Gang der amtlichen deutschen Politik keinen wie immer beschaffenen Einfluß haben könne, da man es nur mit den Äußerungen eines Privatmannes zu thun habe, welcher der aktuellen Politik vollständig entrückt ist." Weiter wurde in diesem Artikel versichert, daß die Unterredungen des Fürsten Bismarck, namentlich mit französischen und russischen Journalisten, d. h. „solcher Staaten, die nicht zu den intimen Freunden des Deutschen Reiches zählen, die Aufmerksamkeit der leitenden Kreise des Deutschen Reiches wachgerufen, und in denselben den Gedanken angeregt" habe, „event. die Fortsetzung ähnlicher Veröffentlichungen auf dem geeigneten Wege zu verhindern." Der Kaiser habe jedoch „den Gedanken, den Fürsten Bismarck in seinen Äußerungen als Privatmann zu beschränken, entschieden abgewiesen."

Darauf gaben sich die „Hamburger Nachrichten" am 11. Juni den Anschein, „diese Mitteilung für irrtümlich zu halten. Denn die Ansichten, die Fürst Bismarck bei den Interviews ausgesprochen hat, bilden seit einer lange Reihe von Jahren die Basis der deutschen Politik . . ., und die jetzige Regierung hat wiederholt erklärt, daß der Kurs dieser Politik beibehalten werden solle. Bleibt der Kurs der alte, wird also die Politik des Fürsten Bismarck fortgesetzt, so kann eben dieser Politik kein größerer Dienst erwiesen werden, als dadurch, daß gerade das uns weniger befreundete Ausland über das Wesen, die Ursachen und die Zwecke jener Politik unterrichtet wird. Wir glauben ferner, daß das Ausland dasselbe Bedürfnis hat wie das Inland: Die Meinung des Fürsten Bismarck darüber zu hören, wie er sich den alten Kurs denkt, der fortgesetzt werden soll und jedenfalls die Basis des neuen bildet. Daß der Fürst die ihm auferlegte Muße nicht besser verwerten kann, als durch seine

dem Frieden und der Versöhnung dienenden Einflußnahmen auf die öffentliche Meinung des Auslandes, hat sich bereits gezeigt. Gibt es Leute, deren Bestreben dem früheren Kanzler gegenüber dahin gerichtet ist, diesem, nachdem er nichts als Privatmann ist, jede Aussprache über Politik zu verbieten, so entspringen diese krankhaften Bemühungen teilweise schlechtem Gewissen, teilweise der Angst, daß der Mann, den sie hassen, irgend welchen Einfluß in der Politik gewinnen und ihn üben könnte. In ihren Augen ist es ein Unrecht, daß der Begründer des Deutschen Reiches überhaupt noch lebt, und wenn er lebt, daß er nicht den Toten spielt. Eine gesetzliche oder Anstandspflicht für ihn, letzteres zu thun, vermögen wir in der That nicht zu erkennen, zumal er auf Vertretung durch seine ehemaligen politischen Freunde den Angriffen seiner Feinde gegenüber erfahrungsmäßig nicht zu rechnen hat. Im übrigen haben wir ein Menschenalter hindurch die Erfahrung gemacht, daß sein Rat in unserer Politik richtiger war, als der seiner Gegner; wir halten an der Überzeugung fest, daß es auch heute noch der Fall ist." Mit vollem Rechte wendet sich Bismarck fortan in zahlreichen Reden und Aussprachen gegen das ungeheuerliche Ansinnen seiner Gegner, ihm „den Mund zu verbieten". Und sie sorgten wahrlich auch reichlich dafür, daß dieser Mund, trotz der „ihm auferlegten Muße", nicht zur Ruhe kommen konnte.

Wir sagten, Fürst Bismarck habe sofort nach dem Erlasse Caprivis vom 23. Mai von der Thatsache dieses Erlasses und seinem Inhalt Kenntnis erlangt. Um so auffallender mußte ihm sein, daß die erste offiziöse Erwähnung dieses Erlasses in der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 4. Juni deutlich den Vorwurf aufnahm, den die gesamte sozialdemokratisch-fortschrittlich-radikal-klerikale Presse dem Reichskanzler wegen seiner Friedrichsruher Interviews machte: er beehre vornehmlich „Reichsfeinde" mit seinem Vertrauen. Die „Hamburger Nachrichten" hatten darauf bereits am 1. Juni geantwortet: „Die darin liegende Verdächtigung darf billig auf sich beruhen bleiben. Das deutsche Volk wird sich von ihr mit denselben Gefühlen abwenden, wie von so manchen Beschuldigungen,

die in der deutschen Presse gegen den Mann erhoben werden konnten, dessen ganzes ruhmreiches Leben nichts anderes gewesen ist, als eine einzige große, unvergleichliche That für das Vaterland, das er in einer von ihm beherrschten weltgeschichtlichen Epoche aus Ohnmacht und Zerrissenheit zu Einheit, Größe und Wohlfahrt, zur ersten Macht Europas emporgehoben hat." Den Schmerz und die Entrüstung aller guten Deutschen über eine solche Behandlung Bismarcks teile sogar ein amerikanisches Blatt „Frank Leslies Illustrierte Zeitung", in welchem „aus Anlaß der niedrigen Angriffe der Richterschen Presse auf den Fürsten Bismarck" eine Parallele zwischen diesem und George Washington und zwischen dem Verhalten des deutschen und amerikanischen Volkes zu den beiderseitigen großen Nationalhelden gezogen wurde. Es wird dann folgende Stelle aus dem amerikanischen Blatte wörtlich angezogen: „Und als er (Washington) gar, noch lebend, nach Mount Vernon (seiner Besitzung) ging, seine Ruhe oder seine Äcker zu pflegen, da wurde uns der Begründer unserer Nationalität, wenn nicht ein heiliger, doch ein so unendlich ehrwürdiger Mann, daß wir ihn ehrten, wie sonst nur den Gottmenschen. Wehe dem Buben, der vor uns George Washington lästern wollte, sei es mit Worten, sei es — nur in der Presse." Das Organ des Altreichskanzlers führt dann weiter aus, wie das Gespräch des letzteren mit Herrn des Houx vom „Matin" einen guten Teil der besten französischen Presse veranlaßt habe, die Frage zu erörtern, ob nicht, unter Verzicht auf den doch aussichtslosen Revanchegedanken, ein gutes Verhältnis mit Deutschland gewonnen werden könne, „Diskussionen, für die die Verfasser noch vor wenigen Jahren sicher gesteinigt worden wären. Daß derartiges in Paris überhaupt gedruckt werden kann, ist eine Folge der Bemühungen des Fürsten Bismarck, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amte die uns feindlichen Völker durch die Macht seines Wortes zu versöhnen." Und daß dieselbe Wirkung auch in Rußland durch Bismarcks Gespräch mit Herrn Lwow von der „Nowoje Wremja" erreicht wurde, bewies diese, indem sie dem Pariser „Figaro" gegenüber folgende vom „Matin" abgedruckte

Bemerkung machte: „Seit Luthers Zeit hat es in Deutschland keinen Menschen gegeben, der mit Herrn v. Bismarck zu vergleichen wäre. Wird sein Werk ebenso dauerhaft sein, wie dasjenige Luthers? Man mag immerhin daran zweifeln; aber es ist sicher, daß die Stimme des Fürsten Bismarck selbst in seiner Zurückgezogenheit mehr Autorität hat, als die Stimme vieler europäischer Staatsmänner, die sich in Aktivität befinden." Am 23. Juli setzten die „Hamburger Nachrichten", nachdem sie die Furcht der Gegner Bismarcks „vor der Wiederkehr des Verhaßten in seine Ämter" als „nur in der Einbildung" dieser Gegner bestehend bezeichnet hatten, noch hinzu: „So gewiß es ist, daß Fürst Bismarck durch die Gespräche, die er mit fremden und einheimischen Publizisten über Fragen der inneren und äußeren Politik führt, immer nur der Erhaltung des Friedens und der Wohlfahrt des Reiches dienen will und dient, so frivol ist die Annahme, daß er damit eine persönliche Politik mit bestimmtem Endziele betreibe. Der Fürst dürfte sich während seines ganzen Lebens als Staatsmann niemals in einer Phase von größerer Harmlosigkeit befunden haben, als gerade jetzt. Andererseits aber ist es natürlich, daß ein Mann, der 40 Jahre hindurch am politischen Leben des Vaterlandes so hervorragenden Anteil genommen hat, wie er, nicht mit seinen Ämtern auch das Bedürfnis verliert, über Ziele und Wege der Politik im Gespräch mit unterrichteten Leuten seine Ansichten zu äußern." Und „da die aktiven Politiker Scheu tragen, ihn aufzusuchen und seine Ansichten zu vernehmen, so bleibt dem Fürsten nichts anderes übrig, als der Empfang von Vertretern der politischen Tagespresse." Aber bei diesen Gesprächen folge er „ganz jeweiliger Stimmung und jeweiligem Bedürfnis. Nichts ist hier vorbereitet und dient einem bestimmten Systeme, wenn man nicht etwa die Absicht, stets Nutzen zu stiften, als das System des Fürsten bezeichnen will."

In denselben Wochen, am 20. Juni 1890, machte Bismarck die Ursache seines vorwiegenden Interesses für Politik an einem hübschen Gleichnis klar. Als ihn nämlich einer seiner Frühstücksgäste fragte: warum der Fürst seiner einstigen Jagdleidenschaft so

gänzlich entsagt habe, antwortete dieser*): „Mit den Leidenschaften verhält es sich wie mit den Forellen in meinem Teich: eine frißt die andere auf, bis nur noch eine alte dicke Forelle übrig bleibt. Bei mir hat im Laufe der Zeit die Leidenschaft zur Politik alle anderen Leidenschaften aufgefressen.“ Ähnlich wie hier und wie in den „Hamburger Nachrichten“ nach dem Caprivischen Erlaß äußerte sich Bismarck in jenen Wochen auch zu Abordnungen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, die ihm in Friedrichsruh huldigten. So sagte er z. B. am 14. Juni zu einer Deputation der vereinigten Mittelparteien aus Düsseldorf, die ihm eine Adresse überreichte: „Er könne sich auch als Privatmann nach 40jähriger amtlicher Thätigkeit das Interesse an der Politik nicht versagen, der er alle andern Neigungen und Beziehungen zum Opfer gebracht habe. Nichts liege ihm aber ferner, als auf den Gang der Politik erneut einen Einfluß üben zu wollen. Das jedem Privatmann zustehende Recht der freien Meinungsäußerung lasse er sich jedoch nicht verkümmern und fühle sich durchaus im stande, die volle Verantwortung für sein Auftreten zu übernehmen.“ Weit bitterer bemerkte er am 22. Juli zu einem Korrespondenten der „Nowoja Wremja“: „Mir gibt man beim Leben die Ehren des Todes. Mich begräbt man wie Marlborough. Man wünscht nicht bloß, daß Marlborough nicht wiederkehre, sondern, daß er wirklich sterben möge, oder wenigstens auf den Rest seiner Tage schweige. In der That hilft man mir darin eifrig, und niemand von meinen Gefährten in der Politik, niemand von meinen zahlreichen Bekannten führt mich durch seine Besuche in Versuchung. Mir ruft man ‚Halt!‘ zu, mich meidet man wie einen Pestkranken, indem man sich fürchtet, durch einen Besuch bei mir sich zu kompromittieren, und nur meine Frau besuchen noch von Zeit zu Zeit ihre Bekannten. Man kann mir nicht verbieten, zu denken, aber man möchte mich gerne hindern, meinen Gedanken Worte zu geben, und wenn es möglich wäre, hätte man mir längst einen Maulkorb angelegt.“

*) Poschinger, Neue Tischgespräche und Interviews des Fürsten Bismarck S. 173.

Über seine nationale innere Politik sprach sich der Fürst am 12. Juni gegen die Vertreter der Stadt Stuttgart, bei Überreichung des Ehrenbürgerbriefes, also aus: Württemberg habe, wenn Reichsinteressen in Frage standen, nie Schwierigkeiten gemacht. Dazu habe die patriotische und klare Anschauungsweise des Minister v. Mittnacht wesentlich beigetragen. Früher habe man den richtigen Weg zur Einigung nicht eingeschlagen. „Man schlug 1848 zu viel auf einmal nieder, man wollte die Dynastien und auch den Partikularismus mehr, als notwendig war, unterdrücken. Ich habe den anderen Weg gewählt. Mir erschienen die Dynastien als eine Bürgschaft der Einigkeit Deutschlands, und mit ihrer Unterstützung ist das Werk gelungen, bestätigt durch das Gottesurteil der Schlachten. Ich bin nie Unitarier gewesen und habe mir als Reichskanzler immer zur Aufgabe gestellt, die Rechte der Staaten gegen unbillige Ansprüche zu schützen." Am 19. Juni überreichten auch Vertreter der Stadt Kassel den Ehrenbürgerbrief in Friedrichsruh.

Anfang August 1890 verweilte Bismarck, auf der Reise nach Kissingen, mehrere Tage in Schönhausen. Im Bad Kissingen gewährte er um Mitte August auch dem Redakteur der in Würzburg erscheinenden „Neuen Bayerischen Landeszeitung" eine Unterredung, in der er u. a. sagte: „Er lasse sich das Recht zu reden am allerwenigsten von jenen kleinlichen Professionspolitikern verkümmern, welche kaum die Höschen getragen haben, als er schon europäische Politik getrieben habe." Der Abordnung, die ihm am 16. August den Ehrenbürgerbrief der Stadt Duisburg überreichte, erzählte der Fürst beim Frühstück, er habe dem Professor Lenbach zweimal zu seinem im Duisburger Rathause befindlichen Porträt gesessen und Lenbach habe ihn dabei gezwungen, den roten Adlerorden anzulegen. Lenbach erscheine mitunter plötzlich bei ihm, mache Skizzen, stecke die gelungenen ein und werfe die anderen in die Ecke, so daß der Fürst habe anordnen müssen, die letzteren zu zerstören, damit kein Mißbrauch damit getrieben werde.*)

*) Das Nähere in der oben angeführten Schrift von Wippermann, „Bismarck im Ruhestand", S. 178 bis 182.

Am 23. August erschien in Kissingen eine etwa sechzig Mitglieder starke Deputation der deutschen Partei in Heilbronn, um dem großen Staatsmann dankbar zu huldigen. Der Fürst sprach in seiner Antwort auf die Anrede die Hoffnung aus, daß das deutsche Staatsschiff auch unter dem neuen Steuermann in der nationalen Politik den alten Kurs einhalten werde; denn „das in der Verteidigung des Vaterlandes geflossene Blut ist der feste Kitt, der nicht in die Brüche geht, und die Erinnerung an die großen Tage ist ein festes Fundament, das nicht zerbröckelt." Am Schlusse sagte er: was in den Zeitungen über ihn stehe, berühre ihn nicht, das sei ihm gleichgültig, das sei Staub, den die Bürste abwische; er lege nur Wert auf das Urteil, das einst die Geschichte über ihn fällen werde. „Mein einziger Ehrgeiz, den ich noch besitze, ist eine gute Grabschrift, und um die bitte ich Sie, meine Herren." Nach diesen Aussprüchen lud er die ganze Deputation ein, sich mit ihm um den Tisch niederzulassen, und ließ Bier herumreichen. Als er mit den Herren anstieß, sah er, daß auch eine Dame, die Gattin eines der Heilbronner Herren, die bisher bescheiden zurückstand, sich unter den Gästen befand. „Ah, da haben wir ja ein Käthchen!" rief er freundlich, ersuchte sie, in seiner Nähe Platz zu nehmen und reichte ihr eine Rose, die er in seinem Knopfloch trug. Er sagte den Gästen: es sei ihm anfangs schwer geworden, sich an die Unthätigkeit zu gewöhnen, daß er beim Aufwachen nichts zu thun habe, als seine Uhr aufzuziehen. Aber jetzt fühle er doch, daß durch diese Behaglichkeit eine gewisse Minderung der nervösen Überreiztheit eingetreten sei, und dadurch sowie durch die Kunst Dr. Schweningers fühle er sich heute wohler, als seit zehn Jahren. Auf die Bitte, doch Schwaben zu besuchen, das ihn mit Jubel begrüßen werde, erwiderte er: „Ja, das ist es eben, mir wäre es viel lieber, wenn man sich so inkognito durchschlängeln könnte."

Besonders ungezwungen plauderte der Fürst auch am 24. August mit zwei Kurgästen aus Zürich, die er zum Frühstück geladen hatte. Ihnen pries er gleichfalls sein jetziges Loos: bei körperlichem Wohlbefinden frei zu sein von der Sorge des Amtes, von

dem Gefühl der Verantwortlichkeit, das vordem wie ein Alp auf ihm gelastet. Zum Erstaunen der Schweizer warf Bismarck beim Nachtisch seinem Hund Tyras ein großes Stück Pfirsich zu, das dieser sofort verschlang. „Er ist Vegetarianer," sagte sein Herr. Schon während des Essens hatte der Fürst erzählt, wie er vom Landwirt zum Schreiber geworden sei, gegen seine Absichten. Aber „mit welchen Erfolgen!" warfen seine Gäste ein. Am nämlichen Tage war der Fürst Gast des Regierungspräsidenten Grafen Luxburg auf Schloß Aschach bei Kissingen zu einem Diner, welchem auch die ihm nahe befreundeten Graf Henckel v. Donnersmarck und Freiherr v. Stumm, der deutsche Botschafter in Madrid, mit Gemahlinnen beiwohnten — die Fürstin war nicht mit in Kissingen. Auf die Frage eines Herrn an Bismarck, ob ihm die stürmischen Huldigungen der Kissinger nicht manchmal lästig seien, erwiderte der Fürst: „Keineswegs. Die Leute meinen es gut mit mir." Die Zudringlichkeit der Photographen wurde aber doch öfters unbequem. Während dieser Kursaison war es auch, daß sich bei der oberen Saline dem Fürsten plötzlich einmal ein Unbekannter näherte, der ihm die Hand entgegenstreckte. Als nun der Fürst ihm wohl oder übel ebenfalls die Hand reichte, schüttelte sie jener tüchtig und sagte: „So, nun kann ich drüben in Amerika erzählen, der größte Staatsmann Europas habe mir die Hand geschüttelt," verbeugte sich und verschwand.

Der erste namhafte Vertrag, den der neue Reichskanzler Caprivi schloß, der deutsch-englische vom 1. Juli 1890 über die Abgrenzung der deutschen Interessensphäre in Ostafrika, war durchaus nicht geeignet, Bismarcks Beifall zu finden. In diesem vielbesprochenen Vertrage gab Deutschland Witu, Uganda und die Insel Sansibar den Engländern preis und erhielt dagegen von diesen die direkte Herrschaft über das ostafrikanische Festland bis zu den Seen und die Insel Helgoland zugesprochen. Überraschten schon diese Bedingungen, bei denen Deutschland ganz außerordentlich benachteiligt worden war, im ganzen Reich aufs Peinlichste, so stellte die neue politische Leitung ihrer Befähigung fast noch ein üobleres Zeugnis aus, indem sie nicht einmal die sehr be-

gründeten deutschen Beschwerden gegen England aus anderen Teilen des deutschafrikanischen Besitzes zur Erledigung zu bringen verstand — was angesichts der kolossalen deutschen Zugeständnisse eine Kleinigkeit gewesen wäre, namentlich da der Vertrag selbst feststellte, daß über diese Beschwerden „im Prinzip keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen". Obwohl nun in Deutschland hierüber laute und allgemeine Mißstimmung sich erhob, begnügte sich doch Fürst Bismarck, im Laufe des Jahres 1890 bezüglich dieses Vertrages kurz zu sagen: Er würde ihn nicht geschlossen haben. In Erwiderung hierauf machte der neue Reichskanzler, bei Rechtfertigung des Vertrages im Reichstage am 5. Februar 1891, seinen Vorgänger gewissermaßen als intellektuellen Urheber für diesen Vertrag verantwortlich, indem er ganz vertrauliche Randnoten Bismarcks an seine Räte zur öffentlichen Verlesung brachte, in denen der Fürst 1889 von Friedrichsruh aus diesen Räten die geheime Weisung gab: „Lord Salisbury habe für Seine Durchlaucht mehr Wichtigkeit als ganz Witu," „England ist für uns wichtiger als Sansibar und Ostafrika" u. s. w. Dieses unerhörte Verfahren, durch Veröffentlichung geheimer, nie für die Öffentlichkeit bestimmter Weisungen des früheren Reichskanzlers an seine Räte, die eigene Politik zu beschönigen, ließ Bismarck nun aber samt allen ihm nachteilig erscheinenden Bestimmungen des Vertrages in den „Hamburger Nachrichten" gründlich beleuchten.*) Dabei ließ er feststellen, daß Herr v. Caprivi sich über die Kolonialpolitik seines Vorgängers nur aus den Akten, nicht durch persönliche Rücksprache unterrichtet habe, daß Sansibar nach dem Vertrage von 1886 thatsächlich schon der deutschen Interessensphäre von England überlassen war, daß durchaus nichts zu dem Abschluß des Vertrages vom 1. Juli 1890 gedrängt habe und daß den Urhebern dieses Vertrages „ein Haupterfordernis erfolgreicher politischer Konzeption fehlt, nämlich die Fähigkeit zu warten, bis der richtige Augenblick zum Ernten gekommen ist". Dem Verfasser dieses Werkes und anderen gegenüber tadelte Fürst Bismarck

*) 8., 11., 15., 19., 20. Februar, 16. Juli 1891. Wippermann a. a. O. S. 150/62.

an diesem Vertrage besonders die durch denselben erfolgte formelle Anerkennung des englischen Protektorates über das Sultanat Sansibar seitens der deutschen Reichsregierung. Handel und Macht seien dort schon zu drei Vierteln in den Händen der Deutschen gewesen und wären Deutschland binnen kurzem ganz von selbst zugefallen. Sansibar sei aber der wichtigste Punkt vor der ostafrikanischen Küste. Über den Wert Helgolands könne man streiten. Dessen Wiedererwerbung sei ja immer der Wunsch der deutschen Patrioten und namentlich des Kaisers gewesen, aber man hätte die Insel auch wohlfeiler bekommen können. Im Falle eines Krieges könne Helgoland, wenn nicht stark befestigt, sogar gefährlich werden, da es der französischen Flotte als Stützpunkt oder Kohlenstation dienen könne, was unter englischem Besitz ausgeschlossen gewesen sei.

Die „Hamburger Nachrichten" schlossen ihre Betrachtungen über diesen ersten Vertrag des neuen Kurses am 16. Juli 1891 ab mit einem Artikel „Deutschland und die englische Politik", der, wie er sich besonders bitter über das Ungeschick des neuen Kurses ausspricht, die vorangegangenen Aufsätze auch an sachlicher Bedeutung in Schatten stellt. Es wird in dem erwähnten Artikel nämlich nachgewiesen, daß England des Deutschen Reiches nach jeder Seite hin zur Flankendeckung dringend bedürfe. Möglich seien nur drei erhebliche Verlegenheiten Englands: gegen etwa kriegerisch gesinnte Machthaber Frankreichs, welche die Angriffspläne Napoleons I. gegen England wieder aufnähmen. In diesem Falle sei für England von größtem Werte, daß Deutschland drohend an der französischen Ostgrenze stehe. Von derselben Wichtigkeit sei das Deutsche Reich als intimer Freund Englands, als Bedroher der russischen Westgrenze, falls England in Indien sich von Rußland bedrängt fühlen sollte. Endlich sei die Bedeutung der deutschen Diplomatie als etwaiger Gegnerin Englands auch in Egypten bedeutender als die französische, wenn diese mit England nicht einig sei. Trotz dieser großen Abhängigkeit Englands von dem deutschen Wohlwollen hätte Caprivi den Nachgiebigkeitsvertrag vom 1. Juli 1890 geschlossen!

Alle diese Bemerkungen aber bildeten gewissermaßen nur den

Epilog zu dem Besuche des Kaisers Wilhelm in England in eben jenen Julitagen. Da hatte der Kaiser am 10. Juli bei einem Frühstück in London erklärt: „Ich werde stets, soweit es in Meiner Macht steht, die historische Freundschaft zwischen diesen unseren beiden Nationen bewahren, welche man so oft nebeneinander gesehen hat zum Schutze der Freiheit und Gerechtigkeit.“ Am 12. Juli aber wurde durch den Premier Englands, Lord Salisbury, und den deutschen Staatssekretär v. Marschall, nach unwidersprochenen Berichten der Zeitungen, in Hatfield im Hause Salisburys ein Protokoll ausgefertigt, das die Übereinstimmung der Interessen des Dreibundes mit denjenigen Englands feststellte. Die Presse des „neuen Kurses“ berichtete natürlich von einem großen Erfolg der neuen Staatskunst. Dazu bemerkten nun die „Hamburger Nachrichten“ kühl, nachdem sie in den angeführten Stellen dargelegt hatten, wie notwendig England in etwaigen Verwickelungen mit Frankreich, Rußland oder Ägypten der deutschen Hilfe bedürfe: „Der glänzende Empfang, den Kaiser Wilhelm in England gefunden hat, liefert einen erfreulichen Beweis dafür, welchen Wert man in London auf gute Beziehungen zum Deutschen Reiche legt. Nie zuvor ist in England derartiges dagewesen. Von Sentimentalität (aber) ist die englische Politik niemals angekränkelt gewesen... Daraus ergibt sich, daß England für seine Annäherung an Deutschland bezw. an den Dreibund schon jetzt ein ausreichendes Äquivalent besitzt, daß es mindestens so viel erhält als es gibt.“

Fürst Bismarck begleitete die fast aufdringliche und lediglich den britischen Interessen dienstbare Annähernng des „neuen Kurses“ an England aber auch deshalb mit ganz besonderem Mißtrauen und mit schwerer Besorgnis, weil er mit Recht davon eine wachsende Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland befürchtete. Seit dem Ausscheiden Bismarcks aus dem Dienste war überhaupt „der Draht mit Rußland abgerissen“, der sich früher an das persönliche Vertrauen und die weltgeschichtlich erprobte Autorität des deutschen Kanzlers geknüpft hatte. Die neuen Männer mußten sich in dieser Beziehung erst legitimieren — und wie thaten sie es? Durch die

Begünstigung der Polen und durch die Annäherung an England. Allerdings noch durch ein drittes: den schon im Oktober 1889 von Bismarck widerratenen nochmaligen Besuch des deutschen Kaisers am russischen Hofe, der in den Tagen vom 18. bis 23. August 1890 in Narwa, Reval und Petersburg ausgeführt wurde und, trotz aller Ableugnungen der deutschen offiziösen Presse, auf russischer Seite einen „kühlen und formellen" Charakter trug. Selbst die dem „neuen Kurse", unter Hans Delbrücks Leitung, ziemlich sympathischen „Preußischen Jahrbücher" gestanden das zu und nannten den kaiserlichen Besuch sogar „unerfreulich und überflüssig", machten aber seltsamerweise den Fürsten Bismarck dafür verantwortlich, da dieser jenen Besuch noch „veranlaßt" habe. Die „Hamburger Nachrichten" vom 15. September 1890 nahmen den Fürsten gegen diese „unehrlichen Anwürfe" sehr nachdrücklich in Schutz, „die ihn weder hinter dem Kaiser noch hinter dem Zaren treffen" würden. Er selbst sagte später zu einem Gast in Friedrichsruh über diesen Besuch: „der Kaiser habe geglaubt, durch seine große persönliche Liebenswürdigkeit die Russen, auch politisch, wie man zu sagen pflegt, einwickeln zu können. Geschäftige, wo nicht bestellte Zwischenträger hätten aber dem Kaiser schon in Petersburg Äußerungen über ihn aus der Umgebung des Zaren überbracht, welche an der politischen Erfolglosigkeit des Besuches keinen Zweifel mehr zuließen. Unter diesen Umständen sei die Anschlußbewegung an England als Gegendemonstration gegen Rußland gefolgt und die für Rußland noch empfindlichere polenfreundliche preußische Politik."*) Als dann noch zahlreiche andere deutsche Blätter, außer den „Preußischen Jahrbüchern", dem Fürsten Bismarck nachsagten, daß schon zu seiner Amtszeit das Verhältnis zu Rußland „so gespannt als möglich" gewesen sei, veröffentlichte er in den „Hamburger Nachrichten" vom 3. Juni 1891 die vertrauensvollen Worte des Zaren an ihn vom 11. Oktober 1889 und ließ dann am 26. Juni 1891 — wenige Tage vor dem Kaiserbesuch in England —

---

*) Westdeutsche Allg. Ztg. vom 26. Juni 1892.

in seinem Hamburger Organ die warnenden Worte folgen: „Das russische Mißtrauen gegen die zukünftige deutsche Politik wird einigermaßen Schritt halten mit der Vertiefung der deutsch-englischen Intimität und noch mehr mit dem Scheine derselben, der sich augenblicklich der diplomatischen Beobachtung darstellt... Wir glauben, daß es für Deutschlands Stellung in der Zukunft nützlich ist, wenn die deutsche Politik für den Fall russisch-englischer Verstimmungen ihre Stellung nicht früher nimmt, als sie die übrigen an den Orientfragen interessierten Mächte genommen haben werden.“

Im Juni 1891 war der Dreibund auf sechs Jahre verlängert worden. Unmittelbar daran knüpfte sich der Besuch des deutschen Kaisers in England. Diese Ereignisse führten (vom 28. Juli bis 10. August 1891) zu der geräuschvollen Begrüßung der französischen Flotte durch den Zaren im russischen Hafen von Kronstadt, und fortan wußte die chauvinistische Presse Frankreichs ganz genau, daß ein geheimes russisch-französisches Bündnis bestehe. Bismarcks Organ schrieb „zur Kronstädter Begrüßung“ am 25. Juli: „Daß die erfolgte Bekundung einer erhöhten deutsch-englischen Freundschaft nicht ohne Wirkung auf die russische Politik bleiben würde, war vorauszusehen. Unter den obwaltenden Umständen mußte jede stärkere Hinneigung der deutschen Politik zu England den Charakter eines Avertissements für Rußland haben und dessen Haltung beeinflussen. Wir haben deshalb die gleichmäßige Pflege der Beziehungen zu Rußland und England, die Erhaltung des guten früheren Einvernehmens mit Rußland empfohlen; dies nicht nur, weil dadurch Deutschlands führende Stellung im Dreibunde gesichert wird, sondern auch deshalb, weil nach menschlicher Voraussicht einem Bruche mit Rußland der französische Angriff auf Deutschland unvermeidlich folgen würde.“ Der Zweck, den Frieden zu erhalten, werde gefördert, „wenn die deutsche Politik ihren russischen Beziehungen dasjenige Maß von Pflege widmet, das früher stets festgehalten wurde, und wenn sie auf dies bewährte System nur dann verzichtet, wenn die eigenen deutschen Interessen und die Ehre des Reiches einen zwingenden Anlaß dazu bieten... Die fran-

zösisch-russische Flottenbegrüßung könnte als ein ungünstiges Symptom erscheinen, wenn nicht andere Erwägungen dagegen sprächen. Vor allem fällt der Umstand ins Gewicht, daß ein russisch-französisches Bündnis wenig wahrscheinlich ist, weil Rußland sicher sein kann, bei seinem ersten Kanonenschusse gegen Deutschland Frankreich auch ohne Allianz auf seiner Seite zu finden und weil sonach für das Zarenreich kein Grund vorliegt, sich an einen Vertrag zu binden, von dem man nicht vorher wissen kann, welche Unbequemlichkeiten er am Verfalltage mit sich bringt. Ferner steht bisher in keiner Weise fest, daß der Flottenbesuch ein ernsteres, greifbares Ergebnis bezüglich der weiteren Gestaltung der russisch-französischen Beziehungen darstellt. Einstweilen halten wir ihn mehr für ein Zugeständnis an das Demonstrationsbedürfnis in beiden Nationen, das praktisch ohne Folge bleiben wird. Freilich läßt sich im Interesse Deutschlands und des Friedens nur hoffen, daß die Gründe, auf welche der Kronstädter Flottenbesuch mit Recht oder Unrecht zurückgeführt wird, keine weitere Verstärkung erfahren. Wir halten es im Interesse der Stellung Deutschlands in der Zukunft für nützlich, wenn die deutsche Politik auch den Schein vermeidet, in den englisch-russischen Gegensätzen irgendwie Partei zu ergreifen. Die zukünftigen Gestaltungen im Orient berühren Deutschland nicht so unmittelbar als die übrigen Mächte, und da weder eine Verpflichtung aus dem Dreibunde noch die Annäherung Englands an diesen die deutsche Politik nötigt, über diplomatische Einwirkungen zur Erhaltung des Friedens im Orient hinauszugehen, so liegt auch kein Grund für sie vor, die früher mit Erfolg festgehaltene unparteiische Stellung zu Gunsten einer stärkeren Intimität mit einer der im Orient konkurrierenden Mächte preiszugeben."

Die in dieser Aussprache enthaltene Mahnung, daß Deutschland seine führende Stellung im Dreibunde sichern und aufrecht erhalten müsse, hatte Fürst Bismarck übrigens den Männern des neuen Kurses schon zuvor wiederholt eindringlich zuzurufen sich genötigt gesehen. Denn besonders bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich, die 1890 begannen, da im Jahre 1892 die

alten Handels- und Meistbegünstigungsverträge abliefen, hätte Deutschland diese führende Rolle, auch zur Wahrung seiner wichtigsten wirtschaftlichen Interessen, unbedingt erhalten sollen. Statt dessen wurde diese Führung — wie Bismarck schon zu Beginn dieser Verhandlungen warnend betonte — Österreich überlassen, der Schauplatz der Verhandlungen ganz unnützer Weise nach Wien verlegt, wo natürlich der österreichische Einfluß vorherrschte, und außerdem Österreich durch „die Schwäche und Unzulänglichkeit unserer Unterhändler" in erheblichen Vorteil versetzt. „Dieses Resultat ist dadurch eingetreten," sagte Bismarck am 23. Juni 1892 in Wien, „daß bei uns Männer in den Vordergrund gekommen sind, welche ich früher im Dunkeln hielt, weil eben alles geändert und gewendet werden mußte." Der Altreichskanzler hat es wenigstens an zahlreichen Anleitungen und Warnungen nicht fehlen lassen, um Deutschland das teure Lehrgeld zu ersparen, das wir später für die Schule dieser diplomatischen Neulinge zahlen mußten. Namentlich trat Bismarck in seinem Organ vom Beginne dieser Verhandlungen an*) dem Standpunkt der österreichischen Unterhändler nachdrücklich entgegen, als ob der Dreibund irgendwie gefährdet werden könnte, wenn Deutschland den Überforderungen Österreichs sich nicht willig zeige. Denn Österreich-Ungarn habe — ließ Bismarck (am 27. Dezember 1890) ausführen — an der Aufrechterhaltung dieses Bundes mindestens ein so großes und dringendes Interesse als das Deutsche Reich. Außerdem sei der Altreichskanzler stets gegen die Verquickung der Politik mit wirtschaftlichen Fragen gewesen. Deutschland habe also nicht die geringste Veranlassung, für den großen politischen Nutzen, den es durch seine Bündnisstellung Österreich gewähre, auch wirtschaftliche Opfer zu bringen. („Hamburger Nachrichten" vom 23. Januar 1891). Was man in Wien jetzt „wirtschaftliche Annäherung nennt, erscheint uns im Lichte wirtschaftlicher Ausbeutung, die man auf der Basis des politischen Bündnisses durch Änderung des bisherigen

*) Vgl. Wippermann S. 118 bis 135.

Status herbeizuführen versuchte. Das politische Bündnis mit Österreich ist ein Ergebnis der beiderseitigen gemeinschaftlichen politischen Interessen; unsere wirtschaftlichen sind nicht in gleichem Maße übereinstimmend" (Ebenda, 3. Febr. 1891). „Wir halten den politischen Vertrag mit Österreich fest, wir schätzen ihn hoch und können nur immer wiederholen, daß wir aus diesem Grunde nicht dazu raten würden, ihn mit wirtschaftlichen Klauseln zu beschweren" (20. Februar). „Der Vertrag, der geplant wird, hat für unsere politischen Beziehungen zu Österreich, welche durch das Bündnis vollständig sicher gestellt sind, keinerlei Bedeutung. Zur Verhandlung über einen politischen Vertrag würde man nicht einen Freihändler wie Herrn v. Huber nach Wien gesandt haben. Die Tendenz, die wirtschaftliche Opposition gegen den Vertrag auf das Gebiet der auswärtigen Politik überzuschieben, stellt eine Fälschung der Lage im Interesse der ungarischen Kornhändler dar" (17. Mai 1891). „Österreich glaubt, was nach allem Geschehenen als seine Auffassung nicht überraschen kann, daß die leitende Stellung im Bunde, die früher Deutschland inne gehabt hat, jetzt in seine Hände übergegangen sei und sucht sich dies zu Nutze zu machen. Früher hielt man uns in Wien nicht nur für mächtiger, sondern auch für klüger als sich selbst, man suchte der Lage ihre beste Seite abzugewinnen und begnügte sich mit dem, was man verlangen konnte. Jetzt fordert man, beordert die Unterhändler für Verwirklichung dieser Ansprüche nach Wien und führt die Angelegenheiten so, daß sich diesseitige Minister auf die Angaben in österreichisch offiziösen Blättern berufen müssen, um Auskunft über die wichtigsten materiellen Interessen des deutschen Volkes zu erteilen. In Österreich wissen die Organe der öffentlichen Meinung genau Bescheid über die Tragweite der Abmachungen; dort werden die Interessenten befragt, während die deutsche öffentliche Meinung, mit Rücksicht auf Österreich und die noch schwebenden Verhandlungen mit anderen Staaten in Dunkel und Vormundschaft erhalten wird. Nichts ist übrigens weniger geeignet, das jetzige Verfahren zu rechtfertigen, als die Behauptung, daß die gegenwärtig mit Österreich gepflogenen

Verhandlungen auch unter der vorigen Regierung angestrebt worden seien. Thatsache ist, daß Österreich schon früher und zwar 10 Jahre lang unausgesetzt Versuche in gleicher Richtung wie jetzt zu Gunsten der ungarischen Kornhändler gemacht hat. Dieselben sind stets mit großer Höflichkeit und im Tone des Einverständnisses behandelt, aber — doch eben abgelehnt worden. Darauf die Behauptung zu gründen, daß die frühere Regierung das nämliche gethan oder gewollt habe, wie das, um was es sich jetzt handle, kann nur Leuten in den Sinn kommen, die nicht wissen, wie diplomatische Geschäfte gemacht werden." Bekanntlich nützten alle diese Warnungen nichts. Die neuen Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz wurden, unter gründlicher Übervorteilung Deutschlands bei ihnen allen, 1891 abgeschlossen. Der Reichstag, der nur zwischen einem allgemeinen Zollkrieg oder diesen ungünstigen Verträgen wählen konnte, genehmigte sie am 18. Dezember 1891 (den mit der Schweiz etwas später) und der Kaiser erhob darauf Herrn v. Caprivi in den Grafenstand.

Unmittelbar nach Bismarcks Entlassung, am 28. April 1890, hatte Kultusminister v. Goßler im preußischen Landtag eine Gesetzvorlage eingebracht, welche die nach dem Sperrgeldgesetz (s. o. Bd. V S. 219) seit dem Kulturkampf (aus den den ungehorsamen katholischen Geistlichen gesperrten Gehältern) angesammelten Sperrgelder für die katholischen Diöcesen nützlich verwenden wollte. Diese Sperrgelder waren 1890 auf 16 Millionen Mark angewachsen. Die preußische Regierung schlug vor, eine diesem Kapital entsprechende jährliche Rente von 560000 Mark den Diöcesen in demselben Verhältnisse zuzuweisen, wie diese zu dem Fond beigetragen hätten. Die Verwendung dieser Rententeile aber sollte im einzelnen einer Vereinbarung zwischen dem Kultusminister und dem Bischof überlassen werden. Für diese Vorlage hatte sich Minister Goßler — jedenfalls noch zu Bismarcks Amtszeit — der Zustimmung der Kurie, ihres „tolerari posse", versichert. Gleichwohl verlangte das Zentrum, unter dem Vorgeben, ein unbekannter Mittelsmann müsse die Regierung über die Ansicht der Kurie ge-

täuscht haben, einfach die Auszahlung des gesamten Kapitals nebst Zinsen an die „Gesperrten“ und an die Bischöfe. Die Regierung und die Kartellparteien bezeichneten weitere Zugeständnisse als unmöglich und daher scheiterte das Gesetz in dritter Lesung am 7. Juni 1890. Der Reichsanzeiger bezeichnete noch am 10. Juni den von der Regierung in dieser Vorlage „empfohlenen Weg als den einzig gangbaren, einzig möglichen“ zur Versöhnung. Doch nicht zum ersten und letztenmale setzte der neue Kurs die Welt in Erstaunen durch seine Fähigkeit, Überzeugungen und Entschlüsse mühelos zu wechseln. Denn schon am 20. Januar 1891 überreichte derselbe Kultusminister dem preußischen Landtag ein neues Sperrgeldgesetz, welches die im Vorjahr als „ungangbar“ und „unmöglich“ bezeichneten Bahnen des Zentrums nun selbst einschlug, indem es das ganze Kapital von 16 Millionen teils an die „Gesperrten“, teils an die Bischöfe, aushändigen wollte. Bis tief in konservative Kreise war die Entrüstung über ein so unziemliches Zurückweichen der Regierung vor dem Zentrum allgemein.

Fürst Bismarck säumte nicht, auch seine Meinung darüber zu sagen. Am 23. Januar schrieben die „Hamburger Nachrichten“: „Es entspricht dem Zuge unserer Zeit, lediglich des lieben Friedens und der Versöhnlichkeit willen Zugeständnisse zu machen, schlimmstenfalls sogar auf Kosten der eigenen Interessen. Wir unsererseits stehen der Tendenz, unbequemen Situationen auszuweichen, anstatt sie durch Kampf zu lösen, nicht ohne Besorgnis gegenüber. Ein solches Verhalten führt naturgemäß zur Erschlaffung der Energie und zur Verminderung des eigenen Selbst- und Kraftgefühls.“ Am 28. Januar fügte Bismarcks Organ hinzu: „Wir betrachten die Sperrgeldervorlage namentlich unter dem Gesichtspunkte, daß sie trotz aller Interpretationen eine Preisgabe der noch im vorigen Jahre von der Regierung und von dem Minister vertretenen Auffassung darstellt. Es läßt sich kaum etwas stichhaltiges erwidern, wenn behauptet werden sollte, die Vorlage bilde den Anfang zur Basierung der Staatsautorität auf die Zustimmung der Parteien, also den Übergang zu einer Parlamentsherrschaft, die aus der Kon-

fliktszeit, wo sie das Königtum bekanntlich bis zu Abdankungsgedanken brachte, in Erinnerung ist." Am 5. Februar äußerte sich dann dasselbe Blatt weiter über „die Versöhnungspolitik" des neuen Kurses überhaupt: „Die Sperrgeldervorlage wird schwerlich dazu beitragen, das in der Bevölkerung verbreitete Gefühl zu mindern, daß die verantwortlichen Minister in dem Bestreben, alle Welt zu befriedigen und Popularität zu finden, doch zu weit gehen. Ohne Zweifel sind „Erfolge" erzielt, aber mancher derselben, der einen Nickel wert war, wurde mit einem Zwanzigmarkstück bezahlt. Auf diese Weise Versöhnung zu stiften, ist eben nicht schwer: es fragt sich nur, ob das Staatsinteresse dabei gewahrt bleibt. Wenn eine Konzession auf die andere folgt, ohne daß man Gegenleistungen sieht, so darf man sich nicht wundern, wenn schließlich im Inlande wie auswärts der Glaube Platz greift, die Männer des neuen Regimes bewilligten in dem Bestreben, zu zeigen, daß es auch ohne den Fürsten Bismarck gehe, alle Forderungen, denen früher ein heilsames Quos ego entgegengesetzt worden wäre. Das Abkommen, welches bezüglich Afrikas mit England getroffen worden ist, macht eben Schule und ermutigt das Ausland zu Ansprüchen, die es früher nicht gestellt hätte."

In maßlosem Zorn erhob sich nach diesen Auslassungen der „Hamburger Nachrichten" die Zentrumspresse zu persönlichen Verleumdungen und feindlichen Kundgebungen gegen den Fürsten Bismarck. Darauf antwortete dessen Organ am 20. Mai: „Will man nicht annehmen, daß spezifisch jesuitische Einflüsse auf die klerikalen Blätter zur fortdauernden Bekämpfung des früheren Kanzlers ausgeübt werden, so gelangt man notgedrungen zu der Ansicht, daß ihr Beweggrund sich mit der Empfindung deckt, welcher das bloße Vorhandensein des Fürsten Bismarck, als einer Verkörperung des nationalen Einheitsgedankens, des deutschen Kaisertums mit protestantischem Herrscherhaus, unbequem ist und die in jeder Stärkung des Ansehens des Fürsten Bismarck eine Gefährdung von Interessen erblickt, die in Rom an der zukünftigen Gestaltung der Dinge im Deutschen Reiche gehegt werden." Die

übermütige und herausfordernde Haltung der Zentrumspresse „und zwar nicht nur dem Fürsten Bismarck gegenüber", schrieb dasselbe Blatt am 22. Mai, „wird zum Teil auf die Verherrlichung zurückzuführen sein, als ob in Herrn Windthorst ein Vater des Vaterlandes dahingeschieden sei.*) Das Wohlwollen, das dem verstorbenen Zentrumsführer während der letzten Zeit seines Lebens von oben bewiesen worden ist, hat ohne Zweifel die Verherrlichung hervorgerufen, die der alte und vielverschlagene Vertreter welfisch-jesuitischer Tendenzen auch außerhalb des Zentrums und seiner Affiliierten fand. Wenn der Strahl kaiserlicher Gnade, der auf Windthorst fiel, hinreichen konnte, in ihm nicht mehr einen Gegner des nationalen deutschen Kaiserreiches mit protestantischer Spitze zu sehen, sondern einen Freund, eine Spitze desselben, so beweist dies, wie außerordentlich seit 30 Jahren die Krone an Autorität gewonnen hat. Im Jahre 1862 würde alle persönliche Auszeichnung eines Mannes wie Windthorst nicht im stande gewesen sein, mehr aus ihm zu machen, als in ihm steckte." Alle diese Mahnungen und Warnungen des Organs des Altreichskanzlers waren freilich vergeblich. Am 4. Juni 1891 trat der preußische Landtag, durch Annahme der ultramontanen Sperrgeldervorlage mit großer Mehrheit, den Gang nach Canossa feierlich an.

Große Freude erwuchs dem Fürsten Bismarck in diesen Tagen aus der treuen „Versicherung unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung", welche der aus ganz Deutschland am 31. Mai 1891 in Berlin versammelte Delegiertentag der nationalliberalen Partei „dem Mitbegründer des Reiches" darbrachte. Der Fürst antwortete „verbindlichst dankend für die Begrüßung der Partei, welcher das Vaterland für die Förderung unserer nationalen Politik zu besonderer

*) Windthorst war am 14. März 1891 in Berlin gestorben. An der Trauerfeier in der Hedwigskirche zu Berlin nahmen Vertreter des Kaisers und der Kaiserin, der Reichskanzler, alle Minister, der Gesamtvorstand des Reichstags und Landtags u. s. w. teil. Der Trauerzug durch das Brandenburger Thor nach dem Lehrter Bahnhof war großartig. Auch in Hannover ließ sich der Kaiser vertreten.

Dankbarkeit verpflichtet ist." Die Partei hatte schon zuvor dem ehrwürdigen Haupt und Meister ihrer nationalen Bestrebungen einen ihrer sichersten Reichstagswahlkreise angeboten und zu eigen gemacht. Am 30. April 1891 war Fürst Bismarck im 19. hannöverischen Wahlkreis (Kehdingen-Neuhaus a. d. Oste) in der Stichwahl mit doppelter Mehrheit gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Am 2. Mai empfing der Fürst eine Abordnung aus seinem Wahlkreise und bat sie um „Urlaub für die Dauer dieser Reichstagssession für den Fall, daß nicht noch etwas neues von Wichtigkeit vorgelegt werden wird." Denn in Berlin werde er kaum befriedigend wohnen und schlafen können. Von der Rückkehr in die Reichshauptstadt halte ihn aber namentlich zurück „die Aussicht auf peinliche Begegnungen mit früheren Freunden, die solche zu sein seit meinem Abgang aufgehört haben. Ich hoffe, von Ihnen hat niemand die schlimme Erfahrung selbst gemacht, mit seiner geschiedenen Frau unversöhnt unter einem Dache zu wohnen. Ähnlich ist das Wiedersehen mit geschiedenen Freunden. . . Der Gedanke einer grundsätzlichen Opposition gegen meinen Amtsnachfolger oder die Regierung liegt mir außerordentlich fern; ebenso fern aber liegt es mir, still zu sein gegenüber von Vorlagen, die ich für schädlich halte. Was in aller Welt soll ein Grund für mich sein, bei solcher Gelegenheit zu schweigen? Etwa der, daß ich größere Erfahrung besitze, als die meisten andern? Die Pflicht zu reden, welche sich gerade aus meiner Sachkenntnis ergibt, zielt in meinem Gewissen wie mit einer Pistole auf mich . . . Es ist fast Verrat, wenn ich schweige. Was sollte ich für andere Zwecke haben, als dem Lande zu dienen? Ehrgeizige etwa? Das wäre doch thöricht anzunehmen. Was sollte ich denn werden? Mein Avancement ist abgeschlossen."

In demselben Sinne hatte er sich einige Wochen zuvor, am 14. April gegen den in Friedrichsruh erschienenen Vorstand des konservativen Vereins von Kiel geäußert. „Man fragt oft: Was heißt konservativ?," sagte er. „Wörtlich übersetzt heißt's erhaltend, aber dies Erhaltende besteht nicht etwa darin, daß man immer ver-

tritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Konservatismus aber sind beständig. Es gibt ein altes gutes politisches Sprichwort: ‚Quieta non movere‘, d. h. ‚was ruhig liegt, nicht stören‘, und das ist echt konservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfnis einer Änderung nicht vorliegt .... Den Vorwurf, ich sei als Ministerpräsident und Kanzler auch nicht konservativ gewesen, denn ich hätte viel alte Formen zerschlagen und viel neues aufgerichtet, ... halte ich für ungerecht. Die Einigung Deutschlands war eine konservative That, und ich stehe mit reinem Gewissen vor jedem Examen, das mir darüber auferlegt werden könnte. Ich glaube auch nicht, daß es nötig ist, einer Fraktion anzugehören, um konservativ zu sein; so habe ich mir in den letzten Jahren meiner Amtsführung um das Kartell zwischen den Konservativen und Nationalliberalen Mühe gegeben und hoffe, dieses Gebilde wird nicht ganz auseinandergehen. Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet, ich möchte nur, daß sie den erwähnten lateinischen Spruch Quieta non movere beachte, als einen der obersten staatlichen Grundsätze. Ich sage das nicht aus Oppositionslust, sondern weil ich an dem gedeihlichen Fortgange der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen als diese unerhörte Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und unter Umständen die Pflicht mitzureden, und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntnis zu sein. Ich werde mir von niemanden verbieten lassen, einer Maßregel gegenüber, die ich für schädlich halte, mein fachmäßiges Urteil auszusprechen. Das ist auch konservativ, glaube ich, konservativ, nicht ministeriell, sondern erhaltend.“

Inzwischen hatte der neue Kurs kein Geheimnis daraus gemacht, daß ihm die rückhaltlose Kritik, die an dessen Vorhaben und „Erfolgen“ Fürst Bismarck übte, höchst unangenehm sei, wenn der

neue Kurs auch dieses Mißbehagen vorsichtigerweise anfangs vornehmlich nur in Blättern aussprach, deren offiziöse Beziehungen nicht allgemein bekannt waren. So brachte die „Kölnische Zeitung" am 17. Februar 1891 einen Artikel „Fürst Bismarck als politischer Zensor", in welchem sie gegen die angebliche „Preßthätigkeit des großen Mannes Front machte" und meinte, dieser habe nur dann die Pflicht, „seine gewaltige Stimme zu erheben, wenn die Nation einer schweren Krisis zutreibt, vor welcher sie nur durch das rückhaltlose Eingreifen eines bewährten Arztes gerettet werden kann."*) Darauf erwiderten die „Hamburger Nachrichten" am 19. Februar kühl: „Ein solches Eingreifen würde in der Regel zu spät kommen. Die Aufgabe eines Politikers, der ein Herz für sein Vaterland und seine Landsleute hat, besteht nicht darin, Krisen entstehen zu lassen und gewaltthätig zu unterdrücken, sondern ihr Entstehen durch prophylaktische Besonnenheit zu verhüten." Deutlicher offiziösen Ursprungs war die am 16. und 17. Februar 1891 in der „Magdeburger Zeitung" und im „Berliner Tageblatt" übereinstimmend angekündigte Drohung: das Staatsministerium habe beschlossen, durch weitere Veröffentlichung aus Akten die „Preßtreibereien" des Fürsten Bismarck, die „in allerhöchsten Kreisen tief verstimmt" hätten, fortan im ‚Reichsanzeiger' kritisch zu würdigen." Die „Hamburger Nachrichten" erklärten darauf am 19. Februar: „Wir können nur wünschen, daß wenn wieder**) Marginalien des früheren Reichskanzlers veröffentlicht werden, auch der Wortlaut des Textes, zu dem die Randbemerkungen gemacht wurden, nicht verschwiegen wird; denn erst dadurch werden letztere verständlich. Auch die Frage ist bei Beurteilung der Tragweite einzelner Randbemerkungen von Erheblichkeit, ob nicht noch andere Marginalien, als die angeführten, auf demselben Papier vorhanden sind." Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärte darauf am 21. Februar die Behauptung, daß ein Ministerrat sich mit der Preßthätigkeit des Fürsten Bismarck beschäftigt habe, für ein „Märchen". Gleichwohl wurde

*) Das und das Folgende nach Wippermann a. a. O. S. 201/14.

**) Wie in dem oben S. 421 mitgeteilten Falle.

diese Drohung gleichzeitig in der von den Berliner Offiziösen versorgten Wiener „Politischen Korrespondenz“ wieder aufgenommen, und die ultramontanen und dem System Caprivi anhänglichen demokratischen Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung“, sprachen sogar von „letzten Warnungen“, von „Überraschungen“ und „Strafanträgen“ gegen „den Mann“ von Friedrichsruh. Diesen gröblichen und empörenden Drohungen, die übrigens im Laufe der kommenden Monate immer frecher sich erhoben, antworteten die „Hamburger Nachrichten“ am 18. Februar mit der „verdienten Kritik an dem Verhalten derjenigen, die am liebsten die Ironie der Weltgeschichte herbeiführen helfen möchten, daß der Begründer des Deutschen Reiches wegen Hoch- und Landesverrates vor das Leipziger Reichsgericht geladen würde!“

Bedauerlicherweise nahm auch das konservative Fraktionsorgan, das Berliner „Deutsche Tageblatt“, gegen den Fürsten Bismarck Partei, in dessen Kritiken an den Vorlagen der Regierung es „monarchische Treue“ vermißte. Es mußte sich darauf von den „Hamburger Nachrichten“ am 1. März sagen lassen: „Das Blatt verwechselt den Begriff der Treue mit dem anderen des unbedingten Gehorsams. Wir können es mit der Treue nicht vereinbar finden, wenn ein Diener, der seinen Herrn auf einem Wege findet, den er nicht für gangbar oder nicht für richtig hält, sich in Schweigen hüllt.“ Inzwischen hatte ein Teil der bismarckfeindlichen Presse es als „einen Akt besonderer Milde“ hingestellt, daß nicht „strafrechtlich“ gegen den Fürsten Bismarck vorgegangen werde. Zu diesen Blättern gehörte auch einer der Hauptheter gegen Bismarck, der Londoner „Standard“. Darauf stellten die „Hamburger Nachrichten“ am 2. März fest, „daß der Berliner Korrespondent des genannten Blattes in intimen Beziehungen zu einem langjährigen und einflußreichen Mitgliede des Auswärtigen Amtes steht, dessen Animosität gegen jede Kundgebung zu Gunsten des früheren Reichskanzlers für niemand ein Geheimnis ist.“ Am 27. Juni 1891 endlich brachte Bismarcks Hamburger Organ folgende Enthüllung: „Die Empfindlichkeit der gegenwärtigen Regierung gegen die Presse scheint im

Widerspruche mit der ursprünglichen Gleichgültigkeit allmählig eine Steigerung erfahren zu haben; wenigstens muß man dies annehmen, wenn es, wie verlautet, richtig ist, daß Reklamationen bei anderen Regierungen in Gestalt des Wunsches erhoben worden sind, es möge auf diejenigen Blätter, welche den Fürsten Bismarck in seiner gegenwärtigen Lage nicht hinreichend als Privatperson behandelten, eine lokale Einwirkung geübt werden." Speziell richtete sich der ungeschickte und erfolglose Versuch einer derartigen Einwirkung auf den tapferen Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten" Dr. Hartmeyer in Hamburg und gegen die dem Altreichskanzler anhängliche Münchener „Allgemeine Zeitung". Das plumpe Dementi des „Reichsanzeigers" vom 29. Juni, daß „die deutsche Regierung" — die es gar nicht gibt — derartige Schritte nicht gethan habe, wurde am 1. und 4. Juli von den „Hamburger Nachrichten" in seiner ganzen Wertlosigkeit dargelegt. Die Welt sollte an den „Uriasbriefen" des Grafen Caprivi vom Juni 1892 erfahren, daß der neue Kurs zu noch ganz anderen Maßregeln der „Aechtung" Bismarcks fähig war!

Aber schon in den Jahren 1890 und 1891 hatte er dafür einen das ganze dankbare deutsche Volk schmerzlich bewegenden Beweis gegeben. Als am 26. Oktober 1890 Feldmarschall Moltke seinen 90. Geburtstag feierte, wurde Fürst Bismarck zu den amtlichen Feierlichkeiten nach Berlin nicht eingeladen, obwohl er Generaloberst der Armee war. Schon mit Rücksicht auf diese militärische Würde mußte er sich versagen, „unbefohlen" in Berlin zu erscheinen, um dem ihm in höchster Achtung und herzlichem Wohlwollen verbundenen Mitkämpfer persönliche Glückwünsche darzubringen. Der Fürst mußte sich damit begnügen, dem teuren Manne schriftlichen Glückwunsch zu senden, zu dem er im März 1888, nach Kaiser Wilhelms Tode im Reichstag, die rührenden Worte gesprochen hatte: „Des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr hält uns im Geleise." Als dann der große Feldherr am Spätabend des 25. April 1891 plötzlich die Augen für immer schloß, wurden zur Trauerfeier alle die Männer befohlen, die mit dem Geschiedenen am Aufbau des Reiches gearbeitet hatten. Der große Werkmeister dieses Baues aber, Fürst

Bismarck, erhielt auch diesmal keine Einladung. Er mußte sich darauf beschränken, seine tiefe Teilnahme aus der Ferne zu erkennen zu geben. Er that das, indem er unmittelbar, nachdem ihm die Familie Moltke das Ableben des Feldmarschalls mitgeteilt, folgendes Telegramm absandte: „Mit tiefster Betrübnis erhalte ich Ihre telegraphische Mitteilung von dem unvergeßlichen Verlust, welchen unser Vaterland erlitten hat. Ich empfinde denselben besonders schmerzlich, nachdem mir vergönnt gewesen ist, Jahrzehnte hindurch mich nicht nur an der ruhmreichen Mitwirkung des Feldmarschalls im Dienste zu erfreuen, sondern auch an seiner gleichen Liebenswürdigkeit bei den nahe befreundeten Beziehungen, in denen ich mit ihm zu stehen die Ehre hatte. v. Bismarck."

Aber je gehässiger der neue Kurs und der Ring aller Reichsfeinde den treuen Eckart des Deutschen Reiches behandelte, um so lauter und herzlicher bezeugte das große deutsche Volk ihm seinen unverbrüchlichen Dank. Am 19. Dezember 1890 erschien beim Fürsten in Friedrichsruh eine Deputation aus Dortmund, welche ihm den Ehrenbürgerbrief der Stadt überbrachte. Sie nahm an der Frühstückstafel teil. Am 21. Dezember folgte eine Abordnung, welche dem Altreichskanzler eine künstlerische Adresse der Stadt Straßburg i. E. überreichte. Auch diese Herren wurden zur Frühstückstafel gezogen. Der Fürst plauderte lebhaft mit den Gästen*) und bemerkte u. a.: „Ja, die Größe und Brauchbarkeit eines politischen Korrespondenten liegt eben nur in der Biegsamkeit seiner Feder." Als die Elsässer sich verabschiedeten, sagte er feierlich und ernst: „Nun, m. H., bitte ich Sie nochmals, der Stadt Straßburg meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die mir gewordene Anerkennung. Halten Sie fest zu Kaiser und Reich, wie ich es auch stets gethan habe und thun werde. Auch Sie sind Schrauben, mit denen der einstmals abgebrochene Fuß am deutschen Kaiserthrone wieder befestigt ist, halten Sie so fest, wie ich auch gehalten habe." Am 6. Januar 1891 überbrachte eine weitere Abordnung den Ehren-

*) Poschinger a. a. O. S. 183/85. Auch das Folgende S. 186 fg.

bürgerbrief der Stadt Bernburg. Am 8. Februar folgten die Häupter der Stadt Augsburg mit dem Ehrenbürgerbriefe dieser Stadt.

Besonders deutlich trat die Liebe und dankbare Verehrung des deutschen Volkes für den Altreichskanzler an dessen 76. Geburtstage, am 1. April 1891 hervor. Der vorjährige Geburtstag war begreiflicherweise ganz still verlaufen, doch hatte damals die nationalliberale Fraktion eine schwungvolle Huldigungsadresse eingesandt. Jetzt trafen zahreiche wertvolle Geschenke ein, namentlich ein „großer Silberschatz“, nicht minder zahlreiche Deputationen, abends wurde ein prächtiger Fackelzug gestellt. Die brieflichen und telegraphischen Glückwünsche waren so zahlreich, daß der Fürst öffentlich dafür danken mußte. Den Tag verbrachte er in fröhlichem Geplauder mit seiner Familie und mit seinen Gästen. Diesen allen trank er aus einem großen Pokal zu und sagte: seit er aus diesem trinke, lebe er wie Johann der muntere Seifensieder. Das Hoch auf den Fürsten brachte der Erbprinz zu Hohenlohe-Öhringen aus.

Am 5. Mai 1891 nahm der Altreichskanzler auf Einladung der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft an Bord des neuerbauten Schnelldampfers „Fürst Bismarck“ an der Frühstückstafel teil in Begleitung seiner Tochter, der Frau Gräfin Rantzau. Obwohl der Fürst sich Reden verbeten hatte, brachte doch der erste Vorsitzende der Gesellschaft ein begeistertes Hoch auf „den größten Staatsmann Deutschlands“ aus. Bismarck dankte in schlichten Worten: indem er dem Schiffe für immerdar glückliche Fahrten wünschte, trank er auf das Gedeihen der Gesellschaft, auf deren Unternehmungsgeist jeder Deutsche mit Stolz blicken könne. Darauf folgte eine eingehende Besichtigung des Schiffes. Wenige Wochen zuvor hatte sich der Fürst auch nachdrücklich dafür erklärt, daß Deutschland, trotz der Verstimmung, welche die Mc. Kinley-Bill erzeugte, doch die für 1893 geplante Weltausstellung in Chicago beschicken müsse. Deutschland und die Vereinigten Staaten seien immer gute Freunde gewesen; beide hätten weder widerstreitende territoriale Interessen, noch seien sie politische Rivalen. „Darum wäre es beklagenswert, wenn die deutsche Industrie sich weigern

würde, an einer Ausstellung teilzunehmen, welche berufen ist, die Kenntnis deutscher Erzeugnisse bei dem amerikanischen Volke zu erweitern und die deutschen Produzenten in direkte Berührung mit den Amerikanern zu bringen."

Auch in diesem Jahre gebrauchte Bismarck die Kur in Kissingen, wo er gegen Ende Juli eintraf. Am 27. überbrachte hier eine Deputation von acht Mitglieder des St. Petersburger deutschen Vereins zur Unterstützung hilfsbedürftiger Landsleute dem Fürsten das Diplom der Ehrenmitgliedschaft. Er zog die Herren zur Frühstückstafel und mahnte sie, auch ihrerseits nach Kräften zum Fortbestand der guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen beizutragen. Die großartigste Ovation, welche dem Altreichskanzler diesmal in Kissingen dargebracht wurde, ging aber von der deutschen Studentenschaft aus. Etwa 400 Studenten von allen deutschen Hochschulen überreichten dem Fürsten am 10. August einen prächtigen Ehrenhumpen. Bismarck dankte in längerer Rede, aus der folgende Stellen besonders hervorzuheben sind: „Als nächsten Gegenstand Ihrer künftigen Fürsorge im Erhalten möchte ich Ihnen die Reichsverfassung ans Herz legen. Sie ist unvollkommen, aber sie war das äußerste, was wir erreichen konnten. Pflegen Sie die Verfassung, wachen Sie eifersüchtig darüber, daß die Rechte nicht angetastet werden, die sie schützt. Raten Sie zu keiner Änderung, mit der nicht alle Parteien einverstanden sind." Auf dem nachmittags 4 Uhr beginnenden Kommers brachte Bismarck ein Hoch auf die deutschen Frauen aus, die zur deutschen Einheit und Einigkeit mehr beigetragen hätten, als gewöhnlich angenommen werde. Die kleine Rede entfesselte einen Sturm der Begeisterung. Auch die Damen eilten mit ihren Gläsern herbei, um anzustoßen. Eine junge Dame rief: „Ich muß mit ihm anstoßen, das passiert mir im ganzen Leben nicht mehr!" Dabei zerbrach aber des Fürsten feines Kelchglas, das ein Studentlein sofort zu sich steckte. Das große herausgebrochene Stück wurde mit dem Schläger weiter zersplittert und diese kleinen Trümmer dann zum Andenken an die Stunde verteilt. Am folgenden Tage nahm Bismarck auf kurze

Zeit auch noch an dem musikalischen Frühschoppen der Studenten teil.

In der zweiten Hälfte August kehrte der Fürst nach Friedrichsruh zurück. Als er dann am 14. November auf der Reise nach Varzin zwei Berliner Bahnhöfe berührte, brachte ihm hier, trotz aller Absperrungsmaßregeln, eine tausendköpfige Menge stürmische Huldigungen dar. Schon am 20. November war er wieder in Friedrichsruh, wo er den Rest des Jahres verbrachte. Am 12. Dezember erschien hier eine Deputation aus Siegen, welche den Ehrenbürgerbrief der Stadt überbrachte. Er dankte den Herren in langer Rede und äußerte sich namentlich bitter über „die Bureaukratie, an der wir alle kranken“ — es war gerade die Zeit der Entscheidung des Reichstags über die neuen Handelsverträge — und ebenso scharf entwickelte er die Gründe, die ihn abhielten, sein Reichstagsmandat auszuüben. „Ich müßte dort der herrschenden Politik schärfer entgegentreten, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde“, sagte er. „Ich müßte entweder schweigen oder so reden, wie ich denke. Thue ich letzteres, so hat das eine Tragweite nach oben, nach unten, nach außen und nach innen, an die ich mich heute noch nicht gewöhnen kann.“

Namentlich lehnte der Fürst ab, sich „als Puffer zwischen die Regierung und die Parteien zu schieben“, indem er im Herrenhaus erschienen wäre, als der große Kampf um das preußische Volksschulgesetz entbrannte, das der neue preußische Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler am 15. Januar 1892 dem Landtag vorlegte. Es lieferte die preußische Volksschule einfach an die Kirche aus, namentlich an die katholische, und wurde deshalb von dem Zentrum und den Rechtskonservativen mit Beifall begrüßt. Alle liberalen Kreise Preußens, ja ganz Deutschlands aber gerieten darüber in große Erregung, und es ist sicherlich nicht zu verwundern, daß mancher der Gäste, die in jenen bangen Wochen an der Tafel in Friedrichsruh verkehrten, die Frage an den fürstlichen Wirt richtete, ob er nicht sein gewichtiges Wort im Herrenhause vernehmen lassen wolle. Er aber antwortete ihnen in dem Bilde von dem

Puffer und setzte einmal, Ende Februar, noch hinzu: Seine persönliche Beteiligung am Kampfe würde sofort eine Verschiebung der Sachlage zur Folge haben und vielleicht gerade das Gegenteil von dem bewirken, was man erwarte. Dagegen ließ er seine Meinung über die unrühmliche und willenlose Gefolgschaft der Konservativen im Dienste des Zentrums bei dieser Vorlage am 9. März in den „Hamburger Nachrichten" deutlich vernehmen: „Die konservative Fraktion steht dem Zentrum gegenüber in einer Art von Rheinbundsverhältnis," hieß es da, „wenn man es vom preußisch-deutschen Standpunkt betrachtet. Die Konservativen können dem Zentrum Gefolgschaft leisten, wie die Rheinbundstaaten Napoleon; sie können dadurch, parteipartikularistisch betrachtet, mächtiger werden, aber nur auf Kosten der Gesamtinteressen Preußens und des Deutschen Reiches. Sie würden zu Ergebnissen führen, welche den Reichsboden der preußischen und noch mehr den der Reichsverfassung auf harte Proben seiner Haltbarkeit stellen könnten." Wie klug Bismarck handelte, als er sich versagte, „persönlich am Kampfe teilzunehmen," bewies der Hergang bei der erlösenden Krisis am 17. März, wo der Kaiser persönlich in scharfen Worten sich gegen den Grafen Zedlitz aussprach, weil dieser die Vorlage ohne die Mittelparteien habe zustandebringen wollen. Der Rücktritt des Grafen und dessen Ersetzung durch Dr. Bosse sowie die Übertragung des bisher von Caprivi verwalteten preußischen Ministerpräsidiums an den Grafen Botho zu Eulenburg waren die unmittelbaren Folgen der Krisis, nicht minder die sofortige Zurückziehung des Schulgesetzes. Das alles würde wahrscheinlich nicht geschehen sein, wenn Bismarck in Berlin sich eingemischt hätte. Denn wie mehrfache öffentliche Aussprachen des Kaisers in jenen Wochen beweisen, war es den neuen Männern, die auch dieses Schulgesetz unter ihre Fittige nahmen, leider gelungen, auch den Monarchen mit Mißtrauen und Abneigung gegen den Altreichskanzler zu erfüllen.

Die dankbare Liebe und Verehrung des deutschen Volkes aber für den großen deutschen Nationalhelden zeigte sich auch im Jahre 1892 in tausend kleinen und großen Zügen, am deutlichsten zu-

nächst am 77. Geburtstage des Fürsten. Am 7. April erließ dieser an der Spitze der „Hamburger Nachrichten" eine öffentliche Danksagung, in der es hieß: „Zu meinem Geburtstage habe ich in diesem Jahre eine größere Anzahl von Glückwünschen, Begrüßungen und Geschenken erhalten als in früheren," so daß nur öffentlich dafür gedankt werden könne. „Es macht mich glücklich, am Abende meines Lebens auf die Arbeiten und Kämpfe desselben zurückzublicken, wenn ich mir sagen darf, daß ich mir durch dieselben zwar manchen unversöhnten Gegner, aber in der Heimat doch auch viele Freunde erworben habe, unter denen die warmen wieder zahlreicher sind als die lauen." Unter den Geschenken war besonders bemerkenswert ein prächtiger eiserner Blumenstrauß, von der Bismarckhütte in Oberschlesien, künstlerisch gearbeitet und begleitet von einem Gedichte Ernst Scherenbergs, aus dem wir folgende Verse mitteilen:

„Eiserner Kanzler!" — so lebst Du im Munde des Volks, der Geschichte —
„Eiserner Kanzler!" — kein Gruß ehrt Deine Größe wie er!
Eiserner Schild, an dem die Feinde des Reiches zerschellten,
Eisenfestes Gemüt, selbst sich und andern getreu!
Wie wohl könnte Dein Volk Dir je, der Einzelne lohnen!
Eisernem Helden gebührt eiserner — ewiger Dank!
Eisern darum auch sei die Gabe, welche in Ehrfurcht
Liebe, die nimmer erlischt, heut Dir, Gewaltiger, weiht . . . .
Heil Dir, eherner Recke! — So trotze den Stürmen des Winters!
Eherne Liebe des Volks trotzet der Zeit und dem Tod!

An der Mittagstafel brachte der Fürst,*) „einer alten reichskanzlerischen Gewohnheit folgend," das Hoch auf Kaiser und Reich aus. Den Toast auf den Fürsten sprach Oberst a. D. v. Goldammer. Auf die Gesundheit der Frau Fürstin, welcher der größte Teil des Verdienstes daran gebühre, daß der Fürst nach seiner aufreibenden Lebensarbeit ein frisches und gesundes Alter genieße, trank Professor Lenbach. Am Ende der Tafel näherte sich der Fürst dem Leiter des politischen Teils der „Hamburger Nachrichten", Dr. Her-

*) Poschinger a. a. O. S. 213/14. Auch das Folgende vom 31. März S. 212.

mann Hofmann, der auf Wunsch des Fürsten in dessen Nähe placiert war, und dankte ihm, daß er so mannhaft für seine Person in der Presse eingetreten sei. Bei dem Familiendiner am Vortage (31. März), bei welchem schon mehrere Gäste zugegen waren, nannte der Fürst behaglich die Zeit zwischen seinem und der Gemahlin Geburtstag seine „Festzeit". „Da gibt es Muscheln, Kibitzeier, Saatkrähen=eier und andere gute Dinge. Diese Saatkräheneier erinnern mich an meine Knabenzeit. Damals machte es mir Scherz, Kräheneier auszunehmen und die Eier brütenden Tauben unterzulegen, um zu sehen, was wohl aus der Geschichte werden würde." — „Und das haben Eure Durchlaucht später in der Politik fortgesetzt," meinte einer der Gäste scherzend. Der Fürst lächelte gutmütig dazu und setzte dann seine Pfeife in Brand.

Am 21. Mai 1892 erschien die Dresdener Liedertafel in Friedrichsruh, um dem Fürsten ein Ständchen darzubringen, über das er sich sehr freute. In seiner Dankrede führte er aus, wie es gelungen sei, die Scheelsucht der deutschen Stämme, die zur Zeit der Gründung der Dresdener Liedertafel, 1839, noch bestand, zu beseitigen. „Die gemeinsamen Thaten im Felde, die Vermischung des Blutes auf dem Schlachtfelde von St. Privat, haben zwischen Preußen und Sachsen den Kitt gebildet, der für alle Ewigkeit un=zerstörbar sein wird." Aber auch schon lange zuvor sei „unter der Asche fortglimmend erhalten worden das brüderliche Gefühl, das in der alten Kaiserzeit die Deutschen vereinte. Und wer hat dieses stille Feuer gepflegt? Die deutsche Wissenschaft, die deutsche Poesie und nicht zum wenigsten auch das deutsche Lied. Wir haben nie eine sächsische oder preußische, sondern eine deutsche Musik gehabt, und wenn ein Lied gedichtet war, das in deutschen Herzen Wider=hall fand, so hatte es keine partikularistische Heimat. Namentlich sind es die Liedertafeln, die mit der Kraft der Musik immer an das Gefühl für nationale Zusammengehörigkeit appellierten. Das Gefühl ist in dieser Beziehung stärker als der Verstand, und des=halb müssen wir denen besonders dankbar sein, die das Deutschtum auf dem Wege der Musik pflegten." Bismarck bringt daher sein

Glas der Dresdener Liedertafel, „als der Vertreterin der alten deutschen Volksmusik und des deutschen Einheitsgedankens ... — und wenn der Verstand einmal wieder die Übermacht bekommen wollte, dann singen Sie, damit dem Gefühl der Sieg bleibt!"

Huldigungen drängten sich in jenen Wochen an Huldigungen. Manche kamen aus weitester Ferne nach dem stillen Friedrichsruh, wie die Adresse der Deutschen in den La Plata-Staaten, die am 30. Mai Dr. med. Brendel aus Montevideo persönlich überreichte. Aber die Verblendung der neuen Männer erst sollte offenbaren, mit welch begeisterter Hingebung und Verehrung das deutsche Volk an seinem Altreichskanzler hängt.

Graf Herbert v. Bismarck hatte sich mit der Gräfin Marguerite Hoyos verlobt. Die Braut und deren Mutter hatten gegen Ende Mai einige Tage in Friedrichsruh zugebracht. Die Hochzeit in Wien war auf den 21. Juni bestimmt, und am 18. trat Fürst Bismarck in Begleitung seiner Familie die Reise dorthin an.*) Es war ein unbeschreiblicher Triumphzug. Schon in Berlin erwarteten Tausende den Fürsten auf dem Anhalter Bahnhof, obwohl die „Nordd. Allg. Ztg." falsch gemeldet hatte, er werde auf dem Lehrter Bahnhof eintreffen. Der Jubelsturm, der den Altreichskanzler hier empfing, legte sich erst, als eine Stimme rief: „Silentium, Ruhe, Ruhe!" Da trat Todenstille ein. „Soll ich etwa reden?" fragte der Fürst. „Jawohl, jawohl!" scholl es zurück. „Meine Aufgabe ist Schweigen," erwiderte er vernehmlich. „Wenn Sie schweigen, werden die Steine reden!" rief eine kräftige Stimme und brausender Beifall folgte. Alle wollten dem Teuren die Hand drücken. Unter Gesang und Tücherschwenken entführte der davonfahrende Zug sein Antlitz und seine Gestalt den Blicken. Auf allen Bahnhöfen in Preußen und Sachsen dasselbe Schauspiel.

In Dresden sollte Nachtquartier genommen werden. Die Stadt war aufs herrlichste geschmückt, die ganze Bevölkerung an

*) Die begeistertste und inhaltreichste Schilderung der ganzen Reise enthält die Schrift des Grafen Adolf v. Westarp, Fürst Bismarck und das deutsche Volk (München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck 1892.)



der Triumphstraße versammelt, die gesamte städtische Vertretung, Rat und Stadtverordnete, auf dem Bahnhof anwesend, als der Zug abends gegen 9 Uhr einfuhr. Oberbürgermeister Dr. Stübel hielt eine Ansprache an den Fürsten und die Fürstin. Bismarck dankte sichtlich ergriffen. „Ich habe kein anderes Interesse, als das der Sache selbst, an der ich Jahrzehnte gearbeitet habe," sprach er. „Und ich darf wohl sagen, daß ich meine Kräfte zu weit verbreitetem Erfolg — auch Erfolg für die Throne — verwandt habe. Einen wesentlichen Anteil am Erfolg hat Ihr gnädiger König, ihm zolle ich einen großen Teil der Dankbarkeit, er war immer gnädig gegen mich. Seinen Beistand im Felde und auf dem Papier habe ich stets gefühlt, wo es das Wohl des Reiches und des Sachsenlandes galt." Ganz ähnlich antwortete der Fürst später dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Osterloh, der ihn namens der Dresdener Bürgerschaft im Hôtel begrüßte. Alsdann sammelten sich über 13000 Fackelträger unter dem Empfangs-Eckzimmer des Fürsten, über 1600 Sänger stimmten patriotische Lieder an und Bismarck dankte den Tausenden mit weithin vernehmlicher Stimme. „Unsere Einheit ist unverbrüchlich," sagte er, „sie zu stören würde noch viel schwerer sein und noch viel mehr Blut kosten als damals, wo wir sie geschaffen." Die allgemeine Begeisterung war unbeschreiblich. Ebenso am anderen Morgen bei der Abfahrt, die nach 11 Uhr erfolgte. Auch jetzt war die städtische Vertretung vollzählig auf dem Bahnhof, des Fürsten Wagen in einen Blumengarten verwandelt. Unter den stürmischen Rufen von Tausenden setzte sich der Zug in Bewegung.

Aber auch in Österreich begrüßten die deutschredenden Bewohner des Kaiserstaates den größten Deutschen mit inniger Herzlichkeit und Wärme, so oft der Zug hielt: in Tetschen und Iglau. In Wien, wo der Zug nachts halb 11 Uhr einlief, war die Begrüßung so stürmisch, daß der Fürst mit dem Grafen Herbert kaum zu seinem Wagen vorzudringen vermochte. Graf Palffy, ein Verwandter der Familie der Braut, hatte seinen Palast in Wien den Hochzeitsgästen und der Hochzeitsfeier zur Verfügung gestellt. Hier

wohnte auch Bismarck. Am Abend des 20. Juni fand daselbst ein glänzendes Fest statt, während dessen plötzlich der Akademische Gesangverein im Schloßhof bei Fackelbeleuchtung sich einfand, um dem Fürsten ein Ständchen zu bringen. Neben seinen Söhnen hörte dieser von der Gallerie aus dem Gesange zu, dann stieg er hinab und begab sich unter die Sänger, von stürmischem Jubel umbraust. In seinen Dankesworten sagte er u. a.: „Wir werden die alte Stammesgenossenschaft immer, zu allen Zeiten pflegen. Gott schütze unsere Freundschaft!“ Am folgenden Morgen schaute Wien den eisernen Kanzler im glänzenden Harnisch und Waffenkleid seiner Kürassiere, als er nach 11 Uhr zur Trauung seines Ältesten nach der Kirche fuhr. Bei der Hochzeitstafel im Palais Palffy leitete Bismarck den Toast auf die Eltern seiner Schwiegertochter mit den bedeutenden Worten ein: „Ich danke zunächst dem Herrn Grafen Andrassy für die Erinnerung an die politische Vereinigung der beiden großen Reiche, denen wir angehören, eine Verbindung, zu deren Zustandekommen sein Herr Onkel, mein treuer Freund, soviel beigetragen hat. Der Sympathie zu Österreich-Ungarn bin ich bis zu diesem Augenblicke treu geblieben, und werde ihr immer treu bleiben, weil sie der natürliche Ausdruck unseres Herzensbedürfnisses in Deutschland ist.“ Vor dem Palast stand inzwischen das Volk zu Tausenden, stundenlang, in der Hoffnung, des großen Gastes der Stadt Wien ansichtig zu werden. Und Bismarcks warmes, herzliches Gefühl kam dieser Hoffnung zu Hilfe. Denn als das junge neuvermählte Paar etwa um 5 Uhr nachmittags im Schloßhof zu Wagen stieg, um die Hochzeitsreise anzutreten, da erblickte Wien plötzlich den eisernen deutschen Kanzler als glücklichen Hochzeitsvater am Wagen, die Kinder zum Abschied küssend, barhäuptig, eine Orangeblüte in der Hand. Da brauste ein unbeschreiblicher Jubel von der Straße her dem Fürsten entgegen.

Mitten in das Glück und die Freude dieser Tage mischten aber Bismarcks Neider und Feinde bittersten Wermut. Der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß, war dem Fürsten seit Jahren persönlich befreundet. Es verstand sich also von selbst, daß er und

die Räte der deutschen Botschaft zur Hochzeitsfeier im Palais Palffy eingeladen worden waren und angenommen hatten. Plötzlich sagten sie ohne triftigen Grund ab. Der unglückliche Kronprinz Rudolf von Österreich, der so jäh aus dem Leben geschieden war, hatte dem Fürsten stets, in Wien und Berlin, die herzlichsten Beweise seiner Freundschaft und Hochschätzung gegeben, und seiner jungen Witwe hatte das warme Beileidstelegramm des großen deutschen Kanzlers wohl gethan. Sie hatte auch bereits eine Karte zur Beiwohnung bei der Trauung in Wien angenommen, war aber plötzlich abgereist. Aber noch mehr! Dem hochverehrten Könige von Sachsen hatte Bismarck schon von Friedsrichsruh aus anzeigen lassen, daß sein kurzer Aufenthalt in Dresden ihm nicht gestatten werde, Seine Majestät um eine Audienz zu bitten, und König Albert hatte, wie der Prinzregent von Bayern auf eine gleichartige Anzeige bezüglich des Aufenthaltes Bismarcks in München, in einem gnädigen Handschreiben geantwortet. Die begeisterten Dresdner aber sahen den geliebten Landesherrn von seinem Palais aus freudig hinüberblicken nach dem Erker, auf dem Bismarck am Abend des 18. Juni die Huldigungen der sächsischen Hauptstadt entgegennahm. In Wien jedoch verweilte der Altreichskanzler drei Tage. Hier war ihm geboten, eine Audienz bei dem Kaiser Franz Joseph nachzusuchen, der ihm seit vierzig Jahren ein allezeit gnädiger, gütiger Herr gewesen war. Diese Audienz aber wurde versagt! Alle diese ungeheuerlichen Beweise seiner gesellschaftlichen „Ächtung", die Bismarck in Wien erhielt und die den reinen Wein seiner Freude in bittere Galle verwandelten, waren jedenfalls von Berlin aus vorgeschrieben. Wahrscheinlich hat der Fürst schon vor seiner Abreise aus Wien dafür nicht bloße Ahnungen, sondern auch Beweise erhalten. Wie tief erregt und empört er sich fühlen mußte durch diese Behandlung von der Regierung des Enkels Kaiser Wilhelms des Alten, das vermag jeder schmerzlich nachzuempfinden. Fürst Bismarck gab der Empörung seines Innern einen seiner titanischen Natur entsprechenden Ausdruck in dem schon oft erwähnten Gespräch mit einem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse" in

Wien am 23. Juni und dann in München mit einem vertrauten Mitarbeiter seiner treuen „Allgemeinen Zeitung“. Da verurteilte er die ganze Politik des neuen Kurses schonungslos. Kein guter Faden blieb übrig; falsch waren die Ideen, unfähig die Männer, stümperhaft die Ausführung. Namentlich die Verantwortung für die Verschlechterung des Verhältnisses zu Rußland schob er in gerechtem Grimm seinen unrechten Nachfolgern zu; denn der Zar hatte, als er über die zwei Besuche des deutschen Kaisers in Rußland endlich nach anderthalb Jahren ein paar Stunden lang am 7. Juni in Kiel quittierte, den General Grafen Waldersee beauftragt, dem Altreichskanzler seine persönlichen Grüße zu überbringen, die der General auch am 14. Juni in Friedrichsruh ausgerichtet hatte. Und in Wien hatte sich der russische Botschafter zur Hochzeitsfeier im Palais Palffy freudig eingefunden, während die deutsche Botschaft dort durch ihre Abwesenheit glänzte!

Wenn irgend etwas die Bitterkeit dieser Gefühle vermindern konnte, so war es die stürmische Begeisterung, mit der Bismarck überall, wo sein Zug am 23. Juni auf der Fahrt von Wien nach München hielt, begrüßt wurde. So äußerte sich die deutsche Volksseele unbeeinflußt durch die neuen Machthaber in Berlin und noch ohne Ahnung von der schweren Kränkung, die dem Liebling der Nation angethan worden war; noch nicht im ehrlichen Grimm und gesunden Ekel über die Schmach, welche Bismarcks Epigonen dem deutschen Volke durch Herabwürdigung seines Nationalhelden anthaten, sondern aus eigenem unwiderstehlichem Herzensdrang. Diese begeisterte Verehrung trat namentlich auch in München zu Tage. Obwohl der Fürst hier nachts 2 Uhr am 24. Juni anlangte, bildete eine tausendköpfige Menge Spalier vom Bahnhof bis zum Wohnhause Lenbachs, wo Bismarck abstieg. Hunderte von Fackeln beleuchteten den Weg. Am Vormittag des 24. Juni brachte der akademische Gesangverein dem durch stärkenden Schlaf Erquickten im Garten der Villa ein Morgenständchen dar, das dieser an der Seite der Gemahlin vom Balkon aus anhörte. Dem Vorstand sagte Bismarck: „Ich freue mich, daß mir hier in München ein solcher Empfang

zu teil geworden ist. Um die frühe Morgenstunde, zu der ich angekommen bin, hätte ich nur noch Nachtwächter auf der Straße erwartet." Im Laufe des Vormittags erbat und erhielt eine Abordnung aus Augsburg die Zusage des Fürsten, daß dieser auch dem Wohnsitze seines verstorbenen Freundes Dr. Völk einen Besuch abstatten werde. Das Frühstück nahm der Altreichskanzler bei dem ihm seit Versailles befreundeten Oberststallmeister Grafen Holnstein. Nachmittags halb vier begrüßte in Lenbachs Villa eine städtische Abordnung den Fürsten. Dieser erwiderte die Ansprache des Bürgermeisters in längerer Rede, in welcher er namentlich seiner Freude und Rührung Ausdruck gab über die „wohlwollenden Begrüßungen", die ihm überall zu teil wurden. „Es ist mir, ich möchte sagen, als wenn ich Absolution von meinen politischen Sünden erhielte," bemerkte er heiter, „die ich ja begangen habe wie jeder andere, der so lange wie ich am Ruder geblieben ist .. und ich habe das Gefühl eines Primaners, der mit einem guten Reifezeugnis abgeht..... Ich werde in den heimischen Wald befriedigter zurückkehren, als ich ihn verließ." „Am Abend brachte die gesamte Studentenschaft Münchens im Geleite von 22 Musikkapellen einen großartigen Fackelzug dar. Bei einer dieser Ovationen sprach der Fürst: „Früher war mein ganzes Bestreben darauf gerichtet, das monarchische Gefühl im Volke zu heben. In der amtlichen Welt wurde ich gefeiert und mit Dankbarkeit überhäuft. Das Volk wollte mich steinigen. Heute jubelt mir dagegen das Volk zu, während die anderen Kreise mich ängstlich meiden. Ich glaube, das nennt man Ironie des Schicksals."

Am 25. Juni gegen Mittag fand der angekündigte Besuch des Fürsten mit Gemahlin und den Professoren v. Lenbach und Schweninger im Rathause statt. Alle Fenster, selbst die Dächer der Straßenzeilen waren von unzähligen begeisterten Menschen besetzt. Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte Bismarck unter anderem, er wünsche auch denen, die noch lange nach ihm leben werden, „nicht bloß ein langes, sondern auch ein angenehmes Leben. Dazu gehört vor allem Friede im Innern und Äußern im

Vaterland, Friede und Eintracht unter den deutschen Stämmen." Das Ausland habe erkannt, „daß sich das geeinigte Deutschland nicht mehr so behandeln läßt, wie das zerissene." Die Worte klangen in ein freudiges Hoch auf den Prinzregenten Luitpold von Bayern aus. Am Ende des Frühstücks zeichneten sich Fürst und Fürstin Bismarck in das Stadtbuch ein. Am Nachmittag folgte ein Besuch der hohen Gäste in dem Kneipzimmer der Künstlergesellschaft „Allotria". Dabei bemerkte der Kanzler u. a.: „Wir haben im Norden auch ein Bier, es ist zwar naß, aber nicht das." Daran schloß sich dann ein Besuch der Kunstausstellung, dessen Kürze der Fürst, unter Hinweis auf die knappe Zeit, mit den Worten entschuldigte, er habe der Kunst nur seine Hochachtung bezeugen wollen. „Es ist eine Art Staatsvisite, die ich mache, und doch kann ich wieder nicht Staatsvisite sagen, da ich mit dem Staate nichts mehr zu thun habe." Am Abend machte eine herrliche Serenade den Abschluß aller dieser gewaltigen Ovationen. Bismarck richtete dabei wiederholte Ansprachen an die Vorüberziehenden. „Erinnern Sie sich stets der nationalen Gelübde, darum bitte ich Sie nur," mahnte er. „Es ist für mich ein hohes Glück und eine hohe Ehre, daß mein Name und meine Vergangenheit identifiziert worden ist mit den nationalen Gefühlen meiner Landsleute. Es ist mir vergönnt gewesen, meinen Namen in die Rinde der deutschen Eiche einzuschneiden zu dauernder Erinnerung. Daß dem so ist, dafür danke ich Gott und darauf bin ich auf Erden, so lange ich lebe, stolz."

Unter unbeschreiblichen Kundgebungen begeisterter und dankbarer Verehrung, die den Fürsten zu Thränen rührten, verließ dieser Mittags am Sonntag den 26. Juni München, um sich in einem Sonderzuge nach Augsburg zu begeben. Dieselben Szenen wiederholten sich hier in der alten Reichsstadt, die, obwohl der Aufenthalt des Fürsten nur auf eine Stunde bemessen war, sich aufs festlichste geschmückt hatte. Der Hauptakt der Bewillkommnung mußte sich auf einen Ehrentrunk im Rathause beschränken, aber ganz Augsburg hatte sich bei der Hin- und Rückfahrt an der Triumphstraße ver-

sammelt. In seinen Dankworten auf die Ansprache des Bürgermeisters v. Fischer betonte Bismarck, tief ergriffen: „Die freundliche Begrüßung, die ich hier fand, ist mir ein neuer Beweis, daß Gottes Gnade mich von dem Fluche des Alters, der Vereinsamung, fern gehalten hat." Eine Schar von siebenhundert Sängern, die vom Augustusbrunnen bis zur Börse aufgestellt war, sang darauf Lieder. Um zwei Uhr erfolgte die Abreise durch Schwaben und Franken nach Kissingen. Überall, wo der Zug hielt, in Nördlingen, Gunzenhausen, Ansbach, Würzburg, Schweinfurt, waren Tausende am Bahnhof, erfolgten stürmische Huldigungen und kurze dankende Erwiderungen des Fürsten. In Würzburg kredenzte ihm der Vorstand des nationalliberalen Vereins einen Pokal voll „Leistwein", von dem Bismarck mit den Worten trank: „Sonnenschein und guter Wein ist das Beste, was ein alter Mann braucht." In Schweinfurt erwiderte er auf die jubelnden Zurufe, unter Thränen der Rührung: er empfinde es dankbar, daß man in ihm nicht nur den Reichskanzler von ehedem, sondern auch sein deutsches Herz anerkenne. Um 8 Uhr abends erfolgte die Ankunft in Kissingen, gleichfalls unter herzbewegenden Kundgebungen freudigster Bewillkommnung.

Das wackere Organ der deutschen Partei in Württemberg, der „Schwäbische Merkur", schrieb damals, im Rückblick auf diese „Bismarck-Woche": „Fürst Bismarck ist nun am Kissinger Heilquell angelangt; seine Reise ist damit zu Ende, und die Thatsache steht fest: er ist heute noch der populärste oder vielmehr der einzige wirklich populäre Mann Deutschlands; es gibt keinen andern, dessen Ankunft ein Ereignis von so durchschlagender und lange nachzitternder Wirkung ist; keinen, bei dessen Nahen es heißt: Das Volk steht auf, der Sturm bricht los! Wer das nicht glaubt, wer sich für ebenso populär hält oder für noch populärer, nun der mag die Probe einmal machen. Da wird der Wunsch immer inniger und dringlicher, daß der unleidliche und geradezu gefährliche Zustand, der jetzt besteht, endlich beseitigt werde, daß endlich ein Ausgleich zwischen dem Kaiser und seinem früher von ihm selbst so

hochgehaltenen Kanzler folgen möge, der ohne die ihm widerfahrene anscheinende Geringschätzung so manches herbe Wort nicht gesprochen hätte!" Zunächst geschah freilich das gerade Gegenteil.

Schon der Triumphzug Bismarcks von Berlin bis Wien und von hier bis Kissingen war den neuen Männern und ihren Gönnern vom Deutschfreisinn und Zentrum unerträglich gewesen. Die offenen Aussprachen des Altreichskanzlers in Wien und München boten diesen Herren und Preßorganen nun aber auch die willkommene Gelegenheit, das Geschrei über den „Landesverrat" des Fürsten wieder aufzunehmen. Den lieblichen Reigen führte das Blatt, das durch Bismarck Bedeutung gewonnen hatte und nun seinem Nachfolger diente, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Sie behauptete: „Die Äußerungen Bismarcks verletzen das monarchische Gefühl und die Ehrfurcht vor dem Kaiser." Außerdem seien die Darstellungen des Fürsten über die Vorgänge der Jahre 1889, 1890 ff. so unrichtig, „daß alle, die diesen Dingen nahe gestanden, mit Schrecken erkennen werden, daß die Erinnerungen des Fürsten bereits anfangen, sich völlig zu verwirren." Zudem biete Bismarck „den Anblick ohne Beispiel, daß er, weil er nicht der Führer seines Werkes geblieben, alles thut, um die Führung zu vereiteln und das Werk der Zerstörung auszusetzen. So stehen die Männer, denen die ehrenvolle Berufung zu teil geworden, das Werk des Fürsten Bismarck fortzuführen, vor der Aufgabe, ihre Arbeit vor allem zu schützen vor dem Mann, dessen Schöpfung sie erhalten sollen." Dann wird noch deutlicher mit dem Staatsanwalt gedroht, denn „die Pflicht, die höchsten Güter der deutschen Nation auch gegen den Mann zu verteidigen, der diese Güter einst am meisten gefördert, darf von den Führern des Staates weder verkannt noch zurückgewiesen werden." Dem Leiter der „Hamburger Nachrichten" sagte der Altreichskanzler in Kissingen persönlich: „Die Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" schaden den Ministern und dem Staate mehr als dem Fürsten Bismarck. Nicht seine Kritik an den jetzigen Regierungsmaßregeln sei ein verderbliches Beginnen, sondern das Beginnen der heutigen Minister gereiche dem Staate

zum Verderben." Und auf die Schlußklagen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erwiderten die „Hamburger Nachrichten" scharf: „Fürst Bismarck ist der Ansicht, daß die heutigen Minister sein Werk nicht fortsetzen und alles andere eher betreiben als sein Werk; er verwahrt sich gegen die Mitverantwortlichkeit, die darin läge, daß dies sein Werk sei."

Nun aber geschah das Außerordentlichste. Nach einer fünfstündigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums, in welcher ein Teil der Minister schon die Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" entschieden mißbilligte, wurde Graf Caprivi von der Mehrheit zu dem schmählichsten Beschluß ermächtigt, den der neue Kurs gefaßt hat. Am 7. Juli veröffentlichte der Reichsanzeiger den bereits früher (oben S. 411) erwähnten Erlaß vom 23. Mai 1890, welcher die fremden Regierungen warnte, den Reden des privatisierenden „Herzog von Lauenburg" irgend einen „aktuellen Wert" beizulegen. Aber Bismarcks Nachfolger scheute sich sogar nicht, auch den Wortlaut jenes ungeheuerlichen Erlasses bekannt zu geben, durch den er seinen großen Vorgänger in Wien „geächtet" hatte. Dieses amtliche Schriftstück, welches das traurigste Blatt unserer neuesten Geschichte ausfüllt, ist erflossen am 9. Juni 1892 an den Prinzen Reuß und lautet: „Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien teile ich Ew. Durchl. nach Vortrag bei Sr. Majestät Folgendes ergebenst mit: Falls der Fürst oder seine Familie sich Ew. Durchl. Hause nähern sollten, ersuche ich Sie, sich auf die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit jedoch auszuweichen. Diese Verhaltungsmaßregeln gelten zugleich für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Se. Majestät von der Hochzeit keine Notiz nehmen werden. Ew. Durchl. sind beauftragt, in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnoky Mitteilung zu machen." Neben der deutschfreisinnigen und ultramontanen Presse fühlte sich auch die edle „Kreuzzeitung" gedrungen, dem Grafen Caprivi für diese „That" den Dank des Vaterlandes auszusprechen. „Uriasbriefe" nannte

dagegen Bismarck verächtlich diese Erlasse. In den „Hamburger Nachrichten“ vom 5. Juli wurden sie mit den Worten vernichtet: „Wir sind der Ansicht, daß die Kontrolle privater Geselligkeit im Auslande und die Einwirkung auf private Dinereinladungen nicht zu den Aufgaben gehören, zu deren Lösung hochgestellte Staatsmänner berufen und Botschaftsgehalte bewilligt werden. Wir glauben nicht, daß die auswärtigen Akten einer anderen Großmacht, wenn sie veröffentlicht würden, ein Gegenstück dieses deutschen Vorgangs aufzuweisen hätten.“

Sowie aber diese unseligen Erlasse des neuen Kurses bekannt wurden, da brauchte Fürst Bismarck überhaupt nicht mehr selbst für seine Verteidigung, für seine Ehre einzutreten. Denn mit dem vollen furor Teutonicus, mit jenem deutschen Mute, der nur Gott fürchtet, stürzte sich das ganze deutsche Volk auf die verblendeten Widersacher und Verkleinerer des größten deutschen Mannes. Seit den Julitagen von 1870 war die zornige Erhebung Deutschlands nicht mehr in so hellen Flammen emporgelodert, wie im Juli 1892 um die ehrwürdige Gestalt des Altreichskanzlers, um ihn gegen seine Feinde zu decken und zu schützen. Jetzt ward Bismarck geehrt, wie noch nie ein Mann zuvor in deutschen Landen geehrt ward. Denn zu Tausenden wallfahrteten nun treue Männer und Frauen nach Kissingen, um dem verfehmten und mißachteten Werkmeister des Deutschen Reiches Gelübde unwandelbarer Treue und Dankbarkeit darzubringen, zornige Verwahrung einzulegen gegen seine Ächtung, und um seinen gedankentiefen nationalen Mahnworten zu lauschen.

Da erschienen am 10. Juli in Kissingen zunächst 800 Württemberger zur Huldigung. Der Fürst dankte ihnen, indem er an „ähnliche Beweise der Anerkennung und Zeichen des Wohlwollens“ erinnerte, die ihm auf dieser ganzen Reise geworden seien, und fuhr dann fort: „Wenn ich denen, die mir übel wollen, das Maß von Köpfen zuzähle, welches sie angeblich vertreten sollen, wenn mit ihnen alle die einverstanden wären, in deren Namen sie zu sprechen scheinen, so könnten so viele Freunde, wie ich sie habe, gar nicht

übrig bleiben. Es beweist mir das also, daß in all den Unfreundlichkeiten und Bosheiten nicht die Meinung der großen Masse meiner Landsleute vertreten ist. Alle diese Angriffe lese ich daher mit Ruhe, ohne Erregung." Die Gründe, die ihm „diese Zustimmung erworben haben", glaubt er in seinem deutschen Einigungswerke und in seiner zwanzigjährigen Friedenspolitik zu finden. „Wir können das Leben eines großen Volkes leben!" ruft er mahnend. „Bleiben wir einig, so bilden wir einen harten und schweren Klotz in der Mitte von Europa, den keiner anfaßt, ohne sich die Finger zu quetschen. . . . Ich habe ja die Schlachten nicht gewonnen, aber ich habe den Frieden erhalten helfen. Ich glaube, daß er auch zu erhalten ist. Freilich im Westen kann der Topf überkochen, was dort immer einmal möglich ist. Daß man von Osten her angreift, glaube ich nicht, wenn unsere Diplomatie so geschickt ist, wie sie sein könnte." Beim Abschiede dankte er nochmals für den Besuch „und den wohlthuenden Einfluß desselben zur Bewahrung einer heiteren Ruhe", und fügte hinzu: „Die Freude meiner Gegner, daß sie mir die Laune verderben, ist irrtümlich. Mit der Ruhe des Naturforschers, der die Menschen und ihre Leidenschaften beobachtet und seit einem halben Jahrhundert beobachtet hat, registriere ich diese Erscheinungen ohne Zorn." Als dann ein Mitglied der Abordnung aus Jena, die den Fürsten zum Besuch ihrer Musenstadt eingeladen hatte, Professor Häckel, sich an die „süddeutschen Brüder" wandte mit der Aufforderung, zugleich mit den Thüringern „Treue zu schwören unserem lieben deutschen Vaterlande und in diesem dem Fürsten Bismarck, dem deutschen Nationalheros, für immer", da sagte der Gefeierte: „Das Gesamtergebnis unseres siebziger Krieges und unseres ganzen Weges durch die Wüste, den wir vorher geführt worden sind, wird uns keine Macht wieder entreißen."

Am 24. Juli zogen gar 5000 Männer und Frauen zur Huldigung vor dem Fürsten in der oberen Saline in Kissingen auf. In so erstaunlicher Zahl hatten die dankbaren Verehrer Bismarcks sich aufgemacht von den Ufern des Bodensees und den Stromschnellen des Oberrheins her, von den fernen Höhen des

Schwarzwaldes und von den Pfälzer Bergen und Rebhügeln, vom Spessart und Neckar und dem Rheingelände Südhessens, wie aus den Gauen Thüringens, endlich aus der alten Kaiserwahlstadt am Main, wo Bismarck acht Jahre lang am Bundestag kämpfte, dabei innerlich ausreifte und die großen deutschen Pläne der Zukunft vorbereitete. Seine Erwiderung auf die gediegenen Ansprachen des Professor Erdmannsdörfer aus Heidelberg und des Bankdirektor Eckhard aus Mannheim begann Bismarck mit dem Dank „für diese Begrüßung von einer Großartigkeit, wie ich glaube, daß sie niemals einem deutschen Minister in neuerer Zeit zu teil geworden ist; auch mir nicht, solange ich im Dienste war. Ihre Anerkennung gilt natürlich nicht meiner Person, sie gilt dem Werke, an dem ich mitgearbeitet habe.“ Indem der Fürst dann auf die allmähliche Entwickelung des nationalen Einigungswerkes überging, sagte er: „Gott hat es so eingerichtet, daß alle deutschen Völker den Hammer nach dem Ambos geschwungen haben, auf dem die deutsche Einheit geschmiedet wurde. Wir haben uns das Deutsche Reich und die Kaiserkrone so zu sagen aus den französischen Bataillonen herausgeholt. Der Krieg war nötig. . . . In diesem Sinne war es eine meiner Aufgaben, dem deutschen Schwerte zum Losschlagen Bahn zu brechen, was mir auch bei meinem alten Herrn gelungen ist. . . . Freilich sagt ein alter Spruch: wenn man Eierkuchen backen will, muß man Eier zerschlagen. Das geht nicht immer ohne Verstimmung ab. Die notwendige Verletzung der Interessen machte die Zahl meiner Gegner notwendigerweise noch größer, als bei einem Minister, der weniger Eier zerschlagen hat. Es ist mir das eine befriedigende Quittung für meine Vergangenheit und mein Wirken. Es würde mich beunruhigen in meiner jetzigen bürgerlichen Stellung, die Zustimmung von Leuten zu finden, die ich als Reichskanzler unausgesetzt heftig zu bekämpfen genötigt war.“ Außerdem seien „die anderen Völker fügsamer, gehen besser ins Dutzend. Deshalb stößt eine politisch-einheitliche Führung bei uns auf sehr viel mehr Schwierigkeit als bei den slavischen und romanischen Völkern.“ Und obendrein sind wir, nach unserer Lage in der Mitte von Eu-

ropa, „von allen Seiten Angriffen ausgesetzt. Deshalb müssen wir selbst immer Rücken an Rücken stehen, und wenn wir das nicht thun, so kann uns nichts helfen.“ Daran sei freilich „die Selbständigkeit der Parteien“ vielfach hinderlich. Aber „die extremen Parteien sind in Deutschland nicht regierungsfähig“ und die gemäßigten müssen sich verschmelzen, denn „es gibt doch vieles, worüber man einig werden kann, und da sollte man nicht zögern, einig zu sein. Ich habe mich mit dem Kartell bemüht, dies zu erreichen und eine Einigung zu stiften. Die Befestigung unseres Verfassungslebens ist nur auf diesem Wege möglich. Sobald der Reichstag ohne feste Mehrheit ist, so können die 8 oder 9 Fraktionen, die er hat, nicht hindern, daß seine Autorität zurückgeht. Ich möchte deshalb an die hier anwesenden Herren die Bitte richten, soviel sie Einfluß haben, in der Heimat dafür zu sorgen, daß die Unterschiede zwischen den verwandten Parteien verschwinden. Ich kann und werde mich von der Politik, die ich vierzig Jahre getrieben, nicht lossagen. Ich werde mir den Mund nicht verbieten lassen und den Mund nicht halten, wenn man es auch noch so sehr von mir verlangt. Alle meine Gegner finden, ich würde mich besser in der Geschichte ausnehmen und eine vornehmere Erscheinung sein, wenn ich stillschwiege und kein Wort mehr sprechen würde, und mein Widerstreben hiergegen gibt ihnen Veranlassung, die übelsten Urteile über meine Person und meinen Charakter zu fällen; namentlich die offiziösen Blätter behandeln mich als einen gefährlichen und verdächtigen Menschen, vor dem gewarnt werden müsse. Wenn sie das schon gethan haben, nachdem ich erst kurz zuvor aus dem Dienst geschieden war, so finde ich, daß damit dem Reiche ein schlechter Dienst erwiesen wird. Es ist unvermeidlich, daß das Amt, welches ich kurz vorher verlassen hatte, mitverdächtigt wird. Es schadet dem Buche, wenn man seinen Verfasser schlecht macht. Sie können mich nicht herunterreißen, wie sie es thun, ohne daß das Gift überspritzt auf das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit, auf Kaiser und Reich. Wenn sie den thätigsten Mitarbeiter an der Herstellung des Reiches und seiner inneren Einrichtungen in dieser

Weise herabsetzen, so vergessen sie, daß sie auch dessen Werk beschimpfen und alle, die an demselben mitgearbeitet haben. Das ist eine bedauerliche Thatsache, die ich aber nicht ändern kann."

Stürmischer Beifall begleitete fast jeden Satz dieser Rede und das Hoch auf Kaiser und Reich, mit dem sie abschloß. Als dann ein folgender Redner das junge in Wien getraute Paar als die Verkörperung des deutsch-österreichischen Bündnisses feierte, bemerkte der Fürst: „Der deutsch-österreichische Block ist nicht nur schwer anzugreifen, sondern wir sind dadurch auch gesichert vor Velleitäten einer veränderten österreichischen Politik, worauf ich sehr hohen Wert lege ... Österreich hat (bei dem Handelsvertrage) durchaus richtig gehandelt, wenn es die geringere Geschicklichkeit unserer Unterhändler zu seinen Gunsten verwertete; es ist eben zu allen Geschäften Verständnis und Geschicklichkeit erforderlich."

Während dieser Wallfahrten von Hunderten und Tausenden nach Kissingen hatten auch viele von der Heimat aus dem Fürsten ihre unwandelbare Treue gelobt. Während seines fünfwöchentlichen Aufenthaltes in Kissingen erhielt er allein 320 Depeschen mit 10000 Worten. Am 30. Juli nachmittags gegen 3 Uhr trat er die Rückreise an, die zunächst Jena zum Ziel hatte. Sie sollte zu einem beispiellosen Triumphzug werden. An jeder Station hatten sich, je nach der Größe des Ortes, Hunderte oder Tausende auf dem Bahnhof eingefunden. Nach Ritschenhausen war halb Meiningen gewallfahrtet. Hier erwiderte Fürst Bismarck auf das feierliche Gelöbnis der Treue: „So darf ich denn auch glauben, daß das, was ich im Dienste des Vaterlandes geleistet, Wurzel geschlagen hat im Herzen des deutschen Volkes, und daß diese Wurzeln so festen Boden gefaßt, daß aller Haß, aller Neid und alle Verleumdung, welche sich in letzter Zeit so vielfach gegen mich gerichtet, nicht hinreichen, um dies aus dem Herzen des deutschen Volkes zu verdrängen." Nach der Station Plaue waren außer der Bevölkerung aus meilenweiter Ferne auch fast alle Kurgäste von Ilmenau und Elgersburg herbeigeeilt, und das fürstliche Paar wurde mit den köstlichsten Blumen förmlich überschüttet. Dazu sprach der junge evangelische Pfarrer

von Plaue, auf die Menge zeigend: „Das ist das Denkmal, das Ew. Durchlaucht sich durch Thaten gesetzt haben, die einzig in der Geschichte sein werden, die uns das Deutsche Reich gebracht haben. Ew. Durchlaucht Wort hat es geschmiedet.“ Bewegt dankte der Fürst, indem er u. a. sagte: „Ich werde mich nicht mehr ändern, meine Gesinnungen bleiben dieselben.“ In Weimar waren über 15000 Menschen am Bahnhof, an ihrer Spitze Bürgermeister und Gemeinderat. Bismarck ließ den erlauchten Förderer des Reichs, die wohlwollende Stütze der amtlichen Thätigkeit des ersten Kanzlers des Reichs, den Großherzog leben.

Unter den Entladungen eines schweren Gewitters fuhr der Fürst am Abend des 30. Juli in Jena ein. Trotzdem begrüßten ihn stürmische Willkommen- und Hochrufe von Tausenden. Schon auf dem Bahnhof wurden ihm zwei amtliche Ansprachen gehalten, auf die er kurz erwiderte. Namentlich sagte er: „Es ist für mich ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf klassischem Boden zu empfangen“ und: „Es ist erfreulich, daß die Bildungsstätten in Deutschland nicht wie in manchen zentralisierten Ländern in einer Stadt vereinigt sind.“ Eine ungeheure, begeisterte Menge stand an den Straßen vom Bahnhof bis zum Schwarzen Bären, wo Bismarck abstieg. Der Enthusiasmus der den Gasthof belagernden Tausende gönnte dem Fürsten nur wenige Minuten Rast. Zweimal mußte er auf den Balkon heraustreten und kurze Ansprachen halten. Dann empfing er in Gegenwart der Fürstin und des Grafen Herbert mit Gemahlin im unteren Saale die Abordnung des akademischen Senats. Der Prorektor Prof. Dr. Brockhaus hielt die Begrüßungsrede, die in den Worten gipfelte: „In dem Hause, in welchem einst der reformator ecclesiae (Luther) gewohnt, dürfen wir heute den reformator Germaniae begrüßen.“ Bismarck ging in seiner Antwort von den Lehren aus, welche die Schlacht von Jena bis 1866 den nationalen Bestrebungen gab, und sagte: Man kann die Geschichte überhaupt nicht machen, aber man kann immer aus ihr lernen. . . . Ich habe nie einen Moment gehabt, in dem ich nicht ehrlich und in strenger Selbstprüfung nach-

gedacht, was ich zu thun habe, um meinem Vaterland und meinem verstorbenen Herrn, König Wilhelm I., richtig und nützlich zu dienen. Man hat von mir gesagt, ich hätte außerordentlich viel Glück gehabt in meiner Politik. Das ist richtig, aber ich kann dem Deutschen Reich nur wünschen, daß es Kanzler und Minister haben möge, die immer Glück haben (Große Heiterkeit). Es hat das eben nicht jeder (Heiterkeit)." Nachdem der Fürst dann auf die Terrorisierung seiner freien Äußerungen angespielt, sagt er: „Es ist ein gefährliches Experiment, heutzutage im Zentrum von Europa absolutistischen Velleitäten zuzustreben, mögen sie priesterlich unterstützt sein oder nicht. . . . Man glaubt Gott zu gehorchen, wenn man dem Geheimen Rat gehorcht. . . . Was wir für die Zukunft erstreben müssen, ist eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament. . . . Ich möchte, daß das Parlament zu einer konstanten Mehrheit gelangt; ohne diese wird es nicht die Autorität haben, die es braucht. . . . Ich habe als Reichskanzler nach meinem Gewissen gehandelt und bin auch fest entschlossen, als Privatmann nach meinem Gewissen und meinem politischen Pflichtgefühl zu handeln, was auch immer die Folgen für mich sein können. Diese sind mir völlig gleichgültig."

Während dieser alle Hörer mächtig ergreifenden Rede war Fürst Bismarck in den Kreis der Abordnung eingetreten und unterhielt sich nun mit den einzelnen Mitgliedern. Dabei wurde ihm auch der 81jährige Senior der Universität, Geheimrat Stickel, vorgestellt, und dieser gab der Begeisterung seines jugendfrischen Herzens in den klassischen Worten Ausdruck: „Ich habe Napoleon I. noch gesehen, Deutschland im Zustande tiefster Erniedrigung. Ich habe Goethe gekannt und damit Deutschland auf der Höhe der literarischen Entwickelung. Nun sehe ich in Ew. Durchlaucht Den, der unser Vaterland auf den Gipfel politischer Entwickelung gehoben hat." Den Beschluß dieses großen Abends bildete die prächtige Bergfeuerbeleuchtung der Höhen von der Dornburg bis zur Leuchtenburg, und dann ein Fackelzug von etwa 3000 Teilnehmern. Mit herzlichem Danke und dem Wunsche für gute Nachtruhe verabschiedete

sich der Fürst von den Getreuen. „Gute Nacht, Durchlaucht! Ruhe für Bismarck!“ scholl es von unten. Die Fackelträger zogen ab und in wenigen Minuten war der weite Platz menschenleer und still.

In der Nacht tobte ein starkes Gewitter. Aber der Altreichskanzler schlief fest und gut bis in den Sonntagsmorgen des 31. Juli hinein. Schon vor 10 Uhr rief er vom Balkon des Bären der zahlreich versammelten Menge ein heiteres „Guten Morgen!“ zu. Dann folgte ein Morgenständchen. Zuerst sang die Kurrende vor dem Lutherzimmer des Gasthofes „Ein' feste Burg“, dann ließen sich die vereinigten Gesangvereine Jenas und der Umgegend vernehmen. Daran schloß sich die festliche Umfahrt durch die reichgeschmückten Straßen der Stadt. Um ½12 Uhr nahte der Wagen des Fürsten unter Hörnerfanfaren dem in eine Festhalle verwandelten Marktplatz, wo ein Kommers geboten werden sollte. Während 15000 Stimmen begeistert die Wacht am Rhein sangen, nahm Bismarck mit den Seinigen auf der Tribüne neben den Herren des Zentralkomitees und den Ehrendamen Platz. Darauf hielten der Bürgermeister Singer und der Sprecher der Burschenschaft Teutonia Ansprachen. Aus Bismarcks Erwiderungsrede sind schon früher an geeigneter Stelle einige Sätze mitgeteilt worden (Bd. I S. 8, 31, 37). Hier führen wir die denkwürdigen Aussprüche an: „Fertig ist die Aufgabe (der Konsolidierung der Reichseinrichtungen) vielleicht noch nicht. Aber sie kann nur fertig werden, wenn wir ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls haben. Ein Parlament kann nicht stark sein, wenn es von Parteien zerrissen ist. Es wird dann in der Hand jedes Ministers stehen, aus den Fraktionen und Fraktiönchen diejenigen herauszupflücken, deren Überzeugung und Votum für irgend welche Fraktionsvorteile zu haben sind, und das ist das Unglück, wenn wir in das Fraktionswettkriechen, in den Fraktionshandel — do ut des-Tendenz — verfallen. Wir müssen nationale Politik treiben, wenn wir bestehen wollen. Dazu müssen wir aber eine nationale Volksvertretung haben. Wir können nicht regiert werden unter der Leitung einer der bestehenden Fraktionen, am allerwenigsten unter der

des Zentrums." Denn „ich halte die heutige Leitung des Zentrums gefährlich, nicht bloß in konfessionellen, sondern hauptsächlich in nationalen Fragen... Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums und dem hänge ich treu an.".

Bei dem Frühstück im Bären, das dem Kommers folgte, trank Bismarck auf das Wohl der Damen. Dabei sprach er: „Was unsere Frauen sich angeeignet haben, das werden unsere Kinder verteidigen, — wenn sie Mädchen sind, durch das Familienband, wenn sie Männer sind, auf dem Schlachtfelde, falls es not thut." Zum ewigen Gedächtnis dieser festlichen Stunden kündet heute eine Tafel am Bären, gleich jener, die an Luthers Besuch erinnert, in goldener Inschrift: „Hier wohnte Fürst Bismarck den 30. und 31. Juli 1892." Die Abreise von Jena erfolgte um die Mittagsstunde, unter den rührendsten Kundgebungen der Liebe und Verehrung der ganzen Bevölkerung. Dieselben setzten sich fort an jeder Station, bei welcher der Sonderzug des Fürsten hielt, in Großheringen, Weißenfels, Corbetha, Merseburg, Halle, Cöthen, Magdeburg, Stendal, Schönhausen. Hier erfolgte die Ankunft abends halb 10 Uhr. Trotz der späten Stunde waren etwa 2000 Personen auf dem Bahnsteig. Die Gemeindevertretung begrüßte den Fürsten unter lautem Jubel. Dann hielt das Fürstenpaar und das junge gräfliche Paar unter Glockengeläut, Beleuchtung und Feuerwerk den Einzug in das Stammschloß des Geschlechtes.

Am 6. August traf Bismarck mit Sonderzug mittags nach 12 Uhr auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin ein. Obwohl hier Bahnsteigkarten, um das Publikum fern zu halten, nicht verkauft wurden, hatten sich doch Tausende, durch Ankauf von Billeten nach den Vororten, Zutritt auf den Perron verschafft und brachten dem Fürsten begeisterte Huldigungen dar. Eine junge Dame bat um ein Wort zum Andenken. Der Kanzler willfahrte, indem er die tiefen Eindrücke seiner Reise schilderte: „Ich bringe auch den erfreulichen Eindruck mit, daß wir in dem, was man früher das ‚Reich' nannte, im ganzen außerpreußischen Deutschland, über ein mächtiges Reservekapital an Reichstreue gebieten in einer Stärke und Aus-

dehnung, an die man kaum geglaubt hat." Dieselbe begeisterte Begrüßung wiederholte sich in Stettin und Naugard, wo der Fürst die Bahn verließ, um zu seinem Bruder Bernhard nach Külz zu fahren. Von hier wurde dann am 8. August das letzte Stück der Heimreise nach Varzin angetreten. Ergreifende Kundgebungen erwarteten den Fürsten auch in der engsten Heimat auf allen Bahnhöfen, in Naugard, Plathe, Greifenberg, Treptow, Kolberg. In Treptow sprach er das Mahnwort, das diese herrliche Reise köstlich abschließt: „Mir bleibt am Abend meines Lebens nur übrig zu sagen: ‚Halten wir unzertrennlich zusammen, vom Fels zum Meer!'" Am Abend um sechs Uhr wurde Varzin erreicht.

Sechstes (Schluß-)Kapitel.

Bismarck im Ruhestande bis zum 80. Geburtstage (Sommer 1892 bis Frühling 1895).

Die stille Ruhe und Abgeschiedenheit, die Fürst Bismarck ersehnte, um von den starken Erregungen und Anspannungen der letzten Wochen zu rasten und in zurückgezogener Beschaulichkeit nur sich und den Seinen zu leben, bot das weltabgelegene Varzin in höherem Maße als Friedrichsruh. Milde, schöne Herbsttage in dem lautlosen Frieden der Varziner Buchen- und Tannenwälder folgten nun dem malerischen und herzbewegenden Gewimmel, das sich in so vielen deutschen und österreichischen Städten um den Altreichskanzler erhoben hatte zu seiner Ehrung, zu seinem Schirm gegen unwürdige Ächtung und Herabwürdigung. Freilich drangen von außen her auch in diesen stillen Waldwinkel Botschaften, die ihn jäh durchzuckten, ihm die Ruhe raubten. Zunächst die Kunde von dem Ausbruch der furchtbaren Cholera-Seuche in Hamburg. Er sprach privatim dem Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen am 11. September 1892 sein innigstes Beileid darüber aus, indem er sich zugleich bereit erklärte, an seinem Teile zur Linderung der Not mitzuhelfen. Dann meldete ihm am 12. Oktober der Telegraph, daß sein treuer Freund Lothar Bucher in Glion am Genfer See gestorben sei. Wie schmerzlich dieser Todesfall den Vereinsamten berührte, ist schon früher (Bd. I S. 176) an seinen eigenen Worten berichtet. Aber auch schwere politische Sorgen wurden durch die

Nachrichten von draußen her in der Seele des Fürsten erregt. Immer bestimmter trat der Plan der neuen Regierung in Berlin hervor, die Grundlage der bisherigeu deutschen Wehrverfassung, die dreijährige Dienstzeit, in einem neuen dem Reichstag vorzulegenden Wehrgesetze aufzugeben und an ihrer Stelle die zweijährige einzuführen.

Nur sehr selten verließ Bismarck in jenen Monaten sein Varzin. Einmal that er es, um am 28. Oktober an der Sitzung der Kreistagsabgeordneten des Rummelsburger Kreises teilzunehmen, zu denen er als Herr von Varzin gehörte. Auch am gemeinsamen Mittagsmahl der Abgeordneten in Rummelsburg nahm er teil. Hier wurden er und die Fürstin in begeisterten Reden gefeiert. Er antwortete: „Man hat soeben die Fürstin eine gute Mutter genannt. Wir hier haben alle dieselbe treue Mutter, das ist die pommersche Erde, von welcher wir uns nähren müssen. Wir alle, Sie und ich, haben die gleichen Interessen, und ich freue mich, hier vor Landwirten so ohne Besorgnis, irgend wohin Anstoß zu erregen, sprechen zu können; denn in der lieben alten Stadt Rummelsburg, die den Vorzug hat, im Kreise die einzige zu sein, steht das landwirtschaftliche Interesse ja oben an!“ Er endete mit einem Hoch auf die Landwirtschaft, die sich rühren und laut ihre Stimme erheben müsse, wenn sie ihre Interessen wahren wolle. Einen zweiten Toast brachte der Fürst auf den Bauernstand aus.

In diesen Tagen empfing der Altreichskanzler in Varzin den Herausgeber der „Zukunft“, Maximilian Harden, dem er u. a. sagte: „Da schreiben die Zeitungen jetzt, es wäre meine Pflicht gewesen, ein offizielles Beileidschreiben an den Hamburger Senat zu richten. Den Leuten kann ich nur antworten, was der alte Wrangel zum Sultan sagte, als der ihn nicht ins Serail lassen wollte: ‚Majestät überschätzen mir!‘ Ich bin heute nichts als ein particulier de distinction, und es wäre eine lächerliche Wichtigkeit von mir, wenn ich da offene Briefe losließe. Ich habe mich begnügt, dem mir befreundeten Oberbürgermeister und anderen Bekannten privatim meine Teilnahme auszusprechen.“ Auch an Dr. Petersen hatte Bismarck geschrieben: „Ich kann in meiner heutigen privaten

Stellung den Anteil, den ich an diesen Vorgängen nehme, nicht öffentlich zum Ausdruck bringen; es gehört weniger Übelwollen, als meine Feinde hegen, dazu, um mich der Überhebung und Falschwerbung zu bezichtigen, wenn ich dem Staate Hamburg meine persönlichen Gefühle mitteilen wollte.“ Dann tadelte der Fürst die Polenfreundlichkeit der Regierung, namentlich die Einsetzung eines Nationalpolen, v. Stablewski, zum Erzbischof von Posen, und sagte, nach eingehender Begründung: „Unsere neueste polnische Wirtschaft macht auch in Rußland so viel böses Blut, weil man da gleich den Glauben verbreitet, wir spekulierten auf die Revolution der russischen Polen.“ Seine Abneigung, im Reichstag zu erscheinen, begründete der Altreichskanzler vornehmlich mit den Worten: „Vor allen Dingen erschwert eine Wahrnehmung mir das Hervortreten im Parlament. Die Persönlichkeiten der jetzigen Minister sind so dünn, die deckende Scheibe, die sie bieten, ist so durchsichtig, daß die Person des Monarchen immer hindurchscheint. Ich sehe für die Zukunft des monarchischen Gedankens eine Gefahr darin, wenn ein Herrscher, selbst in der besten Absicht, allzu häufig vor der Öffentlichkeit sich ohne ministerielle Bekleidungsstücke zeigt. Und weil mir diese Gefahr nahe scheint und ein Kampf mit Strohmännern mich nicht lockt, deshalb sage ich, wie Chamisso, als die Franzosen in Deutschland waren: Für mich hat die Situation kein Schwert.“

Am 30. Oktober empfing Fürst Bismarck dann den Verfasser, von dessen geschichtlichen Studien und Vorarbeiten er unterrichtet war, auf das Huldvollste in Varzin. Hier durfte der Verfasser 24 Stunden weilen, und die Äußerungen des Fürsten über die vom Verfasser angeregten Fragen geschichtlichen, sachlichen und persönlichen Inhaltes, sowie über viele andere, die der Altreichskanzler selbst berührte, waren von rückhaltloser Offenheit; ebenso bei einem späteren Besuche des Verfassers in Friedrichsruh am 29. April 1893. Der geschichtlich-politische Inhalt dieser Gespräche ist in diesem Werke stets an denjenigen Stellen der Lebensgeschichte des Fürsten vorgetragen worden, zu welchen sie gehören, und zwar überall, wo es erlaubt war, unter Bezugnahme auf die Quelle.

Zwei dieser Unterredungen fanden unter vier Augen statt und dauerten jeweilig über eine Stunde — es handelte sich dabei also keineswegs um „einige bei Tische aufgelesene Brocken", wie sich etliche kundige Thebaner der Presse gnädig ausdrückten; um so weniger als der Schauplatz einer dieser Unterredungen die Waldungen von Varzin waren, die das Schloß umgeben, der Schauplatz der anderen das Arbeitszimmer des Fürsten in Friedrichsruh. Hier aber soll von dem reichen politisch-geschichtlichen Inhalt dieser vertrauten Aussprachen des Altreichskanzlers nicht die Rede sein, nur von dem herzerfrischenden und herzbewegenden Eindruck, den die edle Menschlichkeit des gewaltigen Mannes im häuslichen und gastlichen Verkehr bei jedem Besucher hervorrufen und unvergänglich bewahren muß. Die geschmackvolle Einfachheit der Ausstattung der beiden Ruhesitze des Altreichskanzlers in Varzin und Friedrichsruh, die behagliche Einfachheit seiner Lebensführung, die reizvolle landschaftliche Umgebung, die rührende Innigkeit des Familienlebens, die völlige Zwanglosigkeit, durch welche alle Glieder der Familie die Gäste mit der stolzen Freude erfüllen, sich während ihrer Anwesenheit gleichsam selbst zu den Angehörigen des Hauses rechnen und sich hier ganz zu Hause fühlen zu dürfen — das Alles erhöht die überaus wohlthuende Wärme und Tiefe dieses gewaltigen Eindruckes. Endlich tritt dazu jenes erhebende Gefühl, das schon den trefflichen, nun schon seit 15 Jahren in der kühlen Erde schlummernden Jugendfreund des Kanzlers, Lathrop Motley, bei dessen Varziner Besuch im Jahre 1872 keine Stunde verließ: „Gerade weil er so einfach ist, sich so gehen läßt, muß man innerlich zu sich selbst sagen: ‚Das ist der große Bismarck, der größte der jetzt lebenden Menschen und einer der größten Charaktere, die es je gegeben hat.' Wenn man im vertrauten Umgange mit Riesen lebt, so scheint es augenblicklich, als wären wir alle auch Riesen, man vergißt den Vergleich mit der eigenen Kleinheit."*) Dem Verfasser war außerdem das Glück beschieden, den Fürsten und die Fürstin bei voller Gesundheit in Varzin zu treffen, nicht minder die Gräfin Rantzau und deren drei

*) Siehe oben Band V S. 84.

prächtige Knaben, während die Sonne warm und klar an beiden Tagen über der bunten Waldlandschaft leuchtete und zu genußreichen Ausflügen lockte, nachts aber der volle Mond das geheimnisvolle Dunkel des hinter dem Schlosse hoch aufragenden Laubdomes mild bestrahlte.

An der Abendtafel des 30. Oktober sprach der Fürst viel, zumeist von seiner Landwirtschaft, seinen Forsten, Jagden, Hunden, von dem Mangel eines Fasanengeheges in Varzin, „da der Fasan," sagte er etwa, „ein zu dummer Vogel ist, um sich aus den Wäldern um Varzin wieder herauszufinden, wenn er mal hineingeflogen ist, und das Hauptvergnügen seiner Zucht in dem Ärger besteht, den man mit ihm hat." Lobend sprach der Schloßherr dabei von dem Eifer und Erfolg seines Oberförsters, die Fischzucht in Varzin zu heben; in Teichen, die der Fürst selbst erst auf nutzlosem Moorgrund hatte anlegen lassen. Die „Reichshunde" Tyras und Rebekka, welche ihren Herrn pflichtschuldigst aus dem Arbeitszimmer zur Tafel begleitet hatten und hier in dem Verfasser bald einen großen Freund ihres Geschlechtes erkannten, gaben dem Fürsten Anlaß, in der schon früher (s. oben Band V S. 418 f.) erwähnten heiteren und rührenden Weise der trefflichen Eigenschaften seiner einstigen Hunde Sultan und Tyras zu gedenken. Von seinen jetzigen Hunden könne er dagegen nur rühmen, „daß sie wie wild aus ihren verschiedenen Winkeln auffahren und gegen die Thüre stürmen, sobald der Diener meldet: ‚Das Essen ist aufgetragen'."

Am folgenden Tage konnte sich der Verfasser aber überzeugen, daß diese Hunde auch andere rühmliche Eigenschaften besitzen, namentlich treue Anhänglichkeit an ihren Herrn, und offenbar keine größere Freude kennen, als zur Seite desselben in fröhlichen Sprüngen durch die Wälder zu eilen. Am Morgen des 31. Oktober kam der Privatsekretär des Fürsten, Dr. Chrysander, auf das Zimmer des Verfassers mit der Meldung: Seine Durchlaucht pflege nach 11 Uhr einen Waldspaziergang zu machen; falls der Fürst rufen lasse, möge der Verfasser sich bereit halten, ihn zu begleiten. Kurz nach 11 Uhr zeigte dann Dr. Chrysander an, daß Seine Durch-

laucht die Begleitung wünsche. Nach der Begrüßung fuhr die Hand des Fürsten über den dichten rauhen Überzieher des Verfassers, um zu prüfen, ob diese Umhüllung der tiefen Temperatur des frischen Oktobermorgens entspreche, und dabei sagte er lächelnd: „Der genügt." Die Hunde waren außer sich vor Vergnügen, als ihr Herr in raschem und elastischem Gang, den wuchtigen Stock meist hinter dem Rücken durch beide Ellbogen geschoben, den Wald hinanstieg, der sich im Halbrund und terassenförmig hinter den Anlagen des Schlosses erhebt. Obwohl Fürst Bismarck nun sofort ein hochinteressantes politisches Gespräch begann — vornehmlich über seine angeblich kriegerische Politik im Jahre 1875, die eitle Eifersucht Gortschakoffs, die antideutsche Hetzarbeit der Polen in den russischen Hofkreisen u. s. w. — und obwohl er die Fäden dieses Gespräches während der gut einstündigen Wanderung immer wieder aufnahm und zu Ende spann, so streute er doch immer liebenswürdige Hinweise auf die zahlreichen Reize der fast bergigen Landschaft ein, namentlich so oft er sich auf einer aussichtsreichen Bank niederließ, was öfter geschah. Einmal setzte er sich auch auf eine schaukelförmig gestaltete, über die Wegböschung weit hervorragende, an ihren beiden Enden im übrigen Wurzelwerk des Baumes verankerte Buchenwurzel, die sein Gewicht sicher trug, und erklärte, daß ihn die Wurzel zwar beim Reiten hindere, als Sitz aber ihm lieb sei, so daß er sie nicht entfernen lasse — vielleicht wallfahren einst noch ferne Geschlechter zu dieser Buche! Auf dem ganzen Wege zeigte er mit stolzer Freude die mächtigsten Baumriesen in den seinen Landsitz umringenden Waldungen und deren herrliche Laubkronen, welche noch jetzt, zu Ende Oktober, kaum hier und da ein Stück Himmelsblau auf ihrer farbenprächtigen Palette mit einmischen ließen. Auch als Maler hatte der Verfasser hohen Genuß an dieser Wanderung und fragte den Fürsten einmal, ob die duftig bläuliche Waldhöhe jenseits der Thalsenkung drüben ihm auch noch gehöre? Er lächelte und sagte: „Rings am Horizont schweifen unsre Augen noch nicht bis zu meinen Grenzen. Oben auf den höchsten Hügeln kann man allerdings Schlawe und bei ganz klarem Wetter sogar

die Ostsee erblicken. Aber mein Gut Varzin umfaßt 36000 Morgen; freilich meist Wald und kargen Boden." „Na, die Masse muß es bringen, Durchlaucht." „Auch die nicht mal."

Gegen das Ende der Wanderung kam Bismarck in herzlicher Trauer auf Lothar Buchers Tod zu sprechen. Nachdem er das früher erwähnte rühmliche Urteil über den besten seiner Mitarbeiter gefällt hatte, der ihm allezeit ein „treuer Freund, manchmal ein Zensor" gewesen, sprach er ernst: „Meine Freunde, die es wirklich waren, gehen, einer nach dem andern, mir voraus in den Tod, und diejenigen, die meine Freunde zu sein behaupteten, wenden sich ab von mir." Dann widerlegte er das thörichte Gerede der Zeitungen, als habe Graf Herbert den treuesten Freund des Vaters von diesem getrieben, indem er etwa bemerkte: „Bucher hatte seine unversöhnlichen Gegner in der zopfigen Bureaukratie unserer Ministerien. Da war vor allem im Ministerium des Innern ein Geheimer Rat von X., ein stöckerbeiniger Gesell, welcher Bucher grimmig haßte, und ihm alles mögliche Herzeleid anthat. Der Mann war so konservativ, daß er sich im Wandel aller Ministerien selbst zu konservieren verstanden hatte. Und er war so reaktionär, daß er mir sagte: ‚Nein, Excellenz, so eine Minister-Plenarsitzung ist nichts für mich, da dürfen sich ja die Bürgerlichen setzen in meiner Gegenwart.'" Nachmittags erzählte auch die Frau Fürstin eine hübsche Geschichte, die sich auf Lothar Bucher bezog, den sie gleichfalls ungemein hoch schätzte. Ein Gast fragte sie einst, auf Bucher deutend, der mit an der fürstlichen Tafel in Berlin saß: „Was macht denn eigentlich dieser Herr hier?" — „Dasselbe wie mein Mann." — „Wie so?" — „Im Augenblicke gar nichts." — „Aber sonst? Durchlaucht arbeiten doch sonst — aber dieser Herr?" — „Der arbeitet auch," versicherte die Fürstin ernsthaft. — „Was denn?" — „Der schreibt Novellen!" — „Novellen — davon habe ich aber noch gar nichts gehört! Wo erscheinen denn die?" — „Wohl in den Zeitungen, aber auch jeder Buchhändler kennt sie. Fragen Sie nur nach den Novellen von Lothar Bucher." — „Das werde ich gleich thun." Noch bei Erzählung dieses kleinen Vorfalls lachte

die Fürstin herzlich, als sie die Verblüffung des dreisten Fragers schilderte, nachdem dieser von seiner vergeblichen Forschungsreise nach den „Novellen von Lothar Bucher" zurückgekehrt war.

Bei dem heute etwa um halb ein Uhr beginnenden Frühstück war die Gesellschaft des gestrigen Diners, zu der an Gästen außer dem Verfasser dessen zwei Leipziger Begleiter, Herr Kaufmann Georg Rödiger sen. und Herr Amtsrichter Dr. Kind, sowie der am Vortage einige Stunden früher in Varzin angelangte Prof. Dr. Otto Kämmel aus Leipzig gehörten, um zwei evangelische Geistliche der Nachbarschaft vermehrt. Gegen das Ende der Mahlzeit erhob Fürst Bismarck sein Glas und seine Stimme und sprach etwa: „Wir sind heute hier bei einander aus vielen deutschen Stämmen: Sachsen, Thüringen, Hessen, Franken. Vor fünfzig Jahren wäre es wohl unmöglich gewesen, hier in diesem stillen hinterpommerschen Winkel Vertreter aller deutschen Stämme zu versammeln, eines Sinnes, in friedlicher Eintracht. Ich bringe mein Glas auf die einzigen Stämme, die hier fehlen: auf die wackeren Bayern und Schwaben." Sofort brachte Prof. Dr. Kämmel einen schwungvollen Toast aus auf den „Einsiedler von Varzin" und das ganze Bismarcksche Haus, die Anwesenden und die Abwesenden, die lebenden und künftigen Glieder desselben. Fürst Bismarck nickte dem Redner freundlich zu, rief dann aber launig über den Tisch: „Ich bin gar kein Einsiedler, ich bin ein Zweisiedler!" Dabei trank er mit unendlich liebevollem Ausdruck der Gattin zu und blickte lange nach ihr hin. Dann rann ihm eine Thräne über die Wange. Mochte er ahnen, wie bald er von ihr scheiden müsse?

Gleich nach dem Ende der Mahlzeit wurde aufgebrochen, um in einstündiger Entfernung vom Herrenhause die Fischbeute zu besehen, welche ein soeben abzulassender Fischteich ergeben würde. Die Damen gingen, unter Führung Dr. Chrysanders und der jungen Grafen Rantzau, zu Fuß und fast in gerader Linie nach dem Ziel. Der Fürst folgte mit seinen vier sächsischen Gästen — die geistlichen Herren waren nur bis zu Ende des Frühstücks ge-

blieben — in zwei Zweispännern, die auf weichen Waldwegen, vielfach ausbiegend, dem Ziel zuflogen und hier fast gleichzeitig mit den Damen und ihren Begleitern eintrafen. Das Schauspiel, welches sich nun an den Ufern dieses abgelassenen Teiches entfaltete, war überaus anmutig. Der Fürst bekundete die fröhlichste Stimmung über die Erfolge, welche die seit drei Jahren hier angelegte Fisch- und Krebszucht ergeben hatte. Die besonders großen Hechte, Karauschen, Karpfen und Krebse, die aus dem seichten Schlammwasser gezogen oder aus den bereits gefüllten Fischkübeln ihm herausgehoben wurden, betrachtete er mit Wohlgefallen. Alle Krebse und alles halbwüchsige Fischvolk ließ er jedoch wieder frei. Um ihn drängten sich die Damen, seine Enkel, der eifrig dienstbereite Oberförster, die Gäste; aber auch die Fischleute wollten ihren Herrn so nahe als möglich sehen. Laute Heiterkeit erscholl, so oft ein besonders kräftiger Fisch dem Fangnetz entschlüpfte und durch das Zuleitungswasser einem höher gelegenen, noch gefüllten Teiche zustrebte. Im Hintergrunde schnaubten und stampften die Rosse. Zuletzt reichte Bismarck dem Oberförster ein großes Silberstück für die Arbeiter und sagte: „Lassen Sie's die Leute aber lieber in die Stiefel gießen als hinter die Binde, es hält wärmer!" Der Oberförster dankte und erwiderte: „Zum Hinter-die-Binde-gießen bekommen die Leute beim Fischfang auch ohnehin schon genug." Als Herr Rödiger einige fast erstickende kleine Hechte aus seichten Wasserstreifen herauslangte und in tieferes Wasser setzte, sagte der Fürst zu ihm: „Sie haben ein gutes Herz — Sie müssen wiederkommen, ehe diese Hechte ausgewachsen sind."

Die Sonne neigte sich zum Sinken, als der Fürst mit seinen sächsischen Gästen wieder in Varzin eintraf und die dort zurückgebliebene Gemahlin begrüßte. In deren und des Schloßherrn Gesellschaft verbrachten die Gäste die letzte genußreiche Stunde ihres Varziner Aufenthaltes, um den runden Tisch des Damenzimmers, zu den Seiten der Fürstin sitzend, während der Altreichskanzler auf dem Sopha neben einer Verwandten seiner Gemahlin Platz genommen hatte. Eigenhändig schenkte er den Gästen Spaten-

bräu ein und hob sein Glas auf ihr Wohl. Dann eröffnete er eine Reihe ernster und launiger Gespräche. Seine politischen Bemerkungen über den Vertrag mit England, über Sansibar und Helgoland, über Wißmann u. s. w. sind schon früher erwähnt.*) Die Versetzung v. Sodens von Kamerun nach Ostafrika erinnerte ihn „an eine andere Versetzung, die aber glücklicherweise nicht ausgeführt wurde. Es handelte sich darum, einen Vertreter nach Apia, auf die Samoainseln, zu senden. Und dazu wurde ein Mann ausersehen, der sich, sagen wir in Japan oder der Havanna, als außerordentlich tüchtig bewährt hatte. Ich konnte zwischen den beiden Posten keine andere Ähnlichkeit — und demgemäß für die Befähigung des Herrn zu dem Posten in Apia keine andere Begründung entdecken, als daß beide Orte außerordentlich weit von Berlin entfernt seien."

Über den Berlin-Wiener Distanzritt, der damals nicht bloß die Rennpferde und verjockeyten Menschen, sondern auch die Presse wochenlang in Athem hielt, hatte der Fürst sich schon auf der Rückfahrt von dem Fischteich abfällig geäußert. „Eine derartige Leistung", sagte er ungefähr, „kommt im Felde gar nicht ernsthaft in Frage, und daher ist es sehr schade um die edeln Tiere, die dieser Spielerei geopfert worden sind. Ich erinnere daran, daß im deutsch-französischen Kriege ein Gardereiterregiment von der Grenze der Normandie plötzlich nach der Linie von Paris zurückbeordert wurde. Da die Entfernung viel kleiner ist, als die zwischen Berlin und Wien, so blieben von 600 Pferden nur 18 zurück, die übrigen, wie die Mannschaften, kamen alle in gefechtstüchtigem Zustande vor Paris an. Das ist bei solchen Leistungen aber immer die Hauptsache. Eine übergroße Entfernung macht das unmöglich, da sie die menschliche und tierische Kraft völlig erschöpft."

Von den Scherzworten des Fürsten, mit denen er den Gästen die letzte Stunde ihres Varziner Aufenthaltes würzte, mögen hier nur die folgenden stehen. „Die Zeitungen behaupten, wenn ich

*) Der gesamte Bericht des Verfassers über diesen denkwürdigen Aufenthalt findet sich in dessen kleiner Schrift „Ein Tag in Varzin", Leipzig 1892.

inkognito reisen wollte, so würde ich mich ‚Herzog von Lauenburg‘ nennen", sagte er u. a. Ein neckischer Zufall führte wenige Minuten später der Fürstin durch die Post eine Geschäftsreklamesendung unter der Adresse zu: „An Ihre Durchlaucht die Frau Herzogin v. Lauenburg." Sie reichte die Aufschrift dem Gemahl über den Tisch hinüber. Er las, legte die Rechte, militärisch grüßend, an die rechte Schläfe und sagte feierlich, aber mit heiterem Spiel der Lippen und Augen zu der Gattin: „Freut mich, Sie kennen zu lernen." Von dem vielen Köstlichen, das Bismarck damals aus seinem Leben erzählte, mag hier eine kleine Geschichte noch Platz finden, die er zum Besten gab. Einer seiner besten Diener, ein Mecklenburger, gerät mit einem westpreußischen Kollegen im Vorzimmer des Fürsten in hörbaren Wortwechsel. An ausfälliger Beredsamkeit sind sie ebenbürtig, schließlich aber spielt der Westpreuße doch den höchsten Trumpf aus, indem er dem Mecklenburger den großen Abstand ihres Wertes durch die Worte kenntlich macht: „Was will denn der da? — Der hat ja nicht mal einen König!"

Ein Vorfall, der sich in den letzten Minuten dieses Varziner Aufenthaltes zutrug, blieb dem Fürsten in Erinnerung und gab ihm bei der nächsten persönlichen Begegnung mit dem Verfasser in Friedrichsruh, am 29. April 1893, Anlaß zu einem heiteren Wort. Die Begleiter des Verfassers in Varzin hatten sich nämlich beide insgeheim mit der neuesten und besten Photographie des Fürsten versehen und trugen nun sub rosa der Fürstin ihr Anliegen vor, den Herrn Gemahl zu bewegen, diese Photographien mit seiner unschätzbaren Handschrift zu schmücken. Die Fürstin willfahrte gnädig, obwohl sie wissen mochte, daß ihr Herr Gemahl nur ungern solchen Begehren Gehör schenkte. Diesmal aber setzte sich Bismarck an den Schreibtisch und versah die beiden ihm von der Gattin dargereichten Photographien mit den Worten: „Varzin, den 31. Oktober 1892, v. Bismarck." Da sagte die Fürstin: „Nun hat aber Dr. Blum keine Photographie. Herr Dr. Chrysander, holen Sie doch eine oben." Der treffliche Sekretär des Fürsten

eilte hinauf, aber ehe er zurückkam — wahrscheinlich hatte er eine Menge dringenderer Arbeit auf seinem Tische vorgefunden — war der fürstliche Wagen vorgefahren, der die Gäste nach Hammermühle bringen sollte, und es mußte geschieden sein! Eine zarte Erinnerung des Verfassers an Herrn Dr. Chrysander bezüglich dieser unliebsamen Nichterledigung eines so freundlichen Wunsches der Fürstin blieb unbeantwortet. Die eigentliche Antwort aber gab Fürst Bismarck selbst in Friedrichsruh am 29. April 1893. Als hier der Verfasser die reichsten Aufschlüsse auf seine Fragen bezüglich der letzten Amtsjahre des Fürsten bis zu dessen Entlassung erhalten, sagte der Kanzler, bei Erwähnung der gnädigen Begegnung der Königin von England mit ihm in Berlin, zur Zeit der 99 Tage Kaiser Friedrichs III., etwa: „Sie hat mir sogar ihr Bild geschenkt, und das ist“ — mit heitrem, beziehungsreichem Lächeln gegen den Verfasser — „immer ein Beweis von besonderer Freundschaft“, d. h. „immer“, wenn dieser „Freundschaftsbeweis“, ohne Vermittlung der Gattin, vom Fürsten selbst ausgeht. Die Fürstin war aber damals zum erstenmale wieder beim Frühstück im engsten Familienkreise erschienen, nach jenem schweren Anfall von Influenza, dessen Folgen sie nie mehr ganz überwinden sollte. Sie war also für den Verfasser an jenem Tage nicht sichtbar.

Das öffentliche Hauptinteresse der inneren deutschen Politik bildete in der Zeit vom Oktober 1892 bis zum Juni 1893 die neue Militärvorlage der Regierung. Die Grundzüge dieser Vorlage waren unbestreitbar richtig und notwendig. Das Deutsche Reich bedurfte einer Verstärkung seiner Wehrkraft, um wenigstens einem seiner kriegerischen Nachbarn im Osten und Westen gewachsen zu sein, namentlich Frankreich, das, trotz seiner viel schwächeren Bevölkerung, nach dem neuen Militärgesetz von 1891 jährlich etwa 33000 Rekruten mehr aushob als Deutschland. Diese Verstärkung war nur dadurch binnen kurzer Zeit in Deutschland zu beschaffen, daß die allgemeine Wehrpflicht vollständig durchgeführt und die Dienstzeit der Fußtruppen auf zwei Jahre herabgesetzt wurde. Dadurch erhöhte sich die Zahl der deutschen Wehrmänner jährlich um

60000 Mann, das Militärbudget stieg dagegen nur um 60 Millionen. So einfach, klar und notwendig diese Grundzüge waren, so schwächlich und verworren zeigte sich dagegen vom November 1892 bis Mai 1893 die Haltung der Regierung. Schon im November 1892 bot Bennigsen die Stimmen sämtlicher Nationalliberalen für Bewilligung aller Forderungen an Mannschaft und Geld an, die zur Gleichstellung der deutschen Wehrkraft mit der französischen erhoben werden konnten, wenn dagegen die zweijährige Dienstzeit für die Dauer des Gesetzes von der Regierung zugestanden und festgelegt würde. Graf Caprivi wies diese Vorschläge Bennigsens schroff zurück und verlor ein starkes halbes Jahr für die Verstärkung unserer Wehrkraft mit der vergeblichen Hoffnung und Mühe, das Gesetz mit Hilfe des „schwarzen Kartells“ fertig zu bringen. Als diese Hoffnung gescheitert und der Reichstag am 6. Mai 1893 aufgelöst war, trat aber die Regierung selbst in den Wahlkampf ein unter dem Banner des „Antrags Huene“, welcher auch nicht mehr bot als Bennigsens Vorschlag und für die Regierung schon zu Ende 1892 vom alten Reichstag mühelos zu haben gewesen wäre. Die beispiellose Verbitterung, in welche der Wahlkampf ausartete, wäre alsdann der Nation erspart geblieben! In dem im Juni 1893 gewählten neuen Reichstag wurde die Wehrvorlage in der Gestalt dieses „Antrags Huene“ schließlich doch auch nur mit einer äußerst knappen Mehrheit bewilligt!

Alle diese Wirren und Kämpfe, die wesentlich verschärft wurden durch die noch ungeschicktere Behandlung der Handelspolitik gegen Rußland, so daß im Juli 1893 der offene Zollkrieg zwischen beiden Reichen ausbrach, konnten natürlich nur dazu beitragen, die sehnsüchtigen Blicke des deutschen Volkes zu seinem Altreichskanzler erneut hinzuwenden. Wie 1892 vornehmlich große Wallfahrtszüge Süddeutscher den Fürsten Bismarck in Kissingen geehrt hatten, so strömten denn in der ersten Hälfte des Jahres 1893 dichte Scharen norddeutscher Landsleute zur Huldigung nach Friedrichsruh: Schleswig-Holsteiner, Oldenburger, Mecklenburger. Am 8. Juli folgte ein starker Zug von Bewohnern des Fürstentums Lippe, am

9. Juli kamen von ihrer Versammlung in Kiel her etwa 50 Handels- und Gewerbekammersekretäre, in deren Namen Dr. Ernst Scherenberg (Elberfeld) den Fürsten mit den Versen begrüßte:

Als Kämpen des Handels im Völkerverkehr —
Vom Schlachtfeld der Arbeit da kamen wir her;
Wir senken die Waffen von links und von rechts:
Hier hat zu verstummen der Lärm des Gefechts.
Als deutsche Bürger nur stehen wir hier,
Zu grüßen den ersten Bürger in Dir!
Du gabst Deinem Volke, in Leiden erschlafft,
Den Glauben zurück an die eigene Kraft.
In gewaltigem Ringen dann hast Du's gestellt
In die erste Reihe der Völker der Welt.
Drum sei uns gesegnet, Du eiserne Hand,
Der das Höchste wir danken: ein Vaterland!
Sei gesegnet, Du Auge, voll göttlicher Macht,
Das in Nächten und Stürmen am Steuer gewacht!
Sei gesegnet, Du Stirn, die der Lorbeer umlaubt,
Sei dreifach gesegnet, unsterbliches Haupt!
Dank, ewigen Dank Dir im Jubelgebraus:
Heil, Bismarck, Heil, und Heil Deinem Haus!

Der Fürst dankte herzlich und mahnte dann am Schlusse einer längeren Rede: halten wir alle zusammen, Produzenten jeder Art, Industrielle, Handwerker, Landwirte, aber auch Kaufleute! Auch dem Kaufmann kann eine verarmende Landwirtschaft nicht helfen, er bleibt bei rückläufiger Flut auf dem trockenen Sande, mit kümmerlichen Erwerbsverhältnissen." Eine Schar von etwa 1000 Braunschweigern, die am 21. Juli zur Huldigung in Friedrichsruh eintrafen, mahnte der Fürst ebenso wie kurz zuvor die Lipper zur Pflege des nationalen Reichsgedankens auch in den kleineren und kleinsten Bundesstaaten und Landtagen. Er rede damit nicht dem Partikularismus, sondern dem Patriotismus das Wort.

Am 29. Juli trat Bismarck die jährliche Reise zur Kur nach Kissingen an. In Hannover, wo er seit 10 Jahren nicht mehr gewesen, wurde er mit großer Begeisterung empfangen. Der Fürst dankte, indem er hervorhob, er habe, als er das erste Mal nach

Hannover kam, nicht erwarten können, „daß ein vormaliger preußischer Minister und Kanzler hier so aufgenommen, so empfangen würde, wie es jetzt geschehen ist! Es ist das ein reiner und uninteressierter Zug der Dankbarkeit und des Wohlwollens. Daß ich hier und in den meisten deutschen Ländern so geehrt werde, thut mir wohl und ich werde bis an das Ende meiner Tage mit Befriedigung darauf zurückblicken.“ Dieselben begeisterten Kundgebungen wiederholten sich an allen Haltstationen, namentlich in Eisenach. In Kissingen erneuten sich dann die Huldigungszüge des Vorjahres. Zuerst erschien hier am 11. August eine etwa 100 Mitglieder starke Abordnung des bayerischen Volksschullehrervereins, welcher Bismarck in seiner Dankrede von der nationalen Bedeutung der deutschen Volksschule mit Wärme sprach. Unter anderem sagte er: „Die Zukunft liegt zu einem großen Teil in den Händen der deutschen Lehrerschaft. Die deutsche Schule hat an unseren nationalen Institutionen einen sehr erheblichen Anteil. Die deutsche Schule kann uns das Ausland, das uns um dieselbe beneidet, ebenso wenig nachmachen wie das deutsche Offizierkorps, wenigstens so rasch nicht. Der mächtige Einfluß, den jeder Lehrer auf unser nationales Leben hat, beruht darauf, daß ihm die Seele des Kindes wie ein unbeschriebenes Blatt übergeben wird, und was er zuerst darauf schreibt, das bleibt fest mit unzerstörbarer Schrift das ganze Leben des Kindes darauf haften. Wer die Schule in Deutschland hat, der hat die Zukunft.“ Für eine Ovation, die der Barmer Gesangverein Orpheus dem Fürsten am 18. August in Kissingen darbrachte, dankte dieser dagegen, indem er den Gedanken weiter ausführte: „des deutschen Liedes Klang hat die Herzen gewonnen; ich zähle es zu den Imponderabilien, die den Erfolg unserer Einheitsbestrebungen vorbereitet und erleichtert haben.“

Die größten und bedeutendsten Reden aber hielt Fürst Bismarck während seines diesjährigen Kissinger Aufenthaltes an die Thüringer und Frankfurter, die hier am 20. und 27. August erschienen. Die Thüringer mahnte er, in Erinnerung an die Augustschlachten um Metz vor 23 Jahren: „stets eingedenk zu sein der

Größe der Opfer, die für das Errungene gefallen sind, und es als eine Sünde gegen die Manen der Geschiedenen anzusehen, wenn wir in jetziger Friedenszeit nicht thun, was wir können, um zu erhalten, was sie uns erkämpft haben, was durch sie uns erworben worden ist." In der Begrüßung der Thüringischen Landsleute erblicke er „nicht nur eine Anerkennung der Vergangenheit, sondern zugleich eine Bürgschaft, daß Sie das Errungene nicht wieder loslassen wollen." Namentlich aber wendet er sich gegen die heutigen „Versuche offiziöser Preßblätter, an unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen im Sinne des Einheitstaates zu verbessern." Er sei immer für die geschichtlich begründeten Rechte der Bundesstaaten eingetreten und habe immer gesagt: „Wir müssen unsere Kleinstaaten, mit denen wir leben, schonen und erhalten, wir müssen sie heranziehen zu dem gemeinsamen Werke, und wenn man das Gegenteil thun wollte, wie heute in mehr oder weniger offiziösen Blättern angedeutet wird, wenn man eine unitarische Zentralmacht, eine kaiserliche Regierung in Deutschland schaffen will, die bisher verfassungsmäßig nicht existiert, dann sehe ich mit Besorgnis auf diese Symptome hin (Beifall). Man wirft mir vor, daß ich der Regierung Opposition mache. Ich fürchte diesen Vorwurf nicht. Wenn ich agitieren wollte, so brauchte ich nur eine Rundreise in Deutschland zu machen (Heiterkeit), Volksversammlungen abzuhalten und breit zu drücken, was ich an den Maßnahmen auszusetzen habe. Das ist mir nie im Traume eingefallen. Wenn mich aber politische Freunde besuchen, so mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Das Lügen habe ich auch als Diplomat nicht gelernt (Lebhafter Beifall). Ich betrachte einen Besuch, wie den Ihrigen, doch als eine stumme Frage, wie ich über Menschen und Dinge denke. Deshalb spreche ich mich darüber aus." Dann äußerte er sein lebhaftes Bedauern über die Trennung der Ämter des preußischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers (s. o. S. 442) und darüber, daß unter dem Vorsitze des „Reichsschatzsekretärs", „eines Unterbeamten des preußischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten in dessen Eigenschaft als Reichskanzler," sich die deutschen Finanzminister in Frankfurt

zu einer Beratung zusammengefunden hätten, und fuhr fort: „Soll ich über Vorlagen, die ich mißbillige, jetzt schweigen, bloß weil sie ministeriell sind? Wenn ich von der höchsten Geschäftsleitung auch für unfähig gehalten worden bin, so kann ich doch dadurch, daß ich ein Menschenalter hindurch die Staatsgeschäfte nicht ohne Erfolg geleitet habe, nicht meine angeborenen staatsbürgerlichen Rechte der freien Meinungsäußerung verloren haben (Anhaltender Beifall). Die werde ich mir nicht nehmen lassen, solange ich lebe."

In seiner Rede an die Frankfurter am 27. August ging der Fürst auf die Unzuträglichkeit näher ein, welche die Trennung der Ämter des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten mit sich bringe. Es sei „dringend notwendig", daß der Reichskanzler „sich nicht emanzipiert von der Kontrolle des preußischen Staatsministeriums, das kollegial zusammengesetzt ist von 10 sachverständigen Ministern, die in den Sachen meist besser Bescheid wissen. Ich ängstige mich vor einem Kanzler, der niemand weiter fragt als sich selbst und seinen Adjutanten (Heiterkeit)." Mit besonderer Herzlichkeit gedachte der Fürst zu Anfang der Rede seiner langjährigen persönlichen Beziehungen zu Frankfurt. Brausender Beifall begleitete aber namentlich seine Worte: „Ich bin zuletzt nach Frankfurt gekommen 1871, um dort den Frieden mit Frankreich abzuschließen, und da erlaubte ich mir, dem regierenden Bürgermeister zu sagen, daß ich wünschte, den Frieden nicht nur in Frankfurt, sondern auch mit Frankfurt nach Hause zu bringen."

In den ersten Worten dieser Rede an die Frankfurter hatte der Fürst um Nachsicht gebeten, da er im Sprechen behindert sei „durch den Besuch alter Gäste", welcher ihm diese Nacht zu teil geworden, nämlich „die ischiatischen Schmerzen." Wenige Tage später aber, am 31. August trat Lungenentzündung und Gürtelrose hinzu, und nun wurde der Zustand des Fürsten bis zum 6. September lebensgefährlich. Da endlich konnte Professor Schweninger, der dieses teure Leben mit edelster Hingebung pflegte, Hoffnung auf Wiedergenesung geben. Erst nach Mitte September erfuhr das deutsche Volk bekümmert, in welcher Todesgefahr sein Liebling eine Woche

lang geschwebt hatte — auch Kaiser Wilhelm, der damals an der Seite des Kaisers von Österreich und des Königs von Sachsen den Manövern in Güns (Ungarn) beigewohnt hatte. Am 19. telegraphierte Kaiser Wilhelm an den Fürsten Bismarck aus Güns nach Kissingen: „Ich habe zu meinem Bedauern erst jetzt erfahren, daß Ew. Durchlaucht eine nicht unerhebliche Krankheit durchgemacht haben. Da Mir zugleich, Gott sei Dank, Nachrichten über die stetig fortschreitende Besserung zugegangen sind, spreche Ich Meine wärmste Freude hierüber aus. In dem Wunsch, Ihre Genesung zu einer recht vollständigen zu gestalten, bitte Ich Ew. Durchlaucht bei der klimatisch wenig günstigen Lage von Varzin und Friedrichsruh für die Winterzeiten in einem Meiner in Mitteldeutschland gelegenen Schlösser Ihr Quartier aufzuschlagen." Bismarck antwortete am nämlichen Tage telegraphisch: „Eurer Majestät danke ich in tiefster Ehrfurcht für Allerhöchstdero huldreichen Ausdruck der Teilnahme an meiner Erkrankung und neuerlich eingetretenen Besserung und nicht minder für die Absicht gnädiger Fürsorge für die Förderung meiner Genesung durch Gewährung eines klimatisch günstigen Wohnsitzes. Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für diese huldreiche Intention wird durch die Überzeugung nicht abgeschwächt, daß ich meine Herstellung, wenn sie mir nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör und Einrichtung zu finden glaube," namentlich da das Leiden nervöser Natur sei. Professor Schweninger werde diese Überzeugung in schriftlichem Bericht sachlich näher begründen.

Dieser sofort veröffentlichte Depeschenwechsel erregte in ganz Deutschland ungeheure Begeisterung. Nicht bloß, weil hier die dunkeln Gerüchte über ein tödliches Leiden des Altreichskanzlers zerstreut wurden. Vor allem durch die Thatsache dieses Depeschenwechsels selbst und dessen Bekanntmachung auf Befehl des Kaisers. Zum ersten Mal seitdem Fürst Bismarck das Amt und Berlin verlassen, war der Enkel Kaiser Wilhelms des Alten dem ersten Paladin des Reiches wieder menschlich freundlich, ja mit hochherziger Fürsorge genaht. Ein versöhnendes herzliches Wort war vom

Kaiser ausgegangen, und Bismarck hatte es in herzlicher ehrfurchtsvoller Dankbarkeit erwidert. Auch für den Kaiser freilich mußte dieser Beweis erneuter freundlicher Huld wie eine Dankespflicht an den Herrn aller Könige erscheinen, der gnädig vom Kaiser und vom deutschen Volke das unausdenkbar Traurige abgewendet hatte: daß Bismarck, der Gründer des Reiches, der Erneuerer deutscher Kaiserherrlichkeit gestorben wäre, ohne in seinen Lebenstagen noch ein Zeichen der Huld und Liebe von seinem Monarchen, dem Oberhaupt des Reiches, zu empfangen! Millionen hofften fortan, daß der in so schweren Tagen geknüpfte Faden der Versöhnung nicht mehr abreißen, sich vielmehr zum Heil des Vaterlandes verstärken werde. Und sie sollten sich nicht täuschen. Zunächst nämlich wurde bei der Erörterung der Zeitungen, warum der Kaiser nicht früher von der Krankheit des Fürsten unterrichtet worden sei, eine Kabinetsordre des Kaisers an Professor Schweninger vom 21. April 1890 bekannt, in welcher der Monarch dem Leibarzt des Fürsten nicht bloß Urlaub erteilte, um der Fürsorge für Bismarcks Gesundheit sich zu widmen, sondern auch aussprach: „Indem ich Sie mit diesem Auftrag betraue, will ich von Zeit zu Zeit Ihrem Berichte über das Befinden des Fürsten entgegensehen.“ Professor Schweninger konnte freilich seine Unterlassung früherer Berichterstattung von dem Kissinger Krankenlager mit den besten Gründen entschuldigen. Denn bei dem nervösen Leiden des Patienten durfte vor allem dieser selbst von der Lebensgefahr seiner Krankheit nicht eher Kunde erhalten, als bis diese Gefahr abgewendet war.

Am 7. Oktober war der Fürst wieder soweit bei Kräften, daß er die Reise von Kissingen nach Friedrichsruh unternehmen konnte. Trotz des anfangs Januar 1894 eingetretenen Influenzaanfalls konnten am 20. Januar die „Hamburger Nachrichten“ eine „unverkennbare Besserung des Allgemeinbefindens“ feststellen. Da erschien „aus ureigenster Initiative“ des Kaisers — wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Reichs-Anzeiger“ am 25. meldete — am 22. Januar der Flügeladjutant des Kaisers, Graf v. Moltke, mit einer Flasche alten Edelweines (Steinberger Kabinet) und einem gnädigen Handschreiben,

welches die Glückwünsche des Kaisers zu des Fürsten Erholung von der Influenza aussprach und denselben zugleich zum Militärjubiläum des Kaisers am 27. Januar nach Berlin einlud. In seinem Antwortschreiben bat Fürst Bismarck, seinen Dank mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit dem Kaiser unmittelbar vor oder nach dessen Geburtstage persönlich aussprechen zu dürfen. Kaiser Wilhelm stimmte sofort telegraphisch zu.

Schon die öffentliche Bekanntmachung dieser Vorgänge erregte in ganz Deutschland ungeheuren Jubel. Unendlich aber wuchs dieser noch, als dem Versprechen des Altreichskanzlers, am Kaiserhof in Berlin zu erscheinen, die That auf dem Fuße folgte. Am 26. Januar begab sich der Fürst, begleitet vom Grafen Herbert, Professor Schweninger und Dr. Chrysander, von Friedrichsruh nach Berlin. Hier erfolgte mittags 1 Uhr die Ankunft auf dem Lehrter Bahnhof, wo Prinz Heinrich, Generaloberst v. Pape und der Kommandant von Berlin zum Empfang anwesend waren. Von einer Eskadron Garde-Kürassiere geleitet, fuhr der Fürst darauf an der Seite des Prinzen Heinrich, unter dem stürmischen Jubel einer nach Hunderttausenden zählenden Menge durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Schlosse. Unter allen öffentlichen Gebäuden Berlins hatte nur das Berliner Rathaus keinen Flaggenschmuck angelegt! In den dem Fürsten bestimmten Gemächern des Schlosses empfing und begrüßte ihn der Kaiser herzlich, dann folgte die Kaiserin mit den ältesten Prinzen. Daran schloß sich ein Frühstück zu nur drei Gedecken, für das Kaiserpaar und dessen fürstlichen Gast. Am Nachmittag empfing der Altreichskanzler den Besuch seines gnädigen Gönners, des Königs von Sachsen, während der Reichskanzler, die Minister und Staatssekretäre ihre Karten abgaben und viele Abgeordnete sich in die ausgelegten Listen einzeichneten. Nachmittags 4 Uhr stattete der Fürst der Kaiserin Friedrich einen halbstündigen Besuch ab, auf der Hin- und Rückfahrt von begeisterten Huldigungen des Volkes überschüttet. Dann empfing er im Schlosse noch den Grafen Lehndorff, den Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, den Minister a. D. v. Maybach u. a. Um sechs Uhr fand das Diner

im Schlosse statt, an dem außer dem Kaiserpaare und dem Fürsten der König von Sachsen, die Grafen Herbert und Wilhelm v. Bismarck, Graf Eulenburg und Oberst Klinkowström teil nahmen. Kurz nach 7 Uhr abends geleitete der Kaiser selbst seinen Gast, den er an diesem Tage an Stelle des kürzlich verstorbenen Herzogs Ernst von Koburg zum Chef des Kürassierregiments Seydlitz (Magdeburgisches Nr. 7) ernannt hatte*), zum Lehrter Bahnhofe. Die Fahrt dorthin ward von unbeschreiblichen Kundgebungen des Jubels und der Begeisterung des dichtgescharten Volkes begleitet. Und unter nicht minder stürmischen Hoch- und Hurrarufen erfolgte nach 1/2 8 Uhr abends, in Gegenwart des Kaisers auf dem Bahnsteig, die Abfahrt nach Friedrichsruh.

Am 19. Februar 1894 erwiderte der Kaiser in Friedrichsruh den Besuch des Fürsten. Er traf hier nachmittags 6 Uhr in Begleitung seiner Generaladjutanten und einiger hohen Militär- und Hofchargen ein. Nach dem Diner stellte er dem Fürsten zwei Grenadiere vor, den einen in der alten Uniform und mit dem alten Gepäck, den andern mit den beabsichtigten Verbesserungen in Uniform und Gepäck ausgestattet. Auch überreichte und erläuterte er dem Fürsten Bismarck heliographische Vervielfältigungen einer größeren Anzahl von eigenhändigen Zeichnungen des Kaisers, welche die bedeutenderen Schlachtschiffe der deutschen Flotte und der übrigen europäischen Flotten darstellten. Die Rückfahrt des Kaisers erfolgte abends nach 9 Uhr. Er war dem Fürsten mit großer Herzlichkeit und Huld begegnet.

Der tiefe freudige Eindruck, den diese hochherzigen Schritte des Kaisers zur Versöhnung mit dem verdientesten Manne Deutschlands hervorriefen und hinterließen, äußerte sich begreiflicherweise auch in zahlreichen neuen Ehrungen des Lieblings des deutschen Volkes.**) Am 13. Februar schon verlieh die Stadt Halberstadt

---

*) Fürst Bismarck war bisher à la suite dieses Regimentes geführt worden.

**) Das Folgende nach Kohl, Bismarck-Jahrbuch S. 262/326 und Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1894 S. 100/194.

dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht. Am 22. sandte Konsul Harms in Lübeck 12 Flaschen 1792er Madeira. Am 25. beschloß die Stadt Bischofswerda, eine Straße „Bismarckstraße" zu nennen. Am 29. März überreichte eine Abordnung des „Bismarckstammtisches" in Düsseldorf in Friedrichsruh eine Urkunde, laut deren die Mitglieder des Stammtisches ein Rettungsboot „Bismarck" für die Rettungsstation Norderney (mit einem Aufwande von 2850 Mark) gestiftet hatten. Bismarck erwiderte auf die Ansprache des Wortführers der Abordnung namentlich: „Unsere deutsche Zukunft ist wesentlich auf unserer Verfassung und auf dem parlamentarischen Leben basiert, lassen Sie uns dieses daher vor allem pflegen und uns auch nicht einreden, daß es mit einer monarchischen Gesinnung unvereinbar sei, wenn wir Kritik und Verwahrung gegen Regierungsmaßregeln einlegen, die wir nicht billigen. Im Gegenteil, eine ehrliche monarchische Gesinnung wird auf diesem Wege Förderung finden, und für die Beziehungen des Bürgers zum Monarchen ist es klärend und nützlich, wenn die Kritik durch Parlament und Presse stattfindet. Hauptsache bleibt immer, daß wir einig bleiben in monarchischer und deutscher Gesinnung."

In besonders gehobener Simmung durfte, nach der Versöhnung vom 26. Januar, das deutsche Volk diesmal den Geburtstag seines Altreichskanzler festlich begehen. Zur Vorfeier fanden sich am 30. März vierzehn Damen aus Baden, Hessen und der Pfalz — die Gattinnen und Töchter der namhaftesten Vorkämpfer des nationalen Gedankens in Südwestdeutschland — in Friedrichsruh ein, um dem Fürsten zugleich mit einer von mehr als hunderttausend Unterschriften bedeckten Glückwunschadresse süddeutscher Frauen und Mädchen eine reiche Weinspende als Geburtstagsgabe zu übergeben. Der Gefeierte durfte nach Anhörung der poetischen Adresse mit vollem Rechte erwidern, daß er durch diese Huldigung von Damen aus den süddeutschen Gauen „eine Auszeichnung erfahre, die meines Wissens noch niemals einem deutschen Minister widerfahren ist und welche die gehässigen Anfeindungen meiner Gegner, ich kann wohl sagen, der Gegner des Deutschen Reiches, reichlich aufwiegt. Der

Orden, welchen Sie mir bringen, meine Damen, ist ein Orden mit Eichenlaub und Brillanten, möchte ich sagen, zugleich aber eine Bürgschaft für unsere politische Zukunft. Hat der deutsche Reichsgedanke einmal die Anerkennung der deutschen Weiblichkeit gewonnen, dann ist er unzerstörbar und wird es bleiben; ich sehe in der häuslichen Tradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsere politische Zukunft, als in irgend einer Bastion unserer Festungen. Mein Vertrauen in die Zukunft beruht auf der Stellung, welche die deutsche Frau genommen hat. Mir fehlen die Worte, meinen herzlichen Dank voll auszudrücken. Ich kann nur sagen: Es ist so etwas noch gar nicht dagewesen!"

Weiter erschienen zur Vorfeier des 79. Geburtstages Bismarcks am Abend des 31. März 5000 Hamburger Bürger, 3000 von ihnen als Fackelträger, und in ihrem Namen hielt Herr Carl Wörmann die Ansprache an den Fürsten, der dann mit einem Hoch auf die größte deutsche Seestadt, Hamburg, erwiderte. Noch zahlreicher als in den letzten Jahren liefen am 1. April 1894 Geschenke und Glückwünsche in Friedrichsruh ein, im ganzen über 11000 einzelne Glückwünsche, darunter viele kunstvolle Adressen. Der Kaiser telegraphierte aus Abbazia: „Ew. Durchlaucht spreche Ich Meinen herzlichsten Glückwunsch aus. Mein Flügeladjutant Graf Moltke ist beauftragt, Ihnen in Meinem Namen einen Küraß zu überbringen. Der feste Stahl, der dazu bestimmt ist, sich an Ihre Brust zu legen, mag als Symbol deutschen Dankes gelten, der sich in fester Treue um Sie schließt und dem auch Ich einen beredten Ausdruck Meinerseits verleihen möchte." Sofort dankte der Fürst ehrfurchtsvoll telegraphisch „für den gnädigen Glückwunsch und für die huldreichen Worte, in denen Ew. Majestät Gnade für mich Ausdruck findet. Den neuen Waffenschmuck werde ich als ein Symbol dieser Gnade anlegen und meinen Kindern als dauerndes Andenken an dieselbe vererben." Außer dem Kaiser sandten folgende fürstliche Personen Glückwünsche: die Kaiserin Friedrich, der König von Sachsen, der Prinzregent von Bayern, der König von Württemberg, der Großherzog und die Großherzogin von Baden,

der Prinzregent von Braunschweig, die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin, Weimar, Oldenburg, der Herzog von Meiningen. Auch von den drei freien Städte liefen herzliche Glückwunschschreiben ein. In Jena wurde an diesem Tage der Beschluß gefaßt, einen „Bismarck-Gedenkbrunnen" zu errichten.

Auch der siebzigste Geburtstag der Fürstin wurde am 11. April besonders festlich begangen — niemand ahnte, daß es der letzte sein sollte, welcher der edeln Frau zu erleben vergönnt war! Der Kaiser sandte als Geschenk eine fast mannshohe Staffelei aus Birkenzweigen, die ein Feld von dunkelroten Nelken und einen Strauß von Marschall-Niel-Rosen trug. Die Kapelle der Ratzeburger Jäger und der Bataillonsmusik der Harburger Pioniere konzertierten. Zum ersten — und zum letzten! — Male dankten Fürst und Fürstin Bismarck gemeinsam öffentlich am 15. April in den „Hamburger Nachrichten" für alle Beweise wohlwollenden Gedenkens, die sie zu ihren Geburtstagen erhalten.

Am 20. April erschien eine Abordnung von 28 nationalliberalen Mitgliedern des Reichstags zur Huldigung in Friedrichsruh. Der Abgeordnete für Leipzig, Prof. Hasse, hielt die Ansprache an den Fürsten. Dieser zählte in seiner Antwort „die schweren Aufgaben für die nächsten Reichstage" auf; „in erster Linie die Deckung des finanziellen Ausfalls unter Schonung des guten Einvernehmens aller Beitragspflichtigen", vor allem der notleidenden Landwirtschaft. Dann „die Beziehungen der geordneten staatlichen Gesellschaft zur Sozialdemokratie." Ferner die polnische Frage: „Man hat die polnische Begehrlichkeit neu aufgemuntert, und das ist ein bedenkliches Experiment, zumal in der polnischen Frage eine europäische Frage über Krieg und Frieden liegt." Vor allem aber betonte er: „daß wir uns so einrichten müssen, wie wir auf die Dauer im Sinne der Verfassung bestehen können." Dazu sei aber namentlich erforderlich die Wiedervereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten, denn „ein Reichskanzler, der nicht auf die Autorität des preußischen Staatsministeriums gestützt ist, schwebt mit der seinigen in der Luft, wie ein Seiltänzer."

Oft hatte Fürst Bismarck den Wallfahrern, die nach Friedrichsruh und Kissingen zu ihm pilgerten, als merkwürdig bezeichnet, daß seine altpreußischen Landsleute sich nur spärlich an diesen Huldigungen beteiligten. Aber jetzt machten am 26. April Frauen aus dem Bergischen Lande (Elberfeld, Barmen, Lennep, Remscheid u. s. w.) diese Unterlassung gut, indem sie dem Altreichskanzler eine Glückwunschadresse der Frauen und Jungfrauen des Bergischen Landes überbrachten und ihm kundthaten, daß aus den Spenden der Unterzeichnerinnen Meister Rocholl in Düsseldorf in dem Stammschlosse der Bergischen Fürsten zu Burg an der Wupper ein Gemälde schaffen werde, das einen geschichtlich bedeutsamen Augenblick aus Bismarcks Wirken darstellen solle. Der Fürst dankte in bewegten Worten, indem er namentlich den Frieden und die Erholung seines stillen Waldlebens nach all den Mühen und Aufregungen seiner amtlichen Laufbahn pries, als das Ideal, das er sich schon in Jugendtagen für sein Alter gewünscht habe.

Aus allen Gegenden, aus allen Ständen fanden sich Wallfahrer in Friedrichsruh ein. Am 3. Mai etwa 500 Mann des Verbandes der Militärvereine im südwestlichen Holstein, am 10. die Zöglinge des Lüneburger Schullehrerseminars unter Führung ihrer Lehrer, am 16. die Gymnasiasten von Hadersleben, am 1. Juli etwa 200 Teilnehmer am Journalisten- und Schriftstellertag zu Hamburg. Sie alle zeichnete Bismarck durch längere Ansprachen aus. Dazwischen ergingen auch von ihm warme Kundgebungen an verdiente Freunde und Mitstreiter. So richtete der Fürst an Crispi, als dieser am 16. Juni einem neuen Mordversuch glücklich entgangen war, ein Telegramm vom 17. (französisch): „In der Familie vereinigt, hören wir mit Entrüstung von dem Attentat, das gegen Sie und zugleich gegen Italien gerichtet wurde. Wir beglückwünschen Sie aufrichtig dazu, daß die Vorsehung Sie in ihrer Obhut bewahrt hat. Bismarck." So ließ der Fürst weiter am 9. Juli Rudolf v. Bennigsen zu dessen 70. Geburtstage folgendes Schreiben zugehen: „Sehr geehrter Freund! Zur Feier Ihres siebzigsten Geburtstages sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Wir

sind nicht immer in demselben Geleise gefahren, aber unser Ziel war das gleiche. Daß wir die annähernde Erreichung noch beide erlebt haben, und ich Ihnen heute meinen Glückwunsch und meinen Dank für Ihre Mitarbeit noch lebend übermitteln kann, gereicht mir zu besonderer Freude. Ich bitte Sie, mir auch in der Zukunft, die jedenfalls kürzer sein wird, als die siebzig Jahre, die wir gleichzeitig lebten, das Wohlwollen zu bewahren, welches gemeinsame Arbeit und als Ergebnis des Vorlebens gegenseitige Wertschätzung geschaffen hat. Der Ihrige v. Bismarck."

Am 12. Juli nachmittags nach 5 Uhr verließ der Fürst nebst Gemahlin Friedrichsruh, um über Wittenberg und Stendal dem Grafen Herbert in Schönhausen einen Besuch abzustatten. Am 16. setzte er dann über Berlin, Colbitzow, Stettin und Schlawe die Reise nach Varzin fort. In Stendal, Berlin, und Colbitzow hielt er Ansprachen an die dichtgedrängte begeisterte Menge. Am 28. Juli wurde die Gedenktafel an dem Hause in Erfurt enthüllt, in welchem Bismarck 1850 während des Erfurter Parlaments gewohnt hatte. Tags darauf folgte die Grundsteinlegung zum Bismarckbrunnen in Jena und die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der klassischen Musenstadt an den Altreichskanzler.

Nun aber sollte das stille Varzin der Schauplatz der großartigsten Huldigungen dieses ganzen Jahres und der bedeutendsten Ansprachen des Fürsten werden. Am 16. September trafen hier nämlich 2200 Deutsche der Provinz Posen zur Begrüßung des Vorkämpfers des Deutschtums ein, am 23. September folgte die Huldigungsfahrt einiger Tausend Westpreußen, und an den beiden Tagen hielt Bismarck große Reden gegen den „Polonismus". Diese Huldigungsfahrten waren veranlaßt durch die unerhörte Steigerung der nationalpolnischen Propaganda und Unverschämtheit in den polnischen Provinzen Preußens, selbst in Oberschlesien, das bisher von polnischer Verhetzung noch leidlich verschont geblieben war. Je weniger das in diesen Provinzen bedrohte Deutschtum Schutz bei den königlichen Behörden fand, die sich an der schwächlich-gutmütigen polnischen „Versöhnungspolitik" des neuen Kurses beteiligten,

um so mehr drängte es die Deutschen nach Varzin, um Anlehnung zu suchen bei dem weisen und tapferen Manne, der schon in den ersten politischen Kämpfen seines Lebens seine starken Waffen für die deutschen Landsleute gegen die Polen erhoben hatte. Wenn irgend eine seiner tiefen und warmen Aussprachen seit seinem Rücktritt, so waren jene beiden „Polenreden“ vom 16. und 23. September 1894 auch politische Thaten von bedeutsamer, bleibender und sofort fühlbarer Wirkung. Naturgemäß wiederholten beide Reden einen großen Teil der geschichtlich-politischen Ausführungen, mit denen Bismarck vom Jahre 1848 an in der Presse und im Vereinigten preußischen Landtag, im preußischen Landtag als Abgeordneter und Minister, im norddeutschen und deutschen Reichstag als Kanzler, der nationalpolnischen Überhebung allezeit entgegengetreten war. So können wir uns hier auf die auch noch für die Gegenwart wirksamsten Sätze jener beiden Reden beschränken.

Am 16. September betonte der Altreichskanzler: Das Kaiserwort, daß wir uns für die Erhaltung des Elsaß beim Reiche schlagen würden bis auf den letzten Mann, gelte auch für die deutsche Ostgrenze. Auch für deren Verteidigung müßten wir „den letzten Mann und die letzte Münze in unseren Taschen opfern. Wir singen: ‚Fest steht und treu die Wacht am Rhein,‘ aber sie steht an der Warthe und Weichsel ebenso (Lebhafter Beifall).“ Der Kampf gegen das Deutschtum werde in diesen Provinzen lediglich geführt „von dem polnischen Adel und seiner Gefolgschaft“, während „die Massen der unteren Schichten mit der preußischen Verwaltung zufrieden sind. Der Adel, unterstützt von der polnischen Geistlichkeit (Zustimmung), . . . denkt an die Zeit, wo er allein herrschend war und kann die Erinnerung nicht aufgeben daran, daß er sowohl den König wie den Bauer beherrschte,“ der Bauer dagegen müsse „zurückschrecken vor der möglichen Wiederkehr der alten Zustände“ und leider sei „der städtische Mittelstand in Polen eine schwache Seite.“ Die Hauptsache sei, daß die „preußische Staatsregierung das deutsche Element rücksichtslos unterstützt. Es bleibt immer ein mächtiges Gewicht in der Wagschale der beiden Nationen,

ob die preußische Regierung ihren Einfluß in voller Entschiedenheit und auch mit einer für die Zukunft in keiner Weise anzuzweifelnden Deutlichkeit ausübt.“ Leider aber bezeichnen fortwährende „Schwankungen unsere ganze Polenpolitik von 1815 bis heute.“ Allerdings sei der „kindliche Polenkultus“, der 1831 und 1848 das deutsche Volk beherrscht habe und es möglich machte, daß die damaligen Deutschen in dem „polnischen Edelmann, einem der reaktionärsten Gebilde, die Gott jemals geschaffen hat,“ einen Freiheitshelden vom Schlage der Männer der französischen Revolution verehrten, heutzutage in der Hauptsache verschwunden. Aber jeder Deutsche müsse nachdrücklich die Überzeugung festhalten und dafür eintreten: „die deutsche Zugehörigkeit der Warthe und Weichsel ist unerschütterlich. Wir haben Jahrhunderte lang gelebt ohne die Reichslande, wie aber unsere Existenz sich gestalten sollte, wenn heute ein neues Königreich Polen sich bildete, das hat noch niemand auszudenken gewagt. Es würde ein aktiver Feind und stets der Bundesgenosse unserer Feinde sein. . . . Was wir von den Polen lernen können, das ist das feste Zusammenhalten unter uns (Lebhafter Beifall). Möchte es bei uns doch ebenso werden, daß wir alle in nationalen Fragen in erster Linie nicht einer Partei angehören, sondern der Nation.“

Der gewaltige Eindruck dieser Rede wurde noch erhöht durch eine höchst ungeschickte nationalpolnische Demonstration, die sich am nämlichen Tage in Lemberg abspielte. Hier fanden sich nämlich zu einem geräuschvollen großpolnischen Fest Polen aus allen Ländern, auch aus Preußen ein, und diese Herren ließen keinen Zweifel darüber, daß ihre „Versöhnungspolitik“ dem neuen Kurse gegenüber und ihr deutscher Hofpatriotismus nur Heuchelei und Maske sei. Selbst der Günstling Kaiser Wilhelms II., das Mitglied des preußischen Herrenhauses und deutschen Reichstags, v. Koscielski, den nebst der polnischen Fraktion der Kaiser nach Bewilligung einer Kreuzerkorvette und des neuen deutschen Wehrgesetzes den anderen Parteien des Reichstags einmal gleichsam als Muster deutscher Pflichterfüllung hingestellt hatte, selbst dieser Herr sagte in Lemberg:

Die ganze polnische Nation bilde nur einen Organismus, habe nur ein Herz, einen Gedanken; doch gebiete dieser, mit den Umständen zu rechnen und jene Klugheit zu lernen, die dem Gefühl häufig Stillschweigen auferlegt. Der Kaiser war über diese polnische Falschheit und Frechheit tief empört. Zugleich zündete auch in seinem warmen vaterländischen Herzen Bismarcks Rede. Am 22. September hielt er in Thorn, das er aus Anlaß der Manöver in Ost- und Westpreußen besuchte, eine Rede, in welcher er aussprach: „Meine polnischen Unterthanen mögen sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf Meine königliche Gnade und Teilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt und voll als preußische Unterthanen fühlen.“ Und später rief der Kaiser warnend: „Was Ich heute gesagt habe, mag wohl beachtet werden. Ich kann auch sehr unangenehm werden.“

Diese Kaiserworte gaben Bismarck gewissermaßen die Losung für seine zweite Polenrede vom 23. September. Er warf zunächst einen Rückblick auf die Äußerungen der polnischen Presse über seine Rede vom 16. Im allgemeinen habe sie „ihre Verwunderung ausgedrückt, daß ich mich über die Bestrebungen des polnischen Junkertums nicht gröber ausgesprochen habe (lebhafte Heiterkeit); sie haben also doch das Gefühl, daß das zu erwarten gewesen wäre (Sehr gut!). Es ist das schlechte Gewissen, was aus ihnen spricht.“ Sie seien mit Rücksicht auf ihre in Lemberg enthüllten eigentlichen Absichten „auf eine noch schärfere Kritik gefaßt. Die polnische Szlachta — ich beschränke meine Kritik auf den polnischen Adel — hat mit der Sozialdemokratie das gemein, daß sie ihre letzten Ziele nicht offen darlegt. Aber es ist doch wieder ein Unterschied; die Sozialdemokratie verschweigt sie, weil sie sie selbst nicht kennt und nicht weiß, was sie darüber sagen soll; die polnischen Herren wissen es aber ganz genau, können aber nicht dicht halten (Heiterkeit). Es klingt überall heraus, jetzt neuerdings in Lemberg, und sonst auch bei uns in Posen, schwebt ihnen immer vor die Herstellung der alten polnischen Adelsrepublik, in einer

Ausdehnung vom Schwarzen bis zum Baltischen Meer, 33 Millionen, das ist ihnen ganz geläufig, und wenn es einstweilen auch kleine Anfänge wären von einem Pufferstaat, wie sie es nennen, und mit dessen Eventualität manche deutsche Polenfreunde sich befreunden. Was wäre dann für uns die Folge davon — ich will gar nicht sagen für Österreich. Es wäre ein Pfahl im Fleische für Österreich und vor allen Dingen ein Verderb unserer neuen und, wie ich hoffe, dauernden Bundesgenossenschaft mit Österreich, wenn unter österreichischer Ägide ein solches neues Kongreßpolen geschaffen werden sollte. Die Schwierigkeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie würden in einem solchen Falle bis zur Unmöglichkeit kompliziert werden durch die nie zu befriedigenden Ansprüche dieser dritten Macht in der Trias Ungarn, Cisleithanien und Polen. Selbst wenn diese Utopie im Frieden erreichbar wäre, so wäre sie für uns ein Unglück. Für uns ist die russische Nachbarschaft meiner Überzeugung nach zwar oft unbequem und bedenklich, aber doch noch lange nicht in dem Maße, wie es eine polnische sein würde (Lebhafter Beifall). Und wenn ich die Wahl zwischen beiden habe, so ziehe ich immer noch vor, mit dem Zaren in Petersburg zu verhandeln zu haben, als mit der Szlachta in Warschau ... Das ist, was ich hauptsächlich betone, wogegen ich immer kämpfe: gegen den Rest von Glauben an das polnische Junkertum, der sich bei manchen deutschen Liberalen doch immer noch vorfindet. Es ist immer ein Irrtum: ein Schutzstaat gegen eine russische Invasion ist selbst das starke Großpolen von vor 1772 nie gewesen. ... Ich spreche nur in der Hoffnung, bei unseren deutschen Landsleuten den letzten Rest von Polensympathie, von Sympathie für Polonisierung und für das polnische Junkertum zu bekämpfen und auszurotten, und meine deutschen Landsleute zu bewegen, daß sie gegenüber diesen phantastischen Bestrebungen und Sympathien fest zusammenhalten und sie sich auch nicht bis an den Mantel kommen lassen (Heiterkeit und Beifall), viel weniger bis ins Herz hinein, wie es bei uns mitunter geschehen ist (Lebhafte Zustimmung). ... Wir sind immer defensiv

gegenüber den Polen gewesen, und wenn wir einmal einen Vorstoß gemacht haben, wie bei dem Ankaufsgesetz, so haben wir sofort in unseren Reihen Leute gehabt, die ein schlechtes Gewissen hatten. Ob dieses Gesetz den Polen ein Ärgernis ist, darauf kommt es gar nicht an. Dieses Ankaufsgesetz ist ein Bestreben gewesen, mit unserem unversöhnlichen Gegner dort, mit dem Adel, in einer freundlichen Weise aufzuräumen (Große Heiterkeit)."

Die Begehrlichkeit eines neuerstehenden polnischen Staates würde sich übrigens noch eher auf Westpreußen mit Danzig als auf Posen richten, führte er weiter aus. „Posen, werden die Polen denken, läuft ihnen nicht weg, denn da ist ein Erzbischof (Große Heiterkeit)." Westpreußen sei aber ursprünglich rein deutscher Besitz gewesen und erst künstlich mit Polen infiziert worden. Der Fürst weist das eingehend geschichtlich nach. Unerschütterlich aber sei seine Hoffnung auf Erhaltung des deutschen Besitzes dieser Länder. „Meine Hoffnung einer günstigen Entwicklung der Sache steht heute um so viel fester," sagte er, „wenn ich mir die Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers . . . gestern in Thorn vergegenwärtige (Lebhafter Beifall). Wenn wir in der Geschlossenheit, die die deutsche Nation mit ihren Fürsten und ihrem Kaiser bildet, dem Polonismus gegenübertreten, so kann eine ernste Gefahr für uns nicht mehr vorliegen."

Anknüpfend an die vom Kaiser bereits am 6. September in Königsberg gesprochenen Worte: „Eine Opposition des preußischen Adels gegen den König ist ein Unding, sie hat nur dann Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß" und: „Nun, meine Herren ergeht jetzt mein Ruf: ‚Auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes'!" fuhr Bismarck fort: „Eine konservative Opposition kann bei uns nur dann stattfinden, wenn sie immer getragen ist von der Hoffnung, den König für ihre Sache zu gewinnen (Großer Beifall). So kann sie nur gemeint sein, und so sollten wir nicht bloß dem König gegenüber, sondern auch unseren Landsleuten gegenüber uns zur Regel machen, daß wir nicht mit bitteren Reden

in der Presse und im Parlament gegenseitig uns zu kränken suchen, sondern daß wir immer als letztes Ziel im Auge haben, uns gegenseitig zu gewinnen, und daß wir nie den Gegner so verletzen, daß jedes Band zwischen uns zerrissen ist. Dabei habe ich nur solche Gegner im Sinne, die den Staat und die Monarchie überhaupt wollen, also königstreue Gegner, von andern spreche ich nicht, mit denen ist kein Vertrag (Großer Beifall)..... Für uns ist auch die polnische Adelspartei eine Partei des Umsturzes, denn sie erstrebt den Umsturz des Bestehenden..... Es ist für uns und die Gesinnung, die Sie hergeführt hat, ein herzerhebender Moment, in dem wir berechtigt sind, uns zu sagen, daß Seine Majestät der Kaiser und König sie teilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räte und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses kaiserlichen Programms zu handeln (Stürmischer Beifall). In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Gott schütze Ihn! (Stürmische Hochrufe)."

Die Versöhnungspolitik des Grafen Caprivi gegen die Polen war durch die Thorner Kaiserrede von allerhöchster Stelle aus eben so scharf verleugnet, wie dessen Grundsatz der Schonung, des laissez faire et laissez aller, gegenüber den Umsturzparteien, durch die Rede des Kaisers in Königsberg. Und der ungeheure Jubel, den diese Kaiserworte erregten, verdoppelte sich, da die Mahnungen des treuen Eckart des deutschen Volkes durchaus mit den Aussprachen des Monarchen übereinstimmten. Die neuen Männer aber gerieten dadurch ins Schwanken; der neue Kurs war ausgesteuert; er hatte seine Steuerleute auf den Sand gesetzt. Am 26. Oktober 1894 erfolgte die Verabschiedung Caprivis und des preußischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, am 29. die Ernennung des bisherigen Statthalters der Reichslande, des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst, zum Reichskanzler. Mit Hohenlohe war Fürst Bismarck schon seit fast dreißig Jahren vertraut und befreundet. In herzlichem Einverständnis hatten sie seit dem Jahre 1866 die deutsche und auswärtige Politik betrieben. Dreimal schon

hatte Fürst Hohenlohe die von seinen Vorgängern verwirrten und verfahrenen Verhältnisse aufs glücklichste gelöst und geordnet: zuerst als Nachfolger v. d. Pfordtens in der Leitung des bayrischen Ministeriums im Jahre 1866, dann als Nachfolger des Botschafters Grafen Arnim in Paris, endlich als Nachfolger des Feldmarschalls und Statthalters v. Manteuffel in den Reichslanden von 1885 an. So versprach denn auch die vierte Ablösung, zu welcher der von vaterländischer Pflichterfüllung beseelte Fürst sich bereit fand, die Ersetzung des neuen Kurses Caprivi durch den neuesten Kurs Hohenlohe, das beste. Namentlich zeichnete den neuen Reichskanzler große diplomatische Erfahrung aus, und auch die in seiner Person sofort vollzogene Wiedervereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten entsprach, wie wir sahen, einer oft wiederholten Mahnung Bismarcks.

Mitten in diese für den Altreichskanzler hocherfreulichen Wandlungen der inneren Politik des Reiches und Preußens sollte aber fast plötzlich der für sein warm fühlendes Herz und Gemüt schmerzlichste Schlag fallen! Seit dem Frühjahr 1893 hatte die Frau Fürstin sich von den Folgen der damals überstandenen schweren Influenza niemals völlig erholt. In der zweiten Hälfte des November nahm das Leiden eine ernstlichere Wendung. In unablässiger Hingebung und Sorge weilte Bismarck am Krankenstuhl oder Krankenlager der über alles geliebten treuen, edeln Lebensgefährtin. In der letzten Novemberwoche wurde ihr Zustand so ernst, daß auch diejenigen Kinder und Enkel, die bis dahin nicht in Varzin versammelt waren, dorthin eilten. Am Abend des 26. gab das Befinden der teuren Leidenden den Ihrigen wieder einige Hoffnung. In später Nacht erst suchte der tief bekümmerte Fürst sein Lager zu kurzer Ruhe auf. Und noch lagen die nächtlichen Schatten über dem angebrochenen neuen Tage, als er leisen Schrittes wieder dem Gemach nahte, in welchem seine Johanna litt. Da bot sich ihm ein ungeahnter, lange unfaßbarer Anblick. Kinder und Enkel knieten um das Bett der Mutter des Hauses und schluchzten laut. Sie aber regte sich nicht mehr. Die Verklärung

des Jenseits lag über ihrem weißen bewegungslosen Antlitz. Das treueste Herz hatte aufgehört zu schlagen. Überwältigt von dem ungeheuren Schmerz dieser Stunde, sank Bismarck am Lager der Heimgegangenen nieder und umschlang die entseelte Hülle der Gattin, während krampfartige Zuckungen ihn durchbebten und erschütterten.

Was die treue Liebe und Verehrung des deutschen Volkes vermochte, den Schwergebeugten aufzurichten, das geschah. Unzählige rührende Beweise des innigsten Beileides in Wort, Schrift, Blumen- und Kranzspenden, vom Kaiser und seinem Hause, von deutschen und ausländischen Fürsten, Staatsmännern des In- und Auslandes, Städten, Korporationen und Tausenden von leidtragenden deutschen Landsleuten im Reiche wie in allen Erdteilen, strömten nun in dem stillen Varzin zusammen. In dem Pavillon hinter dem Varziner Herrenhause, der von dem aufsteigenden Wald umringt und überragt wird, fand die einstweilige Beisetzung der Leiche statt. Täglich weilte hier der Fürst an der Ruhestätte, die sein Liebstes barg. Dann unternahm er am 21. Dezember die Übersiedelung nach Friedrichsruh.

Diese großartige Mittrauer bei dem schwersten Verlust, der den Liebling des deutschen Volkes betreffen konnte, wurde nur noch überboten durch die in aller Geschichte beispiellosen Huldigungen, welche unser Volk zur Feier des achtzigsten Geburtstages des Fürsten vorbereitete.

Gerade wegen der ungeheuren Zahl dieser Huldigungen aber ist es unmöglich, im Rahmen dieses Werkes dieselben alle einzeln zu erwähnen oder auch nur den Verlauf derjenigen eingehend zu schildern, an welchen sich Hunderte und Tausende beteiligten. Es gilt hier vielmehr, durch einen umfassenden Überblick über diese große begeisterte Bewegung zu Ehren des Gründers unseres deutschen Staatswesens den geschichtlichen Gesamteindruck dieser unvergleichlichen Kundgebung festzustellen.*)

---

*) Eine eingehende Darstellung bietet: A. Wippermann, Fürst Bismarcks 80. Geburtstag. Ein Gedenkbuch. (München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck 1895.)

Viele Monate hindurch beschäftigten die Zurüstungen zu dem großen deutschen Nationalfeste Tausende von Deutschen mit freudiger Arbeit und wetteifernder Thätigkeit. Da galt es, die Kunstwerke auszudenken und zu schaffen, die dem Fürsten als Geburtstagsgaben dargebracht werden sollten, wertvolle Geschenke, künstlerische Adressen, Ehrenbürgerbriefe von hunderten deutscher Städte; nicht minder aber die Massenzüge der Abordnungen, welche diese Gaben darbringen wollten, zunächst auf dem Papier zu scharen und ihnen für einen bestimmten Tag den Empfang in Friedrichsruh zu sichern; endlich — last not least — die Gelder für die Verwirklichung der beabsichtigten Veranstaltungen aufzubringen. Am frühesten war mit ihren Vorbereitungen die deutsche Studentenschaft auf dem Plan, die auf Anregung der Burschenschaft Alemannia in Bonn und der Bonner Studentenschaft schon seit dem Oktober 1894 an allen deutschen Hochschulen zu einer Ehrengabe (einem kunstvollen Schrein) und einem gewaltigen Huldigungszug aller Hochschulen nach Friedrichsruh am 1. April 1895 sammelte und warb. Nächst ihr hatten naturgemäß die verschiedenen Denkmalkomités, die dem Fürsten zum achtzigsten Geburtstage Denkmäler errichten wollten, die andauerndste Arbeit. Außer in einer ganzen Anzahl deutscher Städte wurde die Errichtung von Bismarck-Denkmälern vorbereitet auf der Höhe vor der Rudelsburg bei Kösen, auf dem Hainberg bei Göttingen mit dem vom Kaiser gestifteten Ring: „Dem großen Kanzler. Kaiser Wilhelm II. 1895,“ auf der Olenburg bei Sondershausen, in Katzhütte bei Rudolstadt, auf dem Thüringer Walde, endlich auf dem Mittagsstein des Riesengebirges, wo eine mächtige eiserne Tafel zu Bismarcks Ehren aufgestellt wurde.

Auch mit den Feierlichkeiten zum achtzigjährigen Geburtstage des Altreichskanzlers selbst begannen die deutschen Universitäten frühzeitig, da sich die Studenten am Schlusse des Semesters nicht trennen wollten, ohne in ihren Kreisen des herannahenden deutschen Nationalfestes zu gedenken. Schon Ende Februar fanden große Kommerse in Berlin und Erlangen statt. An der Berliner Feier nahmen teil der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und die Minister v. Köller, Goßler

und Berlepsch sowie der Generaloberst v. Loë, der gleich dem Reichskanzler eine schwungvolle Rede hielt. Im März folgten an anderen Hochschulen viele gleichartige Kommerse, von denen namentlich die in München und Tübingen erwähnenswert sind. Auch erschien in der ersten Märzwoche das Zentralkomité der deutschen Studentenschaft in Friedrichsruh, um die Annahme der Massenhuldigung am 1. April sicher zu stellen, was Bismarck gewährte, indem er zugleich der Abordnung das einzige Bild, das er von sich aus seiner Studentenzeit besaß, eine Silhouette, zur Vervielfältigung überließ.

Aber auch aus allen sonstigen Ständen und Kreisen der Nation strömten schon jetzt die Wogen begeisterter Huldigung nach Friedrichsruh. Am 24. Februar erhielt eine Abordnung des „Vaterländischen Vereins“ in Leipzig die Zusage, daß der Fürst am Himmelfahrtstage (den 23. Mai) eine große Pilgerschar aus Leipzig empfangen wolle. Im März sandten die Provinziallandtage von Pommern, Westpreußen und Brandenburg sowie der landwirtschaftliche Zentralverein Ostpreußens in herzlicher Dankbarkeit und Verehrung schon ihre Glückwünsche zum Geburtstage des Fürsten ein. Aber wenn es noch irgend eines äußeren Anstoßes bedurft hätte, um die Flamme der Begeisterung für den deutschen Nationalhelden auch in das ödeste Gebirgsdörfchen und in die entlegenste Hütte zu tragen, so erwarben sich Bismarcks kleinliche Feinde und Neider das Verdienst, solches zu vollbringen. Sie meinten, mit ihren gespaltenen Zungen die Flamme der Begeisterung auszischen zu können, und statt dessen wurden sie unfreiwillig der Blasebalg, der jene zur Himmelslohe anblies.

An der Spitze dieser verdienstvollen Blasebälge finden wir gebührendermaßen jene Sammlung deutschfreisinniger und sozialdemokratischer Bezirksvereinsgrößen, die sich als Berliner Stadtverordnetenversammlung „die Elite der Intelligenz“ nennt. Diese Bürgervertretung Berlins lehnte um Mitte März mit 56 gegen 34 Stimmen den Vorschlag des Magistrats ab, die Glückwunschadresse des letzteren an Bismarck mit zu unterzeichnen. Dem Ehrenbürger von Berlin verweigerte die Vertretung der Reichshauptstadt

ihren Glückwunsch zu einem rein persönlichen Festtage! Immerhin besaß diese intelligente Mehrheit noch so viel Selbstironie, daß sie ihren Beschluß unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in geheimer Sitzung faßte, jedenfalls um damit auszudrücken, daß die Begründung dieses Mehrheitsbeschlusses eine Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit darstelle oder sonst das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen habe. Nicht minder begreiflich war aber, daß nun der Berliner Magistrat seine Glückwunschadresse auch ohne den Beitritt und ohne die in Friedrichsruh kaum vermißten Autogramme der Herren Langerhans, Singer und Genossen absandte.

Weniger günstig als diese Catone, die ihren herrlichen Mannesmut unter dem Deckmantel einer geheimen Sitzung entfalten und dem stürmischen Verlangen nach der öffentlichen Bekanntgabe ihrer werten Namen das dreifache Siegel der Amtsverschwiegenheit entgegenhalten konnten, war das Los ihrer Gesinnungsverwandten im preußischen Landtag. Denn hier war jede Geheimniskrämerei ausgeschlossen und jeder der Herren, die Nein sagten, war mit seinem Namen, seinem Ansehen und seiner Ehre auf diesem Nein vor der ganzen deutschen Nation festgenagelt. Das Herrenhaus bekundete seinem bedeutendsten Mitgliede am 15. März selbstverständlich die alte Anhänglichkeit durch den Beschluß, den Fürsten Bismarck durch den Gesamtvorstand begrüßen zu lassen und die Büste des Jubilars im Sitzungszimmer des Hauses aufzustellen. Im Abgeordnetenhause dagegen erklärten sich die Wortführer des Zentrums (v. Heeremann), der freisinnigen Volkspartei (Virchow) und der Polen (Motty) gegen die von dem Präsidenten v. Köller vorgeschlagene Beglückwünschung. Hier waren die Neinsager freilich in hilfloser Minderheit. Denn selbst die Abgeordneten der freisinnigen Vereinigung, ehemals Eugen Richters Busenfreunde, stimmten unter Rickerts Führung für Bismarcks Ehrung.

Am nämlichen Tage aber verhandelte auch der Reichstag, in seiner traurigen Zusammensetzung jener Mehrheit, die dem Triumvirate Lieber-Richter-Grillenberger blindlings folgte, über den Antrag des Präsidenten Levetzow: dem Fürsten Bismarck, „dem letzten unter

den hervorragenden Begründern des Deutschen Reiches den Geburtstagsglückwunsch des deutschen Reichstags ausdrücken zu dürfen." Die Ablehnung dieses Antrages war schon entschieden, ehe er gestellt wurde. Was half da die warme mahnende Beredsamkeit Bennigsens, der den Reichsboten klar machte, daß sie ohne Bismarck hier gar nicht existieren würden, was half die herbe Zurechtweisung v. Manteuffels und v. Kardorffs schonungslose Weissagung, die Mehrheit, die Bismarcks Ehrung ablehne, werde sich „unsterblich lächerlich machen"? Es genügte ja, daß die Triumvirn des Zentrums (Graf Hompesch), des Deutschfreisinns (Richter) und der Sozialdemokratie (Singer) ihre kurzen Sprüchel hersagten, unterstützt durch die Welfen, Polen und Elsässer; dann wurde mit 163 gegen 146 Stimmen der Antrag des Präsidenten abgelehnt. Damit hatte der deutsche Reichstag seinem Schöpfer die Erfüllung der einfachsten und natürlichsten Anstandspflicht versagt. Woher sollte auch der Mehrheit hierfür eine Ahnung der Empfindung kommen? Die Minderheit aber wußte, was sie zu thun hatte. Präsident v. Levetzow legte sofort sein Amt nieder. Bennigsen erklärte, der beurlaubte nationalliberale Abg. Bürklin werde als Vizepräsident dasselbe thun. So geschah es auch, und die traurige Mehrheit des 23. März wurde dadurch gezwungen, ihre schwarze und rote Flagge über dem Reichstag aufzuziehen, indem der ultramontane Abg. v. Buol zum Präsidenten und der deutschfreisinnige Abg. Schmidt-Elberfeld zum Vizepräsidenten ernannt wurde. Unter dieser hübschen Flagge segelte der deutsche Reichstag in die große Bismarckfeier hinein, die ihn stürmisch umbrauste.

Der Erste, der sich gedrungen fühlte, die Schmach vom 23. März 1895 zu brandmarken, war der deutsche Kaiser Wilhelm II. Noch ehe Bismarck selbst eine Ahnung von dieser schimpflichen Entscheidung hatte, telegraphierte der Kaiser nach Friedrichsruh: „Eurer Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstags aus. Derselbe steht im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker." Bismarck antwortete sofort: „Eure Majestät bitte ich, den ehrfurchtsvollsten Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Allerhöchste Kund-

gebung entgegenzunehmen, durch welche Eure Majestät jene mir noch unbekannte Unerfreulichkeit meiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugthuung für mich umwandeln." Aber gleichzeitig mit der Entrüstung des deutschen Kaisers erhob sich die des ganzen deutschen Volkes gegen die klägliche Mehrheit des Reichstags. Hoch wogte dieser Sturm noch in allen Reden, die zur deutschen Nationalfeier gehalten wurden. Aufs schärfste wurde die undeutsche Mehrheit des Reichstags von der vaterländischen Presse, den Wählern, den Witzblättern, auch sogar in mehreren fortschrittlichen und klerikalen Organen und namentlich von der Presse des Auslandes gegeißelt. Selbst radikale Schweizer Blätter gaben, nach dem Vorgang der „Frankfurter Zeitung", ihrem lebhaften verächtlichen Erstaunen Ausdruck, daß deutsche Abgeordnete die Bethätigung einfacher menschlicher Dankespflicht gegen ihren verdientesten und erfolgreichsten Mitbürger als einen Verstoß gegen demokratische Grundsätze erachtet haben könnten. Am köstlichsten räumte der Dichter Julius Wolff mit diesen Leuten auf in den Versen, die dem bekannten Rodensteiner Lied Scheffels nachgebildet waren:

Der Reichstag hat — o Schimpf und Schand! —
Uns tiefe Schmach beschert.
In Froschpfuhl all das Volk verbannt,
Das nicht den Meister ehrt!
  Raus da! raus da aus dem Haus da,
  Wo uns die Schmach beschert!
  In Froschpfuhl all das Volk verbannt,
  Das nicht den Meister ehrt!

Wo wäret Ihr, wenn Er nicht war
Mit seines Geistes Schwert?
Ihr, vaterländ'schen Sinnes bar,
Seid keinen Bismarck wert.
  Raus da! u. s. w.

Doch was gilt Euch die Kräftigung
Der Eintracht der Nation,
Wenn Euch gelingt der Hammelsprung
Der blökenden Fraktion!
  Raus da! u. s. w.

Diejenigen Reichstagsabgeordneten aber, die treu zu ihrem Bismarck hielten, und ein großer Teil der Mitglieder beider Kammern des preußischen Landtags beeilten sich, dem Fürsten, nach der Schmach vom 23. März die erste Genugthuung von Mund zu Mund zu bieten, indem sie die fast unabsehbare Reihe der großen Huldigungsfahrten nach Friedrichsruh eröffneten. In drei Sonderzügen fuhren am 25. März 479 Reichs- und Landtagsabgeordnete nach dem Sachsenwalde. Im letzten dieser Züge saßen die Reichsboten. Als der Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Köller, den Fürsten, der das Landtagspräsidium persönlich am Bahnhof Friedrichsruh empfing, benachrichtigte, daß mit dem nächsten Zuge auch Reichstagsabgeordnete anlangen würden, fragte Bismarck scherzend: „Dürfen die denn?" Nachdem die Präsidenten der preußischen Kammern und der bisherige Präsident des Reichstags v. Levetzow — dieser an der Spitze von etwa hundert Abgeordneten und „leider ohne offiziellen Auftrag (Heiterkeit)" — schwungvolle Ansprachen an den Gefeierten gehalten hatten, antwortete dieser in längerer Rede. Die lächerlichen Pygmäen, die ihm Dank und Ehre versagt hatten, behandelte er mit dem ihnen zukommenden heiteren Spott. „Die Fraktionsstreitigkeiten gehen tiefer," sagte er, „als die etwaigen Meinungsverschiedenheiten der Dynastien. Da sagt jemand: ‚der deutsche Kanzler hat vor 30 Jahren erklärt, ich imponierte ihm nicht' (Heiterkeit). Deshalb ist er (dieser Abgeordnete) vom Reiche abgefallen. ‚Er hat vor 20 Jahren erklärt, wir wären Reichsfeinde', also Verbalinjurien! (Heiterkeit). Wir haben mit unseren Bundesgenossen die schwersten Realinjurien und Kanonenschüsse gewechselt (Sehr wahr!). Nichtsdestoweniger haben sie, sobald der nationale Gedanke in den Vordergrund trat, uns die Bruderhand gereicht und sind mit uns gegangen (Lebhafter, anhaltender Beifall). Deshalb kann ich sagen, daß die Bundesgenossen und ihre Regierungen und Dynastien bessere Leute sind als die Fraktionen." Dann geht der Fürst zu dem Hauptgegenstand seiner Rede über, zu der schon vorher den Friedrichsruhpilgern oftmals ausgesprochenen Mahnung: „Ich möchte, daß der nationale Gedanke ebenso, wie er in

den Dynastien fest begründet ist, auch in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten stärker zum Ausdruck käme.“ Die deutschen Regierungen seien ohnehin nicht von einander zu trennen. Aber an die Abgeordneten richte er die Bitte: „am Reichsgedanken festzuhalten, auch im preußischen Landtage und dem König und Kaiser zu helfen, nicht bloß kurbrandenburgische oder auch selbst königlich preußische, sondern kaiserlich-deutsche Politik zu treiben (Lebhafter Beifall).“ Die Rede klang in ein stürmisch bejubeltes Hoch auf den Kaiser aus. Und dieser selbst, Kaiser Wilhelm II., erschien am folgenden Tage, am 26. März mittags, in Friedrichsruh, um dem deutschen Kanzler die höchsten, wahrhaft königliche Ehren zu erweisen.

Die Huldigung des deutschen Heeres wollte der oberste deutsche Kriegsherr dem Fürsten symbolisch darbringen; deshalb hatte er Truppen aller drei Waffengattungen nach Aumühle und Friedrichsruh befohlen, als Vertreter der schweren Reiterei eine Schwadron von Bismarcks Regiment, der Halberstädter Kürassiere, unter Anführung ihres Obersten. An der Spitze dieser Truppen, in Begleitung des Kronprinzen, zog der Kaiser auf den Paradeplatz vor dem Schlosse Friedrichsruh, wohin sich Fürst Bismarck im Wagen begeben hatte. Nachdem der Monarch hier den Fürsten mit herzlichem Händedruck begrüßt hatte, feierte er in schwungvollen, gleichzeitig an den Fürsten und an die Truppen gerichteten Worten Bismarcks unvergängliche Verdienste um Heer und Vaterland, überreichte ihm „als Symbol jener großen, gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war“, ein köstliches Schwert, auf dem die Wappen von Elsaß-Lothringen und des Hauses Bismarck eingraviert waren, und schloß mit einem dreimaligen Hurra auf den Fürsten. Dieser erwiderte: „Euer Majestät wollen gestatten, Ihnen meinen unterthänigsten Dank zu Füßen zu legen. Meine militärische Stellung Eurer Majestät gegenüber gestattet mir nicht, Eurer Majestät meine Gefühle weiter auszusprechen. Ich danke Eurer Majestät.“ Das Rührendste an der großartigen Huldigung, die dem erhabenen Haupte der Deutschen nicht minder Ehre machte, wie dem Werkmeister des Reiches, waren die schlichten Worte des Kronprinzen, als dieser mit

leuchtenden Augen an der Rechten Bismarcks in dessen Wagen Platz nahm und dem Fürsten eine herrliche Blumenspende überreichte: „Von Mama.“ Bei der Tafel in Friedrichsruh feierte der Kaiser noch einmal die Verdienste des Kanzlers und dieser brachte nun, in einem Rückblick auf seine militärische Dienstzeit, ein Hoch auf seinen gnädigen Herrn aus. Den Professor Dr. Schweninger ernannte der Kaiser an diesem Tage zum Geheimen Medizinalrat, dem Dr. Chrysander verlieh er den Kronenorden.

Am folgenden Tage erschienen in Friedrichsruh zur Beglückwünschung Prinz Heinrich mit seinem 6jährigen Sohne, dem Prinzen Waldemar, der Großherzog von Baden und der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, dieser mit den Glückwünschen des Bundesrates und des preußischen Staatsministeriums.

„Ich wollte, es wäre erst Abend,“ sagte Fürst Bismarck am 1. April, als er sich nach guter Nachtruhe den frühesten intimen Gratulanten vor dem Schlosse zeigte. Das erste fürstliche Glückwunschtelegramm dieses Tages kam vom Kaiser. Dann folgten Telegramme und Handschreiben von der Kaiserin, der Kaiserin Friedrich, sämtlichen deutschen Fürsten, mit Ausnahme der älteren Linie Reuß; ferner solche des Kaisers Franz Joseph, des Königs von Italien, des Sultans, des Königs von Schweden, des Prinzen von Wales, des Sultans von Sansibar (in englischer Sprache). Der türkische Kaiser sandte sogar außerdem noch seinen Berliner Botschafter zur persönlichen Beglückwünschung des Fürsten nach Friedrichsruh, die Könige von Sachsen und Württemberg und der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ließen ihre Handschreiben in Friedrichsruh durch hohe Offiziere oder Hofbeamte überreichen. Von den zahlreichen Glückwunschdeputationen, die an diesem Tage eintrafen, nennen wir die der Hansestädte Hamburg und Bremen, die der Rektoren und Professoren der deutschen Hochschulen, der Greifswalder Jäger und der Seydlitz-Kürassiere aus Halberstadt. Die Ansprache des Rektors der Berliner Hochschule, Professor Pfleiderer, namens aller deutschen Universitäten, beantwortete Bismarck in längerer Rede, in welcher u. a. sagte: „Ich würde keine Freunde

haben, wenn ich nicht auch Feinde hätte, man kann nicht beides zugleich, kalt und warm sein, und aus Kampf besteht das Leben, in der ganzen Natur, in der Schöpfung. Kampf ist überall, ohne Kampf kein Leben. Und wollen wir weiter leben, so müssen wir auch auf weitere Kämpfe gefaßt sein." Das Gemeinsame der Herren, die „ja sehr gereizt gewesen, wenn ich sie die Reichsfeinde genannt habe," sei, daß sie: „gerade das Reich, wie es existiert, nicht wollen. Ich halte also den Protest gegen den Namen Reichsfeinde nicht berechtigt." Das wird an den Ansprüchen des Zentrums, der Polen und Sozialdemokraten näher nachgewiesen. Dann fährt der Fürst fort: „Dieser fortdauernde Zorn" (der ‚Reichsfeinde' gegen mich) „ist mir die befriedigende Quittung, daß die Herren kein Siegesbewußtsein haben (Heiterkeit), und ich glaube auch nicht an ihren Sieg. Ich bedauere, daß der Reichstag darauf verzichtet hat, einen zweiten Vizepräsidenten aus den Sozialdemokraten zu nehmen. Er würde dadurch die Herren der Notwendigkeit näher gerückt haben, sich zu demaskieren und über das Ziel, dem sie zustreben, gelegentlich etwas mehr Auskunft zu geben." Davor hüten sie sich indessen wohl, denn „sie fürchten, daß ein Moment kommt, wo sie sagen müssen: ‚Weh mir, ich bin erkannt.' — Ich möchte Ihnen nur empfehlen, diesen Kampf nicht zu tragisch zu nehmen." Denn Deutschland habe bis jetzt „sich immer geschlagen" und doch nach den bittersten inneren Fehden sich „wieder zusammengefunden, und unser Gott läßt keinen Deutschen zu Grunde gehen, am allerwenigsten Deutschland."

Während der Fürst nach dieser Rede mit seinen Gästen — den Abgesandten der Herrscher und den Rektoren — noch beim Frühstück saß, nahte gegen 1 Uhr von Aumühle her dem Herrenhause der großartige Zug von etwa 5000 Studierenden von 29 deutschen Hochschulen. Nachdem die Begrüßungsansprache und die Verlesung der Adresse beendigt war, erwiderte der Fürst, er habe soeben von den Rektoren der deutschen Hochschulen eine Anerkennung für die Vergangenheit erhalten und fuhr dann fort, an die Studierenden gerichtet: „Aus Ihrer Begrüßung entnehme ich die Zusage für die

Zukunft. Sie werden die Gesinnungen, die Sie heute durch Ihre Anwesenheit hier an den Tag legen, bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts zu bethätigen in der Lage sein, während ich der Vorzeit angehöre. Das Samenkorn, das die Regierungszeit Kaiser Wilhelms I. in Ihre jungen Herzen gelegt hat, wird auch dann noch immer seine Früchte tragen." Er (Fürst Bismarck) sei, nachdem wir unsere nationale Unabhängigkeit in schweren Kriegen hätten erkämpfen müssen, immer ein Mann des Friedens gewesen, und habe selbst kleine Opfer nicht gescheut. „Der Mächtige kann unter Umständen nachgiebig sein. Kriegerischen Ruhm bedurften wir nicht, Ansehen auch nicht. Das ist eben der Vorzug des germanischen Charakters, daß er seine Befriedigung in der eigenen Anerkennung seines Wertes findet und kein Bedürfnis nach Prestige und Herrschaft und Vorrecht hat, daß er sich selbst genügt. Darauf habe ich gehalten, denn es ist in der Politik viel leichter, sich zu sagen, was man vermeiden als was man thun muß. Die Politik ist eine Aufgabe, mit der eigentlich nur die Schiffahrt in unbekannten Meeren eine Ähnlichkeit hat. Positive Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer, und wenn sie gelingen, so soll man Gott danken, und die Lage so hinnehmen, wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und lenken, er kann nur darauf fahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick. So wollen wir zufrieden sein und pflegen und erhalten, was wir gewonnen haben an Kaiser und Reich. Halten wir, was wir haben, vor allen Dingen, ehe wir Neues versuchen. Fürchten wir uns auch nicht vor denjenigen, die uns das nicht gönnen, was wir haben. Der Sammelpunkt für uns ist das Reich und sein Kaiser, der Vertreter desselben, und deshalb bitte ich Sie, mit mir einzustimmen auf das Wohl von Kaiser und Reich, sie leben hoch!"

Beim Abenddunkel trafen dann etwa 5000 Hamburger mit Musik und Fackeln ein. Bismarck feierte in seiner Antwort auf ihre Begrüßung „den alten hanseatischen Unternehmungsgeist. Wenn alle Hamburger und Bremer aus den anderen Weltteilen verschwänden", sagte er, „so würde ich das für verhängnisvoller halten,

als wenn alle amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches dort verschwänden (Lebhafter Beifall, Heiterkeit). Ich halte den überseeischen Kaufmann für einen zuverlässigeren und bequemeren Vertreter nicht bloß nach unten, sondern auch oft nach oben, als die amtlichen... Die Hanseaten, sie leben hoch!"

Damit endete der deutsche Nationalfesttag in Friedrichsruh. In ganz Deutschland aber, ja in der ganzen Welt feierten ihn Millionen mit bewegtem Herzen. Selbst die kleinsten deutschen Städte, ja sogar Dörfer, bereiteten eine fröhliche, erhebende Bismarckfeier. Dem Verfasser ward die Freude und Ehre beschieden vom 30. März bis 1. April vor Tausenden in Frankfurt a./M., in Werden a./Ruhr und in Essen die Festrede halten zu dürfen. In Berlin brachte der Kaiser selbst beim Festmahl im Schlosse den Trinkspruch auf Bismarck aus. Das von der Neinsager-Mehrheit des Reichstags vom 23. März neugewählte Präsidium war auch geladen und mußte hier bei dem Kaisertoast auf Bismarck die am 23. März verweigerte Ehrung nachholen — nur der Erwählte der freisinnigen Volkspartei, der erste Vizepräsident Schmidt-Elberfeld, hatte auf Befehl der Fraktion Eugen seinen Männerstolz vor Königsthronen glücklich bis nach dem Comer-See gerettet. Ein Bild von der ungeheuren Beteiligung an diesem deutschen Nationalfesttage geben die amtlichen Zahlen, welche die deutsche Postverwaltung über ihre Arbeit während der Tage vom 25. März bis 2. April dem Fürsten später einsandte. Danach waren in dieser Zeit in Friedrichsruh angekommen: 9875 Telegramme mit 329367 Worten, 979 gewöhnliche und 265 Wert- oder Einschreibpackete, 995 Einschreibebriefe, endlich rund 450000 gewöhnliche Briefe, Postkarten und Drucksachen.

Vom 2. April an begann nun bis in den Juni hinein eine fast ununterbrochene Kette von Huldigungsfahrten nach Friedrichsruh. Am 2. April erschien die Abordnung aus München, zur Überreichung des Ehrenbürgerrechtes. Ihr rühmte der Fürst in seiner Antwort, wie so oft schon, die treffliche Haltung Bayerns im Krieg und Frieden und die Tugenden seines Regenten. Am 8. April folgten etwa 700 preußische Gymnasiallehrer, zum Teil

mit ihren Frauen. Auf deren Anrede und Adresse antwortete Bismarck, indem er, wie bei mancher früheren Gelegenheit — und nicht am wenigsten durch die Bismarck-Stiftung des Jahres 1885 — seine höchste Anerkennung für die Leistungen des unnachahmlichen deutschen Lehrerstandes aussprach. „Hätte ich nicht die Vorarbeit des höheren Lehrerstandes in unserer Nation vorgefunden," sagte er u. a., „so glaube ich nicht, daß mein Werk in dem Maße gelungen sein würde. . . . Die Erfolge der nationalen Entwickelung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minderheit der Gebildeten, die das Land enthält." Am Schlusse sagte er: „Ich habe ja auch recht viele Gegner, aber das Wohlwollen der Mehrheit der unabhängigen und gebildeten Leute darf ich, glaube ich, für mich in Anspruch nehmen. Und deshalb, wenn ich am Ende meiner Laufbahn stehe, so ist es mir ein beruhigendes Gefühl, daß die Sonne, die mir untergeht, mir ein schönes Abendrot zeigt." — Am nämlichen Tage überreichte eine Abordnung der Deutschen in Odessa eine Adresse, welche die Anzeige enthielt, daß die Deutschen Odessas beabsichtigten, dem dortigen deutschen Hilfsverein eine Spende unter dem Namen „Bismarck-Stiftung" zu überweisen. Der Fürst genehmigte dankend den Namen dieser Stiftung und mahnte die Abordnung in längerer Rede namentlich, „die guten Beziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche zu pflegen, da wir gar keinen Grund haben, mit den Russen zu zanken" . . ., im Gegenteil „die politische Freundschaft uns und auch der russischen Regierung ein Bedürfnis ist." Dann ersuchte Bismarck die drei Odessaer Herren, an seiner Seite auf dem Balkon dem Empfang der Vertreter des Norddeutschen Lloyd in Bremen beizuwohnen, welche ein großes (etwa 3 Meter langes und ebenso hohes) Modell des jüngsten Schiffes des Lloyd „Prinzregent Luitpold" auf dem Altan an der Parkseite des Schlosses aufgestellt hatten und dieses Modell nun dem Fürsten als Geschenk überreichten. Bismarck dankte herzlich dafür und zugleich „für das nationale Interesse, welches unsere nationale Politik bei den Hanseaten gefunden hat", und ließ die deutschen Hansestädte leben.

Am 9. April mittags erschienen in Friedrichsruh vor diesem Altan 36 Schüler der oberen Klassen des Gymnasiums in Jever, in Begleitung ihrer Lehrer, und wurden vom Fürsten herzlich begrüßt. Die Lehrer und die wenigen in deren Begleitung erschienenen Damen wurden zum Frühstück geladen, während Bismarck „die jungen Herren“ bat, „helfen zu wollen, die Masse von Kuchen zu vertilgen, die ich zum Geburtstage gekriegt habe, und von der ich schier erdrückt werde, dann bin ich Ihnen sehr dankbar.“ Das ließen sich „die jungen Herren“ nicht zweimal sagen, zumal da auch belegte Brote, Bowle und Bier ihrer warteten und Graf Rantzau den liebenswürdigen Wirt machte.

Eine der bedeutsamsten Huldigungen unter allen war die der Steiermärker, Herren und Damen aller Stände aus Graz, durch Abordnungen von Studenten aus Graz und Wien auf etwa 70 Köpfe angewachsen. Sie trafen, nachdem sie ganz unerwartet in Leipzig von Hunderten der Bürger am Bahnhof empfangen und zu einem festlichen Abend in den Krystallpalast geleitet worden waren, am 15. April gegen Mittag in Friedrichsruh ein und überreichten dem Fürsten einen über 60 cm. hohen Pokal mit steiermärkischem Wein gefüllt. Bismarck betonte in seiner Dankrede, wie schwer es geworden sei, „das große gewaltige Gebiet von Zentraleuropa“, das durch das deutsch-österreichische Bündnis zusammengeschlossen sei, auch in politischem Frieden und im Zusammenwirken zu verbinden, obwohl es seit länger als einem Jahrtausend zusammengehöre. „Kein Jahrhundet finden wir ohne die schwersten Kämpfe der Reichsangehörigen untereinander. Nun aber, glaube ich, werden wir dauernd zusammenhalten und zusammenbleiben“... und „je stärker der Einfluß der Deutschen in Österreich sein wird, desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich sein.“ Dann mahnte er aber die lieben Landsleute: „daß Sie als die mächtigere Nationalität“ (im Völkerverband der österreichischen Monarchie) „doch auch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höheren Selbstbewußtseins beurteilen. Verfahren Sie mit Ihren slawischen Rivalen auch im heftigsten Zorn

und in der schwierigsten Lage immer mit dem Gefühl, daß Sie doch eigentlich der überlegene sind, und auf die Dauer bleiben werden." Das einigende Band in Österreich sei die Dynastie, und so schloß Bismarck, unter lebhaften Hoch- und Heilrufen, seine Rede mit einem „Hoch auf Ihren erhabenen Landesherrn, meinen gnädigen Herrn, den Kaiser Franz Joseph!" Je besorgter viele in Österreich-Ungarn dieser Huldigungsfahrt deutscher Österreicher nach Friedrichsruh zugesehen hatten, um so bewundernder sprachen sich dann alle Parteien und Nationen des Kaiserstaates aus über den ungemeinen Takt und die tiefen Wahrheiten der fürstlichen Rede.

Eine Abordnung aus Darmstadt, welche am 17. April Huldigungsadressen und ein Prachtalbum mit Ansichten aus Darmstadt und Umgebung überbrachte, erfreute der Fürst durch eine Rede, in welcher er alle die lieben Erinnerungen an Darmstadt aus seiner Bundestagszeit aufzählte. Der Abordnung der deutschen Künstlerschaft, die unmittelbar nach den Darmstädtern erschien und im Namen von 3000 deutschen Künstlern ein Geschenk überreichte, rief der Fürst das trostreiche Wort zu: „Wir können nach unseren Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unserer ganzen Geschichte, unserer Dichtkunst, nach unserer Kunst überhaupt, wird sich immer der Deutsche wieder zum Deutschen finden." Noch während dieser Ansprache hatten sich etwa 4000 deutsche Innungsmeister vor dem Herrenhause von Friedrichsruh versammelt. Ihre Begrüßung nahm der Fürst mit besonderer Freude entgegen, da keiner der bisherigen Huldigungszüge so wie dieser „die Verschmelzung der deutschen Interessen und Stände vergegenwärtige: Die gesamten Gewerke, die gesamten Gewerbe." Als Landwirt sei auch er Gewerbetreibender. Nach längerem Verweilen bei den Idealen, die er mit seiner Sozialpolitik erstrebt habe, ohne sie alle verwirklichen zu können und bei den Mitteln und Wegen, welche zur Hebung des Handwerks sich böten, vor allem der guten Wehr der genossenschaftlichen Association mit dem Grundsatz „Alle für Einen und Einer für Alle," schloß der Fürst die Rede mit den Worten: „Nun, mögen sie alt oder jung sein, die Zünfte, Gott segne sie alle!"

Am folgenden Tage, 19. April, fand sich alsdann eine Abordnung der städtischen Behörden von Stuttgart zur Überreichung einer Glückwunschadresse in Friedrichsruh ein. Bismarck brachte bei der Frühstückstafel, an der die Herren teil nahmen, ein Hoch auf den König von Württemberg aus. Am nämlichen Tage wurde noch ein Abgesandter des sächsischen Gymnasiallehrervereins mit einer Glückwunschadresse dieses Vereins empfangen und durch eine Ansprache des Fürsten ausgezeichnet. Wieder einen Tag später, am 20. April erschienen die Vorstände des Verbandes der deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften und des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister in Friedrichsruh, unter Überreichung eines „symbolischen Bauwerks", eines in Eichenholz geschnitzten, etwa einen Meter hohen Turmes. Der Fürst erwiderte dem Sprecher bescheiden: „Wohl sei er Baumeister des Reiches genannt worden, aber er sei nur Mithelfer gewesen." Und dann gab er den Meistern den guten Rat: „bei den Bauten etwas weniger auf Ausschmückung der Fassade, auf Ornament und Stuck zu geben, dagegen mehr auf die Behaglichkeit und Wohnlichkeit der Innenräume."

Am Sonntag, den 21. April, überreichte eine ansehnliche Abordnung alter Burschenschafter gleichfalls eine Glückwunschadresse. Der Altreichskanzler ergriff gern diese Gelegenheit, um von der Entwickelung der burschenschaftlichen und nationalen Idee zu sprechen. „Die ersten Burschenschafter waren kaiserlich-national", sagte er u. a.: Sie glaubten aber, wie 1848 das Frankfurter Parlament, die sofortige Inswerksetzung der nationalen Idee werde „das Gebirge, unter dem wir lebten, rühren und erschüttern. Sie vergriffen sich in den Mitteln. Sie wandten sich an die Denker; sie glaubten, mit Reden und öffentlicher Meinung ließe sich alles machen. „Und dabei stießen sie hart an die Militärmacht, die fürstliche Macht." Er lud die Herren zum Frühstück, unterbrach aber einstweilen ihren Empfang mit den Worten: „Ich muß noch einen Zwischenakt vornehmen mit meinen Anhalter Freunden, die mich begrüßen, sie haben mir eine Broncegruppe aufgestellt." Es war das herrliche Kunstwerk, „der siegende Hirsch". Da der anhaltinische Sprecher die

Stiftung dieser Gruppe als ein Symbol der siegreichen Kämpfe des Fürsten bezeichnete, so durfte Bismarck nachher bei naher Besichtigung des ihm als Doppelgänger vorgestellten ehernen Siegers den lieben Freunden aus Anhalt mit gutem Gewissen scherzend versichern, er hoffe nicht so bös auszusehen wie dieser Hirsch.

Die Stadt Köln überbrachte durch ihre städtische Vertretung am 24. April einen vergoldeten Prunkbecher aus Silber. Der Fürst dankte, indem er, wie schon oft zuvor, auf die für die Sicherheit der Rheinlande und des deutschen Südwestens so wichtige Erwerbung von Elsaß-Lothringen hinwies. Am nämlichen Tage stellten sich noch zwei Deputationen ein. Die eine aus Braunschweig als Vertreterin des Plattdeutschen Vereins, der seinem Mitgliede, dem Fürsten Bismarck, eine verkleinerte Nachbildung des Denkmals Heinrichs des Löwen vor Burg Dankwarderode in Braunschweig darreichte. Die zweite dieser Abordnungen aus den Städten Lauenburg und Mölln überbrachte den Ehrenbürgerbrief dieser Städte. Nur drei Tage später, am 27. April erschien die Vertretung des Kösener S.C. (Seniorenkonventes der deutschen Korpsstudenten), um ihrem „alten Herrn“ — dem ehrwürdigsten unter allen — Bismarck, das Modell des Denkmals zu zeigen, das ihn als Göttinger Studenten darstellte und zur Aufrichtung vor der Rudelsburg bestimmt war. Der Fürst betonte in seiner dankenden Ansprache: „Die glücklichste Zeit, die ich verlebt habe, liegt in der Jugend als junger Student, als junger Landwirt,“ und warnte die Erschienenen und das jüngere Geschlecht nachdrücklich davor, daß die Ausgaben der Korpsstudenten „in Luxus ausarten, das ist eine betrübte Sache.“ Aber während der Altreichskanzler noch mit den alten Kommilitonen sprach, waren schon wieder 500 Oldenburger mit Damen in einem Sonderzuge in Friedrichsruh eingetroffen und hatten im Schloßhof Aufstellung genommen. Sie hatten zwei edle Stuten und deren Füllen als Geschenk mitgebracht. Der Fürst dankte ihnen lebhaft, indem er die Landwirtschaft als „die unentbehrlichste Grundlage aller wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes“ bezeichnete und die Losung ausgab: „Wenn die Landwirte zusammenhalten, mit

der Ruhe und Besonnenheit, die uns Landleute kennzeichnet im Gegensatz zur hauptstädtischen Bevölkerung, so werden wir mit der Zeit auch erreichen, daß wir als die erstgeborenen Kinder des Landes und Volkes anerkannt und berücksichtigt werden."

Natürlich konnte Bismarck für die unzähligen Beweise der Liebe und Verehrung seines Volkes nur öffentlich danken. Er that es am 1. Mai in den „Hamburger Nachrichten". Aber der Monat seiner Geburt, der Monat April, reichte bei weitem nicht aus für den Empfang der ihm zugedachten Huldigungszüge. Am 5. Mai erschienen in Friedrichsruh etwa 1000 Ostfriesen. Ihnen betonte der Fürst, wie er schon dem Augustenburger gegenüber die Forderung des Nordostseekanals als Vorbedingung der preußischen Zustimmung zur Einsetzung einer besonderen holsteinischen Dynastie aufgestellt habe (Beifall)." Und es habe ihn „viel Mühe gekostet", mit seiner Auffassung der Notwendigkeit des Kanals, namentlich gegen militärische Bedenken, durchzudringen. Drei Tage später, am 8. Mai, trafen in Friedrichsruh die Sachsen ein, welche dem Altreichskanzler die Ehrenbürgerbriefe von 72 Städten des Königreichs überreichten. Bismarck konnte sicherlich ohne Unbescheidenheit erwidern, daß einem Minister a. D. und ohne „Einfluß auf die Geschäfte" wohl noch niemals eine solche Ehrung widerfahren sei, zumal da es „im ganzen, nach unserer deutschen Tradition, für einen Minister nicht ganz leicht ist, sich das Wohlwollen seiner Landsleute zu erwerben." Dann sprach er von der Unversöhnlichkeit der politischen Parteien. Aber statt „ein Pereat auf sie auszubringen (Heiterkeit)", das er schon auf der Zunge hatte, ließ er bei weitem lieber den erhabenen Paladin des Reiches in Krieg und Frieden — „ein seltenes Muster" —, den König Albert von Sachsen leben.

Am 11. Mai vormittags, erschienen etwa 2000 Westfalen mit Frauen zur Huldigung in Friedrichsruh. Der Fürst feierte die westfälische Art als Pioniere des germanischen Wesens namentlich in den wendischen Ländern, und erinnerte sich eines Liedes, das er in Schweden auf die Westfalen hatte singen hören: „Im Lande sitzt

Eisen und auf dem Lande wohnen Männer." „Und das ist für Westfalen zutreffend," ergänzte Bismarck, „ganze Männer." Immer hätten sie „die alte Tradition aus der Cheruskerzeit gerechtfertigt" und „Krieg muß es sein, wenn Ihre Sterne strahlen."

Den Männern Westfalens, die so kriegerisch vom Altreichskanzler gezeichnet waren, folgte am 13. Mai eine sehr friedliche Huldigungsschar von etwa hundert schlesischen Damen, die dem Fürsten eine von 117000 Frauen und Jungfrauen Schlesiens unterzeichnete Adresse überbrachte. Bismarck erinnerte in seiner Dankrede daran, daß 1813 wie 1866 Schlesien „die entschlossenste Provinz für die Aufrechterhaltung der preußischen Politik und die Ehre Preußens war." Dann aber sagte er: „Ich bedaure stets, daß der besseren Hälfte des menschlichen Geschlechts bei uns nicht mehr Einfluß auf die politischen Verhältnisse gestattet ist. Wenn unsere Wahlen etwas mehr unter weiblichem Einfluß stattfänden, als bisher (Beifall, Heiterkeit), dann, glaube ich, würden sie nationaler und besser ausfallen. Ich setze mein ganzes Vertrauen auf den Beistand dessen, was Goethe das ‚ewig Weibliche' im Leben nannte, d. h. das Wahrende, das Pflegende, das, was den Unfug verhindert, zu dem die Männer geneigt sein könnten: das ist hauptsächlich die Aufgabe der Damen. Unsere deutschen Frauen, sie leben hoch!"

Am Sonntag, den 19. Mai mittags, trafen etwa 750 Rheinländer in Friedrichsruh ein, um dem Schloßherrn den Ehrenbürgerbrief von 64 rheinischen Städten und sinnreiche Geschenke huldigend darzubringen. In seiner Dankrede führte Bismarck aus, wie vollständig die Rheinlande mit den altpreußischen Landesteilen in nationaler Gesinnung zusammengewachsen seien, und wie wohl der Fürst und seine Gemahlin sich stets am Rhein gefühlt hätten.

Am Himmelfahrtstage, den 23. Mai, folgten 1400 Leipziger, Männer, Frauen und Jungfrauen. In Erwiderung auf ihre Begrüßung erinnerte der Fürst zunächst an seine Blutsverwandtschaft mit Leipzig, das ihm aber außerdem persönlich so gewogen sei,

daß die „politischen Sympathien, die ich schon früh in Leipzig gehabt, dadurch nicht abgeschwächt wurden, daß ich Staatsminister war; sie sind aber mit erhöhter Lebhaftigkeit zum Ausbruch gekommen, nachdem ich diese im allgemeinen nicht populäre Eigenschaft abgelegt habe. Außerdem aber ist Leipzig für mich stets eine Stadt von besonderem Interesse gewesen.... Es hat sich rein aus eigener Kraft aus dem Boden der Pleiße und Elster stets wieder aufgebaut." Dann entwickelte der Kanzler, indem er von der zuerst auf dem Monarchenhügel bei Leipzig bethätigten heiligen Allianz ausging, die Notwendigkeit des Zusammenhaltens dieser drei Reiche auch in unseren Tagen und der Wahrung des Friedens der monarchischen Staaten unter sich, und schloß mit den Worten: „Mein gnädiger Gönner, der König Albert, lebe hoch!" Bei dem Frühstück sagte er über den König noch zu seinen Gästen: „Er ist durch und durch national gesinnt und dabei von so großer Liebenswürdigkeit, daß es leicht fällt, sich mit ihm zu verständigen. Durch seine Festigkeit und Liebenswürdigkeit ist ihm auch gelungen, den sächsischen Partikularismus zu überwinden."

Die letzten Wallfahrer im Maimonat waren 3000 Herren und Damen aus Schleswig-Holstein, die am 26. Mai gegen Mittag in Friedrichsruh eintrafen. Ihnen entwickelte der Fürst, gleichsam abschließend, die Gründe, warum er „trotz Alters und Körperschwäche sich der Aufgabe nicht entziehe, gewissermaßen die Empfangsstelle für die Bekenntnisse nationaler Gesinnung zu sein; weil durch die Bethätigung der nationalen Gesinnung vermöge praktischer Handlungen und äußerlich wahrnehmbarer Erscheinungen sie in sich gestärkt wird, und weil es zur Belebung und Kräftigung des nationalen Gefühls beiträgt, wenn der zu Grunde liegende Gedanke öffentlich und in freiem Wort Ausdruck findet." Schleswig-Holstein und die deutsche Flotte, die untrennbar zusammengehören, seien die ersten großen nationalen Fragen gewesen, die das deutsche Gemüt bewegten, und auch er selbst habe vom Tode des Königs von Dänemarck an, Ende 1863, amtlich die Überzeugung gehabt und vertreten: „Dat (die Herzogtümer) möt wi hebben." Mit vieler

Mühe habe er dieses Ziel erreicht, und wenn damals auch viele Bewohner der Herzogtümer über das, was hätte geschehen sollen, zweifelhaft waren, so hoffe er doch, „daß allen, die damals Gegner waren, eine Indemnität in den Herzen bewilligt worden ist (Zustimmung)." Sehr fein schloß er seine Rede mit einem herzlichen Hoch „auf die Kaiserin, die Prinzessin von Schleswig-Holstein."

Am 1. Juni wurde feierlich der Grundstein zum Bismarckdenkmal vor der Rudelsburg gelegt. Alle zum achtzigsten Geburtstag des Fürsten eingelaufenen Geschenke aber ließ derselbe zu einem wohlthätigen Zwecke in Berlin öffentlich ausstellen, darunter auch, besonders sichtbar, das vorliegende biographische Werk, obwohl dieses dem ehrwürdigen Altreichskanzler nicht sowohl zum Geburtstage, als vielmehr jeweilig sofort nach dem Erscheinen der einzelnen Bände, gleichsam als Pflichtexemplar, zugeeignet wurde.

Fürst Bismarck hat schon in seiner Ansprache an die Schleswig-Holsteiner am 26. Mai 1895 die nationale Bedeutung aller Huldigungen, die ihm dargebracht werden, hervorgehoben, aber in seiner rührenden Bescheidenheit damals wie oft schon früher ausgesprochen, nicht ihm persönlich, sondern seinem Werke, gelte alle Liebe, Dankbarkeit und Verehrung, die unerschöpflich ihm zuströmt. Nimmer aber läßt dieser ungestüme Drang der deutschen Volksseele sich trennen von der ehrwürdigen Person und Gestalt unseres Altreichskanzlers. Was schon in der Einleitung zu diesem Werke gesagt wurde: „Bismarck und Deutsch ist uns gleichbedeutend und wird es bleiben immerdar," muß hier am Schlusse noch einmal stehen. Und dieses Wort trägt in sich eine tiefe Bedeutung und Begründung. Indem wir uns darüber Rechenschaft geben, schweift unser Blick um Jahrtausende zurück in der Völkergeschichte, in viele Jahrhunderte unserer eigenen.

Im Tempel zu Olympia stand einst jenes herrliche Zeusbild des Phidias, welches im fünften christlichen Jahrhundert ein Raub der Flammen wurde. Ein „leidstillendes Zaubermittel" nannten die Alten dieses Bildwerk, dessen Kolossalgestalt groß und feierlich,

in wunderbarer Hoheit zu Olympia thronte. Selig gepriesen wurde jeder, der eine Wallfahrt zu jenem Bilde gemacht und in dessen Anblick die Seele mit Mut und Frieden gesättigt hatte. In diesem gewaltigen Haupte war vereinigt, was im Leben getrennt und feindlich auseinander liegt: thatkräftige Macht, weitschauende Weisheit, milde Güte. In diesem Anblick vergaß der Hellene das Ungenügen des Wirklichen, den Schmerz über das Vergängliche. Das Seinsollende, das Vollendete schaute er hier als das Sichtbare, Verwirklichte. Im Anblicke dieses Bildes sah er über seiner und seines Volkes Zukunft die Wahrheit leuchten, fühlte er seinen Glauben zur Gewißheit geworden: daß mit dem Schönen und Guten die höchste Macht und Siegeskraft ewig verbunden, daß, mit einem Worte, das Ideale das wahrhaft Wirkliche sei. Wir alle empfinden, wie nahe verwandt unsere Stimmung derjenigen jener frommen Hellenen ist, wenn uns das Glück beschieden ist, unser leibliches Auge zu Bismarck zu erheben oder wenn wir sein Wesen, seinen Geist, sein Lebenswirken geistig sinnend zu erfassen suchen. Dann kommt auch über uns die andächtige Verehrung einer in wunderbarer Hoheit vor uns thronenden Kolossalgestalt, die Gott selbst uns geschaffen und als „leidstillendes Zaubermittel“ dem Heiligtum unseres Volkes verliehen hat. Auch wir sehen in diesem gewaltigen Bilde vereint thatkräftige Macht, weitschauende Weisheit, milde Güte. Auch wir vergessen in diesem körperlichen oder geistigen Anblick das Ungenügen des Wirklichen, den Schmerz über das Vergängliche, schauen in ihm das Seinsollende, Vollendete als das Sichtbare, Verwirklichte, sehen über unserer und unseres Volkes Zukunft die Wahrheit leuchten und unseren Glauben zur Gewißheit geworden, daß das Ideale das wahrhaft Wirkliche sei. Wir empfinden so, weil Bismarck in sich das deutsche Wesen, den deutschen Idealismus, alle Vorzüge deutscher Eigenart am vielseitigsten und großartigsten verkörpert und vereinigt.

In Bismarck strömen gleichsam alle lebendigen Quellen und Triebkräfte, die unser Volk seit einem Jahrtausend befruchtet und gefördert haben, in edelster und mächtigster Vereinigung zusammen.

Zunächst der deutsche Glaube, erleuchtet von dem hellen lebendigen Strahl der Reformation, duldsam gegen andere, mutig die eigene Freiheit wahrend, zugleich aber der Lehre und dem Beispiel des erhabenen Stifters unseres Christenglaubens nacheifernd in der Fürsorge und herzlichen Mithilfe für die Mühseligen und Beladenen, in der werkthätigen Liebe des „praktischen Christentums", der Einzelnen wie des Ganzen, d. h. des Staates, auf den Bahnen der Sozialpolitik.

Wir erblicken und ehren in Bismarck aber auch deshalb den größten und herrlichsten Vertreter deutscher Eigenart, weil er in seinem kühnen deutschen Idealismus als edelstes Vorbild aufragt in einem Geschlechte, das durch tausend Künste und Trugschlüsse des Materialismus und Pessimismus deutscher Anschauung und Sitte entfremdet zu werden droht. Denken wir an die heiße vaterländische Sehnsucht eines Lessing, Klopstock, Schiller, Kleist. Wie würden sie alle das kühnste Ideal ihrer vaterländischen Träume übertroffen sehen in dem Lebenswirken und Charakterbilde Bismarcks. Nicht minder aber unsere großen Philosophen, die Leibnitz, Kant, Fichte, die in den trübsten Tagen unserer vaterländischen Geschichte den deutschen Idealismus hoch hielten, ihn wissenschaftlich begründeten und jene hellenische Anschauung erneuerten, daß das Ideale das wahrhaft Wirkliche sei. Als Fichte unter den französischen Bajonetten seine „Reden an die deutsche Nation" hielt, um die Lehre Kants vom kategorischen Imperativ bei der akademischen Jugend in die große weltgeschichtliche That der Erhebung zum deutschen Befreiungskriege umzusetzen — da ist wohl keiner der waffenfähigen jugendlichen Hörer bei den „Buben hinter dem Ofen" zu Hause geblieben. Sie alle haben in edelster Hingebung Lehren und Gebote unserer deutschen Weltweisen bethätigt. Bismarck aber in noch erhöhtem Maße! Denn sein ganzes Lebenswerk ist nichts anderes als die mühevollste und hingebendste Anwendung der Lehre vom kategorischen Imperativ zu befruchtender That. Nicht die schweren Fesseln der Krankheit, nicht der blinde Haß der Gegner, nicht die Umtriebe einflußreicher höfischer Neider, nichts vermag ihn abzuhalten von der kategorischen Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes.

Wir ehren und feiern aber in Bismarck endlich und vor allem den deutschen Helden, der alle nationalen Bewegungen unseres Volkstums in sich hat zusammenströmen und wirken lassen, um sie über alles Hoffen hinaus zu verwirklichen und zu befriedigen. Als das höchste Ideal aller dieser Bestrebungen, der gesamtdeutschen wie der preußischen, können wir bezeichnen die Sehnsucht nach Erneuerung der alten dentschen Kaiserherrlichkeit. Und wahrlich, Bismarck hat sie erneut! Er hat aber das lautere Gold der alten deutschen Kaiserkrone auch gereinigt und geklärt von den Schlacken, die ihm anhafteten. Kein weltumspannender Ehrgeiz mehr ist der deutschen Kaiserwürde als schwere Belastung des Erbes der Vorfahren beigegeben. Durchaus nicht mehr hat der deutsche Kaiser „das heilige römische Reich deutscher Nation“ aufzurichten und zu behaupten. Wir erinnern uns des feierlichen Gelöbnisses, das der ehrwürdige Kaiser Wilhelm — nach dem von Bismarck verfaßten Texte — am 18. Januar 1871 in Versailles verkündete: „Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“ Diese Richtschnur der Reichspolitik der neuen deutschen Kaiser erscheint freilich viel unbedeutender und bescheidener als die des alten „heiligen römischen Reiches“. Aber das scheint auch nur so. Denn wenn wir sie alle an uns vorüberwandeln lassen die Heldenkaiser der alten Tage, wo hat ein Einziger das vollendet, was vor unseren Augen mit Bismarcks Hilfe Kaiser Wilhelm I. vollbrachte? Wo ein Einziger das, was unter Bismarcks Rat und Arbeit die Gegenwart an fester Staatsordnung künftigen Jahrhunderten überliefert? Das ist Bismarcks große Errungenschaft für Kaiser und Reich, für sein deutsches Volk, ja für den Frieden der Welt! Deshalb ist Bismarck und Deutsch uns gleichbedeutend und wird es bleiben immerdar!

Aufstand in Tirol und die Volksbewegung in Norddeutschland (Katt, Dörnberg, Schill, der Herzog von Braunschweig). — Kap. 7. Die Einleitung zum russischen Feldzug von 1812. Der Vormarsch der großen Armee bis Smolensk. — Kap. 8. Borodino oder die Schlacht an der Moskwa. — Kap. 9. Moskau und der Rückzug bis Smolensk. — Kap. 10. Der Uebergang über die Beresina u. das Ende der großen Armee.

Band VI und VII: Die Befreiungskriege.

Erster Teil: Das Jahr 1813.

Kap. 1. Preußens Vorbereitung zum Kriege von 1813. — Kap. 2. Der Krieg im Frühjahre bis zum Waffenstillstand vom 4. Juni. Möckern, Groß-Görschen, Bautzen, Haynau. — Kap. 3. Wiedereröffnung der Feindseligkeiten: Groß-Beeren, Hagelberg, Katzbach. — Kap. 4. Die böhmische Armee (Dresden, Kulm, Dennewitz). — Kap. 5. Nach Leipzig: Wartenburg. — Kap. 6. Die ersten Kämpfe um Leipzig: Liebertwolkwitz, Wachau, Lindenau. — Kap. 7. Möckern. — Kap. 8. In Leipzig am 16. und 17. Oktober. — Kap. 9. Der 18. Oktober. — Kap. 10. Der 19. Oktober, der letzte Tag der Schlacht bei Leipzig. — Kap. 11. Die Verfolgung: Hanau. Im Innern Deutschlands.

Zweiter Teil: Die Jahre 1814 und 1815.

Kap. 1. Nach Frankreich. Brienne. — Kap. 2. Die Schlacht von la Rothière. — Kap. 3. Napoleons Stoß gegen Blücher: Champaubert, Montmirail, Chateau Thierry, Vachamps. — Kap. 4. Napoleon geht gegen die Hauptarmee vor. Monterau, Bar-sur-Aube. — Kap. 5. Blüchers Marsch gegen Paris. Craonne, Laon. — Kap. 6. Nach Paris. Reims, Arcis-sur-Aube, Fere-Champenoise. — Kap. 7. Die Schlacht von Paris. Napoleons Abdankung. Der Friedensschluß und der Kongreß zu Wien. — Kap. 8. Napoleon kehrt nach Frankreich zurück. Der Krieg bricht von neuem aus. — Kap. 9. Quatrebras-Ligny. — Kap. 10. Die Schlacht von Belle-Alliance bis abends 5 Uhr. — Kap. 11. Das Eingreifen der Preußen bei Belle-Alliance. Verfolgung. — Kap. 12. Zum zweitenmal nach Paris. Der Friedensschluß von 1815.

Band VIII und IX: Die deutschen Einigungskriege.

Erster Teil: Schleswig-Holstein meerumschlungen 1848—1864.

Kap. 1. Der Ausbruch der Bewegung von 1848 und die Anfänge der schleswig-holsteinischen Frage. — Kap. 2. Der erste schleswig-holsteinische Krieg bis zum Waffenstillstand von Malmö: Bau, Altenhof, Schleswig, Oeversee, Düppel, Hoptrup. — Kap. 3. Die Frankfurter Nationalversammlung und die deutsche und schleswig-holsteinische Frage. — Kap. 4. Der erste schleswig-holsteinische Krieg in den Jahren 1849 u. 1850. Preußens Gang nach Olmütz Eckernförde, Düppel, Kolding, Gudsö, Alminde, Fredericia, Idstett. — Kap. 5. Die Zeit des Krimkrieges und des italien. Befreiungskampfes (1854—1859). — Kap. 6. Die preußische Heeresreform und das Wiederaufleben der schleswig-holsteinischen Frage im Jahre 1863. — Kap. 7. Der zweite schleswig-holsteinische Krieg nimmt seinen Anfang: Missunde, Ober-Selk, Jagel. — Kap. 8. Die Dänen räumen das Dannewerk. Oeversee. Prinz Friedrich Karl rückt vor Düppel. — Kap. 9. Einmarsch in Jütland. Expedition auf die holsteinische Insel Fehmarn. Erstes Seegefecht. — Kap. 10. Die Eroberung der Düppeler Schanzen. — Kap. 11. Der Uebergang nach Alsen. — Kap. 12. Ueber den Lijm-Fjörd und die friesische See. Der Friede von Wien.

Zweiter Teil: Der Krieg von 1866.

Kap. 1. Neuer Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen. Bismarcks Bundesreformprojekt. Die Kriegsrüstung und der preußisch-italienische Vertrag. — Kap. 2. Der Kriegsausbruch, Einmarsch der preußischen Armeen in Hannover, Kurhessen und Sachsen. Langensalza. — Kap. 3. Custozza. — Kap. 4. Einmarsch der preußischen Elbarmee und der Ersten Armee in Böhmen: Podol, Hühnerwasser, Münchengrätz, Gitschin. — Kap. 5. Erste Kämpfe der zweiten Armee des Kronprinzen von Preußen: Trautenau, Nachod, Skalitz, Burkersdorf, Königinhof, Schweinschädel. — Kap. 6. Die Schlacht von Königgrätz bis zum Eintreffen der Armee des Kronprinzen. — Kap. 7. Die Schlacht von Königgrätz: Angriff der preußischen Zweiten Armee und die Wegnahme von Problus durch die Elbarmee. — Kap. 8. Königgrätz: Die Entscheidung. — Kap. 9. Napoleons Friedensvermittlung. Letzte Kämpfe in Böhmen. Präliminarfriede von Nikolsburg. — Kap. 10. Der Mainfeldzug bis zur Besetzung von Frankfurt durch General Vogel von Falckenstein: Dermbach-Zella-Roßdorf, Hünfeld, Kissingen, Laufach-Aschaffenburg. — Kap. 11. Der Tauberfeldzug unter General von Manteuffel: Hundheim, Tauberbischofsheim-Werbach, Uettingen, Roßbrunn. — Kap. 12. Der Friedensschluß.

„Deutschlands Kriege von Fehrbellin bis Königgrätz" und „Der Krieg von 1870/71 dargestellt von Mitkämpfern" sind 2 Werke, die sich ergänzen. Zusammen bilden sie einen patriotischen Hausschatz von höchstem Wert und sind eine Quelle edler geschichtlicher Anregung für die Jugend und das Volk, wie sie in gleicher Weise kaum in einem andern Werke erschlossen sein dürfte.

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck in München.

